

Universität Mannheim
Fakultät für Sozialwissenschaften

Generationendissens im deutschen Wohlfahrtsstaat

Existenz und Wahrnehmung von intergenerationellen Unterschieden in wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen

Inauguraldissertation zur Erlangung des akademischen Grades einer Doktorin der
Sozialwissenschaften der Universität Mannheim

vorgelegt von
Laura Konzelmann

Gutachter

Prof. Dr. Hans Rattinger

Universität Mannheim

Lehrstuhl für Vergleichende Politische Verhaltensforschung

Gutachter

Prof. Dr. Harald Schoen

Universität Mannheim

Lehrstuhl für Politische Psychologie

Gutachterin

Ass. Prof. Dr. Nathalie Giger

Universität Genf

Department for Political Science and International Relations

Gutachter

Prof. Dr. Marc Debus

Universität Mannheim

Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre

Dekan der Fakultät für Sozialwissenschaften

Prof. Dr. Michael Diehl

Universität Mannheim

Tag der Disputation: 09.11.2015

Erklärung gemäß §9 Absatz 1 Buchstabe e) der Promotionsordnung der Universität Mannheim zur Erlangung des Doktorgrades der Sozialwissenschaften (vom 27. Juni 2013):

Bei der eingereichten Dissertation mit dem Titel „Generationendissens im deutschen Wohlfahrtsstaat. Existenz und Wahrnehmung von intergenerationellen Unterschieden in wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen“ handelt es sich um mein eigenständig erstelltes eigenes Werk. Ich habe nur die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt und mich keiner unzulässigen Hilfe Dritter bedient. Insbesondere habe ich wörtliche Zitate aus anderen Werken als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit oder Teile davon habe ich bisher nicht an einer Hochschule des In- oder Auslands als Bestandteil einer Prüfungs- oder Qualifikationsleistung vorgelegt. Die Richtigkeit der vorstehenden Erklärung bestätige ich. Die Bedeutung der eidesstattlichen Versicherung und die strafrechtlichen Folgen einer unrichtigen oder unvollständigen eidesstattlichen Versicherung sind mir bekannt. Ich versichere an Eides statt, dass ich nach bestem Wissen die reine Wahrheit erklärt und nichts verschwiegen habe.

Mannheim, 20. Juli 2015

Inhalt

Tabellenverzeichnis	iii
Abbildungsverzeichnis	v
1. Einleitung	1
2. Theoretischer Hintergrund	9
2.1 Vorbemerkung	9
2.2 Konzeptueller Rahmen	9
2.2.1 Wohlfahrtsstaatliche Einstellungen	9
2.2.2 Der Wohlfahrtsstaat als Einstellungsobjekt	12
2.2.3 Alter und Generationenzugehörigkeit im Wohlfahrtsstaat	18
2.3 Intergenerationelle Unterschiede in wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen	24
2.3.1 Ursachen, analytischer Zugang und Forschungsfragen	24
2.3.2 Determinanten von wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen	31
2.3.3 Determinanten der Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden	50
2.4 Zusammenfassung	57
3. Datengrundlage und Messkonzepte	61
3.1 Vorbemerkung	61
3.2 Datenbasis	61
3.3 Operationalisierungen	62
3.3.1 Abhängige Variablen	62
3.3.2 Unabhängige Variablen	65
4. Empirische Betrachtung von intergenerationellen Unterschieden in wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen	74
4.1 Vorbemerkung	74
4.2 Analytische Vorgehensweise	75
4.3 Die Existenz von intergenerationellen Einstellungsunterschieden	81
4.3.1 Univariate Betrachtung wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen	81
4.3.2 Bivariate Betrachtung wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen	85
4.3.3 Multivariate Betrachtung wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen	94
4.3.3.1 Determinanten wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen	94
4.3.3.2 Vermittelte Effekte des Alters auf wohlfahrtsstaatliche Einstellungen	104
4.3.3.3 Altersspezifische Determinanten wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen	111
4.3.4 Zusammenfassung	131
4.4 Die Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden	137
4.4.1 Univariate Betrachtung der Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden	137
4.4.2 Bivariate Betrachtung der Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden	140

4.4.3	Multivariate Betrachtung der Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden.....	144
4.4.3.1	Determinanten der Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden.....	144
4.4.3.2	Vermittelte Effekte des Alters auf die Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden.....	146
4.4.3.3	Altersspezifische Determinanten der Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden.....	148
4.4.4	Zusammenfassung.....	158
4.5	Das Verhältnis von Existenz und Wahrnehmung intergenerationeller Unterschiede in wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen.....	160
5.	Fazit.....	164
5.1	Zusammenfassung.....	164
5.2	Über die Entstehung eines Generationenkonflikts.....	175
5.3	Folgerungen für die weitere Forschung.....	180
5.4	Ausblick.....	183
Anhang A: Zusätzliche Tabellen und Grafiken.....		186
Anhang B: Fragebogenauszug.....		214
Literaturverzeichnis.....		218

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Übersicht über die vermuteten Wirkungsmechanismen der Determinanten von wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen	49
Tabelle 2:	Übersicht über die vermuteten Wirkungsmechanismen der Determinanten der Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden	57
Tabelle 3:	Stichprobenübersicht.....	62
Tabelle 4:	Übersicht über die Indikatoren der Determinanten von wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen	71
Tabelle 5:	Übersicht über die Indikatoren der Determinanten der Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden	72
Tabelle 6:	Korrelationen zwischen der gewünschten staatlichen Verantwortung und der gewünschten staatlichen Leistungshöhe in verschiedenen Politikbereichen	84
Tabelle 7:	Korrelationen zwischen der gewünschten staatlichen Verantwortung und der gewünschten staatlichen Leistungshöhe in verschiedenen Politikbereichen nach Alter.....	89
Tabelle 8:	Zusammenhänge zwischen der gewünschten staatlichen Verantwortung in verschiedenen Politikbereichen und verschiedenen Merkmalen	91
Tabelle 9:	Zusammenhänge zwischen der gewünschten staatlichen Leistungshöhe in verschiedenen Politikbereichen und verschiedenen Merkmalen	93
Tabelle 10:	Determinanten der gewünschten staatlichen Verantwortung in der finanziellen Altersversorgung und der Pflege im Alter (OLS-Regressionen)	96
Tabelle 11:	Determinanten der gewünschten staatlichen Verantwortung in der Familien- und Bildungspolitik (OLS-Regressionen)	98
Tabelle 12:	Determinanten der gewünschten staatlichen Leistungshöhe in der finanziellen Altersversorgung und der Pflege im Alter (OLS-Regressionen) ...	100
Tabelle 13:	Determinanten der gewünschten staatlichen Leistungshöhe in der Familien- und Bildungspolitik (OLS-Regressionen)	102
Tabelle 14:	Totale, direkte und indirekte Alterseffekte auf wohlfahrtsstaatliche Einstellungen (Pfadmodelle).....	106
Tabelle 15:	Statistisch signifikante indirekte Alterseffekte auf wohlfahrtsstaatliche Einstellungen (Pfadmodelle).....	107
Tabelle 16:	Altersspezifische Determinanten der gewünschten staatlichen Verantwortung in der finanziellen Altersversorgung (OLS-Regressionen).....	114
Tabelle 17:	Altersspezifische Determinanten der gewünschten staatlichen Verantwortung in der Pflege im Alter (OLS-Regressionen)	117
Tabelle 18:	Altersspezifische Determinanten der gewünschten staatlichen Verantwortung in der Familienpolitik (OLS-Regressionen)	118
Tabelle 19:	Altersspezifische Determinanten der gewünschten staatlichen Verantwortung in der Bildungspolitik (OLS-Regressionen)	121
Tabelle 20:	Altersspezifische Determinanten der gewünschten staatlichen Leistungshöhe in der finanziellen Altersversorgung (OLS-Regressionen)	122

Tabelle 21:	Altersspezifische Determinanten der gewünschten staatlichen Leistungshöhe in der Pflege im Alter (OLS-Regressionen)	124
Tabelle 22:	Altersspezifische Determinanten der gewünschten staatlichen Leistungshöhe in der Familienpolitik (OLS-Regressionen)	126
Tabelle 23:	Altersspezifische Determinanten der gewünschten staatlichen Leistungshöhe in der Bildungspolitik (OLS-Regressionen)	128
Tabelle 24:	Übersicht über die zwischen Jüngeren und Älteren differierenden Determinanten wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen (OLS-Regressionen)	130
Tabelle 25:	Zusammenhänge zwischen der Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden und verschiedenen Merkmalen	143
Tabelle 26:	Determinanten der Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden (OLS-Regressionen)	145
Tabelle 27:	Totale, direkte und indirekte Alterseffekte auf die Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden (Pfadmodelle).....	147
Tabelle 28:	Statistisch signifikante indirekte Alterseffekte auf die Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden (Pfadmodelle).....	148
Tabelle 29:	Altersspezifische Determinanten der Wahrnehmung von allgemeinen aktuellen intergenerationellen Einstellungsunterschieden (OLS-Regressionen).....	149
Tabelle 30:	Altersspezifische Determinanten der Wahrnehmung von allgemeinen prospektiven intergenerationellen Einstellungsunterschieden (OLS-Regressionen).....	150
Tabelle 31:	Altersspezifische Determinanten der Wahrnehmung von spezifischen prospektiven intergenerationellen Einstellungsunterschieden (OLS-Regressionen).....	154
Tabelle 32:	Übersicht über die zwischen Jüngeren und Älteren differierenden Determinanten der Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden.....	158

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Existenz und Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden.....	28
Abbildung 2:	Durchschnittliche gewünschte staatliche Verantwortung in verschiedenen Politikbereichen	82
Abbildung 3:	Durchschnittliche gewünschte staatliche Leistungshöhe in verschiedenen Politikbereichen	83
Abbildung 4:	Durchschnittliche gewünschte staatliche Verantwortung in verschiedenen Politikbereichen nach Alter.....	87
Abbildung 5:	Durchschnittliche gewünschte staatliche Leistungshöhe in verschiedenen Politikbereichen nach Alter.....	88
Abbildung 6:	Pfadmodell zur gewünschten staatlichen Verantwortung in der finanziellen Altersversorgung.....	108
Abbildung 7:	Gewünschte staatliche Verantwortung in der finanziellen Altersversorgung nach Bildung.....	115
Abbildung 8:	Gewünschte staatliche Verantwortung in der Familienpolitik nach Unzufriedenheit mit der Familienpolitik.....	120
Abbildung 9:	Gewünschte staatliche Leistungshöhe in der finanziellen Altersversorgung nach Wahrnehmung der eigenen Wirtschaftslage (aktuell).....	123
Abbildung 10:	Gewünschte staatliche Leistungshöhe in der Pflege im Alter nach Wahrnehmung der eigenen Wirtschaftslage (aktuell)	125
Abbildung 11:	Gewünschte staatliche Leistungshöhe in der Familienpolitik nach Unzufriedenheit mit der Familienpolitik.....	127
Abbildung 12:	Gewünschte staatliche Leistungshöhe in der Bildungspolitik nach Wahrnehmung der allgemeinen Wirtschaftslage (prospektiv)	129
Abbildung 13:	Durchschnittliche Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden	138
Abbildung 14:	Durchschnittliche Wahrnehmung verschiedener Einstellungsunterschiede ..	139
Abbildung 15:	Durchschnittliche Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden nach Alter.....	140
Abbildung 16:	Durchschnittliche Wahrnehmung verschiedener Einstellungsunterschiede nach Alter.....	142
Abbildung 17:	Wahrnehmung von prospektiven intergenerationellen Einstellungsunterschieden (allgemein) nach Bildung	151
Abbildung 18:	Wahrnehmung von prospektiven intergenerationellen Einstellungsunterschieden (allgemein) nach Wahrnehmung der allgemeinen Wirtschaftslage (prospektiv).....	152
Abbildung 19:	Wahrnehmung von prospektiven intergenerationellen Einstellungsunterschieden (allgemein) nach Unzufriedenheit mit der Familienpolitik	153
Abbildung 20:	Wahrnehmung von prospektiven intergenerationellen Einstellungsunterschieden (spezifisch) nach Unzufriedenheit mit der finanziellen Altersversorgung.....	155

Abbildung 21:	Wahrnehmung von prospektiven intergenerationellen Einstellungs- unterschieden (spezifisch) nach wahrgenommener Unterstützung Älterer durch die Jüngeren	156
Abbildung 22:	Wahrnehmung von prospektiven intergenerationellen Einstellungs- unterschieden (spezifisch) nach wahrgenommener Belastung Jüngerer durch die Älteren	157
Abbildung 23:	Schematische Darstellung der Entstehung eines Generationenkonflikts	176
Abbildung 24:	Darstellung einer moderierten Mediation am Beispiel der gewünschten staatlichen Verantwortung im Bereich finanzielle Altersversorgung	182

1. Einleitung

Der demografische Wandel in Deutschland.¹ Diese wenigen Worte genügen, um bei Vielen ein Szenario mit regelrechten Schreckensbildern im Kopf entstehen zu lassen. In diesem Zusammenhang haben seit einigen Jahren Begriffe wie Generationenkonflikt oder Generationengerechtigkeit Konjunktur. Wissenschaftliche Untersuchungen zum Generationenkonflikt im deutschen Wohlfahrtsstaat kommen allerdings mehrheitlich zu dem Befund, dass dieser Konflikt bislang noch nicht eingetreten sei (siehe z.B. Rinne/Wagner 1995; Blome et al. 2008: 315-336). Das könnte beruhigend sein. Was aber, wenn diese Schlussfolgerung auf teilweise irrtümlichen Annahmen über die Herangehensweise an dieses Phänomen beruht? Die vorliegende Untersuchung identifiziert zwei Versäumnisse in der bisherigen Forschung und zeigt auf, welche Schlüsse hinsichtlich des Generationenkonfliktpotenzials im deutschen Wohlfahrtsstaat gezogen werden könnten, wenn diese Aspekte Berücksichtigung fänden. Der erste Punkt betrifft die analytische Perspektive auf den Untersuchungsgegenstand: Vorliegende Studien untersuchen fast ausschließlich Unterschiede in wohlfahrtsstaatlichen Präferenzen zwischen Älteren und Jüngeren, um Aussagen über das Konfliktpotenzial zu treffen. Diese Betrachtung verzichtet auf die Wahrnehmung von Einstellungsunterschieden, die aber mindestens ebenso wichtig ist, wenn nicht sogar wichtiger. Der zweite Punkt dreht sich um die Wirkungsweise des Alters: Indirekte Alterseffekte, d.h. über andere Merkmale vermittelte Effekte, finden keine ausreichende theoretische und empirische Beachtung, und das, obwohl sie hochgradig plausibel sind. Ebenso unzureichende Beachtung erfährt die Rolle des Lebensalters als Moderator. Aussagen zur empirischen Evidenz von Alterseffekten stehen demnach partiell auf tönernen Füßen. Die Berücksichtigung beider Aspekte trüge aber dazu bei, intergenerationelle Einstellungsunterschiede vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Alterung besser zu verstehen.²

Seit Jahren ist die Bevölkerungsalterung auf nationaler wie auch internationaler Ebene ein vielbeachtetes Phänomen, dem offensichtlich schwer beizukommen ist. Einer der Gründe für die Alterung der Gesellschaft ist die steigende Lebenserwartung. Eine weitere Ursache ist, dass zu viele Menschen zu wenige Kinder bekommen, um die Populationszahlen stabil zu

¹ Der demografische Wandel bezeichnet Bevölkerungsveränderungen, die sich aus dem Zusammenspiel der drei die Populationsentwicklung bestimmenden Parameter (Fertilitätsrate, Lebenserwartung, Wanderungsbewegungen) ergeben. Dieses kann verschiedene Konsequenzen haben, von denen Alterungsprozesse nur eine sind. Weitere Folgen können eine Verjüngung der Bevölkerung oder die Konstanz aktueller Verhältnisse sein. In Deutschland wurde bereits vor einigen Jahrzehnten ein gesellschaftlicher Alterungsprozess eingeleitet: Seit den 1970er-Jahren liegt die Fertilitätsrate relativ stabil bei 1,4 Kindern pro Frau und ist somit deutlich unterhalb des Wertes von 2,1, der nötig ist, um die Population stabil zu halten. Gleichzeitig steigt die durchschnittliche Lebenserwartung seit vielen Dekaden an. Die Nettozuwanderung hingegen fällt zu gering aus, um die angestoßene Entwicklung auszugleichen. In Deutschland wird der Begriff demografischer Wandel nahezu bedeutungsgleich mit den Termini „gesellschaftliche Alterung“ oder „Bevölkerungsalterung“ benutzt. In Anlehnung an diesen Sprachgebrauch werden diese Begriffe in dieser Untersuchung synonym verwendet.

² Diesen Erläuterungen gemäß ist diese Arbeit dem Feld der Einstellungsforschung zuzuordnen. Ein anderer konzeptioneller Ansatz wird in Institutionenanalysen gewählt. Dieser besteht in der Identifikation systemimmanenter Strukturen, um eine Antwort auf die Frage zu geben, ob die wohlfahrtsstaatliche Architektur selbst eine Quelle intergenerationeller Ungleichbehandlung und damit potenzieller Generationenkonflikte darstellt. Bevölkerungseinstellungen sind bei derartigen Analysen weitgehend irrelevant.

halten. Und diese wenigen Kinder, die noch geboren werden, können ihrerseits dann mittelfristig auch schwerlich einen Bevölkerungs- und Verjüngungsboom auslösen. Denn sehr vereinfacht ausgedrückt, fehlen einfach die zukünftigen Eltern. Gleichzeitig fällt die Nettozuwanderung in vielen Ländern zu gering aus, um Alterungsprozesse zu stoppen oder sogar umzukehren. Allen vorliegenden Bevölkerungsvorausrechnungen zufolge wird die Alterung auch in Deutschland daher zukünftig stetig voranschreiten: Der Anteil der über 65-Jährigen wird Prognosen zufolge bis 2050 um elf Prozentpunkte steigen, jeder Dritte wird dann zu dieser Altersgruppe gehören. Nur jeder Vierte hingegen ist dann noch unter 30, und sogar nur noch knapp jeder Fünfte jünger als 25 Jahre alt.³

Die Indizien für die gestiegene gesamtgesellschaftliche Relevanz von und öffentliche Aufmerksamkeit für den Umgang mit der Bevölkerungsalterung im Allgemeinen und die intergenerationellen Beziehungen im Speziellen sind vielfältig wie folgende Beispiele belegen: Der Begriff „*Rentnerschwemme*“ wurde in Deutschland zum Unwort des Jahres 1996 gewählt, die Vereinten Nationen begingen 1999 das „*International Year of Older Persons*“ und stellten im Jahr 2002 in Madrid einen „*International Plan of Action on Ageing*“ vor. 2012 folgte das von der Europäischen Union ausgerufene „*European Year for Active Ageing and Solidarity Between Generations*“. Im selben Jahr präsentierte die deutsche Bundesregierung ihre sog. Demografiestrategie („*Jedes Alter zählt*“), deren Weiterentwicklung derzeit in Arbeit ist und 2013 wurde in Deutschland das Wissenschaftsjahr zur „*Demografischen Chance*“ begangen. Diese und weitere von verschiedenen Aktionen flankierten Initiativen dienen der Aufklärung durch Aufzeigen von gesellschaftlichen Herausforderungen und problematischen Tendenzen, aber auch der Herausstellung von mit der Bevölkerungsalterung verbundenen Chancen und Potenzialen.

Neu ist die Erkenntnis der gesellschaftlichen Alterung also nicht; die Entwicklungen waren seit einigen Jahrzehnten absehbar. Als neu können auch kaum die daraus resultierenden Herausforderungen beschrieben werden, die soziale, wirtschaftliche, sozial- und gesellschaftspolitische sowie infrastrukturelle und weitere Bereiche des öffentlichen Lebens betreffen. Neben dem Aspekt der geringen Fertilität und der Frage, wie dieser beizukommen sei (Stichwort: Elterngeld) kommen diesbezüglich Einwanderungsfragen (Stichwort: Qualifizierte Zuwanderung), Fragen nach der Integration Älterer in die Gesellschaft (Stichwort: Ehrenamtliches Engagement) und in den Arbeitsmarkt (Stichwort: Ältere Arbeitnehmer), bezüglich des Wirtschaftsstandorts Deutschland (Stichwort: Innovationsstandort) sowie der Zukunft der sozialen Sicherungssysteme (Stichwort: Generationenkonflikt) auf. Diese Liste ist nicht vollständig, erfüllt aber den Zweck, die Diversität der Konsequenzen des demografischen Wandels zu illustrieren.

In dieser Untersuchung geht es um die Einstellungen der Bevölkerung zu verschiedenen wohlfahrtsstaatlichen Bereichen, genauer: Um den geforderten Umfang und das präferierte Ausmaß sozialstaatlichen Handelns in Politikfeldern, die primär entweder auf die Vertretung

³ Die Zahlen entstammen dem Szenario 1-W1 der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausrechnung für die Bundesrepublik Deutschland, das folgenden Annahmen unterliegt: Moderater Anstieg der Lebenserwartung, konstante Geburtenziffer, jährliche Nettozuwanderung von 100000 Personen jährlich (siehe Statistisches Bundesamt 2009).

der Interessen der Jüngeren oder der Älteren ausgerichtet sind. Dazu zählen auf der einen Seite Hilfen für Familien sowie die Bildungspolitik („junge Politikbereiche“) und auf der anderen Seite die finanzielle und pflegerische Versorgung der Älteren („alte Politikbereiche“). Die Einstellungen der Bevölkerung zum wohlfahrtsstaatlichen Engagement sind von hoher Relevanz: Der Staat bezieht seine notwendige Unterstützung zu großen Teilen auch aus der im Rahmen von verschiedensten Sozialleistungen stattfindenden Verteilung monetärer und nicht-monetärer Mittel. 2013 lagen die Ausgaben für Sozialleistungen bei 812 Mrd. Euro, das entspricht rund 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Wenn nennenswerte Unterschiede in den Einstellungen zwischen der jüngeren und der älteren Generation festgestellt werden, können diese als Beginn, Ursache oder Ausdruck einer wohlfahrtsstaatlichen Legitimitätskrise interpretiert werden.

Einstellungsdifferenzen zwischen Generationen könnten in Folge bevölkerungsstruktureller Verschiebungen zunehmend zum Problem werden. Angesichts des steigenden Bevölkerungsanteils der Älteren sprechen Journalisten, Politiker und Wissenschaftler immer wieder Warnungen vor dem schleichenden Beginn einer Gerontokratie, d.h. der Herrschaft der Älteren, aus. Jüngst war im Magazin *Der Spiegel* zu lesen, dass Hans-Werner Sinn, der scheidende Präsident des ifo Instituts, der Ansicht sei, Deutschland wandle sich derzeit zu einer Gerontokratie (Jung/Schmergal 2015: 58).⁴ Ähnlich äußerte sich 2008 der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog, als er vor einer Rentnerdemokratie warnte. In regelmäßigen Abständen ist – v.a. mit Bezug auf die Rentenproblematik – immer wieder von einem Generationenkonflikt oder sogar einem „*Kampf der Generationen*“ (Gronemeyer 2004) die Rede.⁵ Allen genannten Begriffen ist gemein, dass sie (auch) verteilungspolitische Sachverhalte beschreiben. Häufig wird angenommen, dass Ältere nur die Förderung der Politikbereiche gutheißen, von denen sie konkret profitieren. Die Interessen der Jüngeren könnten aufgrund ihres sinkenden Bevölkerungsanteils folglich ins Hintertreffen geraten. Ihre ungünstige Situation wird oft anhand der Funktionslogik der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) veranschaulicht: Die jüngere und mittelalte erwerbstätige Generation muss die zunehmende finanzielle Last der Versorgung der nicht mehr erwerbstätigen Generation stemmen. Um dies leisten zu können, wird der Beitragssatz aller Voraussicht nach bis zu einem gewissen Grad ansteigen und parallel das Rentenniveau gesenkt. Das heißt: Die jüngere Generation bezahlt mehr ein, bekommt aber weniger heraus als die Vorgängergeneration. Die jüngsten Entwicklungen, die Einführung der „Mütterrente“ und der „Rente mit 63“ zum 01. Juli 2014, tun ihr Übriges, um diese Situation zu verschärfen.⁶ Zusätzlich zu diesen Entwicklungen tragen die Medien ihren Teil dazu bei, die problematischen Konsequenzen der

⁴ Sinn (2005: 54) äußerte sich bereits zehn Jahre zuvor recht drastisch: „*Unlösbare Verteilungskämpfe zwischen den Alten und den Jungen drohen, das politische System der Bundesrepublik Deutschland zu erschüttern*“.

⁵ Der Begriff Generationenkonflikt findet über den wohlfahrtsstaatlichen Kontext hinaus auch in anderen Zusammenhängen Verwendung. Zu nennen sind hier, erstens, der familiäre Kontext, zweitens, die Sphäre der politischen Elite sowie, drittens, der kulturelle Kontext.

⁶ Mit der Mütterrente werden die Erziehungszeiten von Frauen, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, im Rentenanspruch stärker berücksichtigt. Die Rente mit 63 soll Arbeitnehmern, die 45 Beitragsjahre vorweisen können, einen früheren abschlagsfreien Rentenbeginn ermöglichen.

Bevölkerungsalterung sowie ein mögliches Ungleichgewicht zwischen den Generationen zu betonen: „[...] *the media is generating or fostering a perception that resources, money, welfare benefits, and so forth are, or are going to be, in short supply, and it is either going to be older people or younger people who will suffer cutbacks*“ (Williams/Nussbaum 2001: 239). Unter Titeln wie „*Rentner machen Kasse – wann ist Zahltag für die Jungen?*“ (Anne Will, ARD, 21.06.2009), „*Altenrepublik Deutschland – werden die Jungen ausgeplündert?*“ (Hart aber fair, ARD, 17.11.2014) oder „*Rente ohne Zukunft. Alles für die Alten?*“ (Maybrit Illner, ZDF, 27.11.2014) werden in politischen Talkshowformaten Konfliktszenarien diskutiert. Ergänzend dazu liefern populärwissenschaftliche Bücher wie „*Die Altersexplosion: Droht uns ein Krieg der Generationen?*“ (Mohl 1993), „*Die gierige Generation. Wie die Alten auf Kosten der Jungen abkassieren*“ (Klößner 2003), „*Kampf der Generationen*“ (Gronemeyer 2004) und diverse Meldungen in Zeitungen und Magazinen Stoff für Debatten. Auch in der Politik ist die Generationenthematik vor einiger Zeit angekommen wie beispielsweise ein Blick in die Wahlprogramme zeigt. Die Grundannahmen über konfliktäre Tendenzen zwischen Älteren und Jüngeren dürften aufgrund der wiederkehrenden Präsenz des Themas mittlerweile auch einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung bekannt sein.

Das demografische „Übergewicht“ der Älteren stellt allerdings nur dann ein Problem für die sozialpolitischen Belange der jüngeren Bevölkerungssegmente dar, wenn wohlfahrtsstaatliche Präferenzen tatsächlich in egozentrierter Weise mit dem Lebensalter variieren. Und wenn dies der Fall ist, ergeben sich daraus womöglich weitere Konsequenzen, z.B. wenn sich diese altersspezifischen Einstellungen in der Wahlentscheidung niederschlagen. Das zentrale Anliegen dieser Arbeit ist daher die Untersuchung altersspezifischer wohlfahrtsstaatlicher Orientierungen. Neben der Ausgangsfrage, ob überhaupt altersbedingte Unterschiede bestehen, wird unter Verwendung der wohlfahrtsstaatlichen Einstellungsliteratur darüber hinaus der Frage nachgegangen, wie wohlfahrtsstaatliche Orientierungen ausgebildet werden und welche Rolle das Alter hierbei spielt. Dabei ist zu beachten, dass das Lebensalter nach gängiger Ansicht eine Stellvertreterfunktion (Proxy) einnimmt und also bestimmte Merkmale repräsentiert, die in Umfragen nicht erhoben werden (können). Mit Blick auf wohlfahrtsstaatliche Präferenzen sind hier Interessen- und Wertorientierungen zu nennen, die sich im Alter niederschlagen. Gesonderte Aufmerksamkeit erhält daher die Frage, über welche Faktoren das Alter wohlfahrtsstaatliche Präferenzen indirekt mitbestimmt. Zudem soll sich der Frage angenähert werden, ob Ältere und Jüngere ihre wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen auf unterschiedliche Weise ausbilden. Mit der Beantwortung dieser Fragen wird eine Lücke in der wohlfahrtsstaatlichen Einstellungsforschung geschlossen. Denn bis zum jetzigen Zeitpunkt fehlt eine systematische Untersuchung von Altersunterschieden unter Berücksichtigung von indirekten Alterseffekten und vom Alter moderierten Effekten, die zugleich verschiedene Politikbereiche umfasst, die in ihrer Altersorientierung variieren.

Neben der Frage nach der Existenz intergenerationeller Einstellungsunterschieden – dafür wird in der Arbeit auch der Begriff „objektive Realität von Einstellungsunterschieden“ verwendet – nimmt die Untersuchung der Wahrnehmung dieser Differenzen – bezeichnet als „subjektive Realität von Einstellungsunterschieden“ – einen zentralen Stellenwert in dieser Arbeit ein. Zudem wird der Zusammenhang von Existenz und Wahrnehmung von intergenerationellen

Unterschieden beschrieben, der in der Forschung bislang zu wenig Beachtung findet. Dies verwundert, da es naheliegt, beide Aspekte zusammenzubringen, um qualifiziertere Aussagen über das Konfliktpotenzial zwischen den Generationen treffen zu können. Im Rahmen dieser Arbeit wird argumentiert, dass die Perzeption von Unterschieden als notwendige Bedingung der Entwicklung konfliktärer Tendenzen aufzufassen ist. Die Existenz von Differenzen kann, aber muss in keinem logischen Zusammenhang mit dieser Wahrnehmung stehen. Eine derartige Erweiterung der analytischen Perspektive führt zu einem eher ernüchternden Blick auf bestehende Studien zu intergenerationellen Einstellungsunterschieden: Der Großteil dieser Untersuchungen greift demnach zu kurz, da die Einschätzung des Konfliktpotenzials anhand der (Nicht)Existenz von Differenzen vorschnell erfolgt. Denn theoretisch ist vorstellbar, dass Einstellungsunterschiede da gesehen werden, wo keine sind, sowie umgekehrt, dass Differenzen nicht erkannt werden, obwohl sie rein objektiv betrachtet bestehen. Vereinzelt vorliegende empirische Befunde geben Hinweise auf ein derartiges Missverhältnis von Einstellungs- und Wahrnehmungsebene. In dieser Arbeit wird sich daher der Frage nach dem Verhältnis der objektiven und subjektiven Realität intergenerationaler Einstellungsunterschiede angenähert.

Zudem werden die Determinanten der Wahrnehmung von Einstellungsunterschieden theoretisch und empirisch identifiziert. Damit wird in gewisser Weise wissenschaftliches Neuland betreten. Zwar liegen einige Untersuchungen zur Wahrnehmung von Interessengegensätzen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen vor, Alt-Jung-Unterschiede standen dabei allerdings in den wenigsten Fällen im analytischen Fokus.

Aufbau der Arbeit. Bevor dieses Forschungsprogramm begonnen werden kann, sind einige Vorarbeiten notwendig. In Kapitel 2 wird das theoretische Fundament zur Untersuchung von Existenz und Wahrnehmung intergenerationaler Unterschiede in wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen vorgestellt. In Unterkapitel 2.2 erfolgt die Darlegung des konzeptuellen Rahmens, der die notwendige Grundlage zur wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Forschungsgegenstand bildet. Es werden umfassende Erläuterungen zu wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen (Abschnitt 2.2.1), zum Wohlfahrtsstaatsbegriff (Abschnitt 2.2.2) sowie zu Altersgruppen und Generationen im wohlfahrtsstaatlichen Kontext (Abschnitt 2.2.3) gegeben. In der Forschungsliteratur werden vier Dimensionen wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen unterschieden (Ziele, Mittel, Folgen, Finanzierung). Die Zieldimension beschreibt die Erwartungen der Bevölkerung an den Wohlfahrtsstaat im Hinblick auf den gewünschten Umfang staatlicher Verantwortung und die präferierte Höhe von Ausgaben; sie steht im Fokus der Untersuchung. In diesem Abschnitt (2.2.1) wird zudem erläutert, dass die Konstruktion und Analyse einer politikfeldübergreifenden wohlfahrtsstaatlichen Einstellung angesichts von mit dem Alter *und* dem Politikbereich mutmaßlich variierenden Zustimmungstendenzen im vorliegenden Untersuchungszusammenhang kontraindiziert ist. Da Altersunterschiede – wie gezeigt wird – insbesondere bei der Bewertung von Politikbereichen erwartet werden, die den Interessen der jüngeren Bevölkerung entsprechen, werden in dieser Arbeit bereichsspezifische Einstellungsindikatoren analysiert. Als nächstes ist zu klären, worauf sich wohlfahrtsstaatliche Einstellungen beziehen. Wie kann das Einstellungsobjekt „Wohlfahrtsstaat“ beschrieben werden? Welche Bereiche politischen Handelns werden gemeinhin unter diesem Begriff sub-

sumiert? Welche gesamtgesellschaftliche Relevanz haben Wohlfahrtspolitiken und was kennzeichnet das Umlageverfahren zur Finanzierung der zum Wohlfahrtsstaat zugehörigen Sozialversicherungen? Diese Fragen werden in Abschnitt 2.2.2 beantwortet. Darüber hinaus erfolgt hier die Einteilung von policies in „junge“ und „alte“ Politikbereiche: „Junge Politikbereiche“ umfassen die Familien- und Bildungspolitik, während „alte Politikbereiche“ die finanzielle und pflegerische Altersversorgung betreffen. Im letzten Abschnitt dieses Unterkapitels (2.2.3) wird die Bedeutung des Alters und der Generationenzugehörigkeit im wohlfahrtsstaatlichen Kontext beschrieben. Die Tatsache, dass der Bezug wohlfahrtsstaatlicher Leistungen in nicht geringem Ausmaß vom Lebensalter abhängt, verdeutlicht die Relevanz des individuellen Alters. Aus der Variation von Leistungsbezügen im Zeitverlauf ergibt sich zudem der hohe Stellenwert der Generationenzugehörigkeit. Es werden verschiedene Generationenkonzepte präsentiert, von denen das wohlfahrtsstaatliche Generationenverständnis maßgeblich für die weitere Untersuchung ist. Die von Leisering (2000) vorgestellte Einteilung von wohlfahrtsstaatlichen Gewinnern und Verlierern wird kritisch diskutiert. Diese Ausführungen bilden die theoretische Basis für die Kontrastierung der Einstellungen von älteren Gewinnern und jüngeren Verlierern im empirischen Teil dieser Arbeit.

Unterkapitel 2.3 enthält zentrale theoretische Überlegungen, erstens, zur Ausweitung der analytischen Perspektive sowie, zweitens, zu den Determinanten von wohlfahrtsstaatlichen Präferenzen und der Wahrnehmung intergenerationeller Einstellungsunterschiede. Abschnitt 2.3.1 beginnt mit Erläuterungen zu den Ursachen von intergenerationellen Unterschieden im Hinblick auf das geforderte wohlfahrtsstaatliche Engagement. Darüber hinaus wird der theoretische Rahmen weiter gespannt. Es wird argumentiert, dass es einer zusätzlichen analytischen Perspektive bedarf, um Generationendifferenzen umfassender und realitätsgetruer zu beleuchten als dies üblicherweise geschieht. Der Untersuchungsgegenstand sollte demnach nicht nur anhand objektiv feststellbarer Tatsachen, d.h. im vorliegenden Zusammenhang intergenerationeller Einstellungsunterschiede, beschrieben werden. Herausgestellt wird die Relevanz des Aspekts der Wahrnehmung. Aus diesen Erläuterungen folgt, erstens, dass die Perzeption von Differenzen als eine notwendige Bedingung für konfliktäre Tendenzen beschrieben werden kann. Zweitens wird geschlussfolgert, dass die oft schlicht vorausgesetzte Kongruenz von Einstellungs- und Wahrnehmungsebene empirisch zu überprüfen ist und keineswegs als gegeben betrachtet werden kann. Aus diesen Überlegungen werden die zentralen Forschungsfragen abgeleitet, mit deren Vorstellung dieser Abschnitt endet.

In den beiden folgenden Abschnitten steht die Vorstellung der Determinanten von wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen einerseits (Abschnitt 2.3.2) und von Wahrnehmungen von Einstellungsunterschieden andererseits (Abschnitt 2.3.3) im Vordergrund. Mittels der Identifizierung von Erklärungsfaktoren wird eine Annäherung an Einstellungsbildungsprozesse beabsichtigt. Um relevante Determinanten auszumachen, werden umfangreiche Literaturrecherchen durchgeführt. Dargelegt werden die theoretisch vermuteten Prädiktoren und ihre Wirkungszusammenhänge mit den abhängigen Variablen. Ergänzt werden diese Ausführungen durch die Skizzierung des Forschungsstandes. Die Vorstellung der Determinanten findet zuvorderst auf der Ebene empirischer Indikatoren statt, was symptomatisch für den aktuellen Forschungsstand erscheint, im Rahmen dieser Arbeit aber nicht geändert werden

kann. Die Erklärungsfaktoren werden beginnend mit sozialstrukturellen Merkmalen wie Alter, Geschlecht und Bildung vorgestellt, gefolgt von verschiedenen Einstellungen wie z.B. Bewertungen der Wirtschaftslage und der Performanz des Wohlfahrtsstaats. Die Erläuterungen in diesen beiden Abschnitten stellen die Grundlage zur fundierten Deutung der Befunde in den späteren Analysen dar.

In Kapitel 3 werden die verwendeten Daten (Unterkapitel 3.2) und die Operationalisierungen der abhängigen und unabhängigen Variablen (Unterkapitel 3.3) vorgestellt. Analysiert wird eine im Jahr 2011 durchgeführte Telefonumfrage, in der sowohl wohlfahrtsstaatliche Einstellungen als auch Perzeptionen von Einstellungsunterschieden erhoben wurden. Aufgrund der hohen Fallzahlen sind altersgruppenspezifische Untersuchungen ohne Einschränkungen möglich.

In Kapitel 4 werden die empirischen Analysen präsentiert. Das Vorgehen gliedert sich dabei in verschiedene Schritte, die in der analytischen Vorgehensweise (Unterkapitel 4.2) detailliert vorgestellt werden. In der Summe dienen die Untersuchungen der Beantwortung der vorab entwickelten Fragestellungen, die in verschiedene Teilaspekte gegliedert werden. Zunächst werden wohlfahrtsstaatliche Einstellungen ausführlich untersucht (Unterkapitel 4.3), gefolgt von der umfassenden Analyse von Wahrnehmungen von intergenerationellen Unterschieden in wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen (Unterkapitel 4.4). In Unterkapitel 4.5 schließlich wird die Frage erörtert, in welchem Verhältnis die Existenz und die Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden aktuell stehen; diese Annäherung hat deskriptiven Charakter.

Die Vorgehensweise innerhalb der beiden Unterkapitel 4.3 und 4.4 ist identisch. Vor dem Einsatz komplexerer Analysemethoden wird ein Überblick über die abhängigen Variablen gegeben (Abschnitte 4.3.1 und 4.4.1). Die bivariaten Analysen (Abschnitte 4.3.2 und 4.4.2) stellen auf Zusammenhänge zwischen den abhängigen Variablen und den Prädiktoren ab. Unterschiede nach dem Lebensalter stehen bei dieser Darstellung im Fokus. Es schließen multivariate Analysen an (Abschnitte 4.3.3 und 4.4.3). Zunächst werden Ergebnisse multipler OLS-Regressionsanalysen in den Unterabschnitten 4.3.3.1 und 4.4.3.1 präsentiert. Diese geben Aufschluss über den eigenständigen Einfluss der einbezogenen Determinanten auf die abhängigen Variablen unter Kontrolle der übrigen Einflussfaktoren. Bei dieser Analyse bleiben bestehende Zusammenhänge zwischen dem Lebensalter und den weiteren Prädiktoren außer Acht. Dabei sind diese in Zusammenschau mit den Befunden aus den OLS-Regressionen ein deutliches empirisches Indiz für die Existenz indirekter Wirkungsweisen des Alters. Theoretisch sind derartige vermittelte Effekte zudem hochgradig plausibel, da – wie erwähnt – das Alter nach gängiger Ansicht eine Stellvertreterfunktion einnimmt. Von zusätzlichem Interesse ist in dieser Arbeit daher die Identifizierung indirekter Alterseffekte und relevanter intervenierender Variablen, über die diese Effekte vermittelt werden. Diesbezügliche Erkenntnisse tragen dazu bei, die Wirkungsweise des Alters detaillierter zu beleuchten. In den Unterabschnitten 4.3.3.2 und 4.4.3.2 werden daher direkte und indirekte Alterseffekte anhand von Pfadanalysen untersucht. Schließlich werden in den Unterabschnitten 4.3.3.3 und 4.4.3.3 altersspezifische Determinanten identifiziert. Damit wird sich der Frage angenähert, ob Ältere und Jüngere in der Ausbildung ihrer Einstellungen und Wahrnehmungen differieren.

Das zentrale Anliegen dieser Untersuchung wird abschließend zusammenfassend skizziert: Das Hauptaugenmerk liegt auf der Abschätzung des intergenerationellen Konfliktpotenzials im deutschen Wohlfahrtsstaat. Dabei werden im Vergleich zu bestehenden Studien neue Wege beschritten: Neben der Untersuchung altersspezifischer Einstellungsunterschiede werden Wahrnehmungen von Einstellungsunterschieden analysiert. Dies soll eine qualifiziertere Einschätzung der aktuellen Situation ermöglichen. Zudem wird eine differenziertere Erfassung der Rolle des Lebensalters bei der Erklärung wohlfahrtsstaatlicher Präferenzen und der Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden angestrebt. Darauf zielen die Identifikation vermittelter Alterseffekte und altersspezifischer Determinanten ab.

2. Theoretischer Hintergrund

2.1 Vorbemerkung

Bevor die in der Einleitung aufgezeigte Forschungsagenda in empirische Arbeit übergeleitet werden kann, werden in diesem Kapitel die theoretischen Grundlagen dafür gelegt. Im nachfolgenden Unterkapitel 2.2 wird zunächst der konzeptuelle Rahmen aufgezeigt. Zentrale Begriffe werden erläutert, um die Basis für die weitere Untersuchung zu schaffen. Die Ausführungen sind nicht allein definitorischer Art, sondern umfassen weitere Informationen. Z.B. wird im Hinblick auf den Wohlfahrtsstaatsbegriff die Relevanz wohlfahrtsstaatlicher Politiken anhand ausgesuchter Kennwerte herausgestellt und das Prinzip des Umlageverfahrens, mit denen die als wohlfahrtsstaatlich bezeichneten Sozialversicherungen finanziert werden, exemplarisch für die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) beschrieben. Auch bei der Thematisierung von Altersgruppen und Generationen im Wohlfahrtsstaat geht es nicht ausschließlich darum, verschiedene Personengruppen voneinander abzugrenzen. Die Vorstellung des wohlfahrtsstaatlichen Generationenbegriffs führt unweigerlich darauf hinaus, die Erscheinungsformen intergenerationeller Einstellungsunterschiede und ihre Ursachen zu thematisieren.

Der erste Abschnitt in Unterkapitel 2.3 bildet das theoretische Kernstück der vorliegenden Arbeit. Dargelegt wird die analytische Perspektive auf den Untersuchungsgegenstand. Diese wird im Vergleich zu bestehenden wissenschaftlichen Arbeiten zum Forschungsthema ausgeweitet. Argumentiert wird, dass die gängige Praxis der Untersuchung der *Existenz* von Einstellungsunterschieden eine verkürzte Perspektive darstellt, denn „[...] *das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein eines Konflikts (ist) niemals allein abhängig von dem objektiven Stand der Dinge*“ (Deutsch 1976: 18). Entscheidend ist zudem, inwieweit (nicht) bestehende Einstellungsunterschiede perzipiert werden. Dieser Abschnitt endet mit der Vorstellung der aus diesen Überlegungen abgeleiteten Forschungsfragen. Im zweiten und dritten Abschnitt werden Erklärungsfaktoren von wohlfahrtsstaatlichen Präferenzen und von der Wahrnehmung intergenerationeller Einstellungsunterschiede zusammengetragen. Bezüglich des ersten Aspekts kann auf umfangreiche Befunde der wohlfahrtsstaatlichen Einstellungsforschung zurückgegriffen werden, hinsichtlich des zweiten Aspekts hingegen liegen weit weniger Befunde vor.

2.2 Konzeptueller Rahmen

2.2.1 Wohlfahrtsstaatliche Einstellungen

Die Einstellungen der Bevölkerung sind in einem demokratischen System im Hinblick auf dessen Akzeptanz und Legitimität von hohem Interesse. Kein politisches System kann es sich leisten, auf ein bestimmtes Maß an Unterstützung, nicht nur, aber insbesondere in Bezug auf die Sozialpolitik, zu verzichten (siehe Almond/Verba 1963: 15-17; Easton 1965).⁷ Fehlt es an ausreichender Befürwortung und Unterstützung durch die Bevölkerung, geraten die Stabilität

⁷ Unklar ist allerdings, wie hoch die Unterstützung sein muss, um als ausreichend bezeichnet zu werden.

und die Persistenz eines Systems womöglich ins Wanken.⁸ Die Zustimmung ist nicht zuletzt von den Leistungen des Systems abhängig. Hier wird die zentrale Stellung von Wohlfahrts-
politiken deutlich, die als eine wesentliche Quelle von Legitimität angesehen werden können
(siehe Roller/Westle 1987). Wohlfahrtsstaatliche Einstellungen können somit ein Hinweis auf
den Legitimitäts- oder Akzeptanzzustand des Sozialstaats sein. Zeigen sich große Unter-
schiede in der wohlfahrtsstaatlichen Unterstützung zwischen verschiedenen Bevölkerungs-
teilen und/oder eine hohe Diskrepanz zwischen Ansprüchen und deren Verwirklichung mit
entsprechenden möglichen Auswirkungen für die allgemeine Akzeptanz des Sozialstaats, kann
dies als Ausdruck oder mögliche Ursache sozialer Probleme interpretiert werden. Zu einer
adäquaten Betrachtung des Wohlfahrtsstaats gehören demnach auch die individuellen
Einstellungen der Bürger (siehe etwa Easton 1965; 1967: insb.: 154-157 und 221-224; Westle
1989: 27-31; Dehlinger/Brennecke 1992; Andreß et al. 2001: 14; Ullrich 2008: 28-30). Ihre Be-
wertungen und Erwartungen im Hinblick auf wohlfahrtsstaatliches Engagement und
wohlfahrtsstaatliche Institutionen werden als wohlfahrtsstaatliche oder sozialstaatliche
Orientierungen, Einstellungen oder Präferenzen bezeichnet. Von Interesse ist diesbezüglich
beispielsweise, ob die Bürger Leistungskürzungen oder -steigerungen in unterschiedlichen
wohlfahrtsstaatlichen Handlungsfeldern befürworten, ob sie der Meinung sind, in Notlagen
(z.B. bei Krankheit, Arbeitslosigkeit oder im Alter) ausreichend abgesichert zu sein oder in
welchem Ausmaß sie den Staat als verantwortlich für die Erfüllung bestimmter sozial-
politischer Aufgaben sehen. Die Einstellungen der Bevölkerung sind dahingehend in zweierlei
Hinsicht relevant: Zum einen im Hinblick auf eine im Zeitverlauf zu beobachtende sinkende
Akzeptanz oder wachsende Unzufriedenheit in der gesamten Bürgerschaft und zum anderen
hinsichtlich von Differenzen zwischen gesellschaftlichen Gruppen, die sich in ihren Einstel-
lungen signifikant voneinander unterscheiden. Beide Zustände bergen das Potenzial einer
Legitimitäts- oder Akzeptanzkrise in sich.

In den 1970er-Jahren haben Fragen zur Erfassung wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen Eingang
in die Umfrageforschung gefunden (siehe z.B. Ullrich 2000: 2). Etwa zeitgleich wurden
verschiedene Konzepte zur Dimensionierung individueller Einstellungen zum Sozialstaat
vorgelegt.⁹ Sie alle stellen Versuche dar, wohlfahrtsstaatliche Orientierungen plausibel zu
gruppieren und die Verbindungen zwischen den Einstellungsdimensionen herauszustellen.
Recht hohe Popularität hat das Konzept von Roller (1992, insbes. 38-47) erlangt, das Gleiche
gilt für das Modell von Andreß et al. (2001: 17-32). Letztere nehmen die Konzeption von
Roller auf und erweitern sie um eine Dimension. Es folgt eine kurze Beschreibung der vier
wohlfahrtsstaatlichen Einstellungsdimensionen nach Andreß und Kollegen: Die erste Di-
mension betrifft die Ziele sozialstaatlichen Handelns. Dabei geht es um staatliche Aufgaben,
die auf die Herstellung von sozioökonomischer Sicherheit und (Chancen-)Gleichheit abzielen.

⁸ Dies gilt auch im Fall von nicht sinkender, sondern steigender Zustimmung. Diese Annahme ist in der
wohlfahrtsstaatlichen Einstellungsforschung unter der These der Anspruchsspirale zu finden. Demzufolge
habe die wohlfahrtsstaatliche Expansion zu übersteigerten Anforderungen in der Bevölkerung geführt,
denen der Wohlfahrtsstaat nicht gerecht werden könne. Durch die Überlastung des Systems würden die
Erwartungen der Bürgerschaft in Folge enttäuscht, was negative Auswirkungen auf die Legitimität des
Wohlfahrtsstaats zeitigen könne (siehe Roller/Westle 1987).

⁹ Einen Überblick über Ansätze, die sich entweder auf den bundesdeutschen oder den Sozialstaat eines
anderen Landes beziehen, geben Andreß et al. (2001: 19-30).

Diese Dimension wird üblicherweise weiter unterteilt. Zum einen ist von Interesse, in welchem Umfang staatliche Aktivität erwünscht ist (Extensität) und zum anderen, wie hoch das Ausmaß dieser Aktivität, bei einem zugeschriebenen Mindestmaß an Verantwortung, sein sollte (Intensität). Im ersten Fall wird zumeist die staatliche Verantwortung für verschiedene Aufgaben thematisiert, während bei der Intensität die Ausgabenhöhe in Teilbereichen im Vordergrund steht. Die zweite Dimension umfasst die Bewertung der Mittel, die zur Zielerreichung eingesetzt werden. Diese beinhalten Institutionen (wie z.B. die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV)), Programme (eher kurzfristig wie z.B. Arbeitsmarktreformen) und Akteure (z.B. Politiker). Die dritte Dimension beschreibt die Bewertung der Folgen staatlicher Aktivität. Relevant sind hierbei sowohl gewünschte Ergebnisse wie z.B. die individuelle Absicherung im Bedarfsfall als auch unintendierte Resultate wie z.B. der Missbrauch von Sozialleistungen oder der fehlende Anreiz, erwerbstätig zu sein aufgrund relativ hoher Sozialleistungen. Die vierte Dimension schließlich betrifft die individuelle Finanzierungsbereitschaft. Dies ist die Dimension, die Andreß et al. (2001) der Konzeption von Roller (1992) hinzugefügt haben und die im Gegensatz zu den anderen Dimensionen input-orientiert ist.

Roller (1992: 46) unterstellt eine Hierarchie zwischen den von ihr vorgeschlagenen Dimensionen, die allerdings noch nicht empirisch geprüft wurde und von Andreß et al. (2001: 22) kritisch hinterfragt wird. Ihr zufolge ist die erste Dimension die wichtigste und die Bedeutung nimmt zur dritten Dimension hin ab. Auch wenn eine empirische Bestätigung dieser Relevanzhierarchie bislang nicht erbracht wurde, so ist der zentrale Stellenwert der Zieldimension – und hier insbesondere der Extensität – dennoch unverkennbar. Wenn der Staat als nicht verantwortlich angesehen wird, so verlieren die übrigen Einstellungsdimensionen erheblich an Bedeutung: In diesem Fall sind Fragen nach der gewünschten Höhe staatlicher Leistungen ebenso obsolet wie Fragen nach der Performanz bestimmter Institutionen (denn diese sind auf die Zielerreichung fokussiert), den Folgen (die eine Bewertung der Zielerreichung beinhalten) und der Finanzierungsbereitschaft. Die verschiedenen Dimensionen wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen stehen demnach plausiblerweise miteinander im Zusammenhang. Nicht zuletzt aufgrund der Datenlage liegt der Schwerpunkt vieler empirischer Arbeiten auf der Zieldimension (siehe Ponza et al. 1988; Roller 1992; Papadakis/Bean 1993; Andreß et al. 2001; Arts/Gelissen 2001; Blekesaune/Quadagno 2003; Svallfors 2008; Busemeyer et al. 2009; Goerres/Tepe 2010; Baslevent/Kirmanoglu 2011).

Da der Wohlfahrtsstaat als Ganzes nicht unmittelbar erfahrbar ist, entzieht er sich einer direkten Bewertung durch die Bevölkerung. Die Evaluation desselben lässt sich nur über Einstellungen zu konkreten wohlfahrtsstaatlichen Objekten wie z.B. den einzelnen Sozialversicherungszweigen, deren Institutionen oder Reformvorhaben messen.¹⁰ Welche der vielen Objekte stellvertretend für die Messung wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen ausgewählt werden, sollte anhand relevanter Auswahlkriterien, wie beispielsweise ihrer Zentralität, ihres Bekanntheitsgrades, ihrer Bedeutung für die Befragten sowie weiterer Systemmerkmale wie z.B. den Kriterien der Leistungsvergabe, bestimmt werden. Empfohlen wird, ein Set zu wählen, das in den genannten Aspekten eine hohe Variabilität aufweist (siehe Ullrich 2008:

¹⁰ Hierbei ist entscheidend, welche Politikfelder und Institutionen als wohlfahrtsstaatlich betrachtet werden. Vgl. hierzu die Ausführungen zur Definition des Wohlfahrtsstaats im nachfolgenden Abschnitt.

79f.). Nicht selten wird die Summe von Einstellungen zu verschiedenen Objekten als wohlfahrtsstaatliche Einstellung im Ganzen interpretiert (siehe Hasenfeld/Rafferty 1989; Papadakis/Bean 1993; Svallfors 1999).¹¹ Neben der Entscheidung, welche sozialpolitischen Bereiche bzw. Institutionen dazu ausgewählt werden, ist für die Ermittlung einer übergreifenden wohlfahrtsstaatlichen Einstellung ebenfalls zu bedenken, welche Bedeutung den verwendeten Auswahlkriterien zugeschrieben wird. Damit wird festgelegt, welches Gewicht den einzelnen Politikbereichen bei der Konstruktion einer Gesamteinstellung zukommt. Noch genereller muss abhängig von der Zielsetzung von Forschungsarbeiten überlegt werden, ob eine Zusammenlegung von Einstellungen zu verschiedenen wohlfahrtsstaatlichen Tätigkeitsfeldern überhaupt sinnvoll erscheint. Vor dem Hintergrund möglicher gruppenspezifischer Differenzen ist eine derartige Zusammenlegung kritisch zu überprüfen. Da verschiedene Politikbereiche unterschiedliche (z.B. alterssensible) Interessen berühren, ist zu erwarten, dass Einstellungsunterschiede zwischen Angehörigen verschiedener Gruppen verschieden ausfallen (siehe Svallfors 2008: 384f.; Busemeyer et al. 2009). Diese Differenzen würden durch eine gemeinsame Betrachtung verdeckt.¹² Aufgrund des Erkenntnisinteresses dieser Arbeit und der begründeten Annahme, dass sich altersspezifische Unterschiede je nach Politikbereich unterschiedlich darstellen, ist eine Zusammenlegung der Bewertungen unterschiedlicher wohlfahrtsstaatlicher Tätigkeitsfelder gerade nicht sinnvoll und wird daher auch nicht vorgenommen. Mit diesen Erläuterungen wird die Notwendigkeit deutlich, zu klären, was unter dem Wohlfahrtsstaat als Einstellungsobjekt zu verstehen ist.

2.2.2 *Der Wohlfahrtsstaat als Einstellungsobjekt*

Der Wohlfahrtsstaat ist in dieser Untersuchung das zentrale Einstellungsobjekt. Allerdings kann weder für die Wissenschaft noch für die Bevölkerung eine einheitliche Vorstellung über den Wohlfahrtsstaatsbegriff angenommen werden (siehe Roller 1992: 67; Andreß et al. 2001: 18; Ullrich 2008: 78f.). Darüber hinaus trägt der Gebrauch der Begriffe Wohlfahrt, Wohlfahrtsstaatlichkeit, Sozialstaat und Sozialstaatlichkeit zu zusätzlicher Verwirrung bei, indem diese zum Teil synonym, zum Teil aber auch in Abgrenzung zum Wohlfahrtsstaatsbegriff verwendet werden.¹³ Dennoch ist eine operationale Definition aufgrund des zentralen Stellenwerts der theoretischen und empirischen Betrachtung wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen in dieser Arbeit unabdingbar. Auf welches Objekt sich diese Einstellungen beziehen, bedarf daher der Klärung. Für die hier interessierenden Fragestellungen ist allerdings weder eine umfangreiche Begriffsbestimmung noch eine exakte Abgrenzung des Wohlfahrtsstaatsbegriffs von ähn-

¹¹ Es gibt auch Ansätze in der Umfrageforschung, die darauf abzielen, die globale, d.h. allgemeine Einstellung zur wohlfahrtsstaatlichen Verantwortung und Leistungshöhe zu erfassen. Gefragt wird hier z.B., inwieweit Sozialleistungen im Ganzen gekürzt oder erhöht werden sollten oder der Staat in Notlagen Verantwortung übernehmen sollte. Untersuchungen derart gemessener wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen bleiben in gewisser Hinsicht notwendigerweise unspezifisch.

¹² Zudem wird die bereits erwähnte Herausforderung der Gewichtung der verwendeten Auswahlkriterien zur Konstruktion einer übergeordneten Gesamteinstellung dadurch erhöht, wenn für verschiedene Altersgruppen unterschiedliche Gewichte für die Kriterien festzulegen und zu begründen sind.

¹³ Der Sozialstaat gilt gemeinhin als ein Spezifikum des deutschen Sprachgebrauchs (siehe Roller 1992: 59f.). Es besteht kein Konsens darüber, ob der Begriff des Wohlfahrtsstaats als Synonym dazu verstanden werden kann oder nicht; die wissenschaftliche Kontroverse zeichnet Butterwegge (2012: 16-22) nach.

lichen Konzepten vonnöten. In dieser Arbeit wird kein historischer oder internationaler Vergleich vorgenommen, für den eine detailliertere Annäherung an das Wohlfahrtsstaatskonzept zur zeitlichen oder geografischen Einordnung notwendig erscheint. Zudem können die hier untersuchten Politikbereiche zum Kern sowohl des Wohlfahrts- als auch des Sozialstaatskonzepts gezählt werden. Für die vorliegende Untersuchung ist eine wie auch immer vorgenommene Differenzierung der Begriffe Wohlfahrts- und Sozialstaat somit nicht zielführend, daher werden sie im Folgenden in Anlehnung an bestehende Forschungsarbeiten synonym verwendet (siehe z.B. Roller 1992: 59; Blome et al. 2008: 53; May 2010: 29). Das gleiche gilt für die Beschreibung von politischen Handlungsfeldern als wohlfahrtsstaatlich, sozialstaatlich oder sozialpolitisch. Für die Konkretisierung dessen, was nun spezifisch als Einstellungsobjekt Wohlfahrtsstaat zu verstehen ist, eignet sich die Definition von Ullrich (2008: 78). Danach ist die Bestimmung des Wohlfahrtsstaats als „[...] die Gesamtheit der als wohlfahrtsstaatlich (bzw. sozialpolitisch) definierten Institutionen und Politiken“ für den vorliegenden Zweck ausreichend. Weiter führt Ullrich (2008: 78f.) aus, unter welchen Bedingungen diese als wohlfahrtsstaatlich zu begreifen sind. Demnach müssen sie einerseits – wenn nicht allen Bürgern, so doch großen Teilen von ihnen – existenziell und sozial sichernde Funktionen erfüllen sowie eine größtmögliche Chancengleichheit sichern. Andererseits müssen sie größtenteils von staatlichen bzw. öffentlichen Instanzen wahrgenommen werden.

Basierend auf diesen Erläuterungen können verschiedene Bereiche staatlichen Handelns als Objekte von Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat subsumiert werden. Hinsichtlich der o.g. existenziell und sozial sichernden Funktionen besteht weitgehende Übereinstimmung hinsichtlich der folgenden Bereiche: Die Versorgung der Bevölkerung im Alter, bei Arbeitslosigkeit, im Krankheits- oder Pflegefall oder allgemeiner in Notlagen (siehe etwa Kaufmann 2003: 46-50; Schmid 2007: 643). Diese Risiken werden zu großen Teilen durch die verschiedenen Zweige des Sozialversicherungssystems abgedeckt: Die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV, seit 1889)¹⁴ zielt auf die finanzielle Absicherung des Alters in Form von Altersrenten¹⁵, die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV, seit 1883) auf die medizinische Versorgung der Bevölkerung. Die Pflegeversicherung (PV, seit 1995) ist auf die Versorgung im Fall von Pflegebedürftigkeit ausgerichtet. Diesbezügliche Leistungen umfassen neben der finanziellen Bezuschussung von häuslicher und stationärer Pflege (Pflegegeld) und der Erbringung von Pflegesachleistungen weitere Optionen wie z.B. Pflegekurse für Angehörige oder Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes. Die Gesetzliche Unfallversicherung (GUV, seit 1884) dient der Prävention und der Behandlung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten. Die Arbeitslosenversicherung (AV, seit 1927) bietet Lohnersatzleistungen für festgelegte Zeiträume von Arbeitslosigkeit sowie die Arbeitssuche flankierende Angebote. Ergänzt werden die Sozialversicherungsleistungen durch weitere Sozialleistungen, die vornehmlich aus Steuermitteln finanziert werden. Zu diesen zählen u.a. Grundsicherungs-

¹⁴ Zunächst wurde die Arbeiterrentenversicherung eingeführt, die Versicherung für Angestellte folgte 1911. Betriebliche und private Zusatzversicherungen bilden neben der GRV als erste Säule die zweite und dritte Säule der Altersvorsorge.

¹⁵ Ausnahmen sind Hinterbliebenen- und Erwerbsminderungsrenten, die nicht auf das höhere Lebensalter beschränkt sind.

leistungen wie das Arbeitslosengeld II („Hartz IV“) und die Sozialhilfe, die ein menschenwürdiges Leben am Existenzminimum garantieren sollen.

Die verschiedenen Sozialversicherungen sind unter volkswirtschaftlichen Aspekten in unterschiedlichem Maße relevant. Die Sozialleistungen der GRV stellen seit vielen Jahren mit ungefähr einem Drittel unverändert den mit Abstand größten Posten im Sozialbudget dar; dies entspricht ungefähr zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts (Tabelle A.1 im Anhang gibt einen Überblick über Ausgaben für wohlfahrtsstaatliche Leistungen). An zweiter Stelle folgen Leistungen der GKV, die zwischen sechs und sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachen. Die PV wurde erst vor 20 Jahren als neuer Zweig in das Sozialversicherungssystem aufgenommen. Die relativen Ausgaben im Pflegesektor sind seit Einführung der PV fast konstant geblieben, ihr prozentualer Anteil am Bruttoinlandsprodukt ist mit knapp unter einem Prozent verhältnismäßig gering.¹⁶ Niedrigere Ausgaben als im Pflegesektor fallen nur im Rahmen der GUV an. Die Zahlungen im Bereich der AV schließlich beliefen sich im Jahr 2013 auf 1,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Im Vergleich zum Jahr 1991 entspricht dies einer Reduzierung von etwas mehr als einem Prozentpunkt, die verschiedene Ursachen haben kann.¹⁷

Hinsichtlich der Altersabsicherung ist es v.a. die GRV, in deren Zusammenhang die Gefahr intergenerationeller Einstellungsdifferenzen am stärksten diskutiert wird. Dies hat verschiedene Gründe: Die GRV hat sowohl aus Sicht der Bevölkerung als auch aus Sicht des Staates und der Volkswirtschaft eine zentrale Stellung. Sie ist der Bevölkerung hinlänglich bekannt und fast ausnahmslos jeder Bürger nimmt im Laufe seines Lebens ihre Leistungen in Anspruch. Die GRV ist also kein Minderheitenprogramm wie zum Beispiel die Sozialhilfe, von der nur ein kleiner Bevölkerungsteil profitiert, sondern ein Mehrheitsprogramm, was klar ersichtlich auch auf die GKV zutrifft (zur Unterscheidung von wohlfahrtsstaatlichen Mehrheits- und Minderheitenprogrammen siehe Krüger 1999: 273f.).¹⁸ Der wohl gewichtigste Grund aber dafür, dass Generationendifferenzen v.a. im Zusammenhang mit der GRV diskutiert werden, ist der starke Altersbezug.

Bezüglich des Aspekts der Chancengleichheit aus der o.g. Arbeitsdefinition des Wohlfahrtsstaats ist das Bildungssystem als wohlfahrtsstaatliches Politikfeld zu nennen (siehe Kaufmann 2003; Bazant/Schubert 2008; Busemeyer et al. 2009). Es hat zum Ziel, Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft optimale Ausgangsbedingungen auf dem (zukünftigen) Arbeitsmarkt zu eröffnen und die Hochschullandschaft zu stärken. Hierunter fallen u.a. die Ausgaben für Grund- und weiterführende Schulen, für Kindergärten, Vorschulen und Schulkindergärten sowie für Forschung und Entwicklung an Hochschulen. Zusammengekommen betragen diese Ausgaben in den letzten Jahren knapp sechs Prozent des Brutto-

¹⁶ Eine Erhöhung scheint hier, nicht zuletzt aufgrund der voranschreitenden gesellschaftlichen Alterung, allerdings wahrscheinlich.

¹⁷ Zuvorderst ist hier an positive wirtschaftliche Entwicklungen, ferner zudem an wandelnde Definitionen von Arbeitslosigkeit zu denken.

¹⁸ Zwischen der GRV und der GKV besteht allerdings ein zentraler Unterschied in Bezug auf die Leistungsvergabe, genauer: Hinsichtlich der Kriterien zur Festsetzung der Leistungshöhe. Während im Fall der GKV Leistungen nach dem Bedarfsprinzip gewährleistet werden, richtet sich die Höhe der Rentenzahlungen nach der Summe der zuvor eingezahlten Beiträge, dies entspricht dem sog. Äquivalenzprinzip.

inlandsprodukts (vgl. Tabelle A.1 im Anhang). Schließlich ist die Förderung von Familien anzuführen (siehe etwa Ullrich 2008: 81; Schmid 2010: 273-284); insgesamt gibt es mehr als 150 familienpolitische Leistungen. Hierzu zählen z.B. das Eltern- und Kindergeld, aber auch nicht-monetäre staatliche Unterstützungsleistungen wie die Bereitstellung von Kinderbetreuungseinrichtungen. Der prozentuale Anteil von Familienleistungen am Bruttoinlandsprodukt betrug 2013 2,9 Prozent, im Vergleich zu 1991 entspricht dies einer Steigerung von 0,9 Prozentpunkten.

Von den genannten Bereichen sind vier mit Blick auf Altersunterschiede besonders relevant, die alle zum Kern des wohlfahrtsstaatlichen Arrangements gezählt werden können: Die finanzielle Altersversorgung, Pflegeleistungen, der Bereich der Familienförderung sowie der Bildungssektor. Diese Selektion beinhaltet ausschließlich alterssensible Politikbereiche: Zwei, die primär mit den Interessen älterer Personen in Verbindung stehen (Rente und Pflege¹⁹) und zwei, die vornehmlich auf die Versorgung der jüngeren Bevölkerung (Familie und Bildung) abzielen. Im Folgenden werden die Begriffe „alte bzw. junge Politiken“ zur Bezeichnung dieser policies verwendet. Die Kontrastierung von Einstellungen zu alten und jungen Politiken ist am ehesten geeignet, intergenerationelle Einstellungsunterschiede zu untersuchen. Die Betrachtung lediglich einer dieser Politiken ist zwar durchaus aufschlussreich, bleibt aber in gewisser Hinsicht unvollständig (vgl. Ausführungen zum Lebensalter als Determinante wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen in Abschnitt 2.3.2). Alte und junge Politikbereiche unterscheiden sich außer in ihrer Altersorientierung u.a. in der Art der Finanzierung. Auch diese dürfte mitentscheidend für Vermutungen über mögliche Generationendifferenzen in den einzelnen Politiken sein. In den Bereichen Bildung und Familienförderung werden vornehmlich Steuermittel eingesetzt. Die GRV und die PV hingegen gehören zu den o.g. Sozialversicherungen, die umlagefinanziert sind.²⁰ Hier sind die Finanzströme für die Bevölkerung klarer ersichtlich als bei der Steuerfinanzierung in jungen Bereichen. Grob gesagt bedeutet die Umlagefinanzierung in alten Politikbereichen: Jüngere zahlen für Ältere.

Das Umlageverfahren, im Folgenden exemplifiziert anhand der GRV, besteht im Kern darin, dass die erwerbstätige Bevölkerung für die Versorgung der nicht (mehr) erwerbstätigen Bevölkerung aufkommt. Das notwendige Finanzvolumen zur Versorgung einer Rentnergeneration wird dabei ohne die Bildung nennenswerter Rücklagen und demnach auch ohne zeitliche Verzögerung aus den laufenden Beitragszahlungen der erwerbstätigen Bevölkerung bereitgestellt.²¹ Die individuellen Rentenbezüge sind abhängig von den einbezahlten Beträgen

¹⁹ Pflegeleistungen werden Personen jeden Alters, abhängig von ihrer Bedürftigkeit, gewährt. Der Großteil entfällt allerdings auf die Älteren, weshalb dieser Bereich hier den alten Politikbereichen zugeordnet wird.

²⁰ Die fünf Sozialversicherungszweige werden allerdings steuerlich in hohem Maße bezuschusst. Im Jahr 2013 beliefen sich die geschätzten Steuerzuschüsse auf 96,49 Milliarden Euro, davon entfielen 82,50 Milliarden Euro auf die GRV (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2014: 20).

²¹ Laut SGB VI §158 ist eine Rücklage in Höhe von 0,2 bis 1,5 Monatsausgaben zulässig. Übersteigt die Rücklage den gesetzlich festgelegten Schwellenwert von derzeit 1,5 Monatsausgaben am Ende eines Jahres, ist der Rentenbeitragssatz zu senken. Aufgrund positiver Entwicklungen der Finanzen der gesetzlichen Rentenversicherer trat dieser Fall in der vergangenen Dekade dreimal ein: Zu Jahresbeginn 2012 erfolgte eine Reduzierung des Beitrags zur GRV um 0,3 Prozentpunkte auf 19,6 Prozent, weitere Senkungen gab es zum 01.01.2013 (18,9 Prozent) und zum 01.01.2015 (18,7 Prozent).

und damit vom vorigen Erwerbseinkommen.²² Dieses Prinzip der Umlagefinanzierung ist unter dem Begriff des „Generationenvertrags“ bekannt.²³ Diese Begrifflichkeit darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich bei den Verpflichtungen der Erwerbsgeneration gegenüber der Rentnergeneration nicht um einen im juristischen Sinne bindenden Vertrag handelt, den die beteiligten Parteien unterzeichnet haben. Betont werden durch diese Begrifflichkeit vielmehr die solidarischen Beziehungen zwischen den verschiedenen (Erwerbs-)Generationen. Der so beschriebene Generationenvertrag scheint zunehmend brüchig zu werden. Dies wird durch eine historische Betrachtung deutlich.

Die Entwicklung von Wohlfahrtsstaaten und der einzelnen Versicherungszweige seit Ende des Zweiten Weltkriegs lässt sich in verschiedene Stadien unterteilen. May (2010: 85-105) beschreibt diese ausführlich für die GRV. Dazu greift sie auf von Lessenich und Ostner (1998: 9) vorgeschlagene Phasen der Historie demokratisch-kapitalistischer Wohlfahrtsstaaten zurück, diese sind: Formation (1945-1957), Expansion (1957-1976), Krise (1976-1990) und Transformation (seit 1990).²⁴ Mit Einführung des unter dem Begriff Generationenvertrag bekannten Umlageverfahrens im Jahr 1957 hatte die Rente erstmals Lohnersatzfunktion angenommen. Damit bedeutete das Seniorenalter nicht mehr zwangsläufig ein erhöhtes Armutsrisiko. Das war zuvor insbesondere dann der Fall, wenn keine Nachkommen unterstützend halfen, denn Leistungen des damals bereits bestehenden Rentensystems waren keinesfalls ausreichend, um den Lebensunterhalt damit zu bestreiten. In der darauf folgenden Expansionsphase wurden sukzessive weitere Personengruppen in den Versichertenkreis aufgenommen, zudem stieg die Rentenhöhe; der Wohlstand im Alter wuchs. Mit der Rentenreform von 1972 erreichte die „[...] finanzielle und personelle Expansion der deutschen Rentenversicherung in der Nachkriegszeit ihren Höhepunkt“ (May 2010: 94). Im weiteren Verlauf wurde zudem die Situation von Frauen, die vielfach unterbrochene Erwerbsbiographien aufweisen und deren Rentenansprüche (bei älteren Generationen noch mehr als bei jungen) i.d.R. deutlich unter denen der Männer liegen, durch die Anrechnung von Kindererziehungszeiten verbessert. Nach der Ölkrise 1973 wurden die Krisenanfälligkeit des Systems (z.B. aufgrund steigender Arbeitslosenzahlen) und der Bedarf dringender Änderungen deutlich. Das zu Beginn des Jahres 1992 in Kraft getretene Rentenreformgesetz wurde als ein Mittel zur Lösung der Krise angesehen. Allerdings war bei den Reformverhandlungen Ende der 1980er-Jahre die deutsche Wiedervereinigung nicht absehbar. Die Inklusion der Rentenanwartschaften aus der ehemaligen DDR verhinderte daher zunächst die Auflösung der Krise. Spätestens mit der Reform der Rente im Jahr 2001 steht das deutsche Rentensystem im Zeichen der notwendig gewordenen Transformation. Diese geht einher mit dem sukzessiven Rückzug des Staates und der

²² Im Gegensatz dazu gilt bei der privaten Altersvorsorge das Prinzip der Kapitaldeckung. Dies bedeutet das Ansparen von Beiträgen, deren Auszahlung zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt. Das deutsche Rentensystem wurde im Zuge der Rentenreform 1957 endgültig auf das Umlageverfahren umgestellt. Zuvor fanden mehrere Wechsel zwischen dem Umlage- und dem Kapitaldeckungsverfahren zur Finanzierung der Altersbezüge statt. Einen historischen Überblick gibt der Deutsche Rentenversicherungsbund (2011: 268-307).

²³ Die Idee des Generationenvertrages geht auf Wilfried Schreiber (2004 [1955]) zurück.

²⁴ Lessenich und Ostner (1998) erläutern nicht, welche Jahre welcher Phase zuzuordnen sind; diese zeitliche Zuordnung nimmt May (2010: 85-105) für die Geschichte der GRV ab 1945 vor. Alternative zeitliche Einteilungen wohlfahrtsstaatlicher Entwicklungen wurden vorgeschlagen, wobei sich trotz leichter Abweichungen und anderer Bezeichnungen im Grunde die gleichen Entwicklungsstufen erkennen lassen (Leisering 2003; Kaelble 2007: 334-349).

Stärkung der individuellen Verantwortung der Bürger, private Altersvorsorge zu betreiben.²⁵ Verschiedentlich wird diese letzte große Reform als Paradigmenwechsel bezeichnet, v.a., da der Bezug gesetzlicher Rentenzahlungen im Alter nicht mehr die Aufrechterhaltung des vorigen Lebensstandards gewährleistet. Das vormalige Ziel der Lohnersatzfunktion der Rente wurde mit dieser Reform nach Ansicht einiger Autoren größtenteils aufgegeben (siehe Hinrichs 2003; Hinrichs/Aleksandrowicz 2006; Schmähl 2012). Schmähl (2012: 313) geht noch einen Schritt weiter, indem er dem „[...] in der deutschen Alterssicherungspolitik eingeschlagene(n) Weg [...] das Potential für eine gesellschaftspolitische Zeitbombe“ attestiert.

Aus der Funktionslogik des Umlageverfahrens wird vor dem Hintergrund der aktuellen und prognostizierten demografischen Entwicklung verschiedentlich die Befürchtung abgeleitet, das derzeitige System sei nicht mehr ausreichend zukunftsfähig. Die Alterung der Gesellschaft habe gravierende gesellschaftspolitische Konsequenzen, die die Demografieanfälligkeit der sozialen Sicherungssysteme deutlicher zu Tage treten lassen werde als jemals zuvor. Die wachsende Zahl von Ruheständlern führe in Verbindung mit mangelndem Nachwuchs zu einem demografischen Ungleichgewicht, wodurch die junge und mittlere erwerbstätige Bevölkerung in immer stärkerem Maße „zur Kasse gebeten“ werde.²⁶ Dies werde, so eine gängige Annahme, insbesondere dann spürbar, wenn die Generation der Babyboomer, Angehörige der geburtenstarken Jahrgänge von ungefähr 1955 bis 1965, in einigen Jahren in den Ruhestand geht. Das Rentenniveau wird daher in Zukunft voraussichtlich weiter sinken, die Beiträge hingegen werden bis zu einem gewissen Grad ansteigen.²⁷ Derzeit ist eine Absenkung des durchschnittlichen Rentenniveaus (netto vor Steuern) von 51,6 Prozent im Jahr 2010 auf voraussichtlich bis zu 46 Prozent bis 2020 und im Weiteren auf bis zu 43 Prozent bis 2030 zu erwarten (SGB VI §154).²⁸

²⁵ Im Zuge der Rentenreform 2001 wurde die Riester-Rente – eine privat finanzierte, durch staatliche Zulagen geförderte Rente – beschlossen, die 2002 eingeführt wurde und verschiedentlich kritisiert wurde. Generell ist anzumerken, dass der für die individuelle Altersabsicherung an Bedeutung gewinnende Bereich der privaten Zusatzversicherungen sehr komplex und unüberschaubar ist. Für die Bevölkerung ist es kein einfaches Unterfangen, relevante Informationen einzuholen und individuell passgenaue Entscheidungen zu treffen. Erschwerend kommt hinzu, dass private Vorsorge v.a. von dem Personenkreis, der zusätzlicher finanzieller Mittel im Alter (voraussichtlich) dringend bedarf, weil die ihm zustehenden Rentenzahlungen aller Wahrscheinlichkeit kaum für den Lebensunterhalt ausreichen werden, aufgrund aktuell geringer finanzieller Spielräume kaum geleistet werden kann.

²⁶ Es ist anzumerken, dass allerdings noch nicht alle Potenziale auf dem Arbeitsmarkt ausgeschöpft sind. Die zu erwartende negative Entwicklung könnte etwas weniger schwerwiegend ausfallen, wenn die Erwerbsquoten von Frauen und Älteren zukünftig weiter steigen. Auch eine weitere Heraufsetzung des regulären Renteneintrittsalters über 67 Jahre hinaus (die Rente mit 67 wird im Zeitraum von 2012 bis 2031 stufenweise umgesetzt) stellt eine Option dar. Darüber hinaus gibt es neben einer Aufweichung des Umlageverfahrens zugunsten eines zumindest teilweise über Kapitaldeckung finanzierten Systems noch die Option der Ausweitung der am Umlageverfahren beteiligten Personenkreise. Zuvorderst genannt werden in dem Zusammenhang Selbständige und Beamte (zu dieser Problematik siehe Börsch-Supan 2011; Brenke 2012a, 2012b; Werding 2013; Kreuter et al. 2014).

²⁷ Werding (2014: 30) zeigt die Ergebnisse von Projektionen des Rentenniveaus und des Rentenbeitragsatzes bis 2060 unter Annahme des heute geltenden Rechts. Deutlich sichtbar wird hierbei die sich weiter öffnende Schere zwischen beiden Kennwerten. Auch Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat in einem Radiointerview im November 2013 keinen Zweifel daran gelassen, dass die Rentenbeiträge in Zukunft steigen werden (Deutschlandfunk, 28.11.2013).

²⁸ Dazu kommt eine sukzessive Erhöhung der Rentenbesteuerung im Zeitraum von 2005 bis 2040; dies

Mit diesen Ausführungen ist ausreichend dargelegt, welches Verständnis vom Wohlfahrtsstaat und von wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen dieser Untersuchung zugrunde liegt. Im nächsten Abschnitt erfolgt ein fokussierter Blick auf die bereits angeklungene Relevanz des Lebensalters beziehungsweise der Generationenzugehörigkeit im wohlfahrtsstaatlichen Kontext. Dahingehend wird zudem geklärt, welches Generationenverständnis hier vertreten wird, was nicht zuletzt aufgrund diverser kursierender Generationenbegriffe unabdinglich ist. Diese Erläuterungen bilden die Basis zum detaillierteren Verständnis möglicher Ursachen von intergenerationellen Einstellungsdifferenzen (Abschnitt 2.3.1).

2.2.3 *Alter und Generationenzugehörigkeit im Wohlfahrtsstaat*

Zunächst wird das chronologische Alter in den Blick genommen, dem im Wohlfahrtsstaat eine bedeutende Rolle zukommt. Die Strukturierung der Gesellschaft anhand des Lebensalters (und damit auch die politische Relevanz desselben) hat sich im Laufe der Modernisierung stetig erhöht (siehe etwa Kohli 1985: 8-10; Leisering 1992: 16-33; Williams/Nussbaum 2001: 29-33). Der Sozialstaat legt bestimmte Altersgrenzen fest und institutionalisiert sie. *„In dem Maße, wie sich wichtige sozialrechtliche Vorschriften am chronologischen Alter der Adressaten festmachten und ihre Durchsetzung durch institutionelle Vorkehrungen [...] sowie gesellschaftliche Rahmenbedingungen gefördert wurde, sind die Kategorien ‚jung‘ und ‚alt‘ in ihrer uns heute selbstverständlichen Bedeutung sozialpolitisch konstruiert“* (Leisering 1992: 22). Die prägnantesten Beispiele hierzu sind die Einführung der Schulpflicht und die Festsetzung eines Renteneintrittsalters. Diese Grenzziehungen haben zu einer Dreiteilung des Lebenslaufs beigetragen (Kindheit- und Jugendphase, Erwerbsphase, Ruhestandsphase), die sich stark am Erwerbsleben ausrichtet.²⁹ Neben dieser Strukturierung von Lebensläufen ist die Vergabe bestimmter sozialstaatlicher Leistungen ebenfalls stark am Lebensalter ausgerichtet; dies gilt z.B. für die Altersrente und Zahlungen im Rahmen des Ausbildungsförderungsgesetzes (BAföG). Auch mit Blick auf familienpolitische Leistungen ist eine Altersabhängigkeit ersichtlich: Die Zahlung des Kindergeldes (sofern sich das Kind in Ausbildung befindet) endet z.B. spätestens mit Vollendung des 26ten Lebensjahres. Diese Auflistung, die einen ersten Eindruck gibt, verdeutlicht die Relevanz des individuellen Lebensalters im deutschen Wohlfahrtsstaat. Das Alter wurde im Laufe der Geschichte mehr und mehr bestimmten Vorstellungen unterworfen, die Vorteile in Form von Leistungsoptionen und Bezugsmöglichkeiten sowie Nachteile in Form von Leistungsausschluss beinhalten. Auf diese Weise werden altersspezifische Erwartungen an wohlfahrtsstaatliche Leistungen zu einem gewissen Grad mitgeformt.

betrifft die jeweiligen Neurentner. 2014 lag die Versteuerung einer Durchschnittsrente bei 68 Prozent, bei Rentenbeginn im Jahr 2040 ist die Rente voll zu versteuern.

²⁹ Nach Einschätzung einiger Autoren trägt diese Entwicklung zu einer Segregation der Altersgruppen in modernen Gesellschaften bei. Die Möglichkeiten des direkten intergenerationellen Austauschs im öffentlichen Raum nähmen ab und beschränkten sich in Folge (im besten Fall) zunehmend auf den privaten Raum. Diese Sichtweise wird von anderen Autoren kritisiert; eine Zusammenfassung dieser Diskussion geben Williams und Nussbaum (2001: 28f.).

Diese Vor- und Nachteile sind keineswegs als statische Größen aufzufassen. Sowohl Bezugsmöglichkeiten sozialstaatlicher Transferleistungen als auch Limitierungen im Bezugsanspruch oder in der -höhe sind aufgrund von Entwicklungen und Änderungen, denen der Katalog wohlfahrtsstaatlicher Leistungen unterworfen ist, vielmehr als dynamisch einzustufen. Als Beispiel kann die Rente herangezogen werden: Auch wenn die Einführung der GRV zum Ende des 19. Jahrhunderts zur Besserstellung Älterer beitrug, darf nicht verkannt werden, dass die damaligen Rentenzahlungen relativ betrachtet weit unter dem lagen, was heute üblich ist. Die Vorstellung darüber, wie hoch das einem zur Verfügung stehende Alterseinkommen relativ zum vorigen Erwerbseinkommen ausfallen sollte, hat sich also im Laufe der Jahre geändert.

Aus der Dynamik wohlfahrtsstaatlicher Arrangements folgt, erstens, dass sich der Einzelne umso weniger sicher sein kann, unter aktuell bestehende Regelungen zu fallen, je größer der zeitliche Abstand zur individuellen Bezugsphase ausfällt. Von zukünftigen Reformen der Altersversorgung sind z.B. die zu einem gegebenen Zeitpunkt bereits Renten beziehenden Personen nicht direkt betroffen (wohl aber indirekt über die Kopplung der Rentenhöhe an die Lohnentwicklung). Unabhängig davon, ob eine konkrete Änderung in den Regelungen mit individuellen Verlusten oder Gewinnen einhergeht, gilt also, dass die subjektive Erwartungssicherheit in Bezug auf jedwede Leistung höher ist, je näher ihr Bezug ist. Das bedeutet, dass ältere Personen, egal zu welchem Zeitpunkt und unabhängig davon, wann sie geboren wurden, im Hinblick auf ihre Altersbezüge gesichertere Erkenntnisse und somit stabilere Erwartungen haben als Jüngere, die kaum absehen können, welche Änderungen bis zu ihrem Renteneintritt eintreten werden. Dies mag ein Grund dafür sein, warum Jüngere sich mit Blick auf ihren eigenen Ruhestand i.d.R. besorgter äußern als Ältere.

Die Dynamik wohlfahrtsstaatlicher Regelungen impliziert darüber hinaus, zweitens, dass es für den Einzelnen einen womöglich entscheidenden Unterschied macht, in welche Zeit er geboren wurde. Davon hängt ab, welche wohlfahrtsstaatlichen Arrangements und Änderungen ihn im Laufe seines Lebens betreffen. Neben dem Lebensalter ist also die Generationenzugehörigkeit eine relevante Größe. Diese steht im Zentrum der folgenden Ausführungen, in denen der hier verwendete Generationenbegriff vorgestellt wird.

Vorneweg sei auf die Unterscheidung der Konzepte von Altersgruppen und Generationen hingewiesen, die häufig miteinander vermischt werden. Eine Altersgruppe bezeichnet Personen desselben Alters zu einem gegebenen Zeitpunkt. Dies impliziert, dass sich die jeweilige Altersgruppe je nach Beobachtungsjahr aus anderen Individuen zusammensetzt: Die 20-Jährigen des Jahres 1980 wurden zu einem anderen Zeitpunkt geboren als die 20-Jährigen im Jahr 2000. Das Prinzip der Generationen hingegen bezieht sich auf Angehörige bestimmter Geburtsjahrgänge, die zu einem oder mehreren Zeitpunkten beobachtet werden. Die Zusammensetzung dieses Personenkreises verändert sich demnach nicht in Abhängigkeit vom Beobachtungszeitpunkt. Die Unterscheidung von Altersgruppen und Generationen birgt also im *Zeitverlauf* eine gewisse Problematik. Sprachlich hingegen macht es zu *einem gegebenen Zeitpunkt* keinen entscheidenden Unterschied, ob von Einstellungsdifferenzen zwischen Älteren und Jüngeren oder zwischen der älteren und jüngeren Generation die Rede ist, da es sich in diesem Fall um dieselben Personengruppen handelt.

Neben der nicht immer trennscharfen Verwendung der Termini Generation und Altersgruppe stiften zahlreiche Begriffsinnovationen zur Bezeichnung verschiedener Generationen zusätzliche Verwirrung. Die Popularität des Generationenbegriffs manifestiert sich in der Tatsache, dass in den letzten Jahrzehnten verschiedenste Begriffsinnovationen zur Kennzeichnung verschiedener Generationen hervorgebracht wurden, die z.T. nach kurzer Zeit wieder verschwanden. Einige dieser Wortschöpfungen halten sich hingegen mehr oder minder; man denke hierbei z.B. an die Generation Praktikum, die Generation Y oder die Generation Golf.

Unabhängig von der jeweiligen Bezeichnung von zu einem ähnlichen Zeitpunkt Geborenen stellt sich die Frage nach den Kriterien, die der Einteilung der Bevölkerung in verschiedene Generationen zugrunde liegen. In wissenschaftlichen Diskursen können mit Höpflinger (1999: 6-13) der genealogisch-familienbezogene, der pädagogische, der historisch-gesellschaftliche sowie der wohlfahrtsstaatliche Generationenbegriff unterschieden werden.

Der genealogisch-familienbezogene Generationenbegriff bestimmt die Zugehörigkeit zu einer Generation aus der individuellen Position im vertikalen Familiengefüge, also aus der familiären Abstammungsfolge. In diesem Zusammenhang ist die Rede von Enkel-, Eltern- oder Großeltern-Generationen.³⁰ Dieser Generationenbegriff ist derjenige, der dem alltäglichen Sprachgebrauch am nächsten kommt und insbesondere Verwendung in der Familienforschung findet.

Der pädagogische Generationenbegriff stellt die Rollen als Lernender und Lehrender in den Fokus. In der Vergangenheit fiel die Rolle der Lehrenden fast ausschließlich den älteren Gesellschaftsmitgliedern zu. Im Rahmen der Entwicklung technischer Innovationen, insbesondere auf dem Sektor der Kommunikationstechnologien, wird dieses Verhältnis durchaus umgedreht. Dann sehen sich Jüngere in der Position, Älteren beispielsweise die Funktionsweise und den Nutzen der sog. „Neuen Medien“ näherzubringen. Dieses Verständnis von Generationen impliziert, dass nur zwei pädagogische Generationen in einer Gesellschaft nebeneinander existieren können. Charakteristisch für moderne Gesellschaften ist zudem die Möglichkeit, dass ein Individuum gleichzeitig beiden Generationen angehört und seine jeweilige Rolle abhängig vom sozialen Kontext ist.

Der historisch-gesellschaftliche Generationenbegriff wiederum bezeichnet Personengruppen vornehmlich auf der makrosozialen Ebene. Das Konzept von Generation wird hier weiter differenziert. Generationen setzen sich zunächst ganz allgemein aus Individuen zusammen, die zu einem ähnlichen Zeitpunkt geboren wurden (Generationslagerung). Wenn sie darüber hinaus in ihrer Sozialisation ähnliche prägende Ereignisse erlebt haben und ähnlichen historischen Rahmenbedingungen unterworfen waren, spricht man von einem gemeinsamen Generationszusammenhang. Schließlich führt die Ausbildung eines Gemeinschaftsgefühls innerhalb einer so verstandenen Generation zu einer Generationseinheit. Diese Generationenkonzeption beruht auf dem grundlegenden Aufsatz von Mannheim (1964 [1928]), der darauf abzielte, gesellschaftlichen Wandel mit dem Austausch von Generationen zu erklä-

³⁰ Daraus folgt eine sich im Lebensverlauf verändernde Generationenzugehörigkeit (auch in Abhängigkeit von Elternschaft), was zumindest teilweise im Widerspruch zu den einleitenden Ausführungen zum Generationenkonzept steht.

ren.³¹ Einige Aspekte sprechen gegen die Möglichkeit der Übertragung des Mannheimschen Generationenkonzepts auf aktuelle Verhältnisse und den wohlfahrtsstaatlichen Kontext. Beispielsweise bezieht sich die Generationenkonzeption einseitig auf junge Männer als Träger von Generationen und hier primär auf Angehörige der sozialen Elite, die sich durch eine starke Affinität zu politischen Aktivitäten und der hohen Bereitschaft zur Ausübung politischer Ämter auszeichnen (für weitere Kritikpunkte und deren mögliche Entkräftigung siehe Neun 2009).

Schließlich wird der (im nachfolgenden Zusammenhang verwendete) wohlfahrtsstaatliche Generationenbegriff unterschieden. Die Definition der Generationen erfolgt hier aufgrund ihrer spezifischen Prägung durch das institutionelle sozialstaatliche Rahmengerüst (siehe Leisering 1992: 42-55, 2000; Bude 2003). Dieses Generationenkonzept ist für die beabsichtigte Untersuchung intergenerationeller Einstellungsunterschiede angemessen, in der die Präferenzen der häufig als Gewinner und Verlierer des Wohlfahrtsstaats bezeichneten Gruppen (deren Einteilung v.a. mit ihrer Generationenzugehörigkeit begründet werden kann) kontrastiert werden. Mit dem wohlfahrtsstaatlichen Generationenbegriff werden v.a. Generationenverhältnisse beschrieben, damit sind die eher anonymen Beziehungen und Verbindungen auf der gesellschaftlichen Ebene gemeint. Im Gegensatz zu Generationenbeziehungen treten Generationen hier nicht in direkten Kontakt miteinander, vielmehr wird der Kontakt durch sozialstaatliche Institutionen vermittelt.³² Exemplarisch dafür ist die Gesetzliche Rentenversicherung zu nennen, in der die Finanzströme nicht direkt sichtbar fließen, sondern behördlich organisiert und verwaltet werden.

Leisering (2000) argumentiert, dass die bundesdeutsche Geschichte nach Ende des Zweiten Weltkriegs Bedingungen schuf, unter denen die generationenspezifische Prägung durch sozialstaatliche Arrangements möglich wurde. Zu dieser Zeit erfolgte ein erheblicher Ausbau des deutschen Wohlfahrtsstaats (vgl. Ausführungen in Abschnitt 2.2.2), größere Bevölkerungsschichten wurden in stärkerem Ausmaß als je zuvor im positiven Sinne von sozialstaatlichen Regelungen beeinflusst. Zudem war durch die Abwesenheit von Krieg die Möglichkeit gegeben, „[...] dass sich die subjektive Betroffenheit von sozialstaatlichen Maßnahmen kumulativ zu einer Generationenerfahrung verdichten konnte“ (Leisering 2000: 61). Welche Geburtsjahrgänge in Deutschland lassen sich zu Generationen, gemessen an ihrer sozialstaatlichen Prägung, zusammenfassen und wie können diese bezeichnet werden? Häufig ist im wohlfahrtsstaatlichen Kontext die Rede von Gewinner- und Verlierergenerationen. Als einer der ersten verwendet Thomson (1989) dieses Begriffspaar. Er beschreibt den Wandel des neuseeländischen Wohlfahrtsstaats seit den 1950er-Jahren und zeigt auf, in welcher Hinsicht jüngere Gesellschaftsmitglieder in dessen Verlauf benachteiligt worden seien. Laut ihm ist der vormalige Wohlfahrtsmix im Laufe der Jahre einem die jüngere Generation ein-

³¹ Mannheims Konzeption eröffnet die Möglichkeit der Entwicklung verschiedener Generationseinheiten in demselben Generationszusammenhang. Von gemeinsamen Sozialisationsbedingungen – einer „Generation an sich“ – kann demnach nicht ohne weiteres auf eine „Generation für sich“ – eine Generation, die zusätzlich ein Zusammenhörigkeitsgefühl verbindet – geschlossen werden.

³² Generationenbeziehungen sind auf der Mikroebene angesiedelt und von konkreten, erfahrbaren sozialen Interaktionen zwischen den beteiligten Akteuren gekennzeichnet. Zur Unterscheidung von Generationenverhältnissen und -beziehungen siehe Leisering (1992: 44f.).

deutig benachteiligenden System gewichen. Dadurch geschaffene intergenerationelle Ungleichheiten sieht er als einen die Legitimität moderner Wohlfahrtsstaaten potenziell untergrabenden Faktor an.³³

Leisering (2000) überträgt dieses Begriffspaar auf den deutschen Wohlfahrtsstaat. Als „Gewinnergeneration“ bezeichnet er Personen, die in den 1960er-, 1970er- und 1980er-Jahren geprägt wurden. Unter Verweis auf von Rosenblatt (1987) schränkt Leisering (2000: 65) diesen Personenkreis implizit auf die zwischen 1925 und 1955 Geborenen ein (diese Jahrgänge nennt auch Kaufmann (1993: 102) als die Begünstigten).³⁴ Diese Personengruppe umfasst die Bürger, die erstmals langfristig und nachhaltig von sozialstaatlichen Transfers und Regelungen profitieren konnten. Positive Auswirkungen betrafen v.a. ab den 1960er-Jahren erstmals breite Bevölkerungsschichten: Der allgemeine Lebens- und Bildungsstandard stieg, die Absicherung im Bedarfsfall, insbesondere im Alter (aber auch bei Krankheit), wurde auf breitere Füße gestellt. Ein Teil dieser Generation ist bereits in Rente und muss sich um die weitere Versorgung nicht in größerem Maße sorgen. Und für die, die kurz vor ihrer Verrentung stehen, sind die Rentenbezüge als weitgehend gesichert anzusehen. Für diese Personen ist das Alter also eine Lebensphase, der sie mit höherer Erwartungssicherheit und vermutlich geringeren finanziellen Sorgen begegnen als Mitglieder jüngerer Kohorten.

Den „Gewinnern“ steht die ab den 1990er-Jahren geprägte „Verlierergeneration“ nach Leisering gegenüber, die durch Änderungen durch die Reformen jüngeren Datums besonders betroffen ist und der er „[...] *einen negativen oder doch indifferenten Bezug auf den Sozialstaat*“ (Leisering 2000: 66) unterstellt.³⁵ Sie umfasst die Personen, die sich nur noch vergleichsweise wenig vom Wohlfahrtsstaat erhoffen. Als Grund dafür werden aktuelle Belastungen und eher trübe Zukunftsaussichten genannt. Diese führten in der Summe dazu, dass die heute Jungen ihre Erwartungen an den Sozialstaat heruntergeschraubt und sich mehr oder weniger mit der Notwendigkeit abgefunden hätten, zusätzlich privat vorzusorgen, da das System ihnen keinen ausreichenden Schutz biete. Ob aber von außen betrachtet wirklich ein geringerer Schutz bestehe als für die heute Älteren, die Jungen aufgrund aktueller System-eigenschaften also vergleichsweise verlören statt gewännen, sei damit noch nicht gesagt. Ein Blick auf statistische Kenngrößen lasse laut Leisering (2000) gewisse Zweifel daran aufkommen. Erkennbar sei allerdings eine stärkere Betonung privater Vorsorgeoptionen.³⁶ Der Autor

³³ Diese Entwicklung sieht er auch in anderen modernen Staaten gegeben, konkrete Erläuterungen zu dieser Vermutung gibt er jedoch nicht. Zudem fehlt bei Thomson (1989) der Hinweis darauf, welche exakten Geburtsjahrgänge die Gewinner- bzw. Verlierergeneration umfassen.

³⁴ Diese von Leisering als Gewinner bezeichnete Personengruppe differenziert er nach ihrem jeweiligen Grad sozialstaatlicher Prägung weiter aus. Allerdings sind die Kriterien der Grenzziehung recht diffus bzw. werden nur unzureichend erläutert und nicht näher begründet. Es bleibt unklar, welche Geburtsjahrgänge diese Generationen bilden und was im Einzelnen ihre konkreten Gemeinsamkeiten sind, die sie von den jeweils anderen abgrenzen.

³⁵ Auch Bude (2003) nimmt eine Einteilung wohlfahrtsstaatlicher Generationen vor. Ungeachtet anderer Bezeichnungen kommt er in Grundzügen zu einem ähnlichen Ergebnis wie Leisering (2000), wonach die Trennlinie zwischen sog. Gewinnern und Verlierern bei den Mitte der 1950er-Jahre Geborenen verläuft.

³⁶ Jüngere (und mittelalte) Generationen sind in besonderem Maße dazu angehalten, bereits in jungen Jahren verstärkt Vorkehrungen für ihr eigenes Alter zu treffen. Häufig prallt dann der Abschluss einer privaten Altersversicherung mit der Verfolgung der beruflichen Karriere und der Familiengründung zusammen. Diese Lebensphase wird häufig als „Rush Hour“ des mittleren Erwachsenenalters bezeichnet (vgl. Bittman/

betrachtet die Systemverlierer durchaus als eine in weiten Teilen durch die Öffentlichkeit, Wissenschaft und die Versicherungsindustrie sozial konstruierte Gruppe, die in Folge der öffentlichen Debatte ein entsprechendes Selbstbild als benachteiligte Bevölkerungsgruppe entwickelt habe.

Das von Leisering vorgeschlagene Konzept zur Einteilung wohlfahrtsstaatlicher Generationen lässt einige Fragen offen. Hilfreich wären weiterführende Informationen bezüglich der jeweils spezifischen Gemeinsamkeiten der vorgeschlagenen Generationen, die die Abgrenzung der Generationen untereinander erst ermöglichen sowie bezüglich der exakten Grenzen zwischen einzelnen Generationen. Aufschlussreich erscheinen zudem Fakten über die Art und Weise, in der Systemgewinner und -verlierer von wohlfahrtsstaatlichen Arrangements profitieren bzw. benachteiligt sind, z.B. in Form einer Leistungsbilanzierung.³⁷ In Bezug auf die Gewinner formuliert Leisering diesbezüglich recht knapp: „*Es war eine Gewinnergeneration, insofern in diesen Jahren im großen und ganzen alle gesellschaftlichen Gruppen vom Sozialstaat profitierten*“ (Leisering 2000: 60). Schließlich ist eine gewisse Vermischung objektiver und subjektiver Aspekte der Generationenkonstruktion in den Ausführungen anzumerken.

So berechtigt die vorgebrachten Einwände an der Einteilung wohlfahrtsstaatlicher Generationen nach Leisering (2000) auch sind, im vorliegenden Fall stellen sie keinen Grund zur Nichtanwendung des Konzepts dar. Relevant ist im vorliegenden Zusammenhang, dass Verlierer- und Gewinnergenerationen in der öffentlichen Wahrnehmung existieren. Es ist zu vermuten, dass die seit den 1980er-Jahren mal mit mehr, mal mit weniger Intensität

Wajcman 2000; sowie eine Einschätzung der Situation in Deutschland im Siebten Familienbericht (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2006: 33-36)).

³⁷ Ein Verfahren zur Leistungsbilanzierung stellt das Anfang der 1990er-Jahre von Auerbach et al. (1992) entwickelte „Generational Accounting“ dar. Verkürzt formuliert besteht dieser Ansatz darin, zukünftige generationenspezifische Bilanzen nach betriebswirtschaftlicher Logik über die verschiedenen gegebenen und erhaltenen Sozialleistungen aufzustellen. Der Erkenntnisgewinn dieser Methode ist in bestimmter Hinsicht begrenzt; Erläuterungen zur Methodik und ihren Vor- und Nachteilen geben Feist und Raffelhüschen (2000). Dennoch ist ihr Wert darin gegeben, dass die Ergebnisse Aufschluss geben über den entstehenden Handlungsbedarf. Raffelhüschen und Walliser (1999: 295) bilanzieren in ihrer Untersuchung des bundesdeutschen Falls „[...] *that the current fiscal policy is severely imbalanced from an intergenerational point of view*“. Eine aktuellere Untersuchung ermittelt, dass ein im Jahr 2000 geborenes Kind im Laufe seines Lebens (unter Berücksichtigung der stufenweisen Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre bis 2030 (abzuwarten bleibt, wie sich die Mitte 2014 eingeführte Option der „Rente mit 63“ auswirken wird)) ungefähr 77000 Euro mehr in die Rentenkasse einbezahlt als es im Alter erhält (siehe Werding 2014: 38-48, Vergleichswerte für ältere Bürger werden in dieser Studie nicht berichtet).

In der Perspektive generationenspezifischer Bilanzen gerät allerdings die ursprüngliche Logik sozialstaatlicher Absicherung aus dem Blickfeld. Der Generationenvertrag diene ursprünglich dazu, verschiedene Altersgruppen zu einem gegebenen Zeitpunkt hinsichtlich ihres Lebensstandards gleichzustellen (siehe Tesch-Römer et al. 2000: 12). Nicht vorgesehen war es, die Lebensbilanzen verschiedener Kohorten als Gerechtigkeitsmaßstab zu verwenden. Doch genau dies wird in den letzten Jahren unter dem Stichwort der Generationengerechtigkeit verstärkt thematisiert. Dabei wird argumentiert, dass – bezogen auf die Lebensspanne – heute junge Bürger weniger sozialstaatliche Vorteile erzielen können als die heute älteren. Laut Leisering (2000: 67f.) ist diese Änderung in der Interpretation des Prinzips des Generationenvertrags ursächlich für das Selbstverständnis und die Fremddefinition der jungen Generation als Verlierer. Diese Betrachtung beschreibt aber die Gleichstellung von Kohorten über einen langen Zeitraum und entspricht damit dem Ansatz des Generational Accounting. Die Forderung nach einer Gleichstellung in Bezug auf die lebenslaufbezogene Bilanz zur Sicherstellung der Gleichbehandlung der Generationen geht dabei fast unweigerlich zu Lasten der Gleichstellung von Altersgruppen zu einem gegebenen Zeitpunkt.

geführten Debatten über die gesellschaftliche Alterung und Generationengerechtigkeit zur Folge hatten, dass die Bevölkerung mehrheitlich relativ klar die aus dieser Entwicklung mutmaßlich folgenden Vor- und Nachteile für die Jüngeren und Älteren benennen kann. Vermutlich identifiziert sie die Verlierer und Gewinner des Sozialsystems, insbesondere des Rentensystems, in relativer Übereinstimmung mit den von Leisering vorgeschlagenen Gruppen (unabhängig davon, ob diese Zuschreibung einer wie auch immer im Einzelnen aussehenden Prüfung standhält). Hinweise darauf liefern Bevölkerungsumfragen aus den Jahren 2000 und 2004, in denen deutlich mehr als jeder Zweite angab, eine Benachteiligung der Jüngeren im gesetzlichen Rentensystem wahrzunehmen. Die Anteile unter den Älteren fielen niedriger aus als unter den Jüngeren, lagen aber immer noch bei über 50 Prozent (siehe Dallinger/Liebig 2004: 119; Ullrich 2008: 178). Ergebnisse von Fokusgruppen aus dem Jahr 2010, die im Rahmen des Forschungsprojekts durchgeführt wurden, innerhalb dessen diese Untersuchung entstanden ist, geben weitere Hinweise auf die Wahrnehmung von älteren Gewinnern und jüngeren Verlierern des Sozialversicherungssystems. Und nicht zuletzt wird diese Thematik in Medienberichten in regelmäßigen Abständen aufgegriffen, z.B. titelte das Magazin *Der Spiegel* schon 1997 „Die Rentenreform oder Wie die Alten die Jungen ausplündern“. Ein Artikel aus dem Jahr 2014 trägt die Überschrift „Verteilungskampf zwischen Alt und Jung. Forscher warnen vor wachsender Wählermacht der Rentner“ (*spiegel-online*, 26.05.2014); weitere Beispiele wurden in der Einleitung aufgeführt. Da in dieser Untersuchung von Interesse ist, inwieweit diese in der Öffentlichkeit häufig als Gewinner und Verlierer bezeichneten Altersgruppen tatsächlich in ihren Einstellungen voneinander abweichen, wird die von Leisering (2000) vorgeschlagene Einteilung in der empirischen Analyse übernommen und ihre Einstellungen kontrastiert.³⁸

2.3 Intergenerationelle Unterschiede in wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen

2.3.1 Ursachen, analytischer Zugang und Forschungsfragen

Aus der Darstellung „alter Gewinner“ und „junger Verlierer“ werden verschiedentlich generationenspezifische Bewertungen des Wohlfahrtsstaats und Ansprüche an denselben abgeleitet. Dies erfolgt häufig unter Verweis auf die Konsequenzen der gesellschaftlichen Alterung, welche den Sozialstaat vor große Herausforderungen stellen (Abschnitt 2.2.2). Sinn und Übelmeyer (2002) prognostizieren auf Basis ihrer Analysen, dass sich Deutschland im Jahr 2016 zu

³⁸ Bei der Einteilung der Älteren und Jüngeren in Gewinner und Verlierer ist für die vorliegende Arbeit unerheblich, ob sich diese Bezeichnungen in Zukunft ändern könnten. Aus den ehemals jungen Verlierern von heute könnten in Zukunft Gewinner werden. Dies wäre z.B. dann der Fall, wenn Sozialleistungen reduziert würden und die wenigen Zuwendungen, die sie (die Alten der Zukunft) dann noch bekämen, im Vergleich zu dem, was die zukünftig Jungen bekämen, als hoch bezeichnet werden könnten. Eine andere Möglichkeit wäre, dass sich der Staat immer weiter zurückzieht und dadurch *alle* Verlierer werden. Entscheidend ist für diese Untersuchung, dass die „jungen Verlierer“ und die „alten Gewinner“ zum jetzigen Zeitpunkt benannt werden können. Diese Begriffe heben die oben erreichte Trennung von Altersgruppen und Generationen streng genommen wieder auf: Die Verlierer und Gewinner bezeichnen im engeren Sinne Mitglieder bestimmter Geburtskohorten, junge und alte Personen hingegen Altersgruppen. Die obigen Ausführungen sollten aber dazu beitragen, diese analytischen Kategorien auf theoretischer Ebene trennen zu können.

einer Gerontokratie gewandelt haben wird, in der die Alten das Sagen haben werden.³⁹ In diesem und ähnlichen i.d.R. düster gezeichneten Szenarien eines Interessengegensatzes oder sogar Verteilungskonflikts zwischen älterer und jüngerer Generation werden die Älteren häufig als Profiteure des Systems angesehen, die Jüngeren hingegen gelten als die unzufriedenen Benachteiligten. Dieser intergenerationelle Dissens dreht sich um Finanzierungs- und Verteilungsfragen.⁴⁰

Der Hinweis auf die Entwicklung eines intergenerationellen Dissens' erfolgt fast immer mit dem Verweis auf die ungünstige Lage der Jüngeren im Vergleich zu den Älteren als Rentempfängern. Diese ungünstige Lage wird v.a. aus der Funktionslogik dieses sozialen Sicherungssystems vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Alterungsprozesse abgeleitet. Die Tatsache, dass immer weniger Erwerbstätige die Versorgung von immer mehr Rentnern sicherzustellen haben, wird dadurch verschärft, dass die heute Jungen im eigenen Alter niedrigere Rentenzahlungen im Vergleich zu den Alten zu erwarten haben. Dies impliziert für die heute jüngere Bevölkerung eine in doppelter Hinsicht schlechtere Situation: Einerseits steigende Sozialabgaben in den kommenden Jahren bei niedrigeren Rentenzahlungen im eigenen Alter und andererseits der Druck, zusätzlich privat für ihr Alter vorzusorgen. Diese Konstellation birgt nach Ansicht vieler Politiker, Journalisten und Wissenschaftler das Potenzial weitreichender Unstimmigkeiten zwischen Alten und Jungen (einen Überblick über Positionen verschiedener Akteure gibt Klundt 2008: 192-201).

Zusätzlich zur *Finanzierung* insbesondere der Renten rückt die *Verteilung* finanzieller Ressourcen in den Blickpunkt. Dahingehend wird die Befürchtung geäußert, dass ihr steigendes gesellschaftliches „Übergewicht“ die ältere Bevölkerung eher als die jüngere in die Lage versetzt, ihre sozialpolitischen Interessen – durchaus zum Nachteil der jüngeren Generation – durchzusetzen. Eine derartige Entwicklung könnte für die Jüngeren zusätzlich zu den ihnen auferlegten Belastungen (Erhöhung des Rentenbeitragsatzes, sinkendes Rentenniveau, steigende Notwendigkeit der privaten Vorsorge) zu einer Situation führen, in der aktuell für sie relevante Politikfelder in einer alternden Gesellschaft eine nur unzureichende gesellschaftspolitische Unterstützung erfahren. Dies wiederum könnte einem Gefühl relativer Deprivation (mit entsprechenden möglichen Konsequenzen) zuträglich sein. Die politische Macht der Älteren, die (theoretisch) bereits aus ihrem steigenden Bevölkerungsanteil resultiert, wird zudem durch ihre überdurchschnittliche Wahlbeteiligung verstärkt.⁴¹ Daraus erwächst die Erwartung, dass das elektorale Gewicht der Älteren zunehmend wahlentscheidend sein wird,

³⁹ Ihre Schlussfolgerung basiert auf der weitreichenden Annahme, dass (ältere) Personen zuvorderst ihre eigenen Interessen verfolgen. Weitere Ausführungen zu dieser Thematik folgen in Abschnitt 2.3.2.

⁴⁰ Auch in anderen Szenarien, in denen die Älteren als gegenüber den Jüngeren benachteiligt dargestellt werden (Stichwort: Altersdiskriminierung), dreht sich der intergenerationelle Dissens v.a. um die genannten Aspekte der Finanzierung und Verteilung.

⁴¹ Auch die politischen Parteien haben dieses Wählerpotenzial erkannt und sprechen ältere Wählerschichten daher gezielt an. Dies merken die Verfasser des sechsten Altenberichts ebenfalls an, sie erkennen eine „[...] *beinahe schon als ‚vorausseilender Gehorsam‘ zu charakterisierende Handlungsweise von Politikern und Politikerinnen, die vermeintlichen politischen Interessen der älteren Menschen bevorzugt zu ‚bedienen‘, um auf diese Weise Wählerstimmen zu gewinnen*“ (Bundesregierung 2010: 237). Fraglich ist allerdings, inwieweit die beschriebene Haltung der Parteien den Interessen der Älteren überhaupt entspricht.

wohingegen die Stimmen der Jüngeren im schlimmsten Fall ungehört bleiben (siehe Sinn/Uebelmesser 2002; Wilkoszewski 2010: 364f.; Konzelmann et al. 2014: 25-27).⁴²

Sowohl die Finanzierung von Sozialleistungen als auch die Verteilung finanzieller Mittel sind von gesellschaftlichen Alterungsprozessen betroffen. Bezüglich der Finanzierung gilt, dass die Versorgung der wachsenden Rentnergeneration der gesteigerten Anstrengung der Solidargemeinschaft, in dem Fall der erwerbstätigen (jüngeren und mittelalten) Bevölkerung, bedarf. Hier ist die nominale Größe älterer Bevölkerungssegmente relevant, in der zugleich ihre latente politische Gestaltungsmacht begründet liegt. Die Verteilung vorhandener finanzieller Mittel auf die verschiedenen Politikbereiche betreffend ist anzunehmen, dass die zu erwartende, notwendige Aufstockung der Mittelaufwendungen für Rentenzahlungen mit einer Verringerung der Aufwendungen in anderen Bereichen einhergeht. Hier wird das Bevölkerungsgewicht der Älteren zusätzlich auf eine andere Art relevant: Neben ihrer nominalen Größe sind ihre sozialpolitischen Präferenzen ausschlaggebend.

Der Argumentation eines derartigen Verteilungskonflikts liegt die Prämisse zugrunde, dass Ältere und Jüngere jeweils andere Politikbereiche als förderungswürdig erachten: Die Älteren wollen ihre Renten gesichert (oder erhöht) wissen, wohingegen die Jüngeren Ausgabensteigerungen im Familiensektor befürworten. Die Beurteilung verschiedener policies weist demnach vermutlich altersabhängige Variationen und Zustimmungstendenzen auf; dies unterstreicht die Notwendigkeit der bereichsspezifischen Differenzierung wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen (Abschnitt 2.2.1). Altersspezifische Unterschiede in sozialpolitischen Präferenzen, die als eine Ursache eines intergenerationellen Dissens' im wohlfahrtsstaatlichen Kontext betrachtet werden können, sind in dieser Argumentation im Einklang mit der Annahme, dass die Interessen der Älteren und Jüngeren in nicht geringem Ausmaß von egoistischen Motiven bestimmt werden (siehe z.B. Ponza et al. 1988; Schlesinger/Kronebusch 1994b: 186f.; Logan/Spitze 1995; Andreß et al. 2001: 46f.; Dallinger 2002: 662; Sinn/Uebelmesser 2002: 154; Blekesaune/Quadagno 2003; Blome et al. 2008: 320f.; Ullrich 2008: 45f.; Wilkoszewski 2008; Bonoli/Häusermann 2009; Goerres/Tepe 2010). Wären die wohlfahrtsstaatlichen Präferenzen hingegen altersunabhängig, stellte das demografische Übergewicht der Älteren kaum ein Problem dar, da die Interessen der Jüngeren gleichermaßen vertreten würden.

Generationendifferenzen, deren Ursachen u.a. in derartigen Einstellungskonstellationen vermutet werden, wurden in den vergangenen Jahren in wissenschaftlichen Studien mit unterschiedlichen Ergebnissen untersucht (für Ergebnisse zu Deutschland siehe u.a. Rinne/Wagner 1995; Falter/Gehring 1998; Kohli et al. 1999; Dallinger 2002; Ullrich 2006; Blome et al. 2008: 315-336; Goerres/Tepe 2010; Wilkoszewski 2010). Mehrheitlich wird in diesen die Gefahr eines aufkommenden Generationenkonflikts zum aktuellen Zeitpunkt eher niedrig einge-

⁴² Die Jungen sind demnach in doppelter Hinsicht benachteiligt: Zum einen aufgrund ihres sinkenden Bevölkerungsanteils – eine Tatsache, die sie nicht ändern können –, zum anderen weil sie, aus welchen Gründen auch immer, ihr Wahlrecht weniger nutzen als die Älteren; ein prinzipiell änderbarer Fakt. Prognosen über die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Wahlbeteiligung und die Wahlchancen der politischen Parteien in Deutschland und somit vorläufige Antworten auf die Frage nach einer zu erwartenden „grauen Altenmacht“ geben Konzelmann et al. (2014: 148-155, 174-178).

schätzt. Zudem gab es diverse populärwissenschaftliche Publikationen, die sich – zum Teil aus einem tendenziell sensationsheischenden Blickwinkel – mit intergenerationellen Einstellungs-
differenzen befassten und in unterschiedlichem Ausmaß öffentliche Aufmerksamkeit erhielten; zumeist wurde in diesen ein düsteres Bild von der Zukunft gezeichnet (siehe etwa Gronemeyer 1989, 2004; Mohl 1993; Klöckner 2003; Schirmacher 2004).

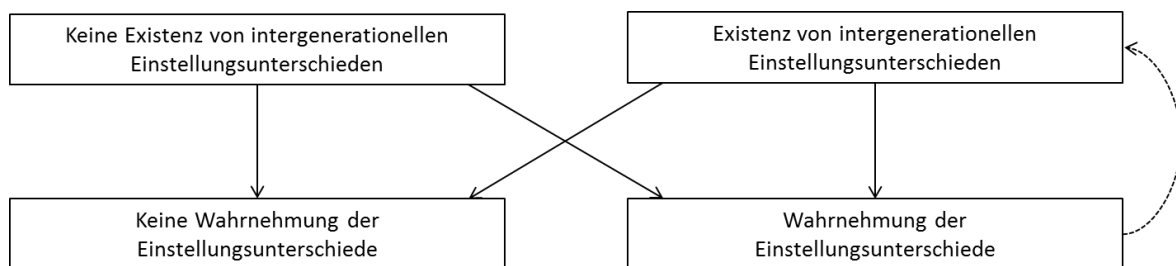
Viele (populär-)wissenschaftliche und publizistische Beiträge vermitteln den Eindruck, dass die „Betroffenen“ um ihre (gegensätzlichen) Einstellungen und Zielsetzungen wissen. Es schwingt die Annahme mit, Ältere und Jüngere nähmen das Konfliktpotenzial dieser Situation also in gewissem Ausmaß durchaus wahr. Wohlfahrtsstaatliche Einstellungs-
differenzen in Kombination mit der Wahrnehmung derselben bilden in dieser Betrachtung eine potenzielle Konfliktgrundlage. Einstellungen und Wahrnehmungen sind dabei im Einklang miteinander: Ein Interessengegensatz kann nur wahrgenommen werden, wenn Einstellungs-
differenzen auch tatsächlich vorliegen. In weiteren Schritten kann darauf aufbauend ein Konflikt entstehen. Wenn umgekehrt Einstellungskongruenz besteht, fehlt das potenziell Konflikt auslösende Moment; es werden demnach auch keine Differenzen wahrgenommen. Der Aspekt der Perzeption von Einstellungs-
unterschieden spielt allerdings sowohl in der Mehrzahl wissenschaftlicher Studien als auch in der öffentlichen Debatte wenn überhaupt, dann lediglich eine untergeordnete Rolle. In der Konsequenz wird die Existenz generationenspezifischer Interessen daher vorschnell mit potenziell konfliktären Tendenzen in Verbindung gebracht.

Werden beide Perspektiven einbezogen, so findet sich durchaus eine Nichtübereinstimmung: Ullrich (2006, ausführlicher Ullrich 2008: 171-188) betrachtet zum einen generationenspezifische wohlfahrtsstaatliche Einstellungen und zum anderen die Perzeption eines Generationenkonfliktes im Bereich der Rentenversicherung. Er kommt zu dem „[...] *scheinbar paradoxen Ergebnis, dass es mehr Anhaltspunkte für die Wahrnehmung eines Generationenkonfliktes gibt als für diesen selbst*“ (Ullrich 2006: 505). Das Ergebnis ist ein Hinweis darauf, die Kongruenz von Einstellungs- und Wahrnehmungsebene zu überprüfen. Eine psychologische Studie (Lerner et al. 1975), die explizit diesem Phänomen nachgeht, erbringt weitere empirische Evidenz für die Annahme eines derartigen „mismatches“ von Einstellungs- und Wahrnehmungsebene. Auch in dieser Untersuchung zeigen sich insgesamt kaum Unterschiede zwischen den Generationen in der Richtung der gegebenen Antworten (allerdings in der Einstellungsstärke), wohl aber hinsichtlich der Wahrnehmung von Differenzen. Lerner et al. (1975: 197) resümieren: „[...] *college-aged adolescents perceive a generation gap to exist between them and their parents, when, in fact, the actual attitudes of adolescents and their parents may not reflect such a discrepancy*“.⁴³

⁴³ Basis der Untersuchung bildet eine nicht-repräsentative Stichprobe von US-amerikanischen Psychologie-
Studenten und deren Eltern. Beide Parteien wurden gebeten, die Gegenseite, sich selbst und ihre eigenen Altersgenossen hinsichtlich verschiedener Einstellungen einzuschätzen.

Es wird hier die Auffassung vertreten, dass eine Vermischung beider Perspektiven eine optimale Annäherung an das Generationenkonfliktpotenzial verhindert: Die Gleichsetzung von Einstellungs- und Wahrnehmungsebene ist nur vordergründig einleuchtend und keinesfalls selbstverständlich. Denn es ist theoretisch möglich, dass Einstellungsunterschiede bestehen, die aber von den Beteiligten nicht (oder nicht als potenziell konfliktär) erkannt werden. Ebenso ist umgekehrt denkbar, dass keine Einstellungsunterschiede bestehen, die Beteiligten aber vom Gegenteil ausgehen. Schematisch dargestellt ist dieser Sachverhalt in Abbildung 1.⁴⁴

Abbildung 1: Existenz und Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden



Man könnte einwenden, dass die individuelle Wahrnehmung von Einstellungsunterschieden weniger „bedrohlich“ bzw. ausschlaggebend ist als empirisch beobachtbare, also objektiv messbare Einstellungsunterschiede. Allerdings dürfen die potenziellen Konsequenzen subjektiver Wirklichkeitskonstruktionen nicht unterschätzt werden. Diese sind Gegenstand verschiedener Forschungszweige, die in einer konstruktivistischen Tradition zu sehen sind.⁴⁵ Auf den Punkt bringt den entscheidenden Aspekt das bekannte Thomas-Theorem: „*If men define situations as real, they are real in their consequences*“ (Thomas/Thomas 1970 [1928]: 572).⁴⁶ Bezogen auf die vorliegende Untersuchung bedeutet dies, dass bereits die (u.U. nur einseitige) subjektive Wahrnehmung eines intergenerationellen Interessengegensatzes im Sinne einer selbsterfüllenden Prophezeiung das Potenzial hat, intergenerationelle Unstimmigkeiten zu begünstigen, die in weiteren Schritten in einen Konflikt münden könnten (Deutsch 1976: 21f.; Schlesinger/Kronebusch 1994a: 155). Umgekehrt gilt analog: Werden Einstellungsunterschiede – unabhängig von ihrer Existenz – nicht wahrgenommen, fehlt die Grundlage für die Entwicklung konfliktärer Tendenzen. Die Perzeption von Einstellungsunterschieden kann folglich als notwendige Bedingung der Konfliktentwicklung verstanden werden. In diesem Zu-

⁴⁴ Die Zusammenhänge können ebenso in einer Vierfelder-Tafel veranschaulicht werden. Da diese Thematik in Unterkapitel 5.2 erneut aufgegriffen und Abbildung 1 in diesem Zusammenhang erweitert wird, wird diese Darstellung gewählt.

⁴⁵ Dazu können verschiedene, u.a. soziologische und sozialpsychologische, Arbeiten gezählt werden, darunter Studien zu sozialer Kognition (Fiske/Taylor 1984), zu Gruppenbildungsprozessen und -konflikten (Coser 1965; Tajfel/Turner 1986), die Theorie des Symbolischen Interaktionismus (Blumer 1973) und Arbeiten zum Phänomen von selbsterfüllenden Prophezeiungen (Jones 1977). Schließlich sind aus der Tradition der Medien- und Kommunikationswissenschaft stammende Theorien zur öffentlichen Meinung zu nennen (z.B. Theorie der Schweigespirale (Noelle-Neumann 1980)). Die genannten Ansätze finden in unterschiedlichem Ausmaß Anwendung in der Politikwissenschaft.

⁴⁶ Die Definition einer Situation erfolgt dabei nicht zwangsläufig rational und intersubjektiv nachvollziehbar. Es ist nicht in erster Linie relevant, ob die Interessen *in der Realität* (un)vereinbar sind, relevant ist vielmehr ob sie als (un)vereinbar *wahrgenommen* werden.

sammenhang soll keineswegs übersehen werden, dass die Wahrnehmung intergenerationaler Einstellungsdifferenzen nicht in einem deterministischen Sinne in einen Generationenkonflikt mündet. Es bedürfte der Berücksichtigung weiterer Faktoren, um zu erklären, warum wahrgenommene Interessengegensätze in einem Fall in einen Konflikt münden und in einem anderen nicht.⁴⁷

Es erscheint zum besseren Verständnis des wohlfahrtsstaatlichen Generationenkonfliktpotenzials daher zwingend notwendig, beide Perspektiven einzubeziehen. Erst anhand einer gemeinsamen Betrachtung lässt sich feststellen, ob wahrgenommene Einstellungsdifferenzen mit der Existenz selbiger einhergehen oder anders formuliert: Ob diese Wahrnehmung durch Einstellungsdifferenzen begründbar erscheint. Und umgekehrt kann überprüft werden, ob bestehende Einstellungsunterschiede sich auch in der Wahrnehmung der Bevölkerung niederschlagen. Die Übereinstimmung oder eben Nichtübereinstimmung von objektiven Einstellungsunterschieden und subjektiven Realitäten kann nur durch die Inklusion beider Perspektiven ermittelt werden (siehe Fuller/Myers 1941a, 1941b; Deutsch 1976: 18f. und Groenemeyer 2012: 59 zu sozialen Konflikten im Allgemeinen sowie Dallinger 2002: 679 zu Generationenkonflikten im Speziellen).

Deutsch (1976: 19-22) beleuchtet den Zusammenhang zwischen der Existenz und der Wahrnehmung von Konflikten und schlägt auf dieser Basis eine Konfliktypologie vor. Diese Typen können auf einer allgemeineren Ebene mit dem Konfliktpotenzial der in Abbildung 1 erkennbaren Situationen in Verbindung gebracht werden: Zunächst gibt es zwei Konstellationen, in denen Einstellungen und Wahrnehmungen in Übereinstimmung miteinander sind. Dies trifft einerseits in einer Situation zu, in der Einstellungsunterschiede weder feststellbar sind noch wahrgenommen werden; das Konfliktpotenzial ist hier niedrig einzustufen. Kongruenz von Einstellungen und Wahrnehmungen liegt andererseits auch dann vor, wenn die Situation klar von Gegensätzen auf beiden Ebenen gekennzeichnet ist, eine solche Konstellation weist ein hohes Konfliktpotenzial auf. In der Terminologie von Deutsch handelt es sich hierbei – abhängig von weiteren Aspekten wie z.B. den Möglichkeiten zur Beseitigung der Konfliktursachen – um einen echten, naheliegenden oder verlagerten Konflikt. Schließlich gibt es die beiden verbleibenden Fälle, in denen entweder Einstellungsunterschiede gesehen werden, obwohl objektiv keine nachweisbar sind, oder in denen die Existenz von Einstellungsdifferenzen nicht von der Wahrnehmung derselben begleitet wird. Deutsch spricht im ersten Fall von einem falschen Konflikt, im zweiten Fall, erneut abhängig von weiteren Kriterien, von einem latenten oder falsch zugeordneten Konflikt. Das Konfliktpotenzial in der ersten Situation ist vermutlich ähnlich hoch wie in dem Fall, in dem Differenzen objektiv und subjektiv bestehen (vermutlich aber leichter zu lösen). In der zweiten Situation ist es hingegen eher niedrig einzustufen (vermutlich aber leichter zu erhöhen als in dem Fall, in dem Einstellungsähnlichkeit vorliegt und keine Differenzen wahrgenommen werden).

⁴⁷ Konflikte (bzw. -wahrnehmungen) sind nicht per se als dysfunktional anzusehen, sondern können zu gesellschaftlichem Fortschritt beitragen (siehe z.B. Coser 1965; Deutsch 1976: 16f.; Bonacker 2009: 186-188).

Die empirische Annäherung an Unterschiede in wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen kann demnach auf verschiedene Weise erfolgen: Zum einen kann der Blick „von außen“ auf eine Gesellschaft zu dem Ergebnis führen, dass intergenerationelle Differenzen in wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen existieren; dies entspricht dem Vorgehen vieler Studien (wobei kein allgemeingültiges Kriterium existiert, ab welcher Höhe Einstellungsunterschiede als hoch bezeichnet werden). Die Identifikation intergenerationaler Unstimmigkeiten erfolgt hier auf der Makroebene, indem innerhalb von Generationen aggregierte Einstellungen vergleichend analysiert werden. Diese Perspektive wird in dieser Untersuchung als die objektive Realität intergenerationaler Einstellungsunterschiede bezeichnet. Zum anderen kann das Konfliktpotenzial ermittelt werden, indem die Perzeption von Einstellungsunterschieden innerhalb der Bevölkerung direkt abgefragt wird. Bezeichnet wird diese Perspektive als die subjektive Realität intergenerationaler Einstellungsunterschiede. Ein Ziel dieser Arbeit besteht in der Betrachtung dieser beiden Aspekte intergenerationaler Einstellungsunterschiede, der objektiven und der subjektiven Realität. Zusätzlich zur separaten Betrachtung ist es zudem notwendig, beide Sichtweisen zusammenzubringen, um zu differenzierteren Aussagen über das Generationenkonfliktpotenzial zu kommen. Die zentralen Forschungsfragen zur Untersuchung dieses Aspekts lauten:

- Bestehen Unterschiede zwischen älterer und jüngerer Generation in wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen?
- Bestehen Unterschiede zwischen älterer und jüngerer Generation in der Wahrnehmung von intergenerationalen Einstellungsunterschieden?
- Geht die (Nicht)Existenz von intergenerationalen Einstellungsunterschieden mit der Wahrnehmung derselben einher?

Um wohlfahrtsstaatliche Einstellungen und deren Wahrnehmung besser zu verstehen, sind Erkenntnisse zur Einstellungsbildung und zur Entstehung von Wahrnehmungen aufschlussreich. Eine Möglichkeit zur Genese solcher Erkenntnisse ist der Einbezug von Faktoren, die diese Prozesse beeinflussen. Da altersspezifische Unterschiede von herausragendem Interesse sind, kommt dem Effekt des Lebensalters hierbei besondere Aufmerksamkeit zu. Dabei geht es u.a. um die Frage, ob bestimmte Merkmale, für die in vielen Untersuchungen stellvertretend das Alter herangezogen wird, identifiziert werden können, mit denen der Alterseffekt inhaltlich „gefüllt“ ist. Zudem ist relevant, ob die Einstellungs- und Wahrnehmungsbildung in Abhängigkeit des Alters unterschiedlich ausfällt. Ergebnisse solcher Untersuchungen stellen zudem eine Möglichkeit dar, informierter abzuschätzen, wie sich die Zustimmung zum Wohlfahrtsstaat in der Bevölkerung in Zukunft entwickeln könnte. Vor dem Hintergrund, dass eine Änderung in der Bevölkerungsunterstützung womöglich Konsequenzen im politischen Handeln nach sich zieht und den Wohlfahrtsstaat damit potenziell verändert, wird die Relevanz derartiger Untersuchungen zusätzlich deutlich (siehe Page/Shapiro 1983; Hasenfeld/Rafferty 1989: 1028; Burstein 2003). Über die Perzeption von intergenerationalen Einstellungsunterschieden und deren Determinanten ist bislang eher wenig bekannt. Ebenso gibt es kaum Detailwissen über die spezifische Wirkungsweise des Alters. Zu

beiden Aspekten wird diese Arbeit neue Erkenntnisse liefern. Anhand folgender Fragen inklusive (jeweils zweier) Unterfragen soll in dieser Arbeit eine thematische Annäherung erfolgen:

- Welche Faktoren beeinflussen die Ausbildung wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen und welche Rolle spielt hierbei das Alter?
 - o Werden Alterseffekte über andere Merkmale vermittelt?
 - o Gibt es altersspezifische Determinanten?

- Welche Faktoren beeinflussen die Ausbildung der Wahrnehmung intergenerationeller Einstellungsunterschiede und welche Rolle spielt hierbei das Alter?
 - o Werden Alterseffekte über andere Merkmale vermittelt?
 - o Gibt es altersspezifische Determinanten?

Mit diesen Ausführungen sind das Vorhaben, die zentralen Annahmen, die eingenommene analytische Perspektive sowie die leitenden Fragestellungen der vorliegenden Untersuchung des intergenerationellen Konfliktpotenzials im deutschen Wohlfahrtsstaat ausreichend dargelegt. In den folgenden Abschnitten 2.3.2 und 2.3.3 wird detaillierter auf wohlfahrtsstaatliche Einstellungen und Wahrnehmungen von intergenerationellen Einstellungsdimensionen eingegangen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Vorstellung theoretischer Annahmen und empirischer Befunde zu den Determinanten.

2.3.2 *Determinanten von wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen*

Die vorangegangenen Erläuterungen haben verdeutlicht, was hier unter der objektiven Realität des Generationenkonfliktpotenzials verstanden wird und wie sich dieser empirisch angenähert werden kann: In der vergleichenden Betrachtung altersspezifischer wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen. In diesem Abschnitt werden relevante Einflussfaktoren wohlfahrtsstaatlicher Orientierungen identifiziert. Dabei ist das reine Alter nur eine erklärende Determinante, daneben bestehen weitere aus der Theorie heraus begründbare Faktoren, die dargestellt werden. Zudem werden Befunde wissenschaftlicher Forschungsarbeiten zusammengetragen, die Hinweise auf die empirische Evidenz der verschiedenen Konstrukte liefern.⁴⁸ In diesen Erläuterungen erfolgt mit Blick auf das Forschungsinteresse eine Beschränkung auf Determinanten von Einstellungen, die der Zieldimension wohlfahrtsstaatlichen Handelns zuge-

⁴⁸ Die zitierten Studien weichen in verschiedener Hinsicht voneinander ab, was ihre Vergleichbarkeit in unterschiedlichem Ausmaß erschwert. Unterschiede bestehen v.a. bezüglich der verwendeten Sets von Erklärungsfaktoren, der Operationalisierung der abhängigen Variablen, der angewandten statistischen Methoden oder der untersuchten Länder und deren Gruppierung. Dem letztgenannten Aspekt wird begegnet, indem vorrangig Ergebnisse für Deutschland berichtet werden. Dies verhindert, Befunde, die sich auf Länder beziehen, deren wohlfahrtsstaatliche Arrangements vom bundesdeutschen Fall abweichen, unzulässigerweise auf den vorliegenden Sachverhalt zu übertragen. Im Hinblick auf die Operationalisierung der abhängigen Variablen erfolgt eine Selektion von Studien, die die Zieldimension untersuchen. Sofern es relevant ist, wird ausgeführt ob politikfeldübergreifende oder politikfeldspezifische Einstellungen analysiert wurden.

rechnet werden.⁴⁹ Aufgrund der prominenten Stellung der Zieldimension in der wohlfahrtsstaatlichen Einstellungsforschung gibt es hierzu umfangreiche empirische Erkenntnisse.⁵⁰

Die Einflussfaktoren zur Erklärung der Ausprägung wohlfahrtsstaatlicher Orientierungen werden in unterschiedlichen Gruppen zusammengefasst bzw. unterschiedlichen Dimensionen zugeordnet. Ungeachtet verschiedener Bezeichnungen und Ausdifferenzierungen wird in der Literatur dabei üblicherweise zwischen Interessen- und Wertorientierungen unterschieden (siehe z.B. Campbell et al. 1960: 203-206; Hasenfeld/Rafferty 1989; Roller 1992: 48-52; Ullrich 2000: 6, 2008: 82-92; Andreß et al. 2001: 33f.; Blekesaune/Quadagno 2003; Jæger 2006a; Blekesaune 2007; Bonoli/Häusermann 2009; Lynch/Myrskylä 2009; Trüdinger/Bollow 2011; Wendt et al. 2011: 20-22). Interessenorientierungen werden im Zusammenhang mit egozentrierten materiellen Nutzenkalkulationen in der Tradition der Rational-Choice Theorie gesehen (Downs 1957). Bei solchen „Self-interest“ Annahmen geht es insbesondere um soziodemografische Merkmale wie z.B. den Bildungsgrad, aus denen bestimmte Interessen und Präferenzen im Hinblick auf den Wohlfahrtsstaat abgeleitet werden. Ferner fällt der Blick auf Evaluationen der wirtschaftlichen Bedingungen und der sozialstaatlichen Performanz. Im Unterschied dazu betreffen Wertorientierungen moralische Urteile, die für alle verbindlich sein sollten und denen zudem ein normatives Element innewohnt, da sie an wünschenswerten Zuständen ausgerichtet sind. Wertorientierungen, so eine weitere Annahme, seien zudem stabiler, wirkten langfristig und seien das Ergebnis von Sozialisationsprozessen, wohingegen Interessenorientierungen stärker kurzfristig angelegt seien (siehe Roller 1992: 49). Es wird vermutet, dass sie unabhängig von Interessenorientierungen zugrunde liegenden individuellen Kosten-Nutzen-Kalkulationen sind. Wäre dies nicht der Fall, wäre der zusätzliche Nutzen durch den Einbezug von Werten als relativ gering einzustufen (siehe Kumlin 2007: 373). Mit dem Verweis auf Werte werden v.a. Vorstellungen darüber, nach welchen Kriterien Leistungen innerhalb von Gesellschaften verteilt werden sollten, genannt. Zwei extreme Positionen können hier unterschieden werden: Zum einen eine egalitaristische Auffassung, wonach alle Personen abhängig vom individuellen Bedarf die gleichen wohlfahrtsstaatlichen Zuwendungen erhalten sollten und zum anderen die Auffassung, dass der Leistungsbezug und/oder die -höhe an zuvor erbrachte Leistungen gekoppelt sein sollte.

Einleuchtend erscheint, dass sowohl Interessen- als auch Wertorientierungen in individuelle wohlfahrtsstaatliche Präferenzen einfließen. Die konzeptuelle Trennung ist auf den ersten Blick plausibel. Problematisch wird diese Separierung aber mit Blick auf die verwendeten Indikatoren (siehe Roller 1992: 168, 1995: 191; Andreß et al. 2001: 91f.). Einige häufig inkludierte Merkmale wie z.B. das Lebensalter, das Geschlecht oder der Bildungsgrad lassen sich gerade nicht eindeutig interessen- bzw. wertebasierten Determinanten zuordnen. Die Unklarheit in der Zuordnung wird aber eher selten thematisiert. In den Fällen, in denen die theoretisch erwarteten Auswirkungen auf die Einstellungsbildung gleich sind, kann auch eine empirische Analyse keine Hinweise darauf geben, ob es sich im konkreten Fall um Wert- oder

⁴⁹ Theoretische Anmerkungen zu den Determinanten der hier nicht thematisierten Einstellungsdimensionen geben Andreß et al. (2001: 57-59).

⁵⁰ Dies ist nicht zuletzt auch der relativ günstigen Datenlage geschuldet, die bezüglich der anderen wohlfahrtsstaatlichen Einstellungsdimensionen wesentlich ungünstiger ausfällt.

Interessenorientierungen handelt. Dazu kommt, dass beide Motive mit großer Wahrscheinlichkeit in Kombination auftreten und ihre relativen Anteile nach verschiedenen, z.B. situativen Kriterien variieren können, was eine klare Trennung der Konzepte weiter erschwert. Die wohlfahrtsstaatliche Einstellungsforschung steckt mit Blick auf die Problematisierung der nicht immer zweifelsfrei möglichen Trennung von Interessen- und Wertorientierungen in gewisser Weise noch in ihren Kinderschuhen. Symptomatisch dafür erscheint auch die recht wenig elaborierte theoretische Fundierung in vielen Studien. Diese erschöpft sich zumeist darin, in eher knappen Worten auf Interessen- und Wertorientierungen als zentrale Motivlagen zu verweisen, um dann auf der Indikatorebene Merkmale vorzustellen, die in die Analyse eingehen. Auch deswegen fehlt es an Detailwissen über den Prozess der Ausbildung wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen. Diese Lücken können in dieser Arbeit nicht geschlossen werden. Um den Forschungsstand im Folgenden wiederzugeben, ist es daher unumgänglich, die abstraktere Ebene theoretischer Konzepte zu verlassen und die Vorstellung der Determinanten vornehmlich auf der Ebene empirischer Indikatoren vorzunehmen. Der Aspekt der Zuweisung dieser Erklärungsfaktoren zu übergeordneten Gruppen findet in den folgenden Ausführungen Erwähnung, wird aber eher nachrangig behandelt. Auf die Doppeldeutigkeit von Indikatoren wird an geeigneten Stellen eingegangen, eine Zuteilung zu einer der beiden Motivlagen erfolgt hingegen nicht. Entscheidender ist, ob einzelne Merkmale *überhaupt* auf wohlfahrtsstaatliche Einstellungen wirken.

Die Vorstellung der Erklärungsfaktoren beginnt mit sozialstrukturellen Eigenschaften wie Alter, Geschlecht und Bildung. Daran schließen Ausführungen zu Einstellungen wie der Einschätzung der Wirtschaftslage, Bewertungen der wohlfahrtsstaatlichen Performanz und zu politischen Prädispositionen an. Einstellungsbasierten Merkmalen wird im Rahmen kognitionstheoretischer Ansätze eine heuristische Funktion bei der Herausbildung politischer Einstellungen eingeräumt. Heuristiken stellen eine Art Orientierungshilfe dar, indem sie eine Möglichkeit bieten, Wissenslücken zu überbrücken. Bereits bestehende Einstellungen werden demnach herangezogen, um auch ohne detaillierte Sachkenntnis der einzelnen Politikbereiche und ohne übermäßigen kognitiven und zeitlichen Aufwand die eigenen Wohlfahrtsstaatspräferenzen zu bestimmen; dies kann die Bildung konsistenter Einstellungssysteme befördern. Die Verwendung von Heuristiken, so eine gängige Annahme, entspricht dem individuellen Bedürfnis, die Kosten der Informationsverarbeitung möglichst gering zu halten (siehe z.B. Rattinger 2009: 216).⁵¹

Alter. Im vorangegangenen Abschnitt wurden bereits umfangreiche Erklärungen zu möglichen Einstellungsunterschieden zwischen Generationen im wohlfahrtsstaatlichen Kontext gegeben. Dabei ging es um sozialpolitische Wünsche und Forderungen, die vermutlich zu einem nicht geringen Anteil Eigennutz orientierten Interessenlagen entspringen. Diese Sichtweise impliziert, dass jüngere und ältere Gesellschaftsmitglieder jeweils nur die politischen Entschei-

⁵¹ Zum Stellenwert, zur Funktionsweise und zu den Fallstricken heuristischer Informationsverarbeitung, Urteilsbildung und Entscheidungsprozesse siehe Tversky und Kahneman (1974) sowie Fiske und Taylor (1984: 267-278), mit Blick auf die politische Einstellungsforschung siehe Schoen (2006: 92-95).

dungen gutheißen, von denen sie selbst profitieren (werden). Jüngere müssten sich demnach für staatliche Anstrengungen in den Bereichen aussprechen, die einen hohen Stellenwert für sie haben. Zu diesen zählen beispielsweise die Familien- und die Bildungspolitik, zudem die Gesundheitspolitik und – mit Blick auf ihren eigenen Ruhestand – die finanzielle und pflegerische Versorgung im Alter. Dass auch alte Politikbereiche eine gewisse Relevanz für Jüngere haben sollten, liegt an sich mit dem Alter verändernden Wahrscheinlichkeiten, bestimmte Leistungen zu erhalten.⁵² Demgegenüber müssten die Älteren, die von politischen Anstrengungen im Familien- und Bildungssektor naturgemäß nicht mehr direkt begünstigt werden, insbesondere alte Politikbereiche als förderungswürdig einstufen, die in ihrer aktuellen Lebenssituation vermutlich zentraler sind. Altersabhängige Interessenorientierungen unterliegen also der Annahme, dass sich wohlfahrtsstaatliche Präferenzen im Laufe des Lebens ändern und ehemals unwichtige (wichtige) Politikfelder an Relevanz gewinnen (verlieren). Politikbereiche, die eher mit der Versorgung der älteren Bevölkerung im Zusammenhang stehen, sollten für die Jüngeren zwar aktuell nicht so förderungswürdig sein wie für die Älteren, im Hinblick auf ihr eigenes Alter aber auch nicht unbedeutend sein.⁵³ Denn schließlich hoffen sie auch darauf, im Alter versorgt zu werden. Zusammengefasst werden altersspezifische Unterschiede also insbesondere in jungen Politikbereichen erwartet (siehe Bonoli/Häusermann 2009: 215).

Die Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen liefern in Bezug auf einen Alterseffekt auf wohlfahrtsstaatliche Orientierungen im Sinne egozentrierter Interessenorientierungen ein uneinheitliches Bild. Bei den verschiedenen Studien ist ein besonderes Augenmerk darauf zu legen, welche Politikfelder untersucht werden. Je nachdem, ob Einstellungen zu potenziell alterssensible Interessen berührenden Politikfeldern und Themen oder aber wohlfahrtsstaatliche Einstellungen im Allgemeinen analysiert werden, können unterschiedliche Ergebnisse erwartet werden (siehe Ausführungen in Abschnitt 2.2.1). Daher erfolgt bei der Darstellung des Forschungsstandes zum Alterseffekt eine Beschränkung auf Analysen, die dieser Differenzierung Rechnung tragen und also verschiedene, alterssensible Bereiche wohlfahrtsstaatlichen Handelns separat betrachten.⁵⁴ In einigen Studien konnte nachgewiesen

⁵² Dies impliziert, dass die Leistungserbringer von heute (aller Voraussicht nach) die Leistungsempfänger von morgen sind. Dieser Umstand mag ein Grund dafür sein, warum der Generationenvertrag als normatives Fundament der GRV über alle Altersgruppen hinweg eine hohe prinzipielle Zustimmung erhält (siehe Ullrich 2008: 179-182). Dieser Konsens, der auch für die Frage nach der staatlichen Verantwortlichkeit und Leistungshöhe in alten Politiken angenommen wird, besteht vermutlich aber nicht in demselben Ausmaß in Einstellungen zu anderen Aspekten der GRV wie z.B. der Bewertung von Maßnahmen, die v.a. für die jüngere Generation eine Belastung darstellen (Beitragserhöhungen, Anhebung des Renteneintrittsalters, etc.).

⁵³ In dem Fall, in dem die Jungen die finanzielle und medizinische Altersabsicherung durch den Sozialstaat als sehr unzuverlässig einstufen und nicht glauben, im eigenen Alter ausreichend davon profitieren zu können, liegt die gegensätzliche Vermutung nahe. Das würde implizieren, dass sie auf private Vorsorge setzen und einem weiteren Ausbau alter Politiken skeptisch bis ablehnend gegenüberstünden, nicht zuletzt, da sie diesen finanzieren müssten; Hinweise in diese Richtung gibt z.B. die Untersuchung von Boeri et al. (2001).

⁵⁴ Allerdings ist zu beachten, dass in bestimmten Fällen selbst *innerhalb* eines Politikbereiches unterschiedliche Alterseffekte zu erwarten sind. Dies ist beispielsweise dann gegeben, wenn verschiedene Reformvorhaben mit verschiedenen Konsequenzen für Angehörige verschiedener Altersgruppen diskutiert werden (siehe Fußnote 52). Empirische Hinweise auf unterschiedlich gerichtete Alterseffekte in Einstellungen zu Rentenreformen liefern die Untersuchung von Bonoli und Häusermann (2009) für die Schweiz sowie die länderübergreifende Studie von Fernández und Jaime-Castillo (2013).

werden, dass Alterseffekte bereichsspezifisch wirken bzw. variieren. Z.B. zeigte sich eine mit steigendem Alter deutlich sinkende Befürwortung einer Kindergelderhöhung, auch unter Kontrolle anderer Einflussfaktoren (siehe Wilkoszewski 2008: 200 und Mehlkop/Neumann 2012: 363 für Deutschland; ähnliche Ergebnisse zu familienpolitischen Einstellungen in länderübergreifenden Analysen berichten Goerres/Tepe 2012: 191-193). Bei Einbezug von Einstellungen zu alten (hauptsächlich Rentenpolitik) und jungen Politiken (üblicherweise Familien- oder Bildungspolitik) sind die Befunde gemischt. In manchen Untersuchungen werden nennenswerte Alterseffekte in *beiden* Bereichen nachgewiesen: Negative (d.h. mit dem Alter sinkende Zustimmung) wenn es um die Förderung von Familien geht und positive im Hinblick auf die Unterstützung Älterer (siehe Svallfors 2008 für Schweden; Bonoli/Häusermann 2009 für die Schweiz; Wilkoszewski 2010: 377f. für Deutschland). In anderen Studien können Anzeichen von Alterseffekten entweder primär im Hinblick auf die älteren (siehe etwa Andreß et al. 2001: 130-133 und Busemeyer et al. 2009 für Deutschland) oder die jüngeren (siehe z.B. Ullrich 2008: 187, 232-237 für Deutschland) Bevölkerungssegmente fördernden Politiken, aber nicht in beiden Bereichen gleichermaßen ausgemacht werden. In weiteren Analysen wiederum können in keinem alterssensiblen Politikbereich nennenswerte Alterseffekte identifiziert werden (siehe Armingeon 2006; Blome et al. 2008: 324-336 und Goerres 2009 für Deutschland).

Die zitierten Untersuchungen liefern also durchaus Hinweise darauf, wonach das Alter Ausdruck unterschiedlicher Interessenlagen ist. Erwartet wurden Altersunterschiede insbesondere in Einstellungen zu jungen Politikbereichen; die Befundlage hierzu ist als gemischt zu beschreiben. Die auf Interessen ausgerichtete Interpretation des Alters ist allerdings nur eine Möglichkeit. Zu Beginn dieses Abschnitts wurde darauf hingewiesen, dass die Zuordnung einiger Prädiktoren zu Interessen- und Wertorientierungen nicht präzise vorgenommen werden kann und dies auch für das Lebensalter gilt. Anstelle eines utilitaristischen, an Interessen ausgerichteten Arguments könnte ebenso ein sozialisatorisches Argument zur Begründung altersspezifischer wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen ins Feld geführt werden. Das Alter steht in dieser Sichtweise nicht stellvertretend für auf Eigennutz basierende Kosten-Nutzen-Kalkulationen, sondern für internalisierte Werte und Überzeugungen.

Dies führt dann zu etwas anders gerichteten theoretischen Annahmen als im Fall von Interessenorientierungen: Einerseits kann vermutet werden, dass sich jüngere Generationen für ein stärkeres staatliches Engagement aussprechen als ältere, da sie im Gegensatz zu Letzteren in einem generöseren Sozialstaat aufgewachsen sind und sich daher an ein relativ hohes Maß an Wohlfahrtsstaatlichkeit gewöhnt haben dürften (siehe Andreß et al. 2001: 41; Goerres 2009: 209-211). Andererseits ist die Gegenthese ebenfalls plausibel, wonach Ältere einen intensiven und extensiven Staat generell stärker befürworten als Jüngere, da sie im Laufe ihres Lebens mehr und zudem vermutlich weitreichendere Erfahrungen mit wohlfahrtsstaatlichen Politiken gesammelt haben (siehe Krömmelbein et al. 2007: 38). Wertebasierte altersspezifische Antwortmuster bergen ebenso ein gewisses Risiko für intergenerationelle Spannungen wie altersspezifische Unterschiede, die aus Interessen resultieren. Die Befunde hierzu sind ebenfalls eher uneindeutig (siehe etwa Papadakis/Bean 1993; Andreß et al. 2001: 129-134 und Goerres 2009 für Deutschland; Svallfors 1999 für Schweden). Bei der Prägung äl-

terer Kohorten ist zudem zu beachten, dass Sozialisationserfahrungen in der ehemaligen DDR mit weitreichenden staatlichen Eingriffen vermutlich nachwirken und sich ältere Bürger in Ostdeutschland daher mutmaßlich stärker als ihre Altersgenossen in Westdeutschland für einen extensiven und intensiven Sozialstaat aussprechen (weitere Ausführungen dazu folgen auf Seite 39).

Die Schwierigkeit, das Lebensalter eindeutig Interessen- bzw. Wertorientierungen zuzuordnen, ist dem Umstand geschuldet, dass beide Erklärungen gleichermaßen plausibel sind. Darüber hinaus erscheint jede für sich genommen in gewisser Hinsicht zu einseitig, um Präferenzen der einen oder anderen Altersgruppe zu erklären. Das Lebensalter kann theoretisch Ausdruck von beiden, Interessen- und/oder Wertorientierungen sein. In dieser Hinsicht ist es als Proxy für andere Merkmale zu sehen. Wenn es um die Abschätzung des Generationenkonfliktpotenzials geht, wird allerdings häufig nur auf das Interessenargument abgestellt. In den vorangegangenen Erläuterungen wurde herausgestellt, dass sich aus beiden Argumentationssträngen intergenerationelle Einstellungsunterschiede ableiten lassen. Ein Unterschied in der Interpretation des Alters als primär interessen- bzw. wertorientiertes Merkmal in den erwarteten Einstellungsunterschieden ist, dass lediglich im Fall der Interessenorientierung explizit zwischen verschiedenen Politikfeldern differenziert wird und somit verschiedene Erwartungen hinsichtlich alter und junger Politikbereiche formuliert werden können.

Die Auslegung des Alters als Ausdruck von Interessen- bzw. Wertorientierungen kann in Verbindung mit Lebenszyklus- und Kohorteneffekten gesehen werden (siehe Edlund 1999: 355; grundlegend zu Lebenszyklus- und Kohorteneffekten siehe Glenn 1976; Hagedaars 1990: 317-320). Lebenszykluseffekte basieren auf mit dem Alter in Verbindung stehenden Bedürfnissen und Forderungen, die sich im Lebenslauf verändern; in dieser Hinsicht besteht eine deutliche Parallele zu eigennutzorientierten Motiven. Demzufolge sollten sich auch sozialpolitische Präferenzen verändern, woraus wiederum folgt, dass die größten Alt-Jung-Unterschiede in Politikbereichen zu beobachten sein sollten, die auf die Versorgung der jüngeren Bevölkerung abzielen. Kohorteneffekte hingegen betonen die unter ähnlichen Bedingungen stattfindende Sozialisation von zu einem ähnlichen Zeitpunkt Geborener, die zur Ausbildung ähnlicher, im Lebensverlauf relativ stabiler Wert- und Grundorientierungen führt. Aus dieser Perspektive sollten Unterschiede zwischen Älteren und Jüngeren unabhängig vom konkreten Politikfeld ungefähr gleich groß ausfallen. Diese Annahme ist im Einklang mit der Interpretation des Lebensalters als Ausdruck von Wertorientierungen.

Im Rahmen dieser Arbeit ist es nur bedingt möglich, Lebenszyklus- und Kohorteneffekte, die mit den beiden dargelegten Argumentationslinien in Verbindung gebracht werden können, empirisch voneinander zu trennen. Eine Möglichkeit der Separierung der Effekte besteht in der Durchführung längsschnittlicher Analysen (siehe Hagedaars 1990: 326-332). Entsprechende Daten liegen für diese Untersuchung allerdings nicht vor. Dennoch können die empirischen Analysen in Kapitel 4 gewisse Anhaltspunkte dafür liefern, ob Altersunterschiede von Interessen oder Werten „dominiert“ werden. Wenn intergenerationelle Einstellungsunterschiede wie oben beschrieben politikfeldspezifisch differieren, liegt die Annahme nahe, dass es sich hierbei um den Ausdruck altersspezifischer Interessenlagen handelt. Wenn sich

über alle Politikfelder hinweg hingegen gleichgerichtete Altersunterschiede zeigen, weist dies eher in Richtung eines wertebasierten Alterseffekts.

Geschlecht. Als nächstes fällt der Blick auf das Geschlecht, dem aus verschiedenen Gründen ein Einfluss auf wohlfahrtsstaatliche Präferenzen unterstellt wird. Unabhängig davon, ob interessen- oder wertebasierte Argumente angeführt werden, ist die gängige, auch in dieser Untersuchung vertretene Erwartung, dass sich Frauen für ein stärkeres wohlfahrtsstaatliches Engagement aussprechen (siehe etwa Svallfors 1997: 290; Edlund 1999: 354; Andreß et al. 2001: 42f., 47). Mit Bezug auf Interessen als Ursachen für geschlechtsspezifische Unterschiede ist eine Erklärung, dass die Wahrscheinlichkeit des wohlfahrtsstaatlichen Leistungsbezugs für Frauen höher ist als für Männer. Das liegt v.a. daran, dass ihre Erwerbsbiographien aufgrund von Mutterschaft häufiger unterbrochen sind (bzw. abgebrochen werden) als die der Männer und somit unsteter verlaufen. Zudem ist für sie die Wahrscheinlichkeit, alleinerziehend (und deswegen auf staatliche Unterstützung angewiesen) zu sein, vergleichsweise höher. Als weiterer Grund kann schließlich die gestiegene Erwerbsorientierung von Frauen angeführt werden. Aus dieser Perspektive sind beispielsweise Maßnahmen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhöhen, für sie von besonderer Relevanz.

Der andere Argumentationsstrang verweist auf prävalente Wertorientierungen, die geschlechtsspezifische Unterschiede in wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen bedingen. Diesbezüglich wird argumentiert, dass Frauen aufgrund von sozialisatorischen Erfahrungen in der Familie oder in der häuslichen Pflege – beides Bereiche, in denen sie traditionellerweise (immer noch) höhere Verantwortung übernehmen als Männer – eine allgemein höhere Zustimmung zu gemeinschaftlichen Werten wie Gerechtigkeit und Solidarität haben und empathischer als Männer sind. Aufgrund dieser verinnerlichten Wertorientierungen ist eine höhere Zustimmung zu wohlfahrtsstaatlichen Zielen bei Frauen zu erwarten. Anzunehmen ist, dass eine Kombination aus geschlechtsspezifischen Interessen- und Wertorientierungen der stärkeren pro-wohlfahrtsstaatlichen Einstellung von Frauen zugrunde liegt.

Im Einklang mit den theoretischen Annahmen belegt eine große Anzahl von Studien unisono, dass sich Frauen im Vergleich zu Männern für ein etwas höheres Ausmaß von Wohlfahrtsstaatlichkeit aussprechen. Dies betrifft nicht nur das gewünschte Ausmaß staatlicher Verantwortung, sondern auch die staatliche Leistungshöhe und sowohl bereichsspezifische als auch bereichsübergreifende Einstellungen und zeigt sich sowohl für Deutschland als auch in anderen Ländern (siehe Pettersen 1995; Svallfors 1997; Edlund 1999; Andreß et al. 2001: 129-137; Arts/Gelissen 2001; Blekesaune/Quadagno 2003; Linos/West 2003; Lipsmeyer/Nordstrom 2003; Armingeon 2006; Jæger 2006a; Ullrich 2008: 144, 187, 230-236; Miettinen et al. 2008; Wilkoszewski 2008: 200, 2009; Bonoli/Häusermann 2009; Busemeyer et al. 2009; Goerres 2009; Goerres/Tepe 2010; Baslevant/Kirmanoglu 2011; Mehlkop/Neumann 2012).

Familiärer Hintergrund/Elternschaft. Ein weiterer Prädiktor wohlfahrtsstaatlicher Orientierungen, der Beachtung verdient, ist das Familiengefüge (siehe u.a. Kaufmann 1993: 105; Wilkoszewski 2009; Goerres/Tepe 2010, 2012; Bergmann et al. 2012; Mehlkop/Neumann 2012). Intrafamiliäre Generationenbeziehungen werden zumeist als sehr stabil erlebt und positiv bewertet (siehe etwa Blome et al. 2008: 33-35; Kohli 2009). In beide Richtungen finden inter-

generationelle Transfers statt, die sowohl instrumentelle als auch finanzielle Hilfeleistungen umfassen.⁵⁵ Es ist plausibel, dass die Älteren ihren Nachkommen beste Ausgangsbedingungen wünschen, auch wenn sie selbst nicht mehr von bestimmten Leistungen profitieren können. Mit Blick auf die eigenen (Enkel)Kinder sollten daher junge Politikbereiche eine gewisse Relevanz für (Groß)Eltern haben. Aber auch wenn die eigenen Nachkommen *aktuell* nicht mehr von derartigen Leistungen begünstigt werden, ist begründet davon auszugehen, dass sich Eltern für ein höheres Maß wohlfahrtsstaatlicher Aktivität aussprechen als Kinderlose.⁵⁶ Umgekehrt wird auch den Jüngeren das Wohlergehen ihrer (Groß)Eltern kaum egal sein, weshalb wahrscheinlich ist, dass sie die Förderung alter Politikbereiche nicht nur im Hinblick auf ihr eigenes Alter, sondern auch mit dem Gedanken an ihre älteren Verwandten befürworten.⁵⁷

Es gibt empirische Hinweise darauf, dass Einstellungen in jungen Politikbereichen zwischen Eltern und Kinderlosen in der erwarteten Weise differieren. Nur selten wurden dabei bildungspolitische Präferenzen untersucht (siehe Sears/Funk 1991: 55 für die USA), sondern vornehmlich familienpolitische Einstellungen zu institutionellen, z.B. Ausweitung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten, und/oder finanziellen Hilfeleistungen, z.B. Erhöhung des Kindergeldes (siehe Alesina/Fuchs-Schündeln 2007: 1513; Wilkoszewski 2009: 16; Goerres/Tepe 2010, 2012; Trüdinger 2011: 229 und Mehlkop/Neumann 2012: 363 für Deutschland). In einigen dieser Untersuchungen wird Elternschaft weiter ausdifferenziert, z.B. nach der Anzahl oder dem Alter der Kinder.⁵⁸ Mit Blick auf Präferenzen in alten Politikbereichen hingegen macht die Tatsache, ob die eigenen (Groß)Eltern noch leben, offenbar einen vergleichsweise geringeren Unterschied für die wohlfahrtsstaatlichen Präferenzen (siehe Logan/Spitze 1995 für die USA). Eine Erklärung für dieses Muster ist die o.g. Feststellung, dass es für Personen jüngeren oder mittleren Alters plausible Gründe gibt, diese Politikbereiche als ebenso förderungswürdig zu erachten wie junge Politikbereiche – nicht zuletzt, da sie eines Tages selber alt sein werden (vgl. Ausführungen zur Interpretation des Alters als Ausdruck von Interessen). Möglich erscheint allerdings auch, dass die Tatsache noch lebender (Groß)Eltern

⁵⁵ Finanzielle Transfers verlaufen v.a. von den Älteren zu den Jüngeren, wohingegen die Jüngeren den Älteren eher instrumentell behilflich sind (Künemund/Motel 2000).

⁵⁶ Zur Differenzierung dieser Interessenlagen führt Wilkoszewski (2009: 10) die Unterscheidung von dynastischem und sozialem Altruismus ein. Gemäß des Konzept des dynastischen Altruismus' befinden sich die eigenen Nachkommen *derzeit* in der Lage, von sozialstaatlichen Leistungen zu profitieren. Dem Konzept des sozialen Altruismus' liegt die Annahme zugrunde, dass die Erfahrung der Elternschaft einen nachhaltigen Einfluss ausübt. Vermutlich werden daher Personen, deren (Enkel)Kinder bereits zu alt sind, um von bestimmten Leistungen zu profitieren, ebenfalls Befürworter des Ausbaus junger Politikbereiche sein.

⁵⁷ Diese Überlegungen geben Anlass dazu, die theoretischen Annahmen, die aus der Interpretation des Alters als egozentrierter Interessenorientierung resultieren, zu modifizieren bzw. auszuweiten. Wilkoszewski (2009: 9f.) verweist darauf, dass i.d.R. mit dem ökonomischen Lebensverlauf in Verbindung stehende Erwägungen als Ursachen für interessenbasierte Alt-Jung-Unterschiede in wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen in Betracht gezogen werden. In Ergänzung dazu setzt er das Konzept des demografischen Lebensverlaufs, das Ereignisse wie Heirat und Elternschaft einbezieht. Da in Familien i.d.R. emotionale Beziehungen existieren, in denen das Wohlergehen der jeweils anderen Seite von herausragender persönlicher Bedeutung ist, erscheint es gerechtfertigt, Nutzenkalkulationen breiter zu konzipieren und auf (enge) Familienmitglieder auszuweiten.

⁵⁸ Zudem gibt es Befunde dafür, dass auch die Qualität der Eltern-Kind-Beziehung einen Einfluss ausübt; je enger diese Beziehung ist, umso stärker ist der Effekt (siehe etwa Goerres/Tepe 2010; 2012).

bereits bestehende pro-wohlfahrtsstaatliche Tendenzen in alten Politikbereichen verstärkt.⁵⁹

Im Einklang mit den theoretischen Ausführungen und präsentierten empirischen Befunden wird für diese Untersuchung die Annahme formuliert, dass Eltern dem Ausbau junger Politikbereiche stärker zustimmen als Personen ohne Kinder. Es wurde in den vorigen Ausführungen argumentiert, dass es bei (Groß)Eltern dabei keinen Unterschied machen dürfte, wie alt sie oder ihre (Enkel)Kinder sind; auffällige Einstellungsunterschiede zwischen jungen und alten Eltern sind nicht zu erwarten.⁶⁰ Anders stellt sich dies vermutlich bei Kinderlosen dar. Bei älteren Personen ohne Nachkommen fällt der Aspekt der familiären Bande weg, eine altruistische Haltung ist bei ihnen nicht in demselben Maße zu erwarten wie bei Gleichaltrigen, die Kinder haben.⁶¹ Ein Großteil der jüngeren Kinderlosen hingegen antizipiert und wünscht die Gründung einer Familie (siehe Dorbritz 2008a). Folglich rechnen sie mit hoher Wahrscheinlichkeit damit, in nicht allzu ferner Zukunft familien- und bildungspolitische Leistungen in Anspruch zu nehmen und werden in vorausschauender Absicht die Förderung entsprechender Politiken favorisieren. Es ist daher naheliegend, anzunehmen, dass sich unter Älteren größere Differenzen zwischen Eltern und Kinderlosen zeigen als unter Jüngeren. Der Effekt von Elternschaft wird also vermutlich durch das Lebensalter moderiert und tritt v.a. unter Älteren zu Tage.

Sozialisation in Ostdeutschland. Wenn es um wohlfahrtsstaatliche Präferenzen geht, wird das Erbe der DDR vielfach thematisiert; dies klang bereits bei der obigen Diskussion des Einflusses des Lebensalters auf wohlfahrtsstaatliche Einstellungen an. Es ist zu anzunehmen, dass die Zustimmung zu einem starken wohlfahrtsstaatlichen Engagement unter Ostdeutschen auch mehr als 20 Jahre nach der Wiedervereinigung höher ausfällt als unter Westdeutschen. Der Grund dafür wird v.a. in den Sozialisationsbedingungen zu Zeiten des DDR-Regimes vermutet: Einwohner der DDR waren an einen Staat, der eine relativ umfangreiche Verantwortung für die Bürger in allen Lebensphasen übernahm, gewöhnt.⁶² Aus diesen Erläuterungen folgt, dass in Ostdeutschland zum jetzigen Zeitpunkt wohlfahrtsstaatliche Einstellungsunterschiede zwischen Älteren und Jüngeren bestehen sollten, da ihre Sozialisationsbedingungen stark voneinander abweichen: Die Jüngeren wurden in erster Linie vom heutigen politischen System

⁵⁹ Als mögliche Gründe sind hier außer altruistischen Motiven positive Nebeneffekte sozialstaatlicher Zahlungen an Ältere zu nennen. Zum einen entlasten diese die Jüngeren davon, ihre (Groß)Eltern im Bedarfsfall in hohem Ausmaß zu unterstützen und zum anderen profitieren sie auch direkt von diesen Zahlungen, da intrafamiliäre finanzielle Transfers der Älteren an ihre Nachkommen ohne sozialstaatliche Leistungen wie die Rente in vielen Fällen nicht möglich wären (Künemund 2002).

⁶⁰ Eine Einschränkung ergibt sich dadurch, dass Eltern von gewissen Leistungserhöhungen z.B. beim Kindergeld direkt profitieren, wohingegen Großeltern sowie Eltern erwachsener Kinder keine direkte Bevorteilung erfahren; dies könnte geringe Differenzen bedingen.

⁶¹ Dies ist insofern eine vereinfachende Sicht der Dinge als es durchaus andere verwandtschaftliche Verhältnisse gibt, die mit einer Bindung an Angehörige jüngerer Generationen einhergehen. Zudem können nicht-familiäre Motive verschiedenen Ursprungs existieren, aus denen heraus die Förderung junger Politikbereiche unterstützt wird und die mit Gefühlen intergenerationeller Solidarität einhergehen wie z.B. purer Altruismus, ein persönlicher Gewinn in dem Sinne, dass man als großzügig wahrgenommen wird oder das Befolgen wahrgenommener gesellschaftlicher Normen (siehe Schokkaert 2006; Wilkoszewski 2008; Cruz-Saco 2010). Ungeachtet dieser alternativen Erklärungsfaktoren wird angenommen, dass die Erfahrung eigener Elternschaft aufgrund der unmittelbaren direkten Erfahrung einen ungleich stärkeren Effekt ausübt.

⁶² Dieses hohe Ausmaß sozialstaatlicher Aktivität des repressiven DDR-Regimes soll aber keineswegs dessen schwerwiegende Nachteile verdecken.

geprägt. Hingegen ist aufgrund der Sozialisation in der ehemaligen DDR für die Älteren zu erwarten, dass sie sich für ein höheres Ausmaß staatlicher Tätigkeit aussprechen.⁶³ Ein von der Wohnregion ausgehender Einfluss auf wohlfahrtsstaatliche Einstellungen sollte nach den bisherigen Ausführungen daher insbesondere unter älteren Befragten auszumachen sein. Diese Vermutung wurde verschiedentlich empirisch untermauert (siehe etwa Andreß et al. 2001; Alesina/Fuchs-Schündeln 2007; Svallfors 2010; Arzheimer 2013; Roller 2014). Basierend auf den theoretischen Annahmen und empirischen Befunden wird in dieser Untersuchung davon ausgegangen, dass die Zustimmung zu einem extensiven und intensiven Wohlfahrtsstaat unter Ostdeutschen höher ausfällt als unter Westdeutschen; dieser Effekt sollte vornehmlich unter Älteren beobachtbar sein. So wie beim Effekt durch Elternschaft wird also vermutet, dass das Lebensalter als Moderator fungiert.

Wie bei anderen Merkmalen ist die Zuordnung zu interessen- oder wertebasierten Determinanten wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen im Fall der Sozialisation bzw. des Wohnortes in Ostdeutschland nicht eindeutig. Dahingehend wird neben der vorgestellten Sozialisations- these, die auf die Ausbildung spezifischer Werte Bezug nimmt, auf die Situationsthese verwiesen (siehe etwa Andreß et al. 2001: 158-160; Roller 2012). Diese hebt die ungünstigere Wirtschaftslage in Ostdeutschland als Grund für den Wunsch nach stärkerem wohlfahrts- staatlichen Engagement hervor. In dieser Lesart sind es zuvorderst Interessen, die wirksam werden. Der Nachweis von Generationenaustauschprozessen (siehe Fußnote 63) spricht da- für, dass Sozialisationserfahrungen – und damit Wertorientierungen – eine nicht unerhebliche Rolle spielen. Denn unter der Annahme von Interessenorientierungen sind keine unterschied- lichen Effekte für Personen verschiedener Geburtsjahrgänge und demnach auch keine Gene- rationenaustauschprozesse zu erwarten. Dennoch kann anhand der Befunde nicht ausge- schlossen werden, dass beide Thesen gleichermaßen zutreffen und sich die Entwicklungen flankieren.

Bildung. Bezüglich eines Effekts der Bildung auf die gewünschte wohlfahrtsstaatliche Zuständigkeit und das präferierte Ausmaß staatlicher Leistungen sind theoretisch gegen- sätzliche Wirkungsmechanismen denkbar (siehe u.a. Hasenfeld/Rafferty 1989: 1031f.; Andreß et al. 2001: 43-47, 91f.). Aus der Perspektive der individuellen Interessenorientierung ist zu erwarten, dass höher Gebildete eher Kritiker eines intensiven und extensiven Wohlfahrts- staats sind. Der Grund dafür wird darin gesehen, dass höher Gebildete in vielen Fällen sozioökonomisch besser aufgestellt und seltener arbeitslos sind als formal niedriger Gebil- dete. Ihre Erwerbsverläufe sind kontinuierlicher und ihre zu erwartende Rente fällt höher aus.⁶⁴ Kurzum: Sie bedürfen seltener sozialstaatlicher Transferleistungen, gehören aber der

⁶³ Dies führt in der Summe zu der Erwartung, dass sich die im Aggregat messbaren Einstellungsunterschiede zwischen West- und Ostdeutschen im Laufe der Zeit aufgrund des Generationenaustauschs graduell ver- ringert haben und weiter verringern werden (siehe Andreß et al. 2001; Alesina/Fuchs-Schündeln 2007; Krömmelbein et al. 2007: 91-112; Ullrich 2008; Svallfors 2010; Arzheimer 2013; Roller 2012, 2014).

⁶⁴ Höhere Leistungen sind natürlich auch in anderen sozialstaatlichen Bereichen zu erwarten, in denen Zah- lungen an die vorher entrichteten Beiträge gekoppelt sind wie z.B. beim Arbeitslosengeld I (ALG I). Aller- dings ist dessen Bezugswahrscheinlichkeit für höher Gebildete aus dargestellten Gründen niedriger einzu- stufen als für formal niedrig Gebildete. Etwas anders sieht es z.B. beim Elterngeld aus, das sich auch nach dem vorigen Einkommen richtet, dessen Inanspruchnahme vermutlich aber weniger mit dem Bildungs- niveau variiert als im Fall des ALG I.

Personengruppe an, die den Sozialstaat zu großen Teilen finanziert. Aufgrund der vergleichsweise hohen individuellen Belastung und der geringen Rendite, die sie aus ihren Sozialabgaben beziehen, ist vorstellbar, dass sie sich aus Eigeninteresse heraus gegen einen umfassende(re)n Wohlfahrtsstaat aussprechen.

Zu dieser Überlegung, wonach Personen mit höherem Bildungsabschluss eher Kritiker eines hohen wohlfahrtsstaatlichen Engagements sein sollten, gelangt man auch aus der Perspektive der Wertorientierung. Das sozialisatorische Argument hierbei ist, dass höher Gebildete aufgrund der längeren Verweildauer in Bildungseinrichtungen und den positiveren Aussichten auf dem Arbeitsmarkt eher eine „Erfolgsideologie“ verinnerlicht haben, wonach „[...] *Leistung und Anstrengung immer belohnt werden*“ (Andreß et al. 2001: 44). Daraus folgt die individuelle Überzeugung, dass jeder Einzelne für sein eigenes Wohl und Wehe verantwortlich ist; somit verblassen auf Solidarität ausgerichtete hinter individualistischen Motiven. Andererseits kann unter Rückgriff auf Wertorientierungen auch ein gegenteiliger Effekt behauptet werden: Demnach stehen formal höher Gebildete dem Sozialstaat prinzipiell wohlwollender gegenüber, da sie den von ihm repräsentierten Werten wie sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit stärker zusprechen als niedrig Gebildete. Diese stärkere Zugewandtheit kann als ein „*genereller Aufklärungseffekt*“ (Andreß et al. 2001: 43) begriffen werden, der mit gemeinwohlorientierten Werten einhergeht (zu den beiden entgegengesetzten Annahmen auf Basis von Wertorientierungen siehe auch Hasenfeld/Rafferty 1989).

Empirische Ergebnisse für einen Bildungseffekt sind nicht immer eindeutig. In einigen Studien finden sich sowohl negative als auch positive Bildungseffekte innerhalb eines Politikbereiches (siehe z.B. Miettinen et al. 2008 für länderübergreifende Analysen zu familienpolitischen Einstellungen), in anderen Fällen kann nur ein sehr schwacher (siehe Bonoli/Häusermann 2009 für die Schweiz) oder kein Bildungseffekt ausgemacht werden (siehe etwa Papadakis/Bean 1993 und Mehlkop/Neumann 2012 für Deutschland). Die überwiegende Mehrzahl von Studien allerdings zeigt übereinstimmend einen negativen Effekt der Bildung auf den gewünschten Umfang und/oder das präferierte Ausmaß staatlichen Handelns unter Kontrolle weiterer Erklärungsfaktoren (siehe etwa Roller 1992: 170-172, 1995, 2012; Pettersen 1995; Andreß et al. 2001: 129f.; Linos/West 2003; Krömmelbein et al. 2007: 109, 131; Ullrich 2008: 131-240; Goerres 2009 und Wilkoszewski 2009 für Deutschland; Arts/Gelissen 2001; Lipsmeyer/Nordstrom 2003; Jæger 2006b; Busemeyer et al. 2009; Emery 2012 für länderübergreifende Analysen). Ein höherer Bildungsabschluss geht somit mit einer tendenziell weniger wohlfahrtsstaatsfreundlicheren Haltung einher. Eine Ausnahme hiervon scheint der Bereich der Bildungspolitik selbst zu sein, in dem positive Effekte festgestellt wurden (siehe Andreß et al. 2001: 133f. und Goerres 2009 für Deutschland; Busemeyer et al. 2009 für länderübergreifende Analysen). Hier schlagen sich vermutlich die höhere Wertschätzung von Bildung an sich sowie der persönliche Nutzen bei späteren Erwerbschancen aus Sicht formal höher Gebildeter nieder. In Anbetracht der Ergebnisse wird – mit Ausnahme von bildungspolitischen Präferenzen – von einem negativen Bildungseffekt ausgegangen.

Erwerbstätigkeit. In der wohlfahrtsstaatlichen Einstellungsforschung findet sich der Hinweis auf divergierende Interessen zwischen Erwerbstätigen (damit sind in erster Linie Leistungszahler gemeint) und Nichterwerbstätigen, den (potenziellen) Empfängern sozialstaatlicher

Leistungen (Lepsius 1979).⁶⁵ Unter Nichterwerbstätige fallen üblicherweise Ruheständler, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Hausfrauen und -männer sowie Studenten. Angenommen wird, dass Nichterwerbstätige als (potenzielle) Profiteure sozialstaatlicher Leistungen aus utilitaristischen Gründen heraus stärkere Befürworter eines hohen wohlfahrtsstaatlichen Engagements sind als Erwerbstätige.⁶⁶

Empirische Studien liefern durchaus Anhaltspunkte für den Einfluss des Erwerbsstatus' auf wohlfahrtsstaatliche Einstellungen.⁶⁷ Der Erwerbsstatus wird dabei verschieden operationalisiert. In einigen Fällen werden Nichterwerbstätige und Erwerbstätige unterschieden, wohingegen in anderen Studien weitere Ausdifferenzierungen entweder der Nichterwerbstätigkeit und/oder der Erwerbstätigkeit vorgenommen werden. Häufig werden Arbeitslose und Rentner in der Gruppe der Nichterwerbstätigen gesondert betrachtet. Bei Erwerbstätigen erfolgen Unterscheidungen seltener und wenn, dann vorrangig nach dem zeitlichen Umfang der Beschäftigung. Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Nichterwerbstätigengruppe sollte wohlfahrtsstaatliche Präferenzen insbesondere in dem mit dieser Gruppenzugehörigkeit in Verbindung stehenden Politikfeld wie z.B. Arbeitsmarkt- oder Rentenpolitik mitbestimmen. Darüber hinaus ist anzunehmen, dass Nichterwerbstätigkeit unabhängig von ihrer konkreten Form auch die generelle Zustimmung zu einem hohen wohlfahrtsstaatlichen Engagement begünstigt und sich demnach ebenso bei Einstellungen zu anderen Politikfeldern niederschlägt (siehe Ullrich 2008: 43).

In Studien, in denen Einstellungen zu verschiedenen Politikfeldern z.B. in Indizes zusammengefasst werden, gibt es Indizien dafür, dass Nichterwerbstätige einem wohlfahrtsstaatlichen Ausbau positiver gegenüberstehen als Erwerbstätige (siehe Papadakis/Bean 1993; Svallfors 1997; Linos/West 2003 und Roller 2012 für Deutschland; Arts/Gelissen 2001; Lipsmeyer/Nordstrom 2003 und Jæger 2006b für länderübergreifende Analysen). Untersuchungen von bereichsspezifischen Einstellungen liefern Hinweise darauf, dass der Erwerbsstatus v.a. arbeitsmarktpolitische Präferenzen in der erwarteten Weise beeinflusst (siehe Pettersen 1995 für Deutschland; Blekesaune/Quadagno 2003 und Baslevent/Kirmanoglu 2011 für länderübergreifende Analysen). Zur Frage, ob der Rentnerstatus ausschlaggebend für rentenpolitische

⁶⁵ Im Jahr 2012 sicherten laut der offiziellen Statistik des Mikrozensus ca. 30 Prozent der deutschen Bevölkerung ihren Lebensunterhalt hauptsächlich aus wohlfahrtsstaatlichen Leistungen (weitere 44 Prozent finanzierten sich über ihre Erwerbstätigkeit, die verbleibenden 26 Prozent über Familienangehörige). Der größte Anteil davon – rund 76 Prozent – entfällt auf Personen, die Altersbezüge erhalten, dies entspricht 23 Prozent der Gesamtbevölkerung (Statistisches Bundesamt 2013: 342; zu beachten ist, dass im Mikrozensus die Haupteinkommensquelle erfasst wird und daher Leistungen, die Zuschusscharakter haben (z.B. Kindergeld) unberücksichtigt bleiben). An dieser Klassifizierung des Empfängerkreises zeigt sich eine starke Parallele zum wohlfahrtsstaatlichen Generationenkonfliktpotenzial, das in seinen Grundzügen ebenfalls ein Versorgungsklassenkonflikt ist (siehe Leisering 1992: 22): Die Jüngeren und Mittelalten, die die erwerbstätige Bevölkerung stellen, zahlen für die zu großen Teilen bereits aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Älteren. Im Unterschied zur These des Generationenkonflikts wird hier allerdings kein explizit demografisches Argument angeführt. Das ändert aber nichts daran, dass der Status als (Nicht)Erwerbstätiger mit dem Lebensalter korreliert. Dieser Aspekt wird in der Operationalisierung (Kapitel 3) wieder aufgegriffen.

⁶⁶ Neben der Möglichkeit unterschiedlicher Präferenzen von Empfängern und Finanzierern ist ebenso vorstellbar, dass vom System profitierende Personengruppen untereinander um Leistungsansprüche und -höhe konkurrieren (siehe Ullrich 2008: 41f.).

⁶⁷ Einige Autoren gehen einen Schritt weiter, indem sie die Art der Erwerbstätigkeit anhand des ausgeübten Berufs weiter ausdifferenzieren (siehe etwa Svallfors 1997; Ullrich 2008: 138-146; Arzheimer 2013).

Präferenzen ist, liegen gegenteilige Befunde vor (siehe Ullrich 2008: 166 und Busemeyer et al. 2009 für Deutschland; Lynch/Myrskylä 2009 für länderübergreifende Analysen). Zusammengefasst findet sich kein konsistenter Effekt der Erwerbstätigkeit auf wohlfahrtsstaatliche Orientierungen. Offen ist zudem, wie sich dies bei Einstellungen zu jungen Politikbereichen darstellt; hierzu liegen keine aussagekräftigen Befunde vor. Es wird daher an der eingangs formulierten theoretischen Vermutung festgehalten und angenommen, dass, wenn ein Effekt der Erwerbstätigkeit vorliegt, dieser negativ ausfällt. Für die Analysen der vorliegenden Untersuchung ist zu bedenken, dass sich die Gruppe der Nichterwerbstätigen je nach Lebensalter unterschiedlich zusammensetzt: Unter den Älteren fallen vornehmlich Ruheständler in diese Kategorie, unter den Jüngeren hingegen Arbeitslose und Personen in beruflicher oder universitärer Ausbildung (weitere Details dazu folgen in Kapitel 3).

Finanzielle Situation. Der Inklusion der finanziellen Situation als Prädiktor liegt die theoretische Annahme zugrunde, dass Personen, die sich in einer guten finanziellen Lage befinden, einen weniger intensiven und extensiven Sozialstaat bevorzugen, da sie v.a. als Finanzierer des Wohlfahrtsstaats in Erscheinung treten und sozialstaatlicher Mittel weniger bedürfen. Zur Abbildung der finanziellen Situation wird zumeist das (Haushalts-)Einkommen oder die subjektive Schichtestufung herangezogen.

Die Befunde zum Einfluss der finanziellen Situation auf wohlfahrtsstaatliche Präferenzen sind gemischt. In einigen Untersuchungen stellen das Einkommen (siehe etwa Pettersen 1995 und Wilkozewski 2009 für Deutschland; Bonoli/Häusermann 2009 für die Schweiz) und die Schichtestufung (siehe Papadakis/Bean 1993 für Deutschland) unter Kontrolle weiterer Faktoren keine relevanten Einflussfaktoren wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen dar. In anderen Studien hingegen wird erwartungsgemäß ein negativer Effekt nachgewiesen, wonach mit steigendem Einkommen (siehe u.a. Roller 1995; Linos/West 2003 und Mehlkop/Neumann 2012 für Deutschland; Edlund 1999 für Norwegen und die USA; Arts/Gelissen 2001; Lipsmeyer/Nordstrom 2003 und Baslevent/Kirmanoglu 2011 für länderübergreifende Analysen) bzw. mit der Zuordnung zu einer höheren sozialen Schicht (siehe etwa Pettersen 1995; Armingeon 2006 und Ullrich 2008: 150f. für Deutschland) die Zustimmung zu einem stark ausgebauten Wohlfahrtsstaat sinkt. Schließlich gibt es Studien mit gemischten empirischen Ergebnissen, in denen ein relevanter Effekt nur im Hinblick auf die staatliche Verantwortung *oder* die staatliche Leistungshöhe identifiziert wird und/oder der Einfluss in verschiedenen Politikbereichen variiert (siehe Roller 1992: 170f.; Papadakis/Bean 1993; Andreß et al. 2001: 129-136; Ullrich 2008 und Busemeyer et al. 2009 für Deutschland). In Anbetracht der Ergebnisse wird angenommen, dass der von der finanziellen Situation ausgehende Effekt negativ ausfällt und also eine bessere persönliche Lage eher mit der Ablehnung eines wohlfahrtsstaatlichen Ausbaus einhergeht.

Wahrnehmung der Wirtschaftslage und Bewertung der wohlfahrtsstaatlichen Performanz. Aus einer interessenorientierten Perspektive sollten auch Einschätzungen der wirtschaftlichen Lage und der sozialstaatlichen Performanz wohlfahrtsstaatliche Orientierungen bedingen (siehe Roller 1992: 157, 167f.; Rhodebeck 1993: 345f.; Hofäcker 1999; Andreß et al. 2001: 48-51; Kumlin 2007: 366f.). Derartige Bewertungen können danach differenziert werden, ob es sich einerseits um Einschätzungen der Gegenwart oder der Zukunft und andererseits um Eva-

uationen der eigenen (egozentristische Bewertung) oder der nationalen (soziotropische Bewertung) Situation handelt.

Zunächst geht es um einen Effekt der Bewertung der *individuellen* wirtschaftlichen Lage auf wohlfahrtsstaatliche Einstellungen. Die intuitive Annahme hierzu lautet, dass sich jemand, der seine eigene Wirtschaftslage aktuell oder zukünftig negativ einschätzt, für eine stärkere staatliche Verantwortung und höhere Leistungen ausspricht als jemand, der zu einem positiveren Urteil gelangt (siehe Roller 1992: 168; Hofäcker 1999: 14f.; Andreß et al. 2001: 48f.). Ein analoger Zusammenhang ist zu erwarten, wenn es um die individuelle sozialstaatliche Absicherung, d.h. die Bewertung der wohlfahrtsstaatlichen Performanz in Bezug auf Ego geht: Wenn die eigene Versorgung durch das Sozialsystem als ungenügend eingestuft wird, ist die Forderung nach stärkerer wohlfahrtsstaatlicher Aktivität plausibel. Diese Ausführungen beschreiben einen Zusammenhang zwischen der Folgen- und Zieldimension wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen (siehe Roller 1992: 157; Hofäcker 1999: 11). Vermutlich fällt dieser Effekt stärker aus als der von Wirtschaftsperzeptionen ausgehende, da die bewertete Situation einen deutlicheren Bezug zum Sozialsystem aufweist.

Es können aber auch andere Erwartungen formuliert werden. So kann nicht ausgeschlossen werden, dass gerade Personen mit einer negativen Lagebewertung einem wohlfahrtsstaatlichen Ausbau kritisch gegenüberstehen. Verschiedene Gründe für einen solchen Effekt sind denkbar (siehe Andreß et al. 2001: 49): Z.B. könnten sie sich gegen einen wohlfahrtsstaatlichen Ausbau positionieren, da sie der Meinung sind, dass ein „aufgeblähter“ Sozialstaat negative volkswirtschaftliche Konsequenzen haben könnte, von denen sie selbst letztlich nachteilig betroffen wären (siehe Giger/Nelson 2013). Oder sie sehen den Ausbau mit Kosten verbunden, die sie womöglich mitzutragen hätten und präferieren daher einen Sparkurs. Vielleicht trauen sie auch schlicht den Möglichkeiten der staatlichen Regulierung zur Versorgung der Bevölkerung im Bedarfsfall nicht und befürworten daher einen eher schlanken Staat. Die beschriebenen Gründe könnten Anzeichen für eine tendenziell ablehnende Haltung gegenüber dem Wohlfahrtsstaat sein. Auch für Personen, die ihre gegenwärtige oder prospektive Situation positiv einstufen, gibt es plausible Gründe, sich für ein hohes Maß an Wohlfahrtsstaatlichkeit auszusprechen. Dies dürfte insbesondere dann gelten, wenn sie glauben, mit hoher Wahrscheinlichkeit sozialstaatliche Leistungen beziehen zu werden oder wenn sie im Hinblick auf den sozialen Frieden (und den Erhalt ihres eigenen Status') eine möglichst gesellschaftsumfassende Absicherung gutheißen (siehe Roller 1992: 174; Andreß et al. 2001: 49).

Zu diesem Themenkomplex gibt es kaum gesicherte empirische Erkenntnisse. In einer Studie wurde der Zusammenhang zwischen dem Gefühl der sozialstaatlichen Absicherung und der Einstellung zu wohlfahrtsstaatlichen Zielen untersucht (siehe Hofäcker 1999: 40f.). Eine klare Schlussfolgerung kann hier nicht gezogen werden, was der Autor v.a. auf eine unzureichende Datenbasis zurückführt. Zuweilen werden auch Perzeptionen der eigenen wirtschaftlichen Lage in Analysen einbezogen. Die Befunde hierzu sind nicht eindeutig. In einer Untersuchung wird ein Einfluss aktueller, aber nicht prospektiver Wirtschaftsperzeptionen auf wohlfahrtsstaatliche Ziele nachgewiesen, der im Einklang mit der zuerst aufgeworfenen Hypothese steht: Demnach präferieren Personen, die ihre Lage negativ einstufen, ein höheres Maß an

Wohlfahrtsstaatlichkeit (siehe Andreß et al. 2001: 129-134). Im Gegensatz dazu gelangt eine andere Studie zu einem gegenteiligen Befund, wonach die Zustimmung zur Ausweitung von Sozialleistungen umso höher ausfällt, je besser die Bewertung der eigenen Lage ist (siehe Roller 1992: 171). Angesichts der verschiedenen theoretischen Wirkungsweisen und der uneindeutigen empirischen Befundlage kann keine der diskutierten Hypothesen a priori ausgeschlossen werden. Erst die empirische Analyse kann Hinweise darauf geben, welche Annahme zutreffender erscheint.

Hinsichtlich des Effekts der Wahrnehmung der *nationalen* wirtschaftlichen Lage auf Einstellungen zu den Zielen wohlfahrtsstaatlichen Handelns können ebenfalls gegensätzliche Hypothesen formuliert werden (siehe Hofäcker 1999: 13; Andreß et al. 2001: 50f.). Entweder sollte die Zustimmung zu stärkerem wohlfahrtsstaatlichen Engagement umso ausgeprägter sein, je schlechter die nationalen Rahmenbedingungen eingeschätzt werden. Als Grund dafür ist die in Krisenzeiten steigende Notwendigkeit des Schutzes der Bevölkerung durch den Sozialstaat zu nennen. In prosperierenden Zeiten hingegen sollte ein wohlfahrtsstaatlicher Abbau bzw. der Erhalt des Status Quo befürwortet werden, da die allgemeine Schutzbedürftigkeit sinkt. Der gegenteiligen Argumentation zufolge sinkt die Zustimmung zu einem Ausbau der Wohlfahrtsstaatlichkeit bei Wahrnehmung einer ungünstigen Wirtschaftslage. Dies gilt unter der Annahme, dass die Bevölkerung erkennt, dass bei schlechten Ausgangsbedingungen keine (weiteren) Zugeständnisse gemacht werden können. Ein zusätzlicher Grund kann ein kritischer Blick auf den Wohlfahrtsstaat sein, der die Favorisierung des Ausbaus der vermutlich als marode wahrgenommenen Sozialsysteme unwahrscheinlich erscheinen lässt. Liegt hingegen eine positive Lagebeurteilung vor, wird ein Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen seitens des Staates erwartet. Erneut wird vermutet, dass die beschriebenen Zusammenhänge deutlicher hervortreten, wenn es sich nicht um Evaluationen der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung handelt, sondern um konkrete Bewertungen der wohlfahrtsstaatlichen Performanz in verschiedenen Politikfeldern.

Die empirischen Befunde zum Zusammenhang von Bewertungen der nationalen Lage und den wohlfahrtsstaatlichen Zielen sind eher dürftig und zeichnen in der Summe ein uneinheitliches Bild. Andreß et al. (2001: 55) räsonieren über den Forschungsstand und kommen bezüglich der gewünschten staatlichen Verantwortung zu keiner abschließenden Einschätzung. Hinsichtlich der präferierten Ausgabenhöhe gehen sie eher davon aus, dass positive Wirtschaftspereptionen mit dem Wunsch nach Leistungssteigerungen einhergehen (ähnlich dazu Hofäcker 1999: 46). In ihren eigenen Analysen weisen die Koeffizienten für die Wahrnehmung der aktuellen und zukünftigen Wirtschaftslage sowohl bei den Extensitäts- als auch bei den Intensitätsindikatoren dann aber fast durchgängig negative Vorzeichen auf, was eher für die gegenteilige Annahme spricht; statistisch signifikant sind diese Ergebnisse mehrheitlich allerdings nicht (siehe Andreß et al. 2001: 129-134). Aufgrund der vorliegenden Befunde wird keine explizite Festlegung im Hinblick auf die erwartete Wirkungsrichtung getroffen. Erst die empirischen Analysen werden entsprechende Hinweise geben können.

Politisches Vertrauen. Ein weiterer Prädiktor wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen, der in der Literatur Erwähnung findet, ist das politische Vertrauen. Mit diesem Begriff ist eine generalisierte Form des Vertrauens gemeint, welches sich auf politische Institutionen und

deren Repräsentanten bezieht und i.d.R. nicht auf persönlichen Erfahrungen beruht (siehe Bierhoff 2002: 242; Göhler 2002: 224f.; Braun 2010: 129f.). Es wird häufig als eine Form diffuser Unterstützung des politischen Systems nach Easton (1965, insbes. 103-133, 1967) verstanden, der unter Legitimitätsaspekten eine bedeutsame Rolle zukommt (siehe u.a. Westle 1989, insbes. 62-72; Hetherington 1998; Bierhoff 2002; Marien 2011).

Mit Blick auf einen möglichen Zusammenhang zwischen politischem Vertrauen und wohlfahrtsstaatlichen Präferenzen ist eine gängige Annahme, dass ein hohes politisches Vertrauen mit der Zuschreibung weitreichender Handlungskompetenzen an das politische System einhergeht. Dies impliziert, dass Personen mit hohem Vertrauen einer Ausweitung der sozialstaatlichen Aktivität prinzipiell wohlwollend gegenüberstehen sollten. Jemand mit geringem Vertrauen hingegen wird wohl kaum bereit sein, den staatlichen Autoritäten weitere Befugnisse zu erteilen oder die Erhöhung von Sozialleistungen zu befürworten (siehe z.B. Rose 1991; Edlund 1999; Svallfors 1999, 2002; Chanley et al. 2000; Rudolph 2009; Trüdinger/Bollow 2011; Gabriel 2013; Taylor 2013). Einige Autoren diskutieren zusätzlich einen umgekehrten Wirkungsmechanismus, d.h. die Rolle von wohlfahrtsstaatlichen Präferenzen als Determinanten von politischem Vertrauen. Ein direkter Effekt erscheint aber bei genauerer Betrachtung theoretisch eher wenig plausibel und lässt sich empirisch auch nicht nachweisen (für eine Überprüfung einer wechselseitigen Beeinflussung siehe Chanley et al. 2000).⁶⁸

Studien, die den Einfluss von politischem Vertrauen auf wohlfahrtsstaatliche Einstellungen ermitteln, kommen zu unterschiedlichen Ergebnissen. In einigen findet sich keinerlei empirische Evidenz für den angenommenen Effekt auf das gewünschte sozialstaatliche Engagement (siehe Svallfors 1999 für Norwegen und Schweden; Edlund 1999 für Norwegen und die USA). Befunde einer ländervergleichenden Studie wiederum weisen darauf hin, dass der Wirkungszusammenhang lediglich in Deutschland andersherum ausfällt als theoretisch erwartet, dass also ein höheres politisches Vertrauen die Präferenz für eine geringere sozialstaatliche Aktivität bedingt (siehe Svallfors 2002). Demgegenüber gibt es Forschungsarbeiten, in denen Zusammenhänge in der vermuteten Richtung identifiziert werden (siehe Chanley et al. 2000 und Rudolph/Evans 2005 für die USA; Taylor 2013 für das Vereinigte Königreich). Angesichts der theoretischen Erwartungen und empirischen Befunde wird in dieser Untersuchung davon ausgegangen, dass der Zusammenhang zwischen politischem Vertrauen und gewünschtem wohlfahrtsstaatlichen Engagement, wenn er existiert, so ausfällt wie eingangs formuliert, d.h.: Ein hohes politisches Vertrauen geht mutmaßlich mit der Befürwortung eines wohlfahrtsstaatlichen Ausbaus einher.

Egalitaristische Gerechtigkeitsideologie. Als nächstes werden Gerechtigkeitsideologien vorgestellt, die als grundlegende Werthaltungen verstanden werden. Bezeichnet werden damit

⁶⁸ Ein derartiger umgekehrter Zusammenhang ist theoretisch zu erwarten, wenn nicht nur die gewünschten Ziele, sondern auch *Bewertungen* der Zielerreichung einbezogen werden, die kausal zwischen den Zielen und dem Vertrauen anzusiedeln sind. Nur eine positive (negative) Bewertung kann dann in einem nachgelagerten Schritt Vertrauenszugewinne (Vertrauensverluste) auslösen. Diese Erläuterungen verweisen ferner auf die verschiedenen Ursachen von politischem Vertrauen, darunter der Zufriedenheit mit der Performanz des politischen Systems in wohlfahrtsstaatlichen (sowie anderen zentralen) Belangen (Hetherington 1998; Chanley et al. 2000; Denters et al. 2007; Braun 2010).

im Kontext der Untersuchung wohlfahrtsstaatlicher Präferenzen i.d.R. Wertvorstellungen über verschiedene Aspekte sozialstaatlicher Verteilungsprinzipien. Es wird gemeinhin angenommen, dass diese im Zusammenhang damit stehen, inwieweit staatliche Maßnahmen zur Sicherung sozioökonomischer Sicherheit und Gleichheit befürwortet werden. Je nachdem, welches generelle Gerechtigkeitsprinzip individuell als angemessen betrachtet wird, kann somit die Zustimmung zum Wohlfahrtsstaat unterschiedlich ausfallen (siehe Kumlin 2007: 372-374). In der Forschung werden üblicherweise vier Gerechtigkeitsideologien unterschieden (siehe Dallinger/Liebig 2004; ausführlicher dazu Trüdinger 2011: 168-171). Drei davon, der Individualismus, der Fatalismus und der Askriptivismus, begreifen soziale Ungleichheiten aus jeweils verschiedenen Gründen als gerecht. Der Individualismus sieht den Einzelnen in der Verantwortung, sich auf dem freien Markt zu behaupten, und akzeptiert daher Ungleichheiten, da sie das Resultat individuellen Könnens und individueller Fähigkeiten darstellen. Eine individualistische Orientierung geht folgerichtig häufig mit dem Wunsch nach relativ geringer wohlfahrtsstaatlicher Tätigkeit einher. Der Fatalismus wiederum nimmt soziale Ungleichheiten als gegeben hin, da eine gerechte Güterverteilung als nicht realisierbar angenommen wird. Der Askriptivismus hingegen erkennt eine Güterverteilung als gerecht an, die sich auf die individuelle Zugehörigkeit zu bestimmten gesellschaftlichen Gruppen gründet; hier spielen Faktoren wie Status und soziale Position eine entscheidende Rolle. Die vierte Ideologie, der Egalitarismus, wiederum beschreibt ein Verteilungsprinzip dann als gerecht, „[...] wenn jeder das Gleiche bekommt und dies durch redistributive Maßnahmen des Staates realisiert wird“ (Dallinger/Liebig 2004: 114).⁶⁹ Hier stehen die Integration und das Wohlergehen aller Gesellschaftsmitglieder im Vordergrund; dies ist eines der Grundprinzipien, auf denen die solidarische Logik der wohlfahrtsstaatlichen Sozialversicherungssysteme beruht.

Insofern wohlfahrtsstaatliche Präferenzen auf den genannten Gerechtigkeitsideologien beruhen, ist anzunehmen, dass Verfechter des Egalitarismus' im Vergleich zu den Anhängern der anderen genannten Gerechtigkeitsprinzipien am ehesten einen extensiven und intensiven Wohlfahrtsstaat befürworten (siehe Trüdinger 2011: 152f.). Befunde verschiedener empirischer Untersuchungen unterstreichen diese Annahme (siehe Dallinger/Liebig 2004; Krömmelbein et al. 2007: 109; Ullrich 2008: 190-211 und Roller 2012 für Deutschland; Bleksaune/Quadagno 2003 für länderübergreifende Analysen). Gerechtigkeitsideologien werden in diesen teilweise zwar unterschiedlich konzeptioniert und operationalisiert, allen gemeinsam ist jedoch der Einbezug egalitaristischer Überzeugungen. Übereinstimmend legen diese Studien nahe, dass egalitaristische Gerechtigkeitsideologien theoriekonforme Effekte auf verschiedene Aspekte wohlfahrtsstaatlichen Engagements ausüben. Im Rahmen dieser Arbeit wird ebenso davon ausgegangen, dass Personen, die hohe Werte für Egalitarismus aufweisen, sich für eine höhere sozialstaatliche Aktivität aussprechen.

Politische Prädispositionen. Abschließend werden politische Prädispositionen vorgestellt, denen ein Effekt auf wohlfahrtsstaatliche Einstellungen unterstellt werden kann. Üblicherweise werden in diesem Zusammenhang parteipolitische Neigungen thematisiert (siehe etwa Roller

⁶⁹ Gemeint ist hier die Gleichheit der Ergebnisse (siehe Trüdinger 2011: 170) im Gegensatz zur Gleichheit von Chancen; letzteres Prinzip ist mit unterschiedlichen Leistungshöhen durchaus vereinbar (siehe Roller 1992: 51).

1992; Rhodebeck 1993: 346; Ullrich 2000, 2008).⁷⁰ Die Identifikation mit einer politischen Partei ist in der politischen Einstellungs- und Verhaltensforschung eine zentrale Erklärungsgröße. Sie wird als eine Art WahrnehmungsfILTER betrachtet, der die Urteilsbildung zu politischen Sachfragen beeinflussen kann. Durch die Ausrichtung an „ihrer“ Partei und der Einnahme deren politischer Standpunkte⁷¹ können Individuen zudem fehlendes Wissen ausgleichen und eine gewisse Orientierung erlangen, um ihre eigene Haltung abzuleiten (siehe Schoen 2006: 94).

Da die etablierten Parteien in Deutschland durchaus unterschiedliche Auffassungen über die Ausgestaltung des Wohlfahrtsstaats vertreten, ist zu vermuten, dass die Anhänger der Parteien in ihren wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen differieren (siehe Roller 1992: 168f.; Ullrich 2008: 39). Einschränkend ist hinzuzufügen, dass diese Unterschiede vermutlich relativ gering ausfallen wenn es um eher allgemeine Aspekte wie die Verantwortlichkeit des Wohlfahrtsstaats und die Höhe von Sozialleistungen geht. Da die beiden größten Parteien, die CDU/CSU und die SPD, als Unterstützer des Wohlfahrtsstaats in Erscheinung traten und treten, sind keine großen Differenzen in wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen zwischen Anhängern beider Parteien zu erwarten.⁷² Davon abweichende Positionen sind am ehesten bei den Anhängern kleinerer Parteien wahrscheinlich (siehe Ullrich 2008: 39). Personen, die den Liberalen nahe stehen, werden demnach eher gegen einen umfassenden Wohlfahrtsstaat sein, wohingegen Befragte, die sich mit der Linken identifizieren, diesen vermutlich vergleichsweise am stärksten unterstützt. Die Grünen-Anhängerschaft positioniert sich voraussichtlich zwischen diesen beiden Extremen. Konkreter formuliert, verortet sie sich ähnlich wie die SPD-Anhänger mit einer möglicherweise etwas stärker ausgeprägten Zustimmung zu einem ausgebauten Wohlfahrtsstaat.⁷³

Rollers (1992: 170) Analysen zur gewünschten staatlichen Verantwortung belegen erwartungskonforme Unterschiede zwischen den Anhängern von CDU/CSU, SPD, FDP und den Grünen nur in Ausnahmefällen, zudem fallen diese geringer aus als vermutet. Etwas deutlichere Differenzen existieren hinsichtlich der präferierten Ausgabenhöhe von Sozialleistungen (ebd. S. 171). Hier zeigt sich eine Zweiteilung zwischen den untersuchten Parteien: Anhänger von CDU/CSU und FDP sprechen sich häufiger für die Kürzung von Sozialleistungen aus als Anhänger von SPD und Grünen. Weitere Studien stützen die Vermutung, wonach sich Anhänger von Parteien des linken (rechten) politischen Lagers für ein höheres (niedrigeres)

⁷⁰ Ebenso findet die individuelle Einstufung auf einer Links-Rechts-Skala öfter Erwähnung (siehe z.B. Jäger 2008).

⁷¹ Dies setzt eine gewisse Kenntnis über die (vermeintlichen) Positionen der Parteien voraus.

⁷² Ullrich (2008: 39) merkt richtigerweise an, dass Unterschiede in Einstellungen zur Ausgestaltung einzelner Politikbereiche durchaus erwartbar sind, z.B. im Bereich der Arbeitsmarktpolitik, in der SPD-Anhänger vermutlich andere Interessen verfolgen als CDU/CSU-Anhänger. Dieser Gedanke kann auf andere Politikbereiche übertragen werden. Im Hinblick auf familienpolitische Entscheidungen z.B. ist zu vermuten, dass sich CDU/CSU-Anhänger als Befürworter von Regelungen hervortun, die eine Stärkung der traditionellen Familienstrukturen bedeuten.

⁷³ Vermutlich bestanden in der Vergangenheit größere Differenzen in wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen zwischen den Anhängern politischer Parteien. Diese Annahme gründet auf der Beobachtung, dass sich die vormalig relativ stabilen Allianzen zwischen bestimmten gesellschaftlichen Gruppen mit distinkten wohlfahrtsstaatlichen Präferenzen und Parteien, wie z.B. der Arbeiterschaft und der SPD, im Zeitverlauf gelockert haben (siehe Pettersen 1995: 204).

Ausmaß von Wohlfahrtsstaatlichkeit aussprechen (siehe Papadakis/Bean 1993 für Deutschland; Svallfors 1999 für Norwegen und Schweden; Lipsmeyer/Nordstrom 2003 für länderübergreifende Analysen). In einer aktuelleren Studie wurde zudem die Anhängerschaft der damaligen PDS (heute die Linke) einbezogen. In dieser Untersuchung finden sich Hinweise darauf, dass deren Einstellungen von denen der Anhänger anderer Parteien in der erwarteten Richtung differieren. Insgesamt fallen die betrachteten Unterschiede, insbesondere zwischen den Anhängern der anderen untersuchten Parteien (CDU/CSU, SPD, Grüne, FDP) erneut aber eher gering aus (siehe Ullrich 2008: 146-152). In Anbetracht der theoretischen Erwägungen und empirischen Befunde wird in dieser Arbeit von eher geringen Effekten der Partei-identifikation ausgegangen. Am ehesten werden pro-wohlfahrtsstaatliche Einstellungen für die Anhänger der Linken erwartet.

Die Vorstellung der Determinanten wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen ist mit diesen Ausführungen beendet. Die Darlegung des Forschungsstandes ergab Differenzen hinsichtlich der empirischen Evidenz der unterschiedlichen Prädiktoren. Für einige Faktoren liegen vielfältige Belege für einen Effekt auf wohlfahrtsstaatliche Orientierungen vor. Bei anderen fällt es hingegen schwer, ein abschließendes Urteil zu fällen. Erstens gibt es gegensätzliche Befunde bezüglich der Existenz (und teilweise auch der Richtung) des von ihnen ausgehenden Einflusses. Zweitens liegen für einige Determinanten nur sehr wenige empirische Untersuchungsergebnisse vor. Tabelle 1 gibt einen Überblick über die vorgestellten Prädiktoren und deren vermuteten Einfluss auf wohlfahrtsstaatliche Präferenzen.

Tabelle 1: Übersicht über die vermuteten Wirkungsmechanismen der Determinanten von wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen

	Gewünschte staatliche Verantwortung und Leistungshöhe	
	Alte Politikfelder	Junge Politikfelder
Hohes Alter (Interessenorientierung)	o	-
Hohes Alter (Wertorientierung)	-/+	-/+
Frau	+	+
Elternschaft	o	+
Sozialisation in Ostdeutschland	+	+
Hohe Bildung	-	- (Familie) + (Bildung)
Erwerbstätig	-	-
Positive finanzielle Situation	-	-
Negative Wahrnehmung der Wirtschaftslage (egozentriert)	-/+	-/+
Negative Bewertung der wohlfahrtsstaatlichen Performanz (egozentriert)	-/+	-/+
Negative Wahrnehmung der Wirtschaftslage (soziotropisch)	-/+	-/+
Negative Bewertung der wohlfahrtsstaatlichen Performanz (soziotropisch)	-/+	-/+
Hohes politisches Vertrauen	+	+
Egalitaristische Gerechtigkeitsideologie	+	+
Politische Prädisposition: Identifikation mit Partei des linken Lagers	+	+

Anmerkung: o: Keine Hypothese formuliert/kein Zusammenhang erwartet.

Alle vorgestellten Prädiktoren werden in dieser Untersuchung als exogene Merkmale interpretiert, d.h., es wird angenommen, dass sie wohlfahrtsstaatliche Präferenzen im Sinne der formulierten Annahmen beeinflussen. Ausgeschlossen werden kann aber nicht, dass in einigen Fällen reziproke Zusammenhänge zwischen den Prädiktoren und den abhängigen Vari-

ablen bestehen. Thematisiert werden derartige non-rekursive Beziehungen z.B. mit Bezug auf parteipolitische Orientierungen (siehe etwa Papadakis/Bean 1993: 237; Edlund 1999: 357; Svallfors 1999: 250). Nach dieser Lesart wirken sich wohlfahrtsstaatliche Präferenzen auch darauf aus, welche politische Partei favorisiert wird – nämlich die, deren sozialpolitisches Profil am ehesten zu diesen individuellen Präferenzen passt. Für die hier eingenommene Sichtweise, wonach die parteipolitische Orientierung wohlfahrtsstaatliche Präferenzen bestimmt, spricht nach Meinung einiger Autoren, dass erstere stabiler ausfallen und folglich letzteren vorgelagert sein sollten (siehe z.B. Papadakis/Bean 1993: 237). Die Frage nach der Kausalitätsbeziehung ist auch für andere der vorgestellten Merkmale nicht trivial wie z.B. für die Bewertung der wohlfahrtsstaatlichen Performanz oder dem politischen Vertrauen. So könnte die (Un)Zufriedenheit mit bestimmten Wohlfahrtspolitiken eine Reaktion auf die Bewertung der Ziele eben dieser Politiken darstellen. Um zu dieser Schlussfolgerung zu gelangen, ist es allerdings nicht ausreichend, nur das präferierte wohlfahrtsstaatliche Engagement (Soll-Zustand wie er in der Zieldimension zum Ausdruck kommt) einzubeziehen. Darüber hinaus ist ein Zwischenschritt zu berücksichtigen, der die Bewertung der Zielerreichung (Ist-Zustand) umfasst. Wer z.B. der Meinung ist, der Staat sollte hohe Leistungen für die Unterstützung von Familien bereitstellen, wird vermutlich nur dann unzufriedener mit der Familienpolitik sein, wenn er wahrnimmt, dass dies in der Realität nicht ausreichend umgesetzt wird.

2.3.3 *Determinanten der Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden*

Nach ausführlicher Betrachtung der Einflussfaktoren auf wohlfahrtsstaatliche Einstellungen geht der Blick in diesem Abschnitt auf die Wahrnehmung von Einstellungsunterschieden und auf die Faktoren, die diese potenziell erhöhen oder abmildern. Ziel ist eine Annäherung an die subjektive Realität von Einstellungsunterschieden, wozu – dies klingt bereits an – deutlich weniger Erkenntnisse vorliegen als zu wohlfahrtsstaatlichen Präferenzen. Das gilt in besonderem Maße, wenn es um perzipierte Unterschiede zwischen Jüngeren und Älteren geht.

Die Frage ist also, wovon es abhängt, ob jemand intergenerationelle Verstimmungen auf der gesellschaftlichen Ebene wahrnimmt bzw. für die Zukunft erwartet. Betrachtet man diese Frage vereinfachend aus streng logischer Sicht, müsste diese Person wissen, wie die Interessen der jeweiligen Altersgruppen sind, um sie zueinander in Relation zu setzen. Aus dieser Gegenüberstellung könnte sie dann schlussfolgern, ob diese Positionen miteinander unvereinbar sind. Jedoch: Es gibt für den Einzelnen keine Möglichkeit, gesichertes Wissen über diesen Sachverhalt zu erhalten. Eine so beschriebene Bilanzierung kann realiter nicht vollzogen werden. Daher bedarf es anderer Behelfsmittel oder Urteilsheuristiken, um individuell eine Antwort auf die Frage zu finden, ob die Interessen oder Ziele von Jungen und Alten aktuell im Widerspruch zueinander stehen oder ob dies zukünftig der Fall sein wird. Angenommen wird, dass dazu bereits vorhandenes Wissen und Einstellungen eingesetzt werden. Womöglich sind auch mit der sozialen Position im Zusammenhang stehende Merkmale eine relevante Größe.

Bevor ein Überblick über bestehende Annahmen und vorliegende Forschungsarbeiten gegeben wird, sind hierzu vorab einige Gesichtspunkte hervorzuheben. Ein genereller Punkt ist, erstens, dass es sowohl in dieser Arbeit wie auch in den im Folgenden zitierten um den Aspekt der *Wahrnehmung* und nicht um die persönliche *Betroffenheit* geht. Offen bleibt demnach, ob sich die Befragten selbst in einen Generationenkonflikt involviert fühlen und was diese Empfindung begünstigt. Die Wahrnehmung selbst kann, aber muss nicht zwangsläufig mit einem Gefühl der Involvierung einhergehen (siehe Delhey/Keck 2008: 344).⁷⁴

Ein weiterer Punkt betrifft, zweitens, die verwendeten Begrifflichkeiten. In der überwiegend englischsprachigen Forschungsliteratur ist die Bezeichnung Konfliktwahrnehmung („perception of conflicts“) gängig, ähnlich ist in deutschen Beiträgen von gesellschaftlichen Konflikten die Rede. Schaut man sich an, um welche Konflikte es im Einzelnen geht, finden sich verschiedene Begriffe wie Gruppen- oder Klassenkonflikt, unter denen häufig Gegensätze zwischen Armen und Reichen oder Arbeitgebern und -nehmern untersucht werden. Diese lassen sich unter dem ebenfalls verwendeten Begriff der sozialen Konflikte subsumieren, wozu auch der Generationenkonflikt zu zählen ist. In diesem Strang der Forschung werden unter dem Begriff des Konflikts also keine kriegerischen Auseinandersetzungen untersucht, sondern Interessen- und Einstellungsunterschiede zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen. Dabei nimmt die Differenzierung zwischen dem wertneutralen Prozess der Wahrnehmung von Einstellungsunterschieden einerseits und deren Bewertung als konfliktär oder eben nicht konfliktär andererseits keinen nennenswerten Stellenwert ein. Diese Unterscheidung ist für die vorliegende Arbeit allerdings nicht unerheblich wie noch zu erläutern sein wird (siehe Abschnitt 3.3.1 und Unterkapitel 5.2). Nach dem hier vertretenen Verständnis werden in den Studien Konfliktwahrnehmungen untersucht, was daran ersichtlich ist, dass der Begriff Konflikt den Stimulus in den Frageformulierungen bildet. Nach derzeitigem Kenntnisstand ist es somit kaum möglich, Befunde „nur“ zur Wahrnehmung von Einstellungsunterschieden zu berichten. Die Erkenntnisse zu Konfliktperzeptionen aus den vorliegenden Untersuchungen werden daher auf die Wahrnehmung von Einstellungsunterschieden übertragen. Für die Wiedergabe des Forschungsstandes wird im Folgenden der Begriff der Konfliktwahrnehmung verwendet, um eine größere Nähe zur Forschungsliteratur herzustellen.

Schließlich ist ein dritter Aspekt anzumerken, der die Zielsetzung betrifft: Studien, die Hinweise auf Determinanten von Konfliktwahrnehmungen liefern, haben i.d.R. ein anderes Erklärungsziel als diese Arbeit. Viele dieser Untersuchungen können der Transformationsforschung zugeordnet werden, in der es zuvorderst um die Erklärung von Länderunterschieden geht.⁷⁵ Werden Prädiktoren auf der Individualebene näher beleuchtet, so wird nicht selten ein über mehrere Länder gepoolter Datensatz verwendet, so dass unklar bleibt, ob bestimmte Effekte womöglich länderspezifisch variieren. Darüber hinaus richtet sich das Forschungsinteresse nicht immer auf die Betrachtung *einzelner* Konfliktszenarien; häufig werden stattdessen

⁷⁴ Kohli et al. (1999: 506) sprechen diesbezüglich von privaten vs. gesellschaftlichen Konflikten. Zur individuellen Involvierung in inter- und intragenerationelle Konflikte und was diese begünstigt siehe Filipp und Boll (1998).

⁷⁵ In der Transformationsforschung geht es allgemein formuliert um die Untersuchung von Prozessen der Umwälzung, Neuausrichtung und Anpassung von Ländern. In der neueren Forschung liegt ein Schwerpunkt auf postkommunistischen Ländern.

verschiedene Konflikte gruppiert analysiert. Rückschlüsse auf spezifische soziale Konflikte können daher nur bedingt gezogen werden. Liegt der Fokus auf spezifischen Konfliktszenarien, dann ist der Alt-Jung-Konflikt eher selten Teil der Betrachtung. Die Studienergebnisse lassen somit in unterschiedlichem Ausmaß Rückschlüsse auf individuelle Faktoren zu, die die Perzeption von sozialen Konflikten im Allgemeinen und dem Alt-Jung-Konflikt im Speziellen bedingen. Bei der Darlegung des Forschungsstandes wird angemerkt, wenn sich ein berichteter Befund auf die Wahrnehmung von Generationenkonflikten bezieht. Trifft dies nicht zu und das Ergebnis steht im Zusammenhang mit der Perzeption anderer sozialer Gegensätze wird darauf verzichtet, die jeweiligen Konfliktgruppen im Einzelnen zu nennen; stattdessen wird in diesen Fällen der Begriff soziale Konflikte verwendet.

Welche theoretischen Annahmen und empirischen Befunde zu den Prädiktoren von Konfliktwahrnehmungen können aus vorliegenden Studien extrahiert werden? Recht allgemein wird die Perzeption von sozialen Konflikten mit der individuellen sozialen Position in Verbindung gebracht. Ausgangspunkt dieser Überlegung ist die Annahme, dass die eigene Position mit bestimmten Erfahrungen, Einstellungen, Bedürfnissen und Interessen zusammenhängt, die sich in der Konfliktwahrnehmung niederschlagen. Über diese Eigenschaften hinaus finden verschiedene einstellungsbasierte Merkmale Berücksichtigung, für die eine heuristische Funktion bei der Ausbildung von Konfliktperzeptionen angenommen werden kann. Theoretische Überlegungen zu den Wirkungsmechanismen verschiedener Erklärungsfaktoren sind allerdings überwiegend nur in Ansätzen ausgearbeitet. Charakteristisch dafür ist, ähnlich wie in der wohlfahrtsstaatlichen Einstellungsforschung, die oftmals komprimierte Vorstellung weniger von theoretischen Konstrukten, sondern vielmehr von konkreten Indikatoren. Schließlich ist die empirische Befundlage insgesamt als eher dürftig zu bezeichnen. Zum einen werden in vielen Studien vergleichsweise wenige Einflussfaktoren einbezogen, zum anderen gibt es eine große Anzahl von Einzelbefunden, da es zwischen den Studien relativ wenige Überschneidungen in den hinzugezogenen Prädiktoren gibt; die existierenden Befunde sind daher überwiegend eher schwach abgesichert.

Alter. Explizite Annahmen darüber, inwiefern das Lebensalter mit Unterschieden in der Konfliktperzeption zusammenhängt, sind in der Forschungsliteratur eher die Ausnahme als die Regel. Eine dahingehende Vermutung ist, dass Ältere soziale Konflikte in geringerem Ausmaß wahrnehmen. Dies kann als Ausdruck einer größeren Gelassenheit aufgrund ihrer höheren Lebenserfahrung gedeutet werden (siehe Glatzer 1984: 220). Ältere haben vermutlich schon diverse krisenhafte Situationen erlebt und die Erfahrung gemacht, dass viele zunächst scheinbar schwerwiegende Konflikte gelöst wurden. Ein weiterer Grund könnte sein, dass Ältere im Vergleich zu Jüngeren ein höheres Harmoniebedürfnis zu haben scheinen und ihre Wahrnehmungen daran angleichen. Diese Annahme ist aus der Familienforschung entlehnt, in der gezeigt wurde, dass intergenerationelle Familienbeziehungen von Älteren positiver bewertet werden als von Jüngeren (siehe Steinbach/Kopp 2010); dieser Befund lässt sich auf die Bewertung des gesamtgesellschaftlichen Generationenverhältnisses übertragen.

Die Ergebnisse verschiedener Studien liefern ein eher gemischtes Bild: In einigen Untersuchungen wurde ein Effekt wie beschrieben nachgewiesen, wonach Ältere weniger Konflikte wahrnehmen (siehe Glatzer 1984: 220 zu sozialen Konflikten in Deutschland; Kelley/Evans 2000: 14 zu sozialen Konflikten in länderübergreifenden Analysen). Andere Studien gelangen zu einem gegenteiligen Befund (siehe Zagórski 2006: 28 zu Generationenkonflikten und sozialen Konflikten in länderübergreifenden Analysen) oder stellen fest, dass die Konfliktwahrnehmung unabhängig vom Alter ist (siehe Keck/Blome 2008: 95 zu Generationenkonflikten in Deutschland). Für die folgenden Analysen wird mit Blick auf die Wahrnehmung eines Alt-Jung-Gegensatzes an der eingangs formulierten theoretischen Annahme festgehalten und also davon ausgegangen, dass diese Wahrnehmung unter Jüngeren ausgeprägter ist. Ergänzend zu den bereits genannten Gründen ist die Vermutung anzuführen, dass sich Jüngere von aktuellen, mehr noch von bevorstehenden Entwicklungen stärker betroffen fühlen, da sie es sind, die steigende Sozialversicherungsbeiträge zu entrichten und dabei weniger Bezüge zu erwarten haben.

Geschlecht. Bezüglich des Geschlechts wird im Allgemeinen und so auch in dieser Arbeit davon ausgegangen, dass Frauen eine etwas ausgeprägtere Wahrnehmung von sozialen Konflikten aufweisen. Diese ist womöglich eine Folge der im Zuge von Sozialisationsprozessen ausgebildeten und i.d.R. vergleichsweise stärkeren Gemeinwohlorientierung von Frauen (und (potenziellen) Müttern), wodurch sie in gewisser Weise sensibilisiert für gesellschaftliche Probleme sind. Es liegen empirische Ergebnisse vor, die mehrheitlich darauf hinweisen, dass diese Annahme zutrifft und Frauen soziale Konflikte also etwas stärker wahrnehmen als Männer (siehe Kelley/Evans 2000: 14 zu sozialen Konflikten und Zagórski 2006: 27 zu Generationenkonflikten und sozialen Konflikten in länderübergreifenden Analysen; Janicka 2002 zu sozialen Konflikten in Polen).

Positive Bewertung intrafamiliärer intergenerationeller Beziehungen. Da Erfahrungen aus der eigenen Lebenswelt im Sinne einer Verfügbarkeitsheuristik (siehe Tversky/Kahneman 1974) bekanntermaßen auf die gesellschaftliche Ebene übertragen werden, ist das individuelle soziale Umfeld eine relevante Größe, um die unterschiedliche Wahrnehmung von Einstellungsdifferenzen zu erklären. Es wird hier davon ausgegangen, dass das intergenerationelle Miteinander auf gesamtgesellschaftlicher Ebene umso positiver eingeschätzt wird, je harmonischer die intergenerationellen Beziehungen innerhalb des eigenen sozialen Umfelds bewertet werden (vgl. Williams/Harwood 2004: 127). Umgekehrt sollten Personen, die ihre generationenübergreifenden Kontakte mehrheitlich nicht positiv evaluieren, eine vergleichsweise erhöhte Neigung zur Perzeption von Unterschieden zwischen den Generationen aufweisen. Da der stärkste Austausch zwischen den Generationen nach gängiger Auffassung innerhalb von Familien stattfindet, ist der familiäre Kontext vermutlich in besonderem Maße relevant für diese Wahrnehmung (siehe Schlesinger/Kronebusch 1994a: 156f.). Empirische Befunde hierzu liegen nach derzeitigem Kenntnisstand nicht vor.

Sozialisation in Ostdeutschland. Es konnte nur eine Studie ausfindig gemacht werden, in der Ergebnisse zur Konfliktwahrnehmung separat für Ost- und Westdeutschland berichtet werden. In dieser ist die Perzeption eines Generationenkonfliktes unter Ostdeutschen geringer ausgeprägt als unter Westdeutschen (siehe Zagórski 2006: 27). Womöglich ist dies ein Erbe

sozialistischer DDR-Zeiten, in denen der gesellschaftliche Zusammenhalt vermeintlich größer war als in Westdeutschland. In dieser Untersuchung wird davon ausgegangen, dass, sofern ein Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschen existiert, dieser so ausfällt wie beschrieben.

Bildung. Der formale Bildungsgrad ist ein weiteres Merkmal, das Aufschluss über Unterschiede in der Dissenswahrnehmung geben kann. Formal höher Gebildete sind vermutlich eher in der Lage, Optionen zur Konsensfindung und Konfliktbeilegung bei der Vereinbarung gegensätzlicher Interessen zu erkennen und haben daher eine geringere Neigung, Konflikte wahrzunehmen. Andererseits ist die Möglichkeit zu bedenken, dass insbesondere diese Personengruppe über bessere Fähigkeiten verfügt, um Konfliktpotenziale überhaupt zu identifizieren, was auf einen gegenteiligen Effekt verweist. In der Summe deuten vorliegende Studien eher darauf hin, dass formal höher Gebildete soziale Konflikte weniger ausgeprägt wahrnehmen als Personen mit einem niedrigeren Bildungsabschluss (siehe Kelley/Evans 2000: 14 zu sozialen Konflikten und Zagórski 2006: 28 zu Generationenkonflikten und sozialen Konflikten in länderübergreifenden Analysen; Delhey/Keck 2008: 343 zu sozialen Konflikten in Deutschland, für einen gegenteiligen Befund siehe Glatzer 1984: 220 zu sozialen Konflikten in Deutschland). Im Einklang mit dem Großteil der empirischen Befunde wird eher von einem negativen Bildungseffekt ausgegangen.

Wahrnehmung der Wirtschaftslage und Bewertung der wohlfahrtsstaatlichen Performanz. Ob Unterschiede zwischen den Generationen insbesondere mit Blick auf verteilungspolitische Aspekte wahrgenommen werden, dürfte auch eine Folge davon sein, wie die wirtschaftlichen Bedingungen eingeschätzt werden. Die Wirtschaftslage bestimmt in nicht geringem Ausmaß über den gesellschaftlichen Problemdruck, die Finanzierbarkeit von Sozialleistungen sowie staatliche Gestaltungsmöglichkeiten mit. Ist die Wirtschaftslage günstig, sind auch die politischen Spielräume größer. Eine niedrige Staatsverschuldung, ein positiver Wirtschaftstrend und damit ausreichende steuerliche Mittel sind daher von Vorteil, wenn es darum geht, Ungleichbehandlungen zu Lasten einzelner Bevölkerungs- oder Altersgruppen zu vermeiden. Wenn der Kuchen groß genug ist, sollte für alle gesorgt sein können. Je besser das Land wirtschaftlich aufgestellt ist, umso eher sollten also Kapazitäten zur Lösung der Rentenproblematik und weiterer Verteilungsproblematiken bestehen und die Wahrnehmung eines intergenerationellen Konflikts dementsprechend niedriger ausfallen. In ländervergleichenden Studien wurde festgestellt, dass objektive Wirtschaftsindikatoren mit der durchschnittlichen Wahrnehmung sozialer Konflikte in einem derartigen Zusammenhang stehen (siehe Delhey/Keck 2008: 336). Mehr noch als objektive Kennwerte sollten allerdings subjektive Lageeinschätzungen in Relation mit der Konfliktwahrnehmung stehen. Diesen Ausführungen gemäß wird vermutet, dass die Perzeption von aktuellen und zukünftigen intergenerationellen Einstellungsunterschieden bei Wahrnehmung einer günstigen nationalen Wirtschaftslage niedriger ausfällt. Womöglich existiert darüber hinaus ein analoger Effekt, der von der Evaluation der *eigenen* Wirtschaftslage ausgeht.

Vermutlich steht die Bewertung der wohlfahrtsstaatlichen Performanz in ähnlicher Weise wie Wirtschaftspereptionen mit Konfliktwahrnehmungen in Verbindung (siehe Keck/Blome 2008: 75f.). Die erkannte Schiefelage des Sozialversicherungssystems bildet dieser Sichtweise

nach eine Grundlage für die Wahrnehmung von Differenzen zwischen Alt und Jung. Die zu prüfende Annahme lautet: Wer sich in Bezug auf verschiedene Politikbereiche unzufrieden äußert, nimmt aktuell größere Differenzen zwischen den Generationen wahr. Die Bewertung der derzeitigen Funktionsweise hat darüber hinaus mutmaßlich prospektiven Charakter: Die Einschätzung, dass das aktuell bestehende soziale Sicherungssystem nicht zufriedenstellend funktioniert und somit wenig zukunftsfähig erscheint, sollte tendenziell mit negativen Prognosen über die Entwicklung des Generationenverhältnisses einhergehen. Umgekehrt werden aufkommende Konflikte als umso unwahrscheinlicher erscheinen, je zukunftsfähiger und verlässlicher das System beurteilt wird. Auch hier ist die Möglichkeit gegeben, dass außer von soziotropischen Bewertungen der wohlfahrtsstaatlichen Performanz ein gleichgerichteter Einfluss von Evaluationen der eigenen sozialstaatlichen Versorgung ausgeht: Sorgen hinsichtlich der eigenen (Alters)Absicherung könnten die Wahrnehmung eines Generationenkonfliktes zusätzlich erhöhen. Zusammenhänge zwischen Bewertungen des Wohlfahrtsstaats und Konfliktperzeptionen wurden bislang kaum erforscht.⁷⁶ Vermutlich sind diese Zusammenhänge sogar stärker als die zwischen Bewertungen der Wirtschaftslage und Konfliktwahrnehmungen, da eine größere Nähe zur Generationenthematik, insbesondere bei der Evaluation der Rentenpolitik, aber auch mit Blick auf weitere alterssensible Politiken, besteht.

Politisches Vertrauen. Im Zusammenhang mit der Perzeption sozialer Konflikte ist zudem das dem politischen System entgegengebrachte Vertrauen von Interesse. Je höher dieses ausfällt, umso weniger intensiv sollten Alt-Jung-Konflikte und andere soziale Konflikte wahrgenommen werden. Dies gilt unter der Prämisse, dass sich ein hohes politisches Vertrauen auch in der zugeschriebenen Lösungskompetenz des politischen Systems niederschlägt. Aus Sicht des Einzelnen wird ein vertrauenswürdiges politisches System eher in der Lage sein (nicht nur heute, sondern auch in Zukunft) Bedingungen zu schaffen, unter denen möglichst angemessen und sozial gerecht auf gesellschaftliche Herausforderungen wie die Bevölkerungsalterung reagiert werden kann. Dadurch könnten gesellschaftliche Spannungen zwischen verschiedenen Gruppen reduziert bzw. ihre Entstehung verhindert werden. Es gibt Hinweise darauf, dass sich ein hohes Vertrauen in die Rentenversicherung mindernd auf die Wahrnehmung eines Generationendissens' ausübt (siehe Keck/Blome 2008: 94 für Deutschland). In gleicher Weise wurde ein Effekt des Vertrauens auf die Wahrnehmung sozialer Konflikte beobachtet (siehe Zagórski 2006: 29 für länderübergreifende Analysen).⁷⁷ Es wird daher angenommen, dass die Intensität aktueller bzw. die Eintrittswahrscheinlichkeit zukünftiger sozialer Konflikte geringer eingeschätzt wird, je höher das politische Vertrauen ausfällt.

Altersspezifische Interessenvertretung. Die Einschätzung des intergenerationellen Konfliktpotenzials hängt mutmaßlich auch damit zusammen, wie die Repräsentation der politischen Anliegen verschiedener Altersgruppen bewertet wird. Werden hier Defizite für eine oder für mehrere Altersgruppen erkannt, sollte umso wahrscheinlicher davon ausgegangen werden,

⁷⁶ Eine Ausnahme sind Keck und Blome (2008), die als Indikator für wohlfahrtsstaatliche Performanz das in die Rentenversicherung gesetzte Vertrauen heranziehen. Politisches Vertrauen wird in dieser Arbeit getrennt von Bewertungen der wohlfahrtsstaatlichen Performanz untersucht.

⁷⁷ Hier wurden das Vertrauen in Institutionen und das Vertrauen in die Mitmenschen in Kombination einbezogen. Der Effekt beschränkt sich auf die Wahrnehmung eines Interessengegensatzes zwischen Armen und Reichen. Für die Perzeption eines Generationenkonflikts zeichnet sich eine analoge Tendenz ab.

dass Verstimmungen zwischen Alt und Jung existieren bzw. dass sich diese zukünftig entwickeln. Denn in dem Fall, in dem verschiedene altersspezifische Anliegen nicht in einem ähnlichen Ausmaß Berücksichtigung im politischen Prozess finden, besteht die Möglichkeit, dass sich innerhalb einzelner Altersgruppen Anzeichen von Unzufriedenheit und relativer Deprivation entwickeln, denen ein potenziell konfliktäres Element innewohnt. Dieses könnte in Folge u.a. in Entsolidarisierungstendenzen im Hinblick auf die umlagefinanzierten Sozialversicherungen Sichtbarkeit erlangen. Empirische Befunde zu dieser Vermutung liegen noch nicht vor.

Gesamtgesellschaftliche intergenerationelle Beziehungen. Die Einschätzung darüber, wie „gesund“ eine Gesellschaft ist, wird vermutlich auch einen Einfluss darauf ausüben, ob soziale Konflikte wahrgenommen bzw. zukünftig für möglich erachtet werden oder nicht. Unter denen, die in der Bevölkerung ein hohes Ausmaß an intergenerationeller Hilfe und Solidarität feststellen, sollte die Wahrnehmung eines Generationendissens' weniger verbreitet sein. Denn wer ein weitgehend harmonisches Miteinander zwischen den Generationen bemerkt, wird mutmaßlich auch eher der Ansicht sein, dass Situationen, an denen sich ein Generationenkonflikt entzünden könnte, entschärft werden können. Umgekehrt sollte die Wahrnehmung eines nur geringen Ausmaßes intergenerationeller Unterstützung die wahrgenommene Konfliktintensität verstärken. Ein derartiger Zusammenhang wurde noch nicht geprüft.

Konsequenzen der Bevölkerungsalterung. Für die Perzeption von sozialen Konflikten sollte zudem der wahrgenommene Problemdruck eine Rolle spielen (siehe Delhey/Keck 2008: 340-342 zu sozialen Konflikten; Untersuchung auf Länderebene). In Bezug auf einen Generationendissens ist zuvorderst an das wahrgenommene Ausmaß der Alterung zu denken. Die Herausforderungen, vor denen die Sozialversicherungen stehen, werden häufig als eine mehr oder minder direkte Konsequenz altersstruktureller Verschiebungen gedeutet. Entscheidend für die individuelle Wahrnehmung sollte daher sein, wie problematisch die Bevölkerungsalterung beurteilt wird.⁷⁸ Zudem werden die Belastungen, die die jüngere Generation in Form von steigenden Sozialabgaben und sinkenden Sozialleistungen zunehmend erfährt, oft als eine Folge des demografischen Wandels beschrieben. Daher liegt die Vermutung nahe, dass die Wahrnehmung der finanziellen Last, die die Jüngeren v.a. durch die Versorgung der Älteren zu tragen haben, ebenfalls in Verbindung damit steht, wie hoch das aktuelle bzw. zukünftige intergenerationelle Konfliktpotenzial eingeschätzt wird.

Die in den vorangegangenen Erläuterungen präsentierten potenziellen Einflussfaktoren der Wahrnehmung von Alt-Jung-Unterschieden sind in Tabelle 2 aufgeführt. Angesichts der übersichtlichen Zahl von Studien zu dieser Thematik sind die Annahmen mit größeren Unsicherheiten behaftet als im Fall von wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen. Zusätzlich zu bereits untersuchten Faktoren wurden einige bislang noch nicht erprobte Einflussfaktoren vorgeschlagen. Die theoretischen Ausführungen und folgenden Analysen zur Wahrnehmung eines Generationendissens' haben daher insgesamt einen stärker explorativen Charakter. Wie

⁷⁸ Demgegenüber ist eher unbedeutend, wie hoch der Altenanteil geschätzt wird, denn eine Schätzung lässt keine Schlussfolgerung darauf zu, ob der genannte Wert als hoch oder niedrig und somit problematisch oder unproblematisch eingeschätzt wird.

bei der Vorstellung der Prädiktoren von Wohlfahrtsstaatspräferenzen gilt auch hier, dass die vorgestellten Merkmale als exogene Merkmale interpretiert werden. Mit Gewissheit ausgeschlossen werden können reziproke Zusammenhänge dennoch nicht. So ist es z.B. im Rahmen des Möglichen, dass eine ausgeprägte Wahrnehmung von Alt-Jung-Gegensätzen sich ihrerseits negativ auf das politische Vertrauen (einen entsprechenden Befund legen Delhey/Keck 2008: 331 vor), die Zufriedenheit mit dem Sozialversicherungssystem im Allgemeinen und der eigenen Altersabsicherung (einen Hinweis darauf liefert Dallinger 2002: 672) im Besonderen, auf die Bewertung von Konsequenzen der Bevölkerungsalterung oder auf weitere Einstellungen auswirkt.

Tabelle 2: Übersicht über die vermuteten Wirkungsmechanismen der Determinanten der Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden

	Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden
Hohes Alter	-
Frau	+
Positive Bewertung intrafamiliärer intergenerationeller Beziehungen	-
Sozialisation in Ostdeutschland	-
Hohe Bildung	-
Negative Wahrnehmung der Wirtschaftslage (egozentriert)	+
Negative Bewertung der wohlfahrtsstaatlichen Performanz (egozentriert)	+
Negative Wahrnehmung der Wirtschaftslage (soziotropisch)	+
Negative Bewertung der wohlfahrtsstaatlichen Performanz (soziotropisch)	+
Hohes politisches Vertrauen	-
Negative Bewertung der altersspezifischen Interessenvertretung	+
Positive Bewertung gesamtgesellschaftlicher intergenerationeller Beziehungen	-
Negative Konsequenzen der Bevölkerungsalterung	+

2.4 Zusammenfassung

In den vorangegangenen Abschnitten wurde das dieser Arbeit zugrunde liegende Verständnis intergenerationeller Einstellungsunterschieden im deutschen Wohlfahrtsstaat vorgestellt. Der konzeptuelle Rahmen (Unterkapitel 2.2) bildet die theoretische Basis der vorliegenden Untersuchung: Zunächst wurde dargelegt, was unter dem Wohlfahrtsstaat als Einstellungsobjekt verstanden wird und wie sich Einstellungen ihm gegenüber gruppieren lassen. Wohlfahrtsstaatliche Einstellungen beschreiben Erwartungshaltungen und Bewertungen im Hinblick auf staatliche Interventionen in verschiedenen Politikbereichen (Abschnitt 2.2.1). Sie werden in vier Dimensionen untergliedert, die jeweils verschiedene Bewertungsaspekte erfassen (Ziele, Mittel, Folgen, Finanzierung). Die Zieldimension steht im Fokus dieser Untersuchung. Hierbei geht es um die Frage, inwieweit staatliches Handeln nach Ansicht der Bevölkerung auf die Erreichung bestimmter Ziele ausgerichtet sein sollte. Innerhalb der Einstellungsdimensionen existieren weitere Differenzierungen. Bei der Zieldimension wird zwischen Extensivität (gewünschte staatliche Verantwortung), dem Ausmaß, und der Intensität (gewünschte staatliche Ausgabenhöhe), dem Umfang staatlichen Handelns unterschieden. Der Wohlfahrtsstaat wird definiert als ein Konglomerat von als wohlfahrtsstaatlich, sozialstaatlich oder sozialpolitisch bezeichneten Politiken (Abschnitt 2.2.2). Politiken gelten als wohlfahrtsstaatlich, wenn sie auf die Verwirklichung von sozioökonomischer Sicherheit und Chancen-

gleichheit ausgerichtet sind. Mit Blick auf intergenerationelle Einstellungsunterschiede sind vier Bereiche besonders relevant, die in ihrer Altersausrichtung variieren: Zwei, die finanzielle und pflegerische Altersversorgung, sind auf die Interessen und Belange der älteren Bevölkerung ausgerichtet, die anderen beiden, Familien- und Bildungspolitik, auf die der jüngeren Bevölkerungssegmente. Bezeichnet werden diese Bereiche als alte bzw. junge Politiken. Neben ihrer Altersorientierung unterscheiden sich alte und junge Politiken in der Art der Finanzierung. In alten Bereichen wird mit dem Prinzip der Umlagefinanzierung die Relevanz des Lebensalters in Form der Unterstützung Älterer durch die Jüngeren betont. Beide Aspekte, Altersausrichtung und Finanzierung, wurden als plausible Ursachen für intergenerationelle Einstellungsunterschiede benannt.

Im letzten Abschnitt des konzeptuellen Rahmens ging es um die Bedeutung des Lebensalters und der Generationenzugehörigkeit im wohlfahrtsstaatlichen Kontext (Abschnitt 2.2.3). Diese Ausführungen legen die Basis zum genaueren Verständnis intergenerationeller Einstellungsunterschiede im Wohlfahrtsstaat. Erläutert wurde der hohe Stellenwert des chronologischen Alters im Hinblick auf die Bezugsmöglichkeiten sozialstaatlicher Leistungen und auf die Vorstellungen über das, was einem zusteht und wieviel. Zu bedenken sind zudem Konsequenzen, die sich aus der Dynamik wohlfahrtsstaatlicher Arrangements ergeben. Zum einen folgt daraus, dass die individuelle Erwartungssicherheit höher ist, je näher der Bezugszeitraum ist. Dies impliziert z.B., dass Jüngere im Vergleich zu Älteren schlechter abschätzen können, was sie hinsichtlich ihrer eigenen Altersversorgung zu erwarten haben. Änderungen in den Ruhestandsbestimmungen sind aufgrund des längeren Zeithorizonts für sie kaum absehbar. Zum anderen ergibt sich aus dieser Dynamik, dass auch das Geburtsjahr und damit die Generationenzugehörigkeit (Vorstellungen über) Bezugsmöglichkeiten und die Höhe von Leistungsbezügen bedingen. Im Anschluss wurden verschiedene Generationenbegriffe vorgestellt, von denen der wohlfahrtsstaatliche als relevant identifiziert wurde. Zur Unterscheidung der wohlfahrtsstaatlichen Gewinner- und Verlierergeneration wurde das Konzept von Leisering (2000) herangezogen. Die Grenze zwischen beiden Gruppen verläuft ungefähr bei den im Jahr 1955 Geborenen. Es wurde zudem darauf hingewiesen, dass die Unterscheidung von Altersgruppen und Generationen *im Zeitverlauf* notwendig ist, diese Unterscheidung zu einem *gegebenen Zeitpunkt* hingegen in gewisser Weise hinfällig wird, da damit dieselben Personen bezeichnet werden. Da die vorliegende Arbeit querschnittlich angelegt ist, wird zwischen Altersgruppen und Generationen sprachlich nicht differenziert. Begriffe wie intergenerationelle, generationen- oder altersspezifische Einstellungsunterschiede sowie Generationen- und Altersdifferenzen werden in dieser Untersuchung daher synonym verwendet.

In Unterkapitel 2.3 wurden einerseits intergenerationelle Unterschiede in wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen und deren Konfliktpotenzial näher betrachtet sowie andererseits Determinanten von wohlfahrtsstaatlichen Präferenzen und von Wahrnehmungen von Einstellungsunterschieden identifiziert. In Abschnitt 2.3.1 wurden zunächst die Ursachen von altersspezifischen Differenzen in wohlfahrtsstaatlichen Präferenzen beleuchtet. Aufgrund des steigenden Bevölkerungsanteils der Älteren wird des Öfteren die Annahme aufgestellt, dass die Anliegen der Jüngeren im Zuge des demografischen Wandels an gesellschaftspolitischer Bedeutung verlieren könnten. Dies sollte v.a. dann der Fall sein, wenn Ältere und Jüngere in

interessengeleiteter Weise nur die Politiken als förderungswürdig erachten, von denen sie profitieren. In den anschließenden zentralen Passagen wurde die Notwendigkeit der Erweiterung der analytischen Perspektive begründet: Herausgestellt wurde, dass es zur Ausbildung eines Konflikts mehr bedarf als reiner Einstellungsunterschieden (objektive Realität von Einstellungsunterschieden), denn die (Nicht)Existenz derselben lässt keinen Schluss darüber zu, inwieweit Unterschiede wahrgenommen werden (subjektive Realität von Einstellungsunterschieden). Möglich ist, dass Einstellungsunterschiede existieren, die nicht wahrgenommen werden oder umgekehrt, Einstellungskongruenz besteht, die aber nicht erkannt wird. Aus diesen Erläuterungen folgt die Notwendigkeit der Unterscheidung der objektiven und der subjektiven Realität intergenerationeller Einstellungsunterschieden. Die häufig vorgenommene, rein objektivistische Betrachtung von Einstellungsunterschieden ist demnach unvollständig. Erst durch den Akt der Wahrnehmung kann ein objektiv feststellbarer Einstellungsunterschied oder sogar eine Situation, in der Einstellungskongruenz existiert, in einen handfesten, subjektiv erlebten Dissens überführen. Die Wahrnehmungen der Bevölkerung sind daher nicht weniger wichtig als Einstellungsunterschieden. Dem Aspekt der Wahrnehmung kommt allerdings nur selten die angemessene Aufmerksamkeit zuteil. Den Deutungsmustern in vorliegenden Studien und öffentlichen Diskursen unterliegt implizit die Annahme, dass der Situation inhärente Konfliktpotenzial werde von den beteiligten Parteien (bzw. von mindestens einer Partei) perzipiert. Dies kann, muss aber nicht zwangsläufig der Fall sein. Die Kongruenz von Einstellungs- und Wahrnehmungsebene kann folglich keineswegs vorausgesetzt werden, sondern ist zu überprüfen.

Um ein detaillierteres Verständnis von Wohlfahrtsstaatspräferenzen und Dissenswahrnehmungen zu erhalten, sind Erkenntnisse zum Prozess der Einstellungs- und Wahrnehmungsbildung unabdingbar. Eine Annäherung an diese Prozesse wird anhand des Einbezugs von Faktoren, die an diesen mutmaßlich beteiligt sind, angestrebt. Der Identifizierung relevanter Determinanten in den Abschnitten 2.3.2 und 2.3.3 liegen umfangreiche Literaturrecherchen zugrunde. In diesen Ausführungen wurden theoretische Überlegungen zu den Wirkungsmechanismen relevanter Faktoren präsentiert und ihre empirische Evidenz anhand von vorliegenden Studienbefunden beschrieben. Zu wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen liegen weit mehr Erkenntnisse vor als zur Wahrnehmung von Einstellungsunterschieden. Zusätzlich wurden daher einige noch nicht erprobte Prädiktoren vorgestellt, deren Inklusion als eine vielversprechende Ergänzung für bestehende Annahmen betrachtet wird.

Abschließend sei an dieser Stelle angemerkt, dass für die hier interessierenden Fragestellungen einem möglichen Einfluss, der sich aus dem nationalen wohlfahrtsstaatlichen Kontext ergibt, nicht weiter nachgegangen wird. In der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung wird in diesem Zusammenhang häufig die Typologie verschiedener Wohlfahrtsregime von Esping-Andersen (1990) angeführt.⁷⁹ In diesen Studien geht es zumeist darum, zu klären, inwiefern wohlfahrtsstaatliche Einstellungskonfigurationen im Einklang mit dem jeweiligen Wohlfahrtsregime sind (siehe z.B. Svallfors 1997; Arts/Gelissen 2001; Jæger 2006b; Goerres/

⁷⁹ Esping-Andersen (1990) unterscheidet das liberale, das konservative (zu dem Deutschland gezählt wird) und das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime. Diese Unterteilung beruht primär auf dem jeweiligen vorherrschenden Mix aus Staat, Markt und Familie.

Tepe 2010). Da die vorliegende Untersuchung nur ein Land zu einem Zeitpunkt abdeckt und der nationale Kontext daher keine Varianz aufweist, ist dieser Aspekt unbedeutend. Unzweifelhaft ist dieser Sachverhalt aber zu berücksichtigen, wenn Ländervergleiche vorgenommen werden. Ferner ist zu bedenken, dass sich Wohlfahrtsstaaten im Laufe der Zeit verändern und damit auch ihr potenzieller Einfluss auf individuelle Einstellungen. Je nachdem wie groß der betrachtete Zeitraum ist, kann daher der Einbezug einer Kenngröße, die Informationen über die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung gibt, auch in Einländerstudien aufschlussreich sein (eine derartige Studie legt z.B. Blekesaune 2007 vor).

Mit diesen Ausführungen sind die theoretischen Grundlagen für die empirischen Analysen umfassend dargelegt. Im folgenden Kapitel 3 werden die Daten und die Operationalisierungen der verschiedenen Konstrukte vorgestellt, die Präsentation der Befunde folgt in Kapitel 4. Der größere Teil dieser Analysen zielt auf die Erklärung von wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen und Wahrnehmungen intergenerationeller Einstellungsunterschiede, wobei auf die Rolle des Lebensalters detaillierter eingegangen wird als dies üblicherweise geschieht. Um sich dem Alterseffekt umfassend anzunähern, ist der Einbezug der weiteren, hier vorgestellten Einflussfaktoren nötig, die ihrerseits möglicherweise mit dem Alter in Verbindung stehen. Dabei geht es in erster Linie nicht darum, wie diese zusätzlichen Variablen im Einzelnen wirken, sondern darum, inwieweit sie hilfreich sind, um Alterseinflüsse differenzierter zu betrachten. Dies wäre z.B. dann der Fall, wenn diese Merkmale relevante intervenierende Merkmale sind und dadurch Hinweise darauf geben, auf welche Weise Alterseffekte vermittelt werden. Eine weitere Erkenntnis wäre, dass ihr Einfluss vom Alter abhängt, das Lebensalter also Effekte moderiert. Als letzter Aspekt wird die Kongruenz von Einstellungs- und Wahrnehmungsebene in deskriptiver Weise geprüft.

3. Datengrundlage und Messkonzepte

3.1 Vorbemerkung

In diesem Kapitel werden die Datenbasis (Unterkapitel 3.2) sowie die verwendeten Indikatoren (Unterkapitel 3.3) zur Erfassung der in den Abschnitten 2.3.2 und 2.3.3 diskutierten theoretischen Konstrukte beschrieben. Alle Frageformulierungen sind in Anhang B nachzulesen. Zunächst werden die abhängigen Variablen in Abschnitt 3.3.1 vorgestellt, gefolgt von den unabhängigen Variablen in Abschnitt 3.3.2.⁸⁰ Das Kapitel schließt mit zwei Überblickstabellen zu den verwendeten Indikatoren der unabhängigen Variablen ab.

3.2 Datenbasis

Die Basis der folgenden Analysen bilden Primärdaten, die im Rahmen des von der VolkswagenStiftung geförderten Projekts „Auswirkungen des demografischen Wandels auf politisches Verhalten und politische Einstellungen in Deutschland“ erhoben wurden.⁸¹ Die Feldphase der telefonischen Befragung erstreckte sich von Januar 2011 bis September 2011, insgesamt wurden 3911 Personen interviewt. Die Stichprobenziehung beruhte auf dem Gäbler-Hader-Verfahren (Gabler/Häder 1997). Die finale Stichprobe setzt sich aus drei Komponenten zusammen: Einer repräsentativen Teilstichprobe, einem Oversampling von älteren und jüngeren Personen sowie einem Oversampling von Einwohnern stark bzw. schwach alternder Stadt- und Landkreise.⁸² Aufgrund der überproportionalen Berücksichtigung bestimmter Altersgruppen wird das Problem, dass sowohl sehr junge als auch sehr alte Personen in Umfragen häufig unterrepräsentiert sind (siehe z.B. Hartmann 1990: 12f.; Schulte 1997: 158-160) entschärft. Tabelle 3 gibt einen Überblick über die Verteilung der Altersgruppen in der Stichprobe und über ihren Bevölkerungsanteil im Jahr 2010. Für jede Altersgruppe stehen die Angaben von mehr als 1000 Befragten zur Verfügung; dies verspricht robuste Ergebnisse auch bei separaten Analysen. Die Umfrage eignet sich zur Untersuchung der leitenden Fragestellungen insbesondere deshalb, weil sowohl bereichsspezifische wohlfahrtsstaatliche Einstellungen als auch Wahrnehmungen von Einstellungsunterschieden zwischen Älteren und Jüngeren erhoben wurden. Beide Komplexe wurden in der Vergangenheit nur in Ausnahmefällen gemeinsam erfasst.⁸³

⁸⁰ Zwischen den Prädiktoren von Wohlfahrtsstaatspräferenzen und von Wahrnehmungen intergenerationaler Einstellungsunterschieden besteht eine große Schnittmenge. Um Wiederholungen zu vermeiden, werden die Messkonzepte nicht getrennt nach den abhängigen Konstrukten vorgestellt; die Reihenfolge bei der Vorstellung der unabhängigen Variablen weicht daher im Vergleich zu den Abschnitten 2.3.2 und 2.3.3 ab.

⁸¹ Das Projekt wurde im Zeitraum von 2009 bis 2014 an der Universität Mannheim durchgeführt. Mit der Durchführung der Interviews wurde das BACES-Institut (Universität Bamberg) beauftragt.

⁸² Ausführliche Informationen zur Identifizierung dieser Stadt- und Landkreise geben Konzelmann et al. (2014: 185-187). Das Oversampling ermöglicht Analysen der deutschen Bevölkerung unter Berücksichtigung regional variierender Altersstrukturen; entsprechende Befunde wurden bereits an anderer Stelle publiziert (siehe Konzelmann et al. 2014: 55-126).

⁸³ Eine dieser Ausnahmen im deutschsprachigen Raum ist der ALLBUS (Allgemeine Bevölkerungsumfrage). Die letzte ALLBUS-Welle mit geeigneten Indikatoren für *beide* Themenkomplexe (d.h. bereichsspezifische statt generalisierte Indikatoren wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen) wurde 1990 durchgeführt.

Tabelle 3: Stichprobenübersicht

Altersgruppe	Stichprobenanteil in Prozent (Fallzahl)		Bevölkerungsanteil laut Statistischem Bundesamt am 31.12.2010 in Prozent
18-35 Jahre	28,5	(1116)	25,5
36-59 Jahre	33,9	(1324)	43,1
≥ 60 Jahre	37,6	(1471)	31,4
Gesamt	100,0	(3911)	100,0

Anmerkung: Feldzeit von Januar bis September 2011.

3.3 Operationalisierungen

3.3.1 Abhängige Variablen

Wohlfahrtsstaatliche Einstellungen. Bei der Zieldimension wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen wird zwischen der gewünschten staatlichen Verantwortlichkeit (Alternativbezeichnungen: Extensität, Umfang (wohlfahrts)staatlichen Handelns) und der Leistungshöhe (Alternativbezeichnungen: Intensität, Ausmaß (wohlfahrts)staatlichen Handelns) unterschieden. Zur Messung der Extensität kam eine Fragebatterie zum Einsatz, bei der die Befragten Angaben dazu machen, inwieweit der Staat ihrer Meinung nach für verschiedene politische Aufgabenbereiche verantwortlich sein sollte. In den folgenden Analysen werden die Angaben zu vier Politikfeldern – finanzielle Altersversorgung, Pflege im Alter, Familien- und Bildungspolitik – berücksichtigt, da diese alterssensible Interessen in besonderem Maße berühren (vgl. Abschnitt 2.2.2).⁸⁴ Zum Einsatz kam eine endpunktbeschriftete Skala von null („Der Staat sollte überhaupt nicht dafür verantwortlich sein“) bis zehn („Der Staat sollte voll und ganz dafür verantwortlich sein“).

Die Frageformulierung weicht leicht von den Extensitätsindikatoren in anderen Studien ab. In diesen werden die übergeordneten Ziele häufig konkretisiert⁸⁵, wohingegen die hier eingesetzte Frage etwas unspezifischer formuliert ist. Die Befragten wurden in der vorliegenden Primärstudie gebeten, ihre Meinung dazu abzugeben, „inwieweit der Staat für diese Aufgabenbereiche (finanzielle Altersabsicherung, Pflege im Alter, Familien, Bildung) verantwortlich sein sollte“. Relativ unstrittig dürfte sein, dass die grundsätzliche Zielsetzung der einzelnen Politiken allgemein bekannt ist.⁸⁶ Im weitesten Sinne formuliert geht es jeweils um die Unterstützung verschiedener Bevölkerungsgruppen. Unabhängig davon, ob die Ziele in der Frageformulierung näher beschrieben werden oder nicht, wird hier vermutet, dass die Beantwortung bei beiden Varianten recht ähnlich ausfällt. Dies sollte so sein, eben weil die generellen Ziele bekannt sind und daher mit hoher Wahrscheinlichkeit auch ohne einen expliziten Hinweis als Bewertungskriterium herangezogen werden. Daher wird angenommen, dass die hier verwendete Frageformulierung ein funktionales Äquivalent zu in anderen Um-

⁸⁴ Insgesamt liegen Einstellungen zu sechs Politikfeldern vor. Ergebnisse zu allen Politikbereichen wurden an anderer Stelle veröffentlicht (siehe Konzelmann et al. 2014: 192-213).

⁸⁵ Im ISSP (International Social Survey Programme), einem der populärsten Datensätze in der wohlfahrtsstaatlichen Einstellungsforschung, heißt es z.B.: „Inwieweit [sollten] die folgenden Dinge in der Verantwortlichkeit des Staates liegen: Den alten Menschen einen angemessenen Lebensstandard zu sichern, die gesundheitliche Versorgung für Kranke sicherzustellen etc.“.

⁸⁶ Für die verschiedenen Maßnahmen zur Zielerreichung kann dies analog nicht unterstellt werden.

fragen eingesetzten Itemformulierungen darstellt. Gestützt wird diese Annahme durch die Tatsache, dass die ermittelten Zustimmungswerte mit denen aus anderen Datenquellen vergleichbar sind.

Die Operationalisierung der Intensität erfolgt anhand einer Fragebatterie, die die gewünschte staatliche Leistungshöhe in den genannten Politikbereichen mittels einer fünfstufigen Skala ermittelt. Zur Beantwortung standen folgende Kategorien zur Verfügung: „*Sehr viel mehr*“, „*mehr*“, „*so wie jetzt*“, „*etwas weniger*“ und „*sehr viel weniger*“.⁸⁷ Dies ist insofern eine etwas einseitige Erfassung, da das präferierte Niveau wohlfahrtsstaatlichen Handelns auch vor dem Hintergrund der Bewertung des Ist-Zustandes angegeben wird (siehe Roller/Westle 1987: 229; Ullrich 2000: 12-14).⁸⁸ Die Extensitäts- und Intensitätsindikatoren wurden recodiert, so dass der Wert eins ein hohes gewünschtes wohlfahrtsstaatliches Engagement bedeutet.

Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden. Für die Analysen stehen drei Indikatoren zur Verfügung, mit denen Wahrnehmungen von intergenerationellen Einstellungsunterschieden operationalisiert werden. Diese unterscheiden sich in zwei Aspekten: Zum einen bezüglich der zeitlichen Dimension (aktuell/prospektiv) und zum anderen bezüglich der Konkretisierung der Einstellungsunterschiede (allgemein/spezifisch). Durch den Einsatz mehrerer Indikatoren hebt sich die vorliegende Untersuchung von existierenden Studien ab. Dies ermöglicht tiefergehende Einblicke in einen Bereich, in dem nur wenig Forschung existiert und trägt dazu bei, die empirischen Befunde auf eine breitere Basis zu stellen.

Die Wahrnehmung aktueller, allgemeiner Einstellungsunterschiede wurde in sehr ähnlicher Weise abgefragt wie in anderen Studienreihen, z.B. im ALLBUS. Die Befragten konnten auf einer fünfstufigen Skala Auskunft darüber geben, ob sie „*keine*“, „*schwache*“, „*mittelmäßige*“, „*starke*“ oder „*sehr starke Gegensätze*“ zwischen Älteren und Jüngeren wahrnehmen. Die Frage zur Erhebung prospektiver, allgemeiner Einstellungsunterschiede wurde ähnlich formuliert. Unterschiede bestehen darin, dass, erstens, die *Wahrscheinlichkeit* des Eintretens von Differenzen in den nächsten Jahrzehnten auf einer fünfstufigen Skala erfasst wird („*wird ganz sicher/wahrscheinlich/vielleicht/eher nicht/bestimmt nicht eintreffen*“) und, zweitens, im Gegensatz zu Interessengegensätzen hier von *Konflikten* zwischen Älteren und Jüngeren die Rede ist. Bei diesen beiden Frageformulierungen wird die Erscheinungsform des intergenerationellen Gegensatzes nicht konkretisiert. Damit bleibt unklar, welche Art von intergenerationellen Differenzen die Befragten bei Beantwortung der Frage zugrunde legen. Eine

⁸⁷ Bei der Frage erfolgte kein Hinweis darauf, dass höhere Leistungen auch mit höheren Steuern einhergehen können. Aus zwei Gründen scheint dies entgegen einer naheliegenden Vermutung eher unproblematisch zu sein. Zum einen ist fraglich, inwieweit Befragte entsprechende Kalkulationen, d.h. eine Abwägung von Ausgaben- und Steuererhöhungen, in der Kürze der Befragungszeit vornehmen (können). Zum anderen weisen Befunde darauf hin, dass die Antworten von Befragten je nach Fragestimulus nicht substantiell voneinander abweichen (siehe Confalonieri/Newton 1995). Die Vermutung, dass dieser Umstand keine Implikationen für die Ergebnisse hat, wird durch die späteren Befunde gestützt. Diese belegen, dass die Zustimmungswerte nicht nennenswert von denen in anderen Umfragen abweichen.

⁸⁸ Angaben zur Bewertung des Ist-Zustandes liegen nicht vor. Die Operationalisierung anhand des Soll-Zustandes mag durchaus Konsequenzen haben, welche genau ist allerdings unklar. Im Gegensatz zu vergleichenden Studien, in denen der wohlfahrtsstaatliche Kontext in verschiedenen Dimensionen variiert (z.B. zeitlich/geografisch), sollten daraus ggfs. entstehende Probleme sich hier weniger stark auf die Ergebnisse und deren Interpretation niederschlagen.

Spezifizierung erfolgt beim dritten Item. Folgendes Szenario wurde auf der o.g. fünfstufigen Skala abgefragt: „Die Jungen werden nicht mehr für die Renten der Älteren bezahlen wollen.“⁸⁹ Diese Formulierung verweist auf einen Dissens, der von den Jüngeren quasi initiiert wird.⁸⁹ Inwieweit die Älteren nach Ansicht der Befragten ihren Teil zu dieser Entwicklung im Vorfeld beitragen, bleibt offen. Zudem lassen die Daten, wie bereits angedeutet, keinen Schluss darauf zu, ob sich die Befragten selbst in einen Konflikt involviert fühlen. Alle Wahrnehmungsindikatoren wurden für die Analysen dahingehend recodiert, dass sie einen Wertebereich von null bis eins aufweisen, wobei eins eine hohe Wahrnehmung von Unterschieden kennzeichnet.

Abschließend ist bezüglich der Wahrnehmungsindikatoren auf einen Aspekt hinzuweisen, der die Frage betrifft, ob wahrgenommene Einstellungsunterschiede in einem nachgelagerten Schritt auch als konfliktär bewertet werden. Damit wird einer der Faktoren vorweggenommen, die Berücksichtigung finden müssten, um sich der Frage anzunähern, warum Einstellungsunterschiede nicht zwangsläufig zu Konflikten führen (weitere Faktoren werden in Unterkapitel 5.2 thematisiert). In den verfügbaren Indikatoren werden beide Gesichtspunkte vermengt, d.h. einerseits die Perzeption von Einstellungsunterschieden und andererseits deren Bewertung als konfliktär: Mit dem ersten Indikator (allgemein aktuell) wird ein *Interessengegensatz* angesprochen. Unklar ist, ob dieser von den Befragten darüber hinaus als konfliktbeladen evaluiert wird oder nicht. Die beiden Items für die Zukunft (allgemein prospektiv, spezifisch prospektiv) hingegen erfassen intergenerationelle Spannungen, denen ziemlich eindeutig ein konfliktäres Element innewohnt. Informationen über den Zwischenschritt der wertfreien Wahrnehmung fehlen hier. Wenn ein Befragter also angibt, Alt-Jung-Konflikte in Zukunft für sehr unwahrscheinlich zu halten, kann nicht festgestellt werden ob dies daran liegt, dass er keine Einstellungsunterschiede wahrnimmt oder daran, dass er diese zwar perzipiert, aber nicht als konfliktär beurteilt. Umgekehrt steht bei einer hohen Konfliktwahrnehmung außer Frage, dass Einstellungsunterschiede auf der Stufe davor wahrgenommen werden. Obwohl die Indikatoren die beiden ausgeführten Aspekte unterschiedlich abdecken, sind in den späteren Analysen Aufschlüsse über die Beziehung zwischen der objektiven und subjektiven Realität von intergenerationellen Einstellungsunterschieden unter Berücksichtigung der Besonderheiten der verschiedenen Indikatoren möglich. In der empirischen Analyse wird für die Gesamtheit der verwendeten Perzeptionsvariablen der Begriff „Wahrnehmung intergenerationeller Einstellungsunterschiede“ verwendet.

⁸⁹ Bewusst wurde hier das Verb *wollen* statt *können* verwendet.

3.3.2 Unabhängige Variablen

Alter. Das Lebensalter ist eine metrische Variable, die für den Großteil der Analysen kategorisiert wird. Die Einteilung zielt auf die Kontrastierung von sog. Gewinnern (den Älteren) und Verlierern (den Jüngeren) des Wohlfahrtsstaats: Als Ältere gelten Personen, die bei der Durchführung der Umfrage mindestens 60 Jahre alt waren (d.h. die Jahrgänge 1951 und darunter).⁹⁰ In Übereinstimmung mit dem Konzept wohlfahrtsstaatlicher Generationen (Abschnitt 2.2.3) werden diese Personen der Gewinnergeneration zugeschrieben. Dieser gegenübergestellt werden Personen, die zum Befragungszeitpunkt zwischen 18 und 35 Jahre alt waren und demnach zwischen 1975 und 1993 geboren wurden; diese bilden die sog. Verlierergeneration. Die Zuordnung der Älteren und Jüngeren zu den wohlfahrtsstaatlichen Generationen fällt eindeutig aus. Personen mittleren Alters, die zwischen den genannten Geburtsjahrgängen liegen und zum Befragungszeitpunkt zwischen 36 und 59 Jahre alt waren, lassen sich nicht präzise den Gewinnern oder Verlierern zuordnen, dürften aber mehrheitlich zu den Verlierern gezählt werden. Es wird vermutet, dass sie sich in ihren Einstellungen vornehmlich zwischen den Älteren und Jüngeren positionieren. In die späteren Regressionsanalysen werden zwei Dummyvariablen inkludiert, die Referenzkategorie bilden die Jüngeren.

Elternschaft/Bewertung intrafamiliärer intergenerationeller Beziehungen. Für die Analyse wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen ist das Merkmal Elternschaft, für die Analyse der Perzeption von Einstellungsunterschieden die Bewertung intrafamiliärer intergenerationeller Beziehungen zu operationalisieren. Da keine Informationen zur Evaluation von generationenübergreifenden Interaktionen im direkten sozialen Umfeld im Allgemeinen sowie zu Familienbeziehungen im Speziellen vorliegen, wird das Merkmal Elternschaft auch zur Erklärung der Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden verwendet. Vor dem Hintergrund, dass die Eltern-Kind-Beziehungen in Umfragen mehrheitlich positiv evaluiert werden, erscheint die prinzipielle Gleichsetzung von Elternschaft mit einer positiven Bewertung von intrafamiliären Generationenbeziehungen gerechtfertigt.⁹¹ Um Elternschaft festzustellen, wurden die Befragten gebeten, die Anzahl eigener Kinder, die sie haben oder hatten (unabhängig von deren Alter) zu nennen. Zusätzlich wurde explizit darauf hingewiesen, auch Nachkommen anzugeben, die (derzeit) nicht im eigenen Haushalt leben. Auf diese Weise werden sowohl Eltern bereits erwachsener oder verstorbener Kinder identifiziert als auch Eltern, deren leibliche Kinder nicht in ihrer Obhut leben, sondern z.B. beim ehemaligen Partner. Diese Operationalisierung ist angesichts des hervorgebrachten Arguments geeignet, wonach der von Elternschaft ausgehende Effekt unabhängig vom Wohnort oder dem Alter der Nachkommen sein sollte (siehe Ausführungen zu Elternschaft in Abschnitt 2.3.2). Gebildet wurde eine Variable mit den zwei Ausprägungen Eltern⁹² und Kinderlose, von denen die

⁹⁰ Der inhaltlichen Befragung wurde eine Frage vorgeschaltet, anhand derer sich die Befragten einer der drei Altersgruppen zuordneten. Im Jahr 1951 Geborene fallen daher nur in diese Gruppe, sofern ihr Geburtstag vor dem Befragungszeitpunkt lag. Die Zuordnung von im Jahr 1975 und 1993 Geborenen ist in ähnlicher Hinsicht von ihrem exakten Geburtsdatum abhängig.

⁹¹ Ohne Ergebnis wurden probeweise zudem intergenerationelle Transfers einbezogen (nicht gezeigt). Es liegen Angaben dazu vor, wie häufig die Befragten einer Person, die einer anderen Generation angehört als sie selbst, finanziell und/oder anderweitig helfen und wie oft sie selber in der einen oder anderen Form Unterstützung erfahren.

⁹² So wie das Alter der Kinder nicht entscheidend sein sollte, wird mit derselben Begründung davon ausge-

letztgenannte die Referenzkategorie bildet. Ein Nachteil der Messung ist, dass Personen, die mit nicht-leiblichen Kindern (vermutlich v.a. Stiefkinder) einen Haushalt teilen, zu denen eine ähnlich intensive Bindung wie zu leiblichen Kindern bestehen mag, als Kinderlose klassifiziert werden.

Sozialisation in Ostdeutschland. Die Variable Wohnregion gibt Auskunft darüber, ob der Befragte derzeit in Ost- oder Westdeutschland wohnt. Berlin wird in den Analysen zu Ostdeutschland gezählt. Von Interesse ist zudem, ob die Kindheits- und Jugendjahre in demselben Landesteil verbracht wurden. Für den Großteil der Befragten scheint dies mit hoher Wahrscheinlichkeit zuzutreffen: Jeweils 76 Prozent der Befragten in beiden Landesteilen wurden auch dort geboren. Die Referenzkategorie bildet Westdeutschland.

Bildung. Der formale Bildungsgrad wurde in fünf Ausprägungen erfasst. In den Analysen werden drei Kategorien unterschieden: Ein niedriger Bildungsgrad umfasst Personen, die entweder keinen Schulabschluss oder einen Hauptschulabschluss haben. Realschulabgänger stellen die Mittelkategorie. Personen mit (Fach)Hochschulreife oder einem höheren Bildungsabschluss werden in der obersten Kategorie zusammengefasst. Schüler (25 Personen) werden aus der Analyse ausgeschlossen.⁹³

Erwerbstätigkeit. In den Analysen wird zwischen Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen differenziert. Als Erwerbstätige definiert werden Personen, die entweder einer Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung nachgehen, sich im Mutterschaftsurlaub, in Elternzeit oder in Kurzarbeit befinden.⁹⁴ Die Referenzkategorie umfasst Nichterwerbstätige, hierzu werden sowohl Erwerbslose als auch Nichterwerbspersonen gezählt. Dazu gehören neben Personen, die derzeit in Ausbildung sind, Wehr- oder Zivildienst leisten, sich in einer Weiterbildungsmaßnahme oder Umschulung befinden, arbeitslos oder arbeitsunfähig gemeldet sind oder für den Haushalt als Hausfrau/-mann verantwortlich sind, Studierende sowie Personen im Altersruhestand, d.h. Rentner, Pensionäre und Vorruhestandler. Die Gruppe der Nichterwerbstätigen umfasst damit zu großen Teilen Personen, die zum Empfängerkreis wohlfahrtsstaatlicher Leistungen gehören. Den größten Anteil in dieser Gruppe stellen Personen im Alters(vor)ruhestand mit 73 Prozent, bei denen der Erhalt von Altersbezügen als gesichert angesehen werden kann. Bei den übrigen genannten Gruppen von Nichterwerbstätigen kann

gangen, dass auch die Anzahl der Kinder weitgehend unbedeutend sein sollte.

⁹³ Es wurde in zusätzlichen Analysen zudem der Vermutung nachgegangen, dass (post)materialistische Einstellungen Wohlfahrtsstaatspräferenzen in ähnlicher Weise bedingen wie der Bildungsgrad (siehe Roller 1992: 168f.), wofür keine eindeutigen Belege gefunden wurden (nicht gezeigt). Ein Grund für diesen Befund könnte sein, dass die Ausbildung postmaterialistischer Werte im starken Zusammenhang mit dem Bildungsgrad steht (siehe Inglehart/Abramson 1999), der i.d.R. einbezogen wird, weshalb der zusätzliche Einbezug des Postmaterialismuskonzepts keinen nennenswerten Erkenntnisgewinn bringt.

⁹⁴ Arbeitnehmer, die sich in Elternzeit oder Mutterschutz befinden oder in Kurzarbeit beschäftigt sind, gelten der Definition der IAO (Internationale Arbeitsorganisation) gemäß als reguläre Arbeitnehmer, obwohl sie dem Arbeitsmarkt derzeit nicht bzw. nur eingeschränkt zur Verfügung stehen. Unklar bleibt bei dieser Einteilung, ob die als erwerbstätig kategorisierten Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind und also als Finanzierer des Wohlfahrtsstaats in Erscheinung treten.

der individuelle Leistungsbezug anhand der vorliegenden Daten nicht mit Sicherheit bestimmt werden.⁹⁵

Finanzielle Situation. Da das Einkommen nicht erhoben wurde, wird stattdessen die subjektive Schichteinstufung verwendet. Diese Variable hat gegenüber dem Einkommen den Vorteil, dass wesentlich weniger Befragte die Angabe hierzu verweigern. Die Befragten hatten die Möglichkeit, zwischen den folgenden fünf Antwortoptionen zu wählen: „*Arbeiterschicht*“, „*untere Mittelschicht*“, „*Mittelschicht*“, „*obere Mittelschicht*“ und „*Oberschicht*“. Darüber hinaus erbringt dieses Merkmal eine gewisse Erkenntnis im Hinblick auf die wahrgenommene soziale Position des Einzelnen. Angenommen wird, dass ein subjektives Maß besser geeignet ist als ein objektives, um Effekte der finanziellen Situation abzubilden, da wahrgenommene Realitäten ausschlaggebender sein sollten als Zugehörigkeiten zu bestimmten Einkommensklassen.⁹⁶

Wahrnehmung der Wirtschaftslage. Evaluationen der Wirtschaftslage als Prädiktoren wohlfahrtsstaatlicher Präferenzen werden anhand von vier etablierten Indikatoren operationalisiert, die sich entlang der Dimensionen Betroffenheit und zeitlicher Bezug unterscheiden. Bezüglich der Betroffenheit wird zwischen Perzeptionen der eigenen (egozentristisch) und der nationalen (soziotropisch) wirtschaftlichen Lage unterschieden. Auf der zeitlichen Ebene werden die aktuelle und die zukünftige Situation erfasst. In allen Fällen standen den Befragten fünf Antwortkategorien zur Auswahl, die von „*sehr gut*“ bzw. „*wesentlich besser*“ bis „*sehr schlecht*“ bzw. „*wesentlich schlechter*“ reichten. Für die Analyse der Wahrnehmung von Einstellungsdifferenzen werden nur Einschätzungen der nationalen Wirtschaftslage herangezogen.⁹⁷ Dabei wird je nach Zeitbezug des abhängigen Konstrukts nur die Einschätzung der aktuellen Situation verwendet oder beide Items.

Bewertung der wohlfahrtsstaatlichen Performanz. Bewertungen der wohlfahrtsstaatlichen Performanz können ebenfalls danach unterschieden werden, ob sie egozentristisch oder soziotropisch ausgerichtet sind. Die beiden zur Verfügung stehenden egozentrierten Indikatoren thematisieren die individuelle Altersabsicherung in finanzieller sowie medizinischer Hinsicht. In anderen Zusammenhängen wird hier von der Folgendimension wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen gesprochen, da diese Frage Aufschlüsse darüber gibt, wie die Befragten das auf die Zielerreichung ausgerichtete wohlfahrtsstaatliche Engagement bewerten. Die Frage ist relativ allgemein formuliert, mit ihr wird (so wie in anderen Studien) nicht explizit die Absicherung *durch die Sozialversicherungssysteme* thematisiert.⁹⁸ Dies trägt dem Umstand

⁹⁵ Angedacht war zusätzlich, die Beschäftigung im öffentlichen Dienst als Prädiktor aufzunehmen. Diese Personengruppe konnte anhand der vorliegenden Informationen allerdings in keiner geeigneten Form identifiziert werden.

⁹⁶ Ähnlich argumentieren Arzheimer und Schoen (2007: 94) mit Blick auf den Arbeiterstatus als Determinante des Wahlverhaltens.

⁹⁷ Entgegen der Annahme erbrachte die Untersuchung der eigenen wirtschaftlichen Lage keinen Erkenntnisgewinn (nicht gezeigt), weshalb dieses Merkmal nachträglich aus den Analysen ausgeschlossen wurde. Ein Grund für diesen Befund könnte sein, dass hier im Gegensatz zu Studien, die einen entsprechenden Effekt nachgewiesen haben, keine Unterschiede zwischen Gruppen thematisiert werden, die sich vorrangig ökonomisch voneinander unterscheiden.

⁹⁸ Damit sind keine direkten Schlüsse auf die Bewertung der GRV möglich. Diese Einschränkung steigt in dem Maße, in dem weitere Einnahmequellen im Alter vorhanden sind bzw. Altersvorsorge betrieben wird.

Rechnung, dass viele Personen in der einen oder anderen Form privat und/oder betrieblich für ihr Alter vorsorgen, was sich mit hoher Wahrscheinlichkeit in der Bewertung ihrer individuellen Altersabsicherung niederschlägt. Im Gegensatz zu Fragen, die ausschließlich auf die Leistungen der GRV abzielen, ist die hier gewählte Frageformulierung besser geeignet, die Lebenswelt der Befragten zu erfassen. Auf einer fünfstufigen Antwortskala von „*trifft voll und ganz zu*“ bis „*trifft überhaupt nicht zu*“ konnten die Befragten ihre Befürchtungen vor einer unzureichenden Altersabsicherung angeben.⁹⁹ Da die Abfrage der individuellen Absicherung nur Risiken des höheren Lebensalters abdeckt, werden die beiden Merkmale nur bei der Analyse des gewünschten wohlfahrtsstaatlichen Engagements in der finanziellen und pflegerischen Altersversorgung verwendet. Im ersten Fall wird die Frage herangezogen, die die finanzielle Absicherungsdimension thematisiert, im zweiten Fall die Frage, die auf medizinische Aspekte verweist. Bei der Untersuchung der Perzeption intergenerationeller Einstellungsdifferenzen wird die finanzielle Altersabsicherung als Prädiktor herangezogen.

Für die Operationalisierung soziotropischer Bewertungen der wohlfahrtsstaatlichen Performanz wird eine Fragebatterie verwendet, die die Einschätzung der gegenwärtigen Lage in den verschiedenen Politikbereichen erfasst. Fünf Antwortkategorien von „*sehr zufrieden*“ bis „*überhaupt nicht zufrieden*“ standen zur Auswahl. In den Analysen zu wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen wird jeweils die Variable verwendet, die mit dem Politikfeld der jeweiligen abhängigen Variable korrespondiert (in den Ergebnistabellen ist diese Passung durch den Zusatz „bereichsspezifisch“ indiziert).¹⁰⁰ Für die Analyse von Wahrnehmungen allgemeiner intergenerationeller Einstellungsunterschiede werden Einschätzungen von insgesamt fünf Politikbereichen einbezogen.¹⁰¹ Bei der Untersuchung der Perzeption von Einstellungs-differenzen in der Rente wird nur die Unzufriedenheit mit der finanziellen Altersversorgung als Prädiktor berücksichtigt.

Politisches Vertrauen. Zur Operationalisierung von politischem Vertrauen wird ein Mittelwertindex gebildet, der das Vertrauen zu vier Einstellungsobjekten (Bundestag, Bundesregierung, Bundesverfassungsgericht, Politiker) zusammenfasst. Eingesetzt wurde eine Standardfrage zur Erfassung des Vertrauens mit einer fünfstufigen Antwortskala. Die Items korrelieren untereinander mit Werten zwischen 0,31 und 0,60 (Pearsons r). Die Reliabilität der Skala ist mit einem Cronbach's Alpha von 0,77 zufriedenstellend.¹⁰²

⁹⁹ Die Frageformulierung wird je nach Alter des Befragten leicht modifiziert, siehe dazu Anhang B.

¹⁰⁰ Zusätzlich kann die Annahme formuliert werden, dass Effekte von bereichsspezifischen Bewertungen der sozialstaatlichen Performanz umso stärker ausfallen, je wichtiger der entsprechende Bereich erachtet wird. Die Salienz wurde ebenfalls erhoben. Da allerdings deren Niveau sehr hoch ist und die Varianz daher nur gering ausfällt, wurde auf den Einbezug der Variablen verzichtet.

¹⁰¹ Zusätzlich zu den vier bereits bekannten Politiken wird die Bewertung des Gesundheitssystems inkludiert. Die GKV kommt zwar nicht zuvorderst den Interessen einer Altersgruppe entgegen (der Zusammenhang zwischen dem Alter und den medizinischen Behandlungskosten ist geringer als man vermuten könnte, ein Grund dafür ist, dass die höchsten medizinischen Behandlungskosten unabhängig vom Alter kurz vor dem Lebensende anfallen (Nöthen 2011)), ist aber aus volkswirtschaftlicher Sicht fast genauso relevant wie die GRV, besitzt einen (nahezu) umfassenden Bekanntheitsgrad und findet bei Diskussionen der Auswirkungen des demografischen Wandels oft Erwähnung.

¹⁰² Der Ausschluss einzelner Items erbringt bis auf eine Ausnahme keine Steigerung der Reliabilität. Diese Ausnahme betrifft das Bundesverfassungsgericht, dessen Nichteinbezug mit einer unwesentlichen Erhöhung des Wertes auf 0,79 einhergeht. Inhaltliche Gründe sprechen dafür, dieses Item einzubeziehen: Das

Egalitaristische Gerechtigkeitsideologie. Die in anderen Studien üblicherweise zur Operationalisierung von egalitaristischen Gerechtigkeitsideologien verwendeten Indikatoren stehen nicht zur Verfügung. Alternativ werden zwei Fragen mit jeweils fünf Antwortkategorien herangezogen, die Aufschluss darüber geben, inwieweit die Befragten die Anliegen der Jüngeren und der Älteren im politischen Prozess als ausreichend vertreten sehen. Die Inklusion dieser Variablen gründet auf der Überlegung, dass eine egalitaristische Grundüberzeugung nicht nur in präferierten wohlfahrtsstaatlichen Verteilungsprinzipien ihren Ausdruck findet, sondern auch im Hinblick auf die als angemessen erachtete Vertretung politischer Anliegen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen. Da egalitaristische Personen mutmaßlich die prinzipielle Gleichbehandlung und den Einbezug der Interessen *aller* Gesellschaftsmitglieder in sozialpolitischen Belangen befürworten, sollten sie keine einseitigen Präferenzen zugunsten ihrer eigenen (Alters-)Gruppe aufweisen. Der Zusammenhang zwischen der Evaluation der Interessenvertretung und wohlfahrtsstaatlichen Präferenzen stellt sich vermutlich wie folgt dar: Personen mit einer egalitaristischen Grundhaltung, die die politische altersspezifische Interessenrepräsentation als ungenügend einschätzen, werden mit höherer Wahrscheinlichkeit einem hohen wohlfahrtsstaatlichen Engagement zustimmen. Der Effekt sollte also unabhängig vom Alter des Befragten einen gleichgerichteten Einfluss auf wohlfahrtsstaatliche Präferenzen ausüben. Für die Untersuchung wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen in alten (jungen) Politikbereichen wird die Information für die Interessenvertretung der älteren (jüngeren) Altersgruppe verwendet.

Altersspezifische Interessenvertretung. Die unzureichende Repräsentation der politischen Anliegen von Jüngeren und Älteren, die einen Prädiktor von Perzeptionen intergenerationeller Einstellungsdifferenzen darstellt, wird über dieselben zwei Indikatoren operationalisiert, die auch zur Abbildung von egalitaristischen Gerechtigkeitsideologien eingesetzt werden.

Politische Prädispositionen. Zur Operationalisierung politischer Prädispositionen wird die Frage nach der Parteiidentifikation verwendet, die in der hier verwendeten Form seit einigen Jahren Anwendung in der deutschen Umfrageforschung findet.¹⁰³ Sie zielt darauf ab, die langfristige individuelle parteipolitische Ausrichtung zu erfassen; die Partei wird dabei ungestützt abgefragt. In den Regressionsanalysen werden fünf Dummyvariablen verwendet. Die Effekte für die Anhänger von SPD, FDP, den Grünen, der Linken sowie von Personen, die sich keiner oder einer anderen Partei als den fünf genannten verbunden fühlen, werden Anhängern der CDU/CSU vergleichend gegenübergestellt. Personen, die keine Angabe zu ihrer Parteiidentifikation machten, sind der Kategorie „keine/andere Partei“ zugeordnet. Innerhalb dieser Kategorie haben 76 Prozent keine Parteiidentifikation, 21 Prozent gaben hierzu keine Auskunft. Andere außer den fünf genannten Parteien werden folglich nur von einem sehr kleinen Personenkreis berichtet.

Verfassungsgericht hat Einflussmöglichkeiten auf sozialstaatliche Regelungen, die in ihren Konsequenzen die Lebenswelt der Bürger betreffen.

¹⁰³ Probeweise wurde auch die Links-Rechts-Selbstverortung in die Analysen eingebracht (nicht gezeigt). Da der Einbezug keinen nennenswerten Erkenntnisgewinn erbrachte und der Anteil fehlender Werte mit fast acht Prozent vergleichsweise hoch ausfällt, wurde diese Variable nicht in die Analysen einbezogen.

Gesamtgesellschaftliche intergenerationelle Beziehungen. Die Operationalisierung des wahrgenommenen Zustands der intergenerationellen Beziehungen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene erfolgt über zwei Items, die gegenseitige Hilfeleistungen erfassen. Ein hohes Ausmaß von Unterstützung wird als eine positive Bewertung der Beziehungen interpretiert. Die Art der erbrachten Hilfe wird nicht spezifiziert. Bei der ersten Frage geht es darum, in welchem Ausmaß die Befragten Unterstützungsleistungen der Jüngeren für die Älteren wahrnehmen. Die zweite Frage betrifft Hilfen der Älteren für die Jüngeren. Die fünf Antwortkategorien reichen von „*sehr starke Unterstützung*“ bis „*gar keine Unterstützung*“.

Konsequenzen der Bevölkerungsalterung. Zur Operationalisierung der wahrgenommenen Problematik aufgrund der gesellschaftlichen Alterung liegen zwei Items vor. Unter Verweis auf die alternde Bevölkerung wurde gefragt, inwieweit daraus zukünftig nationale Probleme erwachsen werden. Fünf Antwortkategorien von „*sehr starke*“ bis „*keine Probleme*“ standen zur Verfügung. Aufgrund des Zukunftsbezugs in der Frageformulierung wird dieser Indikator nur bei der Untersuchung der Wahrnehmung *prospektiver* intergenerationeller Einstellungsunterschiede eingesetzt. Darüber hinaus wurde die wahrgenommene Belastung der Jüngeren anhand der Zustimmung zu folgender Aussage auf einer fünfstufigen Skala erfasst: „*Die Älteren leben auf Kosten der nachfolgenden Generationen*“.

Die Tabellen 4 und 5 enthalten Übersichten über die verwendeten Indikatoren der unabhängigen Variablen. Für die Analysen werden alle Variablen auf einen Wertebereich von Null bis Eins codiert. Neben der Anzahl der Ausprägungen enthalten die Tabellen Informationen zur Codierung und zu den vermuteten Wirkungszusammenhängen. In Tabelle A.2 im Anhang sind Lage- und Streuungsmaße der unabhängigen Variablen (hier ohne Trennung nach abhängigem Konstrukt) abgetragen.¹⁰⁴

¹⁰⁴ Die Berechnung statistischer Kennwerte und die Anwendung multivariater Methoden hängen vom Skalenniveau der interessierenden Variablen ab. Im Gegensatz zu ordinalskalierten Merkmalen sind bei metrischen Merkmalen zusätzliche Maßzahlen zulässig. Da die Verfahren zur Untersuchung metrischer Variablen sehr robust sind, werden sie in der wissenschaftlichen Praxis häufig auch bei ordinalskalierten Variablen eingesetzt (siehe Maier et al. 2000: 37). So wird auch in dieser Arbeit verfahren. Unabhängig davon, ob die hier untersuchten Variablen mit fünf Ausprägungen als ordinal oder metrisch einzustufen sind, werden sie als quasi-metrisch betrachtet. Demgemäß bietet sich die Mittelwertberechnung (sowie im weiteren Verlauf der Analysen die Berechnung des Korrelationskoeffizienten Pearsons r und die Schätzung linearer Regressionsmodelle) an.

Tabelle 4: Übersicht über die Indikatoren der Determinanten wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen

	Gewünschte staatliche Verantwortung und Leistungshöhe		
	(1: Hohe staatl. Verantwortung bzw. sehr viel höhere Leistungen, 11 bzw. 5 Ausprägungen)		
	Anzahl der Ausprägungen	Alte Politikfelder	Junge Politikfelder
Alter (Referenzkategorie: 18-35 Jahre)			
36-59 Jahre	2	o	o
≥ 60 Jahre (Interessenorientierung)	2	o	-
≥ 60 Jahre (Wertorientierung)	2	-/+	-/+
Geschlecht			
(1: Frau)	2	+	+
Kinder			
(1: Ja)	2		+
Wohnregion			
(1: Ostdeutschland)	2	+	+
Bildung			
(1: Hoch)	3	-	- (Familie) + (Bildung)
Erwerbstätigkeit			
(1: Erwerbstätig)	2	-	-
Subjektive Schichtestufung			
(1: Oberschicht)	5	-	-
Eigene Wirtschaftslage (aktuell/prospektiv)			
(1: Sehr schlecht)	5	-/+	-/+
Sorgen im Hinblick auf die eigene Altersabsicherung			
(1: Große Sorgen)	5	-/+	
Allgemeine Wirtschaftslage (aktuell/prospektiv)			
(1: Sehr schlecht)	5	-/+	-/+
Unzufriedenheit (bereichsspezifisch)			
(1: Sehr unzufrieden)	5	-/+	-/+
Politisches Vertrauen			
(1: Sehr hoch)	25	+	+
Unzureichende Interessenvertretung Jüngerer			
(1: Viel zu wenig vertreten)	5		+
Unzureichende Interessenvertretung Älterer			
(1: Viel zu wenig vertreten)	5	+	
Parteiidentifikation			
(1: Identifikation mit Partei X, Referenzkategorie: Personen, die sich mit der CDU/CSU identifizieren)			
SPD	2	o	o
FDP	2	-	-
Die Grünen	2	+	+
Die Linke	2	+	+
Keine/andere Partei	2	o	o

Anmerkungen: Alle Variablen sind von 0 bis 1 codiert. o: Keine Hypothese formuliert/kein Zusammenhang erwartet.
Farblich hervorgehoben: Keine empirische Prüfung.

Tabelle 5: Übersicht über die Indikatoren der Determinanten der Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden

	Anzahl der Ausprägungen	Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden (1: Sehr starke Gegensätze bzw. Konflikt wird ganz sicher eintreffen, 5 Ausprägungen)
Alter (Referenzkategorie: 18-35 Jahre)		
36-59 Jahre	2	0
≥ 60 Jahre	2	-
Geschlecht		
(1: Frau)	2	+
Kinder		
(1: Ja)	2	-
Wohnregion		
(1: Ostdeutschland)	2	0
Bildung		
(1: Hoch)	3	-/+
Sorgen im Hinblick auf die eigene finanzielle Altersabsicherung		
(1: Große Sorgen)	5	+
Allgemeine Wirtschaftslage (aktuell/prospektiv)		
(1: Sehr schlecht)	5	+
Unzufriedenheit (bereichsspezifisch)		
(1: Sehr unzufrieden)	5	+
Politisches Vertrauen		
(1: Sehr hoch)	25	-
Unzureichende Interessenvertretung Jüngerer		
(1: Viel zu wenig vertreten)	5	+
Unzureichende Interessenvertretung Älterer		
(1: Viel zu wenig vertreten)	5	+
Ältere unterstützen Jüngere		
(1: Sehr stark)	5	-
Jüngere unterstützen Ältere		
(1: Sehr stark)	5	-
Probleme durch demografischen Wandel		
(1: Sehr stark)	5	+
Ältere leben auf Kosten der Jüngeren		
(1: Stimme voll und ganz zu)	5	+

Anmerkung: Siehe Tabelle 4.

Abschließend sollen an dieser Stelle Zusammenhänge zwischen dem Alter und den übrigen unabhängigen Variablen thematisiert werden, die in späteren Analysen relevant werden. Diese vermitteln einen ersten Eindruck von der Komplexität, die mit der schwerpunktmäßigen Untersuchung der Rolle des Alterseffekts einhergeht und gibt – wenn auch an dieser Stelle notgedrungen noch unvollständige – Hinweise auf vermittelte Alterseffekte. Wie zu erwarten, gibt es zwischen dem Lebensalter und den übrigen unabhängigen Variablen plausible Zusammenhänge. Im Folgenden werden ausgewählte Befunde beschrieben, detaillierte Ergebnisse sind Tabelle A.3 im Anhang zu entnehmen. Ältere Personen sind im Vergleich zu Jüngeren tendenziell weniger unzufrieden mit dem Status Quo in den verschiedenen Politikbereichen, weniger besorgt mit Blick auf ihre eigene Altersabsicherung und bewerten ihre aktuelle Wirtschaftslage besser, ihre zukünftige hingegen schlechter. Sie haben häufiger eine Parteiidentifikation mit der CDU/CSU und der SPD, aber seltener mit den Grünen. Die politischen Interessen ihrer eigenen Altersgruppe sehen sie etwas schlechter vertreten und glauben im Gegenteil, dass Interessen der Jüngeren ausreichendere Berücksichtigung finden.

Sie nehmen ein höheres Ausmaß intergenerationeller Hilfe in der Gesellschaft wahr, dies gilt insbesondere wenn es um die Unterstützung der Jüngeren durch ihre eigene Altersgruppe geht, und sie sind weniger der Ansicht, dass die Älteren eine finanzielle Last für die Jüngeren darstellen. Sie haben mit einer höheren Wahrscheinlichkeit Kinder, sind seltener erwerbstätig¹⁰⁵ und haben einen niedrigeren formalen Bildungsgrad. Zudem ist der Anteil von Frauen unter Älteren höher.

¹⁰⁵ Erwartungsgemäß setzt sich die Gruppe der Nichterwerbstätigen je nach Alter unterschiedlich zusammen: Unter den Jüngeren fallen vornehmlich Studenten, Personen in Ausbildung, Wehr- oder Zivildienst sowie Arbeitslose in diese Kategorie. Bei Personen mittleren Alters sind es insbesondere Hausfrauen/-männer, Personen im (Vor)-Ruhestand/Pension und Arbeitslose. Unter den älteren Nichterwerbstätigen sind fast alle Rentner, Pensionäre oder Vorruheständler.

4. Empirische Betrachtung von intergenerationellen Unterschieden in wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen

4.1 Vorbemerkung

In den vorangegangenen Ausführungen wurde die Basis für die empirischen Analysen geschaffen, die in diesem Kapitel präsentiert werden. In Unterkapitel 4.3 liegt das Hauptaugenmerk auf der Beschreibung und Erklärung wohlfahrtsstaatlicher Präferenzen und hierbei insbesondere auf der Rolle des Alters als zentraler Determinante. Die den Untersuchungen zugrunde liegende übergeordnete Fragestellung, die in Unterabschnitt 2.3.1 aufgeworfen wurde, lautet: Welche Faktoren beeinflussen die Ausbildung von Wohlfahrtsstaatspräferenzen? Damit verbunden sind zwei weitere Fragen. Erstens, auf welche Art und Weise beeinflusst das Lebensalter wohlfahrtsstaatliche Präferenzen? Zweitens, unterscheidet sich die Einstellungsbildung zwischen Jüngeren und Älteren? In Unterkapitel 4.4 geht es um die Wahrnehmung intergenerationaler Einstellungsunterschiede. Aufgezeigt wird in diesem Zusammenhang auch, welche Relevanz dem Alt-Jung-Gegensatz im Vergleich zu anderen sozialen Konflikten zugeschrieben wird. Der Schwerpunkt liegt darauf, Erkenntnisse zu den Determinanten der Wahrnehmung von intergenerationalen Einstellungsunterschieden zu generieren, zu prüfen, ob sich diese zwischen Jüngeren und Älteren unterscheiden und zu klären, auf welchem Weg das Lebensalter wirksam wird. Die empirische Vorgehensweise ist in beiden Unterkapiteln gleich; sie wird im Folgenden grob skizziert. Eine ausführliche Vorstellung der Analysestrategie erfolgt in Unterkapitel 4.2.

In den Abschnitten 4.3.1 und 4.4.1 werden die in Kapitel 3 vorgestellten Indikatoren wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen und die Indikatoren von Wahrnehmungen intergenerationaler Einstellungsunterschieden vorgestellt. Die Korrelate dieser abhängigen Konstrukte werden in den Abschnitten 4.3.2 und 4.4.2 anhand von bivariaten Analysen in den Blick genommen. Hier werden zunächst altersspezifische Einstellungen anhand von Mittelwertunterschieden untersucht. Daran anschließende Zusammenhangsanalysen geben Hinweise auf weitere relevante Determinanten. Die Abschnitte 4.3.3 und 4.4.3 widmen sich der multivariaten Analyse. Um Aufschluss darüber zu gewinnen, von welchen Faktoren Unterschiede in wohlfahrtsstaatlichen Präferenzen einerseits und in der Wahrnehmung intergenerationaler Einstellungsunterschieden andererseits abhängen, werden zunächst Ergebnisse multipler linearer Regressionsmodelle vorgestellt (Unterabschnitte 4.3.3.1 und 4.4.3.1). In darauf aufbauenden Analysen liegt der Fokus auf dem Alterseffekt. Da das Alter mit vielen Prädiktoren im Zusammenhang steht, ist von der Existenz indirekter Alterseffekte auszugehen. Diese liegen vor, wenn der Alterseffekt vermittelt über andere Merkmale verläuft. Anhand von Pfadanalysen werden relevante intervenierende Variablen identifiziert und eine Zerlegung in totale, direkte und indirekte Alterseffekte vorgenommen (Unterabschnitte 4.3.3.2 und 4.4.3.2). Diese Analysen geben Hinweise darauf, *wie* das Lebensalter auf wohlfahrtsstaatliche Präferenzen und Perzeptionen intergenerationaler Unterschiede einwirkt. Schließlich werden für alle abhängigen Konstrukte altersspezifische Determinanten identifiziert. Dazu werden separate Regressionsmodelle für jüngere und ältere Befragte präsentiert (Unterabschnitte 4.3.3.3 und 4.4.3.3). Diese Moderatoranalysen zeigen auf, ob bestimmte Zusammenhänge zwischen Prädiktoren und abhängigen Variablen nur in einzelnen Altersgruppen bestehen. Trifft dies zu, ist

dies ein Hinweis auf unterschiedliche Einstellungsbildungsprozesse von Jüngeren und Älteren. Die zentralen Ergebnisse zu wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen (Abschnitt 4.3.4) und zu Wahrnehmungen von Einstellungsunterschieden (Abschnitt 4.4.4) werden zusammenfassend berichtet. Kapitel 4 schließt mit der deskriptiven Betrachtung des Verhältnisses von Existenz und Wahrnehmung intergenerationeller Differenzen in wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen in Unterkapitel 4.5.

4.2 Analytische Vorgehensweise

Die Analysen in den Unterkapiteln 4.3 und 4.4 liefern neue Erkenntnisse zu den Faktoren, mit denen wohlfahrtsstaatliche Präferenzen einerseits und Wahrnehmungen von intergenerationellen Einstellungsunterschieden andererseits erklärt werden können sowie zu der Rolle, die dem Lebensalter dabei zukommt. Die Analysen werden in mehrere Teilaspekte aufgeteilt, die ein jeweils unterschiedliches Erklärungsziel haben. Der Alterseffekt soll inhaltlich differenzierter betrachtet und ausführlicher beschrieben werden als zumeist üblich. Anhand der verschiedenen Analysen werden Erkenntnisse erzielt, die gewisse Rückschlüsse auf das intergenerationelle Konfliktpotenzial geben. Alle Untersuchungen in diesem Kapitel werden gewichtet durchgeführt. Dadurch ist sichergestellt, dass sie repräsentativ für die jeweils untersuchte Population sind.¹⁰⁶

Bevor komplexere Methoden zum Einsatz kommen, ist es hilfreich, Erkenntnisse zu den abhängigen Variablen in einer univariaten Betrachtung vorzustellen (Abschnitte 4.3.1 und 4.4.1). Diese vermitteln einen Eindruck vom Niveau der Anforderungen an wohlfahrtsstaatliches Handeln und von der Verbreitung von Dissensperzeptionen. Die bivariate Analyse wiederum gibt erste Aufschlüsse über altersspezifische Differenzen; hier werden Mittelwertvergleiche präsentiert. Analysen der Zusammenhänge zwischen den abhängigen Variablen und den weiteren Prädiktoren ergänzen diesen Analyseschritt (Abschnitte 4.3.2 und 4.4.2). Daran schließen multivariate Analysen an (Abschnitte 4.3.3 und 4.4.3). Im Unterschied zur bivariaten Analyse können die eigenständigen Einflüsse der verschiedenen Faktoren mit den verwendeten Verfahren exakter bestimmt werden, da sie unter gleichzeitiger Kontrolle der anderen Determinanten ermittelt werden. Die abhängigen Variablen haben bis auf die gewünschte staatliche Verantwortung (elf Ausprägungen) jeweils fünf Ausprägungen, daher werden lineare OLS-Regressionen berechnet; hierbei kommen robuste Standardfehler¹⁰⁷ zum Einsatz. Um unterschiedliche Aspekte der Prädiktoren, insbesondere des Alters, zu beleuchten, werden verschiedene Modellspezifikationen verwendet, die im Folgenden beschrieben werden.

¹⁰⁶ Grundlage für die Berechnung der Gewichte sind Daten der statistischen Landesämter, die als Referenzsollwerte dienen. Folgende Variablen(-kombinationen) wurden bei der Erstellung berücksichtigt: Wohnregion (Ostdeutschland (inkl. Berlin)/Westdeutschland, schwach/stark alternde Land-/Stadtkreise), Geschlecht, Schulabschluss (Hauptschule und niedriger, Realschule o.ä., Abitur), Alter (18-20, 21-30, 31-40, 41-50, 51-60, 61-70, 71-80, 80+), Bildung*Alter, Geschlecht*Bildung und Geschlecht*Alter. Die Berechnung der Gewichte wurde von Dr. Michael Bergmann durchgeführt, dem ein herzlicher Dank gebührt.

¹⁰⁷ Robuste Standardfehler haben den Vorteil, auch bei nicht-konstanter Verteilung der Residuen (Heteroskedastizität), was eine Verletzung der Anwendungsvoraussetzungen von Regressionsanalysen darstellt, verlässliche Punktschätzungen zu geben (siehe White 1980; Wooldridge 2009: 265-267).

Zunächst geht der Blick auf die Einflussfaktoren von wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen und von Perzeptionen intergenerationeller Einstellungsunterschiede in einer Gesamtbetrachtung (Unterabschnitte 4.3.3.1 und 4.4.3.1). Dazu werden multiple OLS-Regressionen geschätzt. Eingang in die Analyse finden alle in den Tabellen 4 und 5 (Kapitel 3) aufgelisteten Variablen. Obwohl zwischen den abhängigen Variablen und einzelnen Faktoren keine (oder nur sehr schwache) statistisch signifikanten bivariaten Zusammenhänge bestehen (Abschnitte 4.3.2 und 4.4.2), werden diese Merkmale dennoch als theoretisch relevante Variablen in die multivariate Betrachtung aufgenommen; womöglich stellen sich die Zusammenhänge unter Einbezug anderer Faktoren anders dar. Diese Analysen liefern empirische Evidenzen für den eigenständigen Einfluss der verschiedenen Prädiktoren unter Kontrolle der weiteren Erklärungsfaktoren. Das Lebensalter wird hier gruppiert eingebracht, dies dient der Kontrastierung der als Gewinner und Verlierer bezeichneten Altersgruppen. In Vorabanalysen wird geprüft, ob nicht-lineare Verläufe in den Alterseffekten beobachtet werden können.¹⁰⁸

Zusätzlich zu den in Tabelle 4 aufgelisteten unabhängigen Variablen werden in den Modellen zu wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen in jungen Politikbereichen zwei theoretisch plausible Interaktionsterme aufgenommen. Damit wird der Annahme nachgegangen, dass Elternschaft den Einfluss bestimmter Prädiktoren moderiert. Von Interesse sind hier die Auswirkungen, die von der Bewertung der Interessenvertretung der Jüngeren als unzureichend einerseits und von einer negativen Evaluation der wohlfahrtsstaatlichen Performanz in jungen Politikbereichen andererseits ausgehen. Zwei Wirkungsweisen sind vorstellbar. Zum einen liegt die Vermutung nahe, dass diese Effekte unter Eltern stärker ausfallen als unter Kinderlosen. Diese Mutmaßung gründet auf der Prämisse, dass die Tatsache, eigene Kinder zu haben, aufgrund der unmittelbaren Betroffenheit starke Auswirkungen zeitigt, die sich in stärkeren Effekten widerspiegeln sollte. Zum anderen kann angenommen werden, dass es unter Eltern wenn, dann im Gegenteil nur einen schwachen Einfluss der genannten Variablen gibt. Dies sollte dann zutreffend sein, wenn sie unabhängig von ihrer Unzufriedenheit oder der Einschätzung der Interessenrepräsentation Jüngerer ein hohes staatliches Engagement befürworten. Diese weitgehend stabile Präferenz auf hohem Niveau ergibt sich, so wird angenommen, aus der bloßen Tatsache, ein eigenes Kind zu haben. Bei Kinderlosen hingegen wird ein Einfluss im Einklang mit den theoretischen Annahmen unterstellt: Je unzufriedener sie sind bzw. je schlechter sie die Interessenrepräsentation Jüngerer evaluieren, umso stärker befürworten sie ein hohes wohlfahrtsstaatliches Engagement.

Die meisten Forschungsarbeiten basieren auf Erkenntnissen aus einstufigen Regressionsanalysen. In einigen Fällen werden schrittweise Regressionen durchgeführt, wobei der Fokus auf der Stärke des Alterseinflusses liegt; zumeist bedeutet dies genauer: Auf der Reduzierung derselben bei Hinzunahme weiterer Erklärungsfaktoren, gemessen an der Höhe des Betrages des Regressionskoeffizienten (siehe z.B. Logan/Spitze 1995: 358-360; Dallinger 2002: 670f.; Blome et al. 2008: 333; Ullrich 2008: 181-188). Von Interesse ist in diesen Studien vornehmlich, ob ein nennenswerter Einfluss des Lebensalters auch unter Kontrolle weiterer

¹⁰⁸ Die Annäherung an Einstellungsbildungsprozesse bleibt in gewisser Weise unvollständig, da die Prozess- und damit Zeitkomponente nur ansatzweise erfasst werden kann. Dennoch: Die hier durchgeführte Bestimmung relevanter Prädiktoren ist ein notwendiger Schritt zur Annäherung an diese Abläufe.

Prädiktoren bestehen bleibt. Kritisch anzumerken ist, dass die vielfältigen Zusammenhänge zwischen dem Alter und weiteren Einflussfaktoren bei diesem Vorgehen weitgehend unberücksichtigt bleiben. Dabei können diese Zusammenhänge ein Indiz für die Existenz indirekter Wirkungsweisen sein, die aufschlussreich sind, um detaillierter nachzuvollziehen, wie das Lebensalter seine Wirkung entfaltet. Die Berücksichtigung indirekter Effekte kann zudem zu anderen Schlussfolgerungen führen als wenn lediglich direkte Effekte einbezogen werden. Indirekte Alterseffekte sind daher zu prüfen – und dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund, dass das Alter häufig als Proxy verstanden wird.¹⁰⁹

In dieser Arbeit sollen indirekte Wirkungsweisen des Alters untersucht werden (Unterabschnitte 4.3.3.2 und 4.4.3.2). Die Befunde zu relevanten Prädiktoren aus den OLS-Regressionen sind in Zusammenschau mit substanziellen Zusammenhängen zwischen dem Alter und diesen anderen Prädiktoren ein erstes Indiz für deren Existenz. Um die Mechanismen von Alterseffekten inhaltlich stärker zu differenzieren, werden zweistufige Pfadmodelle spezifiziert: Auf der ersten Stufe sind die exogenen Merkmale Alter, Geschlecht und Wohnregion verortet. Auf der zweiten Stufe werden alle weiteren Determinanten aus den o.g. OLS-Regressionen eingebracht.¹¹⁰ Die dritte Stufe bildet die jeweilige abhängige Variable. Von jeder Ebene auf die nachgelagerte Ebene werden Effekte zugelassen, d.h. alle möglichen Pfade von der ersten auf die zweite und dritte sowie von der zweiten auf die dritte Stufe. Pfadmodelle ermöglichen eine Zerlegung des Alterseinflusses in totale, direkte und indirekte Effekte. Der direkte Effekt weist den unmittelbaren, eigenständigen Einfluss unter Kontrolle der weiteren Prädiktoren aus und entspricht dem Alterseffekt, der in einstufigen OLS-Regressionen ermittelt wird. Der indirekte Effekt hingegen erfasst den Alterseinfluss, der über Prädiktoren auf der zweiten Stufe vermittelt wird. Die einzelnen indirekten Alterseffekte entsprechen dem Produkt der jeweiligen zwei Regressionskoeffizienten. Sie können unabhängig von der Skalierung der intervenierenden Variablen innerhalb eines Modells miteinander verglichen werden (siehe Hayes et al. 2011: 452). Der zur Prüfung der statistischen Signifikanz benötigte Standardfehler des indirekten Effekts wird nach dem gängigen Verfahren von Sobel (1982) ermittelt. Der totale Effekt ist definiert als die Summe aus direktem und indirektem Effekt.

¹⁰⁹ Man könnte sogar den theoretischen Standpunkt vertreten, dass das Lebensalter keinen eigenständigen Effekt ausübt, sondern nur vermittelt über andere Variablen wirksam ist. In der Realität wird es allerdings mit großer Wahrscheinlichkeit nicht möglich sein, *alle* Merkmale zu inkludieren, mit denen Alterseffekte in Verbindung gebracht werden können und die als intervenierende Variablen in Erscheinung treten könnten.

¹¹⁰ Pfadmodelle sind das Ergebnis mehrerer Regressionen und werden v.a. zur Untersuchung kausaler Prozesse eingesetzt. Damit ist eine große Nähe zu Strukturgleichungsmodellen gegeben. Der größte Unterschied besteht darin, dass konfirmatorische Faktorenanalysen zur Messung latenter Konstrukte kein Bestandteil von Pfadmodellen sind; zu Pfadanalysen siehe etwa Acock (2013: 59-113). In dieser Arbeit werden multiple Regressionen für die abhängige Variable und bivariate Regressionen für jedes intervenierende Merkmal berechnet. Die Anzahl der Ausprägungen der intervenierenden Variablen schwankt zwischen zwei und fünf. Für die Untersuchung von dichotomen Merkmalen werden üblicherweise logistische Regressionen geschätzt. Die Anwendung verschiedener regressionsanalytischer Verfahren innerhalb eines Pfadmodells erlaubt allerdings weder instruktive Vergleiche der Koeffizienten noch sinnvolle Berechnungen der indirekten Effekte. Um diesen Nachteilen zu begegnen, werden ausschließlich OLS-Regressionen verwendet. Dies erscheint auch deshalb gerechtfertigt, da die Ergebnisse beider Verfahren eine sehr hohe Ähnlichkeit aufweisen (siehe Plischke 2014: 235f.).

Zwei Aspekte sind bei der Untersuchung vermittelter Alterseffekte besonders interessant. Dies ist zum einen die Rolle der intervenierenden Variablen: Fällt die Richtung des indirekten so aus wie die des direkten Effekts, wird der in den einstufigen OLS-Regressionen festgestellte Zusammenhang zwischen dem Alter und der abhängigen Variablen durch Berücksichtigung des indirekten Effekts quasi „verstärkt“; der totale Effekt ist dadurch vom Betrag her größer als der direkte Effekt. Anders formuliert: Der Alterseffekt wurde in den einstufigen OLS-Regressionen aufgrund gleichgerichteter indirekter Effekte unterschätzt. Fällt die Richtung von direktem und indirektem Effekt hingegen unterschiedlich aus, ist das Gegenteil der Fall: Die in den OLS-Regressionen beobachtete Beziehung zwischen dem Alter und der abhängigen Variable wird durch die Berücksichtigung des indirekten Effekts gleichsam „abgeschwächt“; der totale Effekt fällt vom Betrag her niedriger aus als der direkte Effekt.¹¹¹ Da gleichzeitig mehrere indirekte Effekte vorliegen können, sind Höhe und Richtung des *gesamten* indirekten Effekts (quasi der Nettoeffekt) von Interesse. Die Pfadanalysen klären somit darüber auf, ob Einflüsse des Lebensalters in den einstufigen OLS-Regressionen aufgrund der Nichtberücksichtigung von indirekten Wirkungsweisen über intervenierende Variablen unter- oder überschätzt werden (siehe Bollen 1989: 50-52; King et al. 1994: 171f.; Rucker et al. 2011: 366f.; Urban/Mayerl 2011: 305f.).

Von Interesse ist zum anderen eine Zerlegung des gesamten indirekten Alterseffekts in die einzelnen Komponenten. Es besteht theoretisch die Möglichkeit, dass sich einzelne positive und negative indirekte Alterseffekte gegenseitig aufheben und der gesamte indirekte Alterseffekt deswegen nahe bei Null liegt. Auch in diesen Fällen verspricht die Identifizierung relevanter intervenierender Variablen tiefere Kenntnisse über die dem Lebensalterseffekt unterliegenden kausalen Strukturen. Substanzielle Alterseffekte können diesen Ausführungen gemäß auch dann vorliegen, wenn in den OLS-Regressionen keine entsprechenden Hinweise in Form von direkten Effekten beobachtet wurden. Diese Herangehensweise geht damit über das Vorgehen anderer Studien mit vergleichbarem Analyseziel hinaus, in denen diese Möglichkeiten der empirischen Analyse nicht ausgeschöpft wurden. In dieser Arbeit soll ein Schritt in diese Richtung getan werden.

Die beschriebenen Analysen sind nicht dazu geeignet, altersspezifische Determinanten, d.h. zwischen Jüngeren und Älteren differierende Einflussfaktoren, zu identifizieren. Diesem Sachverhalt wird in den Unterabschnitten 4.3.3.3 und 4.4.3.3 nachgegangen. Dazu werden für beide Altersgruppen getrennte Regressionsmodelle präsentiert. Die Gruppe der Mittelalten wird aus diesen Analysen ausgeschlossen.¹¹² Zwischen Jüngeren und Älteren sollten sich die größten Unterschiede zeigen; damit wird quasi der „Extremfall“ abgebildet. Den Kern einer solchen Moderatoranalyse bildet die Frage, ob das Lebensalter den Einfluss anderer Prädik-

¹¹¹ In der Literatur finden sich auch die Bezeichnungen Mediatorvariable (für intervenierende Variablen, über die gleichgerichtete Effekte verlaufen) und Suppressorvariable (für intervenierende Variablen, über die entgegengesetzte Effekte verlaufen; siehe Rucker et al. 2011: 367). Diese sprachliche Unterscheidung wird in dieser Arbeit nicht getroffen, stattdessen wird der Begriff Mediatorvariablen oder Mediatoren verwendet. Nicht zuletzt, da „Mediation“ Vermittlungsprozesse und nicht speziell verstärkende Prozesse bezeichnet, wird diese Sprachregelung bevorzugt.

¹¹² Dies erscheint gerechtfertigt, da sie sich bei allen betrachteten Einstellungsvariablen zwischen den beiden anderen Altersgruppen platzieren (Abschnitte 4.3.2 und 4.4.2) und auch die Analysen in den Unterabschnitten 4.3.3.1 und 4.4.3.1 keine Indizien liefern, die ein anderes Vorgehen nahelegen.

toren moderiert. Anders formuliert: Gibt es Faktoren, die nur in der einen oder in der anderen Altersgruppe eine Wirkung auf wohlfahrtsstaatliche Einstellungen bzw. die Wahrnehmung intergenerationeller Einstellungsunterschiede entfalten? Wenn sich herausstellt, dass sich Ältere und Jüngere in der Herausbildung ihrer wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen unterscheiden und/oder ihre Wahrnehmung intergenerationeller Einstellungsunterschiede durch andere Faktoren beeinflusst wird, ist dies ein Hinweis darauf, dass ihre Einstellungen und Wahrnehmungen möglicherweise (weiter) auseinanderdriften könnten. In Abschnitt 2.3.2 wurden entsprechende Vermutungen über altersspezifische Determinanten von Wohlfahrtspräferenzen angebracht: Theoretisch denkbar ist z.B., dass Effekte der Wohnregion und von Elternschaft auf Einstellungen zum gewünschten wohlfahrtsstaatlichen Engagement unter Älteren stärker ausfallen als unter Jüngeren. Weitere derartige Vermutungen können formuliert werden. Da bislang wenig über altersspezifische Einstellungs- und Wahrnehmungsfaktoren bekannt ist, sind diese Analysen in jedem Fall aufschlussreich.

Aus Darstellungsgründen sowie zur intuitiveren Interpretation wird die Präsentation getrennter Regressionsmodelle bevorzugt. Hier zeigen sich statistisch signifikante Determinanten in den Altersgruppen. Um altersspezifische Faktoren zu identifizieren, ist es allerdings nicht ausreichend, lediglich die Signifikanz der Prädiktoren innerhalb der Gruppen zu betrachten. Diese Betrachtungsweise übersieht, dass der Unterschied zwischen einer in der einen Gruppe statistisch signifikanten und einer in der anderen Gruppe statistisch nicht signifikanten Determinante selbst nicht zwangsläufig ebenfalls statistisch signifikant ausfällt. Die Signifikanz gibt lediglich an, ob der Koeffizient *innerhalb* der jeweiligen Altersgruppe von Null verschieden ist. Ob dies auf die Differenz zwischen den Koeffizienten ebenfalls zutrifft, und der Einfluss des jeweiligen Faktors somit *zwischen* den Altersgruppen signifikant verschieden ausfällt, ist damit keineswegs geklärt. Von besonderem Interesse sind daher die Differenzen zwischen den Koeffizienten für die ältere und die jüngere Altersgruppe. Es werden die gemeinsamen Standardfehler¹¹³ dieser Koeffizientendifferenzen berechnet und unter Anwendung der üblichen statistischen Verfahren ermittelt, ob die Koeffizientendifferenzen das Kriterium statistischer Signifikanz erfüllen (siehe Gelman/Stern 2006). In den Fällen, in denen statistisch signifikante Differenzen nachgewiesen werden, werden die Ergebnisse grafisch veranschaulicht und interpretiert.¹¹⁴

¹¹³ Dieser entspricht der Wurzel aus der Summe der quadrierten Standardfehler der beiden altersspezifischen Regressionskoeffizienten.

¹¹⁴ In einem voll interagierten Regressionsmodell (d.h. einem Modell, in dem jede unabhängige Variable multipliziert mit der Altersdummyvariablen eingebracht wird) werden die gleichen Ergebnisse erzielt wie in den separaten Regressionsmodellen. Die Koeffizientendifferenzen entsprechen den jeweiligen Interaktionstermen in einem voll interagierten Modell. Da die Fallzahlen in den Altersgruppen bei circa 1000 liegen, stellt die gruppenspezifische Schätzung in der vorliegenden Arbeit keinen Nachteil dar. Die Robustheit der Ergebnisse wurde zudem durch den Vergleich mit voll interagierten Modellen festgestellt (nicht gezeigt). Neben Darstellungsgründen spricht ein methodischer Aspekt für die getrennte Berechnung. Anhand eines voll interagierten Modells lässt sich erstens feststellen, welche Prädiktoren in einer der beiden betrachteten Altersgruppen (wenn die zugrunde Altersvariable 0/1-codiert ist, sind das die Koeffizienten der mit 0 codierten Altersgruppe) statistisch signifikant sind. Zweitens geben die Interaktionsterme Aufschluss über die Differenzen der Koeffizienten zwischen den beiden Altersgruppen und ob diese statistisch signifikant ausfallen. Über einfache Additionen lassen sich dann die Koeffizienten der anderen Altersgruppe berechnen. Verloren geht allerdings die Information, ob diese Effekte in der anderen Altersgruppe statistisch

Es sei an dieser Stelle angemerkt, dass Regressionsanalysen per se kein Instrument zur Identifizierung von Prädiktoren darstellen; diese kann nur auf Basis theoretischer Überlegungen erfolgen. Regressionsanalysen sind aber eine Methode, um die statistische Signifikanz eines Einflussfaktors zu ermitteln – unter der Annahme, dass dieser inhaltlich relevant ist. Gänzlich ausgeschlossen werden kann daher nie, dass z.B. relevante Faktoren nicht einbezogen wurden. Schließlich besteht eine gewisse Unsicherheit im Hinblick auf die in Regressionsanalysen unterstellte Kausalitätsbeziehung zwischen unabhängigen und abhängigen Variablen, v.a. bei der Verwendung von Querschnittsdaten. Dieses Problem kann nicht gelöst werden. Theoretische Überlegungen versprechen auch hier am ehesten einen geeigneten Rahmen für die empirischen Analysen zu schaffen. Methodische Grenzen dürfen aber keine Gründe dafür sein, Analysen von vornherein nicht durchzuführen; nur so können neue Erkenntnisse generiert werden. Die Möglichkeit der Vertauschung der unabhängigen mit intervenierenden Variablen stellt im vorliegenden Fall glücklicherweise kein Problem dar: Das Lebensalter ist eindeutig ein bedingendes und kein bedingtes Merkmal und kann demnach unzweifelhaft nicht die Rolle eines Mediators einnehmen.

Für die Regressionsanalysen werden alle unabhängigen Variablen mit mehr als zwei Ausprägungen zentriert, d.h. von den einzelnen Beobachtungen wird der Stichprobenmittelwert subtrahiert. Dadurch ändert sich der Wertebereich, nicht aber die Verteilung der Variablen. Der Stichprobendurchschnitt entspricht nach der Zentrierung dem Wert Null. Die Zentrierung hat mehrere Vorteile. Erstens ist diese Vorgehensweise vorteilhaft bei der Analyse von Interaktionen. Es ist zu beachten, dass die Haupteffekte von Interaktionstermen in Regressionsmodellen nur noch konditional zu interpretieren sind (siehe Brambor et al. 2006: 71f.). In den späteren Regressionen werden zwei Interaktionen betrachtet, die jeweils das Produkt einer metrischen Variablen mit einem dichotomen Merkmal (Elternschaft) darstellen. Der Haupteffekt der metrischen Variablen gilt nur unter der Voraussetzung, dass das dichotome Merkmal Elternschaft den Wert Null hat. Hier ist der Vorteil der Zentrierung nicht offenkundig. Der Haupteffekt der Elternschaft wiederum lässt sich nach Zentrierung des metrischen Merkmals als die Veränderung in der abhängigen Variablen für Personen interpretieren, die einen durchschnittlichen Wert bei diesem metrischen Merkmal aufweisen.¹¹⁵ Ohne Zentrierung stünde dieser Effekt für die Ausprägung Null in der metrischen Variablen. Dieser Wert ist allerdings häufig unplausibel, exemplarisch hierfür sind das Einkommen und das Alter zu nennen. Die Zentrierung erlaubt also häufig eine inhaltlich zufriedenstellendere Interpretation der Haupteffekte (siehe Lohmann 2010: 679f.). Für die hier vorliegenden Analysen wird die Zentrierung insbesondere deswegen angewandt, weil die Kategorie Null vergleichsweise schwach besetzt ist. Zweitens, und damit zusammenhängend, ermöglicht die Zentrierung eine sinnvollere Interpretation der Regressionskonstanten, da sie Auskunft über den Erwartungswert gibt, wenn metrische Einflussfaktoren ihren Mittelwert (und nicht den Wert Null) annehmen. Nach Ansicht einiger Autoren reduziert die Zentrierung zudem drittens

signifikant ausfallen (siehe Brambor et al. 2006: 74).

¹¹⁵ Wenn dasselbe 0/1-codierte Merkmal (Elternschaft) Bestandteil mehrerer Interaktionsterme in einem Modell ist und die jeweiligen metrischen Merkmale zentriert wurden, gilt der Haupteffekt für Elternschaft für Personen, die in *allen* Interaktionen betrachteten metrischen Merkmalen dem jeweiligen Stichprobenmittelwert entsprechen.

das Ausmaß von Multikollinearität. Multikollinearität liegt bei hohen Korrelationen zwischen den unabhängigen Variablen vor und erhöht sich durch die Aufnahme von Interaktionstermen. Sie führt im Allgemeinen zu einer Zunahme des Standardfehlers der geschätzten Koeffizienten. Die Konfidenzintervalle der Regressionskoeffizienten werden dadurch größer, die Schätzungen also unsicherer und tendenziell häufiger insignifikant. Die Höhe des Koeffizienten selbst ist davon nicht betroffen (zu dieser Thematik siehe u.a. Cronbach 1987; Aiken/West 1993: 35f.; Wooldridge 2009: 95-99, 137). Dieses Problem ist für die vorliegenden Analysen allerdings weniger entscheidend, da das Ausmaß von Multikollinearität, ermittelt über einen gängigen Kennwert (Variance Inflation Factor (VIF)), durchgängig annehmbare Werte aufweist. Darauf wird an entsprechender Stelle eingegangen.¹¹⁶

Schließlich ist anzumerken, dass die Einträge in allen Regressionstabellen in dieser Arbeit unstandardisierte Regressionskoeffizienten sind. Diese geben Aufschluss über die Veränderung in der abhängigen Variablen, wenn die unabhängige Variable sich über ihre größtmögliche Schwankungsbreite verändert, d.h. von ihrem Minimal- (0) zum Maximalwert (1). Eine uneingeschränkte Vergleichbarkeit der Koeffizienten ist dadurch nicht gegeben. Z.B. ist eine Veränderung der Dummyvariablen für das Geschlecht mit einer Einstellungsveränderung von sehr zufrieden zu sehr unzufrieden nicht sinnvoll miteinander zu vergleichen. Prädiktoren mit gleicher Kategorienanzahl hingegen können durchaus miteinander verglichen werden. Inwieweit ein inhaltlicher Vergleich sinnvoll ist, muss allerdings von Fall zu Fall entschieden werden. Diese Darstellung wird der Präsentation standardisierter Koeffizienten vorgezogen, die ebenfalls nur eingeschränkt miteinander vergleichbar sind (siehe King 1986: 669-674). Ein Grund für deren Unvergleichbarkeit ist z.B., dass es bei bivariaten Merkmalen wenig sinnvoll ist, von Veränderungen der unabhängigen Variablen um eine Standardabweichung zu sprechen.

4.3 Die Existenz von intergenerationellen Einstellungsunterschieden

4.3.1 *Univariate Betrachtung wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen*

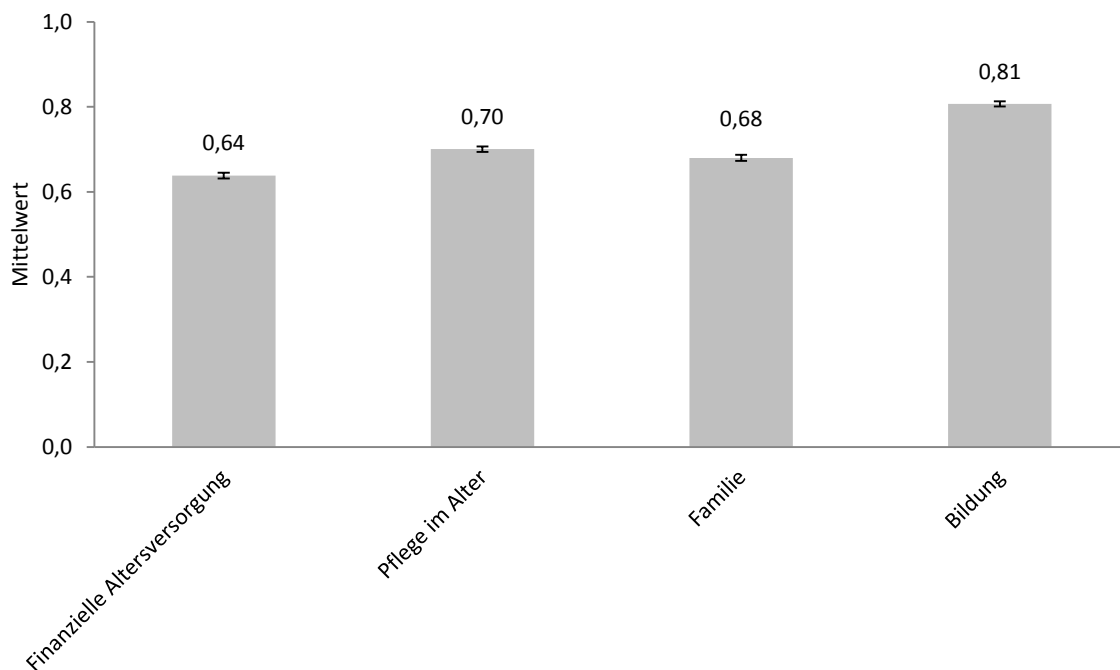
Gewünschte staatliche Verantwortung. Nachdem die verwendeten Indikatoren vorgestellt und die Analysestrategie dargelegt wurde, kann die inhaltliche Betrachtung erfolgen. Zunächst geht es um wohlfahrtsstaatliche Präferenzen. Untersucht wird zuerst die gewünschte staatliche Verantwortung in alten und jungen Politikbereichen. In Abbildung 2 sind die Mittelwerte mit ihren 95 Prozent-Konfidenzintervallen abgetragen. Bei dieser Frage waren fast alle Befragten fähig oder willens, ihre Einschätzung abzugeben, der Anteil fehlender Werte übersteigt in keinem Politikfeld drei Prozent. Insgesamt befürworten die Befragten eine hohe staatliche Verantwortlichkeit; alle Werte liegen über dem Skalenmittelwert von 0,5. Diese

¹¹⁶ Die Zentrierung nicht dichotomer Prädiktoren wurde erst nach der Regressionsanalyse durchgeführt, ebenso wurde das Gewicht nach einer ersten Berechnung erneut auf eins gebracht. Dieses Vorgehen ist nötig, da aufgrund fehlender Werte Fallverluste in den Regressionen auftreten, die leichte Veränderungen in den Mittelwerten der unabhängigen Variablen und des Gewichts bewirken. Nach diesem Schritt wurden die Modelle erneut geschätzt. Die Ergebnisse dieser letzten Schätzungen werden in diesem Kapitel präsentiert. Die Analysen wurden auch ohne ein korrigiertes Gewicht durchgeführt, wobei keine nennenswerten Unterschiede auftraten (nicht gezeigt).

Ergebnisse sind im Einklang mit den Erkenntnissen vergangener Studien für Deutschland (siehe Roller 1992: 110-121, 1998: 92, 94, 2012: 344; Papadakis/Bean 1993: 234; Krüger 1999: 289; Andreß et al. 2001: 108; Ullrich 2008: 104-110; 116-120).

Weiter zeigt sich, dass die Befragten zwischen verschiedenen Politikbereichen differenzieren. Dies wird durch die nicht überlappenden Konfidenzintervalle indiziert. Vergleichsweise am wenigsten verantwortlich wird der Staat im Bereich der finanziellen Altersversorgung gesehen, gefolgt von den Bereichen Familie und Pflege im Alter; die stärkste Verantwortlichkeit wird ihm im Bildungsbereich zugeschrieben. Auch wenn dieses Ergebnis darauf hinweist, dass eine differenzierte Beurteilung der Politikbereiche vorgenommen wird, ist einschränkend anzumerken, dass die meisten Unterschiede eher moderat (und vermutlich aufgrund der hohen Fallzahl statistisch signifikant) ausfallen; z.B. beträgt die geringste Mittelwertdifferenz zwischen den Bereichen Pflege und Familie nur eine Fünftel Skaleneinheit. Die Abstände zwischen dem Bildungsbereich und den anderen Politikfeldern wiederum fallen mit einer bis 1,7 Skaleneinheiten substantieller aus.

Abbildung 2: Durchschnittliche gewünschte staatliche Verantwortung in verschiedenen Politikbereichen



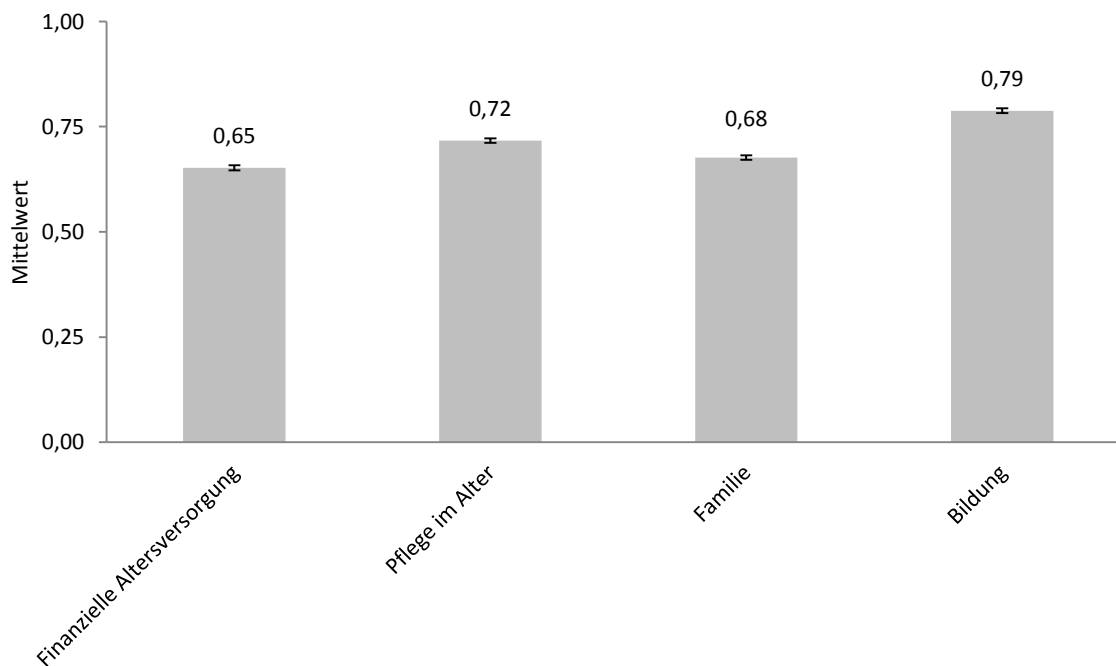
Anmerkungen: Gemessen auf einer 11er-Skala von 0 (Staat sollte überhaupt nicht verantwortlich sein) bis 1 (Staat sollte voll und ganz verantwortlich sein). Fallzahlen: 3827-3873.

Tabelle A.4 im Anhang enthält detailliertere Angaben zu den Verteilungen, u.a. die prozentualen Anteile der Befragten, die sich für eine hohe (niedrige) staatliche Zuständigkeit aussprechen. Dazu wurden die vier Kategorien am oberen (unteren) Ende der 11er-Skala zusammengefasst. Die Zustimmung zu hoher staatlicher Verantwortung schwankt zwischen 46 Prozent bei der finanziellen Altersversorgung und 80 Prozent im Bildungsbereich. Die Werte für die Familienpolitik und die Pflege im Alter liegen mit ungefähr 60 Prozent dazwischen. Demgegenüber präferiert jeweils nur eine Minderheit ein niedriges Niveau staatlicher Verantwor-

tung. Die Anteile variieren zwischen lediglich zwei Prozent im Bildungsbereich und acht Prozent im Bereich der finanziellen Altersversorgung. Mit Ausnahme des letztgenannten Bereichs, in dem die Anteile für mittlere und hohe Verantwortungszuschreibungen gleich hoch ausfallen, sieht mehr als jeder Zweite den Staat als in hohem Maße verantwortlich an.

Gewünschte staatliche Leistungshöhe. Ob der Staat nicht nur als sehr verantwortlich gesehen wird, sondern nach Ansicht der Befragten auch in höherem Ausmaß tätig werden sollte, wird in den folgenden Abschnitten beschrieben. In Abbildung 3 sind die durchschnittlichen gewünschten Leistungshöhen abgetragen. Im Vergleich zu den Einstellungen zum Umfang staatlicher Verantwortung ist der Anteil fehlender Werte etwas höher, überschreitet aber in keinem Politikbereich sechs Prozent. Insgesamt ist eine starke Zustimmung zu Leistungserhöhungen festzustellen, alle Mittelwerte liegen über dem Skalenmittelwert von 0,5. Die deutliche Ablehnung von Leistungskürzungen und demgegenüber starke Befürwortung von Leistungssteigerungen in der deutschen Bevölkerung wurde bereits in der Vergangenheit belegt (siehe Roller 1992: 124-128, 1998: 97f.; Papadakis/Bean 1993; Pettersen 1995: 214; Andreß et al. 2001: 110; Dallinger 2002; Krömmelbein et al. 2007: 99f; Ullrich 2008: 110-114; Trüdinger 2011: 101). Auch hier werden nicht alle Politikbereiche gleichermaßen als förderungswürdig eingestuft. Die Reihenfolge der Politikbereiche ist identisch zu der bei der gewünschten staatlichen Verantwortung. Erneut sind diese Differenzen in den meisten Fällen allerdings eher gering; der größte Unterschied mit etwas mehr als einer halben Skaleneinheit besteht zwischen dem Bildungsbereich und der finanziellen Altersversorgung.

Abbildung 3: Durchschnittliche gewünschte staatliche Leistungshöhe in verschiedenen Politikbereichen



Anmerkungen: Gemessen auf einer 5er-Skala von 0 (Staat sollte weniger Geld ausgeben) bis 1 (Staat sollte viel mehr Geld ausgeben). Fallzahlen: 3707-3815.

Eine detailliertere Betrachtung der Verteilung (Tabelle A.4 im Anhang) zeigt, wie bereits angeklungen, dass sich nur ein geringer Anteil der Befragten für eine Senkung der staatlichen Ausgaben ausspricht: Im Bildungsbereich ist es weniger als ein Prozent, der vergleichsweise höchste, dennoch eher moderate Wert von fünf Prozent liegt in Bezug auf die finanzielle Altersversorgung vor. Häufiger vertreten als Kürzungsbefürworter sind Personen, die die Beibehaltung des Status Quo wünschen. Im Bildungsbereich ist dies fast jeder Siebte, bei der Pflege im Alter rund jeder Vierte, und in den beiden verbleibenden Bereichen mehr als jeder Dritte. Wie bereits erwähnt, plädiert eine deutliche Mehrheit der Befragten – und das unabhängig vom konkreten Handlungsfeld – für Ausgabensteigerungen: Bei der finanziellen Versorgung von Älteren und Familien gilt dies für ungefähr drei von fünf Befragten, hinsichtlich der Pflege im Alter für drei von vier Befragten. Eine Erhöhung der Leistungen im Bildungssektor fordern sogar 85 Prozent. Wenn zwischen den Kategorien „mehr“ und „sehr viel mehr“ unterschieden wird, verstärkt sich der Eindruck, wonach die Befragten den größten Finanzierungsbedarf im Bildungsbereich sehen.¹¹⁷

Augenfällig bei der Inspektion der Mittelwerte (Abbildungen 2 und 3) sind die nahezu identischen numerischen Werte für die staatliche Verantwortung und die staatliche Leistungshöhe (obwohl verschiedene Skalen zum Einsatz kamen). Dieses Ergebnis führt zu der Vermutung, dass die verwendeten Items womöglich nicht ausreichend trennscharf sind und entgegen der Intention keine unterschiedlichen Aspekte wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen gemessen wurden. Dagegen sprechen die Ergebnisse bivariater Korrelationen (Pearsons r) in Tabelle 6. Diese geben Aufschluss über die Stärke und die Richtung eines Zusammenhangs, der Wertebereich liegt zwischen -1 und 1. Die beiden Indikatoren eines Politikbereiches weisen zwar durchgängig einen statistisch signifikanten positiven Zusammenhang miteinander auf – der auch zu erwarten ist – allerdings fallen die Korrelationen nicht übermäßig hoch aus; die Werte liegen durchgängig bei weniger als 0,4 (für ähnliche Befunde siehe Roller 1998: 101; Hofäcker 1999: 37; Andreß et al. 2001: 117).

Tabelle 6: Korrelationen zwischen der gewünschten staatlichen Verantwortung und der gewünschten staatlichen Leistungshöhe in verschiedenen Politikbereichen

	Korrelation
Finanzielle Altersversorgung	0,38 ^c
Pflege im Alter	0,38 ^c
Familie	0,39 ^c
Bildung	0,31 ^c

Anmerkungen: Zelleneinträge: Pearsonsche Korrelationskoeffizienten. Fallzahl: 3681-3798. Signifikanzniveau: ^a: $p \leq 0,05$, ^b: $p \leq 0,01$, ^c: $p \leq 0,001$.

Dieses Ergebnis unterstreicht die ursprüngliche Annahme, wonach die Indikatoren für die präferierte staatliche Verantwortung und die für die präferierte staatliche Leistungshöhe

¹¹⁷ Es gibt Hinweise darauf, dass die Antworten der Befragten anders ausfallen, wenn nach einer Erhöhung staatlicher Leistungen im Allgemeinen gefragt wird und nicht, wie hier, einzelne Politikbereiche abgefragt werden. Die empirischen Befunde hierzu sind allerdings uneindeutig. Huseby (1995: 100-105) und Roller (1998: 97f.) zufolge sprechen sich Befragte bei einer allgemeineren Abfrage tendenziell seltener für Leistungssteigerungen aus, zu einem gegensätzlichen Befund kommt Kangas (1997: 483-486).

etwas Unterschiedliches messen. Verstärkt wird diese Einschätzung durch Befunde von Andreß et al. (2001: 116-122), die anhand von konfirmatorischen Faktorenanalysen belegen, dass die Unterscheidung von (bereichsspezifischer) Extensität und Intensität anderen Konzeptualisierungen wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen (z.B. nach Politikbereichen) statistisch überlegen ist. Damit besteht ausreichende empirische Evidenz dafür, die Extensität und Intensität staatlichen Handelns in der vorliegenden Arbeit als separate theoretische und empirische Konstrukte zu behandeln.¹¹⁸

4.3.2 *Bivariate Betrachtung wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen*

Im Folgenden wird untersucht, inwieweit die wohlfahrtsstaatlichen Ansprüche in Abhängigkeit von der Ausprägung verschiedener einstellungsrelevanter Prädiktoren variieren. Dem Lebensalter kommt hierbei besondere Aufmerksamkeit zu. Die Abbildungen 4 und 5 geben einen Überblick über wohlfahrtsstaatliche Einstellungen in Abhängigkeit von dem in drei Kategorien zusammengefassten Lebensalter. In Abschnitt 2.3.2 wurden bezüglich des Zusammenhangs zwischen dem Alter einer Person und ihren wohlfahrtsstaatlichen Präferenzen unterschiedliche Erwartungen formuliert. Diese Erwartungen unterscheiden sich je nachdem, ob aus dem Lebensalter primär utilitaristische oder sozialisatorische Argumente abgeleitet werden. Zur Erinnerung werden diese Erwartungen an dieser Stelle noch einmal verkürzt wiedergegeben:

Wenn wohlfahrtsstaatliche Präferenzen in erster Linie auf utilitaristischen, d.h. vornehmlich eigennützigen, Motiven basieren, sind altersspezifische Einstellungsunterschiede insbesondere in jungen Politikbereichen zu vermuten. Ältere lehnen ein stärkeres wohlfahrtsstaatliches Engagement in diesen politischen Handlungsfeldern vermutlich eher ab als Jüngere, da sie im Gegensatz zu Letzteren naturgemäß nicht mehr von Zahlungen oder anderen Zuwendungen profitieren werden. In Politikbereichen, die primär der Versorgung der älteren Bevölkerung dienen, werden hingegen keine nennenswerten Einstellungsunterschiede zwischen Altersgruppen erwartet. Die Älteren profitieren bereits aktuell oder in naher Zukunft von diesbezüglichen Leistungen, und den Jüngeren und Personen mittleren Alters kann ein persönliches Interesse im Hinblick auf ihr eigenes Alter unterstellt werden, obwohl sie zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht zum Kreis der Leistungsempfänger gehören. Abgeschwächt werden könnte dieses Ergebnis durch intrafamiliäre Beziehungen.¹¹⁹

Wenn zur Begründung altersspezifischer Einstellungsunterschiede sozialisatorische, d.h. wertebasierte Argumente ins Feld geführt werden, ist die Unterscheidung von Politikbereichen nach ihrer Altersausrichtung obsolet. Es bleiben Annahmen bestehen, die dem Lebensalter eine bereichsübergreifende gleichförmige Wirkung auf wohlfahrtsstaatliche

¹¹⁸ Darüber hinaus bestärken die präsentierten Befunde die theoretisch begründete Entscheidung, wohlfahrtsstaatliche Einstellungen in verschiedenen Bereichen nicht zusammenzufassen.

¹¹⁹ Diese Ausführungen implizieren, dass das Antwortverhalten der Älteren eine höhere Spannbreite aufweist als das der Jüngeren: Eine niedrige Zustimmung zum staatlichen Engagement in jungen Bereichen auf der einen Seite und eine höhere Zustimmung in Bezug auf alte Politikbereiche unter Älteren stünden demzufolge durchgängig höheren Werten unter Jüngeren gegenüber.

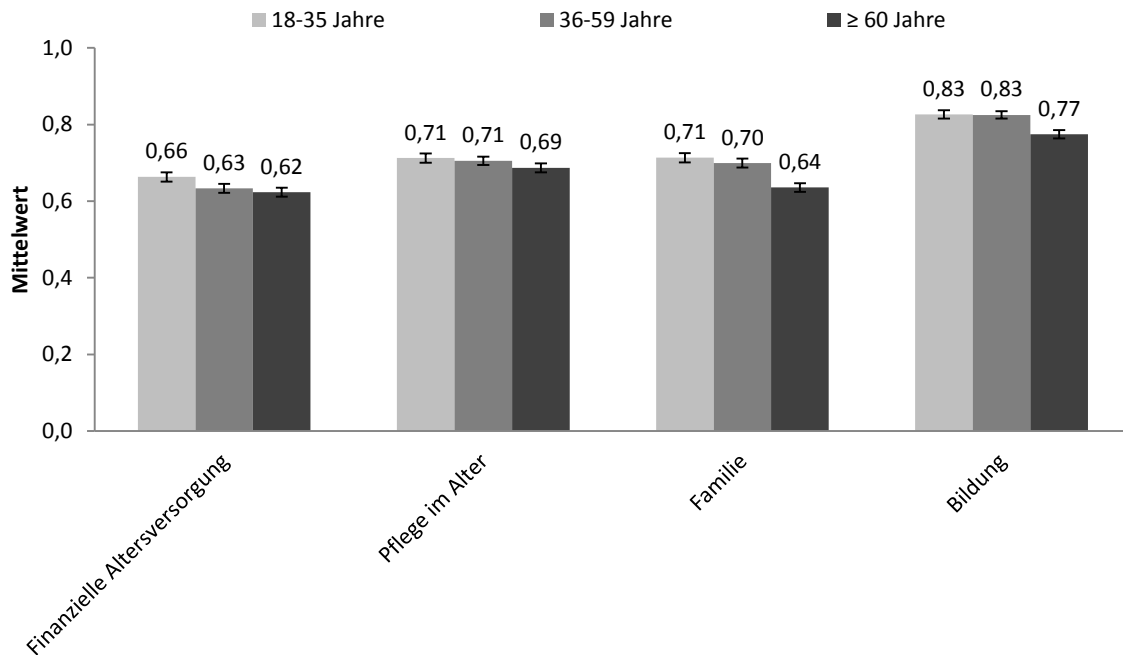
Einstellungen unterstellen. Dabei können gegensätzliche Erwartungen formuliert werden: Zum einen ist denkbar, dass sich Ältere aufgrund ihrer langjährigen Erfahrung mit Wohlfahrtsstaatlichkeit für eine umfangreichere Rolle des Staates aussprechen als Jüngere. Zum anderen kann vermutet werden, dass die Jüngeren stärker pro-wohlfahrtsstaatlich eingestellt sind, da sie im Gegensatz zu den Älteren in einem umfassenderen Wohlfahrtsstaat sozialisiert wurden. Bezüglich der Einstellungen der Personen mittleren Alters wird bei beiden Argumentationen damit gerechnet, dass sich ihre Antworten zwischen den Positionen der älteren und der jüngeren Bevölkerungssegmente bewegen.

Gewünschte staatliche Verantwortung. Die altersspezifischen Mittelwerte und dazugehörigen Konfidenzintervalle zum gewünschten wohlfahrtsstaatlichen Umfang sind in Abbildung 4 abgetragen. Die Anteile fehlender Werte differieren leicht zwischen den Altersgruppen. Am niedrigsten fallen sie unter den Befragten mittleren Alters aus (weniger als ein Prozent in allen vier Bereichen), gefolgt von den Jüngeren (zwischen einem und vier Prozent) und den Älteren (zwischen drei und fünf Prozent). In der univariaten Betrachtung (Abbildung 2) wurde deutlich, dass insgesamt eine recht hohe staatliche Verantwortung präferiert wird. Dieses Ergebnis gilt, das wird deutlich, unabhängig vom Alter: Die altersspezifischen Mittelwerte zu den verschiedenen Politikfeldern bewegen sich in einem relativ ähnlichen Bereich, extreme Ausreißer sind nicht erkennbar. In allen Altersgruppen ist zudem dieselbe Rangfolge der Politikbereiche wie in der univariaten Betrachtung zu beobachten: Im Bereich der finanziellen Altersversorgung wird der Staat am wenigsten, im Bildungsbereich am stärksten in der Verantwortung gesehen. Bis auf einzelne Ausnahmen unterscheiden sich die Einstellungen zu verschiedenen Politikbereichen innerhalb der Altersgruppen statistisch signifikant voneinander; dieses Ergebnis wurde auch altersübergreifend festgestellt.

Ein Blick auf die Unterschiede zwischen den Altersgruppen zeigt, dass sich jüngere Befragte durchgängig für eine höhere staatliche Verantwortlichkeit aussprechen als ältere Befragte. Diese Differenzen sind in allen Politikbereichen statistisch signifikant. Personen mittleren Alters bewegen sich zwischen diesen Werten bzw. weisen denselben Wert wie die Jüngeren auf. Zwischen Jüngeren und Mittelalten fällt lediglich der Einstellungsunterschied im Bereich der finanziellen Altersversorgung statistisch signifikant aus. Differenzen zwischen Personen mittleren und älteren Alters sind in beiden jungen Politikbereichen zu beobachten. Es ist anzumerken, dass trotz dieser festgestellten statistisch signifikanten Unterschiede zwischen den Altersgruppen deren absolute und relative Bedeutung eher gering ist; sie liegen durchgängig unterhalb einer Skaleneinheit.¹²⁰

¹²⁰ Es wurde bereits erwähnt, dass relativ geringe Einstellungsunterschiede womöglich aufgrund hoher Fallzahlen das Kriterium statistischer Signifikanz erfüllen. Dies ist auch bei der altersgruppenspezifischen Betrachtung mit jeweils mehr als 1000 Befragten pro Altersgruppe zu beachten.

Abbildung 4: Durchschnittliche gewünschte staatliche Verantwortung in verschiedenen Politikbereichen nach Alter



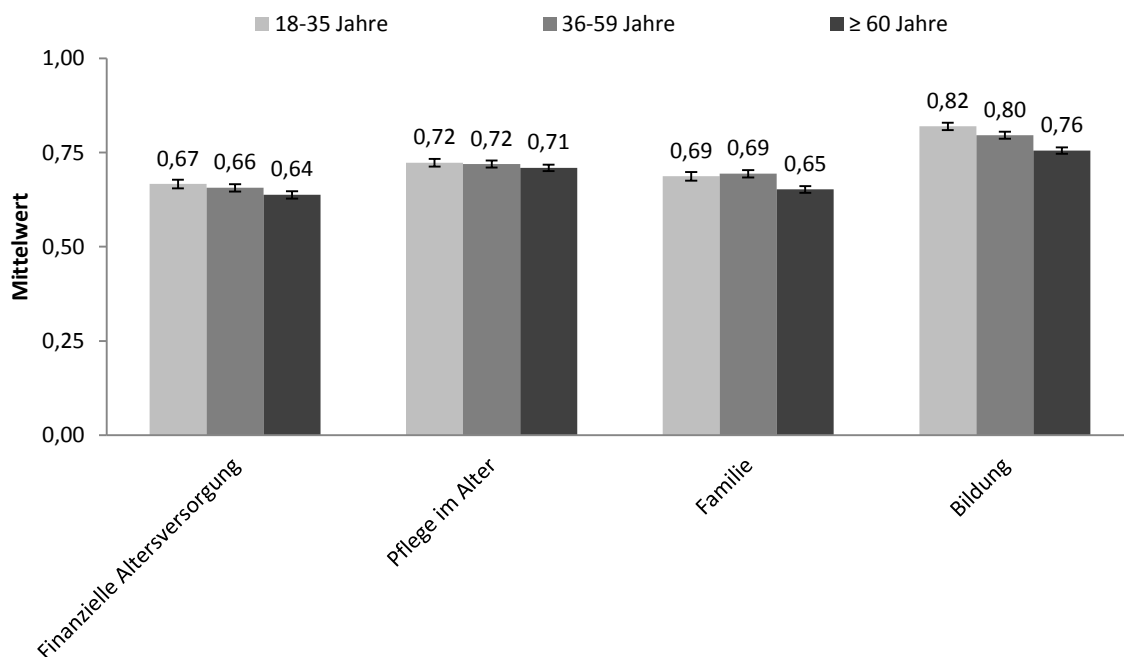
Anmerkungen: Gemessen auf einer 11er-Skala von 0 (Staat sollte überhaupt nicht verantwortlich sein) bis 1 (Staat sollte voll und ganz verantwortlich sein). Fallzahlen: 1094-1111 (18-35 Jahre), 1311-1318 (36-59 Jahre), 1411-1444 (≥ 60 Jahre).

Um auszuschließen, dass diese relativ ähnlichen Mittelwerte aus verschiedenen, altersspezifischen Verteilungen resultieren, werden letztere inspiziert (Tabelle A.5 im Anhang). Diese Sichtung liefert trotz einiger Abweichungen keine nennenswerten Hinweise darauf, dass die Zustimmung zur staatlichen Verantwortung sehr starken altersspezifischen Schwankungen unterliegt. Mehr als jeder Zweite der jungen Befragten befürwortet unabhängig vom Politikbereich ein hohes Maß staatlicher Verantwortung. Die Werte schwanken zwischen 54 Prozent in der finanziellen Altersversorgung und 85 Prozent im Bildungsbereich. Bei den Älteren finden sich Zustimmungsanteile von über 50 Prozent für den Pflegesektor (59 Prozent) und für die Bildungspolitik (74 Prozent), in den verbleibenden Politikfeldern liegen die entsprechenden Prozentwerte bei 42 bzw. 45. Die Angaben von Befragten mittleren Alters liegen zwischen den berichteten Anteilen.

Gewünschte staatliche Leistungshöhe. Ältere und Jüngere unterscheiden sich in ihren Präferenzen zur staatlichen Verantwortung demnach nicht in dem Ausmaß, in dem dies vermutet wurde. Ob dies anders ist, wenn es um finanzielle Aspekte geht, wird im Folgenden anhand der Mittelwerte in Abbildung 5 untersucht. Die Anteile derer, die keine Antwort auf die Frage geben können oder wollen, sind etwas höher als bei der Frage nach der gewünschten staatlichen Verantwortung und in der ältesten Altersgruppe mit fünf bis acht Prozent vergleichsweise am höchsten. Leistungserhöhungen erfahren in allen Altersgruppen eine hohe Zustimmung. Die Altersunterschiede fallen wie bei der staatlichen Verantwortung aus: Die Jüngeren befürworten im Durchschnitt – mit Ausnahme der Pflege im Alter – höhere Leistungen als die Älteren, die Antworten der Personen mittleren Alters liegen erneut dazwischen bzw. stimmen mit dem Mittelwert der Jüngeren überein. Einstellungs-

unterschiede zwischen der älteren und der mittleren Altersgruppe sind nur in jungen Politikbereichen statistisch signifikant. Einschränkend ist hinzuzufügen, dass diese Differenzen auch hier nicht sehr hoch ausfallen. Der vergleichsweise größte Unterschied zwischen Älteren und Jüngeren bei den Bildungsausgaben beträgt lediglich ein Viertel einer Skaleneinheit. Schließlich bestätigt sich der Befund aus der univariaten Betrachtung (Abbildung 3), wonach sich die Einstellungen zu verschiedenen Politikfeldern signifikant voneinander unterscheiden, auch innerhalb der Altersgruppen mit nur vereinzelt Ausnahmen.

Abbildung 5: Durchschnittliche gewünschte staatliche Leistungshöhe in verschiedenen Politikbereichen nach Alter



Anmerkungen: Gemessen auf einer 5er-Skala von 0 (Staat sollte weniger Geld ausgeben) bis 1 (Staat sollte viel mehr Geld ausgeben). Fallzahlen: 1068-1107 (18-35 Jahre), 1264-1292 (36-59 Jahre), 1375-1416 (≥ 60 Jahre).

Detaillierte Befunde zu den altersspezifischen Verteilungen der Variablen sind in Tabelle A.6 im Anhang abgetragen. Wie bei der gewünschten staatlichen Verantwortung überwiegen auch hier die Ähnlichkeiten zwischen den Altersgruppen, stark polarisierende Tendenzen gibt es nicht. Die zweithöchste Antwortkategorie („Der Staat sollte mehr Geld ausgeben“) wird unabhängig vom Alter oder vom abgefragten Politikbereich am häufigsten genannt; die Anteile bewegen sich zwischen knapp unter 50 und ungefähr 60 Prozent. Fasst man die beiden Kategorien am oberen Skaleneinde zusammen, werden – so wie bereits bei der staatlichen Verantwortlichkeit – auffallend hohe Werte vor allem im Bildungssektor augenfällig: Zwischen 80 und 90 Prozent der Befragten fordern hier (sehr viel) höhere staatliche Ausgaben. Die vergleichsweise niedrigste Zustimmung kommt dem Bereich der finanziellen Altersversorgung zu, die Anteile variieren zwischen 54 und 63 Prozent. Ein nicht unerheblicher Anteil der Befragten plädiert für die Beibehaltung der jetzigen Leistungshöhe: Den Bildungsbereich ausgenommen, schwanken die entsprechenden Anteile zwischen 24 und 42 Prozent. Nur eine Minderheit der Befragten spricht sich folglich für eine Absenkung der wohlfahrtsstaatlichen Zuwendungen aus. Vergleichsweise am häufigsten – dies trifft auf alle Altersgruppen zu – ist

das der Fall bei der finanziellen Altersversorgung: Hier votieren knapp sieben Prozent der Jüngeren, vier Prozent der Personen mittleren Alters und fünf Prozent der Älteren für (sehr viel) niedrigere Ausgaben. In den übrigen Politikbereichen schwanken die Werte zwischen einem und fünf Prozent bei den Jüngeren und einem und drei Prozent in den beiden älteren Altersgruppen.

Zusammenfassend zeigen sich weitreichende Gemeinsamkeiten im Hinblick auf die präferierte sozialstaatliche Verantwortung und Ausgabenhöhe zwischen Jung und Alt. Der Staat wird altersübergreifend mehrheitlich als in hohem Maße verantwortlich gesehen, zudem befürwortet eine deutliche Mehrheit bereichsübergreifende Leistungserhöhungen. Eine weitere Parallele besteht bei der Rangordnung der Politikfelder, die sowohl bei der gewünschten Verantwortlichkeit als auch bei der präferierten Ausgabenhöhe in absteigender Reihenfolge wie folgt ausfällt: Bildung, Pflege im Alter, Familien, finanzielle Altersversorgung. Aufgrund der Ähnlichkeit der durchschnittlichen Extensitäts- und Intensitätswerte innerhalb der Alterskategorien werden die Korrelationen zwischen den bereichsspezifischen Indikatoren separat für die Gruppen untersucht. Die Ergebnisse in Tabelle 7 bestätigen die Vermutung, dass wohlfahrtsstaatliche Verantwortung und Leistungshöhe nicht deckungsgleich sind, auch in den drei Altersgruppen. Die Zusammenhänge fallen unter den Älteren etwas geringer aus als in den anderen beiden Gruppen, die wiederum relativ ähnliche Werte aufweisen. Die Maximalwerte sind höher als bei der altersübergreifenden Betrachtung (Tabelle 6), übersteigen aber in keinem Fall einen Wert von 0,5. Dies wird erneut als ausreichender empirischer Beleg für die Diversität der beiden Konzepte gewertet.

Tabelle 7: Korrelationen zwischen der gewünschten staatlichen Verantwortung und der gewünschten staatlichen Leistungshöhe in verschiedenen Politikbereichen nach Alter

	Korrelation		
	18-35 Jahre	36-59 Jahre	≥ 60 Jahre
Finanzielle Altersversorgung	0,43 ^c	0,39 ^c	0,32 ^c
Pflege im Alter	0,37 ^c	0,44 ^c	0,32 ^c
Familie	0,46 ^c	0,45 ^c	0,25 ^c
Bildung	0,30 ^c	0,32 ^c	0,28 ^c

Anmerkungen: Zelleneinträge: Pearsonsche Korrelationskoeffizienten. Fallzahlen: 1065-1105 (18-35 Jahre), 1258-1289 (36-59 Jahre), 1353-1404 (≥60 Jahre). Signifikanzniveau: ^a: p≤0,05, ^b: p≤0,01, ^c: p≤0,001.

Inwieweit lassen diese Befunde zu wohlfahrtsstaatlichen Zielen Rückschlüsse auf eine eher interessen- oder wertebasierte Interpretation des Lebensalters zu? Deutlich ist: Die mehrheitlich recht geringen Altersunterschiede erschweren eine inhaltliche Interpretation der dahinter liegenden Motive. Zudem ist mit hoher Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass Interessen- und Wertorientierungen kombiniert auftreten und ihre relativen Anteile nach verschiedenen, z.B. situations- oder personenspezifischen Kriterien oder abhängig vom betrachteten Politikfeld variieren, was eine Separierung zusätzlich verkompliziert. Vorbehaltlich dieser Einschränkung spricht gegen die Sichtweise interessenbasierter Altersunterschiede, dass Ältere den jungen Politikbereichen eine ähnliche Bedeutung zuweisen wie alten Bereichen – dies trifft auf die Familienpolitik zu – oder sie sogar als bedeutsamer erachten – dieses Ergebnis zeigt sich bei der Bildungspolitik. Zwar finden sich Hinweise darauf, dass sie im

Vergleich zu Jüngeren jungen Politikbereichen eine etwas geringere Relevanz zuschreiben, dies gilt aber entgegen der Erwartungen für alle untersuchten Politikfelder. Die beobachteten Antwortmuster sind eher im Einklang mit wertebasierten Unterschieden: Unabhängig vom konkreten Handlungsfeld haben Jüngere etwas höhere Ansprüche an den Wohlfahrtsstaat als Ältere.

Nach dieser ausführlichen Betrachtung altersspezifischer Einstellungsunterschiede werden im Folgenden die Ergebnisse von Zusammenhangsanalysen berichtet, welche Hinweise auf weitere relevante Prädiktoren geben. In den Tabellen 8 und 9 sind die in Abschnitt 2.3.2 diskutierten Erklärungsfaktoren wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen abgetragen. Die Zelleneinträge sind Zusammenhangsmaße. Bei unabhängigen Variablen mit fünf Ausprägungen wird der Pearsonsche Korrelationskoeffizient (Pearsons r) bestimmt.¹²¹ Bei Prädiktoren mit zwei Ausprägungen wird Cramers V berichtet. Im Gegensatz zu Pearsons r ist anhand von Cramers V keine Aussage zur Richtung eines Zusammenhangs möglich, sondern nur zu dessen Stärke; der Wertebereich liegt zwischen 0 und 1. Im Folgenden werden Werte, deren Beträge zwischen 0,1 und 0,3 liegen, als mäßig stark interpretiert, Werte darüber kennzeichnen starke Zusammenhänge (siehe Maier et al. 2000: 50). Die Bestimmung der Richtung von mit Cramers V ermittelten Zusammenhängen erfolgt durch Inspizierung von Kreuztabellen (nicht gezeigt) und wird an den entsprechenden Stellen erläutert. Die Zusammenhangsanalysen dienen dazu, erste Hinweise auf alternative Erklärungsfaktoren wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen in einer komprimierten Übersicht zu erhalten. In späteren Analysen werden alle in den Tabellen 8 und 9 berichteten Prädiktoren in Regressionen einbezogen. Aus diesen Ergebnistabellen ist die Richtung der Zusammenhänge bei dichotomen Merkmalen dann klar ersichtlich.

Zwischen den einbezogenen Prädiktoren und der gewünschten staatlichen Verantwortung in verschiedenen Politikfeldern gibt es mehrheitlich statistisch signifikante Assoziationen; diese fallen allerdings größtenteils moderat aus (Tabelle 8). Die vergleichsweise stärksten Zusammenhänge bestehen zwischen den Extensitätsindikatoren und der Absicherung im eigenen Alter sowie der Unzufriedenheit mit dem Status Quo in den einzelnen Politikbereichen. Beide Erklärungsfaktoren korrelieren in der erwarteten Richtung mit der präferierten staatlichen Verantwortung: Eine negative Bewertung der wohlfahrtsstaatlichen Performanz geht mit dem Wunsch nach stärkerer staatlicher Tätigkeit einher.

Unterschiede nach dem Geschlecht zeigen sich nicht wie vermutet in allen, sondern nur in alten Politikbereichen. Hier sprechen sich Frauen erwartungsgemäß für ein stärkeres wohlfahrtsstaatliches Engagement aus. Elternschaft steht ebenfalls in Verbindung mit wohlfahrtsstaatlichen Präferenzen. Interessanterweise ist der Zusammenhang im Familienbereich theoriekonform (Eltern plädieren für eine stärkere staatliche Verantwortung), fällt im Bildungsbereich hingegen gegenteilig aus. Erwartungsgemäß präferieren Ostdeutsche eine stärkere sozialstaatliche Beteiligung als Westdeutsche, dies gilt für alle Politikbereiche. Hinsichtlich des Bildungsniveaus sind ebenfalls alle Korrelationen statistisch signifikant, die Richtung des beobachteten Zusammenhangs hängt vom Politikfeld ab: Während eine höhere Bildung mit der Präferenz für geringere staatliche Zuständigkeit in den Bereichen finanzielle

¹²¹ Ebenso wurde mit der einzigen Variable mit drei Ausprägungen (Bildung) verfahren.

und pflegerische Altersversorgung sowie in der Familienpolitik einhergeht, ist der Zusammenhang positiv, wenn es um den Bildungsbereich selbst geht. Der Umstand, ob jemand erwerbstätig ist oder nicht, macht (mit Ausnahme des Bereichs der finanziellen Altersversorgung) einen signifikanten Unterschied – dieser ist allerdings konträr zu den Erwartungen: Nicht die Nichterwerbstätigen sprechen sich tendenziell für mehr Wohlfahrtsstaatlichkeit aus, sondern Personen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen.

Tabelle 8: Zusammenhänge zwischen der gewünschten staatlichen Verantwortung in verschiedenen Politikbereichen und verschiedenen Merkmalen

	Finanz. Alters- versor- gung	Pflege im Alter	Familie	Bildung	Fallzahl
Frau	0,11 ^c	0,12 ^c	0,06	0,07	3800-3844
Kinder			0,11 ^c	0,09 ^c	3798-3836
Ostdeutschland	0,13 ^c	0,12 ^c	0,09 ^b	0,11 ^c	3803-3842
Bildung	-0,13 ^c	-0,10 ^c	-0,04 ^b	0,12 ^c	3794-3840
Erwerbstätigkeit	0,06	0,09 ^c	0,12 ^c	0,11 ^c	3776-3821
Subjektive Schichteinstufung	-0,15 ^c	-0,12 ^c	0,09 ^c	-0,01	3771-3814
Eigene Wirtschaftslage (aktuell)	0,19 ^c	0,10 ^c	0,07 ^c	0,01	3819-3865
Eigene Wirtschaftslage (prospektiv)	0,02	0,00	-0,05 ^b	-0,04 ^a	3755-3800
Sorgen im Hinblick auf die eigene Altersabsicherung	0,24 ^c	0,18 ^c			3796-3818
Allgemeine Wirtschaftslage (aktuell)	0,18 ^c	0,11 ^c	0,07 ^c	-0,03 ^a	3808-3853
Allgemeine Wirtschaftslage (prospektiv)	0,06 ^c	0,02	-0,01	-0,02	3682-3725
Unzufriedenheit (bereichsspezifisch)	0,21 ^c	0,21 ^c	0,17 ^c	0,22 ^c	3689-3827
Politisches Vertrauen	-0,14 ^c	-0,12 ^c	-0,08 ^c	-0,02	3821-3866
Unzureichende Interessenvertretung Jüngerer/ Älterer	0,19 ^c	0,19 ^c	0,14 ^c	0,07 ^c	3711-3790
Parteiidentifikation mit der CDU/CSU	0,11 ^c	0,11 ^c	0,13 ^c	0,11 ^c	3800-3843
Parteiidentifikation mit der SPD	0,07	0,07	0,09 ^c	0,08 ^b	3800-3844
Parteiidentifikation mit der FDP	0,10 ^c	0,06	0,07	0,07 ^a	3803-3844
Parteiidentifikation mit den Grünen	0,09 ^c	0,09 ^b	0,05	0,10 ^c	3802-3842
Parteiidentifikation mit der Linken	0,09 ^c	0,07 ^a	0,08 ^b	0,12 ^c	3800-3845
Parteiidentifikation mit keiner/anderer Partei	0,13 ^c	0,11 ^c	0,10 ^c	0,12 ^c	3799-3844

Anmerkungen: Zelleneinträge: Pearsonsche Korrelationskoeffizienten. Kursive Zelleneinträge: Cramers V. Bei der finanziellen Altersversorgung wird die „Sorge im Hinblick auf die eigene finanzielle Altersabsicherung“, bei der Pflege im Alter die „Sorge im Hinblick auf die eigene medizinische Altersabsicherung“ verwendet. In alten (jungen) Politikbereichen wird die „Unzureichende Interessenvertretung Älterer (Jüngerer)“ verwendet. Signifikanzniveau: ^a: p≤0,05, ^b: p≤0,01, ^c: p≤0,001.

Die Assoziation zwischen der subjektiven Schichteinstufung und der gewünschten staatlichen Verantwortung in alten Politikbereichen fällt negativ aus, d.h. eine Verortung in einer höheren Schicht geht einher mit einer Präferenz für geringeres staatliches Engagement. Für Einstellungen in jungen Politikbereichen liegen uneindeutige Befunde vor: Der Zusammenhang ist signifikant positiv im Familienbereich und nahe bei Null (und statistisch nicht signifikant) wenn es um bildungspolitische Präferenzen geht. Bezüglich der Perzeption der Wirtschaftslage ist ersichtlich, dass Indikatoren zur *zukünftigen* Entwicklung weniger mit den Extensitätsindikatoren in Verbindung stehen als Indikatoren, die sich auf die *aktuelle* Lage beziehen.¹²² Des Weiteren weist die Wahrnehmung der aktuellen Wirtschaftslage unabhängig von ihrem Bezugsrahmen (individuell/allgemein) einen stärkeren Zusammenhang mit wohl-

¹²² Die Ausnahme hiervon bildet der Bildungsbereich. Hier gibt es keine nennenswerten Unterschiede zwischen den Zusammenhängen in Abhängigkeit vom zeitlichen Referenzrahmen.

fahrtsstaatlichen Einstellungen in alten als in jungen Politikbereichen auf. Die mehrheitlich positiven Vorzeichen deuten darauf hin, dass eine pessimistische Beurteilung der Wirtschaftslage mit der Forderung nach stärkerer staatlicher Verantwortung einhergeht.

Entgegen der formulierten Annahme besteht zwischen dem politischen Vertrauen und den Extensitätsindikatoren ein negativer, mit Ausnahme des Bildungsbereichs statistisch signifikanter Zusammenhang. Je höher das politische Vertrauen ausfällt, umso weniger stark sind Forderungen nach höherer staatlicher Verantwortung. Relativ betrachtet hohe Assoziationsmaße liegen zwischen der Beurteilung der Interessenrepräsentation älterer Bevölkerungsmitglieder und der gewünschten staatlichen Verantwortung in alten Politikfeldern vor. In jungen Bereichen fällt der Zusammenhang (hier dann mit Bezug auf die Repräsentation der Interessen Jüngerer) ebenfalls statistisch signifikant, aber geringer aus. Dabei gilt für alle Politikfelder: Je unzureichender die Interessenrepräsentation evaluiert wird, umso stärker wird der Staat in der Verantwortung gesehen.

Bei der parteipolitischen Orientierung ergibt sich schließlich folgendes Bild: CDU/CSU-Sympathisanten präferieren (ebenso wie SPD-Anhänger in jungen Politikbereichen) eine geringere wohlfahrtsstaatliche Aktivität in allen Politikbereichen. Das Gegenteil trifft auf die Anhänger der Linken und Personen zu, die sich keiner (oder einer anderen) Partei verbunden fühlen. Die Befunde für Grünen- und FDP-Anhänger sind gemischt. Für beide Gruppen gilt, dass sie seltener eine höhere staatliche Verantwortung in der finanziellen Altersversorgung fordern und demgegenüber im Bildungsbereich mehr vom Staat erwarten.

Aus Tabelle 9 sind die Zusammenhänge zwischen den Einflussfaktoren und der gewünschten staatlichen Ausgabenhöhe ersichtlich, die weitgehend mit den Befunden zur gewünschten staatlichen Verantwortung übereinstimmen. Erneut bestehen die stärksten Korrelationen zwischen der gewünschten Leistungshöhe und den Erwartungen hinsichtlich der eigenen Altersabsicherung einerseits sowie der bereichsspezifischen Unzufriedenheit andererseits. Die Assoziationsmaße fallen etwas höher aus als bei den Extensitätsindikatoren. Sehr ähnliche Ergebnisse liegen zudem beim Geschlecht, bei Elternschaft und der Wohnregion vor. Auch bei der Bildungsvariablen sind mit Ausnahme des Bildungsbereichs erneut negative Vorzeichen zu beobachten. Nennenswerte Korrelationen zwischen der Erwerbstätigkeit und der präferierten Leistungshöhe liegen nur in jungen Politikbereichen vor. Diese sind positiv – d.h. Erwerbstätige favorisieren im Vergleich zu Nichterwerbstätigen höhere Ausgaben für das Bildungswesen und zur Unterstützung von Familien; dies war so nicht erwartet worden. Im Hinblick auf die subjektive Schichteinstufung ist das Ergebnis ähnlich wie beim Faktor Bildung: Ein positiver Zusammenhang im Bildungsbereich steht negativen Zusammenhängen in den anderen Politikbereichen gegenüber.

Die Ergebnisse zu Wirtschaftsperzeptionen sind analog zu denen in Tabelle 8: Die Korrelationen sind mehrheitlich positiv, eine negative Bewertung der wirtschaftlichen Lage geht demnach einher mit dem Wunsch nach stärkerem wohlfahrtsstaatlichen Engagement. Relevant ist zudem auch hier wie die Wirtschaftslage zum jetzigen Zeitpunkt eingeschätzt wird: Die Zusammenhänge sind (erneut mit Ausnahme der Bildung) stärker wenn aktuelle statt zukünftige Wahrnehmungen betrachtet werden, dies gilt v.a. in alten Politikbereichen.

Die Richtung des Zusammenhangs zwischen den Intensitätsindikatoren und dem politischem Vertrauen ist entgegengesetzt zu den formulierten Erwartungen und damit weitgehend identisch wie in Tabelle 8: Ein niedriges politisches Vertrauen korreliert mit der Forderung nach der Erhöhung staatlicher Ausgaben. Ebenfalls im Einklang mit den Ergebnissen zur gewünschten staatlichen Verantwortung sind die Befunde zur Evaluation der Vertretung altersspezifischer politischer Interessen: Die beobachteten Zusammenhänge sind durchgängig positiv, d.h., dass wahrgenommene Defizite in der Interessenrepräsentation mit dem Wunsch nach Ausgabensteigerungen einhergehen. In alten Politikbereichen liegen etwas höhere Werte vor.

Mit Blick auf die Parteiidentifikation ergibt sich schließlich folgender Befund: Im Einklang mit den Ergebnissen aus Tabelle 8 stimmen CDU/CSU-Anhänger seltener und Anhänger der Linke und Nicht-Parteiidentifizierer/Anhänger anderer Parteien unabhängig vom abgefragten Politikfeld häufiger für Leistungserhöhungen. Unter den Grünen-Anhängern fällt der Zusammenhang in der finanziellen Altersversorgung erneut negativ und im Bildungsbereich positiv aus. Die Ergebnisse der SPD-Anhänger stellen sich etwas anders als bei den Extensitätsindikatoren dar: Während sie weniger staatliche Verantwortung in jungen Politikbereichen fordern, sprechen sie sich zeitgleich für höhere Ausgaben in eben diesen Bereichen aus.¹²³ Abweichungen finden sich zudem im Hinblick auf die FDP-Anhänger.

Tabelle 9: Zusammenhänge zwischen der gewünschten staatlichen Leistungshöhe in verschiedenen Politikbereichen und verschiedenen Merkmalen

	Finanz. Alters- versor- gung	Pflege im Alter	Familie	Bildung	Fallzahl
Frau	0,09 ^c	0,09 ^c	0,06 ^a	0,05	3679-3797
Kinder			0,08 ^c	0,09 ^c	3737-3793
Ostdeutschland	0,05 ^a	0,07 ^c	0,06 ^a	0,07 ^c	3679-3795
Bildung	-0,10 ^c	-0,06 ^c	-0,02	0,17 ^c	3677-3785
Erwerbstätigkeit	0,03	0,03	0,12 ^c	0,09 ^c	3658-3772
Subjektive Schichtestufung	-0,10 ^c	-0,11 ^c	-0,08 ^c	0,06 ^c	3657-3761
Eigene Wirtschaftslage (aktuell)	0,19 ^c	0,10 ^c	0,10 ^c	0,04 ^a	3700-3807
Eigene Wirtschaftslage (prospektiv)	0,04 ^a	0,00	-0,03 ^a	-0,05 ^b	3641-3743
Sorgen im Hinblick auf die eigene Altersabsicherung	0,24 ^c	0,22 ^c			3675-3723
Allgemeine Wirtschaftslage (aktuell)	0,21 ^c	0,12 ^c	0,06 ^c	0,00	3694-3799
Allgemeine Wirtschaftslage (prospektiv)	0,02	0,04 ^a	0,02	0,01	3585-3680
Unzufriedenheit (bereichsspezifisch)	0,34 ^c	0,33 ^c	0,31 ^c	0,38 ^c	3616-3777
Politisches Vertrauen	-0,10 ^c	-0,12 ^c	-0,06 ^c	-0,05 ^b	3705-3810
Unzureichende Interessenvertretung Jüngerer/ Älterer	0,19 ^c	0,22 ^c	0,16 ^c	0,13 ^c	3651-3707
Parteiidentifikation mit der CDU/CSU	0,05 ^a	0,11 ^c	0,08 ^c	0,15 ^c	3679-3795
Parteiidentifikation mit der SPD	0,03	0,05	0,05 ^a	0,05	3678-3795
Parteiidentifikation mit der FDP	0,05 ^a	0,06 ^a	0,11 ^c	0,04	3681-3794
Parteiidentifikation mit den Grünen	0,06 ^b	0,02	0,02	0,09 ^c	3679-3794
Parteiidentifikation mit der Linken	0,07 ^c	0,06 ^b	0,03	0,08 ^c	3679-3794
Parteiidentifikation mit keiner/anderer Partei	0,06 ^a	0,05 ^a	0,05 ^a	0,08 ^c	3680-3796

Anmerkungen: Siehe Tabelle 8.

¹²³ Der Zusammenhang im Bildungsbereich ist nur knapp unter der Grenze statistischer Signifikanz.

4.3.3 Multivariate Betrachtung wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen

4.3.3.1 Determinanten wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen

Im vorangegangenen Abschnitt wurden erste Erkenntnisse zu den vermuteten Prädiktoren wohlfahrtsstaatlicher Präferenzen geliefert. Diese Befunde werden im Folgenden durch einstufige OLS-Regressionen abgesichert. Das Lebensalter wird dabei kategorisiert eingebracht. Damit wird der Vergleich von älteren Gewinnern mit jüngeren Verlierern des Sozialstaats ermöglicht. In den vorangegangenen bivariaten Analysen, in denen das Lebensalter gruppiert verwendet wurde, gab es keine Hinweise darauf, dass dessen Effekt nicht-linear ausfällt. Ausgeschlossen werden können derartige Zusammenhänge allerdings nicht. Z.B. könnten innerhalb der recht großen Altersgruppen nicht-lineare Verläufe vorliegen. Eine gezielte Prüfung erbringt nur vereinzelte Indizien für kurvilineare Verläufe, die zudem nur schwach ausgeprägt sind.¹²⁴ An der linearen Interpretation des Alters wird angesichts dieser Befunde festgehalten.

Gewünschte staatliche Verantwortung. Zunächst werden Einflussfaktoren der gewünschten staatlichen Verantwortung in alten (Tabelle 10) und jungen (Tabelle 11) Politikbereichen untersucht. In den Bereichen Familie und Bildung wurden wie angekündigt jeweils zwei Modelle berechnet. Die beiden Interaktionsterme aus Elternschaft und den Merkmalen bereichsspezifische Unzufriedenheit einerseits und unzureichende Interessenrepräsentation der politischen Interessen Jüngerer andererseits werden im zweiten Modell berücksichtigt (zweite und vierte Spalte in Tabelle 11).¹²⁵ Die Betrachtung der Modelle startet mit dem Blick auf die Bestimmtheitsmaße (korrigierte R^2 -Werte).¹²⁶ Die einbezogenen Variablen sind etwas besser dazu geeignet, die Einstellungsvarianzen in alten Politikbereichen zu erklären, die Varianzaufklärung beträgt zehn bzw. zwölf Prozent. Der entsprechende Wert in jungen Politikbereichen liegt bei jeweils acht Prozent. Diese Werte erscheinen nicht sonderlich hoch, sind in der politischen Einstellungsforschung aber üblich und durchaus zufriedenstellend.

¹²⁴ Dazu wurden das Alter als metrisches Merkmal sowie Polynome zweiter und dritter Ordnung (ohne Befund wurde zudem das logarithmierte Alter getestet) anstelle der Altersdummyvariablen sowohl in den vollständigen Regressionsmodellen (Tabellen 10 bis 13) als auch in Modellen, in denen nur das Alter als Prädiktor aufgenommen wird, berücksichtigt. Die Ergebnisse wurden grafisch veranschaulicht, wenn die Inklusion dieser Terme zu einer Modellverbesserung, gemessen an einer Erhöhung des Varianzaufklärungspotenzials von mindestens einem halben Prozentpunkt, führte. Im Anhang (Tabellen A.7 und A.8) sind die Koeffizienten und Anteile erklärter Varianz sowie die Grafiken (Abbildungen A.1 bis A.3) ersichtlich. Zur Erstellung der Grafiken wurden die übrigen unabhängigen Variablen entweder auf ihren Mittelwert (metrische Variablen) oder Modus (nominale Merkmale) gesetzt. Das erkennbare Muster entspricht in allen Fällen einem liegenden Fragezeichen, ist allerdings nur minimal ausgeprägt und substantiell daher nicht interpretierbar. Wenn nur die Modelle mit dem Alter als Prädiktor berücksichtigt werden, finden sich unwesentlich mehr Hinweise auf nicht-lineare Alterseffekte, deren Verläufe nahezu identisch mit den o.g. sind (nicht gezeigt).

¹²⁵ Die Multikollinearitätsstatistik für die insgesamt sechs Modelle befindet sich im Anhang (Tabelle A.9). Es gibt keine allseits anerkannte Regel, ab welcher Höhe der VIF-Werte Multikollinearität als problematisch angesehen wird. In Anlehnung an Urban und Mayerl (2011: 231f.) werden Werte ab fünf im Folgenden als kritisch betrachtet. Es liegt demnach nur ein geringes Ausmaß von Multikollinearität vor.

¹²⁶ Dabei wird für den Umstand korrigiert, dass R^2 von der Anzahl der unabhängigen Variablen und der Fallzahl abhängig ist. R^2 steigt mit zunehmender Anzahl von Prädiktoren stetig und kann rein mathematisch nicht sinken. Die Anpassung bedingt, dass das korrigierte R^2 bei Aufnahme weiterer unabhängiger Variablen in ein Modell auch sinken kann (siehe Wooldridge 2009: 200f.).

Die Beschreibung der Determinanten beginnt mit dem Lebensalter. Die Gruppe der Jüngeren (18 bis 35 Jahre) bildet die Referenzkategorie. Dieser werden die Befragten mittleren (36 bis 59 Jahre) und älteren Alters (60 Jahre und älter) vergleichend gegenübergestellt.¹²⁷ Die Altersdummyvariablen weisen mit einer Ausnahme durchgängig negative Vorzeichen auf. Inhaltlich bedeutet das, dass ältere Befragte in allen untersuchten Politikfeldern eine niedrigere wohlfahrtsstaatliche Verantwortlichkeit fordern als jüngere; dies ist in Übereinstimmung mit den Ergebnissen aus der bivariaten Analyse (Abschnitt 4.3.2). Statistisch signifikant sind diese Altersdifferenzen allerdings nur in der Familienpolitik und im Bereich der finanziellen Altersversorgung (und hier nur für die über 59-jährigen). Der Effekt für die Älteren im Familien-sektor fällt in beiden Modellen doppelt so hoch aus wie in der mittleren Altersgruppe. Konkret bedeutet das Ergebnis, dass die gewünschte wohlfahrtsstaatliche Verantwortung in der Gruppe der Älteren im Vergleich zur Referenzkategorie der 18- bis 35-Jährigen im Durchschnitt eine, und in der Gruppe der Personen zwischen 36 und 59 Jahren eine halbe Skaleneinheit darunter liegt. In der finanziellen Altersversorgung bewegen sich die Angaben der Älteren ungefähr eine halbe Skaleneinheit unter der der Jüngeren. In den zwei verbleibenden Politikfeldern der Pflege und im Bildungsbereich können keine nennenswerten Alterseffekte identifiziert werden. Dies ist angesichts der altersübergreifenden insgesamt hohen Zustimmung zur staatlichen Verantwortung in diesen Bereichen nicht verwunderlich (Abschnitt 4.3.2).

Ein Blick auf die weiteren Variablen in den Modellen zeigt, dass es über alle vier Politikbereiche hinweg zwei gemeinsame Prädiktoren gibt: Unzufriedenheitsbekundungen und den formalen Bildungsgrad. Eine höhere Unzufriedenheit mit dem Status Quo in einem Politikfeld bedingt den Ruf nach umfassenderer staatlicher Verantwortung. Dahingehend ist anzumerken, dass der Umkehrschluss – eine höhere Zufriedenheit bedingt den Wunsch nach geringerer sozialstaatlicher Tätigkeit – nicht plausibel erscheint. Vor dem Hintergrund, dass nur ein kleiner Personenkreis ein niedriges wohlfahrtsstaatliches Engagement befürwortet, ist dieses Ergebnis vielmehr dahingehend zu interpretieren, dass (sehr) zufriedene Personen sich eher für eine mittlere staatliche Verantwortung (bzw. eine gleichbleibende Leistungshöhe) aussprechen. Dies ist generell bei den Modellen zu wohlfahrtsstaatlichen Zielen zu beachten. Die zweite Variable, die in allen Politikbereichen einen nachweisbaren Effekt auf die Wohlfahrtsstaatspräferenzen ausübt, ist der formale Bildungsgrad. Im Einklang mit den Erwartungen sind höher Gebildete tendenziell gegen eine sehr starke Rolle des Staates. Dies gilt aber nicht für den Bildungsbereich selbst; hier ist der Effekt umgekehrt. Es wurde darauf hingewiesen, dass dies vermutlich in der gesteigerten Wertschätzung höher Gebildeter in Bezug auf Bildungsangebote begründet liegt (Abschnitt 2.3.2).

¹²⁷ Diese Koeffizienten geben jeweils die Differenz zur Vergleichskategorie der Jüngeren an. Ob sich die mittelalten und älteren Befragten statistisch signifikant voneinander unterscheiden, ist nicht ersichtlich. Dies gilt auch für die Interpretation der Effekte der Parteiidentifikation, da auch dieses Konstrukt über mehr als eine Dummyvariable abgebildet wird.

Tabelle 10: Determinanten der gewünschten staatlichen Verantwortung in der finanziellen Altersversorgung und der Pflege im Alter (OLS-Regressionen)

	Finanzielle Altersversorgung	Pflege im Alter
Alter		
36-59 Jahre	-0,03 (-1,90)	-0,01 (-1,03)
≥ 60 Jahre	-0,04 ^a (-2,26)	-0,03 (-1,35)
Frau	0,02 ^a (2,03)	0,03 ^a (2,37)
Ostdeutschland	0,03 (1,93)	0,04 ^b (3,17)
Bildung	-0,06 ^c (-4,12)	-0,06 ^c (-3,54)
Erwerbstätigkeit	-0,02 (-1,46)	-0,01 (-0,75)
Subjektive Schichteinstufung	-0,01 (-0,35)	-0,03 (-0,83)
Eigene Wirtschaftslage (aktuell)	0,02 (0,69)	-0,01 (-0,33)
Eigene Wirtschaftslage (prospektiv)	-0,01 (-0,39)	-0,03 (-0,93)
Sorgen im Hinblick auf die eigene Altersabsicherung	0,08 ^c (3,97)	0,05 ^b (2,84)
Allgemeine Wirtschaftslage (aktuell)	0,03 (0,93)	-0,03 (-0,79)
Allgemeine Wirtschaftslage (prospektiv)	0,00 (0,11)	-0,02 (-0,87)
Unzufriedenheit (bereichsspezifisch)	0,11 ^c (4,67)	0,15 ^c (6,22)
Politisches Vertrauen	0,01 (0,35)	0,00 (0,05)
Unzureichende Interessenvertretung Älterer	0,09 ^c (4,44)	0,10 ^c (5,31)
Parteiidentifikation mit der SPD	0,00 (0,07)	0,02 (1,11)
Parteiidentifikation mit der FDP	-0,01 (-0,23)	0,04 (1,04)
Parteiidentifikation mit den Grünen	0,00 (0,11)	0,01 (0,77)
Parteiidentifikation mit der Linken	0,06 (1,74)	0,06 (1,90)
Parteiidentifikation mit keiner/anderer Partei	0,02 (1,32)	0,02 (1,72)
Konstante	0,61 ^c (39,14)	0,66 ^c (37,46)
Korrigiertes R ²	0,118	0,104
Fallzahl	3414	3355

Anmerkungen: T-Statistik in Klammern. Referenzkategorie bei Erwerbstätigkeit: Nichterwerbstätigkeit, Referenzkategorie bei Parteiidentifikation: Parteiidentifikation mit der CDU/CSU. Bei der finanziellen Altersversorgung wird die „Sorge im Hinblick auf die eigene finanzielle Altersabsicherung“, bei der Pflege im Alter die „Sorge im Hinblick auf die eigene medizinische Altersabsicherung“ verwendet. Signifikanzniveau: ^a: p≤0,05, ^b: p≤0,01, ^c: p≤0,001.

Für die alten Politikbereiche (Tabelle 10) können über diese beiden Einflussfaktoren (Unzufriedenheitsbekundungen und Bildungsgrad) hinausgehend die gleichen Determinanten identifiziert werden, deren Wirkrichtung im Einklang mit den aufgestellten Annahmen ist: Frauen präferieren einen höheren Umfang wohlfahrtsstaatlicher Verantwortung als Männer. Zudem geht eine größere Sorge in Bezug auf die eigene Altersabsicherung mit dem Wunsch nach stärkerer sozialstaatlicher Aktivität einher. Ein analoger vergleichsweise starker Effekt

besteht für Personen, die Defizite in der Vertretung der politischen Interessen Älterer wahrnehmen. Schließlich kann gezeigt werden, dass ostdeutsche Befragte den Staat im Pflegebereich in höherem Maße in der Verantwortung sehen als westdeutsche, tendenziell gilt das auch in der finanziellen Altersversorgung.

Als nächstes werden Determinanten in jungen Politikbereichen betrachtet. Sind hier die gleichen Merkmale erklärungskräftig wie bei den Einstellungen zu alten Politikbereichen? Und ist ebenfalls eine große Schnittmenge bei den Prädiktoren von familien- und bildungspolitischen Präferenzen wie bei den Prädiktoren der finanziellen und pflegerischen Altersversorgung festzustellen? Bevor diese Fragen anhand der Ergebnisse in Tabelle 11 beantwortet werden, folgen Erläuterungen zur Inklusion der Interaktionsterme: Keiner dieser Terme ist statistisch signifikant und ihre Aufnahme führt zu keiner besseren Modellanpassung gemessen an einer Zunahme des korrigierten R^2 . Die übrigen Koeffizienten bleiben stabil.¹²⁸ Inhaltlich bedeutet dies, dass die Effekte von Unzufriedenheitsbekundungen und der Bewertung der Interessenvertretung bei Eltern und Kinderlosen – entgegen der Vermutung – in jungen Politikfeldern gleichförmig ausfallen. Da der alleinige Blick auf Koeffizienten wenig intuitiv ist, wurden die Interaktionen zusätzlich grafisch veranschaulicht (Abbildungen A.4 bis A.7 im Anhang).¹²⁹ In der Familienpolitik liegen beide Effekte unter Kinderlosen auf einem etwas niedrigeren Niveau als unter Eltern. In der Bildungspolitik sind so gut wie gar keine Unterschiede nach Elternschaft auszumachen.

Bei den Einflussfaktoren der gewünschten staatlichen Verantwortung in jungen Politiken gibt es mehr Unterschiede zwischen den Politikfeldern als in alten Politiken. Für familien- und bildungspolitische Präferenzen ist festzustellen, dass – zusätzlich zu den bereits genannten Prädiktoren (Unzufriedenheit mit dem Status Quo und Bildungsgrad) – eine Parteiidentifikation mit den Grünen die Zustimmung zu höherem wohlfahrtsstaatlichen Engagement in beiden Bereichen begünstigt. Daneben existieren für familienpolitische Einstellungen statistisch signifikante Effekte von Elternschaft und von der Bewertung der altersspezifischen Interessenrepräsentation, die im Einklang mit den theoretischen Annahmen sind: Eltern und Personen, die die Interessenvertretung als unzureichend bewerten, sehen den Staat stärker in der Verantwortung für Familien. Bezüglich der Präferenzen im Bildungsbereich sind beide Faktoren hingegen unbedeutend. Relevanter sind hier demgegenüber andere Prädiktoren: Ein Wohnsitz in Ostdeutschland sowie eine positive Wahrnehmung der aktuellen nationalen Wirtschaftslage gehen mit der Forderung nach höherem wohlfahrtsstaatlichen Engagement einher.

¹²⁸ Dass der Koeffizient der Bewertung der Interessenvertretung Jüngerer in der Familienpolitik nach der Inklusion der Interaktionen nicht mehr statistisch signifikant ausfällt bedeutet nicht, dass dieses Merkmal gänzlich an Relevanz verloren hat. Der Grund dafür ist, daran sei an dieser Stelle erinnert, dass der abgetragene Effekt ausschließlich konditional interpretiert werden kann (vgl. Unterkapitel 4.2).

¹²⁹ Zur Erstellung der Graphen wurden die verbleibenden Determinanten auf ihren Mittelwert (metrische Variablen) oder ihren Modus (nominale Merkmale) gesetzt. Die Vorhersagewerte gelten somit für nicht-erwerbstätige Männer mittleren Alters mit Wohnsitz in Westdeutschland, die keine Parteibindung (oder eine Bindung zu einer anderen Partei als den fünf genannten) besitzen und im Hinblick auf alle weiteren Variablen dem Stichprobendurchschnitt entsprechen.

Tabelle 11: Determinanten der gewünschten staatlichen Verantwortung in der Familien- und Bildungspolitik (OLS-Regressionen)

	Familie		Bildung	
Alter				
36-59 Jahre	-0,05 ^b (-2,95)	-0,05 ^b (-2,99)	0,00 (0,01)	-0,00 (-0,01)
≥ 60 Jahre	-0,10 ^c (-5,10)	-0,10 ^c (-5,15)	-0,03 (-1,85)	-0,03 (-1,87)
Frau	0,01 (0,59)	0,01 (0,61)	0,00 (0,14)	0,00 (0,16)
Kinder	0,06 ^c (4,01)	0,06 ^c (4,14)	0,01 (0,72)	0,01 (0,65)
Ostdeutschland	0,01 (1,06)	0,01 (1,07)	0,03 ^a (2,05)	0,03 ^a (2,06)
Bildung	-0,05 ^b (-2,94)	-0,04 ^b (-2,83)	0,03 ^a (2,22)	0,03 ^a (2,23)
Erwerbstätigkeit	-0,00 (-0,17)	-0,00 (-0,25)	-0,00 (-0,10)	-0,00 (-0,09)
Subjektive Schichteinstufung	-0,04 (1,38)	-0,04 (-1,37)	-0,02 (-0,91)	-0,02 (-0,90)
Eigene Wirtschaftslage (aktuell)	-0,02 (-0,79)	-0,03 (-0,80)	-0,02 (-0,77)	-0,02 (-0,80)
Eigene Wirtschaftslage (prospektiv)	-0,02 (-0,64)	-0,02 (-0,60)	0,00 (0,01)	0,00 (0,00)
Allgemeine Wirtschaftslage (aktuell)	-0,02 (-0,49)	-0,02 (-0,45)	-0,06 ^a (-2,10)	-0,06 ^a (-2,14)
Allgemeine Wirtschaftslage (prospektiv)	-0,05 (-1,95)	-0,05 (-1,95)	-0,03 (-1,33)	-0,03 (-1,32)
Unzufriedenheit (bereichsspezifisch)	0,13 ^c (5,47)	0,17 ^c (4,31)	0,16 ^c (7,36)	0,18 ^c (5,27)
Politisches Vertrauen	-0,01 (-0,18)	-0,01 (-0,14)	0,02 (0,52)	0,02 (0,47)
Unzureichende Interessenvertretung Jüngerer	0,05 ^b (2,67)	0,05 (1,69)	0,03 (1,77)	0,02 (0,70)
Parteiidentifikation mit der SPD	0,02 (0,92)	0,02 (0,96)	0,01 (0,82)	0,01 (0,82)
Parteiidentifikation mit der FDP	0,04 (1,06)	0,04 (1,06)	0,01 (0,35)	0,01 (0,34)
Parteiidentifikation mit den Grünen	0,05 ^a (2,48)	0,05 ^a (2,53)	0,03 ^a (2,20)	0,03 ^a (2,14)
Parteiidentifikation mit der Linken	0,05 (1,19)	0,05 (1,21)	0,04 (1,13)	0,04 (1,11)
Parteiidentifikation mit keiner/anderer Partei	0,03 (1,83)	0,03 (1,88)	0,01 (0,46)	0,01 (0,46)
Kinder *		-0,06		-0,03
Unzufriedenheit (bereichsspezifisch)		(-1,17)		(-0,74)
Kinder *		0,00		0,02
Unzureichende Interessenvertretung Jüngerer		(0,03)		(0,45)
Konstante	0,65 ^c (35,70)	0,65 ^c (36,08)	0,85 (50,44)	0,81 (51,10)
Korrigiertes R ²	0,076	0,076	0,078	0,078
Fallzahl	3343		3430	

Anmerkungen: Siehe Tabelle 10.

Gewünschte staatliche Leistungshöhe. Nun geht es um die Determinanten der präferierten Ausgabenhöhe. Das Vorgehen unterscheidet sich nicht von dem hinsichtlich der bevorzugten wohlfahrtsstaatlichen Verantwortlichkeit. Zunächst wird auf die Erklärungskraft der Modelle, dann auf die Effekte des Lebensalters eingegangen. In einem weiteren Schritt werden politikfeldübergreifende Determinanten benannt, gefolgt von dem detaillierteren Blick auf alte und junge Politikbereiche.¹³⁰

In den Tabellen 12 und 13 sind die Einflussfaktoren der gewünschten Leistungshöhe getrennt nach alten und jungen Politikbereichen abgetragen. Die Varianzaufklärung fällt höher aus als bei den Regressionen der Einstellungen zur wohlfahrtsstaatlichen Verantwortung. Für die Bereiche Bildung, finanzielle und pflegerische Altersversorgung liegen die Werte zwischen 16 und 19 Prozent, auf dem letzten Platz folgt der Familienbereich mit zwölf Prozent. Die einbezogenen Variablen sind demnach geeigneter, Einstellungsvarianzen bezüglich des präferierten Ausmaßes (Leistungshöhe) im Vergleich zum Umfang (Verantwortlichkeit) wohlfahrtsstaatlichen Handelns zu erklären. Dies gilt insbesondere für die Bildungspolitik, in der die Differenz im Varianzaufklärungspotenzial im Vergleich zu Tabelle 11 am höchsten ausfällt (plus elf Prozentpunkte).

Wie in den Tabellen 10 und 11 haben die Regressionskoeffizienten der Altersgruppen im Einklang mit den bivariaten Befunden (Abschnitt 4.3.2) durchgängig negative Vorzeichen, was bedeutet, dass Ältere sich in geringerem Ausmaß für Ausgabenerhöhungen aussprechen als Jüngere. Bis auf eine Ausnahme verfehlen die Koeffizienten aber das Kriterium statistischer Signifikanz: Nur für Personen älter als 59 Jahre ist ein Effekt in der Familienpolitik nachweisbar. Allerdings ist die Stärke des Einflusses nicht substantiell: Im Vergleich zu den 18- bis 35-Jährigen liegen die Antworten der über 59-Jährigen ungefähr eine Achtel Skaleneinheit darunter. In den anderen Politikbereichen stellt das Lebensalter unter Kontrolle weiterer Erklärungsvariablen keinen relevanten Prädiktor dar.

So wie bei der gewünschten staatlichen Verantwortung sind mit der aktuellen Situation in dem jeweiligen Politikfeld unzufriedene Personen stärker pro-wohlfahrtsstaatlich eingestellt und befürworten höhere Leistungen. Das gleiche gilt – ebenfalls für alle betrachteten Politikfelder – für Befragte, die die Interessen der Jüngeren bzw. Älteren nur unzureichend vertreten sehen. Die Stärke des Zufriedenheitseffekts übertrifft den Effekt der Evaluation der Interessenvertretung. Erneut ist bei der Interpretation der Effekte die rechtsschiefe Verteilung der abhängigen Variablen zu bedenken. Negative Koeffizienten verweisen weniger auf verstärkte Forderungen nach einem Leistungsabbau, sondern vielmehr auf eine Präferenz zur Beibehaltung aktueller Leistungshöhen.

¹³⁰ Konsequenzen, die sich durch Multikollinearität ergeben können, stellen aufgrund des nur geringen Ausmaßes erneut kein Problem dar (vgl. Tabelle A.10 im Anhang).

Tabelle 12: Determinanten der gewünschten staatlichen Leistungshöhe in der finanziellen Altersversorgung und der Pflege im Alter (OLS-Regressionen)

	Finanzielle Altersversorgung	Pflege im Alter
Alter		
36-59 Jahre	-0,01 (-0,99)	-0,01 (-1,04)
≥ 60 Jahre	-0,03 (-1,92)	-0,01 (-0,78)
Frau	0,01 (1,65)	0,01 (0,73)
Ostdeutschland	0,00 (0,37)	0,01 (1,37)
Bildung	-0,05 ^c (-3,82)	-0,02 (-1,69)
Erwerbstätigkeit	-0,01 (-0,91)	-0,00 (-0,45)
Subjektive Schichteinstufung	0,01 (0,45)	-0,02 (-1,03)
Eigene Wirtschaftslage (aktuell)	0,02 (0,77)	-0,01 (-0,53)
Eigene Wirtschaftslage (prospektiv)	0,02 (0,63)	-0,02 (-0,69)
Sorgen im Hinblick auf die eigene Altersabsicherung	0,06 ^c (3,72)	0,05 ^c (3,73)
Allgemeine Wirtschaftslage (aktuell)	0,09 ^b (2,67)	0,01 (0,60)
Allgemeine Wirtschaftslage (prospektiv)	-0,03 (-1,44)	0,00 (0,12)
Unzufriedenheit (bereichsspezifisch)	0,20 ^c (8,40)	0,19 ^c (10,34)
Politisches Vertrauen	0,09 ^b (3,08)	0,02 (0,86)
Unzureichende Interessenvertretung Älterer	0,06 ^c (3,36)	0,10 ^c (5,75)
Parteiidentifikation mit der SPD	-0,01 (-0,55)	0,01 (1,06)
Parteiidentifikation mit der FDP	0,02 (0,48)	0,04 (1,11)
Parteiidentifikation mit den Grünen	-0,01 (-0,97)	0,03 ^a (2,16)
Parteiidentifikation mit der Linken	0,03 (1,54)	0,02 (0,44)
Parteiidentifikation mit keiner/anderer Partei	-0,01 (-0,49)	0,01 (0,80)
Konstante	0,65 ^c (46,37)	0,70 ^c (55,94)
Korrigiertes R ²	0,175	0,158
Fallzahl	3362	3310

Anmerkungen: Siehe Tabelle 10.

Die Inspektion weiterer Einflussfaktoren von Einstellungen zu den Ausgaben in alten Politikbereichen (Tabelle 12) offenbart größere Unterschiede zwischen der finanziellen und der pflegerischen Altersversorgung im Vergleich zu den Determinanten der gewünschten staatlichen Verantwortung, bei denen unabhängig von der Dimension der Altersversorgung ein weitgehend gleiches Set relevanter Determinanten identifiziert wurde (Tabelle 10). Für beide Politikbereiche gilt analog zu den Ergebnissen in Tabelle 10, dass eine negative Evaluation der eigenen Altersabsicherung mit einer steigenden Forderung nach Leistungserhöhungen zusammenhängt. In der Pflege gibt es über die drei genannten Effekte (Unzufriedenheits-

bekundungen, Interessenevaluation, Bewertung der eigenen Absicherung) hinaus einen Effekt für Personen, die eine Parteiidentifikation mit den Grünen aufweisen. Dieser ist ebenfalls positiv, was inhaltlich bedeutet, dass Grünenanhänger höhere Ausgaben im Pflegesektor befürworten. Eine analoge Tendenz ist für formal niedriger Gebildete in beiden Politikbereichen erkennbar, die aber nur in der finanziellen Altersversorgung statistisch signifikant ist. Darüber hinaus können für die finanzielle Altersversorgung zusätzlich Einflüsse des politischen Vertrauens und von Wirtschaftsperzeptionen identifiziert werden. Erwartungsgemäß geht ein höheres Vertrauen mit dem Wunsch nach einem größeren staatlichen Engagement einher.¹³¹ Das gleiche gilt für Personen, die die derzeitige nationale Wirtschaftslage negativ beurteilen.

Für die Erklärung der präferierten Leistungshöhen in der Bildungs- und Familienpolitik sind andere Einflussfaktoren relevant als in alten Politikbereichen. Bevor diese genauer vorgestellt werden, geht der Blick auf die Interaktionen, mit denen überprüft wird, ob bestimmte Effekte zwischen Eltern und Kinderlosen differieren. Auch hier zeigen sich wie bei den Einstellungen zur staatlichen Verantwortung keine Unterschiede: Weder fallen die Interaktionsterme statistisch signifikant aus, noch ist eine substantielle Änderung in der Varianzaufklärung feststellbar; auch die übrigen Koeffizienten bleiben durch die Inklusion der Interaktionen stabil. Die Grafiken zu den insgesamt vier Interaktionen zeigen für den Familienbereich fast parallele Verläufe (Kinderlose weisen durchgängig etwas niedrigere Werte als Eltern auf), im Bildungsbereich sind die beiden Graphen nahezu deckungsgleich (Abbildungen A.8 bis A.11 im Anhang). Diese Ergebnisse sind damit nahezu identisch mit den obigen Resultaten für die präferierte staatliche Verantwortlichkeit.

Weitere relevante Prädiktoren (über die bereits genannten Effekte von Unzufriedenheitsbekundungen und von Evaluationen der Interessen Jüngerer hinaus) für die präferierten Ausgabenhöhen in jungen Politikbereichen sind in Tabelle 13 ersichtlich. Im Hinblick auf die Familienförderung erweisen sich Eltern als Befürworter von Leistungserhöhungen. Im Bereich der Bildung ist die vergleichsweise stärkste Politisierung von den hier untersuchten wohlfahrtsstaatlichen Präferenzen feststellbar: Anhänger der Linken stimmen häufiger als CDU/CSU-Anhänger höheren Leistungen zu, etwas abgeschwächt gilt dies auch für SPD- und Grünen-Identifizierer sowie Personen, die sich keiner der fünf etablierten Parteien (oder einer anderen) zugehörig fühlen. Befürworter finden sich zudem unter den höher Gebildeten sowie unter denjenigen, die sich einer höheren sozialen Schicht zuordnen. Das Gegenteil ist für Frauen zu konstatieren, was nicht im Einklang mit vorliegenden empirischen Befunden und den formulierten theoretischen Erwartungen ist.

¹³¹ Der Befund ist somit gegenteilig zur Zusammenhangsanalyse in Tabelle 9, in der ein statistisch signifikanter, aber negativer Zusammenhang festgestellt wurde.

Tabelle 13: Determinanten der gewünschten staatlichen Leistungshöhe in der Familien- und Bildungspolitik (OLS-Regressionen)

	Familie		Bildung	
Alter				
36-59 Jahre	-0,01 (-0,88)	-0,01 (-0,93)	-0,02 (-1,69)	-0,02 (-1,68)
≥ 60 Jahre	-0,03 ^a (-2,04)	-0,04 ^a (-2,12)	-0,02 (-1,48)	-0,02 (-1,49)
Frau	0,00 (0,15)	0,00 (0,19)	-0,02 ^a (-2,32)	-0,02 ^a (-2,29)
Kinder	0,03 ^b (2,85)	0,04 ^b (3,03)	0,00 (0,25)	0,00 (0,24)
Ostdeutschland	0,00 (0,09)	0,00 (0,12)	0,01 (1,02)	0,01 (1,04)
Bildung	-0,00 (-0,34)	-0,00 (-0,23)	0,03 ^a (2,35)	0,03 ^a (2,37)
Erwerbstätigkeit	0,01 (0,79)	0,01 (0,73)	0,01 (0,79)	0,01 (0,81)
Subjektive Schichteinstufung	-0,03 (-1,27)	-0,03 (-1,25)	0,04 ^a (2,12)	0,04 ^a (2,13)
Eigene Wirtschaftslage (aktuell)	0,04 (1,73)	0,04 (1,71)	0,03 (1,22)	0,03 (1,21)
Eigene Wirtschaftslage (prospektiv)	-0,03 (-1,01)	-0,02 (-0,91)	-0,03 (-1,19)	-0,03 (-1,15)
Allgemeine Wirtschaftslage (aktuell)	-0,03 (-1,10)	-0,03 (-1,07)	-0,02 (-0,90)	-0,02 (-0,91)
Allgemeine Wirtschaftslage (prospektiv)	-0,01 (-0,31)	-0,01 (-0,31)	-0,01 (-0,43)	-0,01 (-0,41)
Unzufriedenheit (bereichsspezifisch)	0,22 ^c (11,37)	0,25 ^c (7,95)	0,24 ^c (14,02)	0,25 ^c (8,73)
Politisches Vertrauen	0,05 (1,85)	0,05 (1,91)	0,04 (1,51)	0,04 (1,51)
Unzureichende Interessenvertretung Jüngerer	0,07 ^c (4,68)	0,08 ^b (3,13)	0,05 ^c (3,81)	0,06 ^a (2,42)
Parteiidentifikation mit der SPD	-0,00 (-0,07)	-0,00 (-0,01)	0,04 ^b (3,02)	0,04 ^b (3,03)
Parteiidentifikation mit der FDP	-0,03 (-0,78)	-0,03 (-0,85)	0,01 (0,31)	0,01 (0,29)
Parteiidentifikation mit den Grünen	0,01 (0,39)	0,01 (0,43)	0,04 ^b (3,16)	0,04 ^b (3,12)
Parteiidentifikation mit der Linken	0,03 (1,03)	0,03 (1,03)	0,07 ^c (3,41)	0,07 ^c (3,36)
Parteiidentifikation mit keiner/anderer Partei	-0,00 (-0,05)	0,00 (0,00)	0,02 ^a (2,02)	0,02 ^a (2,02)
Kinder *		-0,05		-0,01
Unzufriedenheit (bereichsspezifisch)		(-1,25)		(-0,42)
Kinder *		-0,02		-0,00
Unzureichende Interessenvertretung Jüngerer		(-0,68)		(-0,16)
Konstante	0,66 ^c (45,65)	0,66 ^c (45,70)	0,80 ^c (65,93)	0,80 ^c (66,86)
Korrigiertes R ²	0,120	0,121	0,190	0,189
Fallzahl	3314		3400	

Anmerkungen: Siehe Tabelle 10.

Den leitenden Forschungsfragen folgend ist von besonderem Interesse, ob das Lebensalter in dieser Gesamtbetrachtung einen nennenswerten Einflussfaktor darstellt. Mit einer Ausnahme sind die Koeffizienten für die mittlere und ältere Altersgruppe negativ. Das bedeutet, wie bereits bekannt, dass sich die Referenzgruppe der Jüngeren, die als vergleichsweise benachteiligt von sozialstaatlichen Regelungen gilt, ein stärkeres wohlfahrtsstaatliches Engagement

wünscht. Die Alterseffekte fallen allerdings mehrheitlich eher schwach aus und erreichen nur vereinzelt statistische Signifikanz.¹³²

Liefern diese Befunde zusätzliche Hinweise auf die Frage, ob der Effekt des Alters auf Einstellungen zu wohlfahrtsstaatlichen Zielen primär interessen- oder wertebasiert ist? Zur Erinnerung: Auf einen interessenbasierten Unterschied deutet es, wenn Jüngere im Vergleich zu Älteren in alten Politikbereichen ein ähnliches, in jungen Politikbereichen hingegen ein höheres wohlfahrtsstaatliches Engagement befürworten. Für wertebasierte Unterschiede sprechen politikfeldunabhängige Differenzen entweder dergestalt, dass Jüngere die stärkeren Befürworter des Wohlfahrtsstaats sind als Ältere oder umgekehrt. Auf Basis der bivariaten Befunde wurde vermutet, dass die beobachtbaren Altersunterschiede eher kein Ausdruck selbstorientierter Kosten-Nutzen-Abwägungen sind. Die regressionsanalytischen Befunde könnten zum Anlass genommen werden, diese Einschätzung zumindest teilweise zu revidieren. Das Ergebnis der durchgängig pro-wohlfahrtsstaatlicheren Einstellungen Jüngerer – das als Indiz für wertebasierte Altersunterschiede in der bivariaten Betrachtung interpretiert wurde – wird in der multivariaten Analyse abgeschwächt: Auch wenn die Vorzeichen in die entsprechende Richtung weisen, sind die Effekte schwach und nur in vier von 16 Fällen statistisch signifikant.¹³³ Mit einer Ausnahme entfallen diese nennenswerten Alterseffekte auf familienpolitische Einstellungen. In alten Politikfeldern sind die wohlfahrtsstaatlichen Präferenzen hingegen unabhängig vom Alter recht ähnlich, ein Befund, der mit der interessenbasierten Interpretation des Lebensalters übereinstimmt. Entgegen der theoretischen Annahme liegen Alterseffekte aber nur bei familien- und nicht bei bildungspolitischen Einstellungen vor. Diese eher gemischten Befunde für Einstellungen in jungen Politiken könnten ein Hinweis darauf sein, dass es abhängig vom Politikfeld ist, ob Altersdifferenzen primär interessen- oder wertebasiert sind. Womöglich spielen sich mit dem Alter wandelnde Interessenlagen für die Herausbildung familienpolitischer Präferenzen eine größere Rolle als bei der Entwicklung bildungspolitischer Einstellungen. Mit Sicherheit ausgeschlossen werden kann aber nicht, dass alle beobachteten Altersunterschiede werte- oder interessenbasiert sind und aus unbekanntem Gründen im Familiensektor höher ausfallen als in den anderen Politikfeldern.

Die Interpretation von direkten Alterseffekten im vorigen Absatz erfolgte aus einer Perspektive, die in vielen Studien eingenommen wird. Die Deutung kann aber auch etwas anders vorgenommen werden; expliziert wird dies nur selten. Die Art der Interpretation hängt zuvorderst davon ab, ob theoretisch davon ausgegangen wird, dass das Lebensalter auch eigenständig wirksam ist oder nicht. Je nachdem, ob die Existenz direkter Alterseffekte eingeräumt wird oder nicht, folgt daraus eine Interpretation unter jeweils etwas anderen Vorzeichen. In der Perspektive, in der unmittelbare Alterseffekte als nicht plausibel erachtet werden, da das Lebensalter ausschließlich als Proxy für verschiedenste Merkmale definiert ist, wird dem Alter folglich eine lediglich indirekte Wirkungsweise unterstellt. Verbleibende direkte Alterseffekte sprechen aus dieser Sicht dafür, dass relevante Prädiktoren in den

¹³² Dies spiegelt sich auch in der recht geringen Varianz wider, die durch das Alter allein erklärt werden kann (Tabellen A.7 und A.8 im Anhang); diese fällt in jungen Politikbereichen etwas höher aus als in alten.

¹³³ Basis sind hier die Modelle ohne Interaktionen.

Modellen fehlen. Alterseffekte werden in dieser Sichtweise daher nicht isoliert interpretiert, sondern unter Rückbezug auf dahinter liegende Konstrukte. Der anderen Sichtweise gemäß werden direkte Alterseffekte als Möglichkeit zugelassen. Altersunterschiede können demnach nicht nur auf die hier einbezogenen Wert- und Interessenorientierungen zurückgeführt werden, sondern können auch als unmittelbar mit dem Alter in Verbindung stehend interpretiert werden.¹³⁴ Ob direkte Alterseffekte als möglich erachtet werden oder nicht, muss zuvorderst anhand theoretischer Überlegungen festgelegt werden. Ergänzend dazu können empirische Befunde Indizien liefern. In dieser Arbeit wird die Existenz direkter Alterseffekte nicht ausgeschlossen, auch wenn vermutlich vielfältige indirekte Effekte vorliegen. Die Tatsache, dass trotz des Einbezugs diverser weiterer Variablen Alterseffekte identifiziert werden, wird als ein deutlicher Beleg für diese Sichtweise gewertet.¹³⁵

Unabhängig davon, wie die Existenz direkter Effekte interpretiert wird, liegt auf der Hand, dass deren Interpretation insofern unvollständig ist, als dass sie indirekte Alterseffekte nicht einbezieht. Dabei liefern die Erkenntnisse aus diesem Abschnitt in Kombination mit Zusammenhängen zwischen dem Alter und den anderen Determinanten diverse Hinweise auf das Vorliegen theoretisch hochgradig plausibler indirekter Alterseffekte. Deren Einbezug ist daher unabdinglich, um Alterseinflüsse detaillierter zu beschreiben. Darauf zielen die Analysen im folgenden Unterabschnitt ab.

4.3.3.2 Vermittelte Effekte des Alters auf wohlfahrtsstaatliche Einstellungen

Nach der Bestimmung relevanter Prädiktoren wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen wird nun das Lebensalter weitergehend untersucht. Die nachfolgenden Analysen sind dazu geeignet, indirekte Einflüsse des Alters zu identifizieren. Diese liegen vor, wenn zumindest ein Teil des Alterseffekts über intervenierende Variablen vermittelt wird. Es wurde bereits angemerkt, dass zwischen dem Lebensalter und fast allen anderen unabhängigen Variablen theoretisch plausible und statistisch signifikante Zusammenhänge bestehen (Tabelle A.3 im Anhang). Diese legen in Zusammenschau mit den Befunden zu den Determinanten von Wohlfahrtspräferenzen vermittelte Wirkungsweisen des Alters nahe. Entsprechende Analysen tragen dazu bei, die Kausalmechanismen des Alters in ihrer Komplexität und Prozesshaftigkeit besser zu verstehen. Sie komplettieren die vorangegangenen Ergebnisse indem sie verdeutlichen, wie das Lebensalter auf wohlfahrtsstaatliche Einstellungen einwirkt.

Im Folgenden werden totale, direkte und indirekte Alterseffekte untersucht, die anhand von Pfadanalysen ermittelt werden. Das Alter wird hier linear und nicht wie bisher gruppiert operationalisiert. Bedingt dadurch, dass der Regressionskoeffizient in diesem Fall die Veränderung in der abhängigen Variable bei Erhöhung des Lebensalters um ein Jahr beschreibt, fallen die Koeffizienten sehr gering aus. Das Lebensalter wurde daher recodiert, so dass sich

¹³⁴ Das beobachtbare Muster direkter Alterseffekte könnte möglicherweise ähnlich sein wie auf Wert- oder Interessenorientierungen zurückgehende Unterschiede. Das ist aber nur eine Option.

¹³⁵ Damit ist aber nicht ausgeschlossen, dass dennoch weitere indirekte Wirkungsweisen bestehen, die anhand der vorliegenden Informationen lediglich nicht aufgedeckt werden konnten.

die abgetragenen Effekte auf Steigerungen des Alters um zehn Jahre beziehen. Zur Identifizierung vermittelter Alterseffekte werden alle unabhängigen Variablen, die in die Regressionen wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen (Tabellen 10 bis 13) Eingang fanden, als intervenierende Variablen auf der zweiten Ebene der Pfadmodelle aufgenommen. Auf der ersten Ebene sind die als exogen definierten Merkmale abgetragen (Alter, Geschlecht, Wohnregion).

Zur Erinnerung: Die indirekten Alterseffekte entsprechen dem Produkt der jeweiligen zwei Regressionskoeffizienten. Die direkten Effekte entsprechen gemäß der pfadanalytischen Logik den kontrollierten linearen Alterseffekten wie sie in OLS-Regressionen ermittelt werden.¹³⁶ Von Interesse ist die Rolle der intervenierenden Variablen, d.h. die Höhe und Richtung der indirekten Effekte (genauer: Der *Summe* indirekter Effekte, sofern mehr als ein indirekter Effekt vorliegt). Höhe und Richtung des gesamten indirekten Effekts geben Aufschluss darüber, ob der Alterseffekt aufgrund der Nichtberücksichtigung indirekter Wirkungsweisen in den vorigen Analysen über- oder unterschätzt wurde. Weisen der direkte und der indirekte Effekt das gleiche Vorzeichen auf, fällt der totale Alterseffekt stärker aus als der direkte Alterseffekt. Der Effekt wurde in den OLS-Regressionen offenbar unterschätzt, da das Alter zusätzlich, mediiert über andere Variablen Einfluss ausübt. Umgekehrt führen entgegengesetzte direkte und indirekte Alterseffekte dazu, dass der totale Alterseffekt schwächer ist als der direkte Effekt. Der Einfluss des Alters wurde in den OLS-Regressionen demnach überschätzt, da gegenläufige indirekte Wirkungsweisen unberücksichtigt blieben. Doch auch wenn keine Differenz zwischen beiden Kennwerten, dem totalen und dem direkten Effekt, vorliegt, besteht die Möglichkeit, dass indirekte Alterseffekte mit unterschiedlichen Vorzeichen existieren, die sich in der Summe gegenseitig ausgleichen. Daher wird deren Existenz auch bei nur marginalen indirekten Alterseffekten geprüft. Nach Inspizierung der totalen, direkten und indirekten Alterseffekte erfolgt eine genauere Untersuchung der indirekten Wirkungsweisen des Alters. Dazu werden ein Pfadmodell exemplarisch für eine abhängige Variable illustriert (Abbildung 6) und die verschiedenen intervenierenden Merkmale, über die die einzelnen indirekten Alterseffekte verlaufen, tabellarisch ausgewiesen (Tabelle 15).

Die in ihre Komponenten zerlegten Alterseffekte sind in Tabelle 14 abgetragen. Ein erster Blick zeigt, dass totale und direkte Alterseffekte durchgängig negative Vorzeichen aufweisen. Inhaltlich entspricht dies dem bereits bekannten Ergebnis, dass Ältere tendenziell weniger wohlfahrtsstaatliches Engagement befürworten. Zunächst werden die Ergebnisse für die gewünschte staatliche Verantwortung berichtet. In der finanziellen und der pflegerischen Altersversorgung sind keine nennenswerten indirekten Alterseffekte nachweisbar. Die totalen und direkten Effekte sind demnach nahezu identisch und zudem insignifikant. In jungen Politikbereichen stellt sich dies anders dar, hier liegen nennenswerte totale und direkte¹³⁷ negative

¹³⁶ Die im vorigen Abschnitt präsentierten Alterseffekte aus den einstufigen OLS-Regressionen sind mit den Koeffizienten in Tabelle 14 nicht vergleichbar, da das Alter jeweils unterschiedlich operationalisiert wurde. Wenn in den einstufigen OLS-Regressionen analog verfahren wird und das Alter metrisch statt kategorisiert inkludiert wird, sind diese Effekte identisch zu den direkten Effekten in Tabelle 14 (nicht gezeigt).

¹³⁷ In den multiplen OLS-Regressionen mit den Altersgruppendummyvariablen waren die Koeffizienten für Personen mittleren Alters und für Ältere im Bildungsbereich nicht signifikant (Tabelle 11). Durch die lineare Modellierung ändert sich dies.

Alterseffekte vor; zudem gibt es einen gegenläufigen, statistisch signifikanten indirekten Effekt im Familienbereich. Das bedeutet, dass der negative Alterseffekt in den einstufigen OLS-Regressionen (der vergleichsweise stärkste von allen beobachtete, siehe Tabellen 10 bis 13) überschätzt wurde. Die Älteren plädieren demnach nicht in dem vermuteten starken Ausmaß für weniger wohlfahrtsstaatliches Engagement in der Familienpolitik als die Jüngeren. Die Abschwächung durch Berücksichtigung des indirekten positiven Effekts liegt bei einer Sechszehntel Skaleneinheit bei einer Steigerung des Alters um zehn Jahre; hochgerechnet auf einen Altersunterschied von z.B. 40 Jahren entspricht dies einer Viertel Skaleneinheit. Im Bildungsbereich hingegen wird der Alterseffekt in den OLS-Regressionen minimal unterschätzt. Erst der Einbezug weiterer Faktoren legt offen, dass das Alter zusätzlich über andere Kanäle Einfluss nimmt, wodurch der negative Alterseinfluss verstärkt wird; ein Viertel des totalen Alterseffekts wird demnach über andere Merkmale vermittelt. Absolut betrachtet fällt die durch indirekte Alterseffekte bewirkte Einstellungsveränderung in diesem Fall allerdings nur marginal und statistisch nicht signifikant aus.

Tabelle 14: Totale, direkte und indirekte Alterseffekte auf wohlfahrtsstaatliche Einstellungen (Pfadmodelle)

Gewünschte staatliche Verantwortung	Finanzielle Altersversorgung	Pflege im Alter	Familie	Bildung
Totaler Alterseffekt	-0,005 (-1,59)	-0,001 (-0,29)	-0,015 ^c (-4,39)	-0,012 ^c (-3,64)
Direkter Alterseffekt	-0,005 (-1,45)	-0,001 (-0,33)	-0,021 ^c (-4,74)	-0,009 ^a (-2,14)
Indirekter Alterseffekt	0,000 (0,03)	0,000 (0,14)	0,006 ^a (2,09)	-0,003 (-0,85)
Gewünschte staatliche Leistungshöhe	Finanzielle Altersversorgung	Pflege im Alter	Familie	Bildung
Totaler Alterseffekt	-0,005 ^a (-2,03)	-0,005 ^a (-2,04)	-0,008 ^c (-3,18)	-0,013 ^c (-5,99)
Direkter Alterseffekt	-0,005 (-1,67)	-0,005 (-1,69)	-0,007 ^a (-2,16)	-0,008 ^b (-2,72)
Indirekter Alterseffekt	-0,000 (-0,13)	0,000 (0,01)	-0,001 (-0,31)	-0,005 ^a (-2,22)

Anmerkungen: T-Statistik in Klammern. Signifikanzniveau: ^a: $p \leq 0,05$, ^b: $p \leq 0,01$, ^c: $p \leq 0,001$.

Die Ergebnisse für die präferierte staatliche Leistungshöhe sind relativ ähnlich: Auch hier liegen keine in der Summe nennenswerten indirekten Alterseffekte in Einstellungen zu alten Politikbereichen vor. Die totalen und direkten negativen Alterseffekte fallen demnach gleich hoch aus, wobei erstere das Kriterium statistischer Signifikanz erfüllen. Totale und direkte Alterseffekte sind erneut in jungen Politikbereichen statistisch signifikant.¹³⁸ Im Bildungsbereich sind sie ähnlich hoch, im Familienbereich etwas schwächer als bei der Frage nach der staatlichen Verantwortung. Im Gegensatz zur gewünschten staatlichen Verantwortung gibt es einen indirekten, statistisch signifikanten Effekt hier nicht im Familien- sondern im Bildungsbereich. Dieser ist negativ, d.h., dass der Alterseffekt bei der Frage nach der gewünschten Höhe der Bildungsausgaben in den einstufigen OLS-Regressionen leicht unterschätzt wurde. Der indirekte Effekt entspricht in diesem Fall ca. 40 Prozent des totalen Effekts.

Nun wird die indirekte Wirkungsweise des Alters detaillierter in den Blick genommen. In Tabelle 15 sind alle relevanten intervenierenden Variablen, über die statistisch signifikante

¹³⁸ Analog zu den Ausführungen in der vorigen Fußnote gilt, dass der direkte Alterseffekt im Bildungsbereich erst bei der linearen Modellierung das Kriterium statistischer Signifikanz erfüllt.

indirekte Alterseffekte verlaufen, abgetragen.¹³⁹ Bevor im Einzelnen auf die Befunde eingegangen wird, ist anzumerken, dass für alle untersuchten wohlfahrtsstaatlichen Einstellungsindikatoren mindestens zwei statistisch signifikante indirekte Alterseffekte identifiziert werden können. Das bedeutet, dass das Lebensalter auch in den Fällen, in denen die gesamten indirekten Effekte in Tabelle 14 nahe Null liegen, was die Existenz indirekter Wirkungsweisen nicht direkt nahelegt, vermittelt auf wohlfahrtsstaatliche Präferenzen einwirkt; erst die Effektzerlegung legt dies offen. Dies impliziert, dass in diesen Fällen indirekte Effekte existieren, die gegensätzlich ausfallen und sich in der Summe fast vollständig ausgleichen. Ein Blick auf die Vorzeichen in Tabelle 15 verdeutlicht, dass mit einer Ausnahme in *allen* Pfadmodellen gleichzeitig positive *und* negative indirekte Effekte vorliegen, die die negativen direkten Alterseffekte abschwächen bzw. verstärken.

Tabelle 15: Statistisch signifikante indirekte Alterseffekte auf wohlfahrtsstaatliche Einstellungen (Pfadmodelle)

Gewünschte staatliche Verantwortung	Finanzielle Altersversorgung	Pflege im Alter	Familie	Bildung
Alterseffekt via...				
Kinder			0,007 ^c (4,10)	
Bildung	0,005 ^c (3,97)	0,004 ^b (3,10)	0,004 ^b (2,96)	-0,002 ^a (-2,12)
Sorgen im Hinblick auf die eigene Altersabsicherung	-0,004 ^c (-3,88)	-0,002 ^b (-2,87)		
Unzufriedenheit (bereichsspezifisch)	-0,002 ^b (-3,00)	-0,002 ^a (-2,50)		
Unzureichende Interessenvertretung Jüngerer/Älterer	0,001 ^b (3,14)	0,002 ^c (3,39)	-0,001 ^a (-2,44)	
Parteiidentifikation mit den Grünen			-0,001 ^a (-2,26)	-0,001 ^a (-2,08)
Gewünschte staatliche Leistungshöhe	Finanzielle Altersversorgung	Pflege im Alter	Familie	Bildung
Alterseffekt via...				
Kinder			0,004 ^b (3,08)	
Bildung	0,004 ^c (3,75)			
Sorgen im Hinblick auf die eigene Altersabsicherung	-0,003 ^c (-3,67)	-0,002 ^b (-3,14)		
Unzufriedenheit (bereichsspezifisch)	-0,003 ^c (-3,91)	-0,002 ^a (-2,45)		
Unzureichende Interessenvertretung Jüngerer/Älterer	0,001 ^a (2,51)	0,002 ^c (3,68)	-0,002 ^c (-3,52)	-0,001 ^c (-3,20)
Parteiidentifikation mit der SPD				0,001 ^b (2,59)
Parteiidentifikation mit den Grünen				-0,001 ^b (-2,66)

Anmerkungen: T-Statistik in Klammern. Bei der finanziellen Altersversorgung wird die „Sorge im Hinblick auf die eigene finanzielle Altersabsicherung“, bei der Pflege im Alter die „Sorge im Hinblick auf die eigene medizinische Altersabsicherung“ verwendet. Signifikanzniveau: ^a: p≤0,05, ^b: p≤0,01, ^c: p≤0,001.

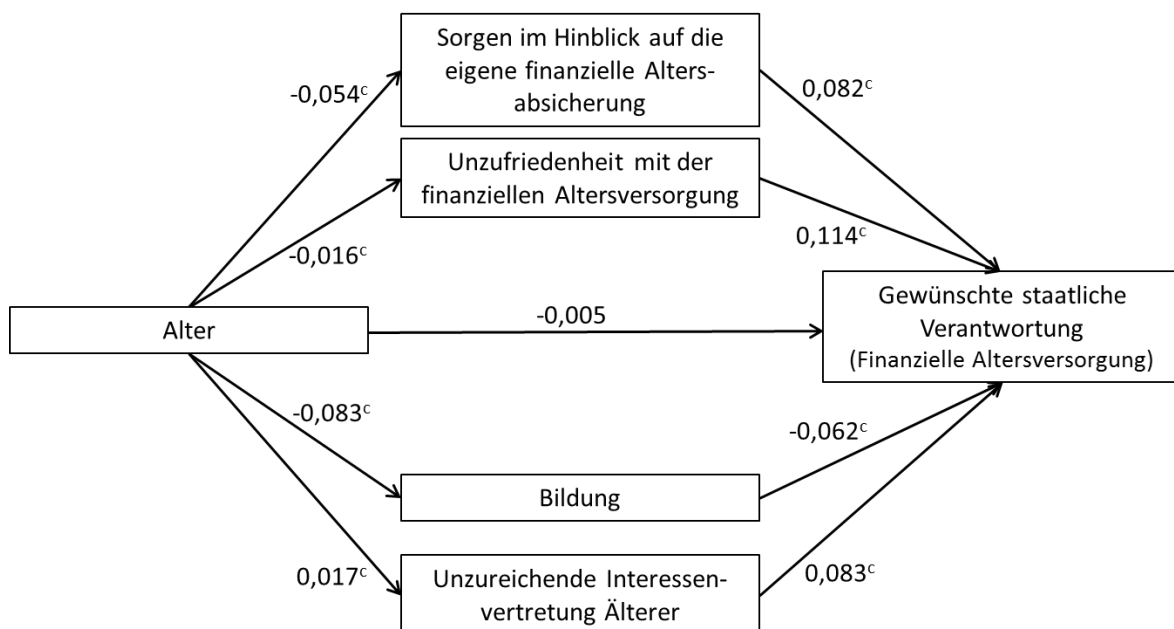
In Abbildung 6 sind die statistisch signifikanten diametralen indirekten Alterseffekte auf die präferierte staatliche Verantwortung in der finanziellen Altersversorgung im Pfadmodell abgetragen.¹⁴⁰ Mit zunehmendem Alter sinken die Unzufriedenheit mit der finanziellen Altersversorgung und die Sorge, im eigenen Alter nur unzureichend versorgt zu sein. Diese Merkmalsausprägungen gehen mit der Präferenz geringerer staatlicher Verantwortung (bzw.

¹³⁹ Wegen der Nichtberücksichtigung nicht signifikanter indirekter Effekte können die Summen der indirekten Alterseffekte in Tabelle 15 von der Höhe des gesamten indirekten Effekts aus Tabelle 14 abweichen.

¹⁴⁰ Es ist zu beachten, dass weitere Pfade zwischen den intervenierenden Variablen denkbar sind, die nicht getestet wurden. Da der Fokus hier auf dem Alter liegt, sind zudem indirekte Wirkungsweisen des Geschlechts und der Wohnregion, die ebenfalls kalkuliert wurden, nicht dargestellt.

der Beibehaltung des Status Quo) einher und verstärken somit den negativen direkten Alterseffekt. Die indirekten Effekte, die über die Merkmale unzureichende Interessenvertretung und Bildung vermittelt werden, fallen hingegen positiv aus: Mit steigendem Alter bewerten Personen die Interessenvertretung Älterer eher negativ, zudem haben Ältere im Durchschnitt eine formal geringere Bildung. Beides hängt mit der Befürwortung stärkerer staatlicher Verantwortung zusammen (Tabelle 10).¹⁴¹ Der direkte Alterseffekt wird dadurch abgeschwächt. Besonders hoch fallen diese vermittelten Einflüsse des Alters allerdings nicht aus: Der indirekte Alterseffekt über die intervenierende Variable Bildung z.B. beschreibt die erwartete Veränderung in der abhängigen Variable bei Erhöhung des Alters um zehn Jahre auf dem Kausalpfad über die Bildungsvariable und beträgt ein Zwanzigstel einer Skaleneinheit.

Abbildung 6: Pfadmodell zur gewünschten staatlichen Verantwortung in der finanziellen Altersversorgung



Hinsichtlich der indirekten Alterseffekte im Pflegebereich werden die gleichen intervenierenden Variablen wie in Abbildung 6 identifiziert. Ein Unterschied besteht darin, dass bezüglich der Unzufriedenheit und der Sorgen – über diese beiden Variablen verlaufen negative indirekte Alterseffekte – gemäß der Modellspezifikationen die bereichsspezifischen Indikatoren eine Rolle spielen, d.h. die Unzufriedenheit mit der Pflege im Alter und die Sorgen wenn es um die medizinische Altersabsicherung geht (Tabelle 10). Zudem gibt es erneut zwei positive indirekte Alterseffekte, die über die Variablen Bildungsniveau und Bewertung der Interessenvertretung verlaufen und gegenläufig zum direkten Alterseffekt sind.

¹⁴¹ Der Pfeil vom Lebensalter auf den Bildungsgrad kann nicht im üblichen Sinne als kausaler Effekt interpretiert werden (ähnliches gilt auch beim Merkmal eigene Kinder). Zwischen beiden Merkmalen besteht allerdings eine hohe Korrelation. Da es hier um die Ermittlung indirekter Alterseffekte geht, die nur auf diese Weise möglich ist, wird diese Modellierung gewählt. Unstrittig erscheint, dass wenn ein kausaler Effekt unterstellt wird, dieser eher vom Lebensalter zur Bildung und nicht umgekehrt verlaufen sollte.

Der relativ starke, statistisch signifikante positive indirekte Alterseffekt in familienpolitischen Präferenzen, der den in den OLS-Regressionen beobachteten negativen Alterseffekt abschwächt, verläuft neben dem Bildungsgrad insbesondere über das Merkmal Elternschaft. Neben eines im Durchschnitt geringeren Bildungsniveaus ist unter Älteren im Vergleich zu den Jüngeren ebenso die Wahrscheinlichkeit höher, eigene Kinder zu haben. Beide Merkmalsausprägungen gehen mit dem Wunsch nach höherer Staatstätigkeit einher (Tabelle 11) und sind damit gegenläufig zum direkten negativen Alterseffekt. Zusammengenommen bewirken diese beiden indirekten Effekte eine Erhöhung um ein Neuntel einer Skaleneinheit in der abhängigen Variablen. Zwei negative indirekte Effekte schwächen diesen Befund ab. Diese werden über die Bewertung altersspezifischer Interessen einerseits und die Parteiidentifikation mit den Grünen andererseits mediiert. Im Gegensatz zu den Interessen der Älteren wird die Repräsentation jüngerer Interessen mit steigendem Alter positiver beurteilt, was mit einer weniger pro-wohlfahrtsstaatlichen Einstellung einhergeht. Die gleiche, den direkten negativen Alterseffekt verstärkende Tendenz resultiert aus der geringeren Wahrscheinlichkeit Älterer, eine Parteiidentifikation mit den Grünen aufzuweisen. Der totale negative Alterseffekt setzt sich demnach zusammen aus einem negativen direkten Alterseffekt und einem etwas schwächeren, in der Summe statistisch signifikanten positiven indirekten Alterseffekt, der wiederum aus verschiedenen positiven und negativen Einzeleffekten besteht, von denen die positiven überwiegen.

Im Bildungsbereich wurde ein schwacher negativer indirekter Alterseffekt beobachtet (Tabelle 14). Anders als bei den anderen wohlfahrtsstaatlichen Einstellungsindikatoren setzt sich dieser nicht aus gegenläufigen einzelnen statistisch signifikanten Effekten zusammen; nachgewiesen werden können ausschließlich negative. Diese verlaufen zum einen über die Parteiidentifikation mit den Grünen und zum anderen über den formalen Bildungsgrad. Wie im Fall von familienpolitischen Präferenzen verstärkt die Tatsache, dass Ältere sich seltener als Jüngere mit den Grünen identifizieren, den negativen Einfluss des Alters. Bezüglich der Bildung ist zu beachten, dass der indirekte Effekt hier im Gegensatz zu allen bisher berichteten, über Bildung intervenierenden indirekten Effekten ein negatives Vorzeichen hat. Das liegt daran, dass ein höherer Bildungsabschluss bildungspolitische Präferenzen positiv und damit gegenteilig als in den anderen Politikbereichen beeinflusst (siehe Tabellen 10 und 11). Da Ältere mit tendenziell niedrigerem Bildungsgrad daher weniger stark an einer Ausweitung der staatlichen bildungspolitischen Verantwortung interessiert sind, wird der negative Alterseffekt minimal verstärkt.

Nun geht der Blick auf vermittelte Alterseffekte bei der Frage nach der präferierten Leistungshöhe. Es zeigen sich einige Parallelen zu den Befunden zur gewünschten staatlichen Verantwortung. Für die finanzielle Altersversorgung wird das identische Set relevanter intervenierender Variablen identifiziert. Es gibt demnach zwei negative indirekte Alterseffekte, die über die Sorgen im Hinblick auf die eigene finanzielle Altersabsicherung einerseits sowie die Unzufriedenheit mit der finanziellen Altersversorgung andererseits verlaufen. Diesen stehen zwei positive indirekte Effekte entgegen, die die beiden anderen nivellieren: Ein etwas stärkerer, der über Bildung vermittelt wird, und ein etwas schwächerer, der über Evaluationen zur Interessenrepräsentation der Älteren interveniert. Bei der Einstellung zur gewünschten

Leistungshöhe in der Pflege im Alter können analoge entgegengesetzte Wirkungsweisen für die Variablen Sorge vor unzureichender eigener Altersabsicherung und Unzufriedenheitsbekundungen einerseits sowie Bewertung der Interessenvertretung von Älteren andererseits nachgewiesen werden. Bezüglich der gewünschten Ausgaben in der Familienpolitik gibt es zwei entgegengesetzte indirekte Alterseffekte: Einen negativen, der über die Bewertung der Interessenrepräsentation vermittelt wird und einen positiven, der über Elternschaft mediiert ist.

Bei den Bildungsausgaben gibt es einen nennenswerten negativen indirekten Effekt, der den direkten negativen Alterseffekt verstärkt. Die Pfadanalyse legt nahe, dass dies zum einen – wie im Fall der gewünschten staatlichen Zuständigkeit in diesem Politikfeld – an einer parteipolitischen Bindung an die Grünen als intervenierender Variablen liegt. In dieselbe Richtung weist zum anderen der vermittelte Alterseffekt, der über die Bewertung der Interessenvertretung Jüngerer auf die präferierten Bildungsausgaben wirkt. Mit zunehmendem Alter fällt die Evaluation der Repräsentation der Anliegen Jüngerer tendenziell positiver aus, was zu einer geringeren Präferenz für starke Ausgabenerhöhungen führt. Leicht abgeschwächt werden diese Effekte durch einen positiven indirekten Alterseffekt, der über die Parteiidentifikation mit der SPD mediiert wird: Ältere haben häufiger eine Bindung an diese Partei als die Jüngeren, was mit einer tendenziell pro-wohlfahrtsstaatlicheren Haltung einhergeht. Der totale negative Alterseffekt setzt sich demnach zusammen aus einem negativen direkten und einem in der Summe negativen, statistisch signifikanten indirekten Alterseffekt, der aus gegensätzlichen einzelnen indirekten Effekten besteht. Da die negativen indirekten Effekte in der Summe etwas stärker ausfallen als die positiven, ergibt sich eine leichte Zunahme im Alterseffekt im Vergleich zum Befund in der OLS-Regression.

In einer Gesamtschau ist zu sagen, dass anhand der Pfadanalysen eine differenziertere Vorstellung davon gewonnen werden konnte, auf welchem Weg das Lebensalter wohlfahrtsstaatliche Präferenzen formt. Die vorab formulierte Annahme des Vorliegens indirekter Effekte wurde bestätigt. Die identifizierten indirekten, direkten und totalen Alterseffekte fallen mit wenigen Ausnahmen in den Einstellungen zu jungen Politikfeldern allerdings eher gering aus. Nachgewiesen werden konnte zudem, dass die gesamten indirekten Effekte mit nur einer Ausnahme das Resultat eines Zusammenspiels gegenläufiger einzelner indirekter Alterseffekte sind. In zwei Fällen überwiegen die positiven bzw. die negativen indirekten Effekte in der Summe und fallen statistisch signifikant aus: Der negative Alterseffekt wurde bei der Frage nach der staatlichen Verantwortung im Familienbereich anhand der einstufigen OLS-Regressionen überschätzt und bei den gewünschten Bildungsausgaben unterschätzt, da indirekte Wirkungsweisen des Alters nicht einbezogen werden.

Die totalen Effekte bilden den Einfluss des Lebensalters vollständiger ab als dies anhand der einstufigen OLS-Regressionsmodelle möglich war, da direkte und indirekte Komponenten gleichermaßen Berücksichtigung finden. Dadurch zeichnet sich nun deutlicher ab, dass das Alter bei Einstellungen zu jungen Politikbereichen eine gewisse Relevanz hat; dieses Ergebnis war in den vorigen Regressionsanalysen auf die Familienpolitik beschränkt. Der Nachweis eines ähnlichen Befundes für bildungspolitische Präferenzen kann erst durch die Inklusion indirekter Effekte, die die negative Tendenz des Alterseffekts verstärken, erbracht werden.

Einstellungen zu alten Politiken hingegen stehen offenbar in keinem nennenswerten Zusammenhang mit dem Lebensalter.

Geben diese Befunde Hinweise darauf, ob das Alter zuvorderst mit Interessen- oder Wertorientierungen in Zusammenhang steht? Eine Einschätzung ist angesichts der recht schwachen Effekte kein leichtes Unterfangen. Auf den ersten Blick entspricht das Muster der totalen Alterseffekte den Annahmen interesseninduzierter Altersunterschiede: Unterschiede bestehen in jungen, nicht aber in alten Politikbereichen. Ob spezifische (u.U. gegenläufige) Interessen oder Werte mit dem Alter in Verbindung stehen, lässt sich anhand der Befunde nur für die indirekten Effekte ausführen. Diese Betrachtung ist also in gewisser Hinsicht begrenzt. Was die Analyse der indirekten Effekte allerdings zeigt, ist, dass Indikatoren beider Motivlagen fast ausnahmslos eine gewisse Relevanz besitzen. Dies war insofern erwartet worden, da monokausale Erklärungen wenig realistisch sind. Bezüglich der gewünschten staatlichen Verantwortung in der Familienpolitik dominiert der indirekte Alterseffekt via Elternschaft, was darauf hinweist, dass interessenbasierte Erwägungen hier die treibende Kraft sind. Indes: Dieser indirekte Effekt ist positiv und damit gegenläufig zum verhältnismäßig stärkeren direkten Alterseffekt; die beobachtete niedrigere Zustimmung unter den Älteren kann unter Verweis auf diesen medierten Effekt eben nicht erklärt werden. Bei den gewünschten Bildungsausgaben können die Mediatoren Wertorientierungen zugeordnet werden. Da direkter *und* indirekter Effekt hier negativ sind, ist ein Teil der negativen Alterstendenz über mit dem Alter verbundene Wertorientierungen zu erklären. Diese Befunde könnten als Hinweis darauf gedeutet werden, dass die Dominanz von Interessen- und Wertorientierungen in den indirekten Effekten in den Politikbereichen variiert. Darüber hinaus sind kaum Aussagen möglich. Z.B. liegen einige über Bildung vermittelte Alterseffekte vor. Da der Bildungsgrad selbst aber nicht eindeutig Interessen oder Werten zugeordnet werden kann (und in Teilen zudem ebenfalls als Proxy verstanden werden kann), kann keine Einordnung erfolgen. Zudem sind die Analysen wie angemerkt nicht dazu geeignet, die (durchgängig stärkeren) direkten Effekte einer ähnlichen inhaltlichen Prüfung zu unterziehen.

4.3.3.3 Altersspezifische Determinanten wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen

Die vorangegangenen Analysen zielten auf *vermittelte* Effekte des Alters ab. Die folgenden Moderatoranalysen nehmen vom Alter *bedingte* Effekte in den Blick. Diese liegen vor, wenn bestimmte Zusammenhänge zwischen Prädiktoren und wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen nur in der einen oder der anderen Altersgruppe vorliegen. Vermutet wird z.B., dass es unter Älteren einen Einfluss der Wohnregion gibt, der wenn, dann nur schwach unter Jüngeren ausgeprägt ist.

Für die Analysen werden alle unabhängigen Variablen mit mehr als zwei Ausprägungen altersgruppenspezifisch zentriert (und nicht wie im Fall der in Tabellen 10 bis 13 präsentierten Analysen über alle Altersgruppen hinweg). Dies ist hinsichtlich der Interpretation der Konstanten relevant: Die ausgewiesenen Erwartungswerte gelten jeweils für einen nicht-erwerbstätigen Mann (und Vater, wenn die Variable eigene Kinder Bestandteil des Modells ist) mit

Wohnsitz in Westdeutschland, der mit keiner der fünf genannten Parteien eine Parteiidentifikation aufweist und hinsichtlich der weiteren Variablen einem durchschnittlichen Vertreter seiner jeweiligen Altersgruppe entspricht. Aufgrund der innerhalb der Altersgruppen durchgeführten Zentrierung variieren die Mittelwerte. Dadurch wird z.B. berücksichtigt, dass Jüngere die Interessenrepräsentation Älterer mit einem Durchschnittswert von 0,46 etwas besser bewerten als Ältere (0,53). Umgekehrt verhält es sich bei der Evaluation der Interessen Jüngerer, wobei der Altersunterschied hier höher ausfällt: Einem Wert von 0,59 unter den Älteren steht ein Wert von 0,72 unter den Jüngeren gegenüber. Um ein besseres Abbild der Realität zu zeichnen, erscheint dieses Vorgehen plausibler als für beide Altersgruppen gemittelte Werte zu verwenden.

Bei der Identifizierung der Determinanten wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen über alle Altersgruppen hinweg wurden verschiedene Interaktionsterme getestet (Unterabschnitt 4.3.3.1). Dabei fanden sich entgegen der Annahme keine Unterschiede in bestimmten Effekten zwischen Eltern und Kinderlosen. Ausgeschlossen werden kann jedoch nicht, dass derartige Ergebnisse in einzelnen Altersgruppen existieren, die in der Gesamtbetrachtung überdeckt wurden. Aktuelle Forschungsarbeiten liefern beispielsweise Hinweise darauf, dass es hinsichtlich des Wahlverhaltens nur unter den Älteren Unterschiede in den Effekten bestimmter Determinanten zwischen Eltern und Kinderlosen gibt; unter Jüngeren konnten derartige Muster nicht nachgewiesen werden (siehe Konzelmann et al. 2014: 223-252). Übertragen auf den vorliegenden Kontext legen diese Befunde die Vermutung nahe, dass z.B. eine höhere Unzufriedenheit mit der Familienpolitik unter Jüngeren – unabhängig davon, ob sie Kinder haben oder nicht – mit einer Präferenz für Leistungserhöhungen einhergeht. Unter Älteren hingegen tritt ein derartiger Effekt wahrscheinlich in erster Linie nur unter Eltern auf. Dies sollte gelten, obwohl familienpolitischen Entscheidungen insgesamt eine hohe Wichtigkeit zugeschrieben wird. Die unmittelbare Betroffenheit durch eigene Kinder ist unter den Älteren mutmaßlich ausschlaggebender als unter Jüngeren. Kinderlose Jüngere, so die Vermutung, antizipieren ihre eigene Familiengründung und/oder sind über Altersgenossen in familienpolitische Belange mehr oder weniger stark involviert und darüber informiert, so dass eine negative Bewertung der aktuellen Familienpolitik sich bei ihnen gleichermaßen auf das gewünschte wohlfahrtsstaatliche Engagement auswirkt wie bei gleichaltrigen Eltern.

Um diese Vermutung empirisch zu überprüfen, wurden für alle acht Indikatoren wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen in allen drei Altersgruppen Regressionsanalysen durchgeführt, in denen die in Unterabschnitt 4.3.3.1 vorgestellten Interaktionsterme inkludiert wurden (nicht gezeigt). Wider Erwarten erbringt der Einbezug keinen Erkenntnisgewinn. Mit einer Ausnahme existieren keine nennenswerten Unterschiede zwischen Eltern und Kinderlosen. Diese Ausnahme besteht bei der Frage nach der gewünschten wohlfahrtsstaatlichen Verantwortung im Bildungsbereich unter den 18- bis 35-Jährigen. Unter Eltern gibt es keinen Einfluss von der Unzufriedenheit mit dem Status Quo; unabhängig von dieser sehen sie den Staat als in hohem Maße verantwortlich an. Unter gleichaltrigen Kinderlosen fällt der Effekt positiv aus; der vorhergesagte Wert steigt über die gesamte Schwankungsbreite der Unzufriedenheitsvariablen um zwei Skaleneinheiten. Nur wenn sie unzufrieden sind, liegen sie mit den Eltern auf einem gleichen Niveau, bei höherer Zufriedenheit darunter. Dies ist ein Hin-

weis darauf, dass sich Eltern – vermutlich aufgrund ihrer Lebenssituation – generell mehr staatliche Unterstützung wünschen, wohingegen es unter Kinderlosen ein gewisses Maß an Unzufriedenheit bedarf, um auf einem ähnlich hohen Niveau wohlfahrtsstaatliches Engagement zu fordern. Erwartet wurde dieses Muster allerdings eher in den älteren Altersgruppen. Da die Inklusion der Interaktionen keine weiteren nennenswerten Resultate erbrachte, werden sie im Folgenden nicht in die Modelle aufgenommen.

Gewünschte staatliche Verantwortung

Gewünschte staatliche Verantwortung – Finanzielle Altersversorgung. Die Analyse altersspezifischer Prädiktoren beginnt mit den in Tabelle 16 abgetragenen Ergebnissen zur gewünschten staatlichen Verantwortung in der finanziellen Altersversorgung. Die hinzugezogenen Prädiktoren sind wesentlich besser dazu geeignet sind, die Präferenzen der Jüngeren zu erklären; mit 17 Prozent liegt das Ausmaß erklärter Varianz rund sieben Prozentpunkte über dem Wert für die Älteren.

Unter den Älteren können drei statistisch signifikante Einflussfaktoren identifiziert werden, deren Effekte durchgängig im Einklang mit vorab formulierten Annahmen sind: Ein ostdeutscher Wohnsitz, eine hohe Unzufriedenheit mit dem aktuellen Stand der Dinge sowie die Beurteilung der Repräsentation der politischen Interessen Älterer als defizitär führen zu dem Wunsch nach einer starken Rolle des Staates. Unter den Jüngeren zeigen sich die gleichen Determinanten mit Ausnahme der Wohnregion. Darüber hinaus gibt es bei ihnen weitere Einflussfaktoren: Höher Gebildete sowie Erwerbstätige präferieren eine geringere staatliche Zuständigkeit. Ein entgegengesetzter Effekt geht von einer höheren Sorge vor unzureichender Altersabsicherung aus. Aus dieser Betrachtung ließe sich folgern, dass Jüngere und Ältere lediglich zwei gemeinsame Determinanten (Unzufriedenheit und Interessenvertretung) aufweisen und der Einfluss der anderen genannten Merkmale zwischen beiden Gruppen differiert.

Streng genommen gibt diese Art der Interpretation allerdings keine Auskunft über altersspezifische Einstellungs determinanten (siehe Unterkapitel 4.2). Der Grund dafür ist, dass diese Betrachtungsweise übersieht, dass der Unterschied zwischen einer signifikanten und einer nicht signifikanten Determinante selbst nicht zwangsläufig ebenfalls statistisch signifikant ausfällt. Die Signifikanz gibt an, ob der Koeffizient in der jeweiligen Altersgruppe signifikant von Null verschieden ist; ob dies auf die Differenz zwischen den Koeffizienten ebenfalls zutrifft, und der Effekt damit statistisch signifikant zwischen den Altersgruppen differiert, ist damit keineswegs geklärt. Um diesem Umstand zu begegnen, wird für die in den Tabellen 16 bis 23 abgetragenen altersspezifischen Befunde bestimmt, ob die Koeffizientendifferenzen statistisch signifikant ausfallen. Die entsprechenden Ergebnisse sind jeweils in der rechten Spalte abgetragen.

Tabelle 16: Altersspezifische Determinanten der gewünschten staatlichen Verantwortung in der finanziellen Altersversorgung (OLS-Regressionen)

	18-35 Jahre	≥ 60 Jahre	Differenz: Jüngere-Ältere
Frau	0,02 (1,41)	0,02 (1,13)	-0,00 (-0,02)
Ostdeutschland	0,01 (0,40)	0,07 ^a (2,42)	-0,06 (-1,91)
Bildung	-0,12 ^c (-3,64)	-0,03 (-1,14)	-0,09 ^a (-2,29)
Erwerbstätigkeit	-0,04 ^a (-2,09)	-0,03 (-1,11)	-0,01 (-0,13)
Subjektive Schichteinstufung	0,00 (0,06)	-0,02 (-0,41)	0,02 (0,35)
Eigene Wirtschaftslage (aktuell)	-0,00 (-0,08)	0,09 (1,42)	-0,09 (-1,14)
Eigene Wirtschaftslage (prospektiv)	0,04 (0,95)	0,02 (0,26)	0,02 (0,23)
Sorgen im Hinblick auf die eigene finanzielle Altersabsicherung	0,09 ^d (3,01)	0,05 (1,17)	0,04 (0,94)
Allgemeine Wirtschaftslage (aktuell)	-0,03 (-0,54)	0,01 (0,17)	-0,04 (-0,49)
Allgemeine Wirtschaftslage (prospektiv)	-0,00 (-0,01)	-0,01 (-0,16)	0,01 (0,12)
Unzufriedenheit mit der finanziellen Altersversorgung	0,16 ^c (4,01)	0,09 ^a (2,14)	0,07 (1,25)
Politisches Vertrauen	0,08 (1,37)	0,02 (0,26)	0,06 (0,72)
Unzureichende Interessenvertretung Älterer	0,08 ^b (2,69)	0,09 ^b (2,76)	-0,01 (-0,12)
Parteiidentifikation mit der SPD	-0,03 (-0,95)	-0,00 (-0,10)	-0,03 (-0,61)
Parteiidentifikation mit der FDP	0,05 (0,66)	-0,07 (-0,86)	0,12 (1,08)
Parteiidentifikation mit den Grünen	0,01 (0,33)	0,04 (1,15)	-0,03 (-0,66)
Parteiidentifikation mit der Linken	0,05 (1,23)	0,03 (0,55)	0,02 (0,34)
Parteiidentifikation mit keiner/anderer Partei	0,04 (1,78)	0,01 (0,56)	0,03 (0,73)
Konstante	0,61 ^c (27,90)	0,58 ^c (28,78)	0,03 (1,21)
Korrigiertes R ²	0,168	0,097	0,071
Fallzahl	982	1243	

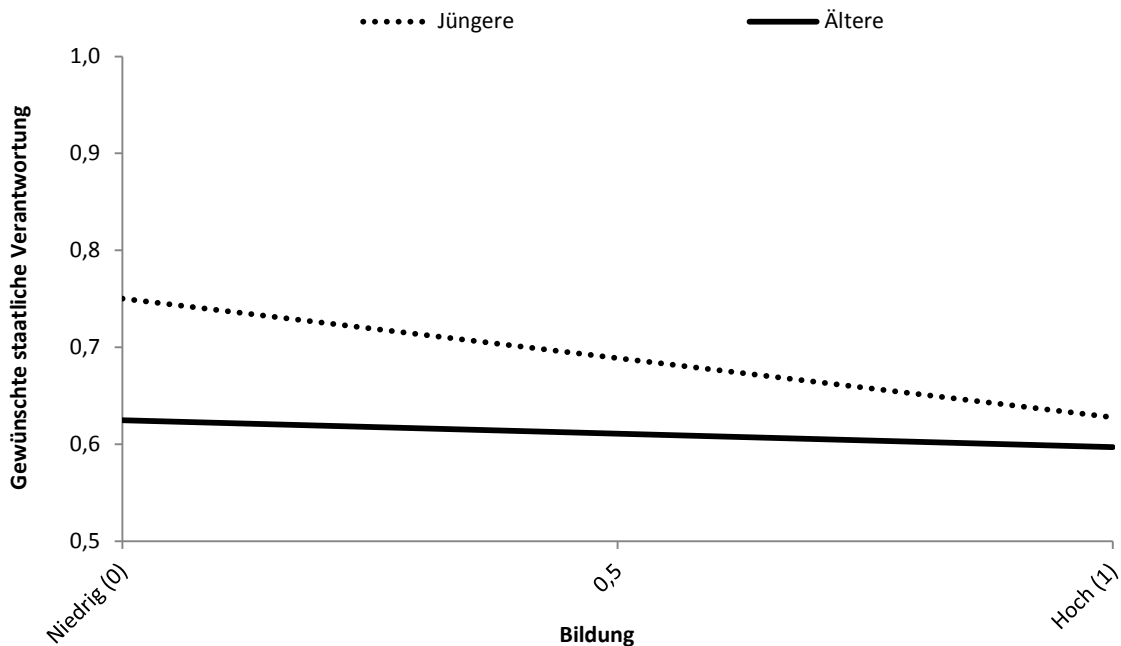
Anmerkungen: Siehe Tabelle 10.

Diese Betrachtung ändert den Blick auf die Unterschiede zwischen Älteren und Jüngeren. Insgesamt sind so weniger Differenzen erkennbar als auf den ersten Blick vielleicht vermutet wurde. Lediglich im Bildungseffekt unterscheiden sich beide Altersgruppen signifikant voneinander, die unterschiedlichen Verläufe sind in Abbildung 7 abgetragen. Die übrigen unabhängigen Variablen sind entweder auf ihrem Modus (dichotome Variablen) oder Mittelwert (metrische Variablen) fixiert; dies gilt für alle Grafiken in diesem Unterabschnitt.¹⁴² Abbildung 7 verdeutlicht die Irrelevanz des formalen Bildungsgrads unter den Älteren: Über alle Bildungsgruppen hinweg präferieren sie ein niedrigeres Niveau staatlicher Verantwortung als

¹⁴² Um die Vergleichbarkeit der dargestellten Effekte zwischen den Altersgruppen zu erhöhen, werden im Gegensatz zu den Regressionstabellen die gemeinsamen Modi und Mittelwerte von Älteren und Jüngeren der Berechnung zugrunde gelegt statt der altersgruppenspezifischen.

die Jüngeren, ihr Erwartungswert liegt relativ konstant bei ungefähr 0,6. Bei den Jüngeren hingegen ist ein deutlicher Effekt erkennbar: Je höher gebildet sie sind, umso weniger präferieren sie eine hohe sozialstaatliche Verantwortung. Über alle drei Bildungskategorien hinweg nimmt die Zustimmung um etwa 1,3 Skaleneinheiten ab.

Abbildung 7: Gewünschte staatliche Verantwortung in der finanziellen Altersversorgung nach Bildung



Die Betrachtung der Erwartungswerte lässt offen, in welchen Kategorien der Bildungsvariablen der altersspezifische Unterschied statistisch signifikant ausfällt. Um diese zu bestimmen, werden die Altersdifferenzen in den Effekten mit den dazugehörigen Konfidenzintervallen für die einzelnen Ausprägungen der Bildungsvariablen inspiziert.¹⁴³ Wenn die Null nicht im Konfidenzintervall liegt, bedeutet dies, dass sich Jüngere und Ältere in der jeweiligen Bildungskategorie unterscheiden. Mit anderen Worten: Der formale Bildungsgrad hat abhängig vom Alter eine andere Wirkung auf die präferierte staatliche Verantwortung. Die grafische Veranschaulichung findet sich im Anhang (Abbildung A.12). Statistisch signifikant voneinander verschieden sind Jüngere und Ältere, die einen niedrigen oder mittleren Bildungsabschluss haben; dies entspricht ungefähr 56 Prozent der Jüngeren und sogar 85 Prozent der Älteren. Der altersspezifische Unterschied beträgt unter den formal gering (mittelmäßig) Gebildeten ca. 1,3 (0,8) Skaleneinheiten. Unter hoch Gebildeten hingegen macht es keinen erkennbaren Unterschied, ob jemand jünger oder älter ist. Dies könnte als ein Hinweis auf einen höheren Stellenwert von formaler Bildung unter Jüngeren gedeutet

¹⁴³ Eine häufig verwendete Methode ist das Einfügen von Konfidenzintervallen. In den Ausprägungen der Bildungsvariablen, in denen diese sich nicht überschneiden, liegen nach der üblichen Lesart statistisch signifikante Unterschiede zwischen den Altersgruppen vor. Allerdings: Es kann gezeigt werden, dass selbst bei Überlappung der Konfidenzintervalle statistisch signifikante Unterschiede bestehen können, die mit dieser Methode nicht identifizierbar sind. Die hier gewählte Vorgehensweise ist dazu geeignet, diese Unterschiede sichtbar zu machen (siehe Schenker/Gentleman 2001).

werden. Die Chancen auf dem Arbeitsmarkt sind für formal niedrig Gebildete (bzw. für gering Qualifizierte) in den letzten Jahrzehnten gesunken. Bei den Jüngeren entscheidet daher ihr Bildungsabschluss vermutlich etwas stärker über Erwerbsverläufe, Verdienstmöglichkeiten und Altersvorsorgeoptionen als bei den Älteren (die zudem größtenteils bereits aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind), weshalb die niedrig Gebildeten unter den Jüngeren einer höheren staatlichen Fürsorgepflicht stärker zustimmen.

Die Beschreibung der Ergebnisse in Tabelle 16 ist hiermit abgeschlossen. Allerdings lohnt der Vergleich mit den Befunden der Regressionsanalysen, in denen altersübergreifende Determinanten wohlfahrtsstaatlicher Präferenzen ermittelt wurden (Tabelle 10). Diese erscheinen vor dem Hintergrund der differenzierteren Betrachtungsweise in etwas anderem Licht. Deutlich wird, dass der vorab identifizierte Bildungseffekt nicht für alle Altersgruppen gleichermaßen gilt, sondern insbesondere für die Jüngeren und sie sich darin von den Älteren unterscheiden. Ähnliche Tendenzen gibt es auch bei anderen Merkmalen (Sorgen mit Blick auf die eigene Altersabsicherung, Unzufriedenheit), wobei die Koeffizientendifferenzen hier geringer ausfallen und das Kriterium statistischer Signifikanz verfehlen. Schließlich ist anzumerken, dass ein Effekt der Erwerbstätigkeit, der in der Gesamtbetrachtung nicht beobachtet wurde, erst in der separaten Betrachtung und auch nur in der Gruppe der Jüngeren hervortritt.¹⁴⁴

Gewünschte staatliche Verantwortung – Pflege im Alter. Die altersspezifischen Determinanten der gewünschten staatlichen Zuständigkeit im Pflegebereich sind in Tabelle 17 abgetragen. Auch hier sind die einbezogenen Variablen etwas besser in der Lage, das Antwortverhalten der Jüngeren als das der Älteren zu erklären. Die Werte sind etwas niedriger als hinsichtlich der finanziellen Altersversorgung. Im Fall der Jüngeren (Älteren) beträgt die Varianzaufklärung 13 (neun) Prozent und liegt damit rund vier (einen) Prozentpunkte unter den in Tabelle 16 ausgewiesenen Werten.

Bei den Älteren finden sich die gleichen Einflussfaktoren, die schon bei den Präferenzen in der finanziellen Altersversorgung identifiziert wurden: Personen mit ostdeutschem Wohnsitz, die die Interessenvertretung der eigenen Altersgruppe negativ bewerten sowie mit dem Status Quo in der Pflegepolitik unzufrieden sind, sehen den Staat in stärkerer Verantwortung. Bei den Determinanten der Jüngeren zeigen sich weniger nennenswerte Befunde: Analog zu Tabelle 16 gibt es einen negativen Bildungseffekt sowie positive Effekte, die von Unzufriedenheitsäußerungen und dem Gefühl einer unzureichenden eigenen Altersabsicherung ausgehen. Diesen Befunden zum Trotz: Alt und Jung unterscheiden sich in keinem Effekt statistisch signifikant voneinander; lediglich Tendenzen sind bei vier Merkmalen erkennbar.

Dieses Ergebnis keiner nennenswerten altersspezifischen Differenzen in den Einflussfaktoren fügt sich in das bisherige Bild von der Beurteilung der pflegerischen Altersversorgung ein: Von allen betrachteten Politikfeldern ist es dasjenige, in dem die Ansichten am wenigsten vom individuellen Alter abzuhängen scheinen. Über alle Altersgruppen hinweg wird ein hohes Maß

¹⁴⁴ Dies ist der einzige feststellbare, vom Erwerbsstatus ausgehende Effekt in allen Analysen. Dass für die Älteren kein Effekt nachgewiesen werden kann, liegt dies vermutlich daran, dass diese fast alle nicht erwerbstätig sind. Bei den Jüngeren kann vermutet werden, dass die Diversität in der Gruppe der Nichterwerbstätigen zu hoch ist, um konsistente Effekte festzustellen.

wohlfahrtsstaatlicher Verantwortung präferiert, eine Polarisierung ist nicht zu beobachten und diese Ähnlichkeiten betreffen auch die Einstellungsbildung. Der Vergleich mit den Regressionsergebnissen aus Tabelle 10, in der altersübergreifende Einflussfaktoren abgetragen sind, führt zu ähnlichen Erkenntnissen wie bei der finanziellen Altersversorgung. Einige für die gesamte Stichprobe statistisch signifikanten Effekte sind lediglich in einer der beiden Altersgruppen nachweisbar (Wohnsitz, Interessenbewertung, Bildung). Andere Prädiktoren verlieren in beiden Altersgruppen an Erklärungskraft (Geschlecht); womöglich lag der zuvor beobachtete Effekt zuvorderst an Personen mittleren Alters. Schließlich gibt es Faktoren, die in beiden Gruppen erklärungskräftig sind, aber deren Einfluss unterschiedlich stark ausfällt (Unzufriedenheit).

Tabelle 17: Altersspezifische Determinanten der gewünschten staatlichen Verantwortung in der Pflege im Alter (OLS-Regressionen)

	18-35 Jahre	≥ 60 Jahre	Differenz: Jüngere-Ältere
Frau	0,01 (0,66)	0,02 (1,02)	-0,01 (-0,35)
Ostdeutschland	0,02 (0,87)	0,08 ^b (2,97)	-0,06 (-1,92)
Bildung	-0,09 ^a (-2,08)	-0,04 (-1,74)	-0,05 (-0,99)
Erwerbstätigkeit	0,01 (0,46)	-0,05 (-1,87)	0,06 (1,78)
Subjektive Schichteinstufung	-0,02 (-0,35)	-0,06 (-0,93)	0,04 (0,49)
Eigene Wirtschaftslage (aktuell)	-0,08 (-1,10)	0,09 (1,61)	-0,17 (-1,87)
Eigene Wirtschaftslage (prospektiv)	-0,01 (-0,23)	-0,05 (-0,77)	0,04 (0,54)
Sorgen im Hinblick auf die eigene medizinische Altersabsicherung	0,09 ^a (2,52)	0,03 (0,97)	0,06 (1,28)
Allgemeine Wirtschaftslage (aktuell)	0,04 (0,50)	-0,07 (-1,27)	0,11 (1,16)
Allgemeine Wirtschaftslage (prospektiv)	-0,01 (-0,31)	-0,04 (-0,74)	0,03 (0,32)
Unzufriedenheit mit der Pflege im Alter	0,19 ^c (4,52)	0,08 ^a (2,02)	0,11 (1,79)
Politisches Vertrauen	0,06 (0,84)	-0,00 (-0,03)	0,06 (0,64)
Unzureichende Interessenvertretung Älterer	0,06 (1,74)	0,09 ^b (2,67)	-0,03 (-0,73)
Parteiidentifikation mit der SPD	0,03 (0,88)	-0,00 (-0,07)	0,03 (0,71)
Parteiidentifikation mit der FDP	0,06 (1,17)	0,02 (0,29)	0,04 (0,40)
Parteiidentifikation mit den Grünen	0,04 (1,35)	0,02 (0,67)	0,02 (0,36)
Parteiidentifikation mit der Linken	0,05 (1,07)	0,05 (1,28)	-0,00 (-0,06)
Parteiidentifikation mit keiner/anderer Partei	0,03 (1,04)	0,03 (1,30)	-0,00 (-0,19)
Konstante	0,65 ^c (26,15)	0,64 ^c (30,78)	0,01 (0,19)
Korrigiertes R ²	0,126	0,093	0,033
Fallzahl	956	1228	

Anmerkungen: Siehe Tabelle 10.

Gewünschte staatliche Verantwortung – Familien. In Tabelle 18 sind die Determinanten der gewünschten staatlichen Verantwortung in der Familienpolitik ausgewiesen. Während die Erklärungskraft unter den Jüngeren mit 15 Prozent zwischen den Werten für die finanzielle und die pflegerische Altersversorgung liegt, beträgt der Wert unter den Älteren lediglich vier Prozent; das ist der niedrigste Wert für diese Altersgruppe für alle zehn wohlfahrtsstaatlichen Einstellungsindikatoren. Überdies zeigt sich in jungen Politikbereichen durchgängig, dass die Einstellungen älterer Befragter im Vergleich zu alten Politikfeldern mit den einbezogenen Variablen vergleichsweise schlechter erklärt werden können. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass die Einstellungsbildung der Älteren weniger strukturiert ist, was wiederum eine Folge ihrer geringeren unmittelbaren Betroffenheit sein könnte (siehe Steenbergen/Lodge 2006: 143f.).

Tabelle 18: Altersspezifische Determinanten der gewünschten staatlichen Verantwortung in der Familienpolitik (OLS-Regressionen)

	18-35 Jahre	≥ 60 Jahre	Differenz: Jüngere-Ältere
Frau	0,04 ^a (2,20)	0,01 (0,44)	0,03 (1,07)
Kinder	0,07 ^c (3,39)	0,04 (1,45)	0,03 (1,02)
Ostdeutschland	0,02 (1,03)	0,05 (1,92)	-0,03 (-1,03)
Bildung	-0,07 ^a (-2,07)	-0,01 (-0,50)	-0,06 (-1,50)
Erwerbstätigkeit	-0,03 (-1,47)	0,01 (0,19)	-0,04 (-0,87)
Subjektive Schichteinstufung	-0,06 (-1,13)	-0,05 (-0,83)	-0,01 (-0,19)
Eigene Wirtschaftslage (aktuell)	-0,07 (-1,28)	-0,04 (-0,71)	-0,03 (-0,37)
Eigene Wirtschaftslage (prospektiv)	-0,01 (-0,31)	0,01 (0,17)	-0,02 (-0,29)
Allgemeine Wirtschaftslage (aktuell)	0,03 (0,47)	-0,02 (-0,30)	0,05 (0,54)
Allgemeine Wirtschaftslage (prospektiv)	-0,03 (-0,76)	-0,16 ^c (-3,21)	0,13 (1,84)
Unzufriedenheit mit der Familienpolitik	0,19 ^c (4,66)	0,06 (1,36)	0,13 ^a (2,17)
Politisches Vertrauen	0,04 (0,65)	-0,05 (-0,74)	0,09 (0,99)
Unzureichende Interessenvertretung Jüngerer	0,08 ^a (2,42)	0,03 (0,99)	0,05 (0,96)
Parteiidentifikation mit der SPD	0,02 (0,74)	0,00 (0,01)	0,02 (0,57)
Parteiidentifikation mit der FDP	0,06 (1,21)	0,04 (0,64)	0,02 (0,26)
Parteiidentifikation mit den Grünen	0,06 (1,68)	0,08 ^a (1,97)	-0,02 (-0,45)
Parteiidentifikation mit der Linken	0,06 (1,71)	-0,02 (-0,31)	0,08 (1,06)
Parteiidentifikation mit keiner/anderer Partei	0,02 (0,82)	0,03 (1,28)	-0,01 (-0,27)
Konstante	0,63 ^c (23,45)	0,57 ^c (19,33)	0,06 (1,39)
Korrigiertes R ²	0,151	0,043	0,108
Fallzahl	987	1180	

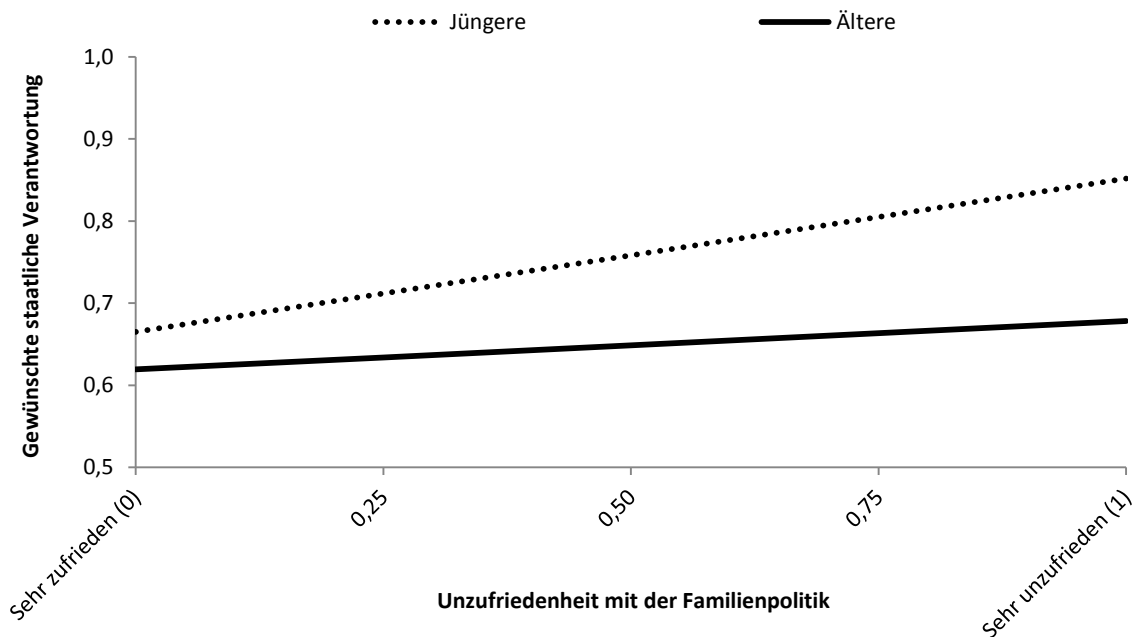
Anmerkungen: Siehe Tabelle 10.

Bei den Älteren gibt es dann auch nur zwei nachweisbare Effekte: Anhänger der Grünen sowie Personen, die eine positive Entwicklung der zukünftigen nationalen Wirtschaftslage erwarten, plädieren für weitreichendere staatliche Zuständigkeiten im Familiensektor. Bei den Jüngeren sind andere Variablen ausschlaggebend: Im Einklang mit den bisherigen Befunden sind formal besser Gebildete für ein geringeres, mit der Familienpolitik Unzufriedene sowie diejenigen, die die Interessen Jüngerer nur unzureichend vertreten sehen, für ein höheres wohlfahrtsstaatliches Engagement. Darüber hinaus sprechen sich jüngere Frauen und Eltern für eine stärkere Rolle des Staates in der Familienpolitik aus als gleichaltrige Männer und Kinderlose. Dieses letzte Ergebnis wurde so nicht erwartet; vielmehr wurde angenommen, dass Unterschiede zwischen Eltern und Kinderlosen in der Gruppe der Jüngeren *niedriger* ausfallen als unter den Älteren. In der rechten Spalte kann eine altersspezifische Determinante identifiziert werden. Der Einfluss von Unzufriedenheitsbekundungen fällt unter Jüngeren wesentlich stärker aus als unter Älteren. Dies ist vermutlich eine Folge der stärkeren Betroffenheit Jüngerer durch die Familienpolitik.

In Abbildung 8 sind die altersspezifischen Effektverläufe ersichtlich: Bei den Älteren erfolgt über alle Ausprägungen der Unzufriedenheitsvariablen hinweg nur eine marginale Erhöhung der Schätzwerte um eine halbe Skaleneinheit. Unter den Jüngeren hingegen liegt die beobachtete Veränderung bei fast zwei Skaleneinheiten. Ihre Erwartungswerte befinden sich zudem durchgängig über dem Niveau der Älteren. Statistisch signifikant sind die Altersunterschiede bei Personen mit Werten von 0,5 oder höher in der Unzufriedenheitsvariablen (Abbildung A.13 im Anhang), das trifft auf 69 Prozent der älteren und 72 Prozent der jüngeren Befragten zu. Bei hoher Zufriedenheit mit der Familienpolitik gibt es demnach keine Unterschiede in der gewünschten staatlichen Verantwortlichkeit, unter Unzufriedenen hingegen sind es vor allem die Jüngeren, die mehr Engagement vom Staat erwarten und sich darin von den Älteren unterscheiden. Die Differenz bei den sehr Unzufriedenen beträgt 1,7 Skaleneinheiten.

Der Vergleich mit den altersunspezifischen Determinanten aus Tabelle 11 ist erneut aufschlussreich; einige in der Gesamtbetrachtung identifizierten relevanten Determinanten sind in der separaten Betrachtung nur in einer der beiden Altersgruppen auszumachen (Kinder, Bildung, Unzufriedenheit, Identifikation mit den Grünen, Interessenrepräsentation), wobei nur im Fall von Unzufriedenheitsäußerungen ein statistisch signifikanter Unterschied zwischen Alt und Jung existiert. Der Einfluss von Wirtschaftspereptionen (nur unter Älteren) wird erst in der getrennten Betrachtung augenfällig.

Abbildung 8: Gewünschte staatliche Verantwortung in der Familienpolitik nach Unzufriedenheit mit der Familienpolitik



Gewünschte staatliche Verantwortung – Bildung. Tabelle 19 zeigt die Ergebnisse für bildungspolitische Präferenzen. Die Varianzaufklärung bewegt sich in beiden Altersgruppen in der gleichen Größenordnung. Die acht Prozent Varianzaufklärung für die Jüngeren sind der niedrigste Wert für alle wohlfahrtsstaatlichen Einstellungsindikatoren, für die Älteren liegt hier mit sechs Prozent der zweitniedrigste Wert vor.

Innerhalb der Altersgruppen gibt es jeweils nur zwei statistisch signifikante Einflussfaktoren. Für beide gilt in gleichem Maße, dass, wer unzufrieden ist, den Staat stärker in der Pflicht sieht. Bei den Älteren gibt es zudem einen gleichgerichteten Effekt unter den Anhängern der Grünen und bei den Jüngeren unter denen, die die Interessen ihrer Altersgruppe schlecht vertreten sehen. Altersspezifische Determinanten bildungspolitischer Präferenzen gibt es nicht. Im Vergleich zu den altersübergreifend identifizierten Faktoren in Tabelle 11 ist zu konstatieren, dass der vormals irrelevante, von der Bewertung altersspezifischer Interessen ausgehende Effekt bei der Differenzierung nach Lebensalter bei den Jüngeren statistische Signifikanz erreicht. Umgekehrt bleibt der positive signifikante Effekt von einer Nähe zu den Grünen nur für die Älteren bestehen.

Tabelle 19: Altersspezifische Determinanten der gewünschten staatlichen Verantwortung in der Bildungspolitik (OLS-Regressionen)

	18-35 Jahre	≥ 60 Jahre	Differenz: Jüngere-Ältere
Frau	-0,01 (-0,70)	0,01 (0,37)	-0,02 (-0,74)
Kinder	0,02 (0,88)	0,04 (1,35)	-0,02 (-0,50)
Ostdeutschland	0,03 (1,33)	0,03 (1,01)	0,00 (0,05)
Bildung	0,04 (1,38)	0,04 (1,62)	0,00 (0,15)
Erwerbstätigkeit	-0,03 (-1,66)	0,00 (0,13)	-0,03 (-0,95)
Subjektive Schichteinstufung	-0,07 (-1,53)	-0,01 (-0,19)	-0,06 (-0,80)
Eigene Wirtschaftslage (aktuell)	-0,03 (-0,71)	-0,03 (-0,72)	0,00 (0,01)
Eigene Wirtschaftslage (prospektiv)	0,02 (0,55)	0,03 (0,39)	-0,01 (-0,03)
Allgemeine Wirtschaftslage (aktuell)	-0,03 (-0,58)	-0,00 (-0,02)	-0,03 (-0,39)
Allgemeine Wirtschaftslage (prospektiv)	-0,00 (-0,08)	-0,08 (-1,57)	0,08 (1,11)
Unzufriedenheit mit der Bildungspolitik	0,15 ^c (3,38)	0,14 ^c (3,56)	0,01 (0,18)
Politisches Vertrauen	0,09 (1,73)	-0,06 (-0,89)	0,15 (1,78)
Unzureichende Interessenvertretung Jüngerer	0,06 ^a (1,99)	0,03 (0,91)	0,03 (0,78)
Parteiidentifikation mit der SPD	0,02 (0,73)	0,04 (1,38)	-0,02 (-0,33)
Parteiidentifikation mit der FDP	0,07 (1,21)	-0,03 (-0,37)	0,10 (1,05)
Parteiidentifikation mit den Grünen	0,05 (1,82)	0,07 ^a (2,05)	-0,02 (-0,26)
Parteiidentifikation mit der Linken	0,08 (1,86)	0,05 (0,78)	0,03 (0,39)
Parteiidentifikation mit keiner/anderer Partei	0,05 (1,69)	-0,00 (-0,08)	0,05 (1,25)
Konstante	0,81 ^c (31,84)	0,74 ^c (25,13)	0,07 (1,80)
Korrigiertes R ²	0,084	0,058	0,026
Fallzahl	1013	1232	

Anmerkungen: Siehe Tabelle 10.

Gewünschte staatliche Leistungshöhe

Gewünschte staatliche Leistungshöhe – Finanzielle Altersversorgung. Mit Tabelle 20 beginnt die Untersuchung der Determinanten der gewünschten Ausgabenhöhe, begonnen wird mit dem Bereich der finanziellen Altersversorgung. Hier ist die Varianzaufklärung der Einstellungen Älterer mit 20 Prozent ungefähr in einer Größenordnung mit dem Wert für die Jüngeren (18 Prozent). Wie bei den Modellen zur wohlfahrtsstaatlichen Verantwortung in diesem Politikfeld gilt in beiden Altersgruppen gleichermaßen, dass Unzufriedene ein hohes Maß an staatlichem Engagement befürworten und Leistungserhöhungen fordern. Das Gefühl, dass die politischen Interessen der Älteren nicht ausreichend Berücksichtigung finden, wirkt sich nur

bei den Älteren selbst signifikant positiv aus. Für die Jüngeren ergibt sich, dass trübe Zukunftsaussichten im Hinblick auf ihr eigenes Alter zur Befürwortung steigender Ausgaben führen.

Tabelle 20: Altersspezifische Determinanten der gewünschten staatlichen Leistungshöhe in der finanziellen Altersversorgung (OLS-Regressionen)

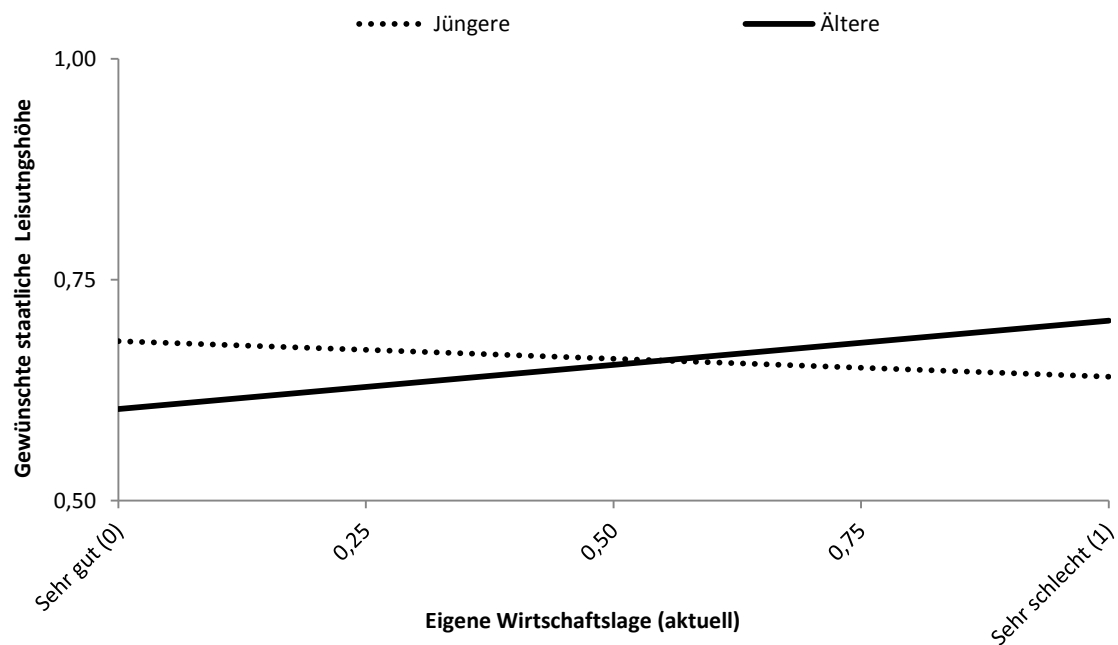
	18-35 Jahre	≥ 60 Jahre	Differenz: Jüngere-Ältere
Frau	0,02 (1,33)	0,03 (1,86)	-0,01 (-0,38)
Ostdeutschland	-0,01 (-0,46)	0,00 (0,09)	-0,01 (-0,38)
Bildung	-0,05 (-1,76)	-0,01 (-0,29)	-0,04 (-1,33)
Erwerbstätigkeit	0,00 (0,10)	-0,04 (-1,50)	0,04 (1,27)
Subjektive Schichteinstufung	0,03 (0,75)	-0,07 (-1,89)	0,10 (1,80)
Eigene Wirtschaftslage (aktuell)	-0,04 (-0,81)	0,10 ^a (2,35)	-0,14 ^a (-2,14)
Eigene Wirtschaftslage (prospektiv)	0,08 ^a (2,36)	-0,04 (-0,64)	0,12 (1,79)
Sorgen im Hinblick auf die eigene finanzielle Altersabsicherung	0,06 ^a (2,24)	0,06 (1,74)	0,00 (0,17)
Allgemeine Wirtschaftslage (aktuell)	0,10 (1,51)	0,06 (1,23)	0,04 (0,59)
Allgemeine Wirtschaftslage (prospektiv)	-0,07 (-1,64)	-0,05 (-1,44)	-0,02 (-0,29)
Unzufriedenheit mit der finanziellen Altersversorgung	0,25 ^c (5,24)	0,19 ^c (5,65)	0,06 (1,09)
Politisches Vertrauen	0,09 (1,66)	0,06 (1,44)	0,03 (0,46)
Unzureichende Interessenvertretung Älterer	0,03 (0,68)	0,07 ^a (2,44)	-0,04 (-0,91)
Parteiidentifikation mit der SPD	-0,02 (-0,85)	-0,03 (-1,31)	0,01 (0,14)
Parteiidentifikation mit der FDP	0,08 (1,36)	0,02 (0,24)	0,06 (0,65)
Parteiidentifikation mit den Grünen	-0,03 (-0,98)	-0,04 (-1,42)	0,01 (0,35)
Parteiidentifikation mit der Linken	0,03 (0,98)	-0,02 (-0,72)	0,05 (1,20)
Parteiidentifikation mit keiner/anderer Partei	0,00 (0,03)	-0,02 (-1,07)	0,02 (0,73)
Konstante	0,65 ^c (29,14)	0,63 ^c (42,06)	0,02 (0,90)
Korrigiertes R ²	0,180	0,196	-0,016
Fallzahl	981	1218	

Anmerkungen: Siehe Tabelle 10.

In beiden Altersgruppen sind Wirtschaftspereptionen bedeutsam für die gewünschten Ausgaben in der Altersversorgung. Wenn Jüngere ihre eigene *zukünftige* Wirtschaftslage negativ einschätzen, fordern sie höhere Leistungen. Für die Älteren zeigt sich ein analoger Befund, allerdings im Hinblick auf die Beurteilung ihrer *aktuellen* Lage. Dass die Jüngeren ein anderes zeitliches Bewertungskriterium zur Einstellungsbildung heranziehen, ist insofern nachvollziehbar, als dass die finanzielle Altersversorgung für sie ein Thema ist, das in der Zukunft liegt.

Hier zeigen sich dann auch die größten Unterschiede zwischen den Altersgruppen. Die Koeffizientendifferenz für die Evaluation der aktuellen eigenen Wirtschaftslage ist statistisch signifikant. Abbildung 9 zeigt die gegenläufigen Effektverläufe für beide Altersgruppen: Für die Älteren ist über den gesamten Wertebereich der unabhängigen Variable hinweg eine Zunahme um mehr als ein Drittel einer Skaleneinheit zu beobachten. Der Unterschied zwischen Älteren und Jüngeren ist signifikant unter denen, die ihre eigene wirtschaftliche Situation als sehr gut bezeichnen und beträgt ca. ein Drittel einer Skaleneinheit (Abbildung A.14 im Anhang). Das entspricht sieben Prozent der Befragten in der jüngeren und zehn Prozent in der älteren Altersgruppe. Im Vergleich zu den altersunspezifischen Determinanten in Tabelle 12 ist besonders hervorzuheben, dass erst anhand der Differenzierung nach Alter Effekte von Wahrnehmungen der eigenen Wirtschaftslage nachgewiesen werden können.

Abbildung 9: Gewünschte staatliche Leistungshöhe in der finanziellen Altersversorgung nach Wahrnehmung der eigenen Wirtschaftslage (aktuell)



Gewünschte staatliche Leistungshöhe – Pflege im Alter. Tabelle 21 zeigt die Ergebnisse für die gewünschte Höhe von Ausgaben in der pflegerischen Altersversorgung. Die Varianzaufklärung ist mit 22 Prozent unter den Jüngeren und 17 Prozent unter den Älteren vergleichsweise hoch. Bei der staatlichen Verantwortung in diesem Bereich waren die Werte um einiges niedriger (Tabelle 17). Für beide Altersgruppen gilt, dass stärkere Bedenken hinsichtlich der eigenen Altersabsicherung sowie Unzufriedenheitsbekundungen den Wunsch nach höheren Ausgaben bedingen. Schließlich existieren erstmals nennenswerte parteipolitische Effekte in beiden Gruppen: Während bei den Älteren Bindungen an die FDP und die Linke mit dem Wunsch nach Ausgabensteigerungen einhergehen, trifft dies unter den Jüngeren auf die Anhänger der Grünen zu. Unter Älteren wirken zudem Evaluationen der Interessenvertretung der eigenen Altersgruppe in der bereits bekannten Richtung. Einen Effekt von Wirtschafts-

perzeptionen gibt es nur bei den Jüngeren: Je besser die eigene aktuelle wirtschaftliche Situation bewertet wird, umso stärker werden Leistungserhöhungen befürwortet.

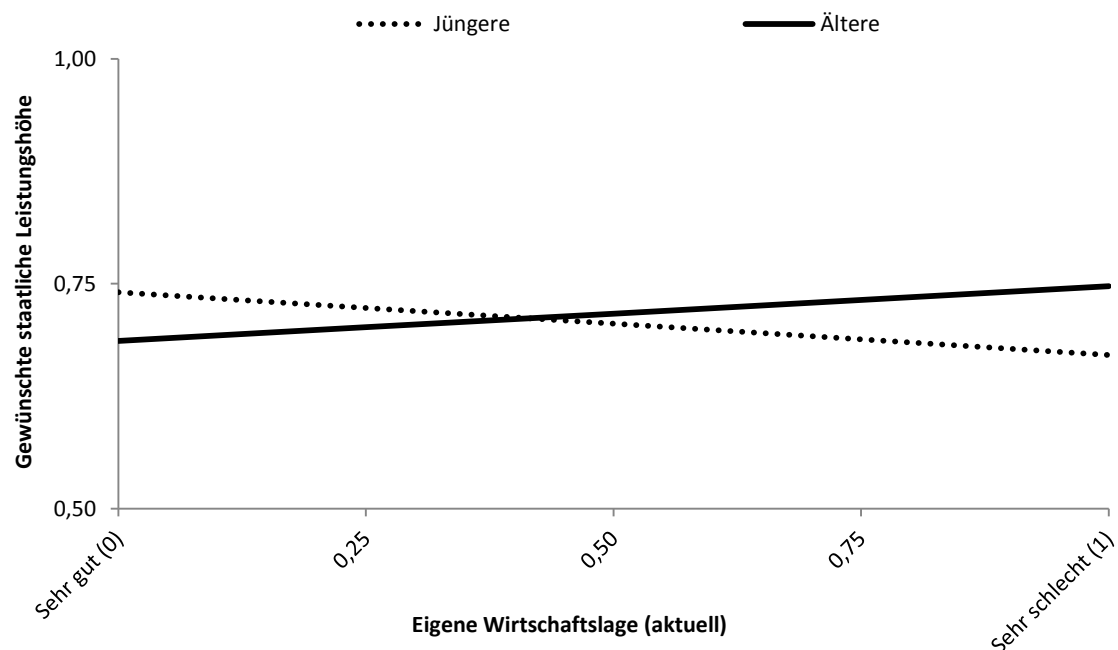
Tabelle 21: Altersspezifische Determinanten der gewünschten staatlichen Leistungshöhe in der Pflege im Alter (OLS-Regressionen)

	18-35 Jahre	≥ 60 Jahre	Differenz: Jüngere-Ältere
Frau	-0,01 (-0,47)	0,02 (1,81)	-0,03 (-1,60)
Ostdeutschland	0,00 (0,29)	0,00 (0,19)	0,00 (0,04)
Bildung	-0,04 (-1,54)	0,01 (0,39)	-0,05 (-1,50)
Erwerbstätigkeit	-0,00 (-0,29)	-0,01 (-0,48)	0,01 (0,25)
Subjektive Schichteinstufung	-0,05 (-1,32)	-0,05 (-1,51)	0,00 (0,15)
Eigene Wirtschaftslage (aktuell)	-0,07 ^a (-2,21)	0,06 (1,56)	-0,13 ^b (-2,60)
Eigene Wirtschaftslage (prospektiv)	-0,00 (-0,11)	-0,03 (-0,82)	0,03 (0,56)
Sorgen im Hinblick auf die eigene medizinische Altersabsicherung	0,08 ^c (3,32)	0,06 ^b (2,82)	0,02 (0,59)
Allgemeine Wirtschaftslage (aktuell)	0,06 (1,74)	-0,03 (-0,60)	0,09 (1,61)
Allgemeine Wirtschaftslage (prospektiv)	0,03 (0,84)	0,03 (0,79)	-0,00 (-0,02)
Unzufriedenheit mit der Pflege im Alter	0,23 ^c (7,62)	0,16 ^c (5,48)	0,07 (1,63)
Politisches Vertrauen	-0,04 (-0,89)	0,07 (1,80)	-0,11 (-1,89)
Unzureichende Interessenvertretung Älterer	0,05 (1,70)	0,08 ^b (2,94)	-0,03 (-0,80)
Parteiidentifikation mit der SPD	-0,02 (-0,76)	0,03 (1,51)	-0,05 (-1,55)
Parteiidentifikation mit der FDP	0,02 (0,56)	0,11 ^a (2,12)	-0,09 (-1,44)
Parteiidentifikation mit den Grünen	0,05 ^a (2,11)	-0,01 (-0,58)	0,06 (1,95)
Parteiidentifikation mit der Linken	-0,03 (-1,37)	0,11 ^b (2,98)	-0,14 ^c (-3,25)
Parteiidentifikation mit keiner/anderer Partei	-0,02 (-1,46)	0,02 (1,26)	-0,04 (-1,93)
Konstante	0,72 ^c (45,12)	0,67 ^c (52,06)	0,05 ^a (2,23)
Korrigiertes R ²	0,218	0,173	0,045
Fallzahl	949	1212	

Anmerkungen: Siehe Tabelle 10.

Drei Koeffizientendifferenzen fallen statistisch signifikant aus. So wie bei den Ergebnissen zu Leistungen im Bereich finanzielle Altersversorgung ist der Einfluss, der von der Wahrnehmung der eigenen aktuellen Wirtschaftslage ausgeht, bei den Älteren gegenläufig zu dem der Jüngeren. Das Muster in Abbildung 10 ist deckungsgleich mit dem in Abbildung 9: Der Effekt ist positiv unter den Älteren, aber negativ unter den Jüngeren. Statistisch signifikant ist der Unterschied zwischen beiden Altersgruppen wieder unter denen, die sehr zufrieden mit ihrer Situation sind (Abbildung A.15 im Anhang). Die Differenz fällt mit ungefähr einer Fünftel Skaleneinheit etwas niedriger aus als in Abbildung 9.

Abbildung 10: Gewünschte staatliche Leistungshöhe in der Pflege im Alter nach Wahrnehmung der eigenen Wirtschaftslage (aktuell)



Zudem wirkt eine Parteibindung mit der Linken je nach Lebensalter unterschiedlich. Während unter den Älteren ein positiver Effekt registriert wird, der etwas weniger als eine halbe Skaleneinheit beträgt, macht es unter den Jüngeren keinen Unterschied, ob sie dieser Partei nahestehen oder nicht. Unter Anhängern der Linken – das sind jeweils ca. vier Prozent in beiden Altersgruppen – beträgt der Alt-Jung-Unterschied fast eine halbe Skaleneinheit (0,80 vs. 0,70). Schließlich ist die Differenz in der Konstanten statistisch signifikant. Dieses Ergebnis ist so zu interpretieren, dass sich eine junge und eine alte Person trotz des Einbezugs diverser Merkmale voneinander unterscheiden. Der Unterschied fällt mit einer Fünftel Skaleneinheit allerdings relativ gering aus. Zur Erinnerung: Die abgetragenen Werte von 0,72 und 0,67 beziehen sich auf einen nicht-erwerbstätigen Mann aus Westdeutschland, der mit keiner der fünf ausgewiesenen Parteien eine Parteiidentifikation angibt und hinsichtlich der weiteren Variablen einem durchschnittlichen Vertreter seiner Altersgruppe entspricht. Eine Änderung dieser Parameter beeinflusst dieses Ergebnis naturgemäß. Wird das Modell z.B. mit Frauen als Referenzkategorie berechnet, beträgt die Differenz in der Konstanten lediglich 0,01 (0,71 vs. 0,70) und ist weit entfernt davon, statistisch signifikant zu sein. Der Vergleich zu den altersübergreifenden Determinanten in Tabelle 12 zeigt: Durch die Altersdifferenzierung werden parteipolitische Effekte stärker sichtbar. Auch der in den Altersgruppen gegenläufige Effekt von Wirtschaftspereptionen wird erst durch die Separierung identifiziert.

Gewünschte staatliche Leistungshöhe – Familien. In Tabelle 22 werden die Ergebnisse zur gewünschten Höhe staatlicher Transfers im Familiensektor berichtet. Die Varianzaufklärung bei den Jüngeren beträgt 17 Prozent, bei den Älteren sind es zehn Prozent. Das ist der niedrigste Wert für beide Altersgruppen bei den Intensitätsvariablen. Für Angehörige beider Altersgruppen gilt: Wer sehr unzufrieden ist und die politischen Interessen Jüngerer als nur unzureichend repräsentiert bewertet, favorisiert Ausgabenerhöhungen. Bei der staatlichen

Verantwortung in diesem Politikfeld waren beide Merkmale nur bei den Jüngeren bedeutsam. Der Vergleich zu den altersunspezifischen Determinante (Tabelle 13) erbringt keine nennenswerten Ergebnisse.

Tabelle 22: Altersspezifische Determinanten der gewünschten staatlichen Leistungshöhe in der Familienpolitik (OLS-Regressionen)

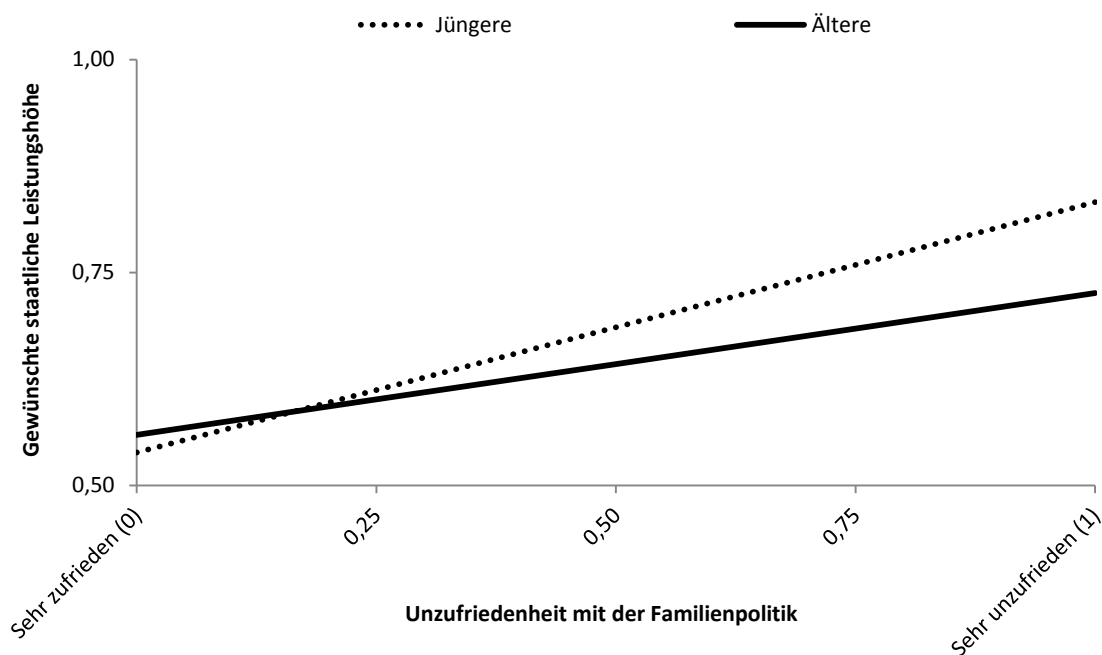
	18-35 Jahre	≥ 60 Jahre	Differenz: Jüngere-Ältere
Frau	0,02 (1,54)	0,03 (1,75)	-0,01 (-0,07)
Kinder	0,03 (1,84)	-0,00 (-0,00)	0,03 (1,30)
Ostdeutschland	0,02 (1,02)	0,01 (0,36)	0,01 (0,34)
Bildung	0,02 (0,57)	0,01 (0,43)	0,01 (0,29)
Erwerbstätigkeit	-0,02 (-1,07)	0,03 (1,08)	-0,05 (-1,48)
Subjektive Schichteinstufung	-0,04 (-0,96)	-0,05 (-1,19)	0,01 (0,08)
Eigene Wirtschaftslage (aktuell)	-0,00 (-0,01)	0,08 (1,66)	-0,08 (-1,27)
Eigene Wirtschaftslage (prospektiv)	-0,00 (-0,02)	0,02 (0,40)	-0,02 (-0,35)
Allgemeine Wirtschaftslage (aktuell)	0,01 (0,20)	-0,07 (-1,71)	0,08 (1,22)
Allgemeine Wirtschaftslage (prospektiv)	-0,02 (-0,57)	-0,06 (-1,52)	0,04 (0,65)
Unzufriedenheit mit der Familienpolitik	0,29 ^c (8,46)	0,17 ^c (5,38)	0,12 ^b (2,74)
Politisches Vertrauen	-0,03 (-0,56)	0,06 (1,37)	-0,09 (-1,30)
Unzureichende Interessenvertretung Jüngerer	0,06 ^a (2,07)	0,07 ^c (3,38)	-0,01 (-0,27)
Parteiidentifikation mit der SPD	-0,01 (-0,35)	0,00 (0,07)	-0,01 (-0,32)
Parteiidentifikation mit der FDP	0,00 (0,00)	-0,03 (-0,47)	0,03 (0,34)
Parteiidentifikation mit den Grünen	0,01 (0,19)	0,01 (0,34)	-0,00 (-0,10)
Parteiidentifikation mit der Linken	-0,04 (-1,12)	0,03 (0,65)	-0,07 (-1,23)
Parteiidentifikation mit keiner/anderer Partei	-0,02 (-0,73)	0,01 (0,25)	-0,03 (-0,73)
Konstante	0,67 ^c (27,05)	0,63 ^c (28,20)	0,04 (1,25)
Korrigiertes R ²	0,168	0,095	0,073
Fallzahl	985	1171	

Anmerkungen: Siehe Tabelle 10.

Obwohl Unzufriedenheitsbekundungen bei den Älteren wirksam sind, zeigt der Blick in die rechte Spalte, dass die Effektstärke weit unter der der Jüngeren liegt; dieses Ergebnis wurde auch bei der gewünschten Zuständigkeit im Familiensektor nachgewiesen (Tabelle 18). Grafisch veranschaulicht ist der Befund in Abbildung 11, das Verlaufsmuster ist ähnlich wie in Abbildung 8. Über die gesamte Breite der Unzufriedenheitsvariablen ist bei den Jüngeren ein Zuwachs in den erwarteten Werten um 1,2 Skalenpunkte zu beobachten, bei den Älteren

beträgt die Steigerung 0,7 Skaleneinheiten. Unter den sehr Zufriedenen gibt es keine altersspezifischen Differenzen, mit steigender Unzufriedenheit öffnet sich die Schere zwischen Jung und Alt. Bei den eher und sehr Unzufriedenen – das entspricht 32 Prozent der Jüngeren und 30 Prozent der Älteren – sind die Differenzen statistisch signifikant: Die Antworten Jüngerer liegen im Durchschnitt eine Drittel bzw. fast eine halbe Skaleneinheit über denen der Älteren (Abbildung A.16 im Anhang).

Abbildung 11: Gewünschte staatliche Leistungshöhe in der Familienpolitik nach Unzufriedenheit mit der Familienpolitik



Gewünschte staatliche Leistungshöhe – Bildung. In Tabelle 23 sind die altersspezifischen Prädiktoren der präferierten Ausgabenhöhe im Bildungsbereich abgetragen. Die Varianzaufklärung für die Jüngeren beträgt 21 Prozent, für die Älteren 15 Prozent. Diese Werte übersteigen die für die staatliche Verantwortlichkeit in diesem Bereich beobachteten Werte um mehr als das Doppelte.

In Übereinstimmung mit den bisherigen Ergebnissen ist ein Effekt der Unzufriedenheit in beiden Altersgruppen in der bekannten Richtung auszumachen. Wirtschaftsperzeptionen hingegen haben nur unter den Älteren einen nachweisbaren Effekt: Die Erwartung einer positiven Entwicklung der nationalen Wirtschaftslage geht für sie mit der Forderung nach einer Erhöhung der Bildungsausgaben einher. Eine negative Evaluation der Interessenvertretung wiederum wirkt sich nur unter den Jüngeren in der bekannten Weise aus; das gleiche Ergebnis wurde bei der staatlichen Verantwortung im Bildungsbereich erzielt. Des Weiteren gibt es erneut Anzeichen dafür, dass es sich bei der Bildungspolitik um ein Thema handelt, das zumindest in geringem Maße parteipolitisiert ist: Ältere Anhänger der Linken präferieren häufiger Leistungssteigerungen, das gleiche gilt für jüngere SPD-Anhänger, wohingegen eine Parteibindung mit der FDP in dieser Altersgruppe einen gegenteiligen Effekt bewirkt.

Tabelle 23: Altersspezifische Determinanten der gewünschten staatlichen Leistungshöhe in der Bildungspolitik (OLS-Regressionen)

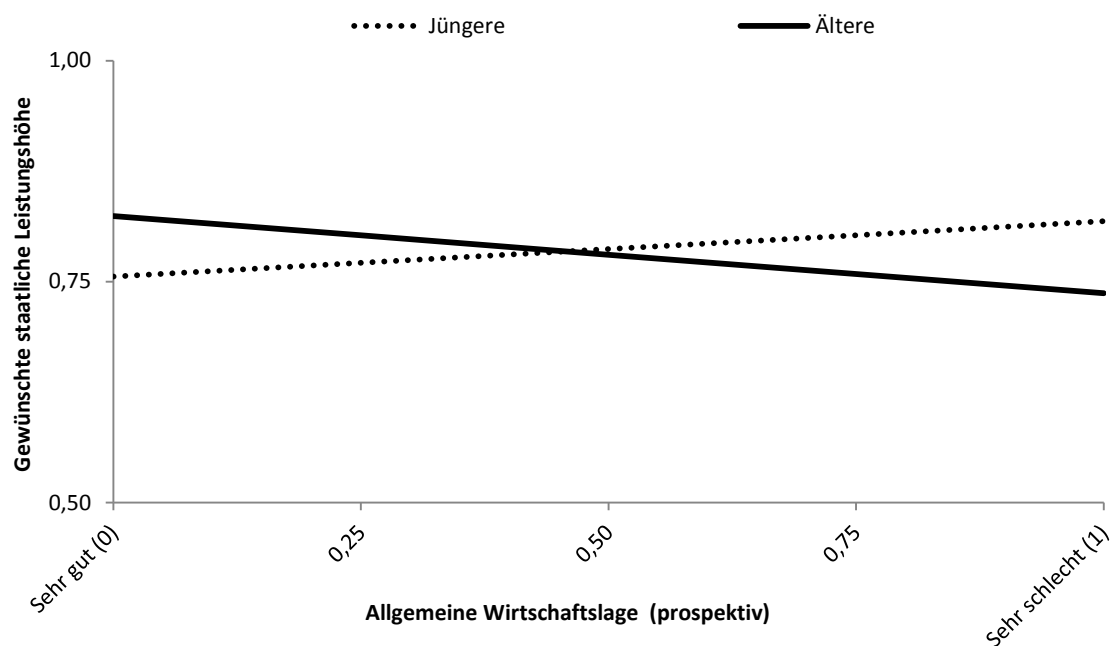
	18-35 Jahre	≥ 60 Jahre	Differenz: Jüngere-Ältere
Frau	-0,02 (-1,38)	-0,01 (-0,75)	-0,01 (-0,45)
Kinder	-0,00 (-0,04)	0,01 (0,39)	-0,01 (-0,30)
Ostdeutschland	0,03 (1,83)	-0,01 (-0,46)	0,04 (1,47)
Bildung	0,04 (1,60)	0,03 (1,70)	0,01 (0,51)
Erwerbstätigkeit	-0,00 (-0,19)	0,02 (0,77)	-0,02 (-0,74)
Subjektive Schichteinstufung	0,04 (1,03)	-0,00 (-0,12)	0,04 (0,80)
Eigene Wirtschaftslage (aktuell)	0,01 (0,37)	0,06 (1,33)	-0,05 (-0,76)
Eigene Wirtschaftslage (prospektiv)	-0,03 (-1,08)	-0,00 (-0,04)	-0,03 (-0,50)
Allgemeine Wirtschaftslage (aktuell)	-0,01 (-0,12)	-0,01 (-0,32)	0,00 (0,11)
Allgemeine Wirtschaftslage (prospektiv)	0,06 (1,82)	-0,09 ^b (-2,65)	0,15 ^b (3,14)
Unzufriedenheit mit der Bildungspolitik	0,23 ^c (7,85)	0,22 ^c (7,95)	0,01 (0,19)
Politisches Vertrauen	0,02 (0,43)	0,07 (1,58)	-0,05 (-0,83)
Unzureichende Interessenvertretung Jüngerer	0,09 ^c (3,62)	0,04 (1,74)	0,05 (1,49)
Parteiidentifikation mit der SPD	0,06 ^b (2,62)	0,03 (1,43)	0,03 (1,19)
Parteiidentifikation mit der FDP	-0,06 ^a (-2,08)	0,02 (0,76)	-0,08 ^a (-1,99)
Parteiidentifikation mit den Grünen	0,03 (1,17)	0,03 (1,43)	-0,00 (-0,20)
Parteiidentifikation mit der Linken	0,04 (1,31)	0,09 ^a (2,49)	-0,05 (-1,23)
Parteiidentifikation mit keiner/anderer Partei	-0,00 (-0,25)	0,02 (1,27)	-0,02 (-1,06)
Konstante	0,83 ^c (47,38)	0,75 ^c (35,73)	0,08 ^b (2,61)
Korrigiertes R ²	0,211	0,154	0,057
Fallzahl	1012	1222	

Anmerkungen: Siehe Tabelle 10.

Im Fall der Parteiidentifikation mit der FDP ist der Unterschied in den Effekten zwischen beiden Altersgruppen statistisch signifikant: Unter den Älteren macht es demnach keinen Unterschied, ob sie sich den Liberalen verbunden fühlen oder nicht, bei den Jüngeren hingegen schon. Unter Anhängern der FDP beträgt der Unterschied zwischen den für Alt und Jung vorhergesagten Werten eine Fünftel Skaleneinheit (0,78 vs. 0,73). Allerdings geben in beiden Altersgruppen weniger als drei Prozent eine Bindung an die FDP an. Außer der Parteiidentifikation mit der FDP gibt es mit der zukünftigen wahrgenommenen nationalen Wirtschaftslage eine weitere altersspezifische Determinante. In Abbildung 12 sind die gegenläufigen Effekte ersichtlich: Negativ und statistisch signifikant bei den Älteren (die Abnahme beträgt mehr als ein Drittel einer Skaleneinheit), tendenziell positiv bei den Jüngeren. Aus Ab-

bildung A.17 im Anhang geht hervor, dass der Unterschied in den Effekten zwischen Älteren und Jüngeren am oberen Ende der Skala statistisch signifikant ist: Unter denen, die die wirtschaftlichen Aussichten sehr schlecht evaluieren – und dies sind in beiden Altersgruppen ungefähr vier Prozent –, sind es die Jüngeren, die höhere Bildungsinvestitionen befürworten; die Differenz zu den Älteren beträgt eine Drittel Skaleneinheit. Hier schlagen sich vermutlich gegensätzliche Präferenzen von Alt und Jung angesichts knapper Kassen nieder: Wenn die wirtschaftlichen Aussichten eher schlecht sind, sollte nach Ansicht der Älteren der Förderungsschwerpunkt offenbar nicht auf den Bildungssektor gelegt werden.

Abbildung 12: Gewünschte staatliche Leistungshöhe in der Bildungspolitik nach Wahrnehmung der allgemeinen Wirtschaftslage (prospektiv)



Schließlich unterscheiden sich beide Altersgruppen in ihrer Konstanten. Der Erwartungswert ist unter Jüngeren eine Drittel Skaleneinheit höher (0,83 vs. 0,75). Wie bei der Untersuchung der gewünschten Leistungshöhe im Bereich der Pflege (Tabelle 21) ist auch hier darauf hinzuweisen, dass nur geringfügige Änderungen in der Modellspezifikation das Ergebnis ändern. Wenn z.B. anstelle des durchschnittlichen Bildungsniveaus ein niedriger Bildungsabschluss der Berechnung zugrunde gelegt wird, liegt der Erwartungswert für Jüngere bei 0,79, der für Ältere bei 0,74. Die Differenz zwischen diesen Werten ist nicht statistisch signifikant.

Im Vergleich zu den altersübergreifenden Befunden in Tabelle 13 ist festzustellen, dass die Relevanz von Wirtschaftspereptionen erneut nur in der separaten Betrachtung hervortritt. Ermöglicht wird zudem erst dadurch der Nachweis eines signifikanten Effektes der Zugehörigkeit zur FDP unter den Jüngeren, worin sie sich von den Älteren unterscheiden. Ein detaillierteres Verständnis ergibt sich auch für andere parteipolitische Effekte: Die altersübergreifenden Effekte von Parteiidentifikationen mit der SPD und der Linke bleiben jeweils nur in einer Altersgruppe bestehen.

Mit diesen Ausführungen sind die Moderatoranalysen zur Identifizierung altersspezifischer Determinanten wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen abgeschlossen. Das mit nur einer Ausnahme höhere Varianzaufklärungs-niveau der Jüngeren im Vergleich zu den Älteren ist ein Hinweis darauf, dass die Einstellungen Letzterer zu wohlfahrtsstaatlichen Zielen mit den verwendeten unabhängigen Variablen weniger gut erklärt werden können. Am deutlichsten wird dies bei familienpolitischen Präferenzen. Vergleicht man die Varianzaufklärung der acht Modelle *innerhalb* der Altersgruppen ist augenfällig, dass die Einstellungsvarianzen der Älteren in jungen Politikbereichen in eher geringem Ausmaß aufgeklärt werden können; das gilt insbesondere bei Einstellungen zur Familienpolitik. Als mögliche Ursache kann vermutet werden, dass die Einstellungsbildung der Älteren in diesem Bereich erratischer und damit schlechter nachvollziehbar und weniger konsistent ausfällt als bei Jüngeren. Ein Grund für die eher geringe Strukturierung ihrer familienpolitischen Einstellungen könnte sein, dass dieser Bereich für sie aufgrund der niedrigeren Betroffenheit weniger wichtig ist und sie daher auch über weniger spezifisches Wissen verfügen.

Tabelle 24: Übersicht über die zwischen Jüngeren und Älteren differierenden Determinanten wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen (OLS-Regressionen)

Gewünschte staatliche Verantwortung	Finanzielle Altersversorgung	Pflege im Alter	Familie	Bildung
Bildung	Jung: -0,12 ^c Alt: -0,03			
Unzufriedenheit (bereichsspezifisch)			Jung: 0,19 ^c Alt: 0,06	
Gewünschte staatliche Leistungshöhe	Finanzielle Altersversorgung	Pflege im Alter	Familie	Bildung
Eigene Wirtschaftslage (aktuell)	Jung: -0,04 Alt: 0,10 ^a	Jung: -0,07 ^a Alt: 0,06		
Allgemeine Wirtschaftslage (prospektiv)				Jung: 0,06 Alt: -0,09 ^b
Unzufriedenheit (bereichsspezifisch)			Jung: 0,29 ^c Alt: 0,17 ^c	
Parteiidentifikation mit der FDP				Jung: -0,06 ^a Alt: 0,02
Parteiidentifikation mit der Linken		Jung: -0,03 Alt: 0,11 ^b		

Anmerkungen: Ergebnisse sind aus den Tabellen 16 bis 23 entnommen. Signifikanzniveau: ^a: p≤0,05, ^b: p≤0,01, ^c: p≤0,001.

Bei der Frage nach der staatlichen Verantwortung zeigen sich kaum Unterschiede in den Einflussfaktoren zwischen Älteren und Jüngeren. Etwas mehr sind es bei der präferierten Leistungshöhe, wo sich Hinweise auf eine leichte Politisierung des Themas sowie eine unterschiedliche Bedeutung von Wirtschaftswahrnehmungen finden (Tabelle 24). Interessant ist, dass diese Prädiktoren bei der Bestimmung altersübergreifender Determinanten (Unterabschnitt 4.3.3.1) nicht als einstellungsrelevant identifiziert wurden, sondern erst durch die Separierung der Altersgruppen in Erscheinung treten. Ein deutlicher Unterschied ist schließlich bei der Ausbildung familienpolitischer Präferenzen festzustellen: Unzufriedenheitsbekundungen sind bei den Jüngeren in stärkerem Maße an der Einstellungsbildung beteiligt als bei den Älteren.

4.3.4 Zusammenfassung

In diesem Kapitel wurden wohlfahrtsstaatliche Einstellungen auf verschiedene Weise untersucht, dabei lag der Schwerpunkt auf Unterschieden nach dem Lebensalter. Die univariate Betrachtung (Abschnitt 4.3.1) lieferte erste Informationen über die Anforderungen der Bevölkerung an den Wohlfahrtsstaat, gemessen über die Zustimmung zu stärkerer wohlfahrtsstaatlicher Verantwortung und zur Erhöhung von Leistungen. Deutlich ist, dass die Befragten ein hohes wohlfahrtsstaatliches Engagement gutheißen und sich darin relativ einig sind. Leistungskürzungen und eine nur marginale Rolle des Staates sind demgegenüber äußerst unpopulär. Dabei sind sie in der Lage zu differenzieren. Das gilt, erstens, mit Blick auf den Umfang (Verantwortlichkeit) und das Ausmaß (Leistungshöhe) wohlfahrtsstaatlichen Handelns sowie, zweitens, hinsichtlich verschiedener Politikbereiche. In der finanziellen Altersversorgung wird der vergleichsweise niedrigste Förderungsbedarf gesehen, in aufsteigender Reihenfolge gefolgt von den Bereichen Familien, Pflege im Alter und Bildung. Die beobachteten außerordentlich hohen Werte in der Bildungspolitik sind womöglich die Folge wiederkehrender Diskussionen um das Abschneiden der deutschen Schülerschaft in der international vergleichenden Bildungsstudie PISA, die seit 2000 alle drei Jahre durchgeführt wird.

In der bivariaten Betrachtung (Abschnitt 4.3.2) standen die verschiedenen Einflussgrößen wohlfahrtsstaatlicher Präferenzen im Fokus der Betrachtung. Zuerst wurden Altersunterschiede in den Blick genommen, wobei folgende Beobachtung gemacht wurde: Durchgängig erwarten die Jüngeren mehr vom Wohlfahrtsstaat als die Älteren. Bis auf den Bereich der Pflege im Alter, in dem die geringsten Altersunterschiede zu beobachten sind, fallen diese Differenzen zwischen Jüngeren und Älteren sowohl bei den Extensitäts- als auch bei den Intensitätsindikatoren statistisch signifikant aus. Personen mittleren Alters liegen mit ihren Antworten dazwischen oder gleichauf mit einer der Gruppen; ihre Anforderungen sind mit denen der Jüngeren fast deckungsgleich, statistisch signifikante Unterschiede zu den Älteren bestehen in Einstellungen zu jungen Politiken. Es ist allerdings nicht zu übersehen, dass die Differenzen nach Lebensalter insgesamt lediglich moderat ausfallen. Dieses Ergebnis wurde in dieser Eindeutigkeit nicht erwartet. Die Zusammenhänge zwischen wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen und weiteren Prädiktoren sind größtenteils erwartungskonform und statistisch signifikant, allerdings relativ schwach. Dabei sind nur in Ausnahmen Korrelationen festzustellen, die in eine andere Richtung als die theoretisch erwartete zeigen. Dies gilt zum einen für das Merkmal Erwerbstätigkeit und zum anderen für das politische Vertrauen.

In Abschnitt 4.3.3 kamen multivariate Analysemethoden zum Einsatz. In einem ersten Schritt wurden multiple OLS-Regressionsanalysen durchgeführt, die Auskunft über die empirische Evidenz der vorgestellten Einflussfaktoren auf der Individualebene geben (Unterabschnitt 4.3.3.1). Diese verdeutlichen, dass die einbezogenen Prädiktoren vergleichsweise besser dazu geeignet sind, Einstellungen zur Ausgabenhöhe als zur wohlfahrtsstaatlichen Verantwortung zu erklären. Innerhalb dieser Variablenkomplexe gibt es zudem schwache Hinweise darauf, dass Varianzen in den Einstellungen zu jungen Politikbereichen, insbesondere zur Familienpolitik, vergleichsweise schlechter aufgeklärt werden können als Einstellungsunterschiede in alten Politikbereichen. In Bezug auf die relevanten Prädiktoren gibt es Unterschiede, aber auch Gemeinsamkeiten in Abhängigkeit von der Bewertungsdimension des wohlfahrts-

staatlichen Engagements (Verantwortung/Leistungshöhe) und vom konkreten Politikfeld. Für einige Determinanten, hinsichtlich derer in der wohlfahrtsstaatlichen Einstellungsforschung weitgehend Konsens über einen relevanten Einfluss besteht, bestätigen die Ergebnisse bestehende Befunde (z.B. Geschlecht), für andere trifft dies nicht zu (z.B. Erwerbstätigkeit).

Beobachtet werden deutliche Effekte auf sozialstaatliche Präferenzen, die von Evaluationen der wohlfahrtsstaatlichen Performanz ausgehen und im Einklang mit den postulierten Annahmen sind: Negative Bewertungen des Status Quo in einem Politikfeld bedingen Forderungen nach erhöhter staatlicher Zuständigkeit und nach einer Ausweitung von Leistungen; in allen Bereichen ist dieser Effekt der stärkste. Die Sorge, im eigenen Alter nicht ausreichend versorgt zu sein, schlägt sich bei Einstellungen zu alten Politiken – insbesondere bei den gewünschten Ausgaben – nieder. Weiter zeigt sich, dass Evaluationen der Repräsentation altersspezifischer Interessen wirksam sind: Wer die Interessenvertretung der Jüngeren (Älteren) als unzureichend bewertet, präferiert ein höheres Maß staatlichen Engagements in jungen (alten) Politiken. Zudem gibt es Anzeichen eines Bildungseffekts. Dieser fällt mehrheitlich negativ aus, die Ausnahme hiervon ist der Bildungssektor – hier ist der Einfluss Gegenteilig.

Die Analysen geben zudem Hinweise darauf, dass Frauen höhere Verantwortlichkeiten in alten Politikbereichen gutheißen. Für Personen mit Wohnsitz in Ostdeutschland lässt sich belegen, dass sie den Staat in etwas stärkerer Verantwortung sehen als Einwohner Westdeutschlands. Bezüglich der präferierten Leistungshöhe kann hingegen keine entsprechende Tendenz nachgewiesen werden. Darüber hinaus ist zu konstatieren, dass die untersuchten Einstellungen augenscheinlich nicht stark politisiert sind: Die vergleichsweise größten Unterschiede zwischen Anhängern verschiedener Parteien gibt es bei den präferierten Bildungsausgaben: Im Vergleich zur Referenzgruppe der CDU/CSU-Anhänger befürworten Personen mit einer Parteiidentifikation für die SPD, die Grünen oder die Linke höhere Bildungsausgaben. Ebenfalls lediglich vereinzelte Effekte existieren für die Merkmale subjektive Schicht-einstufung, Wirtschaftspereptionen und das politische Vertrauen.¹⁴⁵ Für die Erwerbstätigkeit, ein Merkmal, das sich in anderen Studien als durchaus erklärungskräftig erwies, ist kein Einfluss nachweisbar.¹⁴⁶ Auch der Einbezug theoretisch plausibler Interaktionen erbringt keinen Erkenntnisgewinn; Effekte von Unzufriedenheitsbekundungen und der Wahrnehmung unzureichender Interessenvertretung der Jüngeren unterscheiden sich offensichtlich nicht zwischen Eltern und Kinderlosen.

¹⁴⁵ In einigen Studien wurden Hinweise auf Effekte des politischen Vertrauens in Subgruppen gefunden: Unter Personen, für die eine stärkere wohlfahrtsstaatliche Aktivität bzw. sozialstaatliche Reformen mit mehr (materiellen und/oder ideologischen) Kosten verbunden sind (z.B. Finanzierer des Sozialstaats, Anhänger bestimmter Parteien), wurden stärkere Effekte beobachtet (siehe Rudolph/Evans 2005 für die USA; Trüdinger/Bollow 2011 für Deutschland; für gegenteilige Befunde siehe Taylor 2013 für das Vereinigte Königreich). Erste eigene Analysen zeigen allerdings keine empirische Evidenz für die Existenz derartiger Interaktionseffekte (nicht gezeigt).

¹⁴⁶ Womöglich ist die Diversität in der Gruppe der Nichterwerbstätigen zu hoch, um Effekte nachzuweisen. Die Verwendung feinerer Ausprägungen ist allerdings abzuwägen angesichts dann recht niedriger Fallzahlen in einigen Kategorien.

Von Elternschaft ausgehende Effekte wurden in Einstellungen zu jungen Politikbereichen erwartet. Empirische Evidenzen beschränken sich allerdings auf den Familiensektor, hier sind Eltern pro-wohlfahrtsstaatlicher eingestellt als Kinderlose. Familienpolitische Präferenzen sind also offenbar stärker durch das eigene Elterndasein bestimmt als bildungspolitische Präferenzen. Eine mögliche Erklärung dafür, dass der Wunsch nach einem stärkeren wohlfahrtsstaatlichen Engagement in der Bildungspolitik unabhängig von Elternschaft formuliert wird, könnte sein, dass deren gesamtgesellschaftlicher Nutzen höher eingeschätzt wird als der von Familienpolitik. In diese Richtung weist in gewisser Weise auch der Befund, dass der höchste Förderungsbedarf für den Bildungsbereich festgestellt wurde. Scheinbar hat sich die Überzeugung weitgehend durchgesetzt, dass Verbesserungen im Bildungssektor letztlich allen Teilen der Bevölkerung zugutekommen. Optimierungen haben v.a. das Potenzial, die Erwerbschancen Jüngerer zu steigern und somit die Tragfähigkeit des umlagefinanzierten Sozialversicherungssystems im Allgemeinen und der Rentenfinanzierung im Besonderen zu erhöhen. Die Auffassung, dass die Ausweitung familienpolitischer Maßnahmen ebenfalls mit der Hebung sozialstaatlicher Entwicklungspotenziale verknüpft ist¹⁴⁷, ist vermutlich weniger verbreitet. Ein weiterer Grund für den Effektunterschied könnte sein, dass monetäre Transfers bei familienpolitischen Leistungen (in erster Linie Kindergeldbezug) eine höhere Sichtbarkeit haben, wohingegen bei der Bildungspolitik eine direkte finanzielle Begünstigung von Eltern nicht erfolgt.

Die Ergebnisse bestätigen schließlich die naheliegende Vermutung, wonach Einflussfaktoren, die näher am Einstellungsobjekt liegen, einstellungsrelevanter sind: Wenn es um das wohlfahrtsstaatliche Engagement in der finanziellen und pflegerischen Altersversorgung geht, ist die Bewertung der eigenen Altersabsicherung durchgängig eine relevante Einflussgröße. Wie die eigene wirtschaftliche Lage eingeschätzt wird, ist demgegenüber eher unerheblich. Der gleiche Sachverhalt trifft auf Evaluationen des Status Quo im jeweiligen Politikfeld zu, die wesentlich bedeutsamer sind als Wahrnehmungen der nationalen Wirtschaftslage.

Die OLS-Regressionen liefern zudem Hinweise auf Effekte des Lebensalters unter Kontrolle der weiteren Prädiktoren.¹⁴⁸ Für alle untersuchten wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen liegen negative Koeffizienten der Altersgruppendummyvariablen vor, die im Einklang mit den bivariaten Befunden sind. Allerdings sind diese nur in Ausnahmefällen statistisch signifikant, die vergleichsweise stärksten Effekte gibt es bei familienpolitischen Einstellungen. Die inhaltliche Interpretation der (Nicht)Existenz von direkten Alterseffekten ist von theoretischen Annahmen abhängig. Wenn davon ausgegangen wird, dass das Lebensalter nur vermittelt seine Wirkung entfaltet, legt die Existenz direkter Alterseffekte nahe, dass relevante intervenierende Variablen unberücksichtigt blieben. Oder aber es wird die Möglichkeit direkter

¹⁴⁷ Hier ist z.B. an die Erhöhung der Frauenerwerbstätigenquote durch die verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf (z.B. durch den Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten) mit entsprechenden potenziell positiven Konsequenzen auf die Bilanzen der Sozialversicherungen zu denken. Ganz generell könnten familienpolitische Anreize darüber hinaus dazu geeignet sein, unter bestimmten Bedingungen die Entscheidung für ein Kind zu erleichtern, womit das Prinzip der Umlagefinanzierung mittel- und langfristig gestärkt würde.

¹⁴⁸ Weder in den Regressions- noch in den Zusammenhangsanalysen fanden sich empirische Evidenzen für nicht-lineare Verlaufsmuster der Alterseffekte. Auch eine gezielte Überprüfung blieb, wie berichtet, ergebnislos. Verwendet wurden daher zwei Altersgruppendummyvariablen.

Wirkungsweisen zugelassen. Dafür spricht z.B. die Tatsache, dass in den präsentierten Analysen – trotz des Einbezugs diverser potenzieller Erklärungsfaktoren – vereinzelte Alterseffekte auftraten. Demgemäß ist das Alter nicht nur Ausdruck damit verbundener Interessen- oder Wertorientierungen, sondern formt auf anderem, direktem Weg Einstellungen zu wohlfahrtsstaatlichen Politiken zusätzlich mit.

Welcher Standpunkt bezüglich der Interpretation direkter Alterseinflüsse auch vertreten wird, unzweifelhaft ist, dass indirekte Alterseffekte bei dieser Betrachtung außen vor bleiben. Dieser Aspekt wurde im folgenden Unterabschnitt 4.3.3.2 systematisch untersucht. In den Pfadanalysen wurden diverse Hinweise auf vermittelte Alterseffekte gefunden. Diese liefern einerseits Informationen dazu, *wie* das Alter wohlfahrtsstaatliche Einstellungen beeinflusst. Andererseits ermöglichen sie eine exaktere Abschätzung von Alterseffekten im Vergleich zu den bisherigen Befunden, da direkte *und* indirekte Komponenten gleichermaßen Beachtung finden. Es gilt: Ob die Berücksichtigung indirekter Effekte zum Ergebnis führt, dass der Alterseffekt in den einstufigen OLS-Regressionen unter- oder überschätzt wurde, hängt von der Höhe und der Richtung des gesamten indirekten Effekts (dieser entspricht der Summe der einzelnen indirekten Effekte) ab. Mit zwei Ausnahmen ist der gesamte indirekte Alterseffekt zu vernachlässigen. Diese Ausnahmen bestehen in Einstellungen zu jungen Politikbereichen: Der Befund, wonach Ältere eine geringere staatliche Verantwortung in der Familienpolitik befürworten als Jüngere, wurde anhand einstufiger OLS-Regressionen überschätzt. Wenn beachtet wird, dass Ältere im Vergleich zu Jüngeren häufiger Eltern und formal niedriger gebildet sind – was beides mit dem Wunsch nach einer stärkeren Rolle des Staates einhergeht – schwächt sich der negative Effekt ab; Ältere und Jüngere sind sich offenbar ähnlicher als zunächst vermutet. Bei den gewünschten Ausgaben im Bildungsbereich hingegen wurde der Stellenwert des Alters in den OLS-Regressionen unterschätzt. Denn wenn zusätzlich einkalkuliert wird, dass sich Ältere im Vergleich zu Jüngeren seltener mit den Grünen identifizieren und die politischen Interessen der Jüngeren besser vertreten sehen, verstärkt sich der negative Alterseffekt, da diese beiden Merkmalsausprägungen ebenfalls mit der Ablehnung stark steigender Bildungsausgaben zusammenhängen.

Unabhängig davon, wie hoch die gesamten indirekten Effekte sind, können bei allen untersuchten wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen einzelne, statistisch signifikante indirekte Alterseffekte identifiziert werden. Diese fallen nur selten substantiell aus (zu diesen Ausnahmen zählt z.B. der Alterseffekt via Kinder bei der gewünschten staatlichen Zuständigkeit in der Familienpolitik), werden aber in der Summe, wie erwähnt, bei den o.g. wohlfahrtsstaatlichen Präferenzen in jungen Politikbereichen relevant. Bei den übrigen untersuchten Einstellungen hingegen gleichen sich die einzelnen indirekten Effekte fast vollständig aus.

Über alle abhängigen Variablen hinweg gibt es (mit nur einer Ausnahme) einen relevanten Faktor, über den Alterseffekte mediiert werden: Evaluationen der altersspezifischen Interessenvertretung. Dabei variiert die Richtung des damit verbundenen indirekten Effekts je nach Politikfeld mit entsprechenden Konsequenzen auf den totalen Alterseffekt: Da mit steigendem Alter die Interessenvertretung der Älteren schlechter, die der Jüngeren hingegen besser bewertet wird, wird der negative Alterseffekt aus den einstufigen OLS-Regressionen bei Einstellungen in alten Politikbereichen durch einen gegenläufigen indirekten Effekt abge-

schwächt, bei Einstellungen in jungen Politikfeldern hingegen durch einen gleichgerichteten indirekten Effekt verstärkt. Bei den weiteren identifizierten intervenierenden Variablen zeigen sich einige Gemeinsamkeiten je nach Bewertungsdimension oder Politikfeld. Bei Einstellungen zur staatlichen Verantwortung wirkt das Alter vermittelt über den formalen Bildungsgrad; mit Ausnahme des Bildungsbereichs reduziert dies den in den einstufigen OLS-Regressionen vorgefundenen negativen Alterseinfluss. Bei bildungspolitischen Präferenzen hingegen wird der negative Alterseffekt wie erläutert verstärkt. Bei Einstellungen in alten Politikfeldern wiederum sind beide Indikatoren der Evaluation der sozialstaatlichen Performanz relevante intervenierende Variablen: Die Bewertung der eigenen Altersabsicherung und Unzufriedenheitsäußerungen. Die über diese Merkmale mediierten Alterseffekte sind negativ und verstärken damit bereits negative Tendenzen. Zudem gibt es Hinweise darauf, dass die Nähe zu den Grünen eine Rolle bei den Präferenzen zur Ausgestaltung junger Politikbereiche spielt; Altersdifferenzen fallen dadurch größer aus. In der Familienpolitik hingegen spielt Elternschaft eine deutliche, allerdings entgegengesetzte Rolle als Mediator, wodurch negative Alterstendenzen reduziert werden.

Bei jedem der bis zu dieser Stelle berichteten Analyseschritte wurde bei der Ergebnisinterpretation thematisiert, inwieweit die Befunde Rückschlüsse darauf zulassen, ob mit dem Alter primär Interessen- oder Wertorientierungen in Verbindung zu stehen scheinen. Die Befunde lassen darauf keine eindeutige Antwort zu. Dies liegt nicht zuletzt an den insgesamt recht schwachen Alterseffekten, die einer differenzierten inhaltlichen Deutung wenig zugänglich sind. Ein weiterer Grund ist, dass nur die indirekten Effekte, die durchgängig schwächer ausfallen als die direkten Effekte, einer entsprechenden Prüfung unterzogen werden können. Bei den direkten Effekten kann daher nicht mit Sicherheit darüber entschieden werden, ob relevante Mediatoren in der Betrachtung schlichtweg fehlen und sich weitere indirekte Effekte hinter ihnen verbergen, oder ob es sich hierbei um genuine Alterseffekte handelt.

Das Muster der Altersunterschiede in der bivariaten Analyse scheint eher auf Wertorientierungen hinzudeuten. Die Ergebnisse der einstufigen OLS-Regressionen schwächen diesen Befund etwas ab, allerdings, wie umfassend erläutert, können indirekte Alterseffekte hier nicht einbezogen werden. Die totalen Alterseffekte aus den Pfadanalysen, mit denen direkte *und* indirekte Wirkungsweisen erfasst werden, erlauben eine geeignetere Annäherung. Diesen Ergebnissen zufolge ist das Alter eine durchaus relevante Größe, wenn es um das gewünschte wohlfahrtsstaatliche Engagement in jungen Politikbereichen geht, aber weitgehend ohne Bedeutung bei der Frage nach der finanziellen und pflegerischen Altersversorgung; dieser Befund ist eher im Einklang mit dem Interessenargument. Ausgeschlossen werden kann anhand dieses Ergebnisses aber weder, dass die beobachteten Einstellungsunterschiede vornehmlich auf unterschiedlichen Werten/Interessen basieren und aus unbekanntem Grund in jungen Politikbereichen höher ausfallen, noch, dass Interessenorientierungen in einem Politikbereich den Ausschlag geben und Wertorientierungen in einem anderen.¹⁴⁹

¹⁴⁹ Schließlich sei daran erinnert, dass davon auszugehen ist, dass interessen- und wertorientierte Motive nicht isoliert voneinander existieren, sondern gleichermaßen relevant sind. Vermutlich variieren ihre rela-

Die Pfadanalysen können Hinweise darauf geben, ob indirekte Alterseffekte zuvorderst mit Interessen oder Werten in Verbindung stehen. Dies gilt aber nur insoweit, als die relevanten intervenierenden Variablen eindeutig einer der beiden Motivlagen zugeordnet werden können (was beim Merkmal Bildung nicht möglich ist). Ungeachtet von der nicht eindeutigen Zuordnung der Bildungsvariablen spielen bei allen untersuchten Wohlfahrtsstaatspräferenzen mit nur einer Ausnahme sowohl interessen- als auch wertorientierte Merkmale eine Rolle, was theoretisch zu erwarten war. Bei der gewünschten staatlichen Verantwortung in der Familienpolitik scheinen Interessen ausschlaggebend zu sein, allerdings: Der vergleichsweise stärkste indirekte Effekt via Elternschaft ist positiv und damit gegenläufig zu dem beobachteten, stärkeren negativen direkten Alterseffekt. Bei bildungspolitischen Präferenzen wiederum kann ein gewisser Anteil des totalen negativen Alterseffekts auf mit dem Alter in Verbindung stehende Wertorientierungen zurückgeführt werden. Diese Analysen können nur ein erster Schritt zu einer differenzierten Annäherung an das Lebensalter sein. Offenkundig ist, dass viele Fragen über die Wirkungsweise des Alters bestehen bleiben.

Der letzte Untersuchungsschritt zielte darauf ab, Unterschiede in der Einstellungsbildung zwischen Älteren und Jüngeren zu identifizieren (Unterabschnitt 4.3.3.3). Es wurden separate Regressionsmodelle für beide Altersgruppen berechnet, der Fokus lag dabei auf der Höhe der Koeffizientendifferenzen. In den Fällen, in denen unterschiedliche Wirkungsmechanismen von Prädiktoren je nach Alter nachgewiesen wurden, wurden diese grafisch veranschaulicht. Dadurch wurde ersichtlich, in welchen Ausprägungen der unabhängigen Variablen Altersunterschiede bestehen. Die Relevanz dieser Befunde wurde des Weiteren abgeschätzt, indem die altersspezifischen Verteilungen der einstellungsrelevanten Variablen einbezogen wurden. Trotz der beschriebenen feststellbaren Unterschiede ist zu konstatieren, dass die Gemeinsamkeiten von Älteren und Jüngeren in der Ausbildung wohlfahrtsstaatlicher Präferenzen deutlich überwiegen. Dies gilt v.a. bei der Frage nach der gewünschten staatlichen Verantwortung.

Für die vorab formulierten Annahmen zu altersspezifischen Determinanten wie z.B., dass die Merkmale Elternschaft oder Wohnregion primär einstellungsrelevant für Ältere sein sollten, findet sich keine empirische Evidenz. Dafür gibt es Hinweise auf andere Prädiktoren, die abhängig vom individuellen Alter einen anderen Einfluss auf wohlfahrtsstaatliche Einstellungen ausüben. So ist unter den Jüngeren für ihre familienpolitischen Präferenzen ausschlaggebender, wie sie die aktuelle Familienpolitik bewerten. Fällt ihr Zeugnis negativ aus, fordern sie ein höheres wohlfahrtsstaatliches Engagement als Ältere mit einer ähnlich schlechten Lagebewertung. Eine interessante Beobachtung in den Moderatoranalysen ist, dass einige Effekte erst zutage treten, wenn Altersgruppen getrennt betrachtet werden.¹⁵⁰ Bei der altersübergreifenden Identifizierung der Determinanten konnten diese nicht erkannt werden, da sie sich

tiven Anteile zudem, z.B. in Abhängigkeit von situativen Faktoren. Aufgrund dieser Komplexität ist eine endgültige Klärung dieses Aspekts im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich. Dazu bedarf es anderer Daten und Methoden, die Aufschlüsse über die individuelle Motivlage liefern.

¹⁵⁰ Andere Effekte hingegen sind in der separaten Betrachtung nicht mehr feststellbar. Dies könnte zwei Gründe haben, erstens: Aufgrund der reduzierten Fallzahlen in den Altersgruppen wird das Kriterium statistischer Signifikanz verfehlt. Zweitens: Der altersübergreifende Effekt kam v.a. aufgrund von Personen mittleren Alters zustande.

in den Altersgruppen offenbar gegenseitig ausglich. In den meisten Fällen unterscheiden sich Ältere und Jüngere in den Effekten dieser „neu“ in Erscheinung getretenen Prädiktoren. Dies gilt insbesondere mit Blick auf Wirtschaftspereptionen, die in der altersübergreifenden Analyse als Prädiktoren vergleichsweise irrelevant waren. Schließlich erbrachte die Separierung vereinzelt Anzeichen für altersspezifische Effekte der Parteiidentifikation auf wohlfahrtsstaatliche Präferenzen.

Die Analysen zu den Determinanten wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen haben interessante Befunde erbracht. In vertiefenden Untersuchungen wurde der Rolle des Lebensalters nachgegangen. Dahingehend wurden neue Erkenntnisse für vermittelte Alterseffekte und für die moderierende Funktion des Alters anhand von Pfad- und Moderatoranalysen generiert. Der nächste Schritt besteht in einer Annäherung an die Wahrnehmung intergenerationeller Einstellungsdifferenzen im folgenden Unterkapitel.

4.4 Die Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden

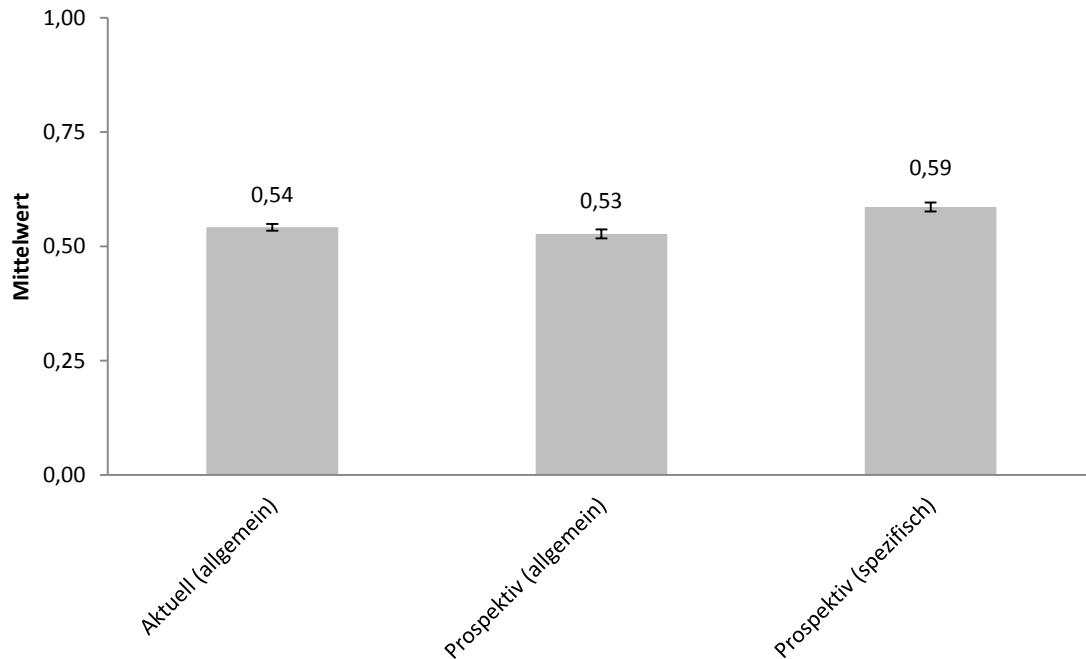
4.4.1 Univariate Betrachtung der Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden

Wie sieht es also mit der Perzeption von intergenerationellen Einstellungsunterschieden aus? Zur Verfügung stehen drei Indikatoren, einer mit aktuellem, zwei mit zukünftigem Zeitbezug. Bei den prospektiven Items werden ein allgemeines und ein spezifisches – hier auf die Rente bezogenes – Szenario unterschieden. Mit dem Indikator mit Gegenwartsbezug werden allgemeine Interessengegensätze erfasst.

In Abbildung 13 sind die Mittelwerte der Indikatoren mit ihren 95 Prozent-Konfidenzintervallen abgetragen. Nur jeweils rund zwei Prozent der Befragten konnten oder wollten keine Angaben zu ihrer Wahrnehmung machen. Die Dissenswahrnehmung ist relativ hoch, alle Werte liegen über den Skalenmittelwert von 0,5. Die Werte für die beiden allgemeinen Szenarien fallen sehr ähnlich aus, ein zukünftiger Generationengegensatz in der Rente wird für etwas wahrscheinlicher gehalten.¹⁵¹

¹⁵¹ Die Indikatoren korrelieren untereinander mit Werten zwischen 0,2 und 0,4 (nicht gezeigt). Der stärkste Zusammenhang besteht zwischen den Wahrnehmungen, die die Zukunft betreffen.

Abbildung 13: Durchschnittliche Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden



Anmerkungen: Gemessen auf einer 5er-Skala von 0 (keine Gegensätze/wird bestimmt nicht eintreffen) bis 1 (sehr starke Gegensätze/wird ganz sicher eintreffen). Fallzahlen: 3835-3870.

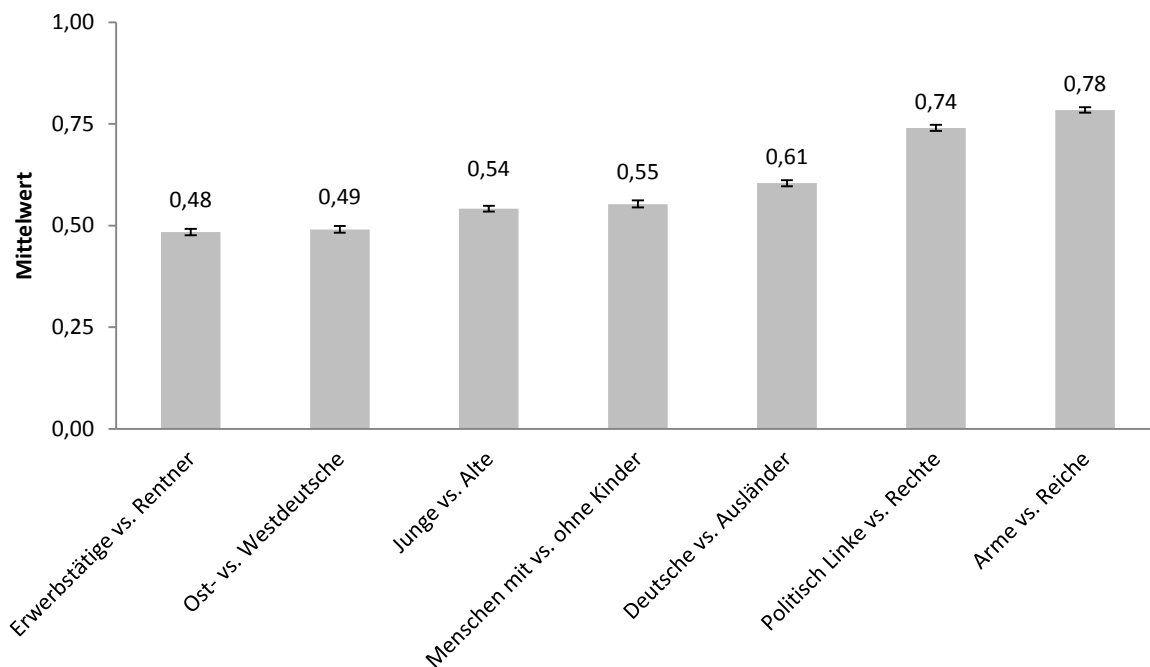
In Tabelle A.11 im Anhang sind weitere Informationen zu den Verteilungen der Variablen enthalten. Diese verdeutlichen, dass die fast identischen Mittelwerte für allgemeine Einstellungsunterschiede das Resultat verschiedener Verteilungen sind. Werden die beiden Kategorien am oberen Skalenende zusammengefasst, um die (sehr) starke Wahrnehmung von Differenzen zu erfassen, ergibt sich folgendes Bild: Das perzipierte Ausmaß von Einstellungsunterschieden variiert stärker als die Mittelwertbetrachtung nahelegt und fällt etwas höher aus wenn zukünftige Entwicklungen abgefragt werden. Differenzen zum jetzigen Zeitpunkt nimmt rund jeder dritte Befragte wahr, einen allgemeinen zukünftigen Alt-Jung-Dissens erachten 43 Prozent für wahrscheinlich, wenn es um aufkommende Einstellungsunterschiede in der Rente geht, gilt das für mehr als jeden Zweiten.¹⁵² Der Anteil derer, die keinerlei Probleme sehen, schwankt zwischen sechs und acht Prozent. Die Verteilungen für die drei Indikatoren können wie folgt beschrieben werden: Wahrnehmungen aktueller Einstellungsunterschiede sind eingipfelig verteilt, mit 47 Prozent wird die mittlere Kategorie am häufigsten genannt, sechs Prozent wählen einen der beiden Skalenendpunkte. Im Vergleich zu prospektiven Szenarien ist das Antwortverhalten hier recht homogen wie auch die relativ geringe Standardabweichung indiziert. Bei allgemeinen prospektiven Differenzen ist die Verteilung zweigipfelig, die Antwortkategorien „*wird eher nicht eintreffen*“ und „*wird wahrscheinlich eintreffen*“ sind mit 31 bzw. 27 Prozent am stärksten besetzt. Wenn es um einen Interessengegensatz in der Rente geht, ist die Verteilung von einer leichten Rechtsschiefe ge-

¹⁵² Die Ergebnisse anderer Studien vermitteln kein einheitliches Bild, die entsprechenden Werte schwanken zwischen weniger als 15 und mehr als 60 Prozent (siehe Glatzer 1984: 217; Kohli et al. 1999: 507; Krüger 1999: 296; Blome et al. 2008: 332). In diesen Studien wurden mehrheitlich 4er-Skalen eingesetzt. Das Fehlen einer Mittelkategorie kann ein Grund für Abweichungen sein.

kennzeichnet. Den Modus bildet die zweithöchste Kategorie „*wird wahrscheinlich eintreffen*“, die von jedem Dritten genannt wird.

Sind die berichteten Werte nun besonders hoch oder niedrig? Eine bessere Einordnung dieser Befunde wird durch den Vergleich mit der Wahrnehmung anderer sozialer Gegensätze möglich (Abbildung 14). Dazu werden die weiteren Items der Fragebatterie, mit der aktuelle Interessengegensätze erhoben wurden, herangezogen. Es liegen Einschätzungen zu insgesamt sieben Szenarien vor.¹⁵³ Die Mittelwerte schwanken zwischen 0,48 und 0,78. Bis auf zwei Ausnahmen indizieren die nicht überlappenden Konfidenzintervalle statistisch signifikante Unterschiede in der Perzeption, wobei die Differenzen in einigen Fällen nicht substantiell sind; sie variieren zwischen einem Sechstel und mehr als einer Skaleneinheit.

Abbildung 14: Durchschnittliche Wahrnehmung verschiedener Einstellungsunterschiede



Anmerkungen: Gemessen auf einer 5er-Skala von 0 (keine Gegensätze) bis 1 (sehr starke Gegensätze). Fallzahlen: 3715-3853.

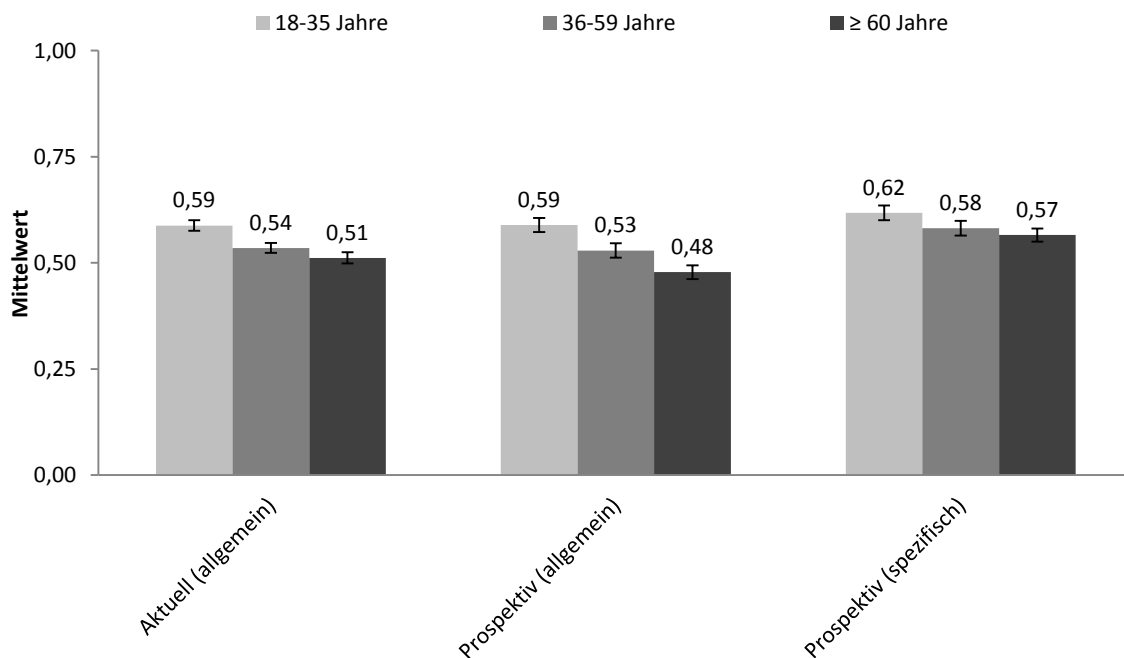
Im Vergleich zu Wahrnehmungen von Einstellungsunterschieden zwischen anderen Gruppen nimmt der Alt-Jung-Gegensatz keine Sonderstellung ein, er wird eher mäßig stark eingeschätzt (für ähnliche Befunde zum deutschen Fall siehe Glatzer 1984: 217; Kohli et al. 1999: 507; Zagórski 2006: 7-10; Blome et al. 2008: 332; Delhey/Keck 2008: 333). Auf dem vordersten Platz rangiert der Interessengegensatz zwischen Armen und Reichen, gefolgt von dem zwischen politisch links und rechts stehenden Personen. Weniger schwach als Generationenunterschiede werden die Gegensätze zwischen Ost- und Westdeutschen sowie Rentnern und Erwerbstätigen bewertet.

¹⁵³ Die Anteile fehlender Werte liegen zwischen zwei Prozent beim Alt-Jung-Gegensatz und sieben Prozent beim Links-Rechts-Gegensatz. Beim Arm-Reich-Gegensatz besteht gemessen an der Standardabweichung die relativ größte Einigkeit unter den Befragten. Hinsichtlich eines Gegensatzes zwischen Kinderlosen und Eltern gehen die Meinungen hingegen vergleichsweise am weitesten auseinander (nicht gezeigt).

4.4.2 Bivariate Betrachtung der Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden

Im nächsten Schritt wird untersucht, ob die Perzeption von intergenerationellen Einstellungsunterschieden nach verschiedenen Faktoren variiert. Zunächst werden die Ergebnisse nach dem Lebensalter betrachtet. In Abbildung 15 sind die altersspezifischen Mittelwerte der Dissenswahrnehmungen abgetragen. Fast alle Befragten machten hierzu Angaben.¹⁵⁴ Die theoretische Vermutung, wonach Ältere intergenerationelle Differenzen im Allgemeinen weniger stark ausgeprägt wahrnehmen als Jüngere, wird gestützt. Diese Altersunterschiede sind für alle abgefragten Szenarien statistisch signifikant. Die Angaben von Personen mittleren Alters liegen zwischen diesen Werten. Ihr Abstand zu den Jüngeren ist durchgängig statistisch signifikant, das gilt nicht im Vergleich zu den Älteren.

Abbildung 15: Durchschnittliche Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden nach Alter



Anmerkungen: Gemessen auf einer 5er-Skala von 0 (keine Gegensätze/wird bestimmt nicht eintreffen) bis 1 (sehr starke Gegensätze/wird ganz sicher eintreffen). Fallzahlen: 1105-1112 (18-35 Jahre), 1301-1311 (36-59 Jahre), 1428-1447 (≥ 60 Jahre).

Die Differenzen in der Wahrnehmung zwischen Jüngeren und Älteren variieren zwischen einer fünftel und fast einer halben Skaleneinheit. Mit Blick auf zu erwartende problematische Tendenzen in der Rente gibt es die geringsten Altersunterschiede, hier sehen die Befragten aller Altersgruppen die vergleichsweise größten Schwierigkeiten. Größere Uneinigkeit besteht bei der allgemeinen Frage nach der Eintrittswahrscheinlichkeit eines zukünftigen intergenerationellen Gegensatzes. Die Älteren differenzieren zwischen den Szenarien vergleichsweise am stärksten, die Jüngeren am wenigsten. Allerdings sind die beobachteten

¹⁵⁴ Die Anteile derer, die keine oder ungültige Angaben machen, variieren leicht mit dem Lebensalter: Mit nur einem Prozent ist er sehr gering unter den Jüngeren, bei den Älteren mit knapp vier Prozent vergleichsweise am höchsten.

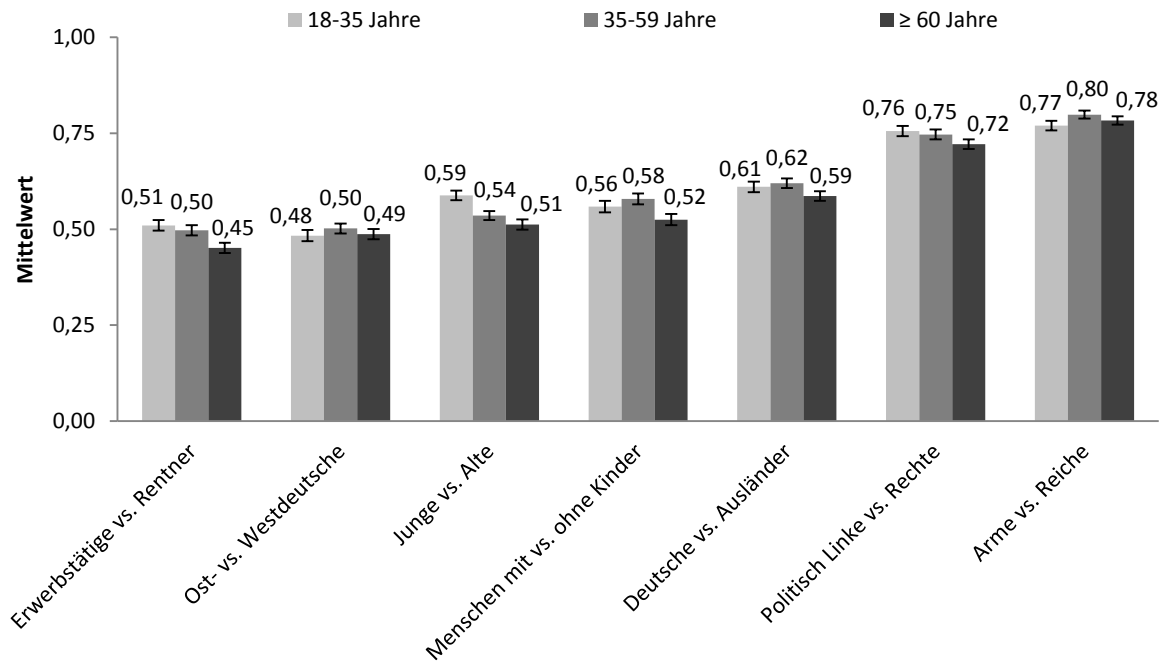
maximalen Unterschiede zwischen den Szenarien innerhalb der Altersgruppen mit zwischen einer Achtel und einer Drittel Skaleneinheit mehrheitlich moderat.

Tabelle A.12 im Anhang können weitere Details zu den altersspezifischen Antwortmustern entnommen werden. Diese verstärken den Eindruck, dass die Jüngeren eher von problematischen Generationenverhältnissen ausgehen. So sind deutliche Altersunterschiede in den Anteilen derer, die keinerlei Einstellungsunterschiede perzipieren, ersichtlich: Bei dem Rentenszenario sind die Anteile unter Personen mittleren und älteren Alters ungefähr doppelt so hoch wie unter den Jüngeren (neun bzw. acht vs. vier Prozent). Noch größere Unterschiede bestehen bei den beiden anderen Szenarien. Der Anteil von Personen mittleren Alters ist hier doppelt bzw. dreimal, der von Älteren sogar viermal so hoch wie der unter Jüngeren. Fasst man die beiden Kategorien am unteren Ende der Skala („keine Gegensätze/wird bestimmt nicht eintreffen“ und „schwache Gegensätze/wird eher nicht eintreffen“) zusammen, um eine niedrige Dissensperzeption zu beschreiben, ergibt sich folgendes Bild: Abhängig vom Szenario nehmen zwischen 13 und 30 Prozent der Jüngeren, 17 und 41 Prozent der Personen mittleren Alters sowie zwischen 23 und 44 Prozent der älteren Befragten keine oder nur geringe Unterschiede wahr. Die Minimalwerte liegen in allen Altersgruppen für Perzeptionen gegenwärtiger Interessengegensätze vor.

In Abbildung 16 wird die altersspezifische Wahrnehmung aktueller Alt-Jung-Gegensätze in Bezug zur Perzeption anderer sozialer Interessengegensätze gesetzt.¹⁵⁵ Der Blick auf die Mittelwerte zeigt: Bei der Wahrnehmung von Einstellungsunterschieden zwischen Ost- und Westdeutschen, Armen und Reichen sowie Deutschen und Ausländern gibt es keine nennenswerten Altersdifferenzen. Bei den verbleibenden vier Szenarien hingegen weisen die Älteren eine etwas schwächer ausgeprägte Wahrnehmung von Unterschieden auf, das gilt vergleichsweise am stärksten beim Generationengegensatz (dieses Ergebnis war bereits in Abbildung 15 ersichtlich). Es scheint also so zu sein, dass Ältere im Allgemeinen eine etwas entspanntere Sicht auf die Dinge haben. Die Jüngeren hingegen sind, auch wenn es um Alt-Jung-Differenzen geht, offenbar geringfügig sensibilisiert. Dies impliziert aber keineswegs, dass sie den Alt-Jung-Gegensatz als drängender bewerten als andere Gegensätze. Die Reihenfolge der Szenarien ist mit wenigen Ausnahmen innerhalb der Altersgruppen analog zu der in der Gesamtbeurteilung (Abbildung 14): Das größte Konfliktpotenzial wird unabhängig vom Alter zwischen Armen und Reichen und politisch links und politisch rechts Stehenden gesehen.

¹⁵⁵ Die Anteile fehlender Werte variieren szenarien- und altersspezifisch, unter den Älteren sind sie am höchsten. Bzgl. des Gegensatzes zwischen politisch Linken und Rechten gibt es die meisten fehlenden Werte: Fünf Prozent unter Personen jüngerer und mittleren Alters, elf Prozent bei den Älteren. Am geringsten sind diese Anteile beim Arm-Reich-Gegensatz und beim Alt-Jung-Gegensatz (drei Prozent bei den Älteren, unter zwei Prozent bei Personen mittleren Alters, weniger als ein Prozent bei den Jüngeren).

Abbildung 16: Durchschnittliche Wahrnehmung verschiedener Einstellungsunterschiede nach Alter



Anmerkungen: Gemessen auf einer 5er-Skala von 0 (keine Gegensätze) bis 1 (sehr starke Gegensätze). Fallzahlen: 1092-1112 (18-35 Jahre), 1265-1310 (36-59 Jahre), 1358-1434 (≥ 60 Jahre).

Im Folgenden werden weitere Merkmale in den Blick genommen, die eine Erklärung dafür liefern könnten, warum die Wahrnehmung von Einstellungsunterschieden verschieden ausfällt. In Tabelle 25 sind die Zusammenhänge zwischen diesen potenziellen Einflussfaktoren und den Wahrnehmungsindikatoren abgetragen. Analog zu weiter oben präsentierten Zusammenhangsanalysen (Abschnitt 4.3.2) handelt es sich bei den Einträgen in Abhängigkeit von der Anzahl der Ausprägungen der unabhängigen Variablen um Cramers V (die Richtung des jeweiligen Zusammenhang wird in diesen Fällen im Text erläutert) bzw. den Pearsonschen Korrelationskoeffizienten. Fast alle Korrelationen fallen statistisch signifikant aus, sind aber mehrheitlich recht niedrig.

Die vergleichsweise stärksten Zusammenhänge bestehen zwischen den Wahrnehmungssitems und den erwarteten Problemen durch die Bevölkerungsalterung. Die Richtung ist dabei wie theoretisch erwartet: Je höher der Problemdruck ausfällt, umso stärker ist die Perzeption von intergenerationellen Einstellungsunterschieden. Der zweite Indikator zur Abbildung von wahrgenommenen Konsequenzen des demografischen Wandels deutet in die gleiche Richtung, die Zusammenhänge hier sind etwas geringer: Die Einschätzung einer hohen finanziellen Belastung der Jüngeren geht mit einer erhöhten Wahrnehmung von Unterschieden einher. Relativ hohe Werte gibt es schließlich bei der Bewertung der eigenen Altersabsicherung und beim politischen Vertrauen. Diejenigen, die befürchten, nur unzureichend versorgt zu sein, nehmen Einstellungsunterschiede ausgeprägter wahr. Umgekehrt bemerken Personen, deren politisches Vertrauen hoch ausfällt, weniger Alt-Jung-Unterschiede.

Tabelle 25: Zusammenhänge zwischen der Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden und verschiedenen Merkmalen

	Aktuell (allgemein)	Prospektiv (allgemein)	Prospektiv (spezifisch)	Fallzahl
Frau	0,09 ^c	0,11 ^c	0,10 ^c	3825-3846
Kinder	0,10 ^c	0,10 ^c	0,06 ^b	3819-3839
Ostdeutschland	0,07 ^c	0,05 ^a	0,04	3825-3847
Bildung	0,02	0,08 ^c	-0,01	3802-3837
Sorgen im Hinblick auf die eigene finanzielle Altersabsicherung	0,14 ^c	0,15 ^c	0,10 ^c	3797-3827
Allgemeine Wirtschaftslage (aktuell)	0,09 ^c	0,04 ^a	0,10 ^c	3818-3851
Allgemeine Wirtschaftslage (prospektiv)		0,05 ^b	0,06 ^c	3697-3729
Unzufriedenheit				
... mit der finanziellen Altersversorgung	0,08 ^c	0,11 ^c	0,11 ^c	3748-3777
... mit der Pflege im Alter	0,09 ^c	0,10 ^c		3666-3699
... mit der Gesundheitspolitik	0,07 ^c	0,06 ^c		3809-3842
... mit der Familienpolitik	0,13 ^c	0,04 ^b		3698-3727
... mit der Bildungspolitik	0,08 ^c	0,07 ^c		3785-3819
Politisches Vertrauen	-0,13 ^c	-0,11 ^c	-0,15 ^c	3828-3861
Unzureichende Interessenvertretung Jüngerer	0,11 ^c	0,12 ^c	0,08 ^c	3717-3750
Unzureichende Interessenvertretung Älterer	0,10 ^c	0,08 ^c	0,09 ^c	3769-3799
Ältere unterstützen Jüngere	-0,08 ^c	-0,10 ^c	-0,09 ^c	3738-3765
Jüngere unterstützen Ältere	-0,06 ^c	-0,07 ^c	-0,11 ^c	3740-3771
Probleme durch demografischen Wandel		0,27 ^c	0,20 ^c	3801-3832
Ältere leben auf Kosten der Jüngeren	0,05 ^c	0,11 ^c	0,11 ^c	3795-3830

Anmerkungen: Zelleneinträge: Pearsonsche Korrelationskoeffizienten. Kursive Zelleneinträge: Cramers V. Signifikanzniveau: ^a: p≤0,05, ^b: p≤0,01, ^c: p≤0,001.

Für die Merkmale Geschlecht und Elternschaft liegen ebenfalls theoriekonforme Zusammenhänge vor: Unter Frauen und Kinderlosen ist die Wahrnehmung von Einstellungsunterschieden verbreiteter. Bezüglich der Wohnregion gibt es in zwei von drei Fällen statistisch signifikante, aber nur schwache Zusammenhänge, die nahelegen, dass die Perzeption von Alt-Jung-Gegensätzen im Osten etwas stärker verbreitet ist, was entgegen der formulierten Annahme ist. Bei dem Merkmal Bildung ist nur ein statistisch signifikanter Zusammenhang zu beobachten, der zudem nicht im Einklang mit den Annahmen ist: Ein höherer Bildungsabschluss, so das Ergebnis, geht einher mit der stärkeren Wahrnehmung prospektiver, allgemeiner Einstellungsunterschieden. Mit Blick auf Beurteilungen der wirtschaftlichen Lage bestätigt sich, was theoretisch vermutet wurde. Je besser die Situation eingeschätzt wird, umso weniger intensiv werden intergenerationelle Gegensätze erlebt. Für die verbleibenden Prädiktoren sind die Zusammenhänge wie erwartet. Wer unzufrieden mit dem Status Quo in verschiedenen Politikbereichen ist, die altersspezifische Interessenbewertung als unzureichend bewertet und nur eine geringe intergenerationelle Unterstützung in der Gesellschaft wahrnimmt, sieht mehr Unterschiede zwischen Älteren und Jüngeren als Personen mit gegenläufigen Merkmalsausprägungen.

4.4.3 *Multivariate Betrachtung der Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden*

4.4.3.1 Determinanten der Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden

In diesem Unterabschnitt erfolgt die multivariate Untersuchung der Wahrnehmung von Einstellungsunterschieden zwischen Älteren und Jüngeren. Zunächst werden die Determinanten der Perzeption anhand von einstufigen OLS-Regressionen identifiziert. Im Voraus geprüft wurden nicht-lineare Alterseffekte, für deren Existenz so wie bei wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen keine stichhaltigen Anhaltspunkte vorliegen.¹⁵⁶ In Tabelle 26 sind die Ergebnisse der Regressionsanalysen abgetragen.¹⁵⁷ Anhand der einbezogenen Prädiktoren können zwischen acht und 13 Prozent der Varianz in den abhängigen Variablen erklärt werden. Im Einklang mit den bisherigen Befunden und den theoretischen Annahmen fallen alle Alterseffekte negativ aus, d.h., dass Personen mittleren und älteren Alters weniger Einstellungsunterschiede bemerken als Jüngere. Ihre Antworten liegen im Durchschnitt ungefähr eine Fünftel Skaleneinheit unter der der Jüngeren. Mit Ausnahme eines Alt-Jung-Gegensatzes im Rentenbereich (letzte Spalte) fallen die Koeffizienten statistisch signifikant aus. Angehörige der mittleren und ältesten Altersgruppe unterscheiden sich augenscheinlich nicht in ihrer Dissensperzeption.

Das politische Vertrauen ist der einzige Faktor, der bei allen drei Wahrnehmungsindikatoren einstellungsrelevant ist: Ein hohes politisches Vertrauen geht mit einer geringeren Perzeption von Gegensätzen einher. Dieser Effekt ist mit ungefähr 0,5 bis 0,6 Skaleneinheiten relativ stark. Mit Blick auf prospektive Gegensätze gibt es eine weitere gemeinsame Determinante: Die Bewertung der Bevölkerungsalterung als problematisch begünstigt die Wahrnehmung von Differenzen. Dieser Effekt ist in den beiden Modellen, in denen dieses Merkmal inkludiert wurde, der vergleichsweise stärkste. Der Unterschied in der abhängigen Variable zwischen Personen, die keine Probleme kommen sehen und denen, die große Schwierigkeiten antizipieren, liegt bei einer Skaleneinheit bei der Rententhematik, beim allgemeinen prospektiven Dissens darüber. Der zweite Indikator zur Erfassung negativer Konsequenzen des demografischen Wandels hat den erwarteten Einfluss nur, wenn es um zukünftige spezifische Einstellungsunterschiede geht: Wer eine hohe finanzielle Belastung der Jüngeren erkennt, glaubt eher an einen intergenerationellen Dissens in Rentenfragen.

Hinweise auf Effekte von Bewertungen der wohlfahrtsstaatlichen Performanz beschränken sich auf Perzeptionen eines aktuellen Interessengegensatzes: Wer sich im Alter unzureichend abgesichert sieht, bemerkt Alt-Jung-Unterschiede stärker. Von den einbezogenen Zufriedenheitsurteilen ist nur die Bewertung der Familienpolitik eine relevante Größe. Wie angenommen, nehmen Unzufriedene größere gegenwärtige Differenzen zwischen Alt und Jung

¹⁵⁶ Verfahren wurde so wie in Fußnote 124 beschrieben. Das zu beobachtende Muster bei der Perzeption aktueller Alt-Jung-Gegensätze fällt anders aus als bei wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen: Nach einem leichten Rückgang in der Wahrnehmung von Generationsunterschieden mit zunehmendem Alter sind ab ca. 40 Jahren kaum noch Veränderungen festzustellen (siehe Tabelle A.13 und Abbildung A.18 im Anhang).

¹⁵⁷ Die Multikollinearitätsstatistik weist durchgängig niedrige Werte auf (siehe Tabelle A.14 im Anhang).

wahr. Einschätzungen der Wirtschaftslage sind demgegenüber unbedeutend, das gilt auch für die zukünftigen Szenarien.

Tabelle 26: Determinanten der Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden (OLS-Regressionen)

	Aktuell (allgemein)	Prospektiv (allgemein)	Prospektiv (spezifisch)
Alter			
36-59 Jahre	-0,05 ^c (-3,22)	-0,06 ^b (-2,61)	-0,04 (-1,89)
≥ 60 Jahre	-0,05 ^b (-2,82)	-0,06 ^a (-2,44)	-0,04 (-1,63)
Frau	0,03 ^b (2,78)	0,02 (1,30)	0,04 ^b (2,77)
Kinder	-0,01 (-0,63)	-0,01 (-0,27)	-0,02 (-1,11)
Ostdeutschland	0,01 (0,37)	-0,03 (-1,65)	-0,02 (-1,20)
Bildung	0,00 (0,05)	0,03 (1,36)	-0,03 (-1,41)
Sorgen im Hinblick auf die eigene finanzielle Altersabsicherung	0,05 ^a (2,47)	0,05 (1,88)	-0,01 (-0,49)
Allgemeine Wirtschaftslage (aktuell)	-0,01 (-0,34)	-0,06 (-1,18)	0,03 (0,78)
Allgemeine Wirtschaftslage (prospektiv)		0,05 (1,23)	0,01 (0,17)
Unzufriedenheit			
... mit der finanziellen Altersversorgung	-0,04 (-1,51)	0,04 (0,89)	0,05 (1,41)
... mit der Pflege im Alter	0,02 (0,83)	0,04 (1,03)	
... mit der Gesundheitspolitik	0,00 (0,11)	-0,01 (-0,30)	
... mit der Familienpolitik	0,09 ^c (3,25)	-0,01 (-0,36)	
... mit der Bildungspolitik	0,03 (1,24)	-0,00 (-0,10)	
Politisches Vertrauen	-0,11 ^b (-2,89)	-0,16 ^b (-2,91)	-0,14 ^b (-2,94)
Unzureichende Interessenvertretung Jüngerer	0,03 (1,39)	0,06 ^a (2,12)	0,01 (0,54)
Unzureichende Interessenvertretung Älterer	0,07 ^c (3,22)	0,06 ^a (2,14)	0,05 (1,57)
Ältere unterstützen Jüngere	-0,05 (-1,33)	-0,07 (-1,57)	-0,05 (-1,26)
Jüngere unterstützen Ältere	-0,03 (-0,85)	-0,05 (-1,11)	-0,15 ^c (-3,55)
Probleme durch demografischen Wandel		0,33 ^c (9,79)	0,25 ^c (7,64)
Ältere leben auf Kosten der Jüngeren	0,03 (1,68)	0,04 (1,64)	0,07 ^b (3,00)
Konstante	0,57 ^c (32,87)	0,59 ^c (33,27)	0,61 ^c (39,29)
Korrigiertes R ²	0,082	0,131	0,097
Fallzahl	3208	3133	3308

Anmerkungen: T-Statistik in Klammern. Signifikanzniveau: ^a: p≤0,05, ^b: p≤0,01, ^c: p≤0,001.

Die Einschätzung der Repräsentation der Interessen *Älterer* zeitigt Effekte bei den beiden Indikatoren der Perzeption allgemeiner Einstellungsunterschiede. Diese sind erwartungsgemäß positiv, d.h., eine schlechte Evaluation der Interessenvertretung bedingt eine erhöhte Wahrnehmung von Generationenunterschieden. Werden die Anliegen der *Jüngeren* als defizitär eingestuft, bedingt dies eine höhere Dissenswahrnehmung nur mit Blick auf prospektive, allgemeine Entwicklungen. Für intergenerationelle Hilfeleistungen liegt ein nennenswerter Befund vor: Werden Unterstützungsleistungen der Jüngeren für die Älteren wahrgenommen, wirkt sich das mindernd auf die Wahrnehmung eines intergenerationellen Dissens' in Rentenfragen aus. Schließlich gibt es Anzeichen dafür, dass die Wahrnehmung von intergenerationellen Differenzen unter Frauen etwas stärker ausgeprägt ist. Unterschiede zwischen Eltern und Kinderlosen, Ost- und Westdeutschen sowie verschiedenen Bildungsgruppen liegen nicht vor.

Mit diesen Ausführungen ist der erste multivariate Analyseschritt abgeschlossen. Für den Großteil der einbezogenen Prädiktoren konnten theoriekonforme Effekte nachgewiesen werden, die sich häufig auf eine oder zwei der abhängigen Variablen beschränkten. Hervorzuheben sind Effekte des politischen Vertrauens, von Evaluationen der altersspezifischen Interessenvertretung sowie der Bewertung der Konsequenzen des demografischen Wandels. Auch für das Lebensalter konnten Effekte nachgewiesen werden. Allerdings gilt auch hier, dass indirekte Alterseffekte in dieser Betrachtung unberücksichtigt blieben. Deren Untersuchung widmet sich der nächste Unterabschnitt in Form von Pfadanalysen.

4.4.3.2 Vermittelte Effekte des Alters auf die Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden

Nun geht es um die Identifizierung indirekter Alterseffekte mittels Pfadanalysen, um Einflüsse des Lebensalters detaillierter zu verstehen. Das Vorgehen ist dabei analog zum Prozedere bei wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen (Unterabschnitt 4.3.3.2): Auf der ersten Ebene werden außer dem Lebensalter¹⁵⁸ als exogener Variablen zusätzlich das Geschlecht und die Wohnregion verortet. Auf der zweiten Ebene werden die weiteren Prädiktoren aus den Regressionsanalysen (Tabelle 26) als intervenierende Variablen eingebracht. Es werden alle möglichen Pfade von einer Ebene zur nachgelagerten Ebene zugelassen. Bevor die relevanten intervenierenden Variablen näher inspiziert werden, erfolgt die Untersuchung der direkten, indirekten und totalen Alterseinflüsse.

In Tabelle 27 sind die in ihre verschiedenen Komponenten aufgeschlüsselten Alterseffekte abgetragen. Sie weisen alle ein negatives Vorzeichen auf und fallen bis auf zwei Ausnahmen statistisch signifikant aus. Dass die indirekten Alterseffekte durchgängig das gleiche Vorzeichen haben wie die totalen Effekte, verdeutlicht eine Unterschätzung des Alterseffekts in den einstufigen OLS-Regressionen. Ältere und Jüngere unterscheiden sich offenbar stärker in der Wahrnehmung von Einstellungsunterschieden als zunächst angenommen. Diese Unter-

¹⁵⁸ Wieder geht das Alter hier als lineares Merkmal ein, das recodiert wurde, so dass die Koeffizienten Veränderungen in der abhängigen Variablen bei einer Erhöhung des Alters um zehn Jahre beschreiben.

schätzung aufgrund der Nichtbeachtung gleichgerichteter vermittelter Effekte fällt statistisch signifikant aus, wenn es um zukünftige Interessengegensätze geht; 40 bzw. 50 Prozent der totalen Alterseffekte entfallen hier auf indirekte Wirkungsweisen. Der vergleichsweise stärkste indirekte Alterseffekt liegt bei der Wahrnehmung allgemeiner, prospektiver Einstellungsunterschiede vor. Er beschreibt eine Veränderung von etwas weniger als einer Zwanzigstel Skaleneinheit in der abhängigen Variablen bei einer Erhöhung des Alters um zehn Jahre. Übertragen auf einen Altersunterschied von 40 Jahren beträgt die Reduzierung ungefähr eine Sechstel Skaleneinheit. Bei der Perzeption allgemeiner, prospektiver Gegensätze ist auch der stärkste direkte Alterseffekt zu beobachten, dieser entspricht einer Veränderung von einer Fünfzehntel Skaleneinheit.

Tabelle 27: Totale, direkte und indirekte Alterseffekte auf die Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden (Pfadmodelle)

	Aktuell (allgemein)	Prospektiv (allgemein)	Prospektiv (spezifisch)
Totaler Alterseffekt	-0,020 ^c (-5,71)	-0,028 ^c (-5,97)	-0,016 ^c (-3,74)
Direkter Alterseffekt	-0,015 ^c (-3,62)	-0,017 ^b (-2,81)	-0,008 (-1,42)
Indirekter Alterseffekt	-0,005 (-1,73)	-0,011 ^b (-2,59)	-0,008 ^a (-2,02)

Anmerkungen: T-Statistik in Klammern. Signifikanzniveau: ^a: $p \leq 0,05$, ^b: $p \leq 0,01$, ^c: $p \leq 0,001$.

Welche intervenierenden Variablen sind an der Vermittlung von Alterseffekten beteiligt? Die Pfadanalysen legen nahe, dass das Alter indirekt insbesondere über drei Variablen Einfluss auf die Wahrnehmung von Einstellungsunterschieden nimmt (Tabelle 28)¹⁵⁹: Zum einen über die beiden Indikatoren, die die Evaluation altersspezifischer Interessenvertretungen messen, zum anderen über die wahrgenommene Belastung der Jüngeren durch die Älteren. Der vergleichsweise stärkste indirekte Effekt besteht mit Blick auf einen Dissens in der Rente. Der bereits negative direkte Alterseffekt wird dadurch verstärkt, dass Ältere den finanziellen Ballast für die Jüngeren geringer einschätzen als die Jüngeren selbst, wodurch ihre Wahrnehmung von Einstellungsunterschieden weiter gemindert wird; der Altersunterschied vergrößert sich dadurch. Bei den indirekten Effekten, die über die Evaluation der Interessenrepräsentation verlaufen, ist deren Richtung abhängig davon, ob die Interessen Jüngerer oder Älterer intervenieren. Das liegt an dem bereits bekannten Umstand, dass die Zusammenhänge zwischen dem Lebensalter und der Bewertung der Interessenvertretung unterschiedlich ausfallen: Mit steigendem Alter wird die Interessenvertretung der Jüngeren etwas besser, die der Älteren hingegen etwas schlechter beurteilt. Beide Prädiktoren haben ihrerseits einen gleichgerichteten Effekt auf die abhängige Variable (Tabelle 26). Der negative direkte Alterseffekt wird daher verstärkt, wenn die Interessenrepräsentation der Jüngeren als Mediatorvariable einbezogen wird, aber leicht abgeschwächt, wenn die Interessen der Älteren intervenieren.

¹⁵⁹ Die Summen der indirekten Alterseffekte sind niedriger als die Höhe der in Tabelle 27 abgetragenen gesamten indirekten Effekt und tragen z.T. nicht das entsprechende Vorzeichen. Grund dafür ist, dass die Einzelpfade vielfach zu gering sind und das Kriterium statistischer Signifikanz verfehlen.

Tabelle 28: Statistisch signifikante indirekte Alterseffekte auf die Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden (Pfadmodelle)

	Aktuell (allgemein)	Prospektiv (allgemein)	Prospektiv (spezifisch)
Alterseffekt via...			
Unzureichende Interessenvertretung Jüngerer		-0,001 ^a (-2,02)	
Unzureichende Interessenvertretung Älterer	0,002 ^b (2,85)	0,001 ^a (2,06)	
Ältere leben auf Kosten Jüngerer			-0,004 ^b (-2,99)

Anmerkungen: Siehe Tabelle 27.

4.4.3.3 Altersspezifische Determinanten der Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden

In diesem Unterabschnitt werden die abschließenden Analysen zu den Wahrnehmungen intergenerationeller Einstellungsunterschiede vorgestellt. Dabei geht es um die Identifikation altersspezifischer Determinanten, worüber bislang keinerlei Erkenntnisse vorliegen. Der Blickwinkel auf den Untersuchungsgegenstand ist etwas anders als im vorangegangenen Unterabschnitt. Im Gegensatz zu einem konkreteren Verständnis darüber, wie das Alter Wahrnehmungen formt, geht es im Folgenden darum, die Altersabhängigkeit einzelner Effekte zu identifizieren. Die empirische Vorgehensweise ist analog zu der in Unterabschnitt 4.3.3.3.

Wahrnehmung intergenerationeller Einstellungsunterschiede – allgemein aktuell. Die Betrachtung startet mit den altersspezifischen Faktoren, die die Wahrnehmung aktueller Interessengegensätze begünstigen oder hemmen (Tabelle 29). Die inkludierten Prädiktoren sind etwas besser dazu geeignet, die Einstellungen Älterer zu erklären; mit fast zehn Prozent beträgt der Abstand zum Modell für die Jüngerer ungefähr vier Prozentpunkte. Unter den Älteren gibt es zwei statistisch signifikante Einflussfaktoren: Diejenigen, die sich für ihr Alter schlecht abgesichert fühlen, bemerken stärkere Gegensätze zwischen Älteren und Jüngerer. Das Gegenteil trifft auf Ältere mit einem hohen politischen Vertrauen zu. Bei den Jüngerer sind andere Merkmale entscheidend für die Dissenswahrnehmung: Frauen, Kinderlose, mit der Familienpolitik Unzufriedene sowie diejenigen, die die Interessenvertretung ihrer Altersgruppe als unzureichend einstufen, sehen mehr Gegensätze.

Trotz dieser auf den ersten Blick recht unterschiedlichen Ergebnisse für beide Altersgruppen zeigt ein Blick in die rechte Spalte, dass die Differenz in diesen Effekten zwischen Jüngerer und Älteren nicht statistisch signifikant ausfällt. Lediglich in der Konstanten differieren die Altersgruppen.¹⁶⁰ Im Vergleich zu den Ergebnissen in Tabelle 26, in denen altersübergreifende Determinanten ermittelt wurden, ermöglicht die separate Betrachtung einige aufschlussreiche Beobachtungen. Deutlich wird, dass einige der Merkmale nur unter den Älteren Wahrnehmungen verändern und demgegenüber unter Jüngerer keinerlei Relevanz haben.

¹⁶⁰ Wie bereits erläutert, ergibt sich die Höhe der Konstante durch die Festsetzung der unabhängigen Variablen auf bestimmte Werte. Wenn der Parameter Elternschaft geändert wird und Kinderlose statt Eltern als Referenz herangezogen werden, verändern sich folglich die Erwartungswerte. In diesem Fall verfehlt die Differenz das Kriterium statistischer Signifikanz. Einer Konstanten von 0,53 unter den Jüngerer steht dann ein Wert von 0,49 unter den Älteren gegenüber.

Das gilt erstens für die geäußerten Sorgen im Hinblick auf die eigene Altersabsicherung und zweitens für das politische Vertrauen. Zwei andere Effekte, die in der Gesamtbetrachtung nicht observiert wurden – Elternschaft sowie die Evaluation der Interessenrepräsentation Jüngerer – treten hingegen nur bei den Jüngeren hervor.

Tabelle 29: Altersspezifische Determinanten der Wahrnehmung von allgemeinen aktuellen intergenerationellen Einstellungsunterschieden (OLS-Regressionen)

	18-35 Jahre	≥ 60 Jahre	Differenz: Jüngere-Ältere
Frau	0,05 ^b (2,75)	0,03 (1,31)	0,02 (0,63)
Kinder	-0,05 ^a (-2,21)	-0,01 (-0,36)	-0,04 (-0,99)
Ostdeutschland	-0,00 (-0,21)	0,01 (0,36)	-0,01 (-0,42)
Bildung	-0,03 (-1,13)	-0,01 (-0,35)	-0,02 (-0,67)
Sorgen im Hinblick auf die eigene finanzielle Altersabsicherung	-0,01 (-0,25)	0,08 ^a (2,00)	-0,09 (-1,78)
Allgemeine Wirtschaftslage (aktuell)	0,01 (0,16)	0,00 (0,05)	0,01 (0,06)
Unzufriedenheit			
... mit der finanziellen Altersversorgung	-0,05 (-1,16)	-0,00 (-0,03)	-0,05 (-0,74)
... mit der Pflege im Alter	-0,03 (-0,85)	0,02 (0,41)	-0,05 (-0,83)
... mit der Gesundheitspolitik	-0,01 (-0,42)	0,01 (0,22)	-0,02 (-0,41)
... mit der Familienpolitik	0,11 ^b (2,89)	0,10 (1,90)	0,01 (0,02)
... mit der Bildungspolitik	0,00 (0,08)	0,03 (0,65)	-0,03 (-0,48)
Politisches Vertrauen	-0,04 (-0,58)	-0,20 ^b (-2,64)	0,16 (1,68)
Unzureichende Interessenvertretung Jüngerer	0,09 ^b (2,72)	-0,00 (-0,01)	0,09 (1,76)
Unzureichende Interessenvertretung Älterer	0,01 (0,17)	0,08 (1,79)	-0,07 (-1,20)
Ältere unterstützen Jüngere	-0,08 (-1,45)	-0,04 (-0,57)	-0,04 (-0,44)
Jüngere unterstützen Ältere	-0,01 (-0,10)	-0,04 (-0,58)	0,03 (0,43)
Ältere leben auf Kosten der Jüngeren	0,01 (0,20)	0,03 (0,86)	-0,02 (-0,61)
Konstante	0,57 ^c (44,16)	0,50 ^c (16,94)	0,07 ^a (2,23)
Korrigiertes R ²	0,055	0,097	-0,042
Fallzahl	952	1125	

Anmerkungen: Siehe Tabelle 26.

Wahrnehmung intergenerationaler Einstellungsunterschiede – allgemein prospektiv. Die Prädiktoren der Wahrnehmung zukünftiger, allgemeiner intergenerationaler Einstellungsunterschiede sind in Tabelle 30 abgetragen. Die Varianzaufklärung ist hier in beiden Altersgruppen ähnlich und mit 13 bzw. 14 Prozent höher als bei der Erklärung perzipierter *aktueller* Interessengegensätze (Tabelle 29). Bei den Älteren gibt es zwei statistisch signifikante Determinanten: Diejenigen, die erwarten, dass sich die wirtschaftliche Lage schlecht entwickelt,

glauben eher, dass es zu Differenzen zwischen Jüngeren und Älteren kommt. Ein gleichgerichteter, ähnlich starker Effekt existiert für Ältere, die die Bevölkerungsalterung als problematisch erachten. Unter den Jüngeren gibt es drei nennenswerte Prädiktoren: So wie bei aktuellen Einstellungsunterschieden erhöhen Unzufriedenheitsbekundungen im Bereich der Familienpolitik und die Einschätzung der Interessenrepräsentation Jüngerer als defizitär die Wahrnehmung prospektiver allgemeiner Differenzen. Darüber hinaus nehmen Jüngere Generationendifferenzen in gleicher Weise wie die Älteren stärker wahr, wenn sie der Meinung sind, dass der demografische Wandel Probleme erzeugt.

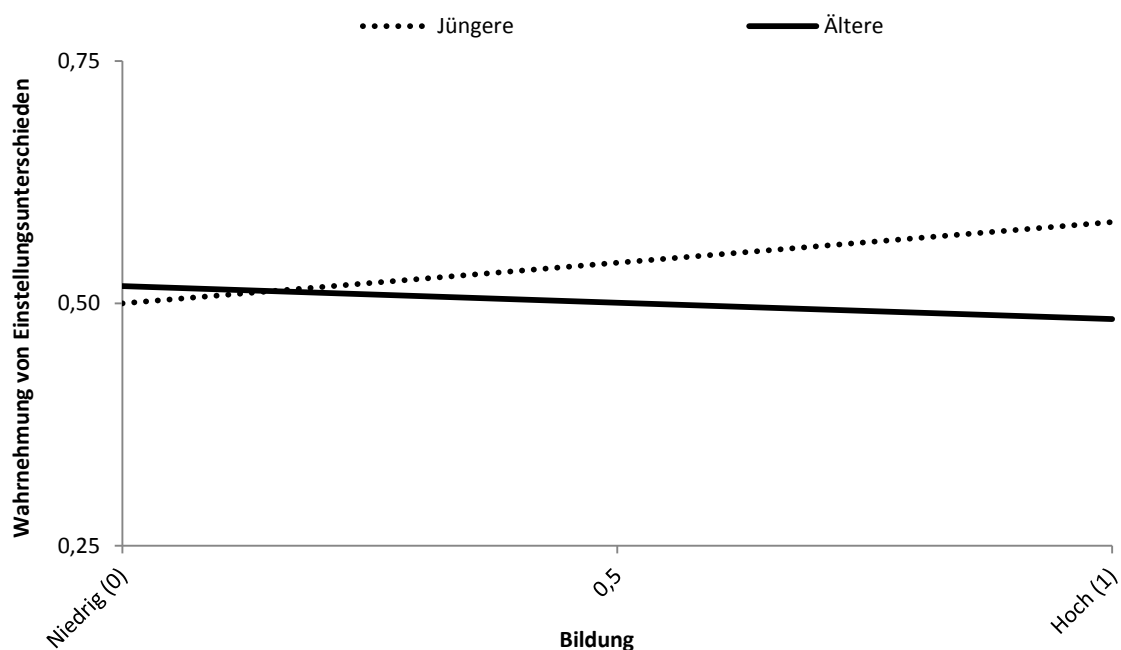
Tabelle 30: Altersspezifische Determinanten der Wahrnehmung von allgemeinen prospektiven intergenerationellen Einstellungsunterschieden (OLS-Regressionen)

	18-35 Jahre	≥ 60 Jahre	Differenz: Jüngere-Ältere
Frau	0,04 (1,50)	-0,01 (-0,47)	0,05 (1,34)
Kinder	-0,03 (-0,84)	-0,06 (-1,72)	0,03 (0,81)
Ostdeutschland	-0,02 (-0,70)	-0,04 (-0,93)	0,02 (0,35)
Bildung	0,08 (1,79)	-0,03 (-1,15)	0,11 ^a (2,12)
Sorgen im Hinblick auf die eigene finanzielle Altersabsicherung	0,02 (0,38)	0,08 (1,62)	-0,06 (-0,94)
Allgemeine Wirtschaftslage (aktuell)	-0,01 (-0,12)	-0,05 (-0,61)	0,04 (0,36)
Allgemeine Wirtschaftslage (prospektiv)	0,02 (0,32)	0,23 ^c (3,49)	-0,21 ^a (-2,19)
Unzufriedenheit			
... mit der finanziellen Altersversorgung	0,04 (0,51)	0,07 (1,09)	-0,03 (-0,36)
... mit der Pflege im Alter	0,01 (0,14)	0,01 (0,16)	-0,00 (-0,03)
... mit der Gesundheitspolitik	0,02 (0,30)	-0,02 (-0,26)	0,04 (0,39)
... mit der Familienpolitik	0,15 ^a (2,31)	-0,07 (-1,07)	0,22 ^a (2,38)
... mit der Bildungspolitik	-0,03 (-0,49)	-0,00 (-0,01)	-0,03 (-0,35)
Politisches Vertrauen	-0,15 (-1,59)	-0,15 (-1,68)	0,00 (0,02)
Unzureichende Interessenvertretung Jüngerer	0,12 ^b (2,62)	0,03 (0,67)	0,09 (1,37)
Unzureichende Interessenvertretung Älterer	0,07 (1,40)	0,08 (1,77)	-0,01 (-0,19)
Ältere unterstützen Jüngere	-0,07 (-0,95)	-0,03 (-0,38)	-0,04 (-0,35)
Jüngere unterstützen Ältere	-0,03 (-0,46)	-0,06 (-0,63)	0,03 (0,24)
Probleme durch demografischen Wandel	0,29 ^c (5,43)	0,24 ^c (3,95)	0,05 (0,70)
Ältere leben auf Kosten der Jüngeren	0,06 (1,41)	-0,02 (-0,30)	0,08 (1,17)
Konstante	0,61 ^c (32,58)	0,54 ^c (15,06)	0,07 ^c (1,53)
Korrigiertes R ²	0,134	0,122	0,012
Fallzahl	935	1089	

Anmerkungen: Siehe Tabelle 26.

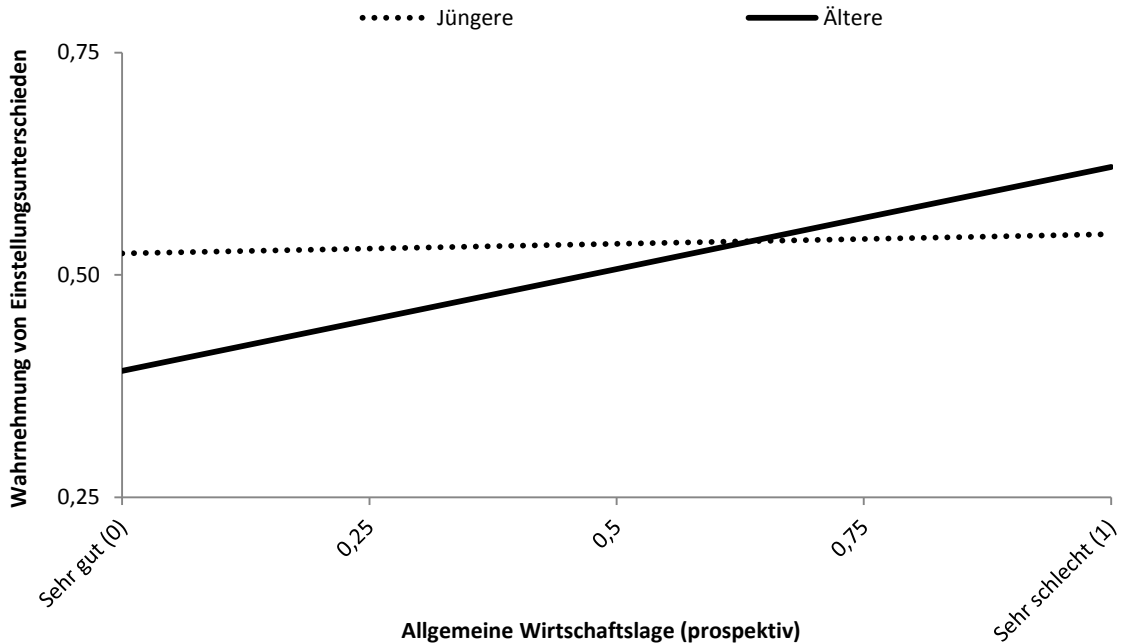
In der rechten Spalte sind drei altersspezifische Determinanten erkennbar. Obwohl der positive Bildungseffekt unter Jüngeren nicht statistisch signifikant ausfällt, trifft dies auf die Differenz zum negativen, ebenfalls nicht signifikanten Effekt unter den Älteren zu. Des Weiteren sind Einschätzungen der zukünftigen Wirtschaftslage nur bei den Älteren wirksam, darin unterscheiden sie sich von den Jüngeren. Die Bewertung der wohlfahrtsstaatlichen Performanz im Bereich der Familienpolitik wiederum ist für die Wahrnehmung Älterer irrelevant, hat aber Gewicht für die Jüngeren. In Abbildung 17 sind die gegenläufigen Bildungseffekte grafisch veranschaulicht. Während die Wahrnehmung von Einstellungsunterschieden unter Jüngeren mit zunehmender Bildung steigt – der Anstieg über alle Bildungsgruppen hinweg entspricht ungefähr einer Drittel Skaleneinheit – ist unter den Älteren keine Tendenz auszumachen. Dies kann als Hinweis auf ein etwas ausgeprägtes Problembewusstsein unter formal höher gebildeten Jüngeren verstanden werden. Abbildung A.19 im Anhang ist zu entnehmen, dass der altersspezifische Unterschied von 0,4 Skaleneinheiten unter den hoch Gebildeten statistisch signifikant ausfällt; das entspricht rund 45 Prozent der Jüngeren, aber nur 15 Prozent der Älteren.

Abbildung 17: Wahrnehmung von prospektiven intergenerationellen Einstellungsunterschieden (allgemein) nach Bildung



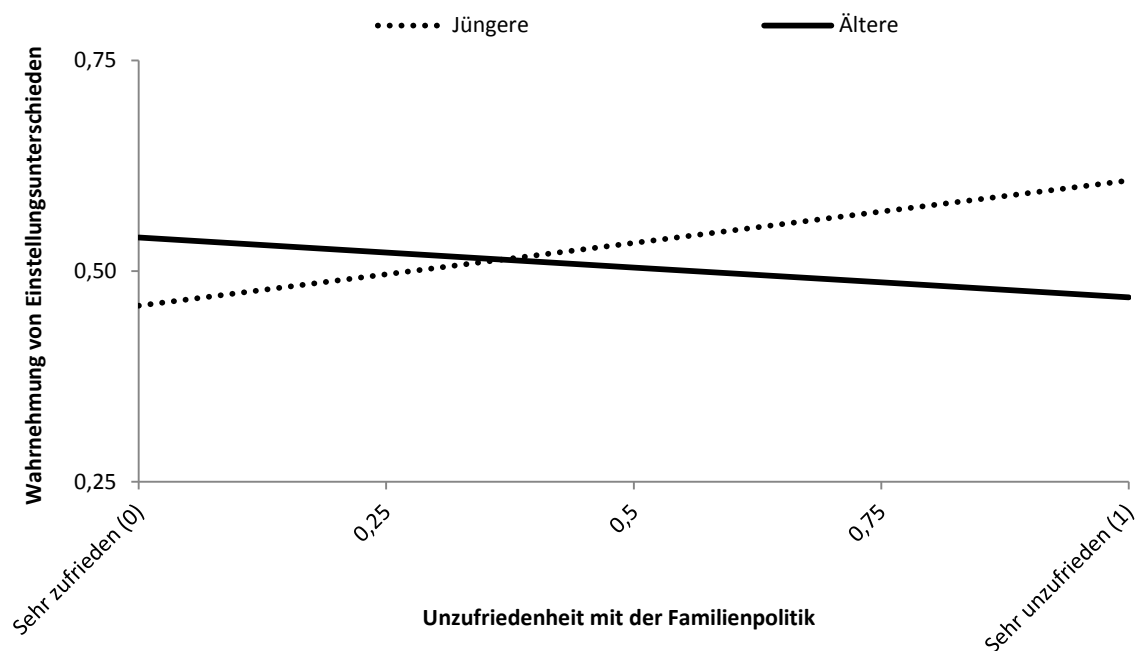
Die altersspezifischen Unterschiede im von Wirtschaftsperzeptionen ausgehenden Effekt sind in Abbildung 18 ersichtlich. Während unter Älteren ein deutlich positiver Effekt beobachtet wird, ist die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage unter den Jüngeren keine entscheidende Erklärungsgröße, ihre Erwartungswerte liegen recht stabil knapp über der Skalenmitte. Die Zunahme in der Dissensperzeption unter den Älteren erstreckt sich über die gesamte Schwankungsbreite der unabhängigen Variablen über fast eine Skaleneinheit. Statistisch signifikant sind die Altersunterschiede bei Personen, die die zukünftige Wirtschaftslage sehr gut einschätzen (Abbildung A.20 im Anhang), dies trifft auf weniger als zwei Prozent in beiden Altersgruppen zu.

Abbildung 18: Wahrnehmung von prospektiven intergenerationellen Einstellungsunterschieden (allgemein) nach Wahrnehmung der allgemeinen Wirtschaftslage (prospektiv)



In Abbildung 19 schließlich sind die altersspezifischen Verläufe für den Effekt abgetragen, der von der Bewertung der Familienpolitik ausgeht. Die Effekte sind gegenläufig und nur im Fall der Jüngeren statistisch signifikant. Über die Unzufriedenheitsvariable hinweg ist bei den Jüngeren ein Zuwachs von 0,6 Skaleneinheiten zu beobachten. Bei den Älteren hingegen gibt es nur moderate Unterschiede, ihre Erwartungswerte liegen relativ nahe bei der Skalenmitte. Dass die Bewertung der Familienpolitik nur unter den Jüngeren Einfluss auf ihre Wahrnehmung von Einstellungsunterschieden nimmt, liegt vermutlich darin begründet, dass dieses Politikfeld für sie eine höhere Relevanz hat. Womöglich wird ein harmonisches, zukünftiges intergenerationelles Miteinander als umso unwahrscheinlicher erachtet, wenn keine Verbesserungen in der Familienpolitik angestrebt (und umgesetzt) werden, den Interessen Jüngerer also keine besondere Aufmerksamkeit zukommt. Abbildung A.21 im Anhang ist zu entnehmen, dass sich Jüngere und Ältere statistisch signifikant voneinander unterscheiden, wenn sie eher oder sehr unzufrieden mit der Familienpolitik sind. Dies trifft in beiden Altersgruppen auf ungefähr jeden Dritten zu. Das wohl interessanteste Ergebnis aus dem Vergleich der altersspezifischen mit den altersübergreifenden Determinanten aus Tabelle 26 ist, dass alle Effekte, in denen sich Alt und Jung unterscheiden, erst durch die Separierung zu Tage treten und in der Gesamtschau zu vernachlässigen waren.

Abbildung 19: Wahrnehmung von prospektiven intergenerationellen Einstellungsunterschieden (allgemein) nach Unzufriedenheit mit der Familienpolitik



Wahrnehmung intergenerationeller Einstellungsunterschiede – spezifisch prospektiv. In Tabelle 31 werden die Ergebnisse zur Wahrnehmung aufkommender Unterschiede in der Rente berichtet. Die Varianzaufklärung ist für beide Altersgruppen ähnlich und zudem in der gleichen Größenordnung wie bei der Wahrnehmung allgemeiner, prospektiver Einstellungsunterschiede.

Unter den Älteren gibt es vier statistisch signifikante Einflussfaktoren: Ein höherer formaler Bildungsgrad mindert die Wahrnehmung von Alt-Jung-Unterschieden. Das gleiche gilt für diejenigen, die mit der finanziellen Altersversorgung sehr unzufrieden sind; ein kontraintuitives Ergebnis. Des Weiteren gilt, dass die Antizipation einer problematischen demografischen Entwicklung die Perzeption von Einstellungsunterschieden erhöht. Was sie wiederum deutlich reduziert, ist die Feststellung, dass die jüngere Generation die ältere in starkem Maße unterstützt. Die relevanten Prädiktoren der Jüngeren weisen mit denen der Älteren nur eine Gemeinsamkeit auf: Auch für sie gilt, dass die Erwartung großer Probleme aufgrund der Bevölkerungsalterung mit der stärkeren Perzeption intergenerationeller Differenzen einhergeht. Zudem nehmen jüngere Frauen Generationenunterschiede stärker wahr als gleichaltrige Männer. Das gleiche gilt für Jüngere, die ihrer Generation eine starke finanzielle Belastung attestieren. Zwei Merkmale wiederum mindern die Wahrnehmung von Alt-Jung-Unterschieden in dieser Altersgruppe. Zum einen trifft dies auf diejenigen mit hohem politischem Vertrauen zu, zum anderen auf jene, die der Meinung sind, dass die Älteren die Jüngeren unterstützen.

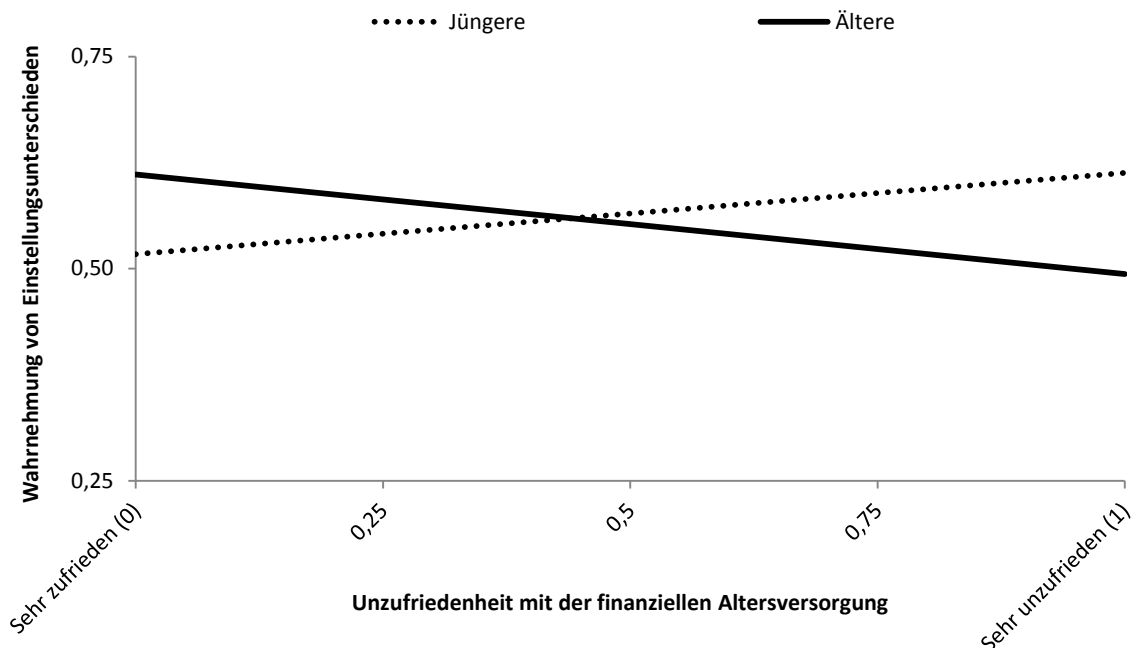
Tabelle 31: Altersspezifische Determinanten der Wahrnehmung von spezifischen prospektiven intergenerationellen Einstellungsunterschieden (OLS-Regressionen)

	18-35 Jahre	≥ 60 Jahre	Differenz: Jüngere-Ältere
Frau	0,06 ^a (2,36)	0,05 (1,79)	0,01 (0,36)
Kinder	-0,02 (-0,69)	-0,04 (-1,11)	0,02 (0,37)
Ostdeutschland	-0,00 (-0,06)	-0,04 (-1,35)	0,04 (0,99)
Bildung	-0,05 (-1,17)	-0,06 ^b (-2,57)	0,01 (0,31)
Sorgen im Hinblick auf die eigene finanzielle Altersabsicherung	-0,01 (-0,32)	0,03 (0,71)	-0,04 (-0,74)
Allgemeine Wirtschaftslage (aktuell)	0,03 (0,46)	0,10 (1,55)	-0,07 (-0,74)
Allgemeine Wirtschaftslage (prospektiv)	0,02 (0,34)	0,06 (0,96)	-0,04 (-0,41)
Unzufriedenheit mit der finanziellen Altersversorgung	0,10 (1,71)	-0,12 ^a (-2,21)	0,22 ^b (2,76)
Politisches Vertrauen	-0,17 ^a (-2,08)	-0,14 (-1,79)	-0,03 (-0,21)
Unzureichende Interessenvertretung Jüngerer	0,06 (1,33)	0,04 (1,07)	0,02 (0,31)
Unzureichende Interessenvertretung Älterer	0,04 (0,70)	0,07 (1,77)	-0,03 (-0,51)
Ältere unterstützen Jüngere	-0,18 ^a (-2,52)	0,00 (0,03)	-0,18 (-1,87)
Jüngere unterstützen Ältere	-0,02 (-0,29)	-0,35 ^c (-4,60)	0,33 ^c (3,55)
Probleme durch demografischen Wandel	0,26 ^c (4,88)	0,15 ^b (2,91)	0,11 (1,52)
Ältere leben auf Kosten der Jüngeren	0,09 ^a (2,37)	-0,02 (-0,50)	0,11 ^a (1,98)
Konstante	0,59 ^c (33,82)	0,55 ^c (16,67)	0,04 (1,08)
Korrigiertes R ²	0,128	0,137	-0,009
Fallzahl	995	1161	

Anmerkungen: Siehe Tabelle 26.

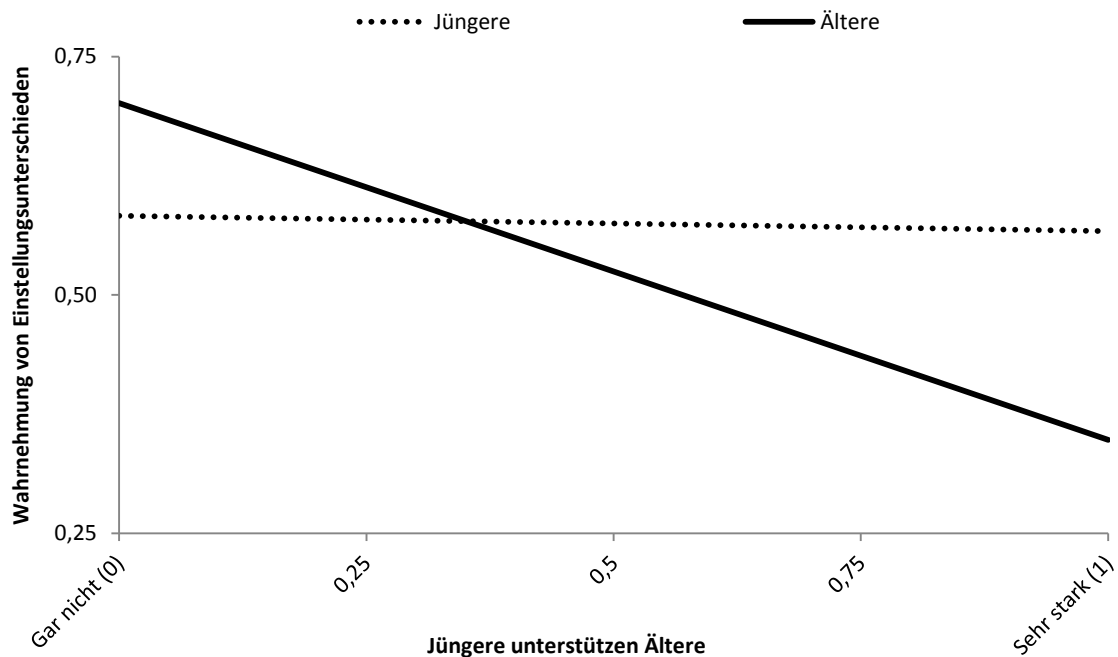
Drei altersspezifische Determinanten können ausgemacht werden. Erstens zeitigt die Unzufriedenheit mit der finanziellen Altersversorgung gegensätzliche Wirkungen in den Altersgruppen (Abbildung 20). Die Richtung des statistisch nicht signifikanten Effekts ist unter den Jüngeren im Einklang mit der Vermutung, dass eine hohe Unzufriedenheit mit der verstärkten Wahrnehmung von intergenerationellen Unterschieden einhergeht. Bei den Älteren fällt der Effekt, wie erwähnt, substantiell und aus unbekanntem Gründen gegenteilig, d.h. negativ aus. Die Abnahme in der abhängigen Variablen beträgt über die gesamte Schwankungsbreite der Unzufriedenheitsvariablen knapp eine halbe Skaleneinheit. Die Unterschiede zwischen Älteren und Jüngeren sind statistisch signifikant für diejenigen, die sehr unzufrieden mit dem Stand der Dinge sind (Abbildung A.22 im Anhang). Dies entspricht ungefähr 15 Prozent unter den Älteren und 18 Prozent bei den Jüngeren.

Abbildung 20: Wahrnehmung von prospektiven intergenerationellen Einstellungsunterschieden (spezifisch) nach Unzufriedenheit mit der finanziellen Altersversorgung



Die zweite Determinante, die in den Altersgruppen unterschiedliche Konsequenzen nach sich zieht, ist die Bewertung der intergenerationellen Beziehungen. Die Wahrnehmung, dass die Jüngeren den Älteren helfen, hat nur unter den Älteren den erwarteten Effekt (Abbildung 21). Die Differenz von denen, die keine Unterstützung wahrnehmen zu denen, die umfassende Hilfeleistungen erkennen, beträgt 1,4 Skaleneinheiten in der abhängigen Variablen. Bei den Jüngeren hingegen ist es für die wahrgenommene Wahrscheinlichkeit von Einstellungsunterschieden in der Rente vollkommen irrelevant, ob die eigene Altersgruppe den Älteren unter die Arme greift oder nicht. Abbildung A.23 im Anhang ist die Information zu entnehmen, dass sich Ältere und Jüngere in drei Ausprägungen der unabhängigen Variablen signifikant voneinander unterscheiden. Dies trifft einerseits auf diejenigen zu, die keinerlei Unterstützung beobachten und andererseits auf diejenigen, die starke oder sehr starke intergenerationelle Hilfeleistungen erkennen. Unter denen, die einen sehr umfassenden Beistand erkennen, ist die Wahrnehmung von Unterschieden unter den Älteren wesentlich geringer ausgeprägt als unter den Jüngeren; der Abstand beträgt fast eine Skaleneinheit. In den beiden anderen Kategorien sind die Unterschiede jeweils ungefähr halb so groß. Mit Blick auf die entsprechenden Anteile ist zu ergänzen, dass sich ca. 18 Prozent der Älteren und 20 Prozent der Jüngeren voneinander unterscheiden. Davon entfällt die deutliche Mehrheit auf Personen, die intergenerationelle Hilfen bemerken. Nur jeweils unter drei Prozent in beiden Altersgruppen gibt an, keine Unterstützung der Älteren durch die Jüngeren festzustellen.

Abbildung 21: Wahrnehmung von prospektiven intergenerationellen Einstellungsunterschieden (spezifisch) nach wahrgenommener Unterstützung Älterer durch die Jüngeren

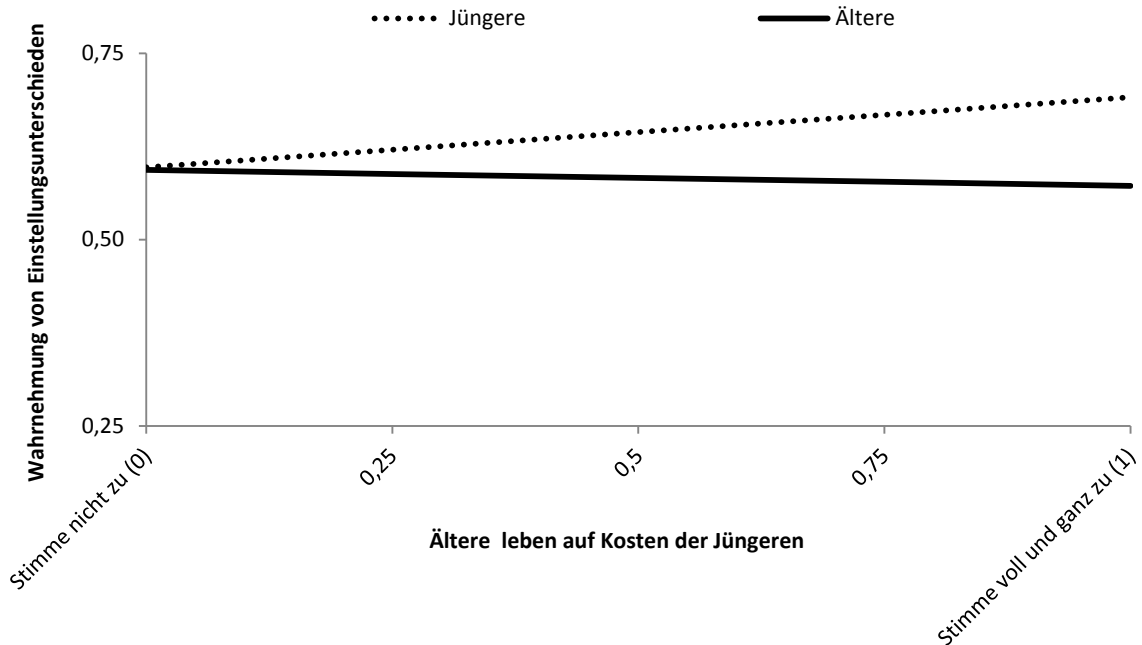


In diesem Zusammenhang ist ein weiteres Ergebnis bemerkenswert: Während – wie soeben gezeigt – die Wahrnehmung von Einstellungsunterschieden unter den Älteren reduziert ist, wenn sie das Gefühl haben, Unterstützung von den Jüngeren zu erfahren, ist für die Jüngeren einstellungsrelevant, ob ihre eigene Altersgruppe Unterstützung durch die Älteren erfährt. Das Verlaufsmuster ist also spiegelverkehrt. Hingegen unerheblich ist für beide Seiten, ob die eigene Altersgruppe die jeweils andere unterstützt. Offenbar bewirkt die Wahrnehmung intergenerationaler Unterstützungsleistungen nur dann eine Wahrnehmungsänderung, wenn die jeweils andere Altersgruppe der eigenen Hilfe zuteil kommen lässt. Dies könnte ein Hinweis auf eine andere Lageeinschätzung sein, in der das Potenzial zur Veränderung v.a. bei der jeweils anderen Altersgruppe gesehen wird. Inwieweit einseitige Schuldzuweisungen, die relative Hilflosigkeit der eigenen Altersgruppe oder eine nur schwache Bereitschaft, selbst in Aktion zu treten damit womöglich in einem Zusammenhang stehen, kann anhand der verfügbaren Informationen nicht geklärt werden.

Der dritte Prädiktor, der in Abhängigkeit des Alters unterschiedliche Auswirkungen auf einen Dissens in der Rente hat, ist die Bewertung der finanziellen Belastung der Jüngeren durch die Mitfinanzierung der Älteren. Der erwartete Effekt tritt nur unter den Jüngeren auf, bei den Älteren ist dieses Merkmal unbedeutend (Abbildung 22). Vermutlich schlägt sich hier die stärkere Betroffenheit der Jüngeren nieder, die im Gegensatz zu den Älteren mehrheitlich Beiträge für die jeweils andere Altersgruppe zu entrichten haben. Die Erwartungswerte von Jüngeren und Älteren differieren statistisch signifikant unter denen, die eine Zustimmung von

0,75 oder stärker aufweisen (Abbildung A.24 im Anhang). Dies trifft auf 15 Prozent der Älteren und sogar 38 Prozent der Jüngeren zu.

Abbildung 22: Wahrnehmung von prospektiven intergenerationellen Einstellungsunterschieden (spezifisch) nach wahrgenommener Belastung Jüngerer durch die Älteren



Zum Schluss erfolgt der Vergleich dieser Befunde mit den altersübergreifenden Ergebnissen aus Tabelle 26. Die separate Betrachtung führt zu der Erkenntnis, dass bereits bekannte Effekte nur in einer der beiden Altersgruppen bestehen und demgegenüber für die Entstehung von Wahrnehmungen in der jeweils anderen Altersgruppe keine Bedeutung haben. Dies gilt für die Unterstützungsleistung der Jüngeren für die Älteren sowie für die wahrgenommene finanzielle Belastung Jüngerer. Zudem erbringen die getrennten Modelle Nachweise für Einflussfaktoren, die in der altersübergreifenden Analyse nicht offenkundig wurden. Dies gilt für den Bildungseffekt (der nur bei den Älteren auftritt), die gegenläufigen Effekte von Unzufriedenheitsbekundungen und schließlich für den Einfluss von wahrgenommenen Unterstützungsleistungen, die von der älteren für die jüngere Generation erbracht werden.

Tabelle 32 bietet einen Überblick über die in diesem Unterabschnitt identifizierten altersspezifischen Determinanten. Mit Blick auf aktuelle Interessengegensätze wurden keine nennenswerten Differenzen in den Einflussstärken der verschiedenen Faktoren beobachtet. Bei prospektiven intergenerationellen Unterschieden hingegen konnte gezeigt werden, dass die Einstellungsbildung von Älteren und Jüngeren in gewissem Maße differiert. Dass bei Älteren und Jüngeren einige Faktoren unterschiedlich bedeutsam für die Einschätzung zukünftiger Szenarien sind, dies aber bei *aktuellen* Interessengegensätzen nicht der Fall ist, ist womöglich im Zusammenhang damit zu sehen, dass Jüngere erwartungsgemäß stärker von problematischen Tendenzen betroffen sein könnten als Ältere. Ausgeschlossen werden kann allerdings nicht, dass diese Befunde (auch) das Resultat verschiedener Bezüge in den abhängi-

gen Variablen sind. Wie in Abschnitt 3.3.1 ausgeführt, werden mit den beiden Formulierungen, die die Zukunft betreffen, konfliktäre Tendenzen abgefragt. Im Gegensatz dazu geht es bei der Frage mit aktuellem Zeitbezug um die Beobachtung von Interessengegensätzen, wobei offen ist, ob diese als konfliktär erlebt werden oder nicht.

Tabelle 32: Übersicht über die zwischen Jüngeren und Älteren differierenden Determinanten der Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden

	Aktuell (allgemein)	Prospektiv (allgemein)	Prospektiv (spezifisch)
Bildung		Jung: 0,08 Alt: -0,03	
Allgemeine Wirtschaftslage (prospektiv)		Jung: 0,02 Alt: 0,23 ^c	
Unzufriedenheit mit der finanziellen Altersversorgung			Jung: 0,10 Alt: -0,12 ^a
Unzufriedenheit mit der Familienpolitik		Jung: 0,15 ^a Alt: -0,07	
Jüngere unterstützen Ältere			Jung: -0,02 Alt: -0,35 ^c
Ältere leben auf Kosten der Jüngeren			Jung: 0,09 ^a Alt: -0,02

Anmerkungen: Ergebnisse sind aus den Tabellen 29 bis 31 entnommen. Signifikanzniveau: ^a: $p \leq 0,05$, ^b: $p \leq 0,01$, ^c: $p \leq 0,001$.

4.4.4 Zusammenfassung

In diesem Unterkapitel erfolgte die Untersuchung der Perzeption von intergenerationellen Einstellungsunterschieden. In der univariaten Betrachtung (Abschnitt 4.4.1) wird ein recht hohes Ausmaß von erlebten Einstellungsunterschieden deutlich. Dieses fällt höher aus, wenn die Rententhematik im Vordergrund steht. Der Eindruck der weitverbreiteten Perzeption von Generationendifferenzen relativiert sich in gewisser Hinsicht, wenn diese in Relation zur Wahrnehmung gegenwärtiger Interessengegensätze zwischen anderen sozialen Gruppen gesetzt wird: Die Wahrnehmung von Alt-Jung-Unterschieden ist weniger verbreitet als z.B. Unstimmigkeiten zwischen Arm und Reich oder politisch links und rechts stehenden Personen, die eindeutig die Spitzenpositionen belegen.

Vorbereitend zur multivariaten Analyse (Abschnitt 4.4.3) wurden bivariate Ergebnisse berichtet (Abschnitt 4.4.2). Diesen zufolge ist die Sicht der Älteren auf gesellschaftliche Unterschiede im Allgemeinen und Alt-Jung-Gegensätze im Besonderen etwas entspannter als die der Jüngeren. Personen mittleren Alters liegen mit ihren Antworten dazwischen. Besonders hoch sind die altersabhängigen Variationen allerdings nicht. Darüber hinaus zeigt sich, dass keine der Altersgruppen dem Alt-Jung-Gegensatz im Vergleich zu anderen Gruppengegensätzen eine besondere Relevanz zuschreibt: In allen Altersgruppen nehmen die bereits genannten Unterschiede zwischen Arm und Reich sowie Links und Rechts einen herausragenden Stellenwert ein. Die Zusammenhänge zwischen den Wahrnehmungsindikatoren und weiteren Einflussfaktoren sind fast alle theoriekonform, bis auf Ausnahmen statistisch signifikant und eher schwach.

Ergebnisse aus einstufigen OLS-Regressionen (Unterabschnitt 4.4.3.1) leiteten die multivariaten Analysen ein. Alle nachgewiesenen Effekte sind im Einklang mit den theoretisch vermuteten Wirkungsrichtungen, beschränken sich aber häufiger auf eine oder zwei der abhängigen Variablen. Diesen durchaus gemischten Befunden zum Trotz werden drei Einflussfaktoren als relevant identifiziert: Ein hohes politisches Vertrauen mindert die Wahrnehmung von Einstellungsunterschieden, wohingegen eine negative Evaluation der altersspezifischen Interessenvertretung sowie die Erwartung starker Probleme durch die Bevölkerungsalterung sie verstärken. Ebenso werden in zwei von drei Fällen nennenswerte negative Alterseffekte beobachtet, die eine niedrigere Dissensperzeption unter Älteren anzeigen.

Alterseffekte wie sie diesen in OLS-Regressionen ermittelt werden, erfassen nur einen Teil der Realität, da indirekte Alterseffekte außen vor bleiben. Es wurden daher zusätzlich Pfadanalysen durchgeführt, in denen vermittelte Alterseffekte und relevante Mediatoren bestimmt wurden (Unterabschnitt 4.4.3.2). Für zwei der drei abhängigen Variablen werden statistisch signifikante indirekte Alterseffekte nachgewiesen. Diese fallen negativ aus, was bedeutet, dass die zuvor beobachteten negativen Alterstendenzen durch den Einbezug gleichgerichteter vermittelter Wirkungsweisen verstärkt werden. Altersunterschiede in der Wahrnehmung von Einstellungsunterschieden sind daher größer als die vorigen Ergebnisse nahelegten. Als relevante intervenierende Variablen werden Bewertungen der altersspezifischen Interessenrepräsentation sowie die Belastung der Jüngeren durch die Älteren identifiziert.

In Unterabschnitt 4.4.3.3 wurden altersspezifische Determinanten der Einstellungsbildung untersucht. Bezüglich der Wahrnehmung *aktueller* Interessengegensätze gibt es keine feststellbaren Unterschiede zwischen Älteren und Jüngeren. Bei der Abschätzung von *zukünftigen* Entwicklungen hingegen gibt es drei Faktoren, die abhängig vom Alter sind. Es handelt sich dabei um jeweils verschiedene Prädiktoren. Bei der Frage nach allgemeinen zukünftigen Einstellungsunterschieden hervorzuheben ist die Einschätzung der sozialstaatlichen Performanz in der Familienpolitik, die nur für die Jüngeren ein entscheidender Prädiktor ist. Wahrnehmungen von intergenerationellen Unterstützungsleistungen sind für die Einschätzung eines zukünftigen Dissens' in der Rente entscheidend; hier sind die Effekte zwischen Älteren und Jüngeren gegenläufig. Für beide Gruppen ist nur wahrnehmungsrelevant, ob die jeweils andere der eigenen hilft. Erbrachte Dienste von der eigenen für die andere Altersgruppe sind hingegen ohne Bedeutung. Des Weiteren sind die finanziellen Belastungen der jüngeren Generation nur unter den Jüngeren erwartungsgemäß relevant. Schließlich gibt es ein kontraintuitives Ergebnis, wonach mit der finanziellen Altersversorgung unzufriedene Ältere die Wahrscheinlichkeit aufkommender Einstellungsunterschiede niedriger einschätzen und sich darin von den Jüngeren unterscheiden. Dass altersspezifische Determinanten nur bezüglich zukünftiger und nicht auch aktueller Interessengegensätze identifiziert wurden, steht womöglich in Verbindung damit, dass Jüngere in höherem Ausmaß von problematischen Entwicklungen betroffen sein könnten als Ältere.¹⁶¹ Aufschlussreich ist der Vergleich dieser Befunde zu den altersübergreifenden Determinanten. Einige Prädiktoren treten

¹⁶¹ Auszuschließen ist nicht, dass weniger der Zeithorizont, sondern (auch) die Frageformulierungen der Indikatoren ursächlich für diesen Befund sind.

erst durch die Separierung nach Alter zutage wie z.B. die Bewertung der wohlfahrtsstaatlichen Performanz in der Familienpolitik bei der Frage nach allgemeinen, prospektiven Einstellungsunterschieden. Zudem legt die Differenzierung offen, dass einige bereits bekannte Prädiktoren in der einen oder anderen Altersgruppe wesentlich bedeutsamer sind wie z.B. die Einschätzung der finanziellen Belastung der Jüngeren für die wahrgenommene Wahrscheinlichkeit eines intergenerationellen Rentendissens'. Auch der altersspezifische Stellenwert von generationenübergreifenden Unterstützungsleistungen im Hinblick auf die Rentenproblematik wird erst auf diese Weise augenfällig.

4.5 Das Verhältnis von Existenz und Wahrnehmung intergenerationeller Unterschiede in wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen

In den beiden vorangegangenen Unterkapiteln wurden wohlfahrtsstaatliche Einstellungen (objektive Realität) und Wahrnehmungen (subjektive Realität) von intergenerationellen Einstellungsunterschieden getrennt voneinander untersucht. In diesem Unterkapitel schließlich geht es um das Verhältnis der objektiven und der subjektiven Realität von Einstellungsunterschieden, dem sich in einer deskriptiven Art angenähert wird. Es sei daran erinnert, dass bezüglich der Übereinstimmung von Einstellungs- und Wahrnehmungsebene vier Konstellationen vorliegen können, die mit einem jeweils unterschiedlichen Konfliktpotenzial zusammenhängen (Abschnitt 2.3.1). Es wird hier die Ansicht vertreten, dass die Wahrnehmungsebene für die Abschätzung des Konfliktpotenzials letztlich entscheidender ist; irrelevant sind die Einstellungen deswegen aber nicht. Bestehen Einstellungsunterschiede und werden diese zudem wahrgenommen, verkomplizieren sie die Ausgangslage insoweit, als tatsächlich Differenzen vorliegen, mit denen ein Umgang zu finden ist. Das Konfliktpotenzial ist in diesem Fall vergleichsweise am höchsten.

Es ist daher zu untersuchen, ob Einstellungs- und Wahrnehmungsebene im Einklang miteinander sind. Dies ist der Fall, wenn Einstellungsunterschiede gering (stark) ausfallen und Wahrnehmungen von Einstellungsunterschieden gering (stark) verbreitet sind. Welche Schlussfolgerung lässt sich auf Basis der in dieser Arbeit generierten Befunde ziehen? Insgesamt wurden weniger altersspezifische Unterschiede in wohlfahrtsstaatlichen Präferenzen gefunden als vermutet: Alterseffekte fallen eher gering aus; darüber hinaus ist die Einstellungsbildung von Älteren und Jüngeren von weitreichenden Gemeinsamkeiten geprägt. Demgegenüber fällt die Wahrnehmung von Einstellungsunterschieden höher aus, als man es aufgrund dieser objektiv recht geringen Unterschiede hätte erwarten können. Dies ist ein Hinweis darauf, dass sich Perzeptionen von unterschiedlichen Ansichten nicht in hohem Maße auf tatsächlich feststellbare Differenzen gründen. Objektive und subjektive Realität von Einstellungsunterschieden stehen also in einem Missverhältnis zueinander. In Deutschs (1975: 21f.) Terminologie deutet dies auf einen falschen Konflikt hin: Vereinfacht formuliert werden Probleme da gesehen, wo objektiv keine vorliegen.

Eine gewisse Unsicherheit bei der Verknüpfung beider Ebenen bleibt in der vorliegenden Betrachtung allerdings bestehen. Dies gilt zunächst hinsichtlich des Zeitbezugs. Zwei der drei Perzeptionsindikatoren haben einen Zukunftsbezug, wohingegen die wohlfahrtsstaatlichen

Einstellungsindikatoren gegenwärtige Präferenzen erfassen. Es stellt sich daher die Frage, inwieweit Aussagen über das Ebenenverhältnis zulässig sind, wenn ihnen jeweils unterschiedliche Zeitbezüge zu Grunde liegen.¹⁶² Allerdings: Der zentrale Befund des Missverhältnisses beider Ebenen ist unabhängig von der zeitlichen Dimension in den Wahrnehmungsindikatoren gleich. Dieser Aspekt ist hier somit weitgehend zu vernachlässigen. Eine weitere Unsicherheit betrifft eine in Abbildung 1 illustrierte Verbindung, die anhand der vorliegenden Daten empirisch nicht zweifelsfrei festgestellt werden kann. Dabei geht es um die Frage, inwieweit die Befragten auch genau *die* Einstellungsunterschiede wahrnehmen, die unter dem Aspekt der objektiven Realität untersucht werden. Anhand der verfügbaren Informationen kann lediglich separat bestimmt werden, ob Einstellungsunterschiede objektiv vorliegen und ob diese subjektiv wahrgenommen werden. Diese Problematik resultiert aus der nicht eindeutigen Passung der Indikatoren. Es ist daher die Möglichkeit zu bedenken, dass die subjektiv wahrgenommenen Einstellungsunterschiede andere sind als die unter dem Begriff der objektiven Realität untersuchten. Werden z.B. Altersunterschiede bei der gewünschten Ausgestaltung der Bildungspolitik (objektive Realität) sowie eine ausgeprägte Wahrnehmung von Einstellungsunterschieden festgestellt (subjektive Realität), bleibt eine Unsicherheit darüber bestehen, ob beides ursächlich zusammenhängt. Indes: In Anbetracht existierender Untersuchungen, die gleichermaßen eine Nichtübereinstimmung von Einstellungen und Wahrnehmungen im intergenerationellen Kontext feststellen, gibt es ausreichend Grund zur Annahme, dass die Untersuchung passgenauer Indikatoren einen vergleichbaren Befund erzielen würde.

Worin könnte dieses Missverhältnis von Einstellungs- und Wahrnehmung begründet sein? In Unterkapitel 4.4 wurden die Determinanten der Dissensperzeption untersucht. Dabei konnten die Medienberichterstattung und die Rezeption derselben als zusätzliche plausible Faktoren in keiner geeigneten Weise berücksichtigt werden. Der womöglich entscheidende Grund für die beobachtete Konstellation von objektiver und subjektiver Realität von Einstellungsunterschieden wird genau hier vermutet. Dahingehend sind zwei Aspekte zu nennen:

Erstens die erhöhte mediale Aufmerksamkeit für die Generationenthematik (v.a. im Zusammenhang mit Sozialstaats- und Rentendebatten). Empirische Evidenz dazu liefert eine Untersuchung deutscher Printmedien¹⁶³, in der gezeigt werden kann, dass der Bezug zur Generationenthematik in Artikeln über Rentenreformen gestiegen ist; in ungefähr zwei Drittel der Zeitungsmeldungen zur Riester-Reform wurde dieses Thema aufgegriffen (siehe May 2010:

¹⁶² Es ist möglich, dass die Feststellung einer (Nicht)Übereinstimmung der Ebenen direkt mit der zeitlichen Dimension in der Wahrnehmung zusammenhängt. Dies wäre z.B. dann der Fall, wenn eine Person aktuell noch keinen Interessengegensatz erkennt, diesen aber zukünftig erwartet. Vor dem Hintergrund gegenwärtig geringer Einstellungsunterschieden sind Einstellungs- und Wahrnehmungsebene im ersten Fall im Einklang miteinander. Im zweiten Fall hingegen wird ein Missverhältnis konstatiert. Die Tatsache, dass die Schlussfolgerung abhängig vom Zeitbezug anders ausfällt, ist nicht zu ändern; schließlich können objektive Einstellungsunterschiede kaum vorhergesagt werden, um sie als Referenz zu verwenden. Ist man daher an der wahrgenommenen Eintrittswahrscheinlichkeit eines Generationengegensatzes interessiert und möchte diese zu objektiven Gegebenheiten in Relation setzen, ist der differierende Zeitbezug hinzunehmen.

¹⁶³ In dieser Studie wurden Artikel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) und der Süddeutschen Zeitung (SZ) zu vier Zeitpunkten zwischen 1957 und 2001 ausgewertet.

231f.).¹⁶⁴ Zugleich hat der Anteil von Aussagen, die auf *intergenerationelle* Differenzen verwiesen, zugenommen und sich demgegenüber die Bedeutung von Argumenten, die *intragenerationelle* Unterschiede anführen, abgeschwächt (siehe May 2010: 243f.). Die mediale Themensetzung hat das Potenzial, die Aufmerksamkeit der Bevölkerung verstärkt auf die Generationenthematik zu richten und die Relevanz des Themas dadurch zu erhöhen.¹⁶⁵ In dem Maße, in dem generationenspezifische Aspekte durch wiederholte mediale Thematisierung in der Bevölkerung leichter abrufbar sind, steigt zudem die Möglichkeit, dass sozialstaatliche und insbesondere rentenpolitische Fragen in steigendem Ausmaß anhand generationenspezifischer Kriterien bewertet werden.

Zweitens ist die Art und Weise anzuführen, in der Generationenaspekte medial dargestellt werden. Medien entscheiden nicht nur darüber mit, über *welche* Themen geredet wird (und inwieweit sie eine relevante Bewertungsgrundlage darstellen), sondern durchaus auch darüber, *wie* über diese geredet wird. Die Betonung ausgewählter Aspekte kann eine spezifische und somit eingeschränkte Perspektive auf die Sozialstaats- und insbesondere Rentendebatte vermitteln. Innerhalb derartiger Deutungsmuster erfahren ausgewählte Problematiken, Ursachen und Empfehlungen demnach eine Wertung, z.B. im Hinblick auf ihre Plausibilität oder Angemessenheit. Ein weiterer Befund der o.g. Studie gibt Hinweise auf derartige mediale Frames (siehe May 2010: 257f.): Die Rentendebatte ist überwiegend von Krisenszenarien gekennzeichnet, was mit der Einführung der Riester-Reform am deutlichsten wurde. Zudem nahmen Aussagen zu konfliktären Tendenzen zwischen den Generationen und einer „demografischen Bedrohung“ im Zeitverlauf zu (Holladay/Coombs 2004: 384-387 beschreiben Medienframes im US-Kontext, die ebenfalls im Verdacht stehen, die Wahrnehmung von Generationenunterschieden zu befördern; zu Medienwirkungen wie Agenda-Setting, Priming und Framing siehe z.B. Brettschneider 2014: 641f.; Koschel/Bilandzic 2014: 378-387).

Einige Autoren vertreten die Meinung, dass demografische Themen von der politischen Elite, aber auch von Versicherungskonzernen gezielt instrumentalisiert würden. Potenziell problematische Entwicklungen in den Sozialversicherungen würden heruntergebrochen auf Altersgruppen und Generationen. Dies vereinfache die Diskussion und lenke von intragenerationellen Differenzen ab. Demografische Themen würden auf diese Weise politisiert, Klundt (2008: 260) spricht hierbei von „*biologisierte[n] Sachzwangsargumentationen*“. Gleichzeitig würden Sozialstaatsdebatten ein Stück weit entpolitisiert, indem demografische Argumente als Vorwand genutzt würden, um bestimmte Politiken (die einen wohlfahrtsstaatlichen Abbau bedeuten) zu begründen und als alternativlos erscheinen zu lassen (siehe Schmähl 2004; Butterwegge 2005; Bosbach 2006; Klundt 2008).

¹⁶⁴ Die Generationenthematik ist in Deutschland verglichen mit anderen Ländern allerdings insgesamt recht bedeutsam. Für den Zeitpunkt der Einführung der Rente 1957 konnte in fast der Hälfte der Artikel ein entsprechender Bezug festgestellt werden. Die Steigerung ist dennoch unverkennbar.

¹⁶⁵ Als ein Indikator der gestiegenen gesellschaftlichen Relevanz des Themas in der Bevölkerung kann die deutliche Überschätzung des Anteils der Älteren angesehen werden: Fast 70 Prozent der Jüngeren und sogar knapp 80 Prozent der Älteren schätzen den Anteil höher ein, als er ist (nicht gezeigt; ähnliche Ergebnisse berichtet Dorbritz 2008b: 30f.).

Unabhängig davon, ob die Einschätzung einer Instrumentalisierung der Thematik durch bestimmte Akteure zutreffend ist oder nicht, legen diese Ausführungen dar, dass Grund zur Annahme besteht, dass die Medienagenda und der mediale Tenor das Problembewusstsein der Bevölkerung hinsichtlich demografischer Fragen und der Bewertung der Konflikthaftigkeit des Generationenverhältnisses im sozialstaatlichen Kontext erhöhen können bzw. dies womöglich bereits getan haben. Medieneffekte sind allerdings nicht universell, sondern z.B. abhängig vom Rezipienten. Sie sollten z.B. umso ausgeprägter sein, je weniger intergenerationale Erfahrungen und Kontakte der Einzelne in seinem sozialen Umfeld hat (siehe Koschel/Bilandzic 2014: 381).

5. Fazit

5.1 Zusammenfassung

Das Anliegen dieser Studie war die Untersuchung intergenerationeller Unterschiede in wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen in Deutschland aus zwei verschiedenen Perspektiven: Neben der Existenz von Einstellungsdimensionen (objektive Realität) einerseits wurde andererseits die Wahrnehmung (subjektive Realität) derselben analysiert. Zudem lieferte die gemeinsame Betrachtung beider Perspektiven wertvolle Hinweise zur Abschätzung des Generationenkonfliktpotenzials. Insbesondere durch die Ausweitung des Blickwinkels auf die Wahrnehmungsebene hebt sich diese Studie von anderen Arbeiten zu diesem Forschungsgegenstand ab und betritt damit sowohl theoretisches als auch empirisches Neuland.

Die Existenz und die Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden wurden jeweils eigenständig analysiert. Dabei ging es nicht nur um die Frage wie verbreitet unterschiedliche Ausprägungen von Einstellungen und Wahrnehmungen sind, sondern insbesondere darum, diese zu erklären. Damit liegen erstmals systematisch kombinierte Untersuchungen von altersspezifischen wohlfahrtsstaatlichen Einstellungsunterschieden (in alten *und* jungen Politikbereichen) und deren Perzeption vor. Dem Alter als Determinante wurde in dieser Arbeit besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Die Interpretation von Altersunterschieden soll damit auf eine solidere Basis gestellt werden als dies üblicherweise geschieht. Die durchgeführten Analysen waren dazu angelegt, Antworten auf die folgenden Fragen zu finden: Bestehen Unterschiede zwischen älterer und jüngerer Generation in wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen? Bestehen Unterschiede zwischen älterer und jüngerer Generation in der Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden? Geht die (Nicht)Existenz von intergenerationellen Unterschieden in wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen mit der Wahrnehmung derselben einher? Welche Faktoren beeinflussen die Ausbildung wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen und die Wahrnehmung intergenerationeller Einstellungsunterschiede und welche Rolle spielt hierbei das Alter? Werden Alterseffekte über andere Merkmale vermittelt? Gibt es altersspezifische Determinanten von Wohlfahrtsstaatspräferenzen und Dissensperzeptionen?

Bevor diese Forschungsagenda empirisch umgesetzt werden konnte, waren einige Vorarbeiten nötig. Im konzeptuellen Rahmen (Unterkapitel 2.2) wurden Begriffe und Konzepte vorgestellt, die von grundlegender Bedeutung für das weitere Vorgehen waren. Erläutert wurde, was unter wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen zu verstehen ist und welche vier verschiedenen Einstellungsdimensionen (Ziele, Mittel, Folgen, Finanzierung) unterschieden werden können. Die Zieldimension erfasst die Erwartungen an das wohlfahrtsstaatliche Engagement, die im Mittelpunkt dieser Arbeit stehen. Die Ziele werden weiter unterteilt in den gewünschten Umfang (Extensität), worunter die präferierte sozialstaatliche Verantwortlichkeit thematisiert wird, und das gewünschte Ausmaß (Intensität), was die Höhe wohlfahrtsstaatlicher Leistungen betrifft. Notwendig war zudem eine definitorische Annäherung an den Begriff des Wohlfahrtsstaats selbst. Dieser wird hier verstanden als ein Konglomerat von Wohlfahrtspolitiken. Daran schloss eine kurze Darstellung wohlfahrtsstaatlicher Handlungsfelder an. Zur Beschreibung von Politikfeldern, die primär auf die Ver-

sorgung der älteren bzw. jüngeren Bevölkerungsmitglieder abzielen, wurde der Terminus alte bzw. junge Politikbereiche in diesem Abschnitt eingeführt. Unter alten Politikbereichen wurden in der vorliegenden Arbeit Einstellungen zur finanziellen und pflegerischen Altersversorgung untersucht, unter jungen Politikbereichen Einstellungen zur Familien- und Bildungspolitik. Schließlich wurde die Relevanz des Alters im wohlfahrtsstaatlichen Kontext beschrieben. Dem Lebensalter wird aufgrund der Altersabhängigkeit von Leistungsbezugsmöglichkeiten ein Einfluss auf die Erwartungen an den Wohlfahrtsstaat unterstellt. Dabei ist die Dynamik wohlfahrtsstaatlicher Arrangements zu bedenken. Diese verweist auf die Bedeutung des Geburtsjahres und damit der Generationenzugehörigkeit, denn abhängig davon fallen Bezugsmöglichkeiten unterschiedlich aus. Es wurden verschiedene Generationenkonzepte vorgestellt, von denen das wohlfahrtsstaatliche Generationenverständnis als das für diese Arbeit relevante identifiziert wurde. Die Einteilung von wohlfahrtsstaatlichen Gewinnern (den Älteren) und Verlierern (den Jüngeren) nach Leisering (2000) wurde dargelegt und kritisch diskutiert. Diese Klassifizierung wurde für einen Großteil der Analysen übernommen, da so die Einstellungen und Wahrnehmungen von den häufig als Gewinner und Verlierer bezeichneten Altersgruppen kontrastiert werden können. Festgelegt wurde ferner, dass begrifflich nicht zwischen Altersgruppen und Generationen unterschieden wird, auch wenn damit durchaus unterschiedliche Personengruppen gemeint sein können. Dies gilt aber nur in einer Langzeitbetrachtung: Zu verschiedenen Zeitpunkten bestehen Altersgruppen aus unterschiedlichen Individuen, wohingegen Generationen immer dieselben Individuen umfassen. Aufgrund der querschnittlich angelegten Untersuchung macht es sprachlich im vorliegenden Zusammenhang allerdings keinen Unterschied, ob von Älteren und Jüngeren oder von der älteren und der jüngeren Generation die Rede ist.

Nach diesen grundsätzlichen Überlegungen ging es im Unterkapitel 2.3 darum, mögliche Ursachen intergenerationeller Einstellungsunterschiede zu beleuchten. Herausgearbeitet wurde die Rolle des „demografischen Übergewichts“ der Älteren bei der Finanzierung und der Verteilung von Sozialleistungen. In dieser Untersuchung steht der verteilungspolitische Gesichtspunkt im Vordergrund. Eine gängige Vermutung dahingehend ist, dass die Interessen der Jüngeren in einer alternden Gesellschaft ins Hintertreffen geraten könnten. Ein derartiges Szenario ist nur folgerichtig, wenn es zutrifft, dass Ältere und Jüngere jeweils nur ihre eigenen sozialpolitischen Ziele verfolgen.

Die anschließenden Passagen bildeten die argumentative Grundlage für den innovativen Kern dieser Arbeit, die Einstellungs- und Wahrnehmungsebene – also die Existenz und Wahrnehmung von intergenerationellen wohlfahrtsstaatlichen Einstellungsunterschieden – als separate Aspekte anzusehen. Darüber hinaus wurde begründet, warum es relevant ist, die Determinanten von Einstellungen und Perzeptionen zu bestimmen. Diese Ausführungen sind zentral für das dieser Arbeit zugrunde liegende Verständnis des Untersuchungsgegenstandes. Häufig wird die Existenz altersspezifischer wohlfahrtsstaatlicher Präferenzen implizit mit deren Wahrnehmung gleichgesetzt. Diese unhinterfragte Kongruenz von Einstellungs- und Wahrnehmungsebene muss als vorschnell kritisiert werden. Ausführlich wurde dargelegt, dass die Existenz und die Wahrnehmung von Einstellungsunterschieden zwei durchaus voneinander unabhängige Phänomene darstellen, die also auch empirisch zu unterscheiden

sind. Denn Einstellungsunterschiede können existieren, ohne erkannt zu werden oder sie werden da beobachtet, wo sie – objektiv betrachtet – gar nicht vorhanden sind. Der Aspekt der Wahrnehmung findet in der wohlfahrtsstaatlichen Einstellungsliteratur und darüber hinaus bislang nur unzureichende Beachtung. Mit Bezug auf die potenziellen Konsequenzen subjektiver Wirklichkeiten auf der Einstellungs- und Verhaltensebene wurde aus einer konstruktivistischen Perspektive heraus deutlich gemacht, dass die Wahrnehmung von Einstellungsunterschieden als notwendige Bedingung eines hohen, sich aber nicht notwendigerweise realisierenden intergenerationellen Konfliktpotenzials zu verstehen ist.

In den letzten beiden Abschnitten dieses Unterkapitels erfolgte die Vorstellung relevanter Determinanten von wohlfahrtsstaatlichen Präferenzen einerseits und Wahrnehmungen von Einstellungsunterschieden andererseits, zwischen denen eine große Schnittmenge existiert. Die Identifizierung von Prädiktoren, die ursächlich für unterschiedliche Anforderungen und Perzeptionen sind, wurde als ein notwendiger Schritt zur Annäherung an Einstellungsbildungsprozesse beschrieben. Bezüglich des Einstellungsaspekts konnte auf umfangreiche Befunde aus der wohlfahrtsstaatlichen Einstellungsforschung zurückgegriffen werden; hinsichtlich des Wahrnehmungsaspekts hingegen liegen Erkenntnisse aus der Forschung zur Perzeption gesellschaftlicher Gegensätze in begrenzterem Ausmaß vor. Die in der wohlfahrtsstaatlichen Einstellungsliteratur gängige Unterscheidung von Erklärungsfaktoren in interessen- und wertebasiert wurde kritisch betrachtet. Der Grund dafür ist, dass diese theoretisch plausible Differenzierung auf der Indikatorebene nicht vorgenommen werden kann, da einige Merkmale nicht zweifelsfrei einer der beiden Motivlagen zugeordnet werden können, sondern Ausdruck sowohl interessen- als auch wertorientierter Motive sein können. Dies gilt auch für das Lebensalter, das in Untersuchungen üblicherweise stellvertretend für verschiedene, nicht oder nur schwer messbare Eigenschaften herangezogen wird. Dargelegt wurden die unterschiedlichen Implikationen, die mit beiden Argumentationslinien (Alter als Ausdruck von Interessen bzw. Werten) einhergehen. Die empirische Untersuchung kann Hinweise darauf geben, ob das Alter primär mit Interessen oder Werten in Verbindung zu sehen ist. Im ersten Fall von Interessenmotiven sollten Altersunterschiede zuvorderst in Einstellungen zu jungen Politikbereichen zu beobachten sein, da Ältere hier keine direkten Vorteile erfahren können. In Einstellungen zu alten Politikbereichen hingegen sollten nur geringe Differenzen existieren, da diese Bereiche unabhängig vom Lebensalter von grundlegender Bedeutung sein sollten. Im zweiten Fall von Wertorientierungen, die sich im Effekt des Alters niederschlagen, ist die Differenzierung von Politikbereichen nach ihrer Altersausrichtung hinfällig. Erwartet werden in diesem Fall ähnliche Unterschiede in allen Bereichen; dabei können gegensätzliche Hypothesen aufgestellt werden. Entweder sollten die Jüngeren mehr vom Staat erwarten oder umgekehrt die Älteren.

Kapitel 3 diente der Vorstellung der Datenbasis, einer telefonischen Umfrage aus dem Jahr 2011 (Unterkapitel 3.2). Da in dieser Primärstudie wohlfahrtsstaatliche Präferenzen *und* Wahrnehmungen von Einstellungsunterschieden erhoben wurden, sind Analysen möglich, die in dieser Form und diesem Umfang noch nicht vorliegen. Zudem wurden ausführliche Informationen zur Operationalisierung der abhängigen Variablen (Unterkapitel 3.3) und zu den verschiedenen Prädiktoren (Unterkapitel 3.4) gegeben.

Kapitel 4 enthält die empirischen Analysen. Detailliert wurde in Unterkapitel 4.2 die Analysestrategie dargelegt. Unterkapitel 4.3 zielte auf die Untersuchung wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen und Unterkapitel 4.4 auf die Analyse von Wahrnehmungen von intergenerationellen Einstellungsunterschieden. Das methodische Vorgehen war jeweils gleich: Univariate Betrachtungen dienten zunächst dazu, das Niveau wohlfahrtsstaatlicher Anforderungen und die Verbreitung der Wahrnehmung von Einstellungsunterschieden festzustellen. Daran anschließende bivariate Analysen der Zusammenhänge zwischen den abhängigen und den unabhängigen Variablen stellten im Wesentlichen Vorarbeiten für die Anwendung multivariater Verfahren dar. Letztere umfassten drei Analyseschritte: Im ersten Schritt wurden relevante Determinanten anhand von multiplen OLS-Regressionsmodellen identifiziert. Das Alter wurde hier gruppiert eingebracht, um die Einstellungen von wohlfahrtsstaatlichen Gewinnern und Verlierern zu kontrastieren. Bei diesem Vorgehen blieben hochgradig plausible indirekte Wirkungsweisen des Alters unberücksichtigt. Diese wurden daher in einem zweiten Schritt in Pfadmodellen inkludiert. Schließlich wurde im dritten Schritt der Frage nachgegangen, ob die Einstellungsbildung bei Älteren und Jüngeren unterschiedlich verläuft. Dazu wurden separate Regressionsmodelle berechnet und die Koeffizientendifferenzen in den Blick genommen.

Die Analysen der Zustimmungstendenzen (Abschnitte 4.3.1 und 4.4.1) ergaben: Insgesamt befürworteten die Befragten ein hohes wohlfahrtsstaatliches Engagement. Dabei unterscheiden sie zwischen dem Umfang (Verantwortung) und dem Ausmaß (Leistungshöhe) wohlfahrtsstaatlichen Handelns. Zudem differenzieren sie zwischen verschiedenen politischen Tätigkeitsfeldern: Am förderungswürdigsten wird der Bildungsbereich erachtet, gefolgt von der Pflege im Alter und der Unterstützung von Familien. Der vergleichsweise geringste Förderungsbedarf wird in der finanziellen Altersversorgung gesehen. Die Wahrnehmung von aktuellen und zukünftig erwarteten Einstellungsunterschieden zwischen den Generationen ist ebenfalls relativ stark verbreitet. Die vergleichsweise größten Unstimmigkeiten werden mit Blick auf die Rententhematik erwartet. Trotz dieser recht verbreiteten Wahrnehmung: Verglichen mit Gegensätzen zwischen anderen gesellschaftlichen Gruppen nimmt der Alt-Jung-Interessengegensatz keine Sonderstellung ein; das wahrgenommene Ausmaß liegt im unteren Mittelfeld.

Die bivariaten Analysen (Abschnitte 4.3.2 und 4.4.2) zeigten für alle untersuchten Politikfelder ausnahmslos dasselbe Muster von Altersunterschieden: Die Jüngeren befürworteten im Vergleich zu den Älteren eine stärkere wohlfahrtsstaatliche Verantwortung und sprechen sich häufiger für Leistungserhöhungen aus. Die Präferenzen von Personen mittleren Alters liegen durchgängig dazwischen. Das Bild ändert sich nicht bei den Wahrnehmungen von intergenerationellen Einstellungsunterschieden: Jüngere nehmen mehr Unterschiede zwischen Alt und Jung wahr als Personen mittleren Alters; die vergleichsweise niedrigsten Werte weisen die Älteren auf. Die Alt-Jung-Unterschiede in der Bewertung wohlfahrtsstaatlicher Politiken und in der Wahrnehmung intergenerationeller Einstellungsunterschiede liegen dabei ungefähr in einer Größenordnung. Mit nur wenigen Ausnahmen sind diese Mittelwertunterschiede statistisch signifikant, sie fallen allerdings mit durchgängig weniger als einer Skaleneinheit moderat aus. In den anschließenden Zusammenhangsanalysen konnten die erwarteten Wir-

kungsrichtungen für die übrigen Prädiktoren mit nur kleineren Abweichungen bestätigt werden. Auch hier sind die berichteten Zusammenhänge mehrheitlich eher schwach.

In den multivariaten Analysen war das erste Ziel, herauszufinden, wovon Unterschiede in wohlfahrtsstaatlichen Präferenzen und Wahrnehmungen von Einstellungsunterschieden abhängen (Unterabschnitte 4.3.3.1 und 4.4.3.1). Diese Untersuchung mittels einstufiger OLS-Regressionen erbrachte für *wohlfahrtsstaatliche Orientierungen* folgende zentrale Befunde: Eine starke Rolle des Staates präferieren insbesondere Personen, die der wohlfahrtsstaatlichen Performanz ein negatives Zeugnis ausstellen, d.h. diejenigen, die mit dem Ist-Zustand in einem Politikbereich unzufrieden und im Hinblick auf ihre eigene Altersabsicherung besorgt sind. Ein konsistenter Effekt zeigt sich auch für die Bewertung der Vertretung der politischen Interessen von Älteren und Jüngeren: Werden hier Defizite gesehen, wird ein stärkeres wohlfahrtsstaatliches Engagement gutgeheißen. Darüber hinaus gibt es Hinweise auf einen Bildungseffekt, der mehrheitlich negativ ausfällt, d.h. formal höher Gebildete sprechen sich in geringerem Ausmaß für ein stärkeres sozialstaatliches Engagement aus. Die Ausnahme davon ist die Bildungspolitik; hier wirkt sich der Bildungsgrad gegenteilig aus, was vermutlich Ausdruck einer höheren Anerkennung des Wertes von Bildung selbst durch höher Gebildete ist. Der Umstand, ob jemand Kinder hat oder nicht, ist in der angenommenen Weise entscheidend für familienpolitische Präferenzen: Eltern erwarten in diesem Bereich ein stärkeres sozialpolitisches Engagement als Kinderlose. Ein gleichgerichteter vermuteter Effekt von Elternschaft in der Bildungspolitik konnte nicht nachgewiesen werden. Mutmaßlich hängt dies in Teilen mit der zugeschriebenen gesamtgesellschaftlichen Relevanz dieser Politikfelder zusammen, die im Fall der Bildungspolitik etwas höher einzustufen ist. In Kombination mit weiteren Unterschieden in den relevanten Prädiktoren ist dieses Ergebnis ein Hinweis darauf, dass familien- und bildungspolitische Präferenzen auf durchaus unterschiedliche Weise ausgebildet werden dürften; dieser Aspekt wird später noch einmal aufgegriffen. Bei den beiden alten Politiken hingegen gibt es eine größere Schnittmenge in den Determinanten, was auf mehr Gemeinsamkeiten in der Einstellungsbildung schließen lässt.

Hervorzuheben aus den Ergebnissen ist der nachgewiesene Effekt der Evaluation altersspezifischer Interessenvertretung. Dabei handelt es sich um ein Item, das in dieser Primärstudie mit dem o.g. Befund erstmals getestet wurde: Die Repräsentation politischer Interessen wird differenziert bewertet. Fällt das Urteil negativ aus, steht dies nachweislich in Verbindung mit dem Wunsch nach einer Ausweitung wohlfahrtsstaatlichen Handelns. Auf Grundlage der Befunde ist der Einbezug eines derartigen Indikators in zukünftigen Untersuchungsdesigns zu empfehlen. Die regressionsanalytischen Befunde zur *Wahrnehmung* von Einstellungsunterschieden können wie folgt zusammengefasst werden: Personen mit niedrigem politischen Vertrauen, die die altersspezifische Interessenvertretung als ungenügend evaluieren und der Meinung sind, dass die Bevölkerungsalterung mit großen Problemen einhergeht sowie Frauen perzipieren recht ausgeprägte Alt-Jung-Unterschiede. Anders als bei wohlfahrtsstaatlichen Präferenzen ist das politische Vertrauen hier, in dieser Eindeutigkeit durchaus unerwartet, einer der relevantesten Erklärungsfaktoren.

Wie sieht es mit dem Lebensalter als besonders interessierendes Merkmal aus: Existieren eigenständige Effekte unter Kontrolle der übrigen Prädiktoren? Offenbar beeinflusst das Alter sozialstaatliche Präferenzen weit weniger als dies vermutet wurde: Wohlfahrtsstaatliche Gewinner (die Älteren) und Verlierer (die Jüngeren) ähneln sich in ihren Ansichten zu großen Teilen. Ausnahmen bestehen bei der präferierten Ausgestaltung der Familienpolitik; hier fordern die Jüngeren, wie bereits bekannt, mehr vom Staat. Ein relevanter Faktor ist das Alter zudem bei der Perzeption von Einstellungsunterschieden: Wie erwähnt, nehmen Jüngere intergenerationelle Einstellungsunterschiede ausgeprägter wahr als die Älteren.

Die inhaltliche Interpretation von Alterseffekten variiert in Abhängigkeit von der theoretischen Konzeption des Alters: Wird davon ausgegangen, dass das Alter ausschließlich über Einstellungen vermittelt wird, sind die Ergebnisse dahingehend zu deuten, dass solche Einstellungen im Modell fehlen. Anders kann der sichtbare direkte Alterseffekt in diesem Fall nicht erklärt werden. Wird hingegen angenommen, dass das Alter auch unvermittelt Einfluss ausübt, können die Ergebnisse Aufschluss über die Erscheinungsform eines direkten Alters-effekts geben. Nach dieser Lesart haben Altersvariationen Ursachen, die nicht durch Einstellungs- oder Bildungsunterschiede zwischen den Generationen vermittelt werden. Die Interpretation von Alterseffekten erfolgt je nach eingenommener Sichtweise also unter etwas anderen Vorzeichen. In dieser Arbeit wurde die Existenz direkter Alterseffekte eingeräumt. Angesichts der Vielzahl und Vielfalt von einbezogenen Merkmale außer dem Alter werden substanzielle Alterseffekte als Hinweis darauf verstanden, dass wohlfahrtsstaatliche Präferenzen und Perzeptionen von Einstellungsunterschieden auch in direkter Weise vom Lebensalter bedingt werden könnten.¹⁶⁶ Es ist allerdings nicht gänzlich klar, wie diese genuinen Alterseinflüsse theoretisch eingeordnet werden können. Denn üblich ist, Altersunterschiede unter Rückbezug auf dahinter liegende Interessen und Werte zu erklären. Die Annahme, dass sich hier das biologische Alter niederschlägt, ist womöglich eher vordergründig einleuchtend, denn im weiteren Sinne kann dieses mit Interessenlagen assoziiert werden. Was ein *eigenständiger* Alterseffekt also konkret bedeutet, darüber ist noch zu wenig bekannt.

Diese Arbeit strebte nicht den wenig aussichtsreichen Versuch an, die direkten und indirekten Komponenten in Gänze auseinanderzuidividieren. Das Lebensalter findet nicht grundlos Verwendung als Proxy für eine unüberschaubare Anzahl von individuellen Merkmalen, die in ihrer Gesamtheit kaum zu erheben sind. In dieser Arbeit wurde jedoch folgender Aspekt zentral angegangen: Häufig wird der Frage nach (in)direkten Wirkungsweisen des Alters nur geringe Aufmerksamkeit gewidmet. Dabei liefern die Befunde zu den Determinanten in Zusammenschau mit deren Zusammenhängen mit dem Lebensalter ausreichend Hinweise auf die Existenz vermittelter Alterseffekte. Aufgrund der Nichtberücksichtigung dieser indirekten Komponenten bleibt die Interpretation des in einstufigen Regressionsanalysen festgestellten Alterseffekts bislang oft unvollständig.¹⁶⁷ Die vorliegende Untersuchung bezog diesen wich-

¹⁶⁶ Ausgeschlossen wird damit allerdings nicht, dass weitere indirekte Alterseffekte existieren, die hier nicht erfasst werden konnten.

¹⁶⁷ Diese Überlegungen können problemlos auf andere, in der Umfrageforschung routinemäßig erhobene, Merkmale übertragen werden, die wie das Alter häufig als Proxies einbezogen werden wie z.B. das

tigen Gesichtspunkt jedoch gezielt ein. Es wäre wünschenswert, wenn der hier gewählte Zugang einen Beitrag zu einem sensibilisierteren Umgang mit der Komplexität des Themas leistete. Die Befunde sollen daher nun auch in der angemessenen Ausführlichkeit besprochen werden.

Um mögliche indirekte Alterseffekte tiefergehend zu analysieren, wurden die Ergebnisse von zweistufigen Pfadmodellen vorgestellt (Unterabschnitte 4.3.3.2 und 4.4.3.2). Diese eröffnen die Option, eine differenziertere Vorstellung darüber zu gewinnen, auf welchem Weg das Alter wohlfahrtsstaatliche Präferenzen einerseits und Wahrnehmungen von Einstellungsunterschieden andererseits beeinflusst. Darüber hinaus ist das Zusammenspiel von direkten und indirekten Effekten aufschlussreich. Zu dieser Thematik liegen noch keine umfassenden Erkenntnisse vor, was angesichts der hohen Plausibilität indirekter Alterseffekte und der wiederholten Thematisierung von Altersunterschieden in öffentlichen Debatten verwundern mag. Ausgewiesen wurden die totalen, direkten und indirekten Komponenten der Alterseffekte, die absolut betrachtet durchgängig als moderat zu bezeichnen sind. Der direkte Effekt entspricht dem in den einstufigen OLS-Regressionen generierten Ergebnis. Er ist durchgängig negativ, d.h. übereinstimmend mit den bereits bekannten Mustern von Altersunterschieden, wonach die Älteren einer starken wohlfahrtsstaatlichen Rolle weniger zustimmen als die Jüngeren und weniger intergenerationelle Einstellungsunterschiede wahrnehmen. Der indirekte Effekt erfasst die Summe der Einflüsse, die über intervenierende Merkmale und Einstellungen vermittelt werden.¹⁶⁸ Der totale Effekt ergibt sich aus der Addition von direktem und indirektem Effekt.

Zwei Aspekte leiteten die Ergebnisinterpretation. Der erste betrifft die Richtung des indirekten Alterseffekts. Ist dieser gleichgerichtet wie der direkte Effekt (im vorliegenden Fall also negativ), wird der in den einstufigen OLS-Regressionen festgestellte Alterseffekt verstärkt. Anders ausgedrückt: Die Stärke des Alterseffekts wurde in den vorigen Analysen unterschätzt. Umgekehrt deutet ein positiver indirekter Effekt darauf hin, dass das Alter als Erklärungsfaktor in den einstufigen OLS-Regressionen überschätzt wurde. In diesem Fall wurden gegenläufige indirekte Wirkungsweisen nicht berücksichtigt, die den negativen Effekt abschwächen. An konkreten Beispielen aus den Befunden wird beides deutlich: Altersunterschiede bei den gewünschten Bildungsausgaben fallen stärker negativ aus als in den einstufigen OLS-Regressionen, wenn vermittelte, gleichgerichtete Wirkungsweisen des Alters bedacht werden. Dementgegen ist der Alterseffekt vergleichsweise schwächer bei der präferierten staatlichen Verantwortung in der Familienpolitik, wenn vermittelte, entgegengesetzte Alterseffekte einkalkuliert werden. Die Tatsache, dass Ältere häufiger Kinder haben und im Durchschnitt eine niedrigere formale Bildung als Jüngere, dämpft diese negative Tendenz ab. Bei der *Wahrnehmung* von Einstellungsunterschieden sind die indirekten Alterseffekte durchgängig negativ. Altersunterschiede in der Dissensperzeption sind demnach größer als die Ergebnisse der einstufigen OLS-Regressionen nahelegen. Generell gilt, dass bei

Geschlecht.

¹⁶⁸ Es wurden mit Ausnahme von zwei Variablen (Geschlecht, Wohnregion), die wie das Alter auf der ersten Stufe eingebracht wurden, alle Prädiktoren aus den einstufigen OLS-Regressionen als intervenierende Variablen berücksichtigt.

der Perzeption von Einstellungsunterschieden stärkere Alterseffekte zu beobachten sind als bei den wohlfahrtsstaatlichen Präferenzen selbst.

Es ist festzuhalten, dass das Lebensalter also häufig (zusätzlich) vermittelt über weitere Merkmale wirkt. Diese Annahme wurde schon häufig formuliert, aber erst mit diesen Analysen systematisch und für eine größere Anzahl von Variablen überprüft. Die Inspektion der totalen Effekte ermöglichte nun eine qualifiziertere Einschätzung von Altersunterschieden als über gängige einstufige OLS-Regressionsmodelle. Es zeigte sich dabei, dass sich Alte und Junge in Einstellungen zu jungen Politiken vergleichsweise stärker voneinander unterscheiden als in Einstellungen zu alten Politiken. Die vorab betrachteten direkten Effekte wiesen nennenswerte Altersunterschiede nur in familienpolitischen Präferenzen aus. Die Inklusion indirekter Effekte legte offen, dass derartige Altersdifferenzen auch für Einstellungen zur Bildungspolitik gelten. Bezüglich der Perzeption von Einstellungsunterschieden wurde der bereits bekannte Befund, dass Unterschiede zwischen Jungen und Alten existieren, bestätigt; diese Unterschiede fallen aber größer aus, wenn indirekte Wirkungsweisen Berücksichtigung finden.

Der zweite Aspekt der Ergebnisinterpretation betraf eine Zerlegung der indirekten Effekte in ihre Einzelkomponenten. Somit konnten konkrete Merkmale benannt werden, über die Alterseffekte vermittelt werden. In der Summe gleichen sich diese mediierten Alterseffekte partiell gegenseitig aus, da fast ausnahmslos positive *und* negative Wirkungsweisen existieren; der gesamte vermittelte Alterseffekt ist daher in vielen Fällen eher unbedeutend. Eine Zerlegung des gesamten indirekten Alterseffekts in dessen Einzelkomponenten ist dennoch aufschlussreich und in jedem Fall angeraten, um sich den „Inhalten“ und Ursachen von Altersunterschieden anzunähern. Bei Wohlfahrtspräferenzen wurden in allen untersuchten Politikbereichen einzelne, jedoch recht schwache indirekte Alterseffekte gefunden. Diese werden überwiegend über Bewertungen der altersspezifischen Interessenvertretung mediiert. Ob Altersunterschiede dadurch verstärkt in Erscheinung treten oder im Gegenteil abgeschwächt werden, hängt davon ab, ob die Interessen Jüngerer oder Älterer bewertet werden und damit auch von der Altersausrichtung der untersuchten Politikbereiche: In Einstellungen zu alten Politiken verringern sich die Altersunterschiede leicht, da Ältere die Repräsentation der politischen Interessen ihrer Altersgruppe schlechter bewerten als Jüngere, was wiederum mit dem Wunsch nach stärkerem wohlfahrtsstaatlichen Engagement einhergeht. Ältere und Jüngere gleichen sich daher in ihren hohen wohlfahrtsstaatlichen Anforderungen an die finanzielle und pflegerische Altersversorgung an. In Präferenzen in jungen Politiken hingegen vergrößern sich die Altersdifferenzen. Dies liegt daran, dass der Zusammenhang zwischen Lebensalter und der Evaluation der Interessenvertretung Jüngerer gegenteilig ausfällt: Ältere bewerten die Repräsentation der Interessen Jüngerer besser als die Jüngeren, was mit einer geringeren Forderung nach einem Ausbau von Wohlfahrtsstaatlichkeit einhergeht. Die Altersunterschiede fallen daher größer aus. Es konnten weitere Merkmale identifiziert werden, über die Alterseffekte vermittelt verlaufen und deren Einbezug Altersunterschiede entweder stärker oder schwächer hervortreten lässt: Wenn es um die gewünschte wohlfahrtsstaatliche Verantwortung geht, spielt der Bildungsgrad eine Rolle. Bei Einstellungen zu alten Politikbereichen sind Evaluationen der sozialstaatlichen Performanz eine relevante Größe, bei Einstellungen zu jungen Politiken die Nähe zu den Grünen.

Bei familienpolitischen Präferenzen schließlich werden Altersunterschiede über Elternschaft vermittelt. Bei Wahrnehmungen von Einstellungsunterschieden gab es weniger Gemeinsamkeiten in den intervenierenden Variablen als bei wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen. Die Befunde deuten allerdings darauf hin, dass Altersunterschiede auch hier über Bewertungen der altersspezifischen Interessenrepräsentation mediiert werden und in gleicher Weise, abhängig davon, ob die Interessen der Jüngeren oder Älteren bewertet werden, akzentuiert bzw. abgeschwächt werden.

Diese Befunde stellen einen Ansatzpunkt dar, um abzuschätzen, ob vermittelte Altersunterschiede auf wohlfahrtsstaatliche Einstellungen eher mit sich wandelnden Interessenorientierungen oder mit stabilen Wertorientierungen begründet werden können. Dies ist möglich, insoweit die Merkmale, über die das Alter wirksam ist, eindeutig Interessen- oder Wertorientierungen zugeordnet werden können; dies ist allerdings nur bedingt der Fall. Bei den untersuchten wohlfahrtsstaatlichen Präferenzen sind Merkmale beider Motivlagen an der Vermittlung von Alterseinflüssen beteiligt. Dies war theoretisch zu erwarten gewesen, da monokausale Erklärungen realitätsfern erscheinen. Zudem war der formale Bildungsgrad ein Mediator bei Einstellungen zur präferierten staatlichen Verantwortung. Doch Bildung lässt sich einerseits als Treiber einer bildungsspezifischen Interessenkonstellation, andererseits aber auch als Ausdruck von mit dem Wohlfahrtsstaat in Verbindung stehenden Werten verstehen. Es stellt sich damit heraus, dass die bei der Ergebnisinterpretation wiederholt aufgeworfene Frage, ob mit dem Alter vornehmlich Interessen- oder Wertorientierungen verbunden sind und ob dies politikfeldspezifisch variiert, nicht abschließend beantwortet werden kann. Zum einen liegt dies an den durchgängig marginalen Altersunterschieden, die eine inhaltliche Interpretation erschweren, zum anderen daran, dass nur die vermittelten Alterseffekte einer differenzierteren Interpretation zugänglich sind und demgegenüber die unmittelbaren Alterseffekte, die stärker ausfallen, nicht näher erklärt werden können.

In den Unterabschnitten 4.3.3.3 und 4.4.3.3 wurde schließlich der Frage nachgegangen, ob die Herausbildung von wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen und von Wahrnehmungen von Einstellungsunterschieden zwischen Älteren und Jüngeren auf unterschiedliche Weise verläuft. In einer Gesamtschau legen die Analyseergebnisse weitreichende Übereinstimmungen zwischen Älteren und Jüngeren in der Einstellungsbildung nahe, auch wenn einzelne Unterschiede bestehen. So sind Einstellungen von Älteren in jungen Politikbereichen offenbar weniger strukturiert als bei den Jüngeren, was vermutlich eine Folge der geringeren Betroffenheit und womöglich schlechteren Sachkenntnis ist. Darüber hinaus konnten einige altersspezifische Prädiktoren identifiziert werden. Allerdings sind dies andere als die, die theoretisch erwartet wurden wie z.B. ein ostdeutscher Wohnsitz oder Elternschaft, für die Effekte primär unter den Älteren erwartet wurden. Insgesamt gibt es mit Blick auf die präferierte Leistungshöhe zwar mehr altersspezifische Determinanten als bei der gewünschten staatlichen Verantwortung, aber immer noch weniger, als man hätte erwarten können. Der deutlichste Unterschied in den Erklärungsfaktoren zwischen Älteren und Jüngeren tritt bei familienpolitischen Einstellungen auf: Sind die Jüngeren unzufrieden mit der wohlfahrtsstaatlichen Performanz in diesem Bereich, fordern sie ein wesentlich höheres wohlfahrtsstaatliches Engagement als die Älteren, unter denen der Effekt zwar gleich-

gerichtet, aber deutlich schwächer ausfällt. Auch hier ist zuvorderst die stärkere Betroffenheit der Jüngeren als mögliche Ursache zu nennen.

Wenn es um Perzeptionen von Einstellungsdimensionen geht, fällt die Identifikation altersspezifischer Determinanten je nach Zeitbezug unterschiedlich aus: Wahrnehmungen von *zukünftig* erwarteten Interessengegensätzen kommen bei Alt und Jung offenbar auf etwas andere Art zustande. Geht es hingegen um *aktuell* bestehende Entwicklungen, sind keine altersspezifischen Wahrnehmungsfaktoren auszumachen. Dass unterschiedliche Merkmale beobachtet wurden, mit denen die Einschätzung zukünftiger, nicht aber aktueller Einstellungsdimensionen zusammenhängt, könnte daran liegen, dass derzeit davon auszugehen ist, dass die Jüngeren von problematischen Zukunftsentwicklungen stärker betroffen sein werden als die Älteren. Auszuschließen ist dabei nicht, dass die Itemformulierungen dieses Ergebnis womöglich (mit)verursachten.¹⁶⁹ Der deutlichste Unterschied besteht im Effekt der Evaluation der gesamtgesellschaftlichen intergenerationellen Beziehungen auf die Wahrnehmung aufkommender Probleme in der Rente: Die Älteren schätzen die bevorstehende Entwicklung weniger problematisch ein, wenn sie der Meinung sind, dass die Jüngeren den Älteren helfen; unter Jüngeren sind diese Hilfeleistungen hingegen bedeutungslos. Umgekehrt macht es für sie allerdings einen Unterschied, ob sie das Gefühl haben, dass die Älteren ihnen Unterstützungsleistungen erbringen oder nicht, was wiederum für die Älteren weniger relevant ist. Es ist für Ältere und Jüngere für die Einschätzung von Einstellungsunterschieden in der Rente also nur ausschlaggebend, ob die jeweils *andere* Altersgruppe der eigenen hilft. Womöglich hängt dies mit einseitigen Zuschreibungen von Verantwortlichkeiten bezüglich der Schieflage des Rentensystems und/oder Veränderungspotenzialen zur Lösung bestehender und anstehender Probleme zusammen. Zu dieser Einschätzung passt in gewisser Weise auch, dass nur für die Jüngeren die Kostenbelastung ihrer Generation (aufgrund der Finanzierung der Alten) im Zusammenhang mit erwarteten intergenerationellen Differenzen in der Rente steht. Anders formuliert: Die Ansicht, dass es zu einem intergenerationellen Rentendissens kommen wird, ist unter Jüngeren v.a. verbreitet, wenn sie glauben, dass die Älteren auf ihre Kosten leben und ihnen gleichzeitig nicht unterstützend zur Seite stehen. Bei der Wahrnehmung von zukünftigen *allgemeinen* Alt-Jung-Unterschieden schließlich gibt es einen weiteren nennenswerten Befund: In Übereinstimmung mit den Ergebnissen zu Wohlfahrtsstaatspräferenzen ist festzustellen, dass die wohlfahrtsstaatliche Performanz in der Familienpolitik eine entscheidende Größe nur unter den Jüngeren darstellt. Sind sie unzufrieden, schätzen sie die Wahrscheinlichkeit von Einstellungsunterschieden deutlich höher ein; für die Älteren ist dieser Aspekt irrelevant.

Die multivariaten Befunde können in knappen Worten wie folgt zusammengefasst werden: Wohlfahrtsstaatliche Präferenzen und Wahrnehmungen von Einstellungsdimensionen lassen sich anhand verschiedener Merkmale in unterschiedlichem Ausmaß erklären. Das Alter spielt dabei keine herausragende Rolle, entscheidender ist z.B. wie die wohlfahrtsstaatliche Performanz bewertet wird. Dennoch: Es können in allen Fällen unmittelbare und vermittelte

¹⁶⁹ Es sei daran erinnert, dass bei den die Zukunft betreffenden Items Konflikte zwischen Alt und Jung thematisiert wurden, wohingegen eine wertfreie Formulierung bei dem Item mit Gegenwartsbezug verwendet wurde (Abschnitt 3.3.1).

Alterseffekte identifiziert werden, die mit wenigen Ausnahmen eher schwach sind. Es gibt keine starken Anzeichen dafür, dass wohlfahrtsstaatliche Präferenzen von Älteren und Jüngeren in egoistischer Weise einseitig von ihren jeweiligen Interessen bestimmt werden. In der Einstellungs- und Wahrnehmungsbildung zwischen Älteren und Jüngeren überwiegen trotz einiger altersspezifischer Determinanten die Gemeinsamkeiten, wobei insbesondere Bewertungen der Familienpolitik eine gewisse Sonderstellung einnehmen; sie sind für Jüngere einstellungs- und wahrnehmungsrelevanter. Ein interessantes Ergebnis ist zudem, dass Effekte von intergenerationellen Hilfeleistungen abhängig von der Transferrichtung einen unterschiedlichen Stellenwert für Ältere und Jüngere haben, wenn es darum geht, die Entwicklung eines intergenerationellen Dissens' in der Rente abzuschätzen.

Der letzte untersuchte Aspekt betraf das Verhältnis von Einstellungs- und Wahrnehmungsebene (Unterkapitel 4.5). Diesem wurde sich in einer deskriptiven Weise angenähert, indem die Befunde zu altersspezifischen wohlfahrtsstaatlichen Präferenzen mit denen zur Perzeption von Einstellungsunterschieden zusammengebracht wurden. Bereits erwähnt wurden die Existenz direkter und indirekter Alterseffekte und in begrenzterem Ausmaß die Existenz altersspezifischer Determinanten bei der Ausbildung wohlfahrtsstaatlicher Präferenzen. Diesen interessanten Befunden zum Trotz: Alle beobachteten Alterseffekte fallen absolut betrachtet eher gering aus. Angesichts dieser relativ großen Gemeinsamkeiten zwischen Älteren und Jüngeren ist die Wahrnehmung von Unterschieden erstaunlich stark verbreitet. Diese Feststellung weist auf eine Diskrepanz zwischen Einstellungs- und Wahrnehmungsebene im Sinne eines falschen Konflikts hin: Es werden Unterschiede da gesehen, wo objektiv betrachtet keine sind. Zwar bleibt eine gewisse Ungewissheit darüber bestehen, ob die wahrgenommenen Unterschiede womöglich in anderen Bereichen gesehen werden als den hier untersuchten, was daran liegt, dass die Indikatoren nicht passgenau sind, allerdings: Angesichts bereits vorliegender Studien, die ebenfalls eine Nichtübereinstimmung von Einstellungs- und Wahrnehmungsebene im Zusammenhang mit der Generationenthematik nahelegen, gibt es gute Gründe, anzunehmen, dass die Verwendung anderer Indikatoren zu einem sehr ähnlichen Ergebnis führen würde. Ideal wäre, derartige Unwägbarkeiten zu beseitigen, was hier nicht möglich ist. In zukünftigen Studien wird es notwendig sein, die Passgenauigkeit der Indikatoren zu erhöhen, um gesichertere Aussagen zu machen. Dennoch: Die Möglichkeit, dass die Perzeption von nicht feststellbaren Unterschieden die Ausbildung intergenerationaler Einstellungsunterschiede im Sinne einer selbsterfüllenden Prophezeiung begünstigen und ein falscher Konflikt somit in einen echten überführt werden könnte, kann keineswegs ausgeschlossen werden.

Eine plausible Erklärung für das Zustandekommen dieser Konstellation von Einstellungs- und Wahrnehmungsebene wird in der Medienberichterstattung gesehen.¹⁷⁰ Wenn die Darstellung des Rentensystems einen starken Generationenbezug hat, ist dieser vielfach konflikthaft konnotiert. Nach Ansicht einiger Autoren wird die Generationenthematik zudem von bestimmten Akteuren in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien gezielt instrumentalisiert. Die gestiegene mediale Aufmerksamkeit für das Thema sowie die tendenziell negative mediale Auf-

¹⁷⁰ Die Prüfung von Medieneffekten ging über das in dieser Untersuchung Machbare hinaus. Im Rahmen einer Medienwirkungsanalyse bestünde die Möglichkeit, dieser Vermutung nachzugehen.

bereitung desselben könnten dazu geführt haben, dass große Teile der Bevölkerung die Existenz intergenerationaler Einstellungsunterschiede mittlerweile annehmen, obwohl sich die Faktenlage weniger eindeutig und dramatisch präsentiert als es zuweilen den Anschein hat. Dann fänden Debatten um Scheindifferenzen statt, die wenig dienlich erscheinen.

5.2 Über die Entstehung eines Generationenkonflikts

Vor dem Hintergrund, dass die Wahrnehmung von Einstellungsunterschieden in dieser Arbeit als Indikator eines hohen Konfliktpotenzials verstanden wird, ist die derzeitige Situation anhand der generierten Befunde folglich problematischer einzuschätzen als in den meisten anderen Studien, deren Schlussfolgerungen auf der Ebene der Existenz von Einstellungsunterschieden gezogen werden.¹⁷¹ Dies ist aber nicht dahingehend zu interpretieren, dass die Auseinandersetzung von Alt und Jung unausweichlich erscheint. Bisher gibt es auch keinen offenen Generationenkonflikt trotz dieser relativ verbreiteten Wahrnehmung. Warum ist dies so? Es sei daran erinnert, dass die Perzeption von Unterschieden als notwendige, aber keineswegs als hinreichende Bedingung für einen intergenerationalen Dissens anzusehen ist. Verschiedene Konsequenzen der Wahrnehmung sind daher möglich, von denen ein offen ausgeprägter Konflikt nur eine ist.

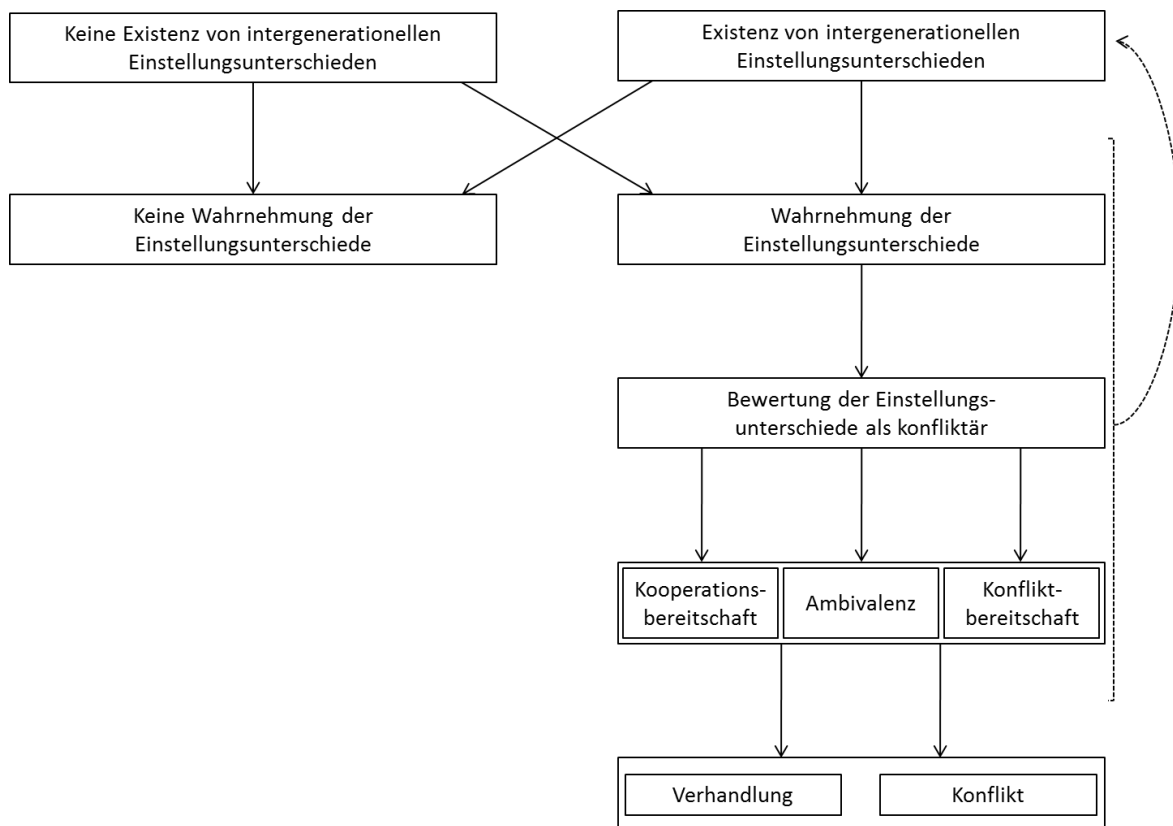
So kann die Entwicklung eines Generationenkonfliktes etwa als Prozess konzeptualisiert werden, in dem die Wahrnehmung intergenerationaler Differenzen – eben durchaus unabhängig von der Existenz derselben – am Anfang steht und für dessen besseres Verständnis weitere Faktoren einzubeziehen sind. Um diesen Ablauf näher zu beschreiben, wird auf Abbildung 1, die den Zusammenhang von Einstellungs- und Wahrnehmungsebene zeigt, zurückgegriffen. Diese Illustration wird um mögliche Folgen der Wahrnehmung von Einstellungsunterschieden ergänzt, anhand derer eine Konfliktenstehung erklärt werden könnte (Abbildung 23). Objektiv bestehende und subjektiv perzipierte Differenzen können in Übereinstimmung miteinander sein, müssen es aber nicht zwangsläufig. Um zu berücksichtigen, dass die Ausbildung konfliktärer intergenerationaler Tendenzen daher auch bei Einstellungskongruenz nicht ausgeschlossen werden kann, sind die Zusammenhänge zwischen Einstellungs- und Wahrnehmungsebene wie in Abbildung 1 abgetragen. Dadurch wird auch die Möglichkeit einbezogen, dass bestehende Einstellungsunterschiede von den Beteiligten nicht erkannt werden. Entscheidend für das Konfliktpotenzial sollte, wie ausreichend dargelegt wurde, der Wahrnehmungsaspekt sein. Irrelevant sind die Einstellungen deshalb nicht, da sie das Konfliktpotenzial zusätzlich erhöhen können. Die schematische Darstellung in Abbildung 23 verdeutlicht, dass Perzeptionen intergenerationaler Einstellungsunterschiede verschiedene Auswirkungen auf der Einstellungs- und Verhaltensebene nach sich ziehen könnten, von denen eine der offen ausgefochtene Generationenkonflikt ist (unterste Ebene).¹⁷²

¹⁷¹ Unklar bleibt in diesen Studien, ab welcher Höhe Einstellungsunterschiede als problematisch eingestuft werden. Der interpretatorische Spielraum des Forschers ist eine nicht zu unterschätzende Größe bei der Bestimmung des intergenerationalen Konfliktpotenzials, da es ein allgemein gültiges Kriterium wohl niemals geben wird.

¹⁷² Einige potenzielle Konsequenzen sind in Abbildung 23 nicht abgetragen. Das gilt v.a. für diejenigen, die

Ein erster Schritt zur Konfliktenstehung müsste darin bestehen, Einstellungsunterschieden nicht nur wahrzunehmen, sondern sie darüber hinaus als konfliktär zu interpretieren. Darauf wären verschiedene individuelle Einstellungsreaktionen möglich, die mit den Polen Kooperations- und Konfliktbereitschaft beschrieben werden können. Im ersten Fall wird ein Interessengegensatz erkannt und es besteht die Bereitschaft, die Beilegung desselben durch Verhandlungen anzustreben. Im zweiten Fall entstehen verhärtete Fronten, was nicht bedeutet, dass Verhandlungen unmöglich sind. Widerstreitende Gefühle könnten sich zudem in Einstellungsambivalenz niederschlagen. Denn schließlich kann die Feststellung, dass die andere Partei gegensätzliche Interessen hat, durchaus von dem Gefühl begleitet sein, dass diese Interessen berechtigt und daher legitim sind.

Abbildung 23: Schematische Darstellung der Entstehung eines Generationenkonflikts



Diese verschiedenen Stadien sind als prinzipiell offene Zustände mit fließenden Übergängen zu beschreiben. Das gilt auch für die daran anschließenden Verhaltensoptionen auf der letzten Ebene. Denn eine Verhandlungssituation führt nicht unweigerlich zur Problemlösung, sondern kann in einen Konflikt münden, so wie umgekehrt ein Konflikt in eine Verhandlung überführt werden kann. Schließlich ist anzumerken, dass Einstellungen nicht zwangsläufig handlungsrelevant sind (siehe z.B. Juhasz 2000: 184; Rattinger 2009: 180f.). In diesem Fall verbleibt die Entwicklung auf der vorletzten Stufe und die Herausbildung eines offenen Konflikts ist unwahrscheinlich. Spätestens dann, wenn es allerdings zu einem Konflikt käme,

mit der Nichtrealisierung des Konfliktpotenzials in Verbindung stehen, wie z.B. die Bewertung wahrgenommener Einstellungsunterschieden als nicht konfliktär.

wären Einstellungsdifferenzen festzustellen, die zu Beginn des Prozesses nicht in jedem Fall vorlagen; der rekursive Pfeil verdeutlicht die Möglichkeit der Herausbildung von Einstellungsdifferenzen während des Durchlaufens der beschriebenen Stufen. In jedem Fall bedarf es also der Berücksichtigung weiterer Faktoren, um zu erklären, warum wahrgenommene intergenerationelle Interessengegensätze in einem Fall in einen Generationenkonflikt münden und in einem anderen Fall nicht.¹⁷³

In der Literatur werden verschiedene Gründe genannt, die die Entwicklung eines offenen Generationenkonfliktes hemmen. Eine systematische Aufbereitung dieses Themas liegt nach derzeitigem Kenntnisstand nicht vor. Die folgende Auflistung verschafft einen Eindruck von dahingehend relevanten Faktoren, ohne den Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben. Gemeinsam ist ihnen, dass sie alle im weitesten Sinne und in unterschiedlichem Ausmaß die (noch) zu schwache Politisierung des Themas betreffen. Womöglich kann die große Masse der Älteren nicht ausreichend mobilisiert werden, z.B. aufgrund begrenzter Möglichkeiten der organisierten Interessenartikulation (siehe Wolf/Kohli 1998: 165; grundlegender dazu Olson 1968).¹⁷⁴ Vielleicht übersteigen Unterschiede *innerhalb* der Generationen die *zwischen* ihnen bestehenden, so dass die Ausbildung kohärenter, einseitig auf das Alter ausgerichteter politischer Agenden verhindert oder erschwert wird (siehe u.a. May 2010: 275; Munimus 2012: 321f.).¹⁷⁵ Eventuell sind sich die Älteren untereinander auch uneins über die zu verfolgenden Ziele und den einzuschlagenden Weg (siehe Rhodebeck 1993: 344). Einzuräumen ist zudem, dass die aktuelle Situation womöglich nicht allzu schlecht beurteilt wird und die potenziell problematischen Entwicklungen (z.B. eine Verknappung der Ressourcen) demgegenüber (noch) nicht als drängend oder bedrohlich genug empfunden werden, eben da sie die mittel- oder langfristige Zukunft betreffen (siehe Pruitt/Kim 2004: 21 zu sozialen Konflikten). In die Überlegungen einzubeziehen sind auch stabile Familienbeziehungen, die wie eine Art Puffer wirken können (siehe etwa Kaufmann 1993; Lynch 2006: 16f.; Blome et al. 2008: 317). Zu bedenken ist außerdem, dass jeder altert. Der individuelle Alterungsprozess mag ein Grund sein, aus dem heraus die Jüngeren keinen Generationenkonflikt „anstiften“. Schließlich werden sie im Laufe der Zeit die Seite wechseln und würden sich daher womöglich selbst keinen Gefallen tun (siehe Rinne/Wagner 1995: 5; Baltes 2004). Ferner ist zu berücksichtigen, dass die Wahrnehmung eines Konfliktes nicht zwangsläufig mit dem Gefühl der subjektiven Involvierung in diesen einhergehen muss (siehe Delhey/Keck 2008: 344).¹⁷⁶ Dies

¹⁷³ Weitere Konsequenzen von Dissensperzeptionen sind denkbar, die nicht unmittelbar mit der Generationenthematik im Zusammenhang stehen. Dabei geht es um Wahrnehmungen von Interessengegensätzen zwischen verschiedenen sozialen Gruppen und nicht speziell um die Wahrnehmung von Alt-Jung-Unterschieden, wobei diese eine Rolle spielen kann; insofern bestehen thematische Anknüpfungspunkte. Z.B. liegen Untersuchungen zum Einfluss von Konfliktwahrnehmungen auf die Demokratiezufriedenheit und Unterstützung des demokratischen Grundgedankens (siehe Zagórski 2006: 14-22) sowie auf das Ausmaß sozialen Vertrauens (siehe Delhey/Keck 2008: 330) vor.

¹⁷⁴ In anderen Ländern wird die Mobilisierung der Älteren zur Durchsetzung ihrer wohlfahrtsstaatlichen Interessen anders bewertet. So gilt v.a. die AARP (American Association of Retired Persons) in den USA mit nach eigenen Angaben mehr als 37 Millionen Mitgliedern als Vereinigung mit nennenswerten politischen Gestaltungsmöglichkeiten (siehe Pierson 1996: 146f.; Holladay/Coombs 2004: 391-393).

¹⁷⁵ Hinweise darauf, dass diese Überzeugung in Teilen der Bevölkerung gewissen Anklang findet, lieferten die Befunde, wonach Interessengegensätze zwischen Arm und Reich sowie Links und Rechts als deutlich stärker eingeschätzt werden als ein altersspezifischer Interessengegensatz (siehe Abbildung 14).

¹⁷⁶ Zusammenhänge zwischen Wahrnehmung und Involvierung sind damit nicht ausgeschlossen. Z.B. kann

verweist auf den für die mögliche Ausbildung eines Konflikts entscheidenden Aspekt der Identifizierung: Involviert in einen Generationenkonflikt sein kann nur, wer sich (und andere) über das Lebensalter identifiziert, d.h. für den das Alter eine saliente soziale Kategorie darstellt (siehe Schlesinger/Kronebusch 1994a: 154).¹⁷⁷ Da das Alter eine fluide Grenze darstellt, stellt sich die voraussetzungsvolle Frage, inwieweit es als kollektive Identität stiftendes Merkmal in Betracht kommt. Es wird davon ausgegangen, dass das Alter als soziale Kategorie in jedem angelegt ist und dann aktiviert wird, wenn es in einer gegebenen Situation Bedeutsamkeit erlangt (siehe Williams/Nussbaum 2001: 147).¹⁷⁸ Auslöser dafür können neben direkter intergenerationeller Kommunikation ebenso Medienbeiträge oder Gespräche zwischen Gleichaltrigen sein, sofern sie altersspezifische Themen betreffen. Dabei gilt, dass bei der Aktivierung von Altersidentitäten auch Eigenschaften der (unveränderlichen) Generationszugehörigkeit aktiviert werden (siehe Williams/Nussbaum 2001: 143f.).¹⁷⁹ Das Lebensalter bzw. die Generationszugehörigkeit kann diesen Ausführungen gemäß also unter bestimmten Umständen eine Basis für Gruppenbildungsprozesse und damit für Generationenkonflikte darstellen. Die detaillierte Auseinandersetzung mit der Entwicklung intergenerationeller konfliktärer Tendenzen wird zukünftigen Studien überlassen, an dieser Stelle sollen diese Anmerkungen zu möglichen Faktoren genügen.

Bei dem gerade beschriebenen Prozess einer möglichen (Nicht)Realisierung des intergenerationellen Konfliktpotenzials ist zu beachten, dass einzelne Modellkomponenten ebenfalls Dynamiken unterliegen. So sind Alterseffekte in keinem Fall als über die Zeit stabil zu betrachten, sondern unterliegen ebenso wie andere Effekte Veränderungen. Die Befunde können dazu beitragen, zukünftige Entwicklungen informierter abzuschätzen. Dies gilt v.a. für potenzielle Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf Alterseffekte. Mit einiger Sicherheit kann prognostiziert werden, dass sich die Generationen in den kommenden Jahren in bestimmten soziodemografischen Merkmalen angleichen werden. Aus heutiger Sicht abzusehen sind Angleichungsprozesse bei den Merkmalen Elternschaft und formaler Bildung: Der Anteil kinderloser und formal höher gebildeter Älterer wird steigen, wenn kinderreiche Bevölkerungsteile, die nicht von der Bildungsexpansion der 1960er und 1970er-Jahre erfasst wurden, allmählich aus der Population ausscheiden und durch nachrückende „neue Alte“

gemutmaßt werden, dass die gedankliche Beschäftigung mit der Generationenthematik im Allgemeinen und der Generationenkonfliktthematik im Speziellen eine Identifizierung mit der eigenen Altersgruppe und damit eine Involvierung begünstigt. Eine offene Frage ist, ob die Wahrnehmung von Unterschieden in Abhängigkeit von der Identifikation mit einer Altersgruppe variiert.

¹⁷⁷ Ausführlich beschreiben Tajfel und Turner (1986) mit der Theorie sozialer Identität Gruppenbildungsprozesse und die Entstehung von Gruppenkonflikten. Soziale Identitäten resultieren aus der zeitgleichen Mitgliedschaft in mehreren sozialen Gruppierungen, denen sich ein Individuum zugehörig fühlt, die verschiedenen Ursprungs sind und unterschiedliche Organisationsgrade aufweisen.

¹⁷⁸ Das Alter gilt, so wie das Geschlecht und Ethnizität, als „*primitive oder automatische Kategorie*“ (Krings/Kluge 2008: 131), deren Wirksamkeit man sich kaum entziehen kann. Grenzen zwischen verschiedenen Altersgruppen sind jedoch nicht als fixe, sondern als verhandelbare Größen anzusehen. Dazu kommt, dass die Einteilung in Altersgruppen mit dem Alter des Betrachters variiert: Ältere setzen die Grenze, ab der jemand als „alt“ gilt, höher an als Jüngere (siehe Williams/Harwood 2004).

¹⁷⁹ Zudem werden bei diesen Prozessen Altersstereotype aktiviert, die von den Medien (mit-)erzeugt und transportiert werden. Für weitere Ausführungen zu Altersstereotypen im Allgemeinen und deren medialen Darstellung im Speziellen siehe etwa Williams/Nussbaum 2001: 46-64; Hummert et al. 2004; Krings/Kluge 2008; Kessler et al. 2004, 2010 und Kessler 2009.

ersetzt werden, die den Jüngeren und Personen mittleren Alters in diesen Eigenschaften ähnlicher sind. Dadurch könnten über diese Eigenschaften verlaufende Effekte des Alters abgeschwächt oder verstärkt werden und Altersunterschiede insgesamt an Relevanz verlieren bzw. gewinnen. Ein Beispiel für solche durch demografische Prozesse induzierten Veränderungen von Altersunterschieden sind familienpolitische Einstellungen. Die für die Älteren beobachtete geringere Zustimmung zum Ausbau der Familienpolitik dürfte zukünftig stärker zum Tragen kommen. Dies trifft dann zu, wenn sich die Faktoren wandeln, die diese Tendenz bislang hemmen, z.B., indem sich die Zusammenhänge zwischen Lebensalter auf der einen, sowie Bildung und Elternschaft auf der anderen Seite abschwächen. Der vermittelte Alterseffekt würde reduziert und der unmittelbare negative Alterseffekt (sofern dieser bestehen bliebe) käme somit stärker zum Tragen. Ähnliche Annahmen lassen sich auch für andere wohlfahrtsstaatliche Präferenzen formulieren, bei denen Alterseffekte über den formalen Bildungsgrad verlaufen.

Neben der demografischen Entwicklung, zu der relativ gesicherte Prognosen vorliegen, sind weitere Faktoren zu beachten, die Konsequenzen auf die Höhe von Altersunterschieden haben könnten, indem sie die vermittelten Alterseffekte verändern. Für diese Faktoren besteht zum aktuellen Zeitpunkt keine Möglichkeit, ihre Entwicklungen in ähnlich informierter Weise abzuschätzen wie bei dem o.g. Beispiel. Ebenso wenig kann prognostiziert werden, wie sich direkte Alterseffekte und weitere einstellungs- und wahrnehmungsrelevante Merkmale verändern werden. Z.B. ist ein Bedeutungszuwachs von politischen Prädispositionen in Folge einer stärkeren Differenzierung der sozialpolitischen Linien der Parteien denkbar, d.h. wenn politische Lösungsvorschläge zur Behebung der Krise der Sozialsysteme sich stärker voneinander abheben. In ähnlicher Weise könnten Alterssorgen für die Präferenzen in der finanziellen und pflegerischen Altersversorgung relevanter werden, wenn in den kommenden Jahren die geburtenstarken Jahrgänge in den Altersruhestand gehen und die Demografieanfälligkeit der Umlagefinanzierung sichtbar wird. Allgemeiner formuliert könnten Prädiktoren, die mit der individuellen sozialen Position in Verbindung stehen, ausschlaggebender werden, z.B. wenn im Rahmen von Reformen sozialstaatliche Leistungen gekürzt und demgegenüber eigenverantwortliche Maßnahmen gestärkt würden.¹⁸⁰

Ergänzend zu den Merkmalen, die für die Erklärung von wohlfahrtsstaatlichen Präferenzen und Perzeptionen intergenerationeller Einstellungsunterschiede an Relevanz verlieren oder gewinnen könnten, ist ein weiteres Änderungspotenzial zu nennen. Dieses resultiert aus Verschiebungen in den Verteilungen von einstellungs- und wahrnehmungsrelevanten Merkmalen. Wenn es z.B. gelingt, die Zufriedenheit mit der Familienpolitik unter den Jüngeren – ein für diese Altersgruppe entscheidendes Kriterium zur Einschätzung eines zukünftigen Generationendissens' – zu heben, schlägt sich diese Zufriedenheitssteigerung ceteris paribus in einer Senkung von Dissensperzeptionen im Aggregat nieder. In ähnlicher Weise legen die Befunde zur Wahrnehmung von Einstellungsunterschieden nahe, dass diese

¹⁸⁰ Insoweit Alterseffekte über diese Merkmale vermittelt werden, könnten Altersunterschiede insgesamt wie oben erläutert zu- oder abnehmen.

Wahrnehmung sinken könnte, wenn es gelingt, die Sichtbarkeit intergenerationaler Unterstützungsleistungen oder das Ausmaß politischen Vertrauens zu erhöhen.¹⁸¹

5.3 Folgerungen für die weitere Forschung

Um derartige Änderungspotenziale zu erkennen, sind regelmäßige Bestandsaufnahmen von Bevölkerungseinstellungen und -wahrnehmungen notwendig. Von Vorteil wäre es dabei, längere Datenreihen mit vergleichbaren Indikatoren zur Verfügung zu haben, um Änderungen in Wohlfahrtsstaatspräferenzen und Dissensperzeptionen untersuchen zu können. Aufschlussreiche Erkenntnisse versprechen zudem ländervergleichende Studien, die eine Einordnung der Befunde für Deutschland ermöglichen. Mit komparativen Designs könnte z.B. der Frage nachgegangen werden, welche Anteile Individual- und Kontextfaktoren bei der Erklärung länderspezifischer Konflikttagenden zukommen, worüber noch wenig bekannt ist. In der wohlfahrtsstaatlichen Einstellungsforschung ist das Potenzial vergleichender Studien ebenfalls offenkundig. Da sich die Datenlage hier zudem im Laufe der letzten Jahre aufgrund von Wiederholungsbefragungen im Rahmen international angelegter Studienreihen verbessert hat, sind komplexe Forschungsdesigns mit kombinierten Länder- und Zeitvergleichen zunehmend möglich. Interessant wäre zudem zu prüfen, ob ein Missverhältnis von Einstellungs- und Wahrnehmungsebene, wie es hier festgestellt wurde, auch in anderen Ländern beobachtet werden kann. Dabei sollten, wie angemerkt, idealiter passgenaue Indikatoren zum Einsatz kommen. Dadurch könnte auch exakter bestimmt werden, in welcher Hinsicht Generationenbeziehungen aus Bevölkerungssicht als problematisch oder eben nicht problematisch eingestuft werden und inwieweit diese Einschätzung im Hinblick auf verschiedene Politikbereiche variiert. Wünschenswert sind zudem Panelstudien, die Einblicke in intra-individuelle Einstellungs- und Wahrnehmungsänderungen versprechen. Damit könnte z.B. der Frage nachgegangen werden, ob, und wenn ja ab welchem Lebensalter, der Einfluss von Bewertungen der Familienpolitik auf wohlfahrtsstaatliche Einstellungen und Wahrnehmungen von Einstellungsunterschieden nachlässt. Neue Aufschlüsse versprechen darüber hinaus experimentelle Studien, mit denen z.B. geprüft werden könnte, in welcher Weise positive/negative Frames in Frageformulierungen zu Reformvorschlägen Zustimmung- und Ablehnungstendenzen beeinflussen. Darauf aufbauend könnte ermittelt werden, inwieweit

¹⁸¹ Damit werden Kompositionseffekte thematisiert, d.h. Effekte, die sich aus einer Änderung der Zusammensetzung der Bevölkerung in den Merkmalen ergeben, die für die Einstellungs- und Wahrnehmungsbildung relevant sind. Bei Betrachtungen von gruppenspezifischen Durchschnitten ist zu beachten, dass diese i.d.R. das Ergebnis zweier Effekte sind: Kompositions- und Struktureffekten; letztere wurden in dieser Arbeit identifiziert. Kompositionseffekte liegen vor, wenn einstellungs- und wahrnehmungsrelevante Variablen innerhalb der Altersgruppen ungleich verteilt sind. Struktureffekte beschreiben den innerhalb von Altersgruppen unterschiedlich ausfallenden Einfluss relevanter Merkmale. Eine Herausforderung besteht darin, beide Aspekte gemeinsam zu betrachten. Entsprechende Ansätze sind v.a. in der Arbeitsmarktforschung zu beobachten, insbesondere zur Erklärung von Lohnunterschieden (siehe z.B. Finke 2011). In dieser Arbeit erfolgte eine Annäherung an die Kombination von Kompositions- und Struktureffekten, indem bei vorliegenden Struktureffekten (d.h. altersspezifischen Determinanten von Einstellungen/Wahrnehmungen) die relativen Anteile von Jüngeren und Älteren genannt wurden, die die entsprechenden Ausprägungen des Merkmals aufweisen, in denen sich Alt und Jung unterscheiden.

derartige Frames mit der Wahrnehmung konfliktärer Tendenzen in einem Zusammenhang stehen.

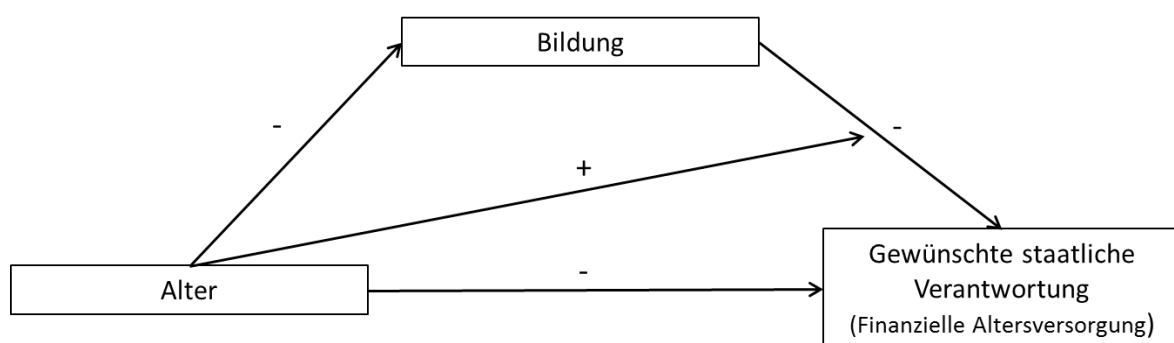
Bei zukünftigen Studien ist zudem das Augenmerk darauf zu legen, weitere Prädiktoren zu erheben, die zur Erklärung von wohlfahrtsstaatlichen Orientierungen und von Wahrnehmungen von Einstellungsunterschieden beitragen können. Für diese Untersuchung lagen z.B. nur wenige Indikatoren zur Abbildung von Wertorientierungen vor. Aufschlussreich könnte der Einbezug erprobter Egalitarismusindikatoren zur Erfassung von Gerechtigkeitsurteilen sein. Wird zudem die Existenz eines Werteppluralismus' behauptet und angenommen, dass sich verschiedene Wertedimensionen in individuellen Wertvorstellungen niederschlagen, ist die Berücksichtigung weiterer Werteindikatoren (z.B. nach Schwartz 1994) zu überdenken. Mit Blick auf interessenbasierte Prädiktoren wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen ist womöglich die Zusatzinformation hilfreich, wer welche sozialstaatlichen Leistungen bezieht und wie hoch die individuelle Angewiesenheit darauf ist. Für die Untersuchung von Dissensperzeptionen könnte aufschlussreich sein, Bewertungen von sozialstaatlichen Reformen oder Persönlichkeitsmerkmale einzubeziehen. Durch Inklusion weiterer Determinanten könnte man sich auch der inhaltlichen Bedeutung von Alterseffekten weiter annähern.

Über diese Möglichkeiten hinaus erscheint eine stärkere Anbindung der wohlfahrtsstaatlichen Einstellungsforschung an die übrige Einstellungsforschung überfällig. Ullrich (2000: 15) beklagt dahingehend eine „[...] nicht zu übersehende Konzeptions- und Theorielosigkeit“. Dabei ist die spezifische wohlfahrtsstaatliche Einstellungsforschung anschlussfähig an die allgemeinere politische Einstellungsforschung. Die Identifizierung gemeinsamer Berührungspunkte bietet Optionen zur Zusammenführung der verschiedenen Perspektiven. Brücken zur Einstellungs- und Wahlforschung werden auch durchaus geschlagen, aber recht unspezifisch auf den Forschungsgegenstand angewandt. Die Chancen zur Ausarbeitung eines stärker integrativen Ansatzes wurden nach derzeitigem Kenntnisstand noch nicht ausreichend ausgelotet. Notwendig ist eine stärkere theoretische Fundierung z.B. der Merkmale, mit denen Wohlfahrtsstaatspräferenzen erklärt werden können. In den meisten Fällen erfolgt die Vorstellung und Untersuchung verfügbarer Merkmale nach einem knappen Verweis auf interessen- und wertebasierte Motive ohne grundlegendere theoretische Vermutungen über deren spezifische Wirkungsweisen. Wertvoll wären zudem Erkenntnisse dazu, inwiefern Wohlfahrtsstaatspräferenzen in Sozialisationsprozessen tradiert werden und welchen lebenszyklischen Änderungen sie unterworfen sind. Weitere theoretische Anknüpfungspunkte an die politische Soziologie liefert die Forschung zu Einstellungssystemen. Kenntnisse darüber, wie sich wohlfahrtsstaatliche Präferenzen in Einstellungssystemen mit verschiedenen Hierarchieebenen einfügen, würden helfen, Einstellungsbildung und -änderung in diesem Bereich besser zu verstehen. In Anlehnung an die Wahlforschung könnte darüber hinaus geprüft werden, inwiefern Wahlkämpfe Wirkungen auf Sozialstaatspräferenzen haben, die wiederum Einfluss auf die Wahlentscheidung nehmen können. Noch größerer Nachholbedarf ist in der Forschung zur Wahrnehmung von Interessengegensätzen und sozialen Konflikten festzustellen. Hier gibt es nur wenige Arbeiten, in denen Bevölkerungswahrnehmungen empirisch untersucht werden, unter denen wiederum Alt-Jung-Gegensätze nur in den wenigsten Fällen gesondert analysiert werden. Dabei zeigen die Befunde dieser und anderer Studien, dass es

sich lohnt, in diese Richtung zu forschen. Die Wahrnehmung von Einstellungsunterschieden ist keineswegs völlig erratisch, sondern unterliegt bestimmten Strukturen. Um diese offenzulegen, wie für eine Inspektion möglicher Konfliktenstehung und -verläufe selbst, wäre ein stärkerer Austausch zwischen der intergenerationellen Einstellungsforschung und der Konfliktforschung gewiss fruchtbar.

Neben diesen Forschungsdesideraten ist auf einen aus methodischer Sicht vielversprechenden Anknüpfungspunkt für zukünftige Forschungsarbeiten hinzuweisen, der in dieser Arbeit aufgrund der bereits umfangreichen Forschungsagenda nicht verfolgt wurde. Pfad- und Moderatoranalysen wurden hier getrennt voneinander durchgeführt. In einer gemeinsamen Betrachtung der Befunde finden sich Hinweise darauf, dass eine Kombination beider Methoden weiterführende Erkenntnisse verspricht. Dies gilt in den Fällen, in denen der Effekt der mittels der Pfadanalysen ermittelten relevanten intervenierenden Variablen auf die abhängige Variable zugleich vom Alter moderiert wird. Z.B. wurde in Bezug auf die gewünschte staatliche Verantwortung bei der finanziellen Altersversorgung festgestellt, dass der Alterseffekt über den Bildungsgrad vermittelt wird. Zudem wurde nachgewiesen, dass das Alter den Bildungseffekt moderiert. Grafisch veranschaulicht ist die Kombination beider Befunde in Form einer moderierten Mediation in Abbildung 24. Die entscheidende Konsequenz dieser Effektkonstellation ist, dass der indirekte Alterseffekt via Bildung seinerseits vom Alter abhängig ist, es besteht also ein konditionaler indirekter Effekt. Weitere Hinweise auf konditionale indirekte Alterseffekte gibt es bei Einstellungsunterschieden in der Rente (via Belastung der Jüngeren). Es liegen Vorschläge zur empirischen Umsetzung von moderierten Mediationen vor (siehe Edwards/Lambert 2007; Preacher et al. 2007: 195f.). Derartige Analysen könnten das Verständnis über die Wirkungsweise des Alters weiter erhöhen.

Abbildung 24: Darstellung einer moderierten Mediation am Beispiel der gewünschten staatlichen Verantwortung im Bereich finanzielle Altersversorgung



In der Summe wird deutlich, dass es ergänzender Untersuchungen bedarf, um Hintergründe, Ursachen und Verlaufsformen eines Generationenkonflikts besser zu verstehen. In dieser Arbeit wurden erste Schritte dazu geleistet. Die Befunde zeigen neue Fragen auf und weisen auf theoretische und mögliche empirische Anknüpfungspunkte zukünftiger Forschungsarbeiten hin.

5.4 Ausblick

Ist das Bewusstsein schlimmer als die Lage – oder ist es eher umgekehrt? Das Bild eines Generationenkonfliktes ist in der öffentlichen Debatte seit vielen Jahren präsent, wie in der Einleitung dargelegt wurde. Diese mediale Präsenz könnte erklären, warum die Wahrnehmung intergenerationeller Einstellungsunterschiede in der Bevölkerung derart weit verbreitet ist. Angesichts dessen könnte man beunruhigt sein. Allerdings: Ältere und Jüngere stellen recht ähnliche Anforderungen an das wohlfahrtsstaatliche Engagement. Intergenerationelle Einstellungsunterschiede in den untersuchten jungen und alten Politikbereichen sind wesentlich geringer als dies vor dem Hintergrund gängiger Szenarien vermutet wurde und offenbar nicht in starkem Maße von eigennutzorientierten Motiven dominiert. Damit ist keine Aussage darüber getroffen, ob Altersunterschiede in *anderen* wohlfahrtsstaatlichen Einstellungsdimensionen bestehen, das ist sogar wahrscheinlich: Als relativ gesichert gilt z.B., dass Jüngere im Hinblick auf ihr Alter besorgter sind als Ältere, dies ist ein Befund dieser und weiterer Studien (siehe z.B. Bielenski et al. 1983: 14; Dallinger 2002: 672; Ullrich 2008: 186).¹⁸² Derartige Unterschiede in der Bewertung der Zielerreichung verweisen auf die Folgendimension wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen. Weitere Ergebnisse legen nahe, dass Jüngere andere Reformoptionen und eine andere sozialpolitische Ausgestaltung gutheißen als Ältere (siehe etwa Boeri et al. 2001; Miettinen et al. 2008; Bonoli/Häusermann 2009; Wilkoszewski/Muth 2009; Trüdinger 2011; Fernández/Jaime-Castillo 2013), damit werden differierende Bewertungen der eingesetzten Mittel zur Zielerreichung thematisiert. Dabei dürfte eine Rolle spielen, inwieweit die konkrete Ausgestaltung von Wohlfahrtspolitiken mit individuellen Belastungen in Form von Kostenübernahmen oder Leistungseinbußen einhergeht; hiermit ist schließlich die Finanzierungsdimension angesprochen. Dennoch: Es besteht eine recht große Einigkeit darüber, dass sich der Staat in hohem Maße bei der Altersversorgung und in anderen sozialstaatlichen Bereichen einbringen und beträchtliche Leistungen erbringen sollte.¹⁸³ Und auch wenn Unterschiede in anderen Bereichen bestehen, ist diese relative Übereinstimmung als eine gute Basis für zukünftige Anstrengungen zu betrachten:

¹⁸² Dies kann zum einen daran liegen, dass das Rentensystem an Tragfähigkeit verliert und das durchschnittliche Rentenniveau in Zukunft bis zu einer gewissen Grenze sinken wird. Zum anderen sei daran erinnert, dass die besorgtere Haltung der Jüngeren ein Ausdruck von Unsicherheit angesichts des großen zeitlichen Abstands zu ihrer Ruhephase sein könnte (Abschnitt 2.2.3). Zukünftige Reformen und Änderungen im Alterssicherungssystem sind für sie nicht absehbar, eine vorausschauende Reaktion darauf folgerichtig nicht oder nur bedingt möglich. Unsicherheiten, die in Verbindung mit dem Lebenszyklus und damit der zeitlichen Nähe zum Altersruhestand stehen, schwächen sich mit fortschreitendem Alter daher voraussichtlich teilweise ab.

¹⁸³ Es hat den Anschein, dass es sich bei sozialstaatlicher Aktivität um ein Valenzissue (Stokes 1963) handeln könnte, also ein Thema, bei dem weitgehender Konsens über die allgemeine Zielrichtung besteht (siehe dazu auch Wilkoszewski 2008: 194-196), der sich nicht zwangsläufig auch auf die Mittel zur Zielerreichung erstreckt. Inwieweit diese hohe geforderte staatliche Bringschuld im Zusammenhang mit der These einer Anspruchsspirale zu sehen ist, wonach der Sozialstaat diese hohe Nachfrage in Teilen selbst erzeugt hat, die zum Problem werden könnte (siehe Fußnote 8), ist eine andere Frage. Offenbar wird der Wunsch nach umfassender sozialstaatlicher Verantwortung aber nicht reflexartig geäußert. Analysen von Reformpräferenzen zeigen: „[...] es werden auch einige Optionen mehrheitlich befürwortet, die kein Mehr an Staatstätigkeit bedeuten müssen“ (Trüdinger 2011: 258). Weitere Studien kommen zu einem ähnlichen Ergebnis, wonach Wohlfahrtsstaatsbefürworter einen Abbau bzw. Stillstand unter bestimmten Umständen tolerieren, z.B. wenn dadurch ein wirtschaftlicher Abschwung gebremst bzw. verhindert wird (siehe Giger/Nelson 2013).

Der Versorgungsanspruch der Älteren wird ebenso wenig in Frage gestellt wie der für die Jüngeren.

Kann man daraus schließen, dass die Bevölkerung immun gegenüber diesen öffentlichen Debatten ist, die sich zuweilen in konfliktärer Rhetorik ergehen? Dem ist angesichts der verbreiteten Wahrnehmung von Einstellungsunterschieden nicht zuzustimmen, die als entscheidend für künftige Entwicklungen ausgemacht wurde. Die vorangegangenen Ausführungen haben verdeutlicht, dass ein Generationenkonflikt theoretisch im Rahmen des Möglichen liegt, dass realiter aber viele Faktoren – über die hier untersuchten Einstellungs- und Wahrnehmungsaspekte hinaus – zusammenkommen müssen, um einen offenen Konflikt auszulösen. Wenn eine solche Auseinandersetzung verhindert werden soll, ergeben sich hier mögliche Anknüpfungspunkte zur Intervention.¹⁸⁴

Dahingehend könnte gerade die in dieser Arbeit festgestellte Nichtübereinstimmung von Einstellungs- und Wahrnehmungsebene einen Ausgangspunkt darstellen. Da es keine Hinweise darauf gibt, dass die Dissenswahrnehmung eine empirische Basis in Form von Einstellungsunterschieden hat, gibt es hier einen Ansatzpunkt zur „Deeskalation“ der teilweise als aufgeladen zu bezeichnenden Stimmung, vorausgesetzt, dass die Ähnlichkeiten in den Einstellungen kommuniziert werden und stärker ins öffentliche Bewusstsein eindringen. Die Erkenntnis, dass das übergreifende Zustimmungsniveau zu verschiedenen alterssensiblen Politikbereichen unabhängig vom Alter relativ ähnlich ist, könnte die Basis für einen konstruktiven Dialog über die Sozialversicherungsproblematik einleiten. Erkenntnisse zu den Erklärungsfaktoren der Dissenswahrnehmung könnten ergänzende Anknüpfungspunkte darstellen, um die verbreitete Perzeption von intergenerationellen Einstellungsunterschieden zu minimieren. Wird eine so beschriebene Möglichkeit nicht ergriffen, ist nicht auszuschließen, dass die Wahrnehmung von Einstellungsunterschieden im Sinne einer sich selbst-erfüllenden Prophezeiung tatsächlich zu Generationenunterschieden mit dementsprechenden Konsequenzen führt. Die aktuelle Situation ist wesentlich komfortabler einzuschätzen, als wenn hohe Einstellungsunterschiede *und* eine ausgeprägte Wahrnehmung derselben festgestellt worden wären. Bestehende Altersunterschiede sind daher trotz der hohen Bedeutung der Wahrnehmungskomponente keineswegs unbedeutend: Sie ändern die Rahmenbedingungen zur Ausbildung eines Konflikts insoweit, als dass in diesem Fall tatsächlich Einstellungsunterschiede bestehen, und nicht, wie im Fall eines falschen Konflikts, Einstellungsähnlichkeit, die aufgedeckt werden könnte.

Hier wird ein Vorteil des gewählten Untersuchungsdesigns offenkundig. Die Interpretation der Befunde auf lediglich einer der beiden Ebenen hätte zu völlig anderen Einschätzungen geführt: Geringe altersspezifische Einstellungsunterschiede hätten im Sinne eines unkritischen „weiter so“ in der Sozialpolitik gedeutet werden können. Die hohe Verbreitung der Perzeption von Einstellungsunterschieden wiederum hätte als direkte Handlungsaufforderung für sozialpolitische Änderungen verstanden werden können. Erst die Inklusion beider Di-

¹⁸⁴ Die Frage nach der Konfliktbewertung wurde in dieser Arbeit nicht gestellt. Angemerkt wurde lediglich, dass Konflikte nicht per se als nachteilig oder dysfunktional einzustufen sind, sondern verschiedentlich als Motor gesellschaftlicher Veränderungen angesehen werden, siehe dazu Fußnote 47.

mensionen erlaubt eine differenzierte Betrachtung des Konfliktpotenzials und bietet die Möglichkeit, Stellschrauben zu identifizieren.

Ob es also zu einem Generationenkonflikt kommen wird und welche Form dieser annimmt, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht bestimmt werden. Vergessen werden sollte in der Debatte auch nicht, dass es Unterschiede zwischen den Generationen schon immer gab und vermutlich immer geben wird. Konfliktäre Tendenzen im Wohlfahrtsstaat sind zudem nicht auf intergenerationelle Differenzen zu begrenzen. Befürworter oder Gegner umfassender Sozialstaatlichkeit lassen sich, wie gezeigt wurde, auch kaum einzelnen Altersgruppen zuweisen; beobachtete Trennlinien innerhalb der Generationen könnten weitaus entscheidender für die Entwicklung von Konfliktlinien sein. Objektiv betrachtet liefert die derzeitige Ausgangslage keine akuten Hinweise auf schwerwiegende Auseinandersetzungen zwischen den Generationen. Zukünftige Lageveränderungen, z.B. als Reaktion auf Änderungen in Wohlfahrtspolitiken, können anhand dieser Momentaufnahme aber keineswegs ausgeschlossen werden, weshalb es nötig sein wird, Einstellungen und Wahrnehmungen in der Bevölkerung weiterhin im Blick zu behalten. Die Aufgabe von Politik, Medien und Wissenschaft, einerseits Aufmerksamkeit in der Gesellschaft für die Konsequenzen der Bevölkerungsalterung zu generieren und Wissen zu transportieren, um in transparenter Weise einen angemessenen Umgang zu ermöglichen und andererseits eine Dramatisierung der Lagebeschreibung zu vermeiden, bleibt eine Herausforderung.

Anhang A: Zusätzliche Tabellen und Grafiken

Tabelle A.1:	Ausgaben für ausgewählte wohlfahrtsstaatliche Leistungen für die Jahre 1991, 2000, 2013	189
Tabelle A.2:	Deskription der unabhängigen Variablen	190
Tabelle A.3:	Zusammenhänge zwischen dem Alter und weiteren unabhängigen Variablen	191
Tabelle A.4:	Univariate Statistiken wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen	192
Tabelle A.5:	Gewünschte staatliche Verantwortung in verschiedenen Politikbereichen nach Alter im Detail	193
Tabelle A.6:	Gewünschte staatliche Leistungshöhe in verschiedenen Politikbereichen nach Alter im Detail	194
Tabelle A.7:	Lineare und nicht-lineare Alterseffekte auf die gewünschte staatliche Verantwortung in verschiedenen Politikbereichen	195
Tabelle A.8:	Lineare und nicht-lineare Alterseffekte auf die gewünschte staatliche Leistungshöhe in verschiedenen Politikbereichen	196
Tabelle A.9:	Multikollinearitätsstatistik für die OLS-Regressionen der gewünschten staatlichen Verantwortung in verschiedenen Politikbereichen	197
Tabelle A.10:	Multikollinearitätsstatistik für die OLS-Regressionen der gewünschten staatlichen Leistungshöhe in verschiedenen Politikbereichen.....	198
Tabelle A.11:	Univariate Statistiken der Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden.....	198
Tabelle A.12:	Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden nach Alter im Detail	199
Tabelle A.13:	Lineare und nicht-lineare Alterseffekte auf die Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden	200
Tabelle A.14:	Multikollinearitätsstatistik für die OLS-Regressionen der Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden.....	201
Abbildung A.1:	Nicht-linearer Alterseffekt auf die gewünschte staatliche Verantwortung in der finanziellen Altersversorgung	202
Abbildung A.2:	Nicht-linearer Alterseffekt auf die gewünschte staatliche Verantwortung in der Pflege im Alter.....	202
Abbildung A.3:	Nicht-linearer Alterseffekt auf die gewünschte staatliche Verantwortung in der Familienpolitik.....	203
Abbildung A.4:	Effekt von Unzufriedenheit mit der Familienpolitik auf die gewünschte staatliche Verantwortung in der Familienpolitik nach Elternschaft.....	203
Abbildung A.5:	Effekt von unzureichender Interessenvertretung Jüngerer auf die gewünschte staatliche Verantwortung in der Familienpolitik nach Elternschaft.....	204
Abbildung A.6:	Effekt von Unzufriedenheit mit der Bildungspolitik auf die gewünschte staatliche Verantwortung in der Bildungspolitik nach Elternschaft.....	204

Abbildung A.7:	Effekt von unzureichender Interessenvertretung Jüngerer auf die gewünschte staatliche Verantwortung in der Bildungspolitik nach Elternschaft.....	205
Abbildung A.8:	Effekt von Unzufriedenheit mit der Familienpolitik auf die gewünschte staatliche Leistungshöhe in der Familienpolitik nach Elternschaft	205
Abbildung A.9:	Effekt von unzureichender Interessenvertretung Jüngerer auf die gewünschte staatliche Leistungshöhe in der Familienpolitik nach Elternschaft.....	206
Abbildung A.10:	Effekt von Unzufriedenheit mit der Bildungspolitik auf die gewünschte staatliche Leistungshöhe in der Bildungspolitik nach Elternschaft	206
Abbildung A.11:	Effekt von unzureichender Interessenvertretung Jüngerer auf die gewünschte staatliche Leistungshöhe in der Bildungspolitik nach Elternschaft.....	207
Abbildung A.12:	Altersunterschiede in der gewünschten staatlichen Verantwortung in der finanziellen Altersversorgung nach Bildung	207
Abbildung A.13:	Altersunterschiede in der gewünschten staatlichen Verantwortung in der Familienpolitik nach Unzufriedenheit mit der Familienpolitik.....	208
Abbildung A.14:	Altersunterschiede in der gewünschten staatlichen Leistungshöhe in der finanziellen Altersversorgung nach Wahrnehmung der eigenen Wirtschaftslage (aktuell)	208
Abbildung A.15:	Altersunterschiede in der gewünschten staatlichen Leistungshöhe in der Pflege im Alter nach Wahrnehmung der eigenen Wirtschaftslage (aktuell)	209
Abbildung A.16:	Altersunterschiede in der gewünschten staatlichen Leistungshöhe in der Familienpolitik nach Unzufriedenheit mit der Familienpolitik	209
Abbildung A.17:	Altersunterschiede in der gewünschten staatlichen Leistungshöhe in der Bildungspolitik nach Wahrnehmung der allgemeinen Wirtschaftslage (prospektiv).....	210
Abbildung A.18:	Nicht-linearer Alterseffekt auf die Wahrnehmung von aktuellen allgemeinen intergenerationellen Einstellungsunterschieden.....	210
Abbildung A.19:	Altersunterschiede in der Wahrnehmung von prospektiven intergenerationellen Einstellungsunterschieden (allgemein) nach Bildung	211
Abbildung A.20:	Altersunterschiede in der Wahrnehmung von prospektiven intergenerationellen Einstellungsunterschieden (allgemein) nach Wahrnehmung der allgemeinen Wirtschaftslage (prospektiv)	211
Abbildung A.21:	Altersunterschiede in der Wahrnehmung von prospektiven intergenerationellen Einstellungsunterschieden (allgemein) nach Unzufriedenheit mit der Familienpolitik	212
Abbildung A.22:	Altersunterschiede in der Wahrnehmung von prospektiven intergenerationellen Einstellungsunterschieden (spezifisch) nach Unzufriedenheit mit der finanziellen Altersversorgung	212

- Abbildung A.23: Altersunterschiede in der Wahrnehmung von prospektiven intergenerationellen Einstellungsunterschieden (spezifisch) nach wahrgenommener Unterstützung Älterer durch die Jüngeren 213
- Abbildung A.24: Altersunterschiede in der Wahrnehmung von prospektiven intergenerationellen Einstellungsunterschieden (spezifisch) nach wahrgenommener Belastung Jüngerer durch die Älteren 213

Tabelle A.1: Ausgaben für ausgewählte wohlfahrtsstaatliche Leistungen für die Jahre 1991, 2000, 2013

Jahr	Anteil am Sozialbudget in Prozent	Anteil am Bruttoinlandsprodukt in Prozent
1991		
Rentenversicherung	32,0	8,7
Krankenversicherung	22,3	6,0
Pflegeversicherung	/	/
Unfallversicherung	1,8	0,5
Arbeitslosenversicherung	8,6	2,3
Unterstützung von Familien	7,3	2,0
Bildung, Forschung, Wissenschaft (Angaben für 1995)	/	5,8
Sozialbudget insgesamt: 397,3 Mrd. Euro, Sozialleistungsquote: 25,9%		
2000		
Rentenversicherung	33,8	10,6
Krankenversicherung	20,5	6,5
Pflegeversicherung	2,6	0,8
Unfallversicherung	1,7	0,5
Arbeitslosenversicherung	7,7	2,4
Unterstützung von Familien	9,5	2,9
Bildung, Forschung, Wissenschaft	/	5,5
Sozialbudget insgesamt: 608,5 Mrd. Euro, Sozialleistungsquote: 29,7%		
2013		
Rentenversicherung	31,1	9,6
Krankenversicherung	22,8	7,0
Pflegeversicherung	2,9	0,9
Unfallversicherung	1,5	0,5
Arbeitslosenversicherung	3,4	1,1
Unterstützung von Familien	9,5	2,9
Bildung, Forschung, Wissenschaft (Angaben für 2012)	/	5,5
Sozialbudget insgesamt: 812,2 Mrd. Euro, Sozialleistungsquote: 29,7%		

Anmerkungen: Quellen: Statistisches Bundesamt und Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Vorläufige Schätzungen für 2013. Die Sozialleistungsquote entspricht dem Anteil des Sozialbudgets am Bruttoinlandsprodukt; der Bereich Bildung, Forschung, Wissenschaft ist nicht im Sozialbudget enthalten. Unterstützung von Familien umfasst: Familienzuschläge, Kindergeld und Familienlastenausgleich, Erziehungs-/Elterngeld, Kinder- und Jugendhilfe. Bildung, Forschung, Wissenschaft umfasst: Ausgaben für Bildungseinrichtungen in öffentlicher und privater Trägerschaft (siehe Bereich A30 im Bildungsbudget, darunter fallen v.a.: Kindergärten/Vorschulklassen/Schulkindergärten, Schulen/schulnaher Bereich, Fachschulen/Fachakademien/Berufsakademien/Studentenwerke/Forschung und Entwicklung an Hochschulen) und Ausgaben für weitere Bildungsangebote (siehe Bereich B20 im Bildungsbudget: Krippen/Horte in öffentlicher und privater Trägerschaft, Einrichtungen der Jugendarbeit, Lehrerfortbildung, Volkshochschule, Bildungseinrichtungen der Tarifparteien, Kammern, Verbände).

Tabelle A.2: Deskription der unabhängigen Variablen

Metrische/ Dichotome Variablen	Mittelwert/ Anteil mit Merkmalsausprägung 1 in Prozent	Standardabweichung/-	Minimum	Maximum	Fallzahl
Alter	51,0	19,13	18	96	3884
Geschlecht (Frau)	51,9	-	0	1	3911
Kinder	69,2	-	0	1	3900
Wohnregion (Ostdeutschland)	20,9	-	0	1	3911
Bildung	0,41	0,41	0	1	3876
Erwerbstätigkeit	46,2	-	0	1	3879
Subjektive Schichtestufung	0,39	0,23	0	1	3842
Eigene Wirtschaftslage (aktuell)	0,37	0,21	0	1	3903
Eigene Wirtschaftslage (prospektiv)	0,47	0,20	0	1	3833
Sorgen im Hinblick auf die eigene finanzielle Altersabsicherung	0,46	0,35	0	1	3864
Sorgen im Hinblick auf die eigene medizinische Altersabsicherung	0,50	0,34	0	1	3868
Allgemeine Wirtschaftslage (aktuell)	0,40	0,20	0	1	3891
Allgemeine Wirtschaftslage (prospektiv)	0,49	0,21	0	1	3757
Unzufriedenheit					
... mit der finanziellen Altersversorgung	0,62	0,26	0	1	3813
... mit der Pflege im Alter	0,63	0,26	0	1	3731
... mit der Gesundheitspolitik	0,64	0,27	0	1	3877
... mit der Familienpolitik	0,52	0,24	0	1	3757
... mit der Bildungspolitik	0,60	0,26	0	1	3855
Politisches Vertrauen	0,51	0,19	0	1	3900
Unzureichende Interessenvertretung Jüngerer	0,65	0,31	0	1	3782
Unzureichende Interessenvertretung Älterer	0,49	0,30	0	1	3833
Parteiidentifikation mit der CDU/CSU	23,1	-	0	1	3911
Parteiidentifikation mit der SPD	21,4	-	0	1	3911
Parteiidentifikation mit der FDP	2,1	-	0	1	3911
Parteiidentifikation mit den Grünen	9,6	-	0	1	3911
Parteiidentifikation mit der Linken	3,4	-	0	1	3911
Parteiidentifikation mit keiner/anderer Partei	40,5	-	0	1	3911
Ältere unterstützen Jüngere	0,55	0,19	0	1	3799
Jüngere unterstützen Ältere	0,45	0,19	0	1	3803
Probleme durch demografischen Wandel	0,61	0,24	0	1	3870
Ältere leben auf Kosten der Jüngeren	0,38	0,34	0	1	3864

Anmerkung: Codierungen und Anzahl der Kategorien ersichtlich in Tabellen 4 und 5.

Tabelle A.3: Zusammenhänge zwischen dem Alter und weiteren unabhängigen Variablen

	Korrelation/Cramers V	Fallzahl
Geschlecht (Frau)	0,23 ^c	3876
Kinder	0,64 ^c	3875
Wohnregion (Ost)	0,25 ^c	3877
Bildung	-0,38 ^c	3852
Erwerbstätigkeit	0,69 ^c	3858
Subjektive Schichteinstufung	-0,03	3821
Eigene Wirtschaftslage (aktuell)	-0,15 ^c	3876
Eigene Wirtschaftslage (prospektiv)	0,38 ^c	3807
Sorgen im Hinblick auf die eigene finanzielle Altersabsicherung	-0,28 ^c	3841
Sorgen im Hinblick auf die eigene medizinische Altersabsicherung	-0,23 ^c	3843
Allgemeine Wirtschaftslage (aktuell)	-0,03	3864
Allgemeine Wirtschaftslage (prospektiv)	0,04 ^a	3732
Unzufriedenheit		
... mit der finanziellen Altersversorgung	-0,10 ^c	3786
... mit der Pflege im Alter	-0,06 ^c	3709
... mit der Gesundheitspolitik	0,01	3851
... mit der Familienpolitik	-0,04 ^a	3730
... mit der Bildungspolitik	-0,05 ^b	3828
Politisches Vertrauen	0,04 ^b	3873
Unzureichende Interessenvertretung Jüngerer	-0,16 ^c	3758
Unzureichende Interessenvertretung Älterer	0,13 ^c	3807
Parteiidentifikation mit der CDU/CSU	0,27 ^c	3881
Parteiidentifikation mit der SPD	0,26 ^c	3880
Parteiidentifikation mit der FDP	0,24 ^c	3876
Parteiidentifikation mit den Grünen	0,23 ^c	3878
Parteiidentifikation mit der Linken	0,20 ^c	3882
Parteiidentifikation mit keiner/anderer Partei	0,28 ^c	3882
Ältere unterstützen Jüngere	0,18 ^c	3776
Jüngere unterstützen Ältere	0,05 ^b	3778
Probleme durch demografischen Wandel	-0,04 ^a	3843
Ältere leben auf Kosten der Jüngeren	-0,25 ^c	3838

Anmerkungen: Zelleneinträge: Pearsonsche Korrelationskoeffizienten. Kursive Zelleneinträge: Cramers V. Signifikanzniveau: ^a: p≤0,05, ^b: p≤0,01, ^c: p≤0,001.

Tabelle A.4: Univariate Statistiken wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen

Gewünschte staatliche Verantwortung	Finanzielle Altersversorgung	Pflege im Alter	Familie	Bildung
Niedriges Niveau	7,6%	4,5%	6,1%	1,8%
Mittleres Niveau	46,0%	34,5%	37,8%	17,8%
Hohes Niveau	46,4%	61,0%	56,1%	80,4%
Summe	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%
Mittelwert	0,64	0,70	0,68	0,81
Standardabweichung	0,22	0,21	0,21	0,19
Fallzahl (ungew.)	3859	3832	3827	3873
Gewünschte staatliche Leistungshöhe	Finanzielle Altersversorgung	Pflege im Alter	Familie	Bildung
Sehr viel weniger	0,5%	0,2%	0,1%	0,0%
Weniger	4,6%	1,6%	3,1%	0,8%
So wie jetzt	37,1%	24,2%	34,0%	13,7%
Mehr	49,0%	59,4%	51,5%	54,7%
Sehr viel mehr	8,8%	14,6%	11,2%	30,7%
Summe	100,0%	100,0%	99,9%	99,9%
Mittelwert	0,65	0,72	0,68	0,79
Standardabweichung	0,18	0,17	0,18	0,17
Fallzahl (ungew.)	3759	3707	3754	3815

Anmerkungen: Ohne fehlende Werte. Summen ungleich 100 Prozent sind rundungsbedingt. Gewünschte staatliche Verantwortung gemessen auf einer 11er-Skala von 0 (Staat sollte überhaupt nicht verantwortlich sein) bis 1 (Staat sollte voll und ganz verantwortlich sein). Niedriges Niveau: 0-0,3, mittleres Niveau: 0,4-0,6, hohes Niveau: 0,7-1.

Tabelle A.5: Gewünschte staatliche Verantwortung in verschiedenen Politikbereichen nach Alter im Detail

Finanzielle Altersversorgung	18-35 Jahre	36-59 Jahre	≥ 60 Jahre
Niedriges Niveau	5,7%	7,8%	9,0%
Mittleres Niveau	40,5%	47,6%	48,9%
Hohes Niveau	53,8%	44,6%	42,2%
Summe	100,0%	100,0%	100,1%
Mittelwert	0,66	0,63	0,62
Standardabweichung	0,20	0,21	0,23
Fallzahl (ungew.)	1109	1317	1433
Pflege im Alter	18-35 Jahre	36-59 Jahre	≥ 60 Jahre
Niedriges Niveau	3,7%	3,8%	5,7%
Mittleres Niveau	31,4%	35,8%	35,7%
Hohes Niveau	64,9%	60,4%	58,6%
Summe	100,0%	100,0%	100,0%
Mittelwert	0,71	0,71	0,69
Standardabweichung	0,20	0,20	0,22
Fallzahl (ungew.)	1094	1312	1426
Familie	18-35 Jahre	36-59 Jahre	≥ 60 Jahre
Niedriges Niveau	4,7%	5,4%	7,8%
Mittleres Niveau	30,8%	34,0%	46,8%
Hohes Niveau	64,5%	60,6%	45,4%
Summe	100,0%	100,0%	100,0%
Mittelwert	0,71	0,70	0,64
Standardabweichung	0,21	0,21	0,21
Fallzahl (ungew.)	1105	1311	1411
Bildung	18-35 Jahre	36-59 Jahre	≥ 60 Jahre
Niedriges Niveau	1,5%	1,1%	2,7%
Mittleres Niveau	13,7%	15,6%	23,1%
Hohes Niveau	84,8%	83,3%	74,2%
Summe	100,0%	100,0%	100,0%
Mittelwert	0,83	0,83	0,77
Standardabweichung	0,18	0,18	0,21
Fallzahl (ungew.)	1111	1318	1444

Anmerkungen: Siehe Tabelle A.4.

Tabelle A.6: Gewünschte staatliche Leistungshöhe in verschiedenen Politikbereichen nach Alter im Detail

Finanzielle Altersversorgung	18-35 Jahre	36-59 Jahre	≥ 60 Jahre
Sehr viel weniger	0,8%	0,3%	0,5%
Weniger	5,8%	3,6%	4,5%
So wie jetzt	30,4%	38,2%	41,5%
Mehr	52,1%	48,9%	46,5%
Sehr viel mehr	10,9%	8,9%	7,0%
Summe	100,0%	99,9%	100,0%
Mittelwert	0,67	0,66	0,64
Standardabweichung	0,19	0,18	0,18
Fallzahl (ungew.)	1096	1280	1383
Pflege im Alter	18-35 Jahre	36-59 Jahre	≥ 60 Jahre
Sehr viel weniger	0,1%	0,1%	0,3%
Weniger	1,5%	1,9%	1,4%
So wie jetzt	24,1%	23,6%	24,9%
Mehr	58,1%	58,9%	61,0%
Sehr viel mehr	16,3%	15,5%	12,4%
Summe	100,1%	100,0%	100,0%
Mittelwert	0,72	0,72	0,71
Standardabweichung	0,17	0,17	0,16
Fallzahl (ungew.)	1068	1264	1375
Familie	18-35 Jahre	36-59 Jahre	≥ 60 Jahre
Sehr viel weniger	0,0%	0,1%	0,3%
Weniger	4,5%	2,5%	2,5%
So wie jetzt	30,6%	29,4%	41,1%
Mehr	50,7%	55,7%	48,3%
Sehr viel mehr	14,3%	12,3%	7,8%
Summe	100,1%	100,0%	100,0%
Mittelwert	0,69	0,69	0,65
Standardabweichung	0,19	0,17	0,17
Fallzahl (ungew.)	1095	1280	1379
Bildung	18-35 Jahre	36-59 Jahre	≥ 60 Jahre
Sehr viel weniger	0,0%	0,0%	0,1%
Weniger	0,6%	0,9%	1,0%
So wie jetzt	10,9%	12,0%	17,5%
Mehr	48,6%	54,6%	59,6%
Sehr viel mehr	39,9%	32,4%	21,8%
Summe	100,0%	99,9%	100,0%
Mittelwert	0,82	0,80	0,76
Standardabweichung	0,17	0,17	0,17
Fallzahl (ungew.)	1107	1292	1416

Anmerkungen: Siehe Tabelle A.4.

Tabelle A.7: Lineare und nicht-lineare Alterseffekte auf die gewünschte staatliche Verantwortung in verschiedenen Politikbereichen

Ohne Kontrolle weiterer Prädiktoren		Finanzielle Altersversorgung	Pflege im Alter	Familie	Bildung
Variante 1	36-59 Jahre	-0,0319 ^a	-0,0073	-0,0157	0,0010
	≥ 60 Jahre	-0,0319 ^a	-0,0135	-0,0690 ^c	-0,0474 ^c
	Korrigiertes R ²	0,004	0,000	0,019	0,013
Variante 2 (Version 1)	Alter	-0,0005	-0,0001	-0,0015 ^c	-0,0011 ^c
	Korrigiertes R ²	0,002	-0,000	0,016	0,011
Variante 2 (Version 2)	Alter	-0,0037 ^a	-0,0001	0,0021	0,0010
	Alter ²	0,0000	0,0000	-0,0000	-0,0000
	Korrigiertes R ²	0,003	-0,001	0,018	0,012
Variante 2 (Version 3)	Alter	0,0112	0,0236 ^b	0,0300 ^c	0,0042
	Alter ²	-0,0003	-0,0005 ^c	-0,0006 ^c	-0,0001
	Alter ³	0,0000 ^a	0,0000 ^c	0,0000 ^c	0,0000
	Korrigiertes R ²	0,007	0,008	0,030	0,012
Unter Kontrolle weiterer Prädiktoren		Finanzielle Altersversorgung	Pflege im Alter	Familie	Bildung
Variante 1	36-59 Jahre	-0,0250	-0,0138	-0,0452 ^b	0,0002
	≥ 60 Jahre	-0,0375 ^a	-0,0251	-0,1004 ^c	-0,0332
	Korrigiertes R ²	0,118	0,104	0,076	0,078
Variante 2 (Version 1)	Alter	-0,0005	-0,0001	-0,0021 ^c	-0,0009 ^a
	Korrigiertes R ²	0,119	0,103	0,076	0,077
Variante 2 (Version 2)	Alter	-0,0040 ^a	-0,0024	-0,0026	-0,0008
	Alter ²	0,0000	0,0000	0,0000	-0,0000
	Korrigiertes R ²	0,121	0,104	0,076	0,077
Variante 2 (Version 3)	Alter	0,0105	0,0205 ^a	0,0234 ^b	0,0003
	Alter ²	-0,0003	-0,0005 ^b	-0,0005 ^c	-0,0000
	Alter ³	0,0000 ^a	0,0000 ^b	0,0000 ^c	0,0000
	Korrigiertes R ²	0,124	0,110	0,084	0,076

Anmerkungen: Signifikanzniveau: ^a: p≤0,05, ^b: p≤0,01, ^c: p≤0,001. Weitere Prädiktoren sind in Tabellen 10 und 11 ersichtlich (ohne Interaktionsterme).

Tabelle A.8: Lineare und nicht-lineare Alterseffekte auf die gewünschte staatliche Leistungshöhe in verschiedenen Politikbereichen

Ohne Kontrolle weiterer Prädiktoren		Finanzielle Altersversorgung	Pflege im Alter	Familie	Bildung
Variante 1	36-59 Jahre	-0,0102	-0,0017	0,0018	-0,0194
	≥ 60 Jahre	-0,0253	-0,0120	-0,0369 ^b	-0,0549 ^c
	Korrigiertes R ²	0,003	0,000	0,010	0,017
Variante 2 (Version 1)	Alter	-0,0005	-0,0004	-0,0008 ^c	-0,0014 ^c
	Korrigiertes R ²	0,002	0,002	0,007	0,023
Variante 2 (Version 2)	Alter	0,0003	0,0022	0,0042 ^b	0,0002
	Alter ²	-0,0000	-0,0000 ^a	-0,0001 ^c	-0,0000
	Korrigiertes R ²	0,002	0,004	0,015	0,024
Variante 2 (Version 3)	Alter	0,0006	0,0025	0,0180 ^b	-0,0005
	Alter ²	-0,0000	-0,0000	-0,0003 ^b	-0,0000
	Alter ³	0,0000	0,0000	0,0000 ^a	-0,0000
	Korrigiertes R ²	0,002	0,004	0,018	0,023
Unter Kontrolle weiterer Prädiktoren		Finanzielle Altersversorgung	Pflege im Alter	Familie	Bildung
Variante 1	36-59 Jahre	-0,0112	-0,0109	-0,0131	-0,0185
	≥ 60 Jahre	-0,0289	-0,0100	-0,0342 ^a	-0,0212
	Korrigiertes R ²	0,175	0,158	0,120	0,190
Variante 2 (Version 1)	Alter	-0,0005	-0,0005	-0,0007 ^a	-0,0008 ^b
	Korrigiertes R ²	0,175	0,159	0,121	0,192
Variante 2 (Version 2)	Alter	-0,0007	-0,0001	0,0006	-0,0017
	Alter ²	0,0000	-0,0000	-0,0000	0,0000
	Korrigiertes R ²	0,174	0,159	0,121	0,192
Variante 2 (Version 3)	Alter	-0,0030	-0,0024	0,0104	-0,0032
	Alter ²	0,0001	0,0000	-0,0002	0,0000
	Alter ³	-0,0000	-0,0000	0,0000	-0,0000
	Korrigiertes R ²	0,174	0,159	0,122	0,192

Anmerkungen: Signifikanzniveau: ^a: p≤0,05, ^b: p≤0,01, ^c: p≤0,001. Weitere Prädiktoren sind in Tabellen 12 und 13 ersichtlich (ohne Interaktionsterme).

Tabelle A.9: Multikollinearitätsstatistik für die OLS-Regressionen der gewünschten staatlichen Verantwortung in verschiedenen Politikbereichen

	Finanzielle Altersversorgung	Pflege im Alter	Familie		Bildung	
Alter						
36-59 Jahre	2,68	2,96	3,28	3,31	3,24	3,25
≥ 60 Jahre	4,08	4,20	4,65	4,68	4,66	4,66
Frau	2,16	2,20	2,19	2,19	2,19	2,19
Kinder			4,99	5,05	5,00	5,08
Ostdeutschland	1,42	1,43	1,42	1,42	1,42	1,42
Bildung	2,21	2,23	2,21	2,22	2,23	2,23
Erwerbstätigkeit	2,98	3,01	3,09	3,12	3,07	3,08
Subjektive Schichtestufung	1,52	1,53	1,49	1,49	1,50	1,50
Eigene Wirtschaftslage (aktuell)	1,57	1,43	1,43	1,43	1,42	1,42
Eigene Wirtschaftslage (prospektiv)	1,29	1,29	1,28	1,29	1,26	1,27
Sorgen im Hinblick auf die eigene Altersabsicherung	1,45	1,31				
Allgemeine Wirtschaftslage (aktuell)	1,43	1,46	1,43	1,44	1,43	1,43
Allgemeine Wirtschaftslage (prospektiv)	1,15	1,16	1,16	1,16	1,16	1,16
Unzufriedenheit (bereichsspezifisch)	1,22	1,14	1,13	3,68	1,13	3,40
Politisches Vertrauen	1,41	1,40	1,41	1,42	1,41	1,41
Unzureichende Interessenvertretung Älterer/Jüngerer	1,11	1,12	1,10	3,79	1,10	3,77
Parteiidentifikation mit der SPD	2,01	2,02	2,03	2,04	2,03	2,04
Parteiidentifikation mit der FDP	1,11	1,11	1,11	1,11	1,11	1,11
Parteiidentifikation mit den Grünen	1,52	1,51	1,53	1,53	1,55	1,56
Parteiidentifikation mit der Linken	1,27	1,26	1,25	1,25	1,27	1,27
Parteiidentifikation mit keiner/anderer Partei	2,98	2,96	3,03	3,04	3,01	3,01
Kinder * Unzufriedenheit (bereichsspezifisch)				3,61		3,32
Kinder * Unzureichende Interessenvertretung Jüngerer				3,68		3,64
Konstante	11,86	11,84	11,91	12,11	11,77	11,94

Anmerkungen: Einträge sind VIF (Variance Inflation Factors).

Tabelle A.10: Multikollinearitätsstatistik für die OLS-Regressionen der gewünschten staatlichen Leistungshöhe in verschiedenen Politikbereichen

	Finanzielle Altersversorgung	Pflege im Alter	Familie		Bildung	
Alter						
36-59 Jahre	2,66	2,68	3,24	3,27	3,21	3,22
≥ 60 Jahre	4,09	4,19	4,64	4,67	4,66	4,66
Frau	2,16	2,19	2,18	2,18	2,18	2,19
Kinder			4,96	5,03	4,99	5,07
Ostdeutschland	1,41	1,43	1,42	1,43	1,42	1,42
Bildung	2,22	2,23	2,22	2,23	2,23	2,23
Erwerbstätigkeit	3,00	3,02	3,11	3,13	3,07	3,09
Subjektive Schichtestufung	1,52	1,53	1,49	1,49	1,50	1,50
Eigene Wirtschaftslage (aktuell)	1,57	1,43	1,42	1,42	1,42	1,42
Eigene Wirtschaftslage (prospektiv)	1,29	1,28	1,27	1,28	1,26	1,27
Sorgen im Hinblick auf die eigene Altersabsicherung	1,45	1,31				
Allgemeine Wirtschaftslage (aktuell)	1,43	1,46	1,42	1,42	1,43	1,43
Allgemeine Wirtschaftslage (prospektiv)	1,15	1,16	1,15	1,15	1,15	1,16
Unzufriedenheit (bereichsspezifisch)	1,22	1,13	1,12	3,64	1,13	3,41
Politisches Vertrauen	1,41	1,40	1,40	1,40	1,40	1,41
Unzureichende Interessenvertretung Älterer/Jüngerer	1,11	1,12	1,10	3,79	1,10	3,74
Parteiidentifikation mit der SPD	2,03	2,03	2,05	2,05	2,05	2,05
Parteiidentifikation mit der FDP	1,11	1,11	1,12	1,12	1,12	1,12
Parteiidentifikation mit den Grünen	1,52	1,50	1,53	1,53	1,55	1,56
Parteiidentifikation mit der Linken	1,27	1,27	1,26	1,26	1,27	1,27
Parteiidentifikation mit keiner/anderer Partei	2,99	2,97	3,03	3,04	3,02	3,02
Kinder * Unzufriedenheit (bereichsspezifisch)				3,57		3,33
Kinder * Unzureichende Interessenvertretung Jüngerer				3,68		3,62
Konstante	11,87	11,83	11,91	12,12	11,74	11,91

Anmerkungen: Siehe Tabelle A.9.

Tabelle A.11: Univariate Statistiken der Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden

	Aktuell (allgemein)	Prospektiv (allgemein)	Prospektiv (spezifisch)
Es gibt keine Gegensätze/ wird bestimmt nicht eintreffen	6,0%	8,2%	7,2%
Schwache Gegensätze/ wird eher nicht eintreffen	12,3%	31,1%	22,0%
Mittelmäßige Gegensätze/ wird vielleicht eintreffen	46,7%	18,2%	18,9%
Starke Gegensätze/ wird wahrscheinlich eintreffen	29,1%	26,8%	32,8%
Sehr starke Gegensätze/ wird ganz sicher eintreffen	5,9%	15,8%	19,1%
Summe	100,0%	100,1%	100,0%
Mittelwert	0,54	0,53	0,59
Standardabweichung	0,23	0,31	0,30
Fallzahl	3850	3870	3835

Anmerkungen: Ohne fehlende Werte. Summen ungleich 100 Prozent sind rundungsbedingt. Aktuell (allgemein) gemessen auf einer 5er-Skala von 0 (es gibt keine Gegensätze) bis 1 (sehr starke Gegensätze). Prospektiv (allgemein und spezifisch) gemessen auf einer 5er-Skala von 0 (wird bestimmt nicht eintreffen) bis 1 (wird ganz sicher eintreffen).

Tabelle A.12: Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden nach Alter im Detail

Aktuell (allgemein)	18-35 Jahre	36-59 Jahre	≥ 60 Jahre
Es gibt keine Gegensätze	2,4%	4,8%	9,8%
Schwache Gegensätze	10,5%	12,4%	13,6%
Mittelmäßige Gegensätze	41,9%	52,4%	45,3%
Starke Gegensätze	39,8%	24,9%	24,7%
Sehr starke Gegensätze	5,4%	5,6%	6,7%
Summe	100,0%	100,1%	100,1%
Mittelwert	0,59	0,54	0,51
Standardabweichung	0,21	0,22	0,26
Fallzahl	1112	1310	1428
Prospektiv (allgemein)	18-35 Jahre	36-59 Jahre	≥ 60 Jahre
Wird bestimmt nicht eintreffen	2,8%	8,3%	12,2%
Wird eher nicht eintreffen	27,5%	33,0%	32,2%
Wird vielleicht eintreffen	19,3%	15,3%	19,9%
Wird wahrscheinlich eintreffen	32,0%	25,4%	23,9%
Wird ganz sicher eintreffen	18,5%	17,9%	11,9%
Summe	100,1%	99,9%	100,1%
Mittelwert	0,59	0,53	0,48
Standardabweichung	0,29	0,32	0,31
Fallzahl	1112	1311	1447
Prospektiv (spezifisch)	18-35 Jahre	36-59 Jahre	≥ 60 Jahre
Wird bestimmt nicht eintreffen	4,2%	8,9%	8,1%
Wird eher nicht eintreffen	21,9%	22,4%	21,7%
Wird vielleicht eintreffen	18,1%	16,0%	22,2%
Wird wahrscheinlich eintreffen	34,2%	32,5%	32,0%
Wird ganz sicher eintreffen	21,6%	20,2%	16,0%
Summe	100,0%	100,0%	100,0%
Mittelwert	0,62	0,58	0,57
Standardabweichung	0,29	0,32	0,30
Fallzahl	1105	1301	1429

Anmerkungen: Siehe Tabelle A.11.

Tabelle A.13: Lineare und nicht-lineare Alterseffekte auf die Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden

Ohne Kontrolle weiterer Prädiktoren		Aktuell (allgemein)	Prospektiv (allgemein)	Prospektiv (spezifisch)
Variante 1	36-59 Jahre	-0,0608 ^c	-0,0664 ^c	-0,0434 ^a
	≥ 60 Jahre	-0,0761 ^c	-0,1068 ^c	-0,0607 ^c
	Korrigiertes R ²	0,019	0,018	0,006
Variante 2 (Version 1)	Alter	-0,0020 ^c	-0,0027 ^c	-0,0015 ^c
	Korrigiertes R ²	0,025	0,025	0,007
Variante 2 (Version 2)	Alter	-0,0042 ^a	-0,0047	-0,0034
	Alter ²	0,0000	0,0000	0,0000
	Korrigiertes R ²	0,026	0,025	0,008
Variante 2 (Version 3)	Alter	-0,0116	-0,0119	-0,0025
	Alter ²	0,0002	0,0002	0,0000
	Alter ³	-0,0000	-0,0000	0,0000
	Korrigiertes R ²	0,026	0,025	0,007
Unter Kontrolle weiterer Prädiktoren		Aktuell (allgemein)	Prospektiv (allgemein)	Prospektiv (spezifisch)
Variante 1	36-59 Jahre	-0,0517 ^c	-0,0569 ^b	-0,0408
	≥ 60 Jahre	-0,0512 ^b	-0,0620 ^a	-0,0400
	Korrigiertes R ²	0,082	0,131	0,097
Variante 2 (Version 1)	Alter	-0,0015 ^c	-0,0017 ^b	-0,0008
	Korrigiertes R ²	0,085	0,133	0,096
Variante 2 (Version 2)	Alter	0,0057 ^b	-0,0065 ^a	-0,0032
	Alter ²	0,0000	0,0001	0,0000
	Korrigiertes R ²	0,087	0,135	0,096
Variante 2 (Version 3)	Alter	-0,0185 ^a	-0,0110	0,0020
	Alter ²	0,0003	0,0001	-0,0001
	Alter ³	-0,0000	-0,0000	0,0000
	Korrigiertes R ²	0,089	0,135	0,096

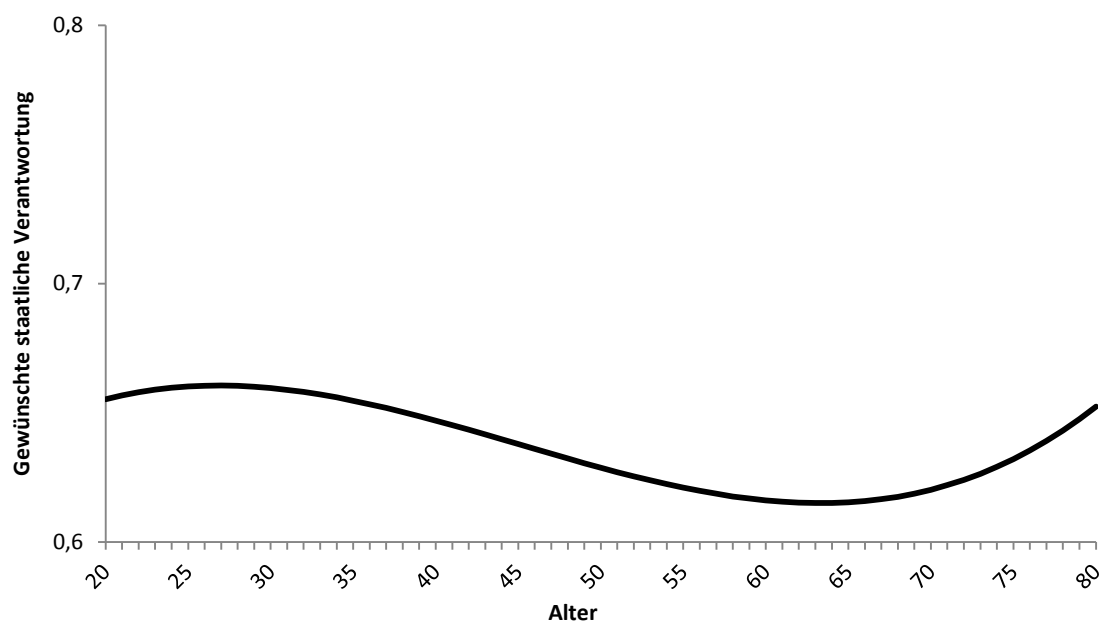
Anmerkungen: Signifikanzniveau: ^a: p≤0,05, ^b: p≤0,01, ^c: p≤0,001. Weitere Prädiktoren sind in Tabelle 26 ersichtlich.

Tabelle A.14: Multikollinearitätsstatistik für die OLS-Regressionen der Wahrnehmung von intergenerationellen Einstellungsunterschieden

	Aktuell (allgemein)	Prospektiv (allgemein)	Prospektiv (spezifisch)
Alter			
36-59 Jahre	3,30	3,33	3,18
≥ 60 Jahre	3,87	3,87	3,85
Frau	2,16	2,13	2,13
Kinder	4,95	4,94	4,77
Ostdeutschland	1,35	1,37	1,35
Bildung	2,75	1,99	1,94
Sorgen im Hinblick auf die eigene finanzielle Altersabsicherung	1,28	1,28	1,28
Allgemeine Wirtschaftslage (aktuell)	1,32	1,37	1,35
Allgemeine Wirtschaftslage (prospektiv)		1,15	1,13
Unzufriedenheit			
... mit der finanziellen Altersversorgung	1,36	1,38	1,23
... mit der Pflege im Alter	1,38	1,40	
... mit der Gesundheitspolitik	1,36	1,37	
... mit der Familienpolitik	1,32	1,32	
... mit der Bildungspolitik	1,30	1,31	
Politisches Vertrauen	1,39	1,43	1,35
Unzureichende Interessenvertretung Jüngerer	1,14	1,15	1,14
Unzureichende Interessenvertretung Älterer	1,15	1,15	1,13
Ältere unterstützen Jüngere	1,12	1,12	1,11
Jüngere unterstützen Ältere	1,06	1,06	1,06
Probleme durch demografischen Wandel		1,10	1,07
Ältere leben auf Kosten der Jüngeren	1,13	1,15	1,14
Konstante	8,97	5,84	5,70

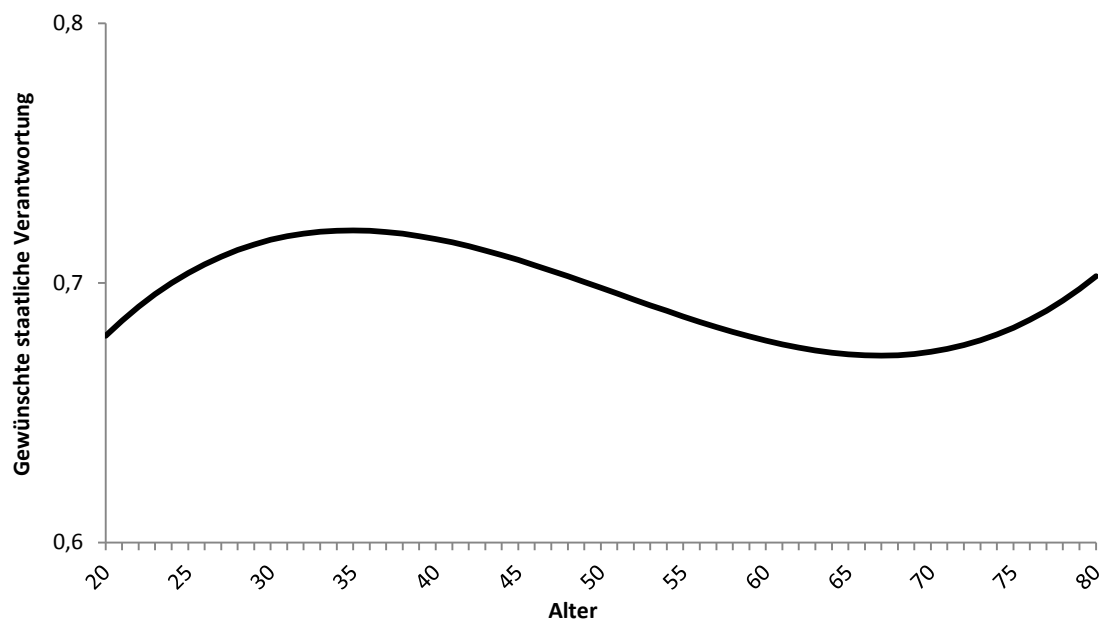
Anmerkungen: Siehe Tabelle A.9.

Abbildung A.1: Nicht-linearer Alterseffekt auf die gewünschte staatliche Verantwortung in der finanziellen Altersversorgung



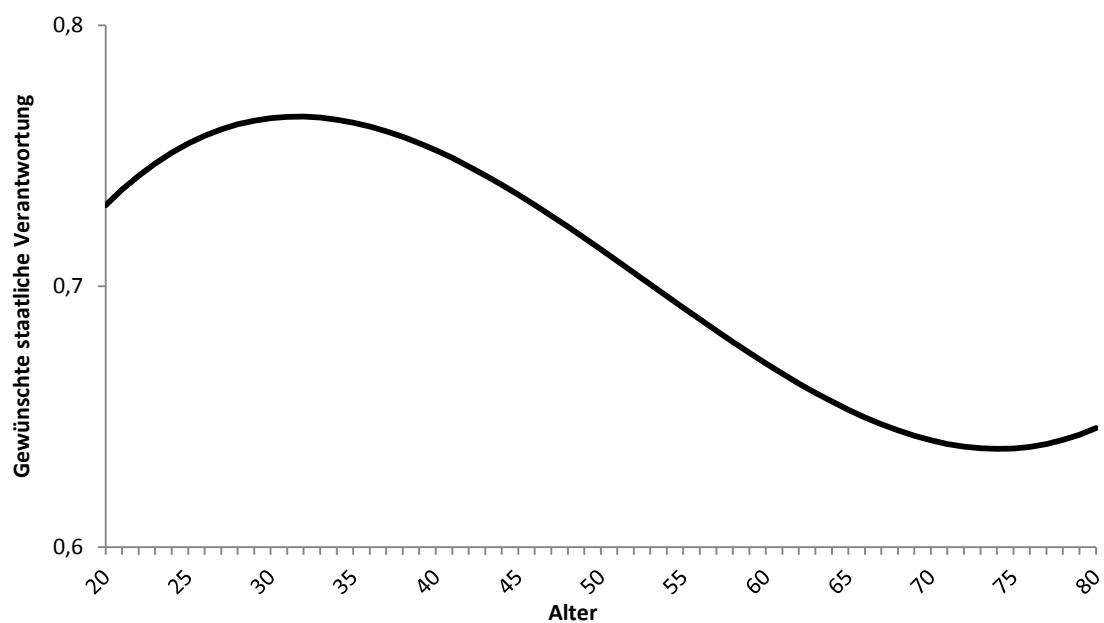
Anmerkungen: Kontrolliert für die weiteren unabhängigen Variablen aus Tabelle 10. Modellierung nach Variante 2 (Version 3), siehe Tabelle A.7.

Abbildung A.2: Nicht-linearer Alterseffekt auf die gewünschte staatliche Verantwortung in der Pflege im Alter



Anmerkungen: Siehe Abbildung A.1.

Abbildung A.3: Nicht-linearer Alterseffekt auf die gewünschte staatliche Verantwortung in der Familienpolitik



Anmerkungen: Kontrolliert für die weiteren unabhängigen Variablen aus Tabelle 11. Modellierung nach Variante 2 (Version 3), siehe Tabelle A.7.

Abbildung A.4: Effekt von Unzufriedenheit mit der Familienpolitik auf die gewünschte staatliche Verantwortung in der Familienpolitik nach Elternschaft

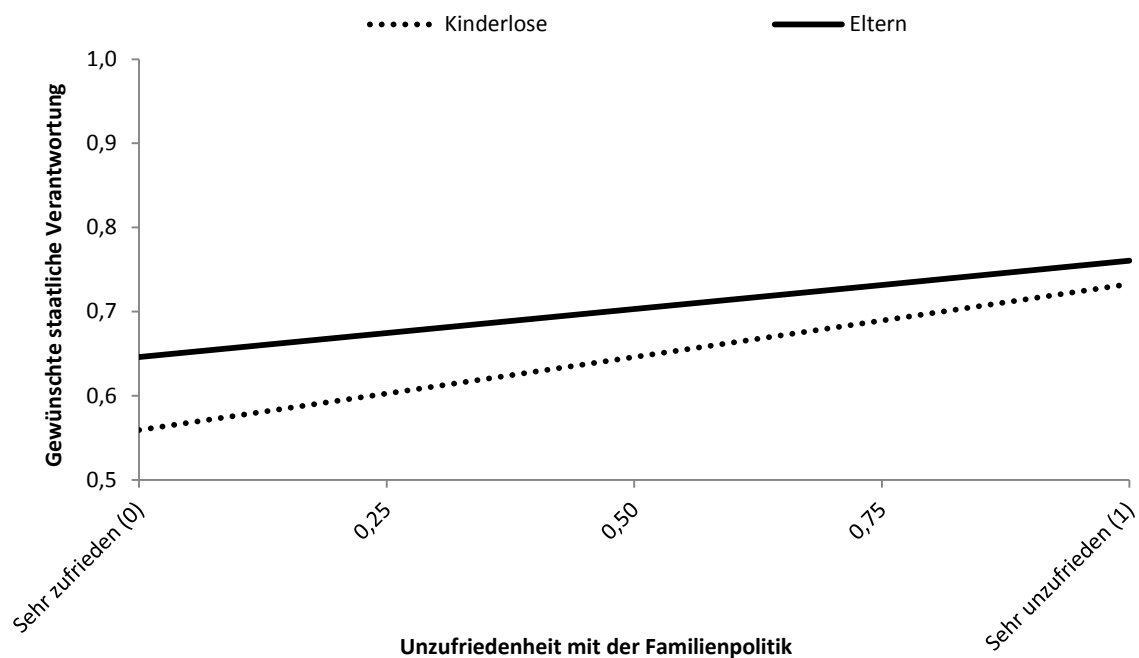


Abbildung A.5: Effekt von unzureichender Interessenvertretung Jüngerer auf die gewünschte staatliche Verantwortung in der Familienpolitik nach Elternschaft

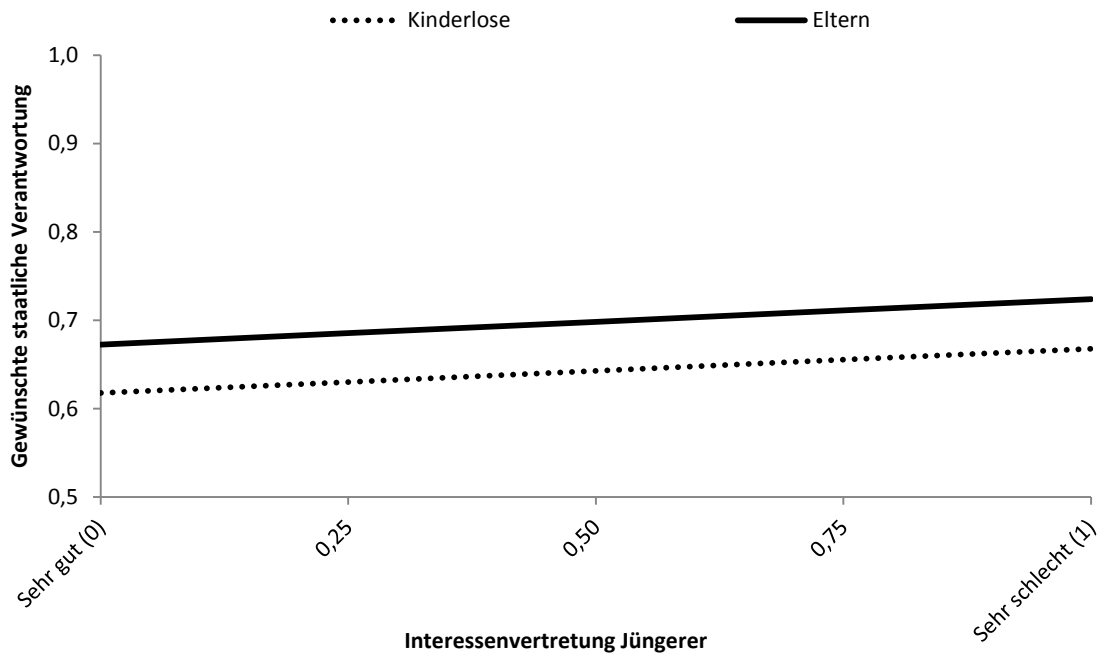


Abbildung A.6: Effekt von Unzufriedenheit mit der Bildungspolitik auf die gewünschte staatliche Verantwortung in der Bildungspolitik nach Elternschaft

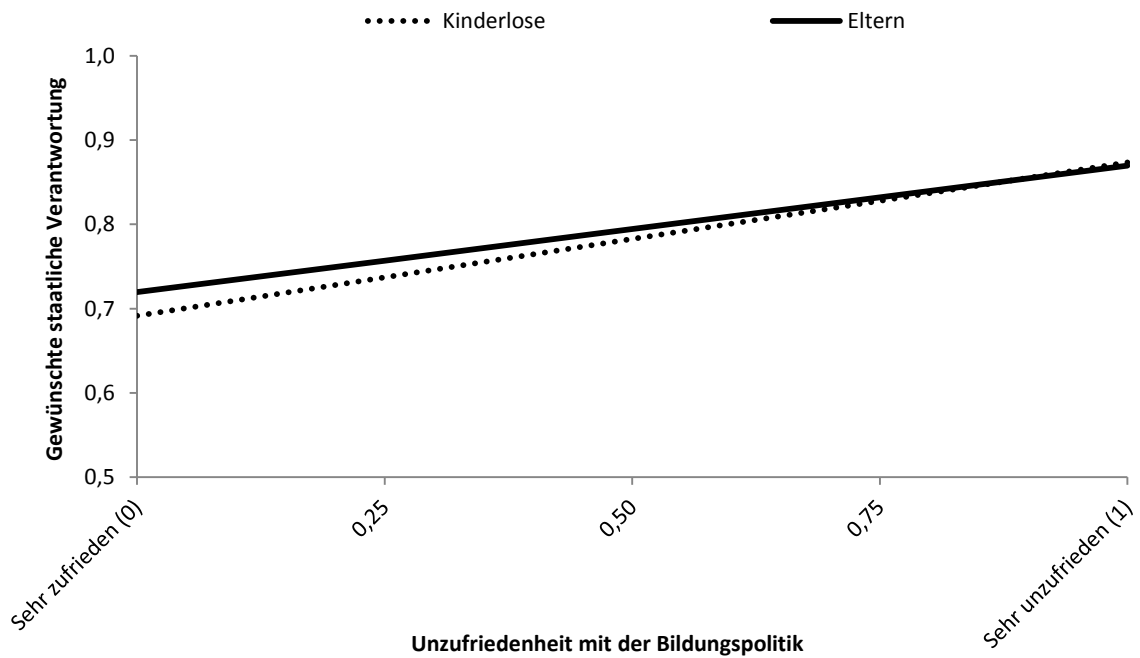


Abbildung A.7: Effekt von unzureichender Interessenvertretung Jüngerer auf die gewünschte staatliche Verantwortung in der Bildungspolitik nach Elternschaft

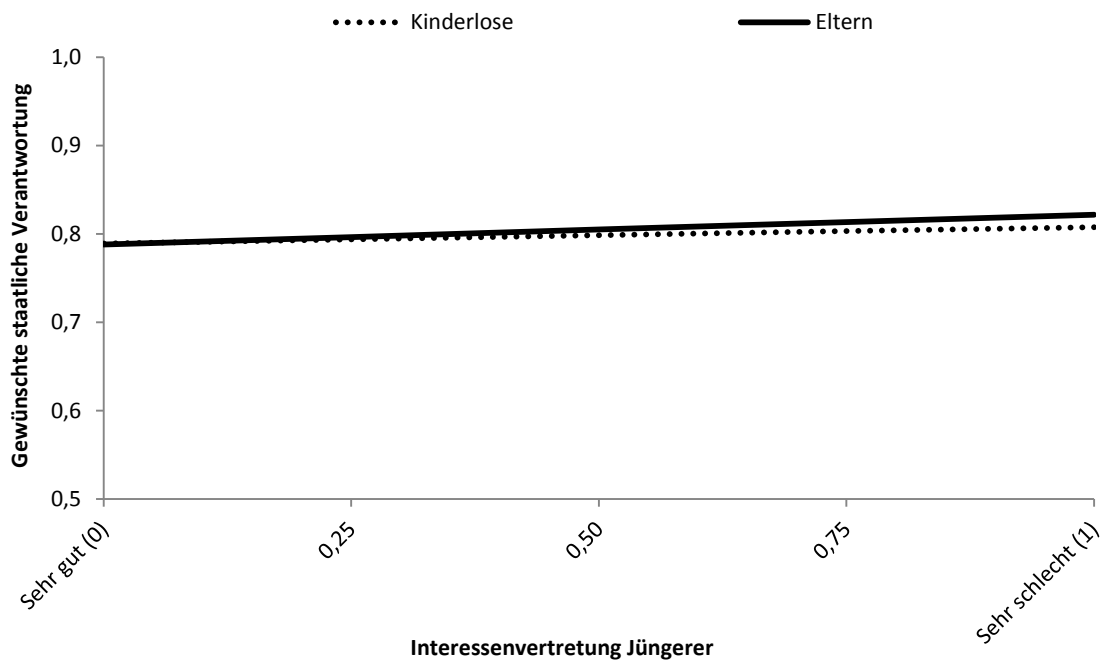


Abbildung A.8: Effekt von Unzufriedenheit mit der Familienpolitik auf die gewünschte staatliche Leistungshöhe in der Familienpolitik nach Elternschaft

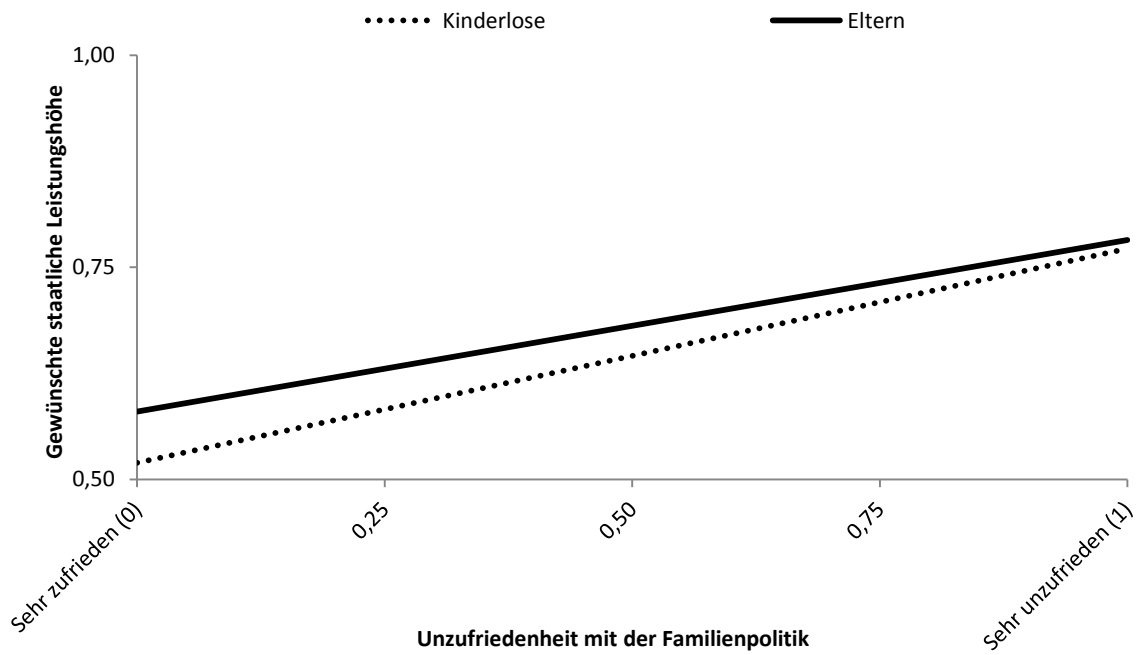


Abbildung A.9: Effekt von unzureichender Interessenvertretung Jüngerer auf die gewünschte staatliche Leistungshöhe in der Familienpolitik nach Elternschaft

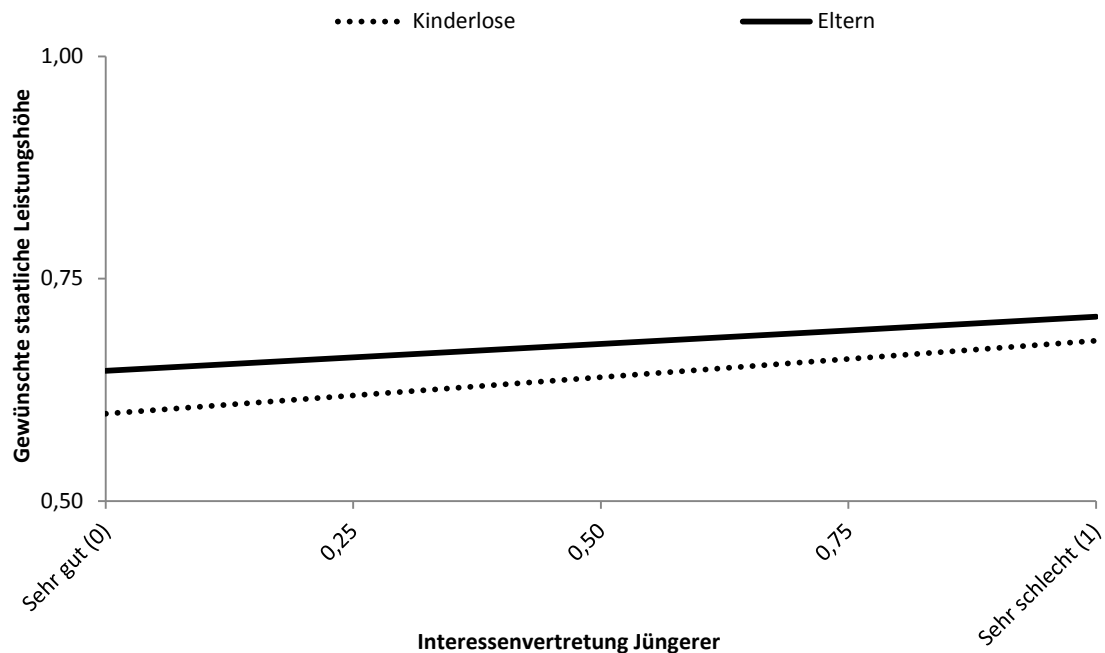


Abbildung A.10: Effekt von Unzufriedenheit mit der Bildungspolitik auf die gewünschte staatliche Leistungshöhe in der Bildungspolitik nach Elternschaft



Abbildung A.11: Effekt von unzureichender Interessenvertretung Jüngerer auf die gewünschte staatliche Leistungshöhe in der Bildungspolitik nach Elternschaft

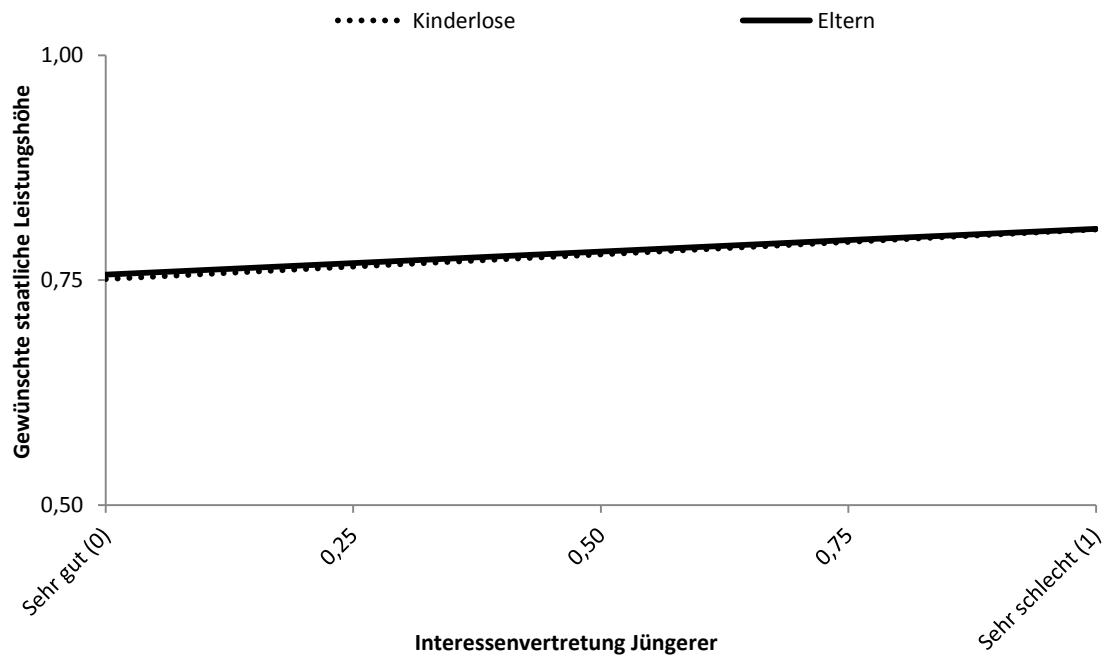


Abbildung A.12: Altersunterschiede in der gewünschten staatlichen Verantwortung in der finanziellen Altersversorgung nach Bildung

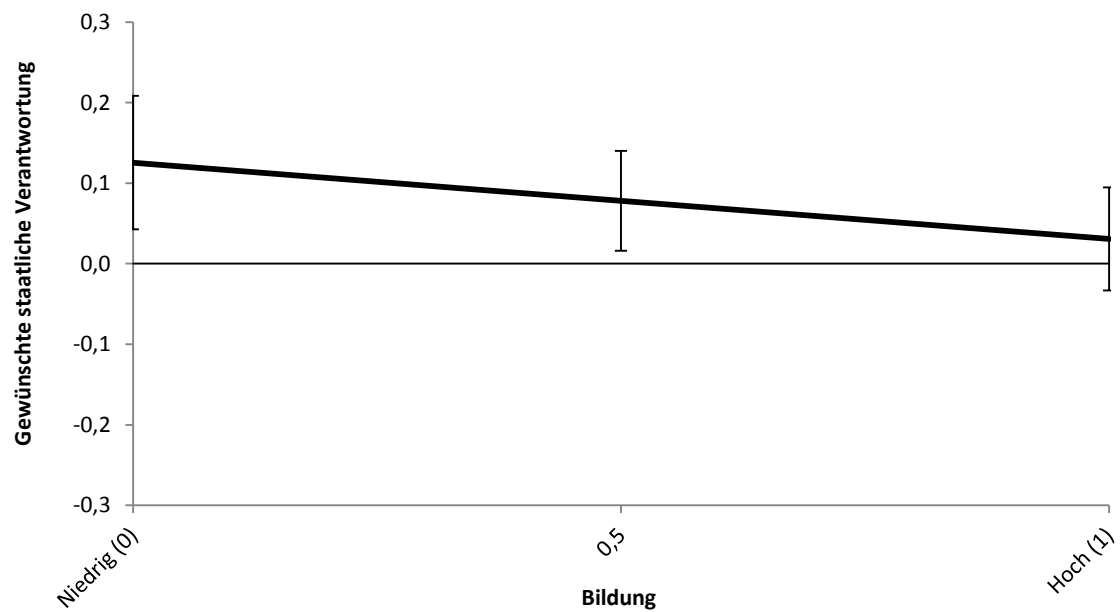


Abbildung A.13: Altersunterschiede in der gewünschten staatlichen Verantwortung in der Familienpolitik nach Unzufriedenheit mit der Familienpolitik

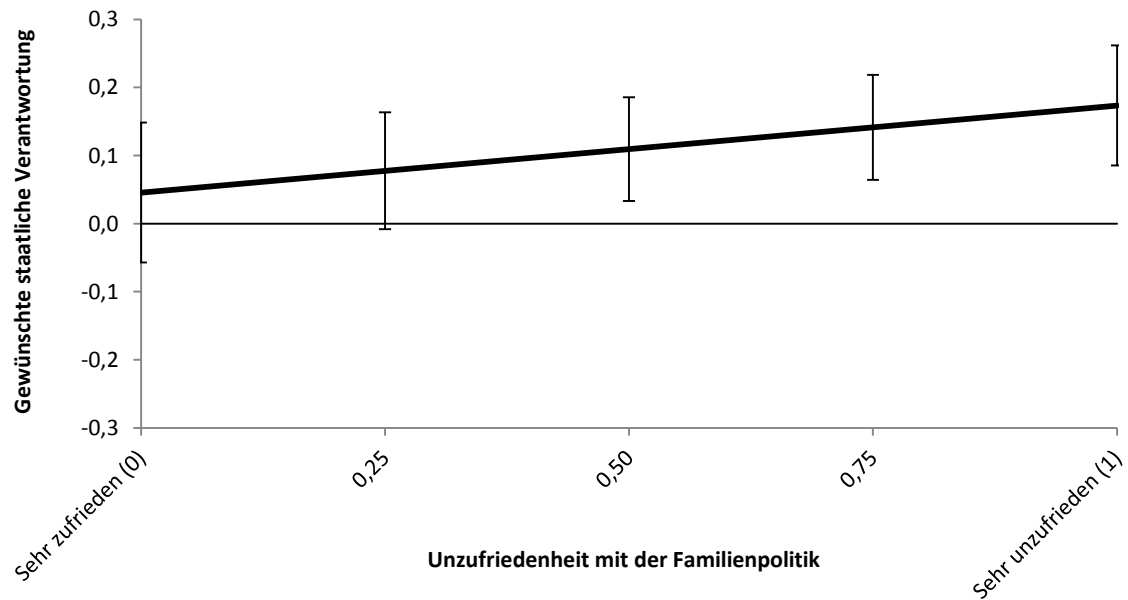


Abbildung A.14: Altersunterschiede in der gewünschten staatlichen Leistungshöhe in der finanziellen Altersversorgung nach Wahrnehmung der eigenen Wirtschaftslage (aktuell)

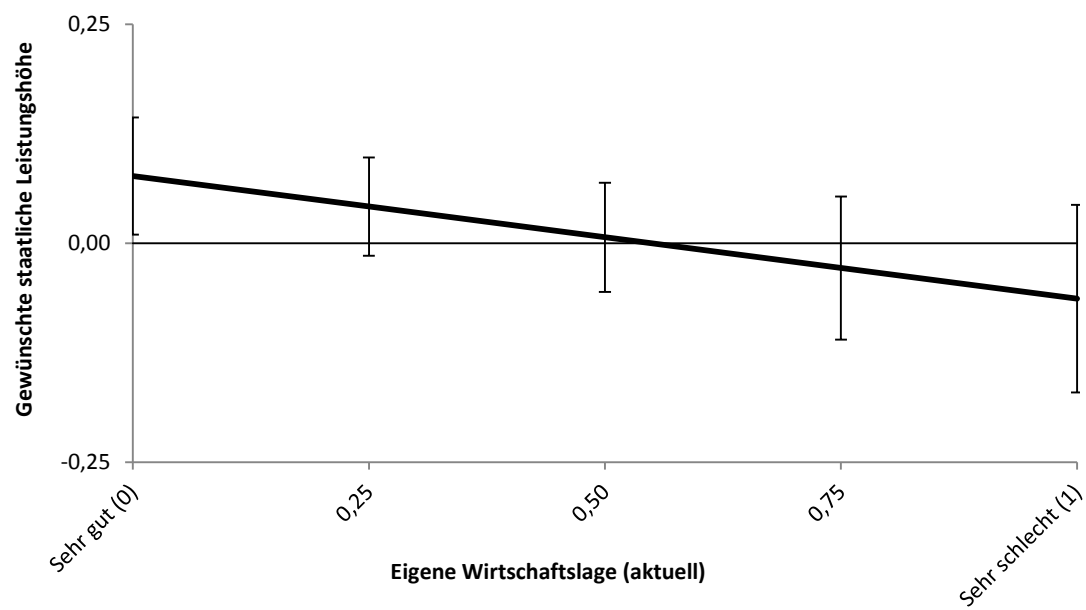


Abbildung A.15: Altersunterschiede in der gewünschten staatlichen Leistungshöhe in der Pflege im Alter nach Wahrnehmung der eigenen Wirtschaftslage (aktuell)

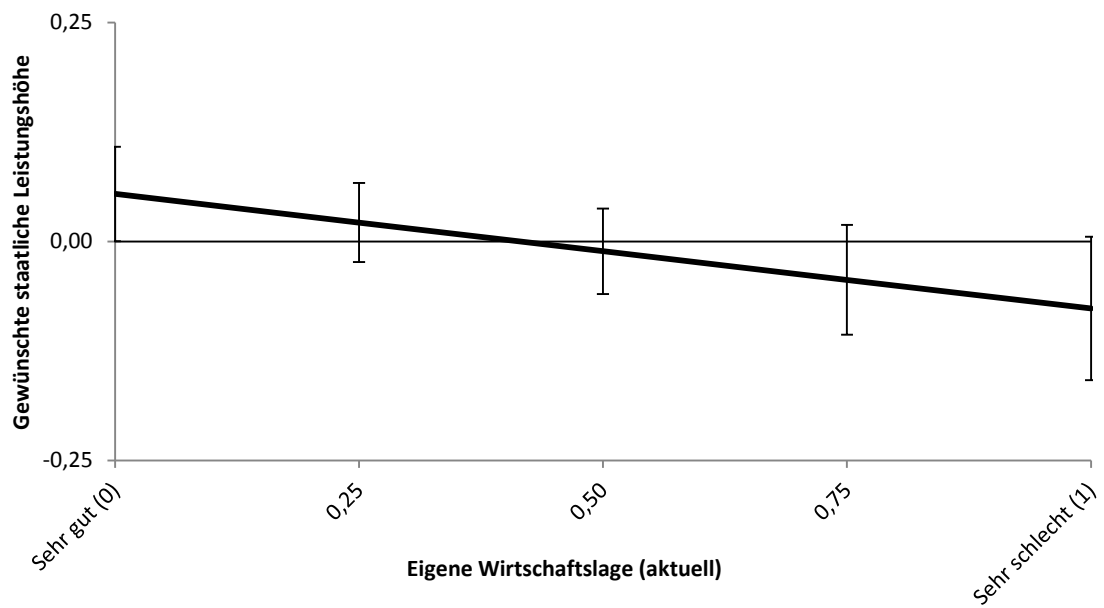


Abbildung A.16: Altersunterschiede in der gewünschten staatlichen Leistungshöhe in der Familienpolitik nach Unzufriedenheit mit der Familienpolitik

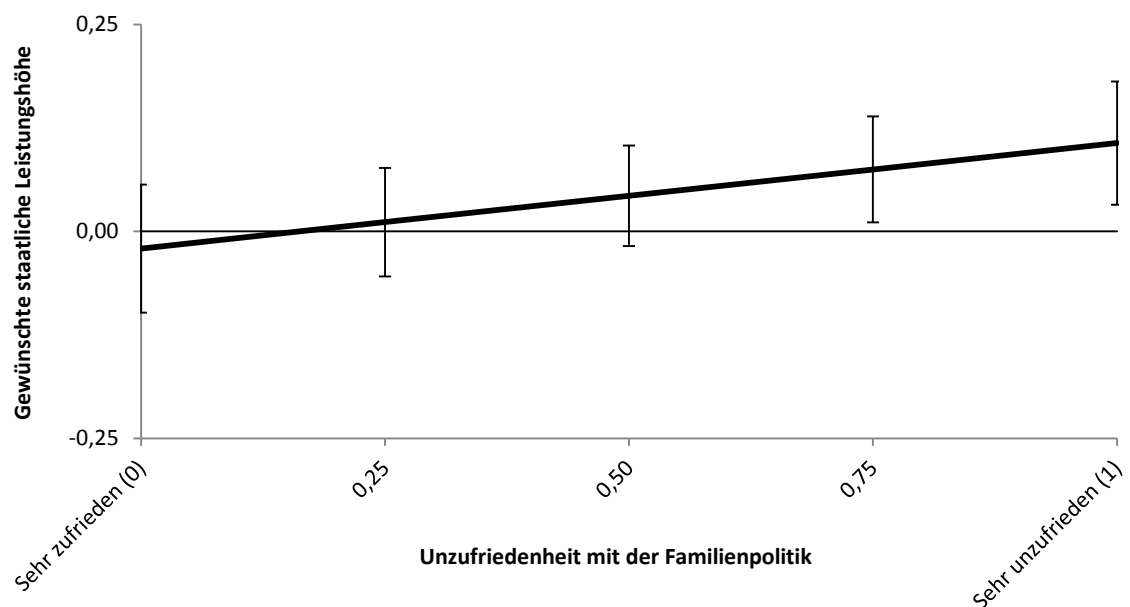


Abbildung A.17: Altersunterschiede in der gewünschten staatlichen Leistungshöhe in der Bildungspolitik nach Wahrnehmung der allgemeinen Wirtschaftslage (prospektiv)

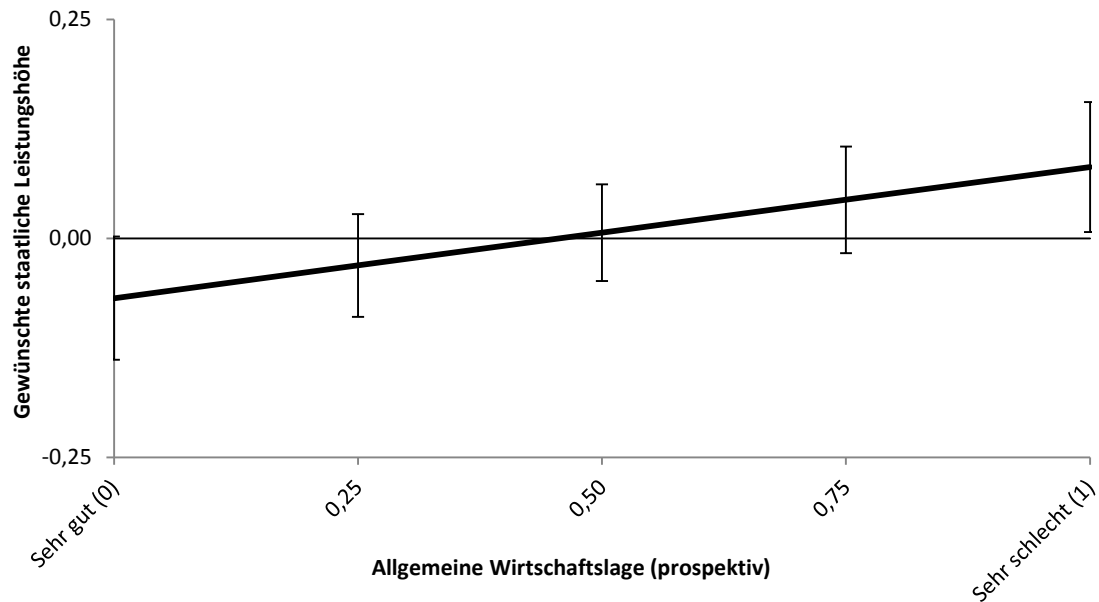
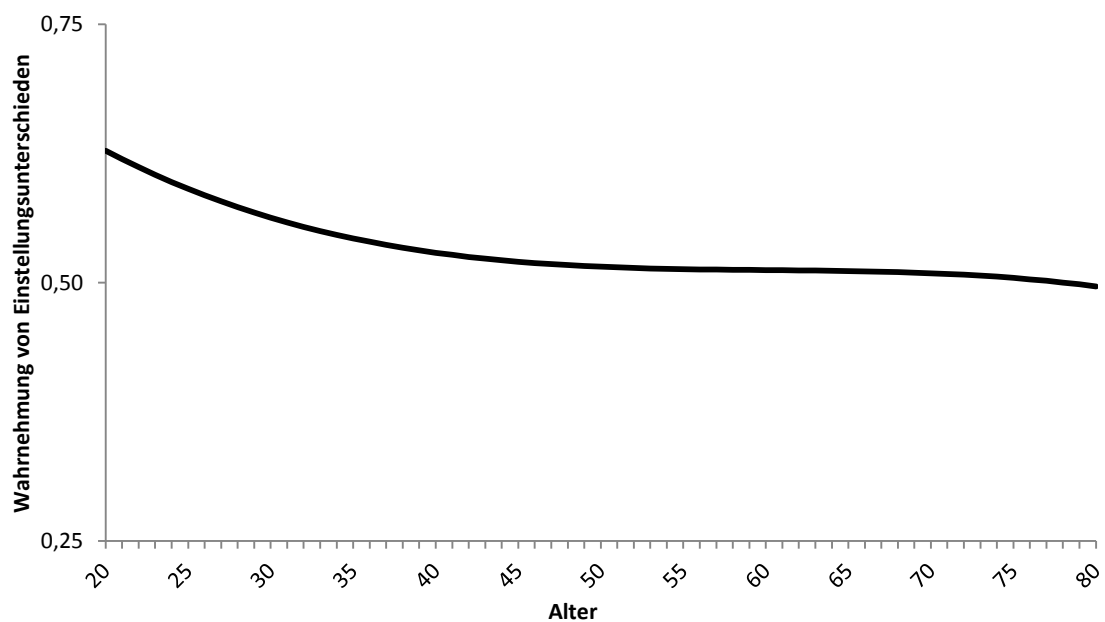


Abbildung A.18: Nicht-linearer Alterseffekt auf die Wahrnehmung von aktuellen allgemeinen intergenerationellen Einstellungsunterschieden



Anmerkungen: Kontrolliert für die weiteren unabhängigen Variablen aus Tabelle 26. Modellierung nach Variante 2 (Version 3), siehe Tabelle A.13.

Abbildung A.19: Altersunterschiede in der Wahrnehmung von prospektiven intergenerationellen Einstellungsunterschieden (allgemein) nach Bildung

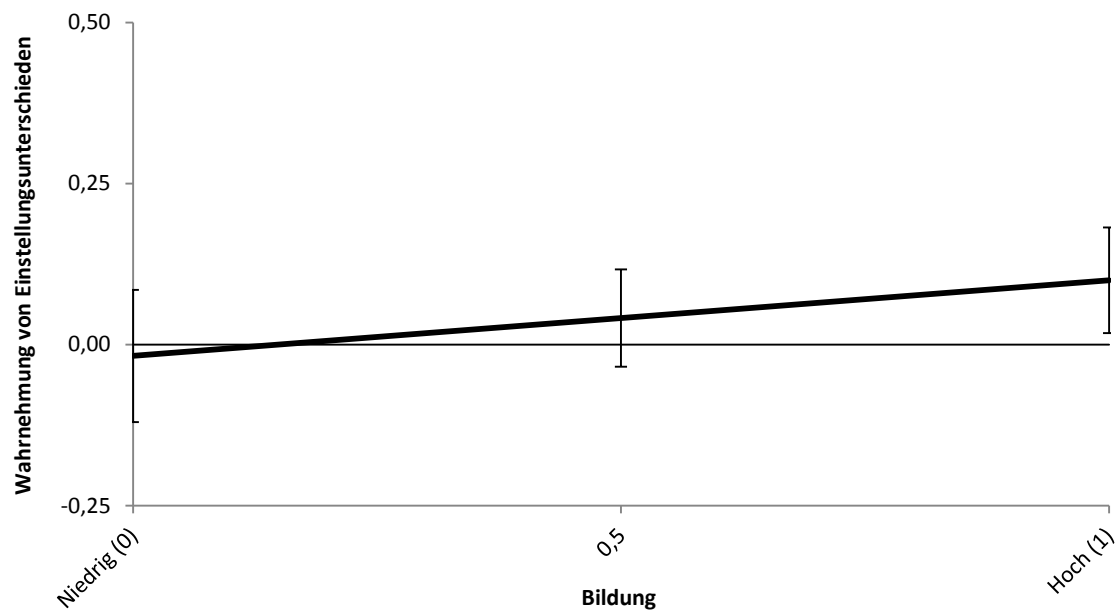


Abbildung A.20: Altersunterschiede in der Wahrnehmung von prospektiven intergenerationellen Einstellungsunterschieden (allgemein) nach Wahrnehmung der allgemeinen Wirtschaftslage (prospektiv)

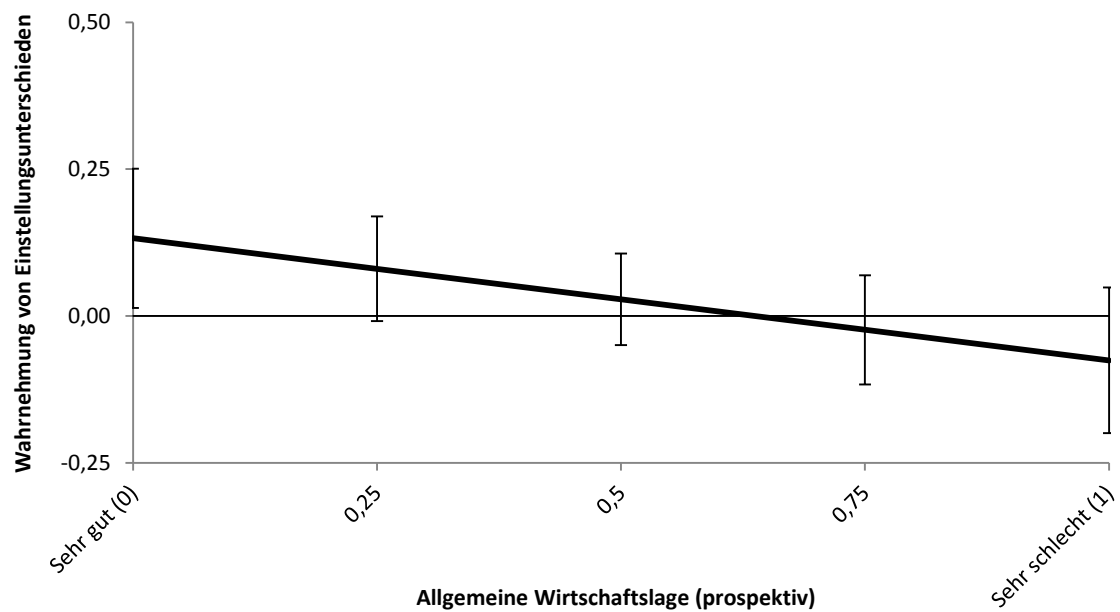


Abbildung A.21: Altersunterschiede in der Wahrnehmung von prospektiven intergenerationellen Einstellungsunterschieden (allgemein) nach Unzufriedenheit mit der Familienpolitik

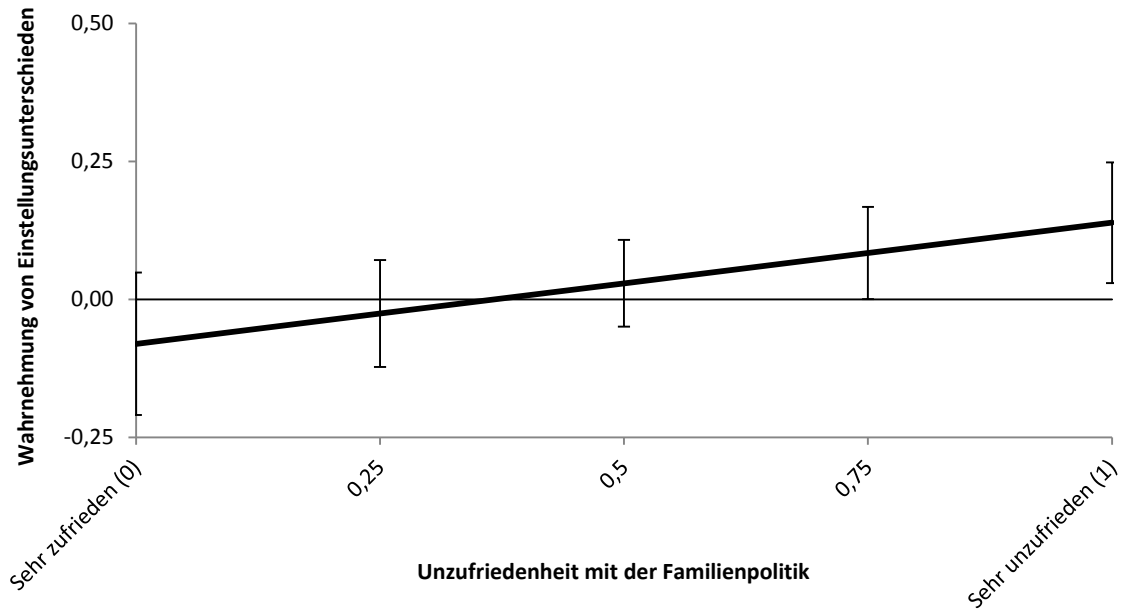


Abbildung A.22: Altersunterschiede in der Wahrnehmung von prospektiven intergenerationellen Einstellungsunterschieden (spezifisch) nach Unzufriedenheit mit der finanziellen Altersversorgung

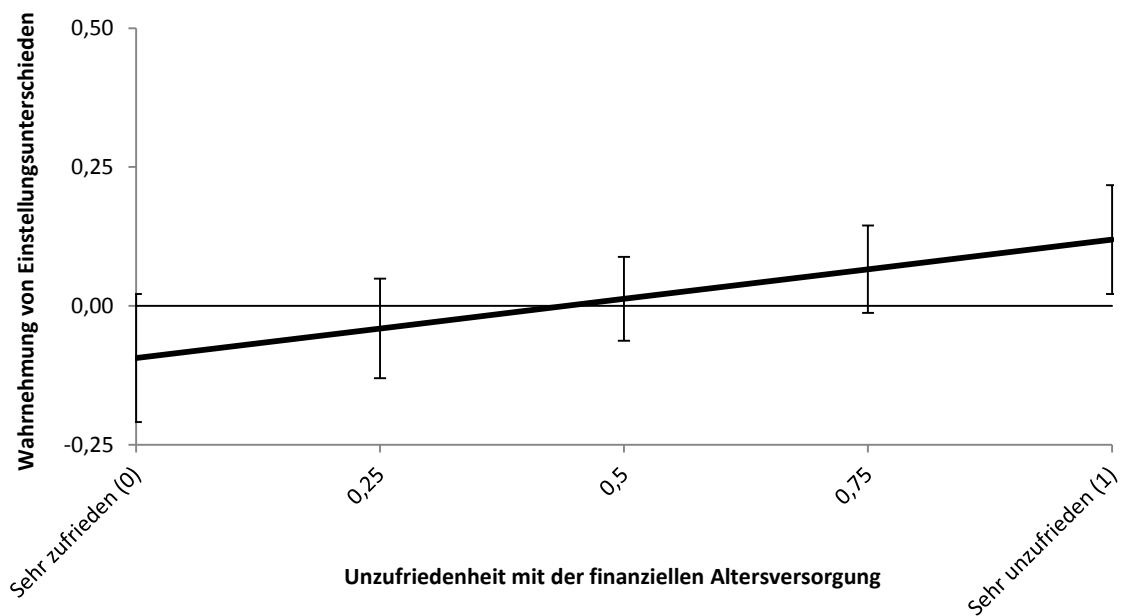


Abbildung A.23: Altersunterschiede in der Wahrnehmung von prospektiven intergenerationellen Einstellungsunterschieden (spezifisch) nach wahrgenommener Unterstützung Älterer durch die Jüngeren

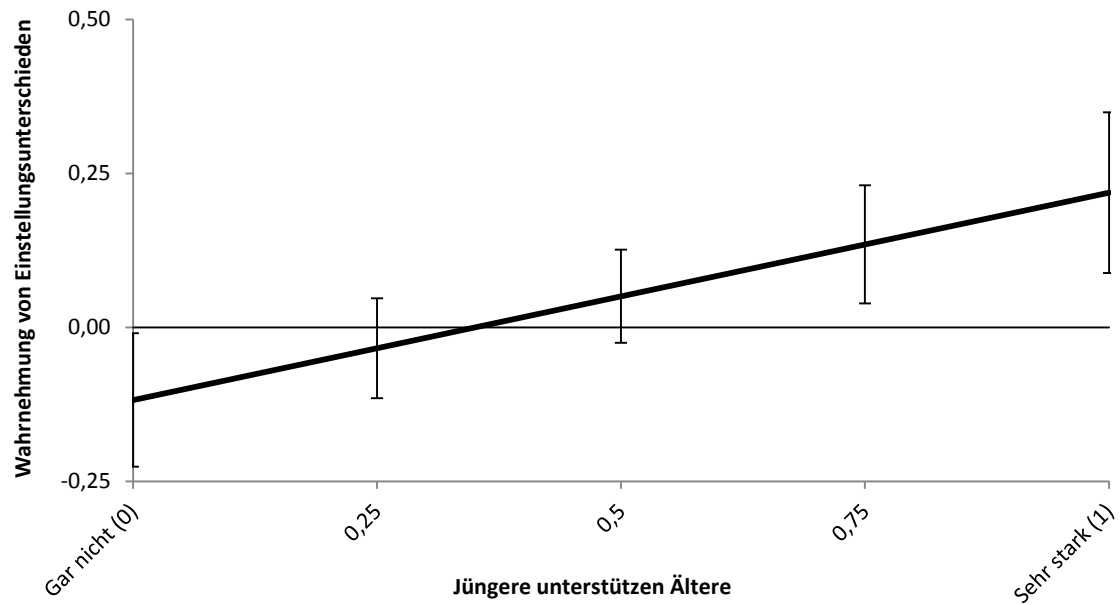
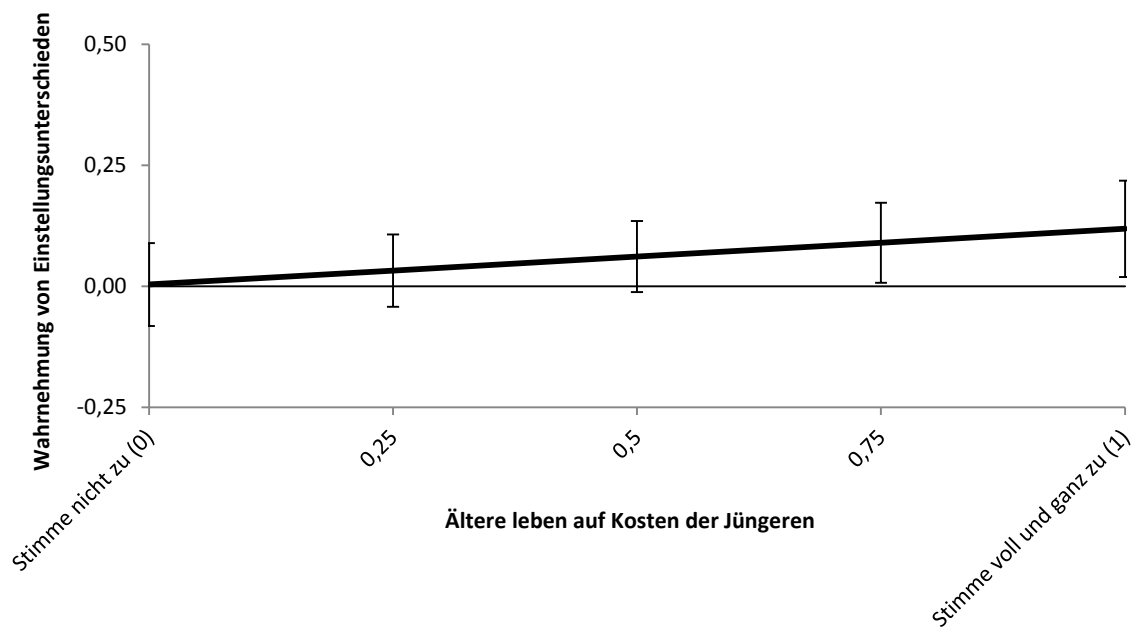


Abbildung A.24: Altersunterschiede in der Wahrnehmung von prospektiven intergenerationellen Einstellungsunterschieden (spezifisch) nach wahrgenommener Belastung Jüngerer durch die Älteren



Anhang B: Fragebogenauszug

Der Auszug beschränkt sich auf Variablen, die in dieser Studie Verwendung fanden. Die Reihenfolge der Fragen ist analog zur Reihenfolge in der Telefonumfrage.

Alter: „Können Sie mir bitte sagen, wie alt Sie sind? Sind Sie...“

(1) zwischen 18 und 35 Jahre alt?; (2) zwischen 36 und 59 Jahre alt?; (3) älter als 59 Jahre alt?

Allgemeine Wirtschaftslage (aktuell): „Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage in Deutschland? Ist sie sehr gut, gut, teils/teils, schlecht oder sehr schlecht?“

(1) Sehr gut; (2) Gut; (3) Teils/teils; (4) Schlecht; (5) Sehr schlecht.

Allgemeine Wirtschaftslage (prospektiv): „Was glauben Sie, wie wird die allgemeine wirtschaftliche Lage in einem Jahr sein? Erwarten Sie, dass die allgemeine wirtschaftliche Lage in Deutschland dann wesentlich besser, etwas besser, gleich geblieben, etwas schlechter oder wesentlich schlechter sein wird?“

(1) Wesentlich besser; (2) Etwas besser; (3) Gleich geblieben; (4) Etwas schlechter; (5) Wesentlich schlechter.

Probleme durch demografischen Wandel: „Was glauben Sie, wird die älter werdende Gesellschaft in Deutschland zu sehr starken Problemen, starken, mittelmäßigen oder geringen Problemen führen oder werden gar keine Probleme daraus entstehen?“

(1) Sehr starke Probleme; (2) Starke Probleme; (3) Mittelmäßige Probleme; (4) Geringe Probleme; (5) Keine Probleme.

Eigene Wirtschaftslage (aktuell): „Und wie beurteilen Sie Ihre heutige eigene wirtschaftliche Lage? Ist sie sehr gut, gut, teils/teils, schlecht oder sehr schlecht?“

(1) Sehr gut; (2) Gut; (3) Teils/teils; (4) Schlecht; (5) Sehr schlecht.

Eigene Wirtschaftslage (prospektiv): „Was glauben Sie, wie wird Ihre eigene wirtschaftliche Lage in einem Jahr sein? Erwarten Sie, dass Ihre wirtschaftliche Lage dann wesentlich besser, etwas besser, gleich geblieben, etwas schlechter oder wesentlich schlechter sein wird?“

(1) Wesentlich besser; (2) Etwas besser; (3) Gleich geblieben; (4) Etwas schlechter; (5) Wesentlich schlechter.

Wahrnehmung von Einstellungsunterschieden (allgemein, aktuell): „Ich nenne Ihnen nun einige Interessengegensätze in der Gesellschaft. Sagen Sie mir bitte, ob diese Ihrer Meinung nach sehr stark, stark, mittelmäßig oder schwach ausgeprägt sind oder ob es da gar keine Gegensätze gibt. Wie ist das...“ (randomisierte Darstellung)

- zwischen Menschen mit und ohne Kindern
- zwischen politisch links und rechts stehenden Leuten
- zwischen Jungen und Alten
- zwischen Armen und Reichen
- zwischen Erwerbstätigen und Rentnern
- zwischen Deutschen und Ausländern
- zwischen Ost- und Westdeutschen

(1) Sehr stark; (2) Stark; (3) Mittelmäßig; (4) Schwach; (5) Es gibt keine Gegensätze.

Altersspezifische Interessenvertretung: „Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie den folgenden Aussagen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen.“

- Die Anliegen der Jüngeren sind in der Politik zu wenig vertreten

(1) Stimme voll und ganz zu; (2) Stimme eher zu; (3) Teils/teils; (4) Stimme eher nicht zu; (5) Stimme überhaupt nicht zu.

Ältere unterstützen Jüngere: „Und finden Sie, dass die älteren Menschen die jüngeren im Allgemeinen sehr stark unterstützen, stark, mittelmäßig, wenig oder gar nicht?“

(1) Sehr stark unterstützen; (2) Stark unterstützen; (3) Mittelmäßig; (4) Wenig unterstützen; (5) Gar nicht unterstützen.

Jüngere unterstützen Ältere: „Und finden Sie, dass die jüngeren Menschen die älteren im Allgemeinen sehr stark unterstützen, stark, mittelmäßig, wenig oder gar nicht?“

(1) Sehr stark unterstützen; (2) Stark unterstützen; (3) Mittelmäßig; (4) Wenig unterstützen; (5) Gar nicht unterstützen.

Politisches Vertrauen: „Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Einrichtungen oder Personengruppen, wie stark Sie persönlich jeder einzelnen vertrauen. Vertrauen Sie ihnen voll und ganz, vertrauen Sie ihnen eher, teilweise, eher nicht oder überhaupt nicht?“

- Bundestag
- Politikern
- Bundesverfassungsgericht
- Bundesregierung

(1) Vertraue voll und ganz; (2) Vertraue eher; (3) Vertraue teilweise; (4) Vertraue eher nicht; (5) Vertraue überhaupt nicht.

Altersspezifische Interessenvertretung/Ältere leben auf Kosten Jüngerer: „Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie den folgenden Aussagen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen.“

- Die Anliegen der Älteren sind in der Politik zu wenig vertreten
- Die Älteren leben auf Kosten der nachfolgenden Generationen

(1) Stimme voll und ganz zu; (2) Stimme eher zu; (3) Teils/teils; (4) Stimme eher nicht zu; (5) Stimme überhaupt nicht zu.

Bereichsspezifische Zufriedenheit: „Bitte sagen Sie mir, ob Sie mit der gegenwärtigen Lage in Deutschland in den folgenden politischen Problembereichen alles in allem sehr zufrieden, eher zufrieden, teilweise zufrieden, eher nicht oder überhaupt nicht zufrieden sind.“

- Bildung
- Finanzielle Absicherung im Alter
- Familien
- Pflege im Alter

(1) Sehr zufrieden; (2) Eher zufrieden; (3) Teilweise zufrieden; (4) Eher nicht zufrieden; (5) Überhaupt nicht zufrieden.

Gewünschte staatliche Leistungshöhe: „Bitte sagen Sie mir jetzt, ob der Staat in den bereits genannten Bereichen sehr viel mehr Geld, mehr Geld, so viel Geld wie jetzt, weniger oder sehr viel weniger Geld ausgeben sollte.“

- Bildung
- Finanzielle Absicherung im Alter
- Familien
- Pflege im Alter

(1) Sehr viel mehr; (2) Mehr; (3) So wie jetzt; (4) Weniger; (5) Sehr viel weniger.

Gewünschte staatliche Verantwortung: „Nun geht es noch einmal um diese Aufgabenbereiche. Bitte sagen Sie mir, inwieweit der Staat für diese verantwortlich sein sollte. Sagen Sie es mir bitte auf einer Skala von 0 bis 10, 0 bedeutet, dass der Staat überhaupt nicht dafür verantwortlich sein sollte und 10 bedeutet, dass der Staat voll und ganz verantwortlich sein sollte. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.“

- Bildung
- Finanzielle Absicherung im Alter
- Familien
- Pflege im Alter

Von (0) für der Staat sollte überhaupt nicht dafür verantwortlich sein bis (10) für der Staat sollte voll und ganz dafür verantwortlich sein.

Wahrnehmung intergenerationaler Einstellungsunterschiede (prospektiv allgemein/spezifisch): „Nun geht es um Entwicklungen in Deutschland in den nächsten Jahrzehnten. Glauben Sie, dass die folgenden Dinge ganz sicher eintreffen werden, wahrscheinlich eintreffen, vielleicht eintreffen, eher nicht oder bestimmt nicht eintreffen werden?“

- Es wird zu Konflikten zwischen Älteren und Jüngeren kommen
- Die Jüngeren werden nicht mehr für die Renten der Älteren aufkommen wollen

(1) Wird ganz sicher eintreffen; (2) Wird wahrscheinlich eintreffen; (3) Wird vielleicht eintreffen; (4) Wird eher nicht eintreffen; (5) Wird bestimmt nicht eintreffen.

Alter: „Abschließend hätte ich noch einige Fragen zu statistischen Zwecken. Würden Sie mir bitte sagen, in welchem Jahr Sie geboren sind?“

Kinder: „Wie viele eigene Kinder haben oder hatten Sie? Bitte denken Sie dabei auch an Kinder, die nicht in Ihrem Haushalt leben.“

Parteiidentifikation: „In Deutschland neigen viele Leute längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie – ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten Partei zu? Und wenn ja, welcher?“

Formale Bildung: „Welchen höchsten Schulabschluss haben Sie?“

(1) Keinen Schulabschluss; (2) Hauptschulabschluss, Volksschulabschluss, Abschluss der polytechnischen Oberschule (POS) 8. oder 9. Klasse; (3) Realschulabschluss, Mittlere Reife, Fachschulreife oder Abschluss der polytechnischen Oberschule (POS) 10. Klasse; (4) Fachhochschulreife oder Abitur bzw. erweiterte Oberschule (EOS) mit Abschluss 12. Klasse (Hochschulreife); (5) Bin noch Schüler(in).

Erwerbstätigkeit: „Was von dem Folgenden trifft auf Sie zu? Sind Sie...?“

(1) Vollzeit berufstätig; (2) Teilzeit berufstätig; (3) In Ausbildung, im Wehr- oder Zivildienst; (4) In einer Weiterbildungsmaßnahme oder Umschulung; (5) In Kurzarbeit/Nullarbeit; (6) Zur Zeit arbeitslos bzw. arbeitsunfähig; (7) Hausmann/Hausfrau; (8) Pensionär/in, Rentner/in; (9) Im Vorruhestand; (10) Im Mutterschafts-/Erziehungsurlaub.

Sorgen im Hinblick auf die eigene Altersabsicherung: „Bitte sagen Sie mir zu den folgenden Aussagen jeweils, ob Sie Ihrer Meinung nach voll und ganz zutreffen, eher zutreffen, teilweise zutreffen, eher nicht zutreffen oder überhaupt nicht zutreffen.“

- Ich befürchte, im Alter nicht ausreichend medizinisch versorgt zu werden
- Ich befürchte, dass mein Einkommen im Alter nicht ausreichen wird

(1) Trifft voll und ganz zu; (2) Trifft eher zu; (3) Trifft teilweise zu; (4) Trifft eher nicht zu; (5) Trifft überhaupt nicht zu.

Anmerkung: Die Frageformulierung wurde für Befragte, die 1951 oder früher geboren wurden, leicht abgeändert:

- Ich befürchte, in den nächsten Jahren nicht ausreichend medizinisch versorgt zu sein
- Ich befürchte, dass mein Einkommen in den nächsten Jahren nicht ausreichen wird

Subjektive Schichteinstufung: „Es wird heute viel über verschiedene Bevölkerungsschichten gesprochen. Welcher dieser Schichten rechnen Sie sich selbst zu: der Arbeiterschicht, der unteren Mittelschicht, der Mittelschicht, der oberen Mittelschicht oder der Oberschicht?“

(1) Arbeiterschicht; (2) Untere Mittelschicht; (3) Mittelschicht; (4) Obere Mittelschicht; (5) Oberschicht.

Literaturverzeichnis

- Acock, Alan C. (2013). *Discovering Structural Equation Modeling Using Stata*. College Station: Stata Press.
- Aiken, Leona S. und West, Stephen G. (1993). *Multiple Regression: Testing and Interpreting Interactions*. Newbury Park: Sage Publications.
- Alesina, Alberto und Fuchs-Schündeln, Nicola. (2007). Good-Bye Lenin (or Not?): The Effect of Communism on People's Preferences. *The American Economic Review*, 97(4), 1507-1528.
- Almond, Gabriel und Verba, Sidney. (1963). *The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Andreß, Hans-Jürgen, Heien, Thorsten und Hofäcker, Dirk. (2001). *Wozu brauchen wir noch den Sozialstaat? Der deutsche Sozialstaat im Urteil seiner Bürger*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Armingeon, Klaus. (2006). Reconciling Competing Claims of the Welfare State Clientele. The Politics of Old and New Social Risk Coverage in Comparative Perspective. In K. Armingeon und G. Bonoli (Hg.), *The Politics of Post-Industrial Welfare State. Adapting Post-War Social Policies to New Social Risks* (100-122). London/New York: Routledge.
- Arts, Wil und Gelissen, John. (2001). Welfare States, Solidarity and Justice Principles: Does the Type Really Matter? *Acta Sociologica*, 44(4), 283-299.
- Arzheimer, Kai. (2013). Twenty Years After: Sozial- und wirtschaftspolitische Einstellungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich. In S. I. Keil und S. I. Thaidigsmann (Hg.), *Zivile Bürgergesellschaft und Demokratie: Aktuelle Ergebnisse der empirischen Politikforschung* (299-336). Wiesbaden: Springer.
- Arzheimer, Kai und Schoen, Harald. (2007). Mehr als eine Erinnerung an das 19. Jahrhundert? Das sozioökonomische und das religiös-konfessionelle Cleavage und Wahlverhalten 1994-2005. In H. Rattinger, O. W. Gabriel und J. W. Falter (Hg.), *Der gesamtdeutsche Wähler. Stabilität und Wandel des Wählerverhaltens im wiedervereinigten Deutschland* (89-112). Baden-Baden: Nomos.
- Auerbach, Alan J., Gokhale, Jagadeesh und Kotlikoff, Laurence J. (1992). Generational Accounting: A New Approach to Understanding the Effects of Fiscal Policy on Saving. *Scandinavian Journal of Economics*, 94(2), 303-318.
- Baltes, Paul B. (2004). *Der Generationenkrieg kann ohne mich stattfinden. Wir sind alle jung und alt zugleich: Warum die Deutschen ihre Einstellung zum Alter radikal verändern müssen*. Frankfurter Allgemeine Zeitung (12.05.2004, 39).
- Baslevant, Cem und Kirmanoglu, Hasan. (2011). Discerning Self-Interested Behaviour in Attitudes towards Welfare State Responsibilities across Europe. *International Journal of Social Welfare*, 20(4), 344-352.
- Bazant, Ursula und Schubert, Klaus. (2008). Europäische Wohlfahrtssysteme: Vielfalt jenseits bestehender Kategorien. In K. Schubert, S. Hegelich und U. Bazant (Hg.), *Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch* (623-645). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bergmann, Michael, Konzelmann, Laura und Rattinger, Hans. (2012). Deutschland auf dem Weg in die „Rentner-Demokratie“? – Eine empirische Untersuchung altersspezifischer Einstellungsunterschiede und ihrer Bedeutung für das Wahlverhalten auf Basis einer aktuellen Bevölkerungsumfrage. *Politische Vierteljahresschrift*, 53(3), 371-393.
- Bielenski, Harald, von Rosenblatt, Bernhard und Ruhland, Walter. (1983). *Herausforderungen der Sozialpolitik. Maßnahmen zur Absicherung des Systems der sozialen Sicherung, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Verkürzung der Arbeitszeit im Urteil der Bürger*. Bonn/München: Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Referat Presse und Information.

- Bierhoff, Hans-Werner. (2002). Politisches Vertrauen: Verschiedene Dimensionen, verschiedene Ebenen der Betrachtung. In R. Schmalz-Bruns und R. Zintl (Hg.), *Politisches Vertrauen. Soziale Grundlagen reflexiver Kooperation* (241-253). Baden-Baden: Nomos.
- Bittman, Michael und Wajcman, Judy. (2000). The Rush Hour: The Character of Leisure Time and Gender Equity. *Social Forces*, 79(1), 165-189.
- Blekesaune, Morten. (2007). Economic Conditions and Public Attitudes to Welfare Policies. *European Sociological Review* 23(3), 393-403.
- Blekesaune, Morten und Quadagno, Jill. (2003). Public Attitudes toward Welfare State Policies: A Comparative Analysis of 24 Nations. *European Sociological Review*, 19(5), 415-427.
- Blome, Agnes, Keck, Wolfgang und Alber, Jens. (2008). *Generationenbeziehungen im Wohlfahrtsstaat. Lebensbedingungen und Einstellungen von Altersgruppen im internationalen Vergleich*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Blumer, Herbert. (1973). Der methodologische Standort des symbolischen Interaktionismus. In A. B. Soziologen (Hg.), *Alltagswissen, Interaktion und gesellschaftliche Wirklichkeit*. (80-146). Reinbek: Rowohlt.
- Boeri, Tito, Börsch-Supan, Axel und Tabellini, Guido. (2001). Would You Like to Shrink the Welfare State? A Survey of European Citizens. *Economic Policy*, 16(32), 9-50.
- Bollen, Kenneth A. (1989). *Structural Equations with Latent Variables*. New York: John Wiley & Sons.
- Bonacker, Thorsten. (2009). Konflikttheorien. In G. Kneer und M. Schroer (Hg.), *Handbuch Soziologische Theorien* (179-197). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bonoli, Giuliano und Häusermann, Silja. (2009). Who Wants What from the Welfare State? Socio-Structural Cleavages in Distributional Politics: Evidence from Swiss Referendum Votes. *European Societies*, 11(2), 211-232.
- Börsch-Supan, Axel. (2011). Ökonomische Auswirkungen des demographischen Wandels. *Aus Politik und Zeitgeschichte, B10-11*, 19-33.
- Bosbach, Gerd. (2006). Demographische Entwicklung – Realität und mediale Aufbereitung. *Berliner Debatte Initial*, 17(3), 59-66.
- Brambor, Thomas, Clark, William Roberts und Golder, Matt. (2006). Understanding Interaction Models: Improving Empirical Analyses. *Political Analysis*, 14(1), 63-82.
- Braun, Daniela. (2010). Politisches Vertrauen in neuen Demokratien Europas. Ein tausch- oder gemeinschaftsbasiertes Phänomen? *MZES Working Paper* (Vol. 131). Mannheim: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung.
- Brenke, Karl. (2012a). Engineers in Germany: No Shortage in Sight. *DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) Economic Bulletin*, 2(5), 3-8.
- Brenke, Karl. (2012b). Gibt es in Deutschland einen Fachkräftemangel – und wird es einen geben? Der unsichtbare Mangel. In Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hg.), *Fachkräftemangel. Ein neues, demografisch bedingtes Phänomen?* (4-13). Bonn.
- Brettschneider, Frank. (2014). Massenmedien und Wählerverhalten. In J. W. Falter und H. Schoen (Hg.), *Handbuch Wahlforschung. 2. Auflage* (625-657). Wiesbaden: Springer VS.
- Bude, Heinz. (2003). Generation: Elemente einer Erfahrungsgeschichte des Wohlfahrtsstaates. In S. Lessenich (Hg.), *Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse* (287-300). Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales. (2014). *Sozialbudget 2013*. Bonn.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (2006). *Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik. Siebter Familienbericht*. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Bundesregierung. (2010). *Sechster Bericht zur Lage der älteren Generationen in der Bundesrepublik Deutschland – Altersbilder in der Gesellschaft und Stellungnahme der Bundesregierung*.

- Burstein, Paul. (2003). The Impact of Public Opinion on Public Policy: A Review and an Agenda. *Political Research Quarterly*, 56(1), 29-40.
- Busemeyer, Marius R., Goerres, Achim und Weschle, Simon. (2009). Attitudes towards Redistributive Spending in an Era of Demographic Ageing: The Rival Pressures from Age and Income in 14 OECD Countries. *Journal of European Social Policy* 19(3), 195-212.
- Butterwegge, Christoph. (2005). Auf dem Weg zur Greisenrepublik oder weg vom Sozialstaat? Über demografischen Wandel und die Notwendigkeit seiner Entdramatisierung. *Gesundheits- und Sozialpolitik*, 5-6, 11-19.
- Butterwegge, Christoph. (2012). *Krise und Zukunft des Sozialstaates. 4., überarbeitete und erweiterte Auflage*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Campbell, Angus, Converse, Philip E., Miller, Warren E. und Stokes, Donald E. (1960). *The American Voter*. Chicago: University of Chicago Press.
- Chanley, Virginia A., Rudolph, Thomas J. und Rahn, Wendy M. (2000). The Origins and Consequences of Public Trust in Government: A Time Series Analysis. *Public Opinion Quarterly*, 64(3), 239-256.
- Confalonieri, Maria A. und Newton, Kenneth. (1995). Taxing and Spending: Tax Revolt or Tax Protest? In O. Borre und E. Scarbrough (Hg.), *The Scope of Government*. (121-148). Oxford: Oxford University Press.
- Coser, Lewis Alfred. (1965). *Theorie sozialer Konflikte*. Neuwied: Luchterhand.
- Cronbach, Lee J. (1987). Statistical Tests for Moderator Variables: Flaws in Analyses Recently Proposed. *Psychological Bulletin*, 102(3), 414-417.
- Cruz-Saco, María Amparo (2010). Intergenerational Solidarity. In M. A. Cruz-Saco und S. Zelenev (Hg.), *Intergenerational Solidarity. Strengthening Economic and Social Ties* (9-34). New York: Palgrave Macmillan.
- Dallinger, Ursula. (2002). Die Akzeptanz der Rentenversicherung – gibt es einen „Generationenkonflikt“? *Zeitschrift für Sozialreform*, 48(6), 659-685.
- Dallinger, Ursula und Liebig, Stefan. (2004). Gerechtigkeit zwischen den Generationen in der wohlfahrtsstaatlichen Alterssicherung. In S. Liebig, H. Lengfeld und S. Mau (Hg.), *Verteilungsprobleme und Gerechtigkeit in modernen Gesellschaften* (97-131). Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Dehlinger, Erwin und Brennecke, Ralph. (1992). Die Akzeptanz der sozialen Sicherung in der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland. *Das Gesundheitswesen*, 54(5), 229-243.
- Delhey, Jan und Keck, Wolfgang. (2008). The Perception of Group Conflicts. Different Challenges for Social Cohesion in New and Old Member States. In J. Alber, T. Fahey und C. Saraceno (Hg.), *Handbook of Quality of Life in the Enlarged European Union* (328-351). London, New York: Routledge.
- Denters, Bas, Gabriel, Oscar und Torcal, Mariano. (2007). Political Confidence in Representative Democracies. Socio-Cultural vs. Political Explanations. In J. W. van Deth, J. R. Montero und A. Westholm (Hg.), *Citizenship and Involvement in European Democracies. A Comparative Analysis*. (66-87). London: Routledge.
- Der Spiegel. (1997). *Die Rentenreform oder Wie die Alten die Jungen ausplündern*. (Titelthema 06/1997).
- Deutsch, Morton. (1976). *Konfliktregelung. Konstruktive und destruktive Prozesse*. München/Basel: Ernst Reinhardt.
- Deutscher Rentenversicherungsbund. (2011). Rentenversicherung in Zeitreihen (1985-2010).
- Deutschlandfunk. (2013). „Alles solide gerechnet“. *Wolfgang Schäuble im Gespräch mit Christiane Kaess*. (veröffentlicht am 28.11.2013, abgerufen am 09.07.2015).
URL: http://www.deutschlandfunk.de/finanzierung-der-koalitionsvorhaben-alles-solide-gerechnet.694.de.html?dram:article_id=270342.
- Dorbritz, Jürgen. (2008a). Family Diversity with Low Actual and Desired Fertility. *Demographic Research*, 19, 557-598.

- Dorbritz, Jürgen. (2008b). Demographic Knowledge and Evaluation of Demographic Trends. In C. Höhn, D. Avramov und I. Kotowska (Hg.), *People, Population Change and Policies. Lessons from the Population Policy Acceptance Study. Volume 2.* (21-44). Dordrecht: Springer.
- Downs, Anthony. (1957). *An Economic Theory of Democracy.* New York: Harper.
- Easton, David. (1965). *A Framework for Political Analysis.* Englewood Cliffs, NJ: Prentice-Hall.
- Easton, David. (1967). *A Systems Analysis of Political Life. 2. Auflage.* New York: John Wiley & Sons.
- Edlund, Jonas. (1999). Trust in Government and Welfare Regimes: Attitudes to Redistribution and Financial Cheating in the USA and Norway. *European Journal of Political Research, 35*(3), 341-370.
- Edwards, Jeffrey R. und Lambert, Lisa Schurer. (2007). Methods for Integrating Moderation and Mediation: A General Analytical Framework Using Moderated Path Analysis. *Psychological Methods, 12*(1), 1-22.
- Emery, Thomas. (2012). Intergenerational Conflict: Evidence from Europe. *Population Ageing, 5*(1), 7-22.
- Esping-Andersen, Gøsta. (1990). *The Three Worlds of Welfare Capitalism.* Cambridge: Polity Press.
- Falter, Jürgen W. und Gehring, Uwe W. (1998). Alter – ein neues Cleavage? In H.-D. Klingemann und M. Kaase (Hg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1994* (463-503). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Feist, Karen und Raffelhüschen, Bernd. (2000). Möglichkeiten und Grenzen der Generationenbilanzierung. *Wirtschaftsdienst, 80*(7), 440-448.
- Fernández, Juan J. und Jaime-Castillo, Antonio M. (2013). Positive or Negative Policy Feedbacks? Explaining Popular Attitudes towards Pragmatic Pension Policy Reforms. *European Sociological Review, 29*(4), 803-815.
- Filipp, Sigrun-Heide und Boll, Thomas. (1998). Konflikte zwischen und innerhalb der Generationen im Erwachsenenalter: Daten zu Verbreitung und subjektiven Einschätzungen ihrer Besonderheiten aus einer Repräsentativerhebung. *Trierer Psychologische Berichte, 25*(2).
- Finke, Claudia. (2011). Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen. Eine Ursachenanalyse auf Grundlage der Verdienststrukturerhebung 2006. *Wirtschaft und Statistik, 1*(2011), 36-48.
- Fiske, Susan T. und Taylor, Shelley E. (1984). *Social Cognition.* Addison-Wesley New York, NY: Random House.
- Fuller, Richard C. und Myers, Richard R. (1941a). The Natural History of a Social Problem. *American Sociological Review, 6*(3), 320-329.
- Fuller, Richard C. und Myers, Richard R. (1941b). Some Aspects of a Theory of Social Problems. *American Sociological Review, 6*(1), 24-32.
- Gabler, Siegfried und Häder, Sabine. (1997). Überlegungen zu einem Stichprobendesign für Telefonumfragen in Deutschland. *ZUMA-Nachrichten, 41*(21), 7-18.
- Gabriel, Oskar W. (2013). Vertrauen, Erfahrungen und Urteilsfähigkeit als Determinanten der Einstellungen zu Reformen des Wohlfahrtsstaates: Das Beispiel der Rentenversicherung. In E.-M. Trüdinger und O.W. Gabriel (Hg.), *Reformen des Sozialstaates in Deutschland. Reformbereitschaft und Reformakzeptanz der Bürger* (73-111). Baden-Baden: Nomos
- Gelman, Andrew und Stern, Hal. (2006). The Difference Between “Significant” and “Not Significant” is not Itself Statistically Significant. *The American Statistician, 60*(4), 328-331.
- Giger, Nathalie und Nelson, Moira. (2013). The Welfare State or the Economy? Preferences, Constituencies, and Strategies for Retrenchment. *European Sociological Review, 29*(5), 1083-1094.
- Glatzer, Wolfgang. (1984). Unzufriedenheit und gesellschaftliche Konflikte. In W. Glatzer und W. Zapf (Hg.), *Lebensqualität in der Bundesrepublik: Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden* (206-220). Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Glenn, Norval D. (1976). Cohort Analysts’ Futile Quest: Statistical Attempts to Separate Age, Period and Cohort Effects. *American Sociological Review, 41*(5), 900-904.

- Goerres, Achim. (2009). Einstellungen zu umverteiler Politik. Babyboomer in Großbritannien und Westdeutschland im Vergleich. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 19(2), 205-235.
- Goerres, Achim und Tepe, Markus. (2010). Age-Based Self-Interest, Intergenerational Solidarity and the Welfare State: A Comparative Analysis of Older People's Attitudes towards Public Childcare in 12 OECD Countries. *European Journal of Political Research*, 49(6), 818-851.
- Goerres, Achim und Tepe, Markus. (2012). The Family and the Welfare State. The Impact of Public Provision for Families on Young People's Demand for Public Childcare across 21 Nations. In P. Vanhuysse und A. Goerres (Hg.), *Ageing Populations in Post-industrial Democracies. Comparative Studies of Policies and Politics* (178-205). New York: Routledge.
- Göhler, Gerhard. (2002). Stufen des politischen Vertrauens. In R. Schmalz-Bruns und R. Zintl (Hg.), *Politisches Vertrauen. Soziale Grundlagen reflexiver Kooperation* (221-238). Baden-Baden: Nomos
- Groenemeyer, Axel. (2012). Soziologie sozialer Probleme – Fragestellungen, Konzepte und theoretische Perspektiven. In G. Albrecht und A. Groenemeyer (Hg.), *Handbuch soziale Probleme. 2., überarbeitete Auflage* (17-116). Wiesbaden: Springer VS.
- Gronemeyer, Reimer. (1989). *Die Entfernung vom Wolfsrudel: Über den drohenden Krieg der Jungen gegen die Alten*. Düsseldorf: Claassen.
- Gronemeyer, Reimer. (2004). *Kampf der Generationen*. München: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Hagenaars, Jacques A. (1990). *Categorical Longitudinal Data. Log-Linear Panel, Trend, and Cohort Analysis*. Newbury Park: Sage Publications.
- Hartmann, Peter H. (1990). Wie repräsentativ sind Bevölkerungsumfragen? Ein Vergleich des ALLBUS und des Mikrozensus. *ZUMA-Nachrichten*, 14(26), 7-30.
- Hasenfeld, Yeheskel und Rafferty, Jane A. (1989). The Determinants of Public Attitudes toward the Welfare State. *Social Forces*, 67(4), 1027-1048.
- Hayes, Andrew F., Preacher, Kristopher J. und Myers, Teresa A. (2011). Mediation and the Estimation of Indirect Effects in Political Communication Research. In E. P. Bucy und R. L. Holbert (Hg.), *The Sourcebook for Political Communication Research: Methods, Measures, and Analytical Techniques* (434-465). New York: Routledge.
- Hetherington, Marc J. (1998). The Political Relevance of Political Trust. *The American Political Science Review*, 92(4), 791-808.
- Hinrichs, Karl. (2003). Between Continuity and Paradigm Shift: Pension Reforms in Germany. *ZeS-Arbeitspapier* (Nr. 14/03) Bremen: Zentrum für Sozialpolitik.
- Hinrichs, Karl und Aleksandrowicz, Paula. (2006). Reforming European Pension Systems for Active Ageing. *International Social Science Journal*, 58(190), 585-599.
- Hofäcker, Dirk. (1999). *Wirtschaftliche Lage und Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat*. Wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen und Einstellungen der Bürger. *WME-Arbeitspapier* (Nr.6.). Bielefeld: Universität Bielefeld.
- Holladay, Sherry J. und Coombs, W. Timothy. (2004). The Political Power of Seniors. In J. F. Nussbaum und J. Coupland (Hg.), *Handbook of Communication and Aging Research. 2. Auflage* (383-405). Mahwah/New Jersey/London: Lawrence Erlbaum Associates.
- Höpflinger, Francois. (1999). *Generationenfrage – Konzepte, theoretische Ansätze und Beobachtungen zu Generationenbeziehungen in späteren Lebensphasen*. Lausanne: INAG.
- Hummert, Mary Lee, Garstka, Teri A., Ryan, Ellen Bouchard und Bonnesen, Jaye L. (2004). The Role of Age Stereotypes in Interpersonal Communication. In J. F. Nussbaum und J. Coupland (Hg.), *Handbook of Communication and Aging Research. 2. Auflage* (91-114). Mahwah/New Jersey/London: Lawrence Erlbaum Associates.
- Huseby, Beate M. (1995). Attitudes towards the Size of Government. In O. Borre und E. Scarbrough (Hg.), *The Scope of Government* (87-118). Oxford: Oxford University Press.
- Inglehart, Ronald und Abramson, Paul R. (1999). Measuring Postmaterialism. *American Political Science Review*, 93(3), 665-677.

- Jæger, Mads Meier. (2006a). What Makes People Support Public Responsibility for Welfare Provision: Self-interest or Political Ideology? A Longitudinal Approach. *Acta Sociologica* 49(3), 321-338.
- Jæger, Mads Meier. (2006b). Welfare Regimes and Attitudes towards Redistribution: The Regime Hypothesis Revisited. *European Sociological Review*, 22(2), 157-170.
- Jæger, Mads Meier. (2008). Does Left–Right Orientation have a Causal Effect on Support for Redistribution? Causal Analysis with Cross-Sectional Data Using Instrumental Variables. *International Journal of Public Opinion Research*, 20(3), 363-374.
- Janicka, Krystyna. (2002). Dynamics of Social Conflict Perception: Dimensions and Relations. In K. Slomczynski (Hg.), *Social Structure: Changes and Linkages. The Advanced Phase of the Post-Communist Transition in Poland* (221-230). Warsaw: IFIS Publishers.
- Jones, Russell A. (1977). *Self-Fulfilling Prophecies. Social, Psychological, and Physiological Effects of Expectancies*. Hillsdale, New Jersey: Lawrence Erlbaum Associates.
- Juhász, Zoltán. (2000). Einstellungsforschung in der Politikwissenschaft. In S. Deminger, T. Fögen, J. Scharloth und S. Zwickl (Hg.), *Einstellungsforschung in der Soziolinguistik und Nachbardisziplinen*. (179-208). Frankfurt: Peter Lang.
- Jung, Alexander und Schmergal, Cornelia. (2015). Herbstwachen (Teil 2 der Serie: 2030. Deutschland, deine Zukunft). *Der Spiegel*, 13/2015, 54-58.
- Kaelble, Hartmut. (2007). *Sozialgeschichte Europas. 1945 bis zur Gegenwart*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Kangas, Olli E. (1997). Self-Interest and the Common Good: The Impact of Norms, Selfishness and Context in Social Policy Opinion. *Journal of Socio-Economics*, 26(5), 475-494.
- Kaufmann, Franz-Xaver. (1993). Generationenbeziehungen und Generationenverhältnisse im Wohlfahrtsstaat. In K. Lüscher und F. Schultheis (Hg.), *Generationenbeziehungen in „post-modernen“ Gesellschaften* (95-108). Konstanz: Universitätsverlag Konstanz.
- Kaufmann, Franz-Xaver. (2003). *Varianten des Wohlfahrtsstaats. Der deutsche Sozialstaat im internationalen Vergleich*. Frankfurt: Suhrkamp Verlag.
- Keck, Wolfgang und Blome, Agnes. (2008). Is there a Generational Cleavage in Europe? Age-specific Perceptions of Elderly Care and of the Pension System. In J. Alber, T. Fahey und C. Saraceno (Hg.), *Handbook of Quality of Life in the Enlarged European Union* (73-99). London, New York: Routledge.
- Kelley, Jonathan und Evans, M.D.R. (2000). Public Perceptions of Class Conflict in 21 Nations. In N. Toš, P. P. Mohler und B. Malnar (Hg.), *Modern Society and Values. A Comparative Analysis Based on ISSP Project* (43-71). Ljubljana/Mannheim: Faculty of Social Sciences, University of Ljubljana and ZUMA Mannheim.
- Kessler, Eva-Marie. (2009). Altersbilder in den Medien: Wirklichkeit oder Illusion? In B. Schorb, A. Hartung und W. Reißmann (Hg.), *Medien und höheres Lebensalter* (146-156). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kessler, Eva-Marie, Rakoczy, Katrin und Staudinger, Ursula M. (2004). The Portrayal of Older People in Prime Time Television Series: The Match with Gerontological Evidence. *Ageing and Society*, 24, 531-552.
- Kessler, Eva-Marie, Schwender, Clemens und Bowen, Catherine E. (2010). The Portrayal of Older People's Social Participation on German Prime-Time TV Advertisements. *Journals of Gerontology: Psychological and Social Sciences*, 65, 97-106.
- King, Gary. (1986). How Not to Lie with Statistics: Avoiding Common Mistakes in Quantitative Political Science. *American Journal of Political Science*, 30(3), 666-687.
- King, Gary, Keohane, Robert O. und Verba, Sidney. (1994). *Designing Social Inquiry. Scientific Inference in Qualitative Research*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Klößner, Bernd W. (2003). *Die gierige Generation. Wie die Alten auf Kosten der Jungen abkassieren*. Frankfurt: Eichborn.

- Klundt, Michael. (2008). *Von der sozialen zur Generationengerechtigkeit? Polariserte Lebenslagen und ihre Deutung in Wissenschaft, Politik und Medien*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kohli, Martin. (1985). Die Institutionalisierung des Lebenslaufs. Historische Befunde und theoretische Argumente. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 37, 1-29.
- Kohli, Martin. (2009). Politik im Alter: Familiäre Generationsbeziehungen im Wohlfahrtsstaat. In J. Kocka, M. Kohli und W. Streeck (Hg.), *Altern: Familie, Zivilgesellschaft, Politik* (91-113). Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft.
- Kohli, Martin, Neckel, Sighard und Wolf, Jürgen. (1999). Krieg der Generationen? Die politische Macht der Älteren. In A. Niederfranke, G. Naegele und E. Frahm (Hg.), *Funkkolleg Altern 2. Lebenslagen und Lebenswelten, soziale Sicherung und Altenpolitik*. (479-511). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Konzelmann, Laura, Bergmann, Michael und Rattinger, Hans. (2014). *Demographic Change in Germany – its Political Consequences*. Baden-Baden: Nomos.
- Koschel, Friederike und Bilandzic, Helena. (2014). Medienwirkungsforschung. In H. Pürer (Hg.), *Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. 2. Auflage* (367-407). Konstanz/München: UVK.
- Kreuter, Vera, Slupina, Manuel und Klingholz, Reiner. (2014). Die Zukunft des Generationenvertrags. Wie sich die Lasten des demographischen Wandels gerechter verteilen lassen. *Discussion Paper 14* (1-32). Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.
- Krings, Franciska und Kluge, Annette. (2008). Altersvorurteile. In L.-E. Petersen und B. Six (Hg.), *Stereotype, Vorurteile und soziale Diskriminierung. Theorien, Befunde und Interventionen* (131-139). Weinheim/Basel: Beltz Verlag.
- Krömmelbein, Silvia, Bieräugel, Roland, Nüchter, Oliver, Glatzer, Wolfgang und Schmid, Alfons. (2007). *Einstellungen zum Sozialstaat. Repräsentative Querschnittsuntersuchung zu grundsätzlichen gesundheits- und sozialpolitischen Einstellungen in der Bevölkerung Deutschlands 2005*. Opladen/Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich.
- Krüger, Jürgen. (1999). Wohlfahrtsstaatliche Entsolidarisierung? Soziologische Diagnosen im Lichte repräsentativer Umfragedaten. *Zeitschrift für Sozialreform*, 45(4), 269-302.
- Kumlin, Staffan. (2007). The Welfare State: Values, Policy Preferences, and Performance Evaluations. In R. J. Dalton und H.-D. Klingemann (Hg.), *The Oxford Handbook of Political Behavior* (362-382). Oxford: Oxford University Press.
- Künemund, Harald. (2002). Sozialstaatliche Leistungen und Familienbeziehungen im Alter – Verdrängung oder Ergänzung? In G. M. Backes und W. Clemens (Hg.), *Zukunft der Soziologie des Alter(n)s*. (167-181). Opladen: Leske+Budrich.
- Künemund, Harald und Motel, Andreas. (2000). Verbreitung, Motivation und Entwicklungsperspektiven privater intergenerationeller Hilfeleistungen und Transfers. In M. Kohli und M. Szydlik (Hg.), *Generationen in Familie und Gesellschaft* (122-137). Opladen: Leske+Budrich.
- Leisering, Lutz. (1992). *Sozialstaat und demographischer Wandel. Wechselwirkungen, Generationenverhältnisse, politisch-institutionelle Steuerung*. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Leisering, Lutz. (2000). Wohlfahrtsstaatliche Generationen. In M. Kohli und M. Szydlik (Hg.), *Generationen in Familie und Gesellschaft* (59-76). Opladen: Leske+Budrich.
- Leisering, Lutz. (2003). Der deutsche Sozialstaat – Entfaltung und Krise eines Sozialmodells. *Der Bürger im Staat*, 53(4), 172-180.
- Lepsius, M. Rainer. (1979). Soziale Ungleichheit und Klassenstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland. Lebenslagen, Interessenvermittlung und Wertorientierungen. In H.-U. Wehler (Hg.), *Klassen in der europäischen Sozialgeschichte*. (166-209). Göttingen Vandenhoeck & Ruprecht in Göttingen.

- Lerner, Richard M., Karson, Michael, Meisels, Murray und Knapp, John R. (1975). Actual and Perceived Attitudes of Late Adolescents and their Parents: The Phenomenon of the Generation Gaps. *The Journal of Genetic Psychology*, 126(2), 195-209.
- Lessenich, Stephan und Ostner, Ilona. (1998). Welten des Wohlfahrtskapitalismus – Wandel der Wohlfahrtsstaatsforschung. Beiträge aus der „dritten Welt“. In S. Lessenich und I. Ostner (Hg.), *Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive*. (9-17). Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Linos, Katerina und West, Martin. (2003). Self-interest, Social Beliefs, and Attitudes to Redistribution. Re-addressing the Issue of Cross-National Variation. *European Sociological Review*, 19(4), 393-409.
- Lipsmeyer, Christine S. und Nordstrom, Timothy. (2003). East versus West: Comparing Political Attitudes and Welfare Preferences Across European Societies. *Journal of European Public Policy*, 10(3), 339-364.
- Logan, John R. und Spitze, Glenna D. (1995). Self-interest and Altruism in Intergenerational Relations. *Demography*, 32(3), 353-364.
- Lohmann, Henning. (2010). Nicht-Linearität und Nicht-Additivität in der multiplen Regression: Interaktionseffekte, Polynome und Splines. In C. Wolf und H. Best (Hg.), *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse* (677-706). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lynch, Julia. (2006). *Age in the Welfare State. The Origins of Social Spending on Pensioners, Workers, and Children*. Cambridge [u.a.]: Cambridge University Press.
- Lynch, Julia und Myrskylä, Mikko. (2009). Always the Third Rail? Pension Income and Policy Preferences in European Democracies. *Comparative Political Studies*, 42(8), 1068-1097.
- Maier, Jürgen, Maier, Michaela und Rattinger, Hans. (2000). *Methoden der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse. Arbeitsbuch mit Beispielen aus der politischen Soziologie*. München/Wien: Oldenbourg.
- Mannheim, Karl. (1964 [1928]). Das Problem der Generationen. In K. H. Wolff (Hg.), *Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk* (509-565). Berlin: Luchterhand.
- Marien, Sofie. (2011). Measuring Political Trust Across Time and Space. In S. Zmerli und M. Hooghe (Hg.), *Political Trust - Why Context Matters* (14-45). Colchester: ECPR Press.
- May, Christina. (2010). *Generation als Argument – Konflikte um die Rentenversicherung in Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden*. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Mehlkop, Guido und Neumann, Robert. (2012). Explaining Preferences for Redistribution: A Unified Framework to Account for Institutional Approaches and Economic Self-Interest for the Case of Monetary Transfers for Families and Children. *European Journal of Political Research*, 51(3), 350-381.
- Miettinen, Anneli, Esveldt, Ingrid und Fokkema, Tineke. (2008). Family Policies: Financial or Institutional Measures? Preferences of Childless Persons and One-Child Parents. In C. Höhn, D. Avramov und I. E. Kotowska (Hg.), *People, Population Change and Policies. Lessons from the Population Policy Acceptance Study. Volume 1* (347-367). Dordrecht: Springer.
- Mohl, Hans. (1993). *Die Altersexplosion: Droht uns ein Krieg der Generationen?* Stuttgart: Kreuz-Verlag.
- Munimus, Bettina. (2012). *Alternde Volksparteien. Neue Macht der Älteren in CDU und SPD?* Bielefeld: transcript Verlag.
- Neun, Oliver. (2009). Zur Kritik am Generationenbegriff von Karl Mannheim. In A. Kraft und M. Weißhaupt (Hg.), *Generationen: Erfahrung – Erzählung – Identität* (217-242). Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Noelle-Neumann, Elisabeth. (1980). *Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung – unsere soziale Haut*. München: Langen Müller.
- Nöthen, Manuela. (2011). Hohe Kosten im Gesundheitswesen: Eine Frage des Alters? *Wirtschaft und Statistik*, 665-675.

- Olson, Mancur. (1968). *Die Logik des kollektiven Handelns. Kollektivgüter und die Theorie der Gruppe*. Tübingen: Mohr.
- Page, Benjamin I. und Shapiro, Robert Y. (1983). Effects of Public Opinion on Policy. *The American Political Science Review*, 77(1), 175-190.
- Papadakis, Elim und Bean, Clive. (1993). Popular Support for the Welfare State: A Comparison between Institutional Regimes. *Journal of Public Policy*, 13(3), 227-254.
- Pettersen, Per Arnt. (1995). The Welfare State: The Security Dimension. In O. Borre und E. Scarbrough (Hg.), *The Scope of Government* (198-233). Oxford: Oxford University Press.
- Pierson, Paul. (1996). The New Politics of the Welfare State. *World Politics*, 48(2), 143-179.
- Plischke, Thomas. (2014). *Wann Wähler entscheiden. Abläufe von Entscheidungsprozessen und der Zeitpunkt der Wahlentscheidung*. Baden-Baden: Nomos.
- Ponza, Michael, Duncan, Greg J., Corcoran, Mary und Groskind, Fred. (1988). The Guns of Autumn. Age Differences in Support for Income Transfers to the Young and Old. *Public Opinion Quarterly*, 52, 441-466.
- Preacher, Kristopher J., Rucker, Derek D. und Hayes, Andrew F. (2007). Addressing Moderated Mediation Hypotheses: Theory, Methods, and Prescriptions. *Multivariate Behavioral Research*, 42(1), 185-227.
- Pruitt, Dean G. und Kim, Sung Hee. (2004). *Social Conflict. Escalation, Stalemate, and Settlement. 3. Auflage*. Boston et al.: McGraw-Hill Higher Education.
- Raffelhüschen, Bernd und Walliser, Jan. (1999). Unification and Aging in Germany: Who Pays and When? In A. J. Auerbach, L. J. Kotlikoff und W. Leibfritz (Hg.), *Generational Accounting around the World* (277-297). Chicago: The University of Chicago Press.
- Rattinger, Hans. (2009). *Einführung in die Politische Soziologie*. München: Oldenbourg.
- Rhodebeck, Laurie A. (1993). The Politics of Greed? Political Preferences among the Elderly. *The Journal of Politics*, 55(2), 342-364.
- Rinne, Karin und Wagner, Gert. (1995). Droht ein „Krieg der Generationen“? Empirische Evidenz zur Zufriedenheit mit der sozialen Sicherung. *Sozialer Fortschritt*, 44(12), 288-295.
- Roller, Edeltraud. (1992). *Einstellungen der Bürger zum Wohlfahrtsstaat der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Roller, Edeltraud. (1995). The Welfare State: The Equality Dimension. In O. Borre und E. Scarbrough (Hg.), *The Scope of Government*. (165-197). Oxford: Oxford University Press.
- Roller, Edeltraud. (1998). Ist der Sozialstaat im vereinigten Deutschland überfordert? Wohlfahrtsansprüche in Ost- und Westdeutschland im Vergleich. In J. Schmid und R. Niketta (Hg.), *Wohlfahrtsstaat: Krise und Reform im Vergleich* (85-111). Marburg: Metropolis-Verlag.
- Roller, Edeltraud. (2012). Wohlfahrtsstaatskulturen in Deutschland und in Europa. In S. I. Keil und J. W. van Deth (Hg.), *Deutschlands Metamorphosen. Ergebnisse des European Social Survey 2002 bis 2008* (329-361). Baden-Baden: Nomos.
- Roller, Edeltraud. (2014). Sozialstaatsvorstellungen im Wandel? Stabilität, Anpassungsprozesse und Anspruchszunahme zwischen 1976 und 2010. In S. Roßteutscher, T. Faas und U. Rosar (Hg.), *Bürger und Wähler im Wandel der Zeit. 25 Jahre Wahl- und Einstellungsforschung in Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. (Im Erscheinen).
- Roller, Edeltraud und Westle, Bettina. (1987). Zur Politisierung und Depolitization von Wohlfahrtsansprüchen. *Soziale Welt*, 38(2), 227-251.
- Rose, Richard. (1991). Is American Public Policy Exceptional? In B. E. Shafer (Hg.), *Is America Different? A New Look at American Exceptionalism* (187-221). Oxford: Clarendon Press.
- Rucker, Derek D., Preacher, Kristopher J., Tormala, Zakary L. und Petty, Richard E. (2011). Mediation Analysis in Social Psychology: Current Practices and New Recommendations. *Social and Personality Psychology Compass*, 5(6), 359-371.
- Rudolph, Thomas J. (2009). Political Trust, Ideology, and Public Support for Tax Cuts. *Public Opinion Quarterly*, 73(1), 144-158.
- Rudolph, Thomas J. und Evans, Jillian. (2005). Political Trust, Ideology, and Public Support for Government Spending. *American Journal of Political Science*, 49(3), 660-671.

- Schenker, Nathaniel und Gentleman, Jane F. (2001). On Judging the Significance of Differences by Examining the Overlap Between Confidence Intervals. *The American Statistician*, 55(3), 182-186.
- Schirmmacher, Frank. (2004). *Das Methusalem-Komplott. 5. Auflage*. München: Karl Blessing-Verlag.
- Schlesinger, Mark und Kronebusch, Karl. (1994a). Intergenerational Tensions and Conflict. Attitudes and Perceptions About Social Justice and Age-Related Needs. In V. L. Bengston und R. A. Harootyan (Hg.), *Intergenerational Linkages. Hidden Connections in American Society* (152-184). New York: Springer.
- Schlesinger, Mark und Kronebusch, Karl. (1994b). The Sources of Intergenerational Burdens and Tensions. In V. L. Bengston und R. A. Harootyan (Hg.), *Intergenerational Linkages. Hidden Connections in American Society* (185-209). New York: Springer.
- Schmähl, Winfried. (2004). „Generationengerechtigkeit“ und Alterssicherung. Oder: Wie ein vieldeutiges Konzept einseitig instrumentalisiert wird. In K. Burmeister und B. Böhning (Hg.), *Generationen & Gerechtigkeit* (45-61). Hamburg: VSA-Verlag.
- Schmähl, Winfried. (2012). Von der Rente als Zuschuss zum Lebensunterhalt zur „Zuschuss-Rente“. *Wirtschaftsdienst*, 92(5), 304-313.
- Schmid, Josef. (2007). Wohlfahrtsstaat. In D. Nohlen und F. Grotz (Hg.), *Kleines Lexikon der Politik. 4., überarbeitete Auflage*. (643-648). München: C. H. Beck.
- Schmid, Josef. (2010). *Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme. 3., aktualisierte und erweiterte Auflage*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schoen, Harald. (2006). Der demokratische Musterbürger als Normalfall? Kognitionspsychologische Einblicke in die black box politischer Meinungsbildung. *Politische Vierteljahresschrift*, 47(1), 89-101.
- Schokkaert, Erik. (2006). The Empirical Analysis of Transfer Motives. In S.-C. Kolm und J. M. Ythier (Hg.), *Handbook on the Economics of Giving, Reciprocity and Altruism* (127-181). Amsterdam: Elsevier.
- Schreiber, Wilfrid. (2004 [1955]). *Existenzsicherheit in der industriellen Gesellschaft. Unveränderter Nachdruck des „Schreiber-Planes“ zur dynamischen Rente aus dem Jahr 1955*: Bund Katholischer Unternehmer e.V. Diskussionsbeiträge Nr. 28.
- Schulte, Wolfgang. (1997). Telefon- und Face-to-Face-Umfragen und ihre Stichproben. Allgemeine Bevölkerungsumfragen in Deutschland. In S. Gabler und J. H. P. Hoffmeyer-Zlotnik (Hg.), *Stichproben in der Umfragepraxis*. (148-195). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Schwartz, Shalom H. (1994). Are there Universal Aspects in the Structure and Contents of Human Values? *Journal of Social Issues*, 50(4), 19-45.
- Sears, David O. und Funk, Carolyn L. (1991). The Role of Self-Interest in Social and Political Attitudes. *Advances in Experimental Social Psychology*, 24, 1-91.
- Sinn, Hans-Werner. (2005). Das demographische Defizit. Die Fakten, die Folgen, die Ursachen und die Politikimplikationen. In H. Birg (Hg.), *Auswirkungen der demographischen Alterung und der Bevölkerungsschrumpfung auf Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Plenarvorträge der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Demographie an der Universität Bielefeld*. (53-90). Münster: Lit Verlag.
- Sinn, Hans-Werner und Uebelmesser, Silke. (2002). Pensions and the Path to Gerontocracy in Germany. *European Journal of Political Economy*, 19, 153-158.
- spiegel-online. (2014). *Verteilungskampf zwischen Alt und Jung. Forscher warnen vor wachsender Wählermacht der Rentner*. (veröffentlicht am 26.05.2014, abgerufen am 28.05.2014). URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/waehlermacht-der-alten-bedroht-wohlstand-junger-familien-971666.html>.
- Sobel, Michael E. (1982). Asymptotic Confidence Intervals for Indirect Effects in Structural Equation Models. *Sociological Methodology*, 13, 290-312.

- Statistisches Bundesamt. (2009). *Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt. (2013). *Statistisches Jahrbuch 2013. Deutschland und Internationales*. Wiesbaden.
- Steenbergen, Marco R. und Lodge, Milton. (2006). Process Matters: Cognitive Models of Candidate Evaluation. In M. D. MacKuen und G. Rabinowitz (Hg.), *Electoral Democracy* (125-171). Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Steinbach, Anja und Kopp, Johannes. (2010). Die intergenerational-stake-Hypothese: Warum sehen junge Erwachsene und Eltern ihre gemeinsame Beziehung unterschiedlich? In S. Walper und E.-V. Wendt (Hg.), *Partnerschaften und die Beziehungen zu Eltern und Kindern. Befunde zur Beziehungs- und Familienentwicklung in Deutschland*. (269-287). Würzburg: Ergon.
- Stokes, Donald E. (1963). Spatial Models of Party Competition. *American Political Science Review*, 57, 368-377.
- Svallfors, Stefan. (1997). Worlds of Welfare and Attitudes to Redistribution: A Comparison of Eight Western Nations. *European Sociological Review*, 13(3), 283-304.
- Svallfors, Stefan. (1999). Political Trust and Attitudes towards Redistribution. A Comparison of Sweden and Norway. *European Societies*, 1(2), 241-268.
- Svallfors, Stefan. (2002). Political Trust and Support for the Welfare State: Unpacking a Supposed Relationship. In B. Rothstein und S. Steinmo (Hg.), *Restructuring the Welfare State: Political Institutions and Policy Change* (184-205). New York: Palgrave MacMillan.
- Svallfors, Stefan. (2008). The Generational Contract in Sweden: Age-Specific Attitudes to Age-Related Policies. *Policy & Politics*, 36(3), 381-396.
- Svallfors, Stefan. (2010). Policy Feedback, Generational Replacement and Attitudes to State Intervention: Eastern and Western Germany, 1990-2006. *European Political Science Review*, 2(1), 119-135.
- Tajfel, Henri und Turner, John C. (1986). The Social Identity Theory of Intergroup Behavior. In S. Worchel und W. G. Austin (Hg.), *Psychology of Intergroup Relations* (7-24). Chicago: Nelson-Hall.
- Taylor, Isabel. (2013). *Trust in Government and Support for Welfare Spending in the United Kingdom*. Paper presented at the 63rd Political Studies Association International Conference, 'The Party's Over?', Cardiff, 25-27 March 2013.
- Tesch-Römer, Clemens, Motel-Klingebiel, Andreas und von Kondratowitz, Hans-Joachim. (2000). Sicherung der Solidarität der Generationen. Zusammenhalt der Generationen im Zeichen des demographischen Wandels unter besonderer Berücksichtigung der individuellen und familialen Faktoren und deren Spannungsverhältnisse zur gesamtgesellschaftlichen Entwicklung (Expertise zur Vorbereitung des Weltaltensplans 2002). *DZA Diskussionspapier* (Nr. 33). Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen.
- Thomas, William I. und Thomas, Dorothy Swaine. (1970 [1928]). *The Child in America. Behavior Problems and Programs*. New York: Johnson Reprint Corporation
- Thomson, David. (1989). The Welfare State and Generation Conflict: Winners and Losers. In P. Johnson, C. Conrad und D. Thomson (Hg.), *Workers versus Pensioners: Intergenerational Justice in an Aging World* (33-56). Manchester: Manchester University Press.
- Trüdinger, Eva-Maria. (2011). *Reformszenarien in deutschen Wohlfahrtsstaat aus Sicht der Bevölkerung. Wertvorstellungen als Reformkorridor?* Baden-Baden: Nomos.
- Trüdinger, Eva-Maria und Bollow, Uwe. (2011). Evaluations of Welfare State Reforms in Germany: Political Trust Makes a (Big) Difference. In S. Zmerli und M. Hooghe (Hg.), *Political Trust – Why Context Matters* (187-212). Colchester: ECPR Press.
- Tversky, Amos; Kahneman, Daniel. (1974). Judgment under Uncertainty: Heuristics and Biases. *Science*, 185(4157), 1124-1131.

- Ullrich, Carsten G. (2000). Die soziale Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates. Anmerkungen zum Forschungsstand. *MZES Working Paper* (Vol. 22). Mannheim: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung.
- Ullrich, Carsten G. (2006). Generationenkonflikt oder Generationensolidarität im Wohlfahrtsstaat? – Ergebnisse einer empirischen Untersuchung. In K.-S. Rehberg (Hg.), *Soziale Ungleichheit, Kulturelle Unterschiede. Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München* (489-506). Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Ullrich, Carsten G. (2008). *Die Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates. Präferenzen, Konflikte, Deutungsmuster*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Urban, Dieter und Mayerl, Jochen. (2011). *Regressionsanalyse: Theorie, Technik und Anwendung. 4., überarbeitete und erweiterte Auflage*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- von Rosenblatt, Bernhard. (1987). Die Alterssicherung der nächsten Rentnergeneration. In Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hg.), *Die ergraute Gesellschaft* (231-242). Berlin.
- Wendt, Claus, Mischke, Monika und Pfeifer, Michaela. (2011). *Welfare States and Public Opinion. Perceptions of Healthcare Systems, Family Policy and Benefits for the Unemployed and Poor in Europe*. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar.
- Werding, Martin. (2013). Alterssicherung, Arbeitsmarktdynamik und neue Reformen: Wie das Rentensystem stabilisiert werden kann. *Studie im Auftrag der Bertelsmann Stiftung*. Gütersloh.
- Werding, Martin. (2014). Familien in der Gesetzlichen Rentenversicherung: Das Umlageverfahren auf dem Prüfstand. *Studie im Auftrag der Bertelsmann Stiftung*. Gütersloh.
- Westle, Bettina. (1989). *Politische Legitimität – Theorien, Konzepte, empirische Befunde*. Baden-Baden: Nomos.
- White, Halbert. (1980). A Heteroskedasticity-Consistent Covariance Matrix Estimator and a Direct Test for Heteroskedasticity. *Econometrica*, 48(4), 817-838.
- Wilkoszewski, Harald. (2008). Demographic Pressure and Attitudes towards Public Intergenerational Transfers in Germany – How Much Room Left for Reforms? In J. C. Tremmel (Hg.), *Demographic Change and Intergenerational Justice. The Implementation of Long-Term Thinking in the Political Decision Making Process* (175-205). Berlin: Springer.
- Wilkoszewski, Harald. (2009). Age Trajectories of Social Policy Preferences. Support for Intergenerational Transfers from a Demographic Perspective. *MPIDR Working Paper* (2009-034). Rostock: Max Planck Institute for Demographic Research.
- Wilkoszewski, Harald. (2010). Alte versus Junge. In M. Glaab (Hg.), *Deutsche Kontraste 1990-2010: Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur* (355-386). Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Wilkoszewski, Harald und Muth, Elena. (2009). Demographic Change and the Acceptance of Population-Related Policies. A Comparison of 13 European Countries. *MPIDR Working Paper Working Paper* (2009-035). Rostock: Max Planck Institute for Demographic Research.
- Williams, Angie und Harwood, Jake. (2004). Intergenerational Communication: Intergroup, Accommodation, and Family Perspectives. In J. F. Nussbaum und J. Coupland (Hg.), *Handbook of Communication and Aging Research. 2. Auflage* (115-137). Mahwah, New Jersey, London: Lawrence Erlbaum Associates.
- Williams, Angie und Nussbaum, Jon F. (2001). *Intergenerational Communication Across the Life Span*. London: Lawrence Erlbaum Associates.
- Wolf, Jürgen und Kohli, Martin. (1998). Die politische Macht der Älteren und der Generationenkonflikt. In W. Clemens und G. M. Backes (Hg.), *Altern und Gesellschaft. Gesellschaftliche Modernisierung durch Altersstrukturwandel*. (147-169). Opladen: Leske+Budrich.
- Wooldridge, Jeffrey M. (2009). *Introductory Econometrics. A Modern Approach. 4. Auflage*: South-Western Cengage Learning.
- Zagórski, Krzysztof. (2006). The Perception of Social Conflicts and Attitudes to Democracy. *International Journal of Sociology*, 36(3), 3-34.